

Aus diesem Heft 571

Textteil

ISI – „Declaration on Professional Ethics“ —
Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der
Sicht der Bundesstatistik 573

Bevölkerungsentwicklung 1985 582

Grundzüge der Schätzung monatlicher
Erwerbstätigenzahlen 588

Weinmarkt in der Europäischen Gemeinschaft 594

Außenhandel im zweiten Vierteljahr und im ersten
Halbjahr 1986 603

Binnenschifffahrt 1985 610

Pressestatistik 1984 618

Krankenhäuser 1984 625

Rehabilitationsmaßnahmen 1984 629

Ausgaben des Bundes und der Länder für
Wirtschaftsförderung 1984 637

Bruttolohn und Lohnsteuer 1983 644

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984 . . 651

Preise im Juli 1986 661

Übersicht über die im laufenden Jahr
erschienenen Textbeiträge 665

Tabellentell

Übersicht 293*

Statistische Monatszahlen 294*

Ausgewählte Tabellen 308*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Die Angaben beziehen sich auf das
Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents

In this issue 571

Texts

ISI Declaration on Professional Ethics — International professional code of ethics for statisticians from the point of view of federal statistics 573

Population development, 1985 582

Basic features of the estimation of monthly employment figures 588

Wine market in the European Community 594

Foreign trade in the second quarter and the first half of 1986 603

Inland water transport, 1985 610

Press statistics, 1984 618

Hospitals, 1984 625

Rehabilitation measures, 1984 629

Expenditure of the Federation and the Laender for the promotion of economic development, 1984 637

Gross wages and wage tax, 1983 644

Labour costs in production industries, 1984 651

Prices in July 1986 661

List of the contributions published in the current year 665

Tables

Summary survey 293*

Monthly statistical figures 294*

Selected tables 308*

Table des matières

Dans ce numéro 571

Textes

ISI Declaration on Professional Ethics — Code de déontologie statistique international du point de vue de la statistique fédérale 573

Evolution de la population en 1985 582

Eléments de l'estimation de chiffres d'emploi mensuels 588

Marché de vin dans la Communauté européenne 594

Commerce extérieur au deuxième trimestre et au premier semestre de 1986 603

Navigation fluviale en 1985 610

Statistique de la presse en 1984 618

Hôpitaux en 1984 625

Mesures de réadaptation fonctionnelle en 1984 629

Dépenses du Bund et des Laender pour l'encouragement à l'économie en 1984 637

Salaires bruts et impôt sur les salaires en 1983 644

Coûts de la main-d'œuvre dans les industries productrices en 1984 651

Prix en juillet 1986 661

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 665

Tableaux

Résumé 293*

Chiffres statistiques mensuels 294*

Quelques tableaux sélectionnés 308*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

ISI - „Declaration on Professional Ethics“ — Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der Sicht der Bundesstatistik

Das Internationale Statistische Institut, eine bedeutende unabhängige internationale statistische Vereinigung, hat — nach einem mehrjährigen Arbeits- und Abstimmungsprozeß — 1985 anlässlich seines 100jährigen Bestehens einen Berufskodex für Statistiker verabschiedet.

In einem Beitrag werden die verschiedenen berufsethischen Grundsätze für Statistiker vorgestellt und die ihnen innewohnenden Probleme aufgezeigt. Dabei wird u. a. ihre praktische Relevanz für amtliche Statistiker, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, kurz diskutiert.

Bevölkerungsentwicklung 1985

Berichtet wird über die Faktoren, die im Jahr 1985 die Entwicklung des Bevölkerungsstandes bestimmten: Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Außerdem wird ein Überblick über Veränderungen in der Zahl der Eheschließungen und der Ehescheidungen gegeben.

Sowohl die Zahl der Lebendgeborenen als auch die der Sterbefälle stieg im Jahr 1985 geringfügig an; der Überschuss der Gestorbenen erhöhte sich gleichermaßen.

Bei Wanderungen gab es im Jahr 1985 zum ersten Mal seit 1981 wieder einen Überschuss der Zuwanderungen über die Abwanderungen, der aber nicht ganz ausreichte, um das Geburtendefizit auszugleichen. Jedoch nahm die Gesamtbevölkerung im Jahr 1985 nur noch um rund 29 000 ab.

Während die Eheschließungen geringfügig zunahmen, ging 1985 die Zahl der Ehescheidungen mit 128 124 nach dem Höchststand des Jahres 1984 (130 744) etwas zurück.

Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen

Das Statistische Bundesamt stellt erstmals monatliche gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen (Ursprungswerte und saisonbereinigte Zahlen) für den Zeitraum Januar 1981 bis Juni 1986 bereit und kommt damit der Forderung vieler Benutzer nach einer Erweiterung der Datenbasis für eine kurzfristige Beobachtung des Arbeitsmarktes nach. In

Zukunft soll regelmäßig ein erstes vorläufiges Ergebnis jeweils etwa vier Wochen nach Ende des Berichtsmonats veröffentlicht werden.

Die monatliche Erwerbstätigenschätzung ergänzt die bisherige laufende vierteljährliche und jährliche Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes. Die Ergebnisse entstehen durch Zusammenführen einer Vielzahl, jeweils nur einzelne Teilbereiche abdeckender Quellen. Der Aufsatz erläutert die Berechnungsgrundlagen und -methoden und kommentiert die Ergebnisse.

Weinmarkt in der Europäischen Gemeinschaft

Wein ist nicht nur ein altes europäisches Kulturgut, sondern der Weinbau bildet in Europa — und dort vor allem im mediterranen Bereich — einen bedeutenden landwirtschaftlichen Produktionszweig und wichtigen Wirtschaftsfaktor. Mit dem Zusammenschluß zum Gemeinsamen Markt und dessen jüngst erfolgter Süderweiterung haben sich, wie generell auf den Agrarmärkten, auch auf dem Weinmarkt eine Reihe von Problemen ergeben, die, zumeist durch Produktionsüberschüsse bedingt, zu Marktstörungen führen, was Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu zunehmend dirigistischeren Maßnahmen zwingt.

Der vorliegende Beitrag gibt eine Zustandsbeschreibung der einzelnen nationalen Weinmärkte der Mitgliedsländer der EG, schildert die Praxis des seit 1970/71 bestehenden Weinmarktes hinsichtlich der Steuerungsmechanismen und der von ihnen ausgehenden Wirkungen und weist abschließend auf die Probleme hin, die vor allem der Bundesrepublik Deutschland durch die Einführung einer sogenannten gemeinschaftlichen „Weinbaukartei“ wegen der dabei vorgesehenen Koppelung von statistischen und Verwaltungsaufgaben entstehen werden.

Außenhandel im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1986

Die außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland wurde im ersten Halbjahr 1986 vor allem durch den Preissturz auf den internationalen Ölmärkten beeinflusst. Zusammen mit dem anhaltenden Dollarkursrückgang führte dies im ersten und zweiten Quar-

tal 1986 zu einem starken Rückgang der nominalen Importe gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (— 10,1 bzw. 7,4 %). Im Vergleich zum Vorquartal sank der Wert der Einfuhr im Zeitraum April/Juni 1986 nochmals um 1,0 % auf 107,0 Mrd. DM. Der Wert der Ausfuhr belief sich im Berichtsquartal auf 135,0 Mrd. DM und lag damit nur geringfügig (+ 0,7 %) über dem Wert im zweiten Vierteljahr 1985. Gegenüber dem Vorquartal fiel die Zuwachsrate mit 3,6 % jedoch deutlich höher aus.

Die Außenhandelsbilanz schloß im zweiten Vierteljahr 1986 mit einem Rekordüberschuß in Höhe von 28,0 Mrd. DM ab.

Binnenschifffahrt 1985

Nach einem Beitrag über die deutschen Unternehmen der Binnenschifffahrt in Heft 4/1986 dieser Zeitschrift befaßt sich die vorliegende Betrachtung vornehmlich mit der Verkehrsleistung auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland.

1985 wurden von den beteiligten Flaggen insgesamt 222,4 Mill. t Güter befördert; damit wurde eine Transportleistung von 48,2 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erbracht. Im Vergleich zum Vorjahr haben Gütermenge (— 14,1 Mill. t oder — 5,9 %) und Transportleistung (— 3,8 Mrd. tkm oder — 7,3 %) nicht unerheblich abgenommen. Hierzu haben vor allem widrige klimatische Verhältnisse wie Eisgang und Niedrigwasser geführt.

Pressestatistik 1984

Für das Berichtsjahr 1984 liegen die Ergebnisse der zehnten jährlichen Erhebung zur amtlichen Pressestatistik vor. Die Pressestatistik ist mittlerweile zu einer vielbeachteten Quelle für Daten über das Pressewesen in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Der vorliegende Beitrag wird durch die wichtigsten Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik im Pressebereich ergänzt, die auf freiwilliger Basis alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Wie die statistisch aufbereiteten und tiefgegliedert dargestellten Daten zeigen, hat sich die bereits beobachtete kontinuierlich leicht steigende Tendenz auch im Berichtsjahr sowohl für die Zahl der Unternehmen und ihrer Beschäftigten als auch für die Höhe des Umsatzes fortgesetzt.

Krankenhäuser 1984

Die amtliche Krankenhausstatistik stellt jährlich Informationen über Kapazität

und Nutzung von Krankenhauseinrichtungen zur Verfügung. Ende 1984 gab es im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 3 106 Krankenhäuser mit 678 708 planmäßigen Betten. Die Bettenkapazität wurde zu 84,8 % (1983: 83,1 %) ausgenutzt. Die durchschnittliche Verweildauer der stationär behandelten Patienten im Krankenhaus betrug 18,4 Tage.

Rehabilitationsmaßnahmen 1984

§ 51 des Schwerbehindertengesetzes schreibt eine jährliche Bundesstatistik über die von den Trägern der Rehabilitation durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen vor. Über die Ergebnisse für das Jahr 1984 wird in diesem Heft detailliert berichtet.

Im Berichtsjahr wurden 1,879 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt; auf medizinische Maßnahmen entfielen rund 85 %, auf berufsfördernde Maßnahmen rund 12 % und auf Maßnahmen zur sozialen Eingliederung 2,4 %. Im Vergleich zu 1983 mußte insgesamt eine Zunahme der Zahl der Rehabilitationsmaßnahmen um 12,5 % festgestellt werden; die medizinischen Maßnahmen nahmen um 15,9 % und die berufsfördernden um 10,8 % zu.

977 400 (54 %) der 1,799 Mill. Rehabilitanden waren männlich und 821 800 (46 %) weiblich.

Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung 1984

Der weder in der Politik noch in der Literatur einheitlich verwendete Begriff „Wirtschaftsförderung“ wird in diesem Beitrag, wie in der Finanzstatistik üblich, als Sammelbegriff für die beiden Aufgabebereiche „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ sowie „Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen“ verstanden. Dabei werden die einzelnen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung nach einzelnen Förderzwecken der beiden Aufgabebereiche wie auch innerhalb dieser nach der Art der Ausgaben — Finanzhilfen an Dritte und Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen — untergliedert dargestellt. Zugleich wird auf die unterschiedliche Abgrenzung des in diesem Bericht verwendeten Begriffs der Finanzhilfen im Vergleich zu den Subventionen nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und dem Bundessubventionsbericht hingewiesen.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung werden auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse 1984 analysiert. Sie beliefen sich

1984 unmittelbar auf 27,0 Mrd. DM. Davon entfielen auf die Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen 4,3 Mrd. DM und auf die Finanzhilfen 22,7 Mrd. DM. Rund 55 % der Finanzhilfen flossen in den Bereich der gewerblichen Wirtschaftsförderung.

Bruttolohn und Lohnsteuer 1983

Gemäß dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 wird u. a. die Lohnsteuerstatistik im dreijährlichen Turnus durchgeführt. Nach einem Überblick über die Bedeutung, die rechtlichen Grundlagen und die Probleme der Aktualität und Vergleichbarkeit werden in dem Beitrag die wichtigsten Ergebnisse über die veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen des Jahres 1983 dargestellt.

Vergleiche mit den Ergebnissen früherer Erhebungen, insbesondere über die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter („Einkommensverteilung“) sowie der Steuerbelastung runden zusammen mit einer ausführlichen Darstellung nach Geschlecht, Familienstand (Steuerklasse) und sozialer Stellung das Bild über die lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger ab.

Insgesamt sind 21,4 Mill. Lohnsteuerpflichtige, darunter 7,2 Mill. Ehepaare, bei denen nur ein Ehegatte Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen hatte, und 4,4 Mill. Ehepaare, bei denen beide Ehegatten eigene Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hatten, im Jahr 1983 erfaßt worden. 767,8 Mrd. DM betrug die festgestellte Bruttolohnsumme, die mit insgesamt 122,4 Mrd. DM einbehaltener bzw. festgesetzter Lohnsteuer belastet war. Mit durchschnittlich 15,9 % erreichte die Lohnsteuerbelastung ihren bisherigen Höchstwert. Betroffenen von dieser Belastung waren vor allem die rund 10,4 Mill. veranlagten Lohnsteuerpflichtigen (48,6 % aller Lohnsteuerpflichtigen). Allein sie verzeichneten im Gegensatz zu den nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen gegenüber 1980 einen Zuwachs (+ 17,8 %); ihr Bruttolohn lag um 27,0 % und ihre Lohnsteuer um 28,4 % höher als 1980.

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über Höhe und Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter/Angestellte), Wirtschaftszweigen sowie Unternehmensgrößenklassen und zieht einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorangegangenen Erhebung von 1981.

Demnach wurden 1984 durchschnittlich 53 990 DM für die Beschäftigung eines Arbeitnehmers im Produzierenden Gewerbe aufgewendet, davon 30 130 DM (55,8 %) für das „Entgelt für geleistete Arbeit“ (Vergütung der Arbeitstage) und 23 860 DM (44,2 %) für die „Personalnebenkosten“. Hauptbestandteile der Personalnebenkosten bildeten die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung mit 7 300 DM (30,6 % des Gesamtwerts), die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 7 250 DM (30,4 %), die Sonderzahlungen mit 4 640 DM (19,5 %) sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung mit 2 360 DM (9,9 %).

Preise im Juli 1986

Während sich die in dem monatlichen Beitrag über die Preisentwicklung besprochenen Preisindizes im Juni 1986 unterschiedlich veränderten, nahmen im Juli 1986 diese Indizes sämtlich ab. Den stärksten Rückgang wies dabei der Index der Großhandelsverkaufspreise auf, der bei einem Stand von 106,8 (1980 = 100) um 2,1 % gegenüber dem Vormonat und um 8,7 % gegenüber Juli 1985 abgenommen hat.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 0,7 %. Mit einem Stand von 117,7 (1980 = 100) lag er um 3,6 % unter dem des entsprechenden Vorjahresmonats.

Nach einem leichten Anstieg im Juni 1986 fiel der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Juli 1986 wieder um 0,5 % und lag bei 120,5 (1980 = 100). Der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat vergrößerte sich im Juli 1986 auf — 0,5 %.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im Juni 1986 mit einem Stand von 109,5 (1980 = 100) um 5,4 % über dem Stand des Vormonats und um 4,5 % höher als im Juni 1985.

Außenhandel

Im Juli 1986 lag der Wert der Einfuhr mit 34,5 Mrd. DM um 16 % und der Wert der Ausfuhr mit 45,4 Mrd. DM um 5,2 % niedriger als im Juli 1985. Im Zeitraum Januar/Juli 1986 war die Einfuhr mit 249,6 Mrd. DM um 9,9 % und die Ausfuhr mit 310,7 Mrd. DM um 1,6 % zurückgegangen. *Ha./St.*

ISI-„Declaration on Professional Ethics“ — Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der Sicht der Bundesstatistik

Vorbemerkung

Das Internationale Statistische Institut (ISI), eine bedeutende unabhängige internationale statistische Vereinigung mit Sitz in Den Haag, hat 1985 anlässlich seines 100jährigen Bestehens einen Berufskodex für Statistiker verabschiedet. Im ISI haben sich Statistiker aller Fachrichtungen aus mehr als 120 Ländern als persönliche Mitglieder und als Vertreter nationaler und supranationaler Organisationen¹⁾ zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Entwicklung und Verbesserung statistischer Methoden und Verfahren zu fördern und für deren Verbreitung weltweit zu sorgen²⁾. Die Ausarbeitung eines Berufskodex für Statistiker aller Fachrichtungen geht auf Anregungen der Mitglieder und des ISI-Ausschusses für die zukünftige Ausrichtung der Aktivitäten des Instituts während der 42. ISI-Tagung 1979 in Manila zurück. Sie oblag einem eigens dafür eingesetzten Ausschuss³⁾.

Auf der nachfolgenden ISI-Tagung 1981 in Buenos Aires wurde in einer von diesem Ausschuss vorbereiteten Plenarveranstaltung Konsensus über die Aufstellung eines Kodex erzielt: Der Kodex sollte dem Institut während seiner 100-Jahres-Jubiläumssitzung 1985 zur Annahme unterbreitet werden.

Die nunmehr vorliegende, im August 1985 auf der Vollversammlung in Amsterdam verabschiedete, Deklaration ist das Ergebnis eines nahezu vier Jahre andauernden umfassenden Arbeitsprozesses an einer Reihe von Entwürfen mit Konsultationen der gesamten Mitgliedschaft des ISI und seiner Sektionen⁴⁾.

Die vorliegende Ausarbeitung gibt in Teil A einen Überblick über die grundsätzlichen Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Entwicklung berufsethischer Kodizes allgemein und für Statistiker im besonderen. In Teil B werden

die einzelnen Grundsätze des ISI-Berufskodex unter Einbeziehung der jeweiligen Erläuterungen sinngemäß und gestrafft wiedergegeben. Dabei werden die ihnen innewohnenden Probleme aufgezeigt und ihre praktische Relevanz für amtliche Statistiker, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, kurz diskutiert.

A Berufsständische Regeln in der Praxis

I Verbreitung, Ziele und Formen berufsethischer Kodizes allgemein

Berufsethische Kodizes gibt es für einige Berufsgruppen, wie zum Beispiel Mediziner oder Juristen, bereits seit langer Zeit. Andere Berufsgruppen oder wissenschaftliche Disziplinen haben erst seit relativ kurzer Zeit schriftlich festgelegte berufsethische Kodizes. So gibt es, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, berufsethische Kodizes für Praktiker verschiedener Berufsrichtungen, zum Beispiel Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Bankiers, Börsenhändler, Anlageberater, Markt- und Meinungsforscher oder Architekten oder Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen wie Soziologen, Psychologen, Anthropologen, Politik- oder Erziehungswissenschaftler⁵⁾. In vielen Fällen wurde und wird der Bedarf an berufsethischen Regeln aus aktuellen Anlässen offenkundig: Dann nämlich, wenn ungerechtfertigte oder unverantwortliche Maßnahmen und Praktiken von einzelnen Berufsangehörigen oder Wissenschaftlern in der breiten Öffentlichkeit bekanntwerden, die für den einzelnen eine nicht unerhebliche aktuelle oder potentielle Gefährdung mit sich bringen und die gegen kulturell allgemein anerkannte und respektierte Wertvorstellungen verstoßen⁶⁾, wird vornehmlich von den Mitgliedern des betroffenen Berufsstandes aus kollektivem Eigeninteresse ein Berufskodex gefordert. Berufsethische Kodizes dienen im wesentlichen vier Funktionen⁷⁾:

⁵⁾ Siehe hierzu auch die Ausführungen bei Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“ in Bulletin of the International Statistical Institute, Proceedings of the 43rd session, Buenos Aires 1981, S. 168 ff.; Bower, R. T./de Gasparis, P.: „Ethics in Social Research“, New York 1978, S. 70 ff.

⁶⁾ Als Anlässe für die Ausarbeitung von Berufskodizes werden genannt: Für die Humanwissenschaften wie z. B. alle Fachrichtungen der Medizin, der Psychologie, der Anthropologie die Menschenexperimente; siehe dazu Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 176; Bower, R. T./de Gasparis, P., a. a. O., S. 3 ff.; Dalenius, T.: „Informed Consent or R S V P.“ in Madow, W G et al (Hrsg.): „Incomplete data in sample surveys“, vol. 3, New York 1983, S. 86.

Zu Beispielen für menschenunwürdige Untersuchungen siehe auch die Ausführungen bei z. B. Scheuch, E. K.: „Die Weiterentwicklung des Datenschutzes als Problem der Sozialforschung“ in Kaase, M. et al. (Hrsg.): „Datenzugang und Datenschutz — Konsequenzen für die Forschung“, Königstein 1980, S. 256 ff.

Für andere Berufs- und Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, werden z. B. die fortschreitende Entwicklung auf dem Gebiet der EDV, die erst die Speicherung und Verarbeitung großer Datenmengen sowie verschiedene Verknüpfungsmöglichkeiten erlaubt, und eine ungezügeltere Experimentierfreude und grenzenlose Forschungslust als Gründe für die Entwicklung berufsethischer Kodizes genannt. Siehe z. B. Dalenius, T.: „The invasion of privacy problem and statistics production“ in Statistisk tidskrift, 1974, Heft 3, S. 214; American Psychological Association: „Ethical Principles in the Conduct of Research with Human Participants“, Washington 1973, S. 3.

⁷⁾ Siehe hierzu auch Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 169 f.; ders.: „Benötigen Statistiker einen Verhaltenskodex?“, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): „Seminar — Schutz der Privatsphäre, automatische Datenverarbeitung und Fortschritt der statistischen Dokumentation vom 11. bis 13. Dezember 1984 in Luxemburg“, Doc. Ref. No 10c, S. 2 f.; Levy, C S.: „On the development of a code of ethics“ in Social Work, March 1974, S. 207 f.; Scheuch, E. K., a. a. O., S. 258 f.; Skowronek, H.: „Die Rolle von ‚ethical standards‘ in der sozialwissenschaftlichen Forschung“ in Eser, A./Schumann, K F (Hrsg.): „Forschung im Konflikt mit Recht und Ethik“, Stuttgart 1976, S. 372.

¹⁾ Zu den institutionellen Mitgliedern gehörten 1985 nationale statistische Ämter aus 20 Ländern

²⁾ Weitere Informationen über ISI, seine Aufgaben, Mitglieder und Organisationen sind insbesondere der Satzung und dem Mitgliederverzeichnis zu entnehmen.

³⁾ Dem 1979 eingesetzten Ausschuss für einen Kodex berufsethischer Grundsätze von Statistikern unter Vorsitz von R. Jowell gehörten zunächst fünf und später acht Mitglieder an, ein Teil davon hatte nur beratende Funktionen. Siehe dazu International Statistical Information, „ISI Committee on a code of ethics for statisticians“, Nr. 13, February 1981, S. 3 f.; Jowell, R.: „Do Statisticians need a code of conduct?“ in Eurostat News, Special Edition, Luxembourg 1986, S. 217.

⁴⁾ Siehe International Statistical Institute: „Declaration on Professional Ethics“ in Bulletin of the International Statistical Institute, Proceedings of the 45th session, Amsterdam 1985, S. 320

- Sicherstellung bestmöglicher Leistungen für den einzelnen

Durch berufsethische Verhaltensweisen soll sichergestellt werden, daß der Nutzen, den der einzelne aus den Leistungen des Berufsstandes direkt oder indirekt zieht, im Vergleich zu seinen Belastungen, möglichst hoch ist.

- Schutz des Berufsstandes

Dadurch, daß in einem Berufskodex in der Regel langjährig bewährte und allgemein anerkannte Verhaltensweisen postuliert werden, bietet er dem Berufsstand die Möglichkeit, Mißbräuche und Verstöße zu benennen und auf diese Weise sogenannte „Schwarze Schafe“ auszugrenzen.

Auch werden dadurch die generelle Arbeitsweise und die Qualitätsansprüche an die Leistungen offengelegt. Einheitliche, das heißt für den ganzen Berufsstand gültige Regeln tragen zu einem einheitlichen Berufsbild bei, was u. a. dem Ansehen des Berufsstandes in der Öffentlichkeit förderlich ist und die Akzeptanz der allgemeinen Arbeitsbedingungen dieses Berufsstandes begünstigt. Damit wiederum lassen sich leichter angemessene Arbeitsbedingungen für den einzelnen Berufsangehörigen sicherstellen und unter Umständen berufsständische Privilegien durchsetzen, was tendenziell auch dem Qualitätsstandard der beruflichen Leistungen zugute kommt.

- Information der Berufsangehörigen

Berufsständische Verhaltensregeln geben dem einzelnen Berufsangehörigen, insbesondere dem Berufsanfänger, Anhaltspunkte über die typischen berufsspezifischen Grundsätze und Verhaltensweisen, möglicherweise auch über die berufsspezifischen Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten. Sie bilden die Grundlage für ein problem- und verantwortungsbewußtes Handeln, fördern unter Umständen Loyalität und Kollegialität und tragen somit zu einer engeren Berufsverbundenheit bei.

- Information der Öffentlichkeit

Berufsethische Kodizes bieten der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich über die allgemein anerkannten Verhaltensweisen und Grundsätze eines Berufsstandes zu informieren. Verstöße und Mißbräuche lassen sich somit frühzeitig und relativ schnell aufdecken und gegebenenfalls geeignete Abwehrmaßnahmen ergreifen.

Für berufsethische Kodizes sind generell drei Ausgestaltungsformen denkbar⁸⁾. Einmal können sie als Katalog hehrer Ideale formuliert werden; diese Form ist philosophisch nicht nur fragwürdig⁹⁾, sondern auch unpraktikabel. Möglich sind zweitens Formen des positiven Rechts,

⁸⁾ Siehe dazu ebenso wie zu den Einwänden z. B. Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 171 ff.; ders.: „Do statisticians need a code of conduct?“, a. a. O., S. 201 ff.

⁹⁾ Siehe Kuhne, H.-H.: „Ethische Fragen beim Einsatz von Forschungsmethoden in der empirischen Sozialforschung“ in Eser, A./Schumann, K. F. (Hrsg.) „Forschung im Konflikt mit Recht und Ethik“, Stuttgart 1976, S. 356 ff.

wie zum Beispiel Gesetze oder Verordnungen. Da diese Regelungswerke in der Regel möglichst allgemeingültig, abstrakt und kurz abgefaßt sein sollten und meist detaillierte Sanktionsvorschriften enthalten, ist ihre Eignung im Hinblick auf die Ziele von Berufskodizes umstritten. Als dritte Form kommt eine Beschreibung der berufsspezifischen Verhaltensweisen und Grundsätze in Betracht, die unter Umständen auch Hinweise auf die besonderen berufsspezifischen Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten enthalten kann.

Die für die Praxis entwickelten Berufskodizes¹⁰⁾ enthalten in der Regel alle drei obengenannten Elemente, wenn auch teilweise in unterschiedlichem Ausmaß.

II Berufsethische Leitlinien für Statistiker

Erste Ansätze zur Entwicklung berufsethischer Leitlinien für Statistiker lassen sich in den Vereinigten Staaten von Amerika bis in das Jahr 1947 zurückverfolgen¹¹⁾. Eisenhart¹²⁾ hat sich erstmals mit den berufsspezifischen Besonderheiten von Statistikern und den für ihre Arbeiten gültigen Prinzipien intensiver auseinandergesetzt und versucht, die Grundsätze zu systematisieren und schriftlich darzulegen. Diese Bemühungen wurden von der American Statistical Association (ASA) 1949 aufgegriffen, aber 1956 wegen mangelnden Interesses ihrer Mitglieder eingestellt¹³⁾. Erst Mitte der siebziger Jahre — im Zuge der allgemeinen Datenschutzbewegung — befaßten sich zahlreiche Statistische Vereinigungen in verschiedenen Ländern (wieder) verstärkt mit den berufsethischen Grundsätzen von Statistikern und der Ausarbeitung eines Berufskodex¹⁴⁾. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Erarbeitung eines Berufskodex für Statistiker liegen darin, daß es für den Beruf „Statistiker“ kein einheitliches Berufsbild gibt. Statistik umfaßt im wesentlichen drei Teilbereiche¹⁵⁾: 1. die amtliche Statistik, deren Hauptaufgabe die Bereitstellung von Daten zur Beobachtung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung, zur Früherkennung von Problemen sowie zur Planung, Entscheidungsvorbereitung und Kontrolle von Maß-

¹⁰⁾ Siehe z. B.: „ICC/E.S.O.M.A.R. Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung“, veröffentlicht Oktober 1978; American Psychological Association, a. a. O., S. 1 f.; European Science Foundation, „Statement concerning the protection of privacy and the use of personal data for research“, rev. November 1985.

¹¹⁾ Siehe Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 168

¹²⁾ Siehe Eisenhart, C.: „The role of a statistical consultant in a research organization“ in International Statistical Institute (Hrsg.) „Proceedings of the International Statistical Conferences“, vol. III, Part A, 25th session, September 1947, Washington, S. 308 ff.

¹³⁾ Siehe hierzu Gibbons, J. D.: „A Question of Ethics“ in The American Statistician, April 1973, vol. 27, no. 2, S. 75 f.; Ellenberg, J. H.: „Ethical Guidelines for Statistical Practice: A Historical Perspective“ in The American Statistician, February 1983, vol. 37, no. 1, S. 1 ff. sowie die dort angegebene Literatur.

¹⁴⁾ Verabschiedet wurden berufsethische Regeln von der American Statistical Association, die zeitlich befristet sind (1980), den nationalen statistischen Ämtern des Vereinigten Königreichs und Frankreichs (1984) und dem ISI (1985). Siehe hierzu: „American Statistical Association Ethical Guidelines for Statistical Practice“ in The American Statistician, February 1983, vol. 37, no. 1, S. 5 f.; The Government Statistical Service: „Code of Practice on the Handling of Data obtained from Statistical Inquiries“, London 1984; Association des Administrateurs de l'INSEE: „Code de déontologie statistique“, Avril 1984; dieselben zusammen mit Associations des Statisticiens Economistes anciens élèves de l'E.N.S.A.E.: „Code de déontologie statistique“, Février 1986.

¹⁵⁾ Siehe Grohmann, H.: „Statistik als gesellschaftspolitische Aufgabe“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 4/1986, S. 106.

nahmen ist¹⁶⁾, 2. die Wissenschaftsdisziplin Statistik als reine Methodenlehre und 3. die angewandte Statistik als Hilfsmittel der Forschung in allen empirisch ausgerichteten Wissenschaften. Während die Berufsbilder in den beiden ersten Teilbereichen relativ homogen sind, gilt das für den dritten Bereich nicht, mag er alle empirisch ausgerichteten Wissenschaften umfassen oder nur Teile davon, wie zum Beispiel die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung¹⁷⁾. Die große Heterogenität in diesem Bereich hängt vor allem mit den unterschiedlichen Erfahrungsobjekten in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und der engen Verknüpfung statistischer Methoden und Verfahren mit den konkreten Erkenntniszielen zusammen¹⁸⁾. Daß zum Beispiel pharmakologische Untersuchungen oder Studien über alternative Behandlungsmethoden am Menschen in der Medizin unter Umständen andere (statistische) Verfahren, insbesondere bei der Datensammlung, erfordern als Untersuchungen über die Ursachen von Arbeitslosigkeit oder Strukturkrisen in bestimmten Branchen in den Wirtschaftswissenschaften, daß Studien über die menschliche Intelligenz, Angst oder das Gehorsamkeitsverhalten in der Psychologie unter Umständen anderer Methoden bedürfen als Untersuchungen über den Leistungsdruck oder die Kooperationsbereitschaft von Schulkindern in den Erziehungswissenschaften, kann nur andeutungsweise veranschaulichen¹⁹⁾, welche Anwendungsvielfalt für statistische Methoden und Verfahren besteht.

Des weiteren zeigen diese wenigen Beispiele, daß Vereinigungen, denen Berufsangehörige aus allen drei Teilbereichen der Statistik angehören, wie zum Beispiel dem ISI, bei der Ausarbeitung möglichst allgemeingültiger berufsethischer Regeln auf die Besonderheiten in den einzelnen Teilbereichen Rücksicht nehmen müssen — anders als zum Beispiel die Europäische Gesellschaft für Meinungs- und Marketingforschung (E.S.O.M.A.R.) oder die beim Statistischen Zentralamt des Vereinigten Königreichs beschäftigten Statistiker.

B Zu den einzelnen Prinzipien des ISI-Kodex berufsethischer Grundsätze für Statistiker

Den nachfolgenden Ausführungen wird die Untergliederung des ISI-Kodex zugrunde gelegt.

I Inhalt der Präambel

Ziel der ISI-Deklaration ist es, den Statistiker in die Lage zu versetzen, daß er seine individuelle ethische Urteils- und

Entscheidungsfindung stärker an gemeinsamen Wertmaßstäben und Erfahrungen ausrichten kann und nicht ausschließlich beruflichen Erfordernissen unterworfen ist. Die Deklaration strebt daher an, weitgehend anerkannte Prinzipien bei statistischen Untersuchungen zu dokumentieren sowie diejenigen Faktoren aufzuzeigen, die ihrer Anwendung entgegenstehen. Sie unternimmt nicht den Versuch, für Konfliktfälle, in denen die Anwendung eines Prinzips der Anwendung eines anderen entgegensteht, Lösungen anzubieten oder eine Prioritätenfolge anzugeben. Für den Fall, daß von dem Prinzipienkodex abgewichen wird, sollte dies das Ergebnis wohlwogener Überlegungen und nicht die Folge von Unkenntnis sein.

Hauptziel der Deklaration ist folglich, Informationen zu vermitteln und nicht starre Regeln oder Vorschriften. Zweitens wurde die Deklaration so abgefaßt, daß sie für möglichst viele Anwendungsbereiche statistischer Methoden und Verfahren gilt; aus diesem Grund sind die darin enthaltenen Grundsätze weitgehend allgemeingültig formuliert. Drittens ist zu betonen, daß die Prinzipien, wenn sie teilweise auch an Beispielen veranschaulicht werden, weniger Lösungsmöglichkeiten für diese konkreten Fälle darstellen, sondern vielmehr als allgemeine Entscheidungshilfen gedacht sind. Die Deklaration erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wurde in dem Bewußtsein erarbeitet, daß sie einer periodischen Aktualisierung und Ergänzung bedarf. Schließlich enthält die Deklaration keinerlei — geschriebene oder ungeschriebene — allgemeingültige Regeln oder Normen, wie zum Beispiel Gesetzeskonformität oder das Prinzip der Redlichkeit.

Die Deklaration besteht aus vier Abschnitten, in denen jeweils die Prinzipien genannt und kurz mögliche Konfliktsituationen erläutert werden. Alle Prinzipien stehen in einem inneren Zusammenhang; ihre Anordnung ist nicht als Rangfolge anzusehen.

II Berufsethische Prinzipien für Statistiker

1 Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft

1.1 Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen

Statistische Untersuchungen basieren auf der Annahme, daß ein möglichst breiter Zugang zu gut fundierten statistischen Informationen für die Gesellschaft von Nutzen ist, auch auf die Gefahr hin, daß sie falsch interpretiert, mißbraucht oder von verschiedenen Gruppen unterschiedlich ausgelegt werden können. Da es keine allgemeingültigen Richtlinien zur Abwägung von Nutzen und Risiken statistischer Untersuchungen gibt, sollte sich der Statistiker bewußt sein, daß das Recht der Gesellschaft auf Informationen mit dem Recht des einzelnen auf Schutz der Privatsphäre gelegentlich kollidieren kann. Er sollte deshalb die möglichen Folgen von statistischen Untersuchungen (insbesondere bei der Datensammlung und -verbreitung) für den einzelnen berücksichtigen und gegenüber den verschiedenen Formen von Fehldeutungen oder Mißbrauch wachsam sein.

¹⁶⁾ Siehe Bartels, H.: „Statistik, amtliche, in der Bundesrepublik Deutschland“ in Albers, W. et al. (Hrsg.) „Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft“, Bd. 7, Stuttgart und New York 1977, S. 226.

¹⁷⁾ Bei Grohmann werden nur diese zur Gruppe der Statistiker gezählt, siehe Grohmann, H., a. a. O., S. 106.

¹⁸⁾ Siehe dazu auch Deming, E.: „Principles of professional statistical practice“ in *Annals of Mathematical Statistics*, 1965, Heft 6, S. 1884 und S. 1887 ff.

¹⁹⁾ Zu diesen und weiteren Beispielen siehe z. B. American Psychological Association, a. a. O., S. 24 ff.; Kühne, H.-H., a. a. O., S. 354 ff.; Mohler, P. P./Kaase, M.: „Formen der Erhebung in der empirischen Sozialforschung“ in Kaase, M. et al. (Hrsg.): „Datenzugang und Datenschutz — Konsequenzen für die Forschung“, Königstein 1980, S. 68 f.

Ähnliche Forderungen finden sich bereits in dem 1954 von den Vereinten Nationen (UN) veröffentlichten Handbook of Statistical Organization²⁰⁾, in dem generelle Grundsätze für die Aufgaben und Arbeitsweise amtlicher statistischer Organisationen beschrieben werden, ebenso wie in der überarbeiteten Fassung von 1980²¹⁾.

Daß in der Bundesrepublik Deutschland eine differenzierte Güterabwägung zwischen staatlichen Interessen und Interessen des einzelnen bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Erhebungen — in Zweifelsfällen auf dem Rechtsweg — vorgenommen werden kann, zeigen zum Beispiel zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur Rechtmäßigkeit konkreter Fragenkomplexe²²⁾ bzw. Erhebungen²³⁾.

1.2 Erweiterung des Anwendungsbereichs der Statistik

Auch wenn die Einflußmöglichkeiten von Statistikern auf statistische Untersuchungen unterschiedlich sind²⁴⁾, sollten sie immer die ihnen offenstehenden Möglichkeiten nutzen, den Anwendungsbereich statistischer Untersuchungen zu erweitern und die gewonnenen Ergebnisse einem möglichst großen Benutzerkreis zugänglich zu machen.

Dieser Grundsatz, der ein Mindestmaß an Unabhängigkeit und Neutralität, insbesondere in fachlichen und methodischen Fragen, voraussetzt, wurde von den Vereinten Nationen bereits 1954 für amtliche Statistiker weltweit gefordert²⁵⁾; insbesondere wird aus der Hauptaufgabe der amtlichen Statistik, der Bereitstellung möglichst aktueller Daten über Wirtschaft und Gesellschaft, eine Verpflichtung zur Früherkennung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen und gegebenenfalls zur Anpassung des Statistiksystems abgeleitet²⁶⁾. Ähnliches gilt für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Während die Grundvoraussetzungen wie Objektivität und Neutralität im Bundesstatistikgesetz sichergestellt werden²⁷⁾, ergibt sich die Notwendigkeit zu inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklungen aus der Aufgabe der Statistik, insbesondere ihrer erheblichen Bedeutung für die staatliche

Politik. Da sie die Handlungsgrundlage bildet für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte, den Prinzipien des Grundgesetzes verpflichtete Politik, muß sie die dafür erforderlichen umfassenden Informationen über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge kontinuierlich und laufend aktualisiert bereitstellen²⁸⁾. Dabei gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der allgemein besagt, daß eine Maßnahme zur Erreichung des angestrebten Zieles geeignet und erforderlich ist und der mit ihr verbundene Eingriff seiner Intensität nach nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache und der vom Bürger hinzunehmenden Einbußen stehen darf²⁹⁾. Wegen der Dynamik der Entwicklungen, auch auf methodischem und technischem Gebiet, hat die Bundesstatistik dafür Verantwortung und Sorge zu tragen, daß die angewandten Verfahren die jeweils mildesten Mittel zur Erfüllung der gestellten Aufgaben darstellen. Das bedingt jedoch ein entsprechendes wissenschaftlich-methodisches Analyse- und Forschungsinstrumentarium.

1.3 Streben nach Objektivität

Statistiker sollten ihre professionelle Integrität wahren. Besonders sollten sie Verfahren der Datensammlung, -aufbereitung, -auswertung und -veröffentlichung widerstehen, die zu irreführenden Ergebnissen führen oder Mißinterpretationen ermöglichen.

Diese Prinzipien sind für amtliche Statistiker allgemein im Handbuch der Vereinten Nationen festgelegt³⁰⁾, für die Bundesrepublik Deutschland ergeben sie sich aus dem Bundesstatistikgesetz³¹⁾.

Neutralität und Objektivität sind Garantien, um der Bundesstatistik anhaltend Akzeptanz bei allen gesellschaftlichen Gruppen zu sichern. Es ist daher besonderer Wert darauf zu legen, daß als unverzichtbare Voraussetzung für Neutralität und Objektivität die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Bundesstatistik, insbesondere in methodischen und verfahrenstechnischen Fragen, gewahrt wird.

Nur auf diese Weise kann eine hohe Datenqualität erreicht und das notwendige Vertrauen der Auskunftgebenden in die statistische Geheimhaltung sowie eine breite Akzeptanz der amtlichen Statistik als Institution und der statistischen Ergebnisse sichergestellt werden.

2 Verpflichtungen gegenüber Geld- und Auftrag- bzw. Arbeitgebern

2.1 Klarstellung der Rechte und Pflichten

Statistiker sollten im voraus ihre Rechte und Pflichten mit dem Geld- oder Auftrag- bzw. Arbeitgeber klären und gegebenenfalls schriftlich festlegen.

²⁰⁾ Siehe United Nations: „Handbook of Statistical Organization“, Studies in Methods, Series F, no. 6, New York, December 1954, S. 6 ff.

²¹⁾ Siehe United Nations: „Handbook of Statistical Organization“, vol. 1, Studies in Methods, Series F, no. 28, New York 1980, S. 2 f.

²²⁾ Siehe „Zur Verfassungsmäßigkeit einer Repräsentativstatistik (Mikrozensus)“ in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE), Nr. 1, 27. Band, S. 1 ff., im folgenden zitiert als „MZ-Urteil“.

²³⁾ Siehe „Urteil vom 15. Dezember 1983 aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 18. und 19. Oktober 1983. Volkszählungsgesetz 1983“, BVerfGE, Nr. 1, 65. Band, S. 1 ff., im folgenden zitiert als „VZ-Urteil“.

²⁴⁾ Statistiker im universitären Bereich verfügen tendenziell über ein relativ hohes Maß an Unabhängigkeit bei der Gestaltung ihres Aufgabenbereichs und der Verbreitung der Ergebnisse — im Gegensatz zum Beispiel zu Statistikern im öffentlichen Bereich oder in der privaten Wirtschaft. Siehe hierzu: International Statistical Institute: „Declaration on Professional Ethics“, a. a. O., S. 324

²⁵⁾ Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 8 sowie Handbook 1980, a. a. O., S. 6 ff.

²⁶⁾ „A statistical system should be alert to the changing national economic and social scene and thus be first to recommend to the appropriate government bodies the importance of obtaining quantitative information on new developments, where no such information yet exists.“ United Nations Handbook 1954, a. a. O., S. 8.

²⁷⁾ Teilweise ist diese Regelung sinngemäß bereits im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953, BGBl. I S. 1314, enthalten; siehe Begründung zum Regierungsentwurf eines StatGes, Bundestagsdrucksache Nr. 4168 vom 9. März 1953, zu § 3. Für das gegenwärtig zur Novellierung anstehende Gesetz ist eine entsprechende Formulierung in § 1 vorgesehen, siehe Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (EBStatG), Bundestagsdrucksache 10/5345 vom 17. 4. 1986

²⁸⁾ Siehe VZ-Urteil, a. a. O., S. 47 und MZ-Urteil, a. a. O., S. 9.

²⁹⁾ Siehe VZ-Urteil, a. a. O., S. 54 und die dort angegebenen Entscheidungen

³⁰⁾ Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 8 und 57.

³¹⁾ Teilweise ist diese Forderung implizit bereits im StatGes enthalten (siehe dazu Fußnote 27) Für das derzeit geltende Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. März 1980, BGBl. I S. 289, wird der Grundsatz der Objektivität durch verschiedene Anforderungen an das durch Bundesstatistiken bereitgestellte Informationsangebot näher umschrieben: „(es) muß . . . umfassend, differenziert, aktuell, zuverlässig und flexibel sein“; Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke, Bundestagsdrucksache Nr. 8/2517 vom 26. 1. 1979, A II.1. Im Regierungsentwurf des EBStatG 1986 wird in § 1 der Grundsatz der Objektivität gefordert.

Dieser Grundsatz gilt weniger für amtliche Statistiker, die in der Regel aufgrund ihrer besonderen hoheitlichen Aufgaben in den öffentlichen Bereich eingebunden sind³²). Vielmehr sind diese Regelungen für privatwirtschaftlich geführte Institutionen wie zum Beispiel Markt- und Meinungsforschungsinstitute³³) oder freiberuflich tätige Statistiker³⁴) vorgesehen; ihre berufliche Integrität und Professionalität soll dadurch gewahrt und mithin ein möglichst hoher Leistungsstandard sichergestellt werden.

2.2 Neutrale Bewertung alternativer Methoden und Verfahren

Statistiker sollten alternative statistische Verfahren und Methoden auf ihre Zweckmäßigkeit für eine konkrete statistische Untersuchung sorgfältig prüfen und dem Geld- und Auftrag- bzw. Arbeitgeber eine unparteiische Bewertung ihrer Vor- und Nachteile vorlegen.

Die Professionalität erfordert ein stets an die modernsten Erkenntnisse anknüpfendes Handeln, wozu selbstverständlich die permanente Prüfung der angewandten Methoden und Verfahren auf ihre Effizienz und Rationalität gehört. Daraus ergibt sich der Anspruch an eine kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation und Fachkompetenz. Nur durch die simultane Erfüllung dieser Voraussetzungen kann, vor allem mittel- bis langfristig, ein möglichst hohes fachliches Niveau der Statistik erreicht werden³⁵).

2.3 Keine Präjudizierung der Ergebnisse

Statistiker sollten niemals im voraus festgelegte oder gewünschte Untersuchungsergebnisse zusichern.

Diese Forderung — ein Sonderfall von Grundsatz 1.3 — wird bereits seit langer Zeit für die amtliche Statistik erhoben aus der Erkenntnis heraus, daß durch manipulierte Untersuchungsergebnisse — ungeachtet ihres etwaigen gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Nutzens — das Ansehen des Statistikers in der Öffentlichkeit geschädigt und damit die Akzeptanz statistischer Ergebnisse in Frage gestellt wird³⁶).

2.4 Geheimhaltung vertraulicher Informationen

Erhalten Statistiker zur Erfüllung ihrer Aufgaben vom Geld- oder Auftrag- bzw. Arbeitgeber vertraulich zu behandelnde Informationen, sollten sie deren Geheimhaltung gewährleisten³⁷); davon ausgenommen sind Informationen über methodische und verfahrenstechnische (statistische) Probleme³⁸).

³²) Sie unterliegen z. B. in der Bundesrepublik Deutschland verschiedenen Vorschriften, z. B. dem öffentlichen Dienstrecht, dem Beamtenrecht, haushaltsrechtlichen Vorschriften u. a. m.

³³) Siehe hierzu z. B. den Kodex von ICC/E S.O.M.A.R., a. a. O., insbesondere Abschnitt C.

³⁴) Siehe auch Deming, W. E.: „Code of Professional Conduct: A Personal View“ in International Statistical Review, vol 40 (1972), no 2, S. 215 ff.

³⁵) Siehe auch die detaillierten Ausführungen bei United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 55 ff.

³⁶) Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 57.

³⁷) Zur Vertraulichkeit gegenüber Auskunftgebenden siehe Grundsätze 4.5 und 4.6.

³⁸) Siehe dazu auch Grundsatz 1.2

Die Pflicht zur Diskretion gilt hauptsächlich für Bereiche, die nicht bereits besonderen, gesetzlich geregelten, Amtsverschwiegenheitsgeboten unterliegen. Dazu gehören vornehmlich privatwirtschaftlich geführte Institutionen, zum Beispiel private Markt- und Meinungsforschungsinstitute oder freiberuflich tätige Statistiker, vor allem, wenn sie Auftragsforschung betreiben oder Gutachtertätigkeiten übernehmen.

3 Verpflichtungen gegenüber Kollegen

3.1 Erhaltung und Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die Statistik

Da das Ansehen von Statistikern im wesentlichen vom Vertrauen der Öffentlichkeit abhängt, sollte jeder Statistiker bestrebt sein, durch sein Verhalten und seine Leistungen zur Erhaltung und Stärkung dieses Vertrauens beizutragen.

Neben den bereits genannten Grundsätzen der Objektivität und Neutralität werden hier vor allem eine problemgerechte Präsentation von Untersuchungsergebnissen sowie kollegiales Verhalten als weitere Faktoren zur Beeinflussung des öffentlichen Vertrauens angeführt.

Die Bedeutung dieser Zusammenhänge wurde für die amtliche Statistik in den fünfziger Jahren bereits erkannt, wie die Ausführungen der Vereinten Nationen über Berufsanforderungen an amtliche Statistiker zeigen³⁹).

3.2 Informationsaustausch mit Kollegen

Jeder Statistiker sollte die Kollegen über seine fachspezifischen Probleme und Erkenntnisse, insbesondere methodischer und verfahrenstechnischer Natur, in angemessener Weise unterrichten und einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch pflegen.

Diese Maßnahmen, die nicht nur dem einzelnen Statistiker zugute kommen, sondern auch zur Professionalisierung des Berufsstandes beitragen, wurden für die amtliche Statistik von den Vereinten Nationen im Jahr 1954 empfohlen⁴⁰).

Zu den Institutionen, die sich u. a. die Verbreitung statistischer Methoden und Verfahren zum Ziel gesetzt haben, gehört auch das bereits vor 100 Jahren gegründete International Statistical Institute (ISI). Es bietet — insbesondere in seinen Sektionen — Wissenschaftlern und Praktikern aller Länder und aller Disziplinen die Möglichkeit, ihre Erkenntnisse darzulegen und zu diskutieren.

Ähnliches gilt für nationale Fachvereinigungen wie zum Beispiel die Deutsche Statistische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

3.3 Vermittlung berufsethischer Grundsätze

Jeder Statistiker sollte seine Mitarbeiter (z. B. Kollegen anderer Disziplinen, Interviewer, Bürokräfte oder Studien-

³⁹) Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., Kapitel 11: Professional status of statistical personnel.

⁴⁰) Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 56.

ten) über die berufsethischen Grundsätze von Statistikern unterrichten und aufgeschlossen sein gegenüber deren berufsethischen Prinzipien.

Mit der Vermittlung einer problemorientierten und -bewußten Ausbildung von Beschäftigten in der amtlichen Statistik, die eine Aufklärung über die berufsethischen Grundsätze einschließt, befaßt sich eingehend das 1980 revidierte Handbuch der Vereinten Nationen ⁴¹⁾.

Auch wird durch zahlreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland versucht, den Beschäftigten die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln und dadurch ein problembewußtes Arbeitsklima zu schaffen.

4 Verpflichtungen gegenüber dem Auskunftgebenden ⁴²⁾

4.1 Vermeidung unangemessenen Eindringens in die Privatsphäre

Statistiker, die für ihre Arbeit Personen — natürliche oder juristische — als Informanten benötigen, sollten sich stets bewußt sein, daß ihre Arbeit möglicherweise einen Eingriff in die individuelle Privatsphäre darstellt. Sie sollten unangemessene Eingriffe vermeiden und möglichst schonende Verfahren verwenden.

Dieser Grundsatz ist eng mit Grundsatz 1.1 verbunden, der als eine allgemeine Rechtfertigung für statistische Untersuchungen das Recht der Gesellschaft auf Information enthält. Da es hierbei zu einem Interessenkonflikt mit den aus dem Naturrecht abgeleiteten allgemeinen Persönlichkeitsrechten des einzelnen kommen kann, ist eine differenzierte Güterabwägung vorzunehmen. Es ist sorgfältig zu prüfen, inwieweit der einzelne eine Einschränkung seiner individuellen Persönlichkeitsrechte im Allgemeininteresse hinnehmen muß. Dabei sollten der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt und möglichst schonende Verfahren angewendet werden (siehe auch Grundsatz 4.4).

Diese Grundsätze gelten für die amtliche Statistik weltweit uneingeschränkt ⁴³⁾; für ihre Gewährleistung wird von den Vereinten Nationen unter anderem das Legalitätsprinzip empfohlen ⁴⁴⁾. Durch eine gesetzliche Grundlage für die Aufgaben und Arbeitsweise der amtlichen Statistik, wie sie zum Beispiel für die Bundesrepublik Deutschland ⁴⁵⁾ besteht, kann die Transparenz statistischer Untersuchungen erhöht sowie absehbaren Interessenkollisionen vorgebeugt und in Zweifelsfällen eine gerichtliche Klärung herbeigeführt werden ⁴⁶⁾.

⁴¹⁾ Siehe United Nations: Handbook 1980, a. a. O., S. 41 ff., insbesondere S. 42

⁴²⁾ Dieser Abschnitt bezieht sich nur auf (natürliche oder juristische) Personen. Zu Richtlinien über Tierversuche siehe z. B. Schweizer Akademie der Wissenschaften (1983), zitiert nach International Statistical Institute „Declaration on Professional Ethics“, a. a. O., S. 330

⁴³⁾ Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., Kapitel 6, insbesondere S. 27.

⁴⁴⁾ Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., Kapitel 5, insbesondere S. 23 f.

⁴⁵⁾ Siehe Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke sowie Gesetze und Verordnungen für die einzelnen statistischen Erhebungen

⁴⁶⁾ Siehe dazu z. B. VZ-Urteil, a. a. O., und MZ-Urteil, a. a. O.

4.2 Gewinnung der Auskunftsbereitschaft durch Information

Bei statistischen Untersuchungen, die eine (aktive) Teilnahme von Personen erfordern, sollte der Statistiker versuchen, soweit möglich die Einwilligung des Betroffenen nach entsprechender Unterrichtung („informed consent“) zu erlangen. Bei statistischen Untersuchungen mit einer gesetzlich geregelten Teilnahmepflicht sollte der Teilnahmepflichtige umfassend informiert werden über zum Beispiel Zweck und Art der Untersuchung, zur Anwendung kommende Methoden sowie mögliche Konsequenzen der Auskunftsverweigerung.

Der Grundsatz des „informed consent“, der erstmals 1947 im Nürnberger Kodex für die (bio-)medizinische Forschung angeführt sowie 1964 in die vom Weltärztebund verabschiedete Helsinki-Deklaration aufgenommen wurde ⁴⁷⁾ und dem in der amerikanischen Rechtsprechung besondere Bedeutung beigemessen wird ⁴⁸⁾, hat auch in andere wissenschaftliche Disziplinen Eingang gefunden. Die kontroverse Diskussion über diese Regelung zeigt jedoch ⁴⁹⁾, daß eine sinngemäße Anwendung dieses Prinzips dort nicht immer möglich ist, vor allem auch deshalb nicht, weil es keine generell gültige Antwort auf die Frage gibt, wessen Interessen ausschlaggebend sind: die der Wissenschaft oder die des einzelnen.

Dadurch, daß die Erkenntnisziele und -objekte bei statistischen Untersuchungen sehr stark variieren können und eng mit den zur Erkenntnisgewinnung erforderlichen Methoden und Verfahren zusammenhängen, sind in der Realität verschiedene Ausprägungen dieses Prinzips beobachtbar.

Grundsätzlich lassen sich jeweils die beiden Grundformen Freiwilligkeit (consent) und Zwang (coercion) nach dem Informationsgrad weiter unterscheiden in:

- (umfassend) informiert (informed),
- fehlinformiert (misinformed),
- uninformiert (uninformed) ⁵⁰⁾.

Schließt man die Formen des fehl- und uninformierten Zwangs als mit den allgemeinen Menschenrechten unvereinbar aus, verbleiben vier Fälle, für die sich jeweils zahlreiche Beispiele in der statistischen Praxis im weitesten Sinn finden lassen ⁵¹⁾. Die Beispiele zeigen, daß die Forderung „informed consent“ nicht generell erhoben werden kann,

⁴⁷⁾ Siehe dazu auch Bower, R. T./de Gasparis, P., a. a. O., S. 3 ff.; Jowell, R.: „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 176.

⁴⁸⁾ Siehe Scheuch, E. K., a. a. O., S. 256 ff.; Levine, R. J. „Ethische Regeln für Humanexperimente. Spannungen zwischen der biomedizinischen Forschergemeinschaft und der US-Bundesregierung“ in Eser, A./Schumann, K. F. (Hrsg.): „Forschung im Konflikt mit Recht und Ethik“, Stuttgart 1976, S. 379 ff.

⁴⁹⁾ Siehe dazu Jowell, R. „Benötigen Statistiker einen Verhaltenskodex?“, a. a. O., S. 8; sowie Eser, A. „Risiken und Privilegien des Forschers — Eine Problemanalyse“ in Eser, A./Schumann, K. F. (Hrsg.): „Forschung im Konflikt mit Recht und Ethik“, Stuttgart 1976, S. 7 ff.

⁵⁰⁾ Siehe Jowell, R. „Code of Ethics for Statisticians“, a. a. O., S. 177 f.; ders.: „Benötigen Statistiker einen Verhaltenskodex?“, a. a. O., S. 8

⁵¹⁾ Siehe z. B. die Versuchsbeschreibungen bei American Psychological Association, a. a. O., S. 50 ff.; Kuhne, H.-H., a. a. O., S. 354 f.; Krupp, H.-J. „Der Datenbedarf in der Quantitativen Ökonomie“ in Kaase, M. et al. (Hrsg.): „Datenzugang und Datenschutz — Konsequenzen für die Forschung“, Königstein 1980, S. 1 ff.

sondern daß sie gegen andere Aspekte sorgfältig abgewogen werden muß. Aus diesen Gründen ist der Grundsatz des „informed consent“ in der ISI-Deklaration vage gehalten und erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit⁵²⁾.

Für die amtliche Statistik weltweit wird das Legalitätsprinzip empfohlen⁵³⁾, das eine gesetzliche Regelung für amtliche Erhebungen sowie die Auskunftspflicht vorsieht. Es wird in den meisten Ländern wie auch in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert⁵⁴⁾.

Durch eine solche Vorgehensweise kann am ehesten eine möglichst vollständige Erfassung und damit ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt sichergestellt werden; ferner lassen sich dadurch die individuellen Belastungen gleichmäßig, das heißt gerecht, verteilen und nicht nur jenen aufbürden, die sich verantwortungsbewußt und kooperativ verhalten⁵⁵⁾.

4.3 Modifikation des Prinzips „informed consent“

Ist bei einer statistischen Untersuchung eine vorherige Aufklärung des Probanden nicht möglich, dann sollten folgende Regeln beachtet werden:

a) *Bei auf Beobachtung beruhenden Studien, in denen Verhaltensformen ohne Wissen der betroffenen Personen untersucht werden, sollte der Statistiker beachten, daß der Individualbereich einer Person oder Personengruppe nicht verletzt wird. Insbesondere sollte bei geringsten Zeichen von Unwilligkeit des Betroffenen auf seine Mitarbeit verzichtet werden.*

b) *In den Fällen, in denen zur Datengewinnung nicht der Betroffene selbst, sondern ein „bevollmächtigter Dritter“ in Anspruch genommen wird, sei es, weil eine direkte Kontaktaufnahme einen zu großen Aufwand erfordern würde, oder weil der Betroffene zu jung oder krank ist, gilt Grundsatz a) analog.*

c) *Bei der Verwendung sekundärstatistischer Materials sollte der Statistiker die wahrscheinlichen Reaktionen des Betroffenen, seine Empfindlichkeiten und Interessen sowie sein Recht auf Anonymität achten.*

d) *Bei statistischen Untersuchungen, in denen eine wahrheitsgetreue Information des Probanden nicht möglich ist, sollte der Statistiker die möglichen Folgen einer bewußten Täuschung für den Probanden sorgfältig prüfen. Er sollte sich bewußt sein, daß eine Zurückhaltung von Informationen oder eine Täuschung, zeitweilig oder dauerhaft, legitime Schutzmaßnahmen hervorrufen, wenn eine solche Vorgehensweise nicht durch besondere Gründe zu rechtfertigen ist.*

⁵²⁾ Siehe International Statistical Institute: „Declaration on Professional Ethics“, a. a. O., S. 332; Jowell, R.: „Benötigen Statistiker einen Verhaltenskodex?“, a. a. O., S. 8.

⁵³⁾ Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., Kapitel 5, S. 20 und Handbook 1980, a. a. O., Kapitel VII, S. 36.

⁵⁴⁾ Siehe Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke sowie Gesetze und Verordnungen für die einzelnen statistischen Erhebungen.

⁵⁵⁾ Siehe dazu insbesondere: United Nations: Handbook 1980, a. a. O., S. 36 sowie Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung EBStatG, Bundestagsdrucksache 10/5345 vom 17. 4. 1986, zu § 15 EBStatG

Bei diesen Grundsätzen handelt es sich um Sonderregelungen für ausgewählte Probleme der verschiedenen Datengewinnungsmöglichkeiten.

Angesprochen werden vor allem Untersuchungsmethoden und -verfahren, die weniger die amtliche Statistik allgemein und die der Bundesrepublik Deutschland im besonderen betreffen; bei amtlichen statistischen Erhebungen — überwiegend gesetzlich angeordneten Primärerhebungen — handelt es sich in der Regel um Befragungen anhand von Fragebogen, durch die vornehmlich sogenannte „hard facts“, das heißt intersubjektiv nachprüfbare Informationen, gewonnen werden. Letzteres gilt auch für Daten aus Verwaltungsunterlagen (siehe dazu Grundsatz 4.4), für die ebenso wie für primärstatistische Angaben durch entsprechende Geheimhaltungs- und Anonymisierungsregeln (siehe dazu die Grundsätze 4.5 und 4.6) der Vertrauensschutz gewahrt wird.

Vielmehr gelten die oben angeführten Grundsätze für die Forschung im sozial- und humanwissenschaftlichen, insbesondere medizinischen, Bereich. Die Untersuchungen in diesen Wissenschaftsdisziplinen unterscheiden sich von denen der amtlichen Statistik nicht nur durch die zur Anwendung kommenden Methoden der Datengewinnung — hier dominieren Beobachtungen und Laborexperimente⁵⁶⁾ —, sondern auch durch die erhobenen Datenarten, bei denen es sich häufig um sogenannte „soft facts“ (Meinungen, Einstellungen, Verhaltensweisen) handelt. Unterschiede bestehen teilweise hinsichtlich des untersuchten Personenkreises — so gibt es Beispiele für Studien mit Unmündigen, zum Beispiel Kindern⁵⁷⁾ — und teilweise auch hinsichtlich der übrigen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Untersuchungen mit bewußter Täuschung der Probanden⁵⁸⁾.

4.4 Schutz der Interessen der Auskunftgebenden

Der Statistiker sollte den Auskunftgebenden soweit wie möglich gegen eventuelle nachteilige Folgen schützen und die Belastungen der Auskunftgebenden so gering wie möglich halten.

Bei der Vielfalt statistischer Untersuchungen, auf die dieser Kodex anwendbar sein soll, lassen sich im wesentlichen drei Arten von Nachteilen unterscheiden, die dem einzelnen durch seine Beteiligung an statistischen Untersuchungen entstehen können. Dazu gehören Beeinträchtigungen seiner physischen und psychischen Unversehrtheit sowie der Verlust des gesellschaftlichen Ansehens. Während die beiden ersten Beeinträchtigungsformen vor allem bei der Datengewinnung verursacht werden (zum Beispiel bei medizinischen oder psychologischen Untersuchungen)⁵⁹⁾, hängt der Verlust gesellschaftlichen Ansehens vornehmlich mit der Verbreitung oder Verwendung der Untersuchungsergebnisse zusammen.

⁵⁶⁾ Siehe dazu z. B. Scheuch, E. K., a. a. O., S. 256 ff.

⁵⁷⁾ Siehe dazu z. B. Kruse, L./Amelang, M./Ingenkamp, K.: „Datenbedarf in der empirischen Psychologie und Erziehungswissenschaft“ in Kaase, M. et al. (Hrsg.): „Datenschutz und Datenschutz — Konsequenzen für die Forschung“, Königstein 1980, S. 19 ff.

⁵⁸⁾ Siehe dazu z. B. die Beispiele bei Scheuch, E. K., a. a. O., S. 256 ff.

⁵⁹⁾ Siehe dazu z. B. Scheuch, E. K., a. a. O., S. 256 ff.; Kühne, H.-H., a. a. O., S. 354.

Aufgrund von Inhalt und Art der Fragestellungen in der amtlichen Statistik⁶⁰), insbesondere des weitgehenden Verzichts auf sensible Merkmale, ist das Risiko des einzelnen⁶¹), psychisch Schaden zu nehmen, relativ gering. Daß er durch die Befragung gar physischen Schaden erleidet, kann schon aus der Verpflichtung der amtlichen Statistik zur Entlastung der Befragten ausgeschlossen werden.

Auch das Risiko, daß ihm nachteilige Folgen aus der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse entstehen, ist aufgrund der von den Vereinten Nationen für die amtliche Statistik geforderten strengen Geheimhaltungs- und Anonymisierungsvorschriften⁶²) sowie der zahlreichen gesetzlichen Regelungen in der Praxis⁶³) relativ gering.

Die Gefahr jedoch, daß dem einzelnen durch politische Maßnahmen Nachteile entstehen, seien sie auf der Grundlage amtlicher statistischer Ergebnisse getroffen worden oder nicht, besteht immer. Eine statistische Fundierung bietet allerdings den Vorteil, daß sie politische Entscheidungen transparenter macht⁶⁴).

Auch die Verpflichtung des Statistikers, die Belastungen der Auskunftspflichtigen möglichst gering zu halten, besteht für die amtliche Statistik schon seit langer Zeit⁶⁵). Zur Entlastung des einzelnen wird, soweit möglich, die Verwendung sekundärstatistischer Materials, das heißt die Nutzung zum Beispiel von Daten aus Verwaltungsunterlagen, öffentlichen Registern oder allgemein zugänglichen Datenquellen, empfohlen⁶⁶). Diese Alternativen bieten nicht nur für den einzelnen Vorteile, wie zum Beispiel Zeitersparnisse, sondern sie ermöglichen einen effizienten Einsatz aller Ressourcen, indem Doppelarbeiten vermieden werden und der für amtliche (Primär-)Erhebungen erforderliche administrative Aufwand reduziert wird.

Schutzwürdige Belange des einzelnen werden durch die Verwendung sekundärstatistischer Daten in der amtlichen Statistik nicht berührt⁶⁷), da dadurch kein zusätzlicher Eingriff in die Rechte der Betroffenen vorgenommen wird und durch die Publikation von aggregierten Angaben im Rahmen der amtlichen Statistik Rückschlüsse auf die Verhältnisse des einzelnen nicht möglich sind.

4.5 Sicherung der Vertraulichkeit statistischer Unterlagen

Da es die Aufgabe statistischer Untersuchungen ist, Erkenntnisse über Massenphänomene zu gewinnen und

nicht Erkenntnisse über Individuen, sollten — unabhängig davon, ob die Geheimhaltung ausdrücklich zugesichert worden ist oder nicht — Individualangaben stets geheimgehalten werden.

An der Gewährleistung des Vertrauensschutzes hat die amtliche Statistik von jeher ein vitales Interesse⁶⁸). Bei den dafür erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterscheiden die Vereinten Nationen in ihrem Handbuch für die amtliche Statistik zwischen

- a) dem Schutz der gesammelten Daten und
- b) dem Schutz der Person des Auskunftgebenden (siehe Grundsatz 4.6)⁶⁹). Beide Komplexe hängen eng miteinander zusammen.

Geheimhaltung der gesammelten Daten besagt vor allem, daß nur solche Personen Zugang zu personenbezogenen Daten haben, die dazu gesetzlich ermächtigt worden sind⁷⁰). Diese allgemeine Zugangsbeschränkung gilt prinzipiell für alle Phasen einer statistischen Untersuchung, insbesondere die Datensammlung, -verarbeitung und -speicherung. Werden zur Datensammlung Dritte, zum Beispiel Interviewer, herangezogen, so sind diese vom Gesetz her — in der Bundesrepublik Deutschland durch das Bundesstatistikgesetz⁷¹) — zur Geheimhaltung verpflichtet. Für die Verarbeitung lassen sich verschiedene Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere organisatorischer und technischer Art, ergreifen.

Schließlich sollten personenbezogene Daten nur so lange gespeichert werden, wie dies für den Verwendungszweck unbedingt erforderlich ist, nicht länger, aber auch nicht kürzer⁷²). So sind zum Beispiel für Verlaufsstudien (Längsschnittdaten, Panels) oder relativ selten durchgeführte Vollerhebungen, die unter anderem als Stichprobengrundlage und Hochrechnungsrahmen dienen, längere Aufbewahrungsfristen erforderlich als zum Beispiel bei laufenden Konjunktur- und Strukturuntersuchungen. In einem internationalen Seminar ist die Notwendigkeit hierfür einmal folgendermaßen formuliert worden: „Die Tendenz zur vollständigen oder partiellen . . . Vernichtung von primärstatistischen Daten bedeutet eine Gefahr für die Gesellschaft. Eine solche Vernichtung erschwert oder verhindert jede umfassende und langfristig angelegte statistische Studie. Diese Tendenz hängt mit einer unhistorischen Auffassung von der gesellschaftlichen Entwicklung zusammen, die auf künftige Generationen keine Rücksicht nimmt. Es darf sicher gefragt werden, wo die historische Forschung heute wäre, wenn unsere Vorfäter einen solchen Standpunkt eingenommen hätten.“⁷³)

⁶⁰) Siehe dazu auch die Erläuterungen bei Grundsatz 4.3

⁶¹) Zu diesem Themenkreis siehe auch die Ausführungen bei Dalenius, T. „Informed consent . . .“, a. a. O., S. 96 ff.

⁶²) Siehe United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 23 f.

⁶³) Für die Bundesrepublik Deutschland siehe z. B. die Geheimhaltungsvorschriften gemäß § 11 BStatG, § 16 EBStatG.

⁶⁴) Siehe dazu auch International Statistical Institute: „Declaration on Professional Ethics“, a. a. O., S. 335; Rapaport, E.: „Are statisticians entitled to use administrative records“ in Bulletin of the International Statistical Institute, Proceedings of the 43rd session, Buenos Aires 1981, S. 1284 f.

⁶⁵) Siehe United Nations Handbook 1954, a. a. O., S. 27 ff.

⁶⁶) Siehe dazu auch United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 18 f. und Handbook 1980, a. a. O., S. 23 f. und S. 31 sowie § 5 Abs. 4 EBStatG.

⁶⁷) Dies entspricht auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983, das zwar die Verwendung von für statistische Zwecke erhobenen Daten für Verwaltungszwecke kritisch sieht, nicht jedoch die Nutzung administrativer Daten für statistische Zwecke; siehe VZ-Urteil, a. a. O., S. 61.

⁶⁸) Siehe dazu besonders United Nations: Handbook 1980, a. a. O., S. 31 f.

⁶⁹) Siehe ebenda, S. 31.

⁷⁰) Siehe ebenda sowie für die Bundesrepublik Deutschland § 11 BStatG. Bestimmungen über den internationalen Datenfluß enthalten die Konvention des Europarates und die OECD-Richtlinien aus dem Jahr 1981, auszugsweise abgedruckt in Pearce, C. W. D.: „Privatsphäre, Vertraulichkeit und Datenschutz aus der Sicht von Eurostat“ in Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): „Seminar — Schutz der Privatsphäre, automatische Datenverarbeitung und Fortschritt der statistischen Dokumentation vom 11. bis 13. Dezember 1984 in Luxemburg“, Doc. Ref. No. 1, S. 10 ff.

⁷¹) Siehe § 11 Abs. 1 BStatG und § 16 Abs. 1 EBStatG.

⁷²) Siehe dazu auch die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes: VZ-Urteil, a. a. O., S. 47 ff.

⁷³) Rapaport, E.: „Statistik und Privatsphäre — Die Erstellung amtlicher Statistiken am Scheideweg“ in Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): „Seminar — Schutz der Privatsphäre, automatische Datenverarbeitung und Fortschritt der statistischen Dokumentation vom 11. bis 13. Dezember 1984 in Luxemburg“, Doc. Ref. No. 8, S. 8 f.

4.6 Verhinderung einer Aufdeckung von identitätsbezogenen Angaben

Der Statistiker sollte durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß Daten nicht in einer Form veröffentlicht oder sonstwie freigegeben werden, die die Identität des Auskunftgebers offenlegen oder Rückschlüsse darauf zulassen.

Eine analoge Regelung für die amtliche Statistik wurde bereits unter Grundsatz 4.5 als Fall b), Schutz der Person der Auskunftgebenden, angeführt. In diesem Abschnitt werden im wesentlichen zwei Problemkreise angesprochen: die Gefahr einer Deanonymisierung einmal bei der Veröffentlichung von Statistiken und zweitens bei der Weiterleitung von statistischen Einzelangaben. Bei der Veröffentlichung muß sichergestellt sein, daß von den in Tabellen publizierten Aggregatdaten nicht auf die Angaben des einzelnen zurückgeschlossen werden kann⁷⁴⁾. In der Praxis haben sich verschiedene Vorgehensweisen herausgebildet, zum Beispiel bestimmte Mindestbesatzzahlen und sogenannte Dominanzregeln unter anderem bei Konzentrationsangaben, die bei Veröffentlichungen zu beachten sind⁷⁵⁾.

Da zahlreiche Benutzer amtlicher Statistiken, insbesondere die Wissenschaft, ein berechtigtes Interesse an der Auswertung des mit hohen Kosten erhobenen Materials der amtlichen Statistik haben⁷⁶⁾, müssen entsprechende Weiterleitungsbestimmungen zur Anwendung kommen, durch die sowohl dem Schutz des einzelnen als auch den Interessen der Nutzer hinreichend Rechnung getragen wird⁷⁷⁾. So sollten sensible Daten regelmäßig von der Weiterleitung ausgeschlossen werden⁷⁸⁾. Im übrigen dürfen nur anonymisierte Daten weitergeleitet werden; Ausnahmen sind in der Bundesrepublik Deutschland nur in der die jeweilige Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen⁷⁹⁾. Da ein Mißbrauch, insbesondere eine Deanonymisierung von Einzelangaben, grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden kann, muß bei den zur Anwendung kommenden Anonymisierungsverfahren die Nichtbestimmbarkeit von Einzelangaben ausreichend sichergestellt werden (faktische Anonymisierung)⁸⁰⁾.

chung der den einzelnen Grundsätzen inhärenten Probleme und durch Hinweise auf potentielle Zielkonflikte stets hergestellt. Der Kodex bietet dem Praktiker die Möglichkeit, sich über die bei seiner Arbeit grundlegenden, weithin anerkannten Normen zu informieren und in Zweifelsfällen zu orientieren.

Für die amtliche Statistik enthält der Kodex, wie die Ausführungen gezeigt haben, keine neuen oder zusätzlichen Regelungen. Für diesen Bereich gibt es bereits seit langer Zeit allgemein anerkannte Verhaltensrichtlinien und -vorschriften, häufig sogar in gesetzlich geregelter Form.

Durch die weitreichende Geltung des ISI-Kodex, in den die amtliche Statistik als ein Teilbereich eingebunden ist, ist der Kodex eine wesentliche Voraussetzung zur Stärkung und Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Arbeitsweise von Statistikern im allgemeinen und die der amtlichen Statistik im besonderen.

Dr. Gerhard Bürgin/Dr. Susanne Schnorr-Bäcker

C Abschließende Bemerkungen

Dem ISI ist mit diesem Verhaltenskodex eine relativ kurze und allgemeingültige Beschreibung und Erläuterung der berufsethischen Grundsätze für das weite Feld von statistischen Untersuchungen in der Praxis gelungen. Dabei wird der Realitätsbezug durch exemplarische Veranschauli-

⁷⁴⁾ Siehe dazu United Nations: Handbook 1954, a. a. O., S. 31; § 11 Abs 6 BStatG

⁷⁵⁾ Siehe Flaherty, D. H.: „Privacy and Government Data Banks“, London 1979, S. 171.

⁷⁶⁾ Siehe ebenda, S. 169 ff.; Dammann, U.: „Der Zugang der Forschung zur amtlichen Statistik — Statistikgeheimnis und Forschungsdatengeheimnis“ in Eser, A./ Schumann, K. F. (Hrsg.) „Forschung in Konflikt mit Recht und Ethik“, Stuttgart 1976, S. 312 ff.; Begründung zum BStatG, a. a. O., zu § 11, VZ-Urteil, a. a. O., S. 69.

⁷⁷⁾ Siehe Begründung zum BStatG, a. a. O., zu § 11.

⁷⁸⁾ Siehe ebenda. Zu dieser Problematik siehe auch Simitis, S.: „Datenschutz und Wissenschaftsfreiheit“ in Kaase, M. et al. (Hrsg.) „Datenzugang und Datenschutz, Konsequenzen für die Forschung“, Königstein 1980, S. 83 ff.

⁷⁹⁾ Siehe § 11 Abs. 3 BStatG

⁸⁰⁾ Siehe United Nations: Handbook 1980, a. a. O., S. 31; Flaherty, D. H., a. a. O., S. 167 ff.; Begründung zum BStatG, a. a. O., zu § 11 Abs. 1 sowie § 16 Abs 4 EBStatG

Bevölkerungsentwicklung 1985

Nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung hat es 1985 gegenüber dem Vorjahr sowohl bei den Eheschließungen als auch bei den Lebendgeborenen und Gestorbenen geringfügige Zunahmen gegeben, während die Zahl der Ehescheidungen nach einem „Gipfel“ im Jahr 1984 leicht zurückgegangen ist.

Die Zahl der Eheschließungen stieg um 521 oder 0,1 % auf 364 661, die Zahl der Lebendgeborenen um 1 998 oder 0,3 % auf 586 155 und die der Sterbefälle um 8 178 oder 1,2 % auf 704 296. Gleichzeitig fiel die Zahl der Ehescheidungen um 2 620 oder 2,0 % auf 128 124.

Die dargestellten Bewegungen gehen jedoch zum Teil auf Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung zurück, so zum Beispiel die Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen auf ein Nachrücken stärkerer Jahrgänge ins „Heiratsalter“, der Anstieg bei den Sterbefällen auf eine stärkere Besetzung der höheren Altersgruppen: Bei gleicher Geburtenhäufigkeit wie im Vorjahr hätte die Zahl der Lebendgeborenen allein durch Änderungen im Altersaufbau um 1,5 %, das heißt wesentlich stärker, zunehmen müssen, als dies tatsächlich der Fall war. Die Zahl der Sterbefälle hätte sich — konstante Sterblichkeitsverhältnisse vorausgesetzt — um 0,9 % erhöht. Bei gleichbleibender Heiratsneigung wären etwa 1 bis 2 % mehr Eheschließungen zu erwarten gewesen. Der Rückgang bei den Scheidungen korrespondiert mit einem Rückgang bestehender Ehen. Letzterer war jedoch noch stärker als der der Scheidungen, so daß auch die sogenannte Scheidungsziffer (Ehescheidungen je 10 000 bestehende Ehen) abnahm.

Die Entwicklung der Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes war 1985 durch eine beachtliche Verringerung der Abwanderung bei gleichzeitigem Anstieg der Zuwanderung gekennzeichnet. Im Berichtsjahr ergab sich

aus 512 000 Zuzügen und 429 000 Fortzügen ein Zuwanderungsüberschuß von 83 000 Personen. Für 1984 war noch ein Abwanderungsüberschuß von 151 000 festgestellt worden. Als Folge der erstmals seit 1981 wieder positiven Wanderungsbilanz hat sich die Bevölkerungsbilanz erheblich abgeschwächt: Die Einwohnerzahl des Bundesgebietes ging von 61,049 Mill. am Jahresanfang 1985 nur um 29 000 Personen auf 61,020 Mill. am Jahresende 1985 zurück.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Eheschließungen

Seit zehn Jahren pendelt die Zahl der Eheschließungen zwischen 328 215 und 369 963 (siehe Tabelle 1). Das Jahr 1971 war das letzte Jahr, in dem die Zahl der Eheschließungen — mit 432 000 — größer war als die Zahl der Ehelösungen (durch Scheidung oder Tod eines Part-

Tabelle 1: Eheschließungen 1976 bis 1985

Jahr	Eheschließungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1976 = 100
1976	365 728		100
1977	358 487	- 2,0	98
1978	328 215	- 8,4	90
1979	344 823	+ 5,1	94
1980	362 408	+ 5,1	99
1981	359 658	- 0,8	98
1982	361 966	+ 0,6	99
1983	369 963	+ 2,2	101
1984	364 140	- 1,6	100
1985	364 661	+ 0,1	100

ners)¹⁾. Über die seit 1972 rückläufige Heiratsneigung wurde im Zusammenhang mit der Darstellung neuer Heiratsstafeln eingehend berichtet²⁾.

¹⁾ Siehe Braun, W.: „Ehescheidungen 1984“ in WiSta 3/1986, S. 187.

²⁾ Siehe Braun, W./Proebsting, H. „Heiratsstafeln für ledige Deutsche 1980/83“ in WiSta 12/1985, S. 921 ff. sowie „Heiratsstafeln verwitweter Deutscher 1979/82 und geschiedener Deutscher 1980/83“ in WiSta 2/1986, S. 107 ff. Siehe auch Heilig, G.: „Die Heiratsneigung lediger Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1984“ in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 11/1985, 4, S. 519 ff.

Tabelle 2: Familienstand vor der Eheschließung

Familienstand	1982		1983		1984		Veränderung 1984 gegenüber	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1982	1983
Beide Partner ledig	261 199	72,2	259 098	70,0	260 727	71,6	- 0,2	+ 0,6
Mann ledig, Frau verwitwet	2 188	0,6	3 661	1,0	1 080	0,3	- 50,6	- 70,5
Mann ledig, Frau geschieden	26 388	7,3	27 097	7,3	27 621	7,6	+ 4,7	+ 1,9
Mann verwitwet, Frau ledig	3 184	0,9	3 078	0,8	2 835	0,8	- 11,0	- 7,9
Mann verwitwet, Frau verwitwet	3 836	1,1	6 733	1,8	1 681	0,5	- 56,2	- 75,0
Mann verwitwet, Frau geschieden	4 888	1,4	5 058	1,4	5 194	1,4	+ 6,3	+ 2,7
Mann geschieden, Frau ledig	28 485	7,9	29 574	8,0	30 860	8,5	+ 8,3	+ 4,3
Mann geschieden, Frau verwitwet	2 886	0,8	4 795	1,3	1 267	0,3	- 56,1	- 73,6
Mann geschieden, Frau geschieden	28 912	8,0	30 869	8,3	32 875	9,0	+ 13,7	+ 6,5
Eheschließungen insgesamt ...	361 966	100	369 963	100	364 140	100	+ 0,7	- 1,5

An dieser Tendenz hat sich bisher kaum etwas geändert. Es zeichnet sich auch noch nicht ab, daß die rückläufige Heiratsneigung jüngerer Altersjahre durch eine zunehmende Heiratshäufigkeit im höheren Alter ausgeglichen wird.

Die abnehmende Tendenz im Heiratsverhalten betrifft — in den Jahren 1982 bis 1984 — fast ausschließlich Erstehen (siehe Tabelle 2). Eheschließungen, bei denen zumindest ein Partner geschieden ist, nehmen durchweg zu. Eine besondere Entwicklung hat sich bei den Witwen ergeben: Die Zahl der Witwen, die eine neue Ehe eingingen, nahm zunächst von 1982 auf 1983 von 8 910 auf 15 189 (um 70,5 %) zu, nahm im nächsten Jahr hingegen auf 4 028 (um 73,5 %) ab (siehe Tabelle 2). Vermutlich ist die 1983 gegenüber 1982 um 2,2 % höhere Zahl an Eheschließungen weitgehend auf vorgezogene Eheschließungen zurückzuführen, die dann im Jahr 1984 und zum Teil auch im Jahr 1985 „fehlten“³⁾.

Geburten

Die Zahl der Lebendgeborenen schwankte zwischen 1976 und 1985 nur geringfügig (siehe Tabelle 3): Zwischen 1976 und 1978 ging die Zahl von 602 851 auf 576 468 zurück, stieg dann bis 1981 auf 624 597 an; der folgende Rück-

Tabelle 3: Lebendgeborene 1976 bis 2025¹⁾ nach Deutschen und Nichtdeutschen

Jahr	Insgesamt		Deutscher Nationalität		Nichtdeutscher Nationalität	
	Anzahl	1976 = 100	Anzahl	1976 = 100	Anzahl	1976 = 100
1976	602 851	100	515 898	100	86 953	100
1977	582 344	97	504 073	98	78 271	90
1978	576 468	96	501 475	97	74 993	86
1979	581 984	97	506 424	98	75 560	87
1980	620 657	103	539 962	105	80 695	93
1981	624 557	104	544 548	106	80 009	92
1982	621 173	103	548 192	106	72 981	84
1983	594 177	99	532 706	103	61 471	71
1984	584 157	97	529 362	103	54 795	63
1985	586 155	97	532 405	103	53 750	62
1990	624 700	104	571 300	111	53 400	61
2000	473 900	79	417 900	81	56 000	64
2010	396 600	66	342 700	66	53 900	62
2025	336 700	56	297 200	58	39 500	45

¹⁾ Ab 1990 Ergebnis einer Modellrechnung der „Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ (BMI 1986), für Deutsche Modell I, siehe auch Statistisches Jahrbuch 1986, für Ausländer Modell C (mit jährlicher Zuwanderung von 55 000 Personen bis zum Jahr 2009)

gang auf 584 157 im Jahr 1984 hat sich bislang nicht fortgesetzt. Für 1985 zeigt sich eine geringfügige Erhöhung der Zahl, die sich nach ersten Ergebnissen auch für 1986 andeutet⁴⁾. Bei einem Vergleich der Lebendgeborenen deutscher und nichtdeutscher Nationalität wird ersichtlich, daß der von 1976 bis 1985 insgesamt zu verzeichnende Rückgang um 3 % speziell auf ein Absinken der Zahl der Lebendgeborenen nichtdeutscher Nationalität (um 38 %) zurückzuführen ist. Die Zahl der Lebendgeborenen deutscher Nationalität lag 1985 sogar um 3 % über der entspre-

³⁾ Die „vorgezogenen“ Eheschließungen sind möglicherweise auf die bis Ende 1983 geltende Regelung über die Kapitalisierung von Rentenansprüchen bei der Wiederheirat zurückzuführen.

⁴⁾ In den ersten sechs Monaten 1986 lag die Zahl der Lebendgeborenen sogar um 5,2 % über der entsprechenden Zahl des Jahres 1985.

chenden Zahl des Jahres 1976 (siehe Tabelle 3). Auch eine Vorausschau bis zum Jahr 2025 läßt erkennen, daß unter den gemachten Annahmen die Zahl der Lebendgeborenen deutscher Nationalität weniger stark zurückgeht als die der Ausländer. Interessant ist immerhin, daß wegen der starken Jahrgänge aus den 60er Jahren, die jetzt ins gebärfähige Alter kommen, die Modellrechnung⁵⁾ bei unverändertem generativen Verhalten bis zum Jahr 1990 noch mit einer um insgesamt 39 000 höheren Zahl von Lebendgeborenen deutscher Nationalität rechnet.

Ein gutes Maß für die Geburtenhäufigkeit ist die zusammengefaßte Geburtenziffer⁶⁾, weil sie den Einfluß der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung auf die Geburtenzahl eliminiert. Vergleicht man die Zahlen der Lebendgeborenen von Tabelle 3 mit der zusammengefaßten Geburtenziffer der Tabelle 4, so deutet die für 1980 gegenüber 1976 höhere Zahl von Lebendgeborenen, aber geringere Höhe der zusammengefaßten Geburtenziffer darauf hin, daß es 1980 entsprechend mehr weibliche Personen im „gebärfähigen“ Alter gab als 1976.

Sichtbar wird aus Tabelle 4 im übrigen vor allem auch der starke Rückgang bei der Geburtenhäufigkeit der Auslän-

Tabelle 4: Zusammengefaßte Geburtenziffer für Deutsche und Nichtdeutsche

Jahr	Insgesamt	Deutsche ¹⁾	Nichtdeutsche ²⁾
1976	1 455	1 360	2 572
1977	1 406	1 321	2 399
1978	1 381	1 303	2 326
1979	1 379	1 301	2 323
1980	1 445	1 365	2 384
1981	1 435	1 359	2 278
1982	1 407	1 347	2 082
1983	1 331	1 289	1 822
1984	1 291	1 258	1 685
1985 ³⁾	1 279		

¹⁾ Bezogen auf Kinder, deren Mutter Deutsche ist, das heißt einschließlich der Kinder, deren Vater Ausländer und Mutter Deutsche ist — ²⁾ Bezogen auf Kinder, deren Mutter Ausländerin ist, das heißt einschließlich der Kinder, deren Vater Deutscher und Mutter Ausländerin ist. — ³⁾ Geschätzt nach dem Calot-Verfahren (siehe Wista 8/1981, S. 549 ff.)

der; trotzdem liegt diese Ziffer — ausgehend von Kindern ausländischer Mütter — noch beachtlich über der Ziffer der Deutschen⁷⁾. Dabei ist die Ziffer der Ausländer noch mit dem „Fehler“ behaftet, daß vermutlich einige Ausländerfrauen nicht alle ihre Kinder in der Bundesrepublik zur Welt bringen⁸⁾.

Sterbefälle

Auch die absolute Zahl der Sterbefälle sagt wenig aus über die Entwicklung der Sterblichkeit, zumal sich in den Jahren seit 1976 Zunahme und Abnahme der jährlichen Zahl na-

⁵⁾ Modellrechnung I der von der „Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ unter Vorsitz des Bundesministers des Innern 1986 erarbeiteten Modellrechnungen, siehe: „Eine neue Bevölkerungsvorausschätzung“ — BMI 1986 — in „Die Angestellten-Versicherung“ 7/8/86, S. 261 ff.

⁶⁾ Die zusammengefaßte Geburtenziffer ist gleich der Summe der altersspezifischen Geburtenziffern je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Sie gibt an, wie viele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn sich die Geburtenhäufigkeit des Beobachtungsjahres nicht verändert.

⁷⁾ Ausgehend von Lebendgeborenen mit „ausländischer Staatsangehörigkeit“ hatte sich eine gewisse Differenz ergeben, da Kinder ausländischer Mütter bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn der Vater Deutscher ist.

⁸⁾ Siehe hierzu auch: „Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1981“ in WiSta 2/1983, S. 83 ff.

hezu kontinuierlich abwechselten. Zu sehr ist die Höhe der Sterbefälle vom Altersaufbau, von klimatischen Faktoren und anderen Bedingungen abhängig (siehe Tabelle 5). Sinnvoll ist es, die Lebenserwartung zum Maßstab der

Tabelle 5: Sterbefälle 1976 bis 1985

Jahr	Sterbefälle	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1976 = 100
1976	733 140	- 2,2	100
1977	704 922	- 3,8	96
1978	723 218	+ 2,6	99
1979	711 732	- 1,6	97
1980	714 117	+ 0,3	97
1981	722 192	+ 1,1	99
1982	715 857	- 0,9	98
1983	718 337	+ 0,3	98
1984	696 118	- 3,1	95
1985	704 296	+ 1,2	96

Entwicklung der Sterblichkeit zu machen⁹⁾. Diese Maßzahl nahm nahezu gleichmäßig zu. Hierdurch ergab sich für Neugeborene innerhalb der letzten zehn Jahre eine Zunahme von mehr als drei Jahren Lebenserwartung.

Bei der Säuglingssterblichkeit, bei der perinatalen Sterblichkeit und der Totgeborenenquote erfolgte weiterhin eine Abnahme, wobei hier aber nach wie vor die Sterblichkeit bei den Ausländern etwas höher liegt als bei den Deutschen (siehe Tabelle 6).

Im Jahr 1872 starben von je 100 Säuglingen noch 25 vor Ablauf eines Jahres; dieser Anteil verringerte sich auf 6 im Jahr 1938, auf 2,2 im Jahr 1972 und auf nunmehr 0,9 im Jahr 1985.

Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Je nach der Entwicklung von Geburten und Sterbefällen ergibt sich ein Überschuß der Geburten oder ein Überschuß der Sterbefälle. In der Zeit zwischen 1976 und 1985 wurde ein Geburtenüberschuß nur für die Ausländer festgestellt (siehe Tabelle 7, letzte Spalte). Dieser Überschuß schwankte zwischen 78 390 (im Jahr 1976) und 46 029 (im Jahr 1985). Für die deutsche Bevölkerung wurden innerhalb der letzten zehn Jahre nur Überschüsse der Sterbefälle

errechnet; dabei gab es einen „Höhepunkt“ im Jahr 1978 mit einem Minussaldo von 213 699 und einen „Tiefpunkt“ im Jahr 1984 mit einem Minussaldo von 158 921.

Nach den Modellrechnungen der „Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“¹⁰⁾ wird sich im Jahr 2025 auch bei Ausländern ein Überschuß der Sterbefälle (in Höhe von 20 600) einstellen. Bei den Deutschen wird bis zu diesem Zeitpunkt der Überschuß der Sterbefälle auf 513 000 gestiegen sein; nach diesen Berechnungen wird es dann noch 297 200 Lebendgeborene, jedoch 810 200 Sterbefälle geben. Der Gesamtüberschuß der Sterbefälle addiert sich demnach im Jahr 2025 auf 533 600.

Wanderungen insgesamt

Im Berichtsjahr haben 3,513 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes gewechselt oder sind über die Grenzen des Bundesgebietes zu- oder fortgezogen. Das Wanderungsvolumen war somit etwas kleiner als 1984 (3,593 Mill.) (siehe Tabellen auf S. 309*f.). Dieser Rückgang ist auf die Entwicklung der Außenwanderungzuführen: Die Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes lagen mit 941 000 um rund 125 000 unter der für 1984 festgestellten Zahl (1,065 Mill.). Demgegenüber ist die Zahl der sogenannten Binnenwanderungsfälle erstmals wieder — wenn auch nur geringfügig — gestiegen, und zwar von 2,528 Mill. (1984) um 45 000 auf 2,572 Mill.¹¹⁾.

Der 1984 erstmals seit 1980 wieder beobachtete Anstieg der Zahl der Zuzüge über die Bundesgrenzen hat sich fortgesetzt. Im Jahr 1985 wurden — wie eingangs erwähnt — 512 000 Zuzüge registriert; das waren 55 000 oder 12 % mehr als 1984 (457 000). Demgegenüber hat sich die Abwanderung im Vergleich zu 1984 beachtlich abgeschwächt. 1985 sind 429 000 Personen über die Grenzen des Bundesgebietes fortgezogen und damit 180 000 oder 30 % weniger als 1984 (608 000). Die Einwohnerzahl des Bundesgebietes hat sich somit durch Wanderungen 1985 um 83 000 Personen erhöht; für 1984

¹⁰⁾ Unter Vorsitz des Bundesministers des Innern; zugrunde gelegt wurden das Modell I (für Deutsche) und das Modell C (für Ausländer).

¹¹⁾ In dieser Zahl sind Umzüge innerhalb einer Gemeinde nicht enthalten, da Ortsumzüge in der amtlichen Statistik nicht erfaßt werden.

Tabelle 6: Säuglingssterblichkeit, Perinatale Sterblichkeit und Totgeborenenquote

Jahr	Säuglingssterblichkeit ¹⁾			Perinatale Sterblichkeit ²⁾			Totgeborenenquote ³⁾		
	insgesamt	Deutsche ⁴⁾	Ausländer ⁴⁾	insgesamt	Deutsche ⁴⁾	Ausländer ⁴⁾	insgesamt	Deutsche ⁴⁾	Ausländer ⁴⁾
1972	22,4	21,9	25,9	23,9	23,4	27,7	9,3	9,1	10,7
1973	22,7	22,5	23,6	23,0	22,6	25,1	8,9	8,6	10,3
1974	21,1	20,9	21,8	21,4	20,8	24,0	8,5	8,1	10,4
1975	19,7	19,4	21,1	19,3	18,7	22,2	7,7	7,3	10,0
1976	17,4	17,1	19,7	17,1	16,6	20,2	7,3	7,0	9,1
1977	15,4	15,1	17,7	14,9	14,3	18,5	6,5	6,1	8,7
1978	14,7	14,4	16,5	13,7	13,3	16,8	6,3	5,9	8,6
1979	13,6	13,2	15,5	12,6	12,1	15,6	5,7	5,4	7,7
1980	12,7	12,5	14,1	11,6	11,1	14,4	5,3	5,0	7,3
1981	11,6	11,3	14,1	10,5	9,9	14,6	5,1	4,8	7,5
1982	10,9	10,6	13,6	9,6	9,1	13,1	4,8	4,6	6,6
1983	10,2	9,9	12,9	9,3	8,8	13,1	4,7	4,4	6,8
1984	9,6	9,3	13,0	8,6	8,3	11,7	4,4	4,2	5,7
1985	9,0	8,7	11,3	7,9	7,6	10,6	4,1	4,0	5,2

¹⁾ Gestorbene im 1. Lebensjahr je 1 000 Lebendgeborene unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen zwölf Monaten. — ²⁾ Totgeborene und in den ersten sieben Lebenstagen Gestorbene je 1 000 Lebend- und Totgeborene. — ³⁾ Totgeborene je 1 000 Lebend- und Totgeborene. — ⁴⁾ Nach jeweiliger Legaldefinition.

Tabelle 7. Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Jahr	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Lebendgeborene	Sterbefälle	Saldo	Lebendgeborene	Sterbefälle	Saldo	Lebendgeborene	Sterbefälle	Saldo
1976	602 851	733 140	- 130 289	515 898	724 577	- 208 679	86 953	8 563	+ 78 390
1977	582 344	704 922	- 122 578	504 073	696 885	- 192 812	78 271	8 037	+ 70 234
1978	576 468	723 218	- 146 750	501 475	715 174	- 213 699	74 993	8 044	+ 66 949
1979	581 984	711 732	- 129 748	506 424	710 842	- 204 418	75 560	8 090	+ 67 470
1980	620 657	714 117	- 93 460	539 962	705 606	- 165 644	80 695	8 511	+ 72 184
1981	624 557	722 192	- 97 635	544 548	713 663	- 169 115	80 009	8 529	+ 71 480
1982	621 173	715 857	- 94 684	548 192	707 333	- 159 141	72 981	8 524	+ 64 457
1983	594 177	718 337	- 124 160	532 706	710 273	- 177 567	61 471	8 064	+ 53 407
1984	584 157	696 118	- 111 961	529 362	688 283	- 158 921	54 795	7 835	+ 46 960
1985	586 155	704 296	- 118 141	532 405	696 602	- 164 197	53 750	7 694	+ 46 056
2000 ¹⁾	473 900	736 400	- 262 500	417 900	715 600	- 297 700	56 000	20 800	+ 35 200
2025	336 700	870 300	- 533 600	297 200	810 200	- 513 000	39 500	60 100	- 20 600

¹⁾ Ab 2000 Ergebnisse der Modellrechnungen der „Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ (BMI 1986), Modell I und C

war demgegenüber noch eine Abnahme um 151 000 festgestellt worden.

Für die einzelnen Bundesländer ergibt sich als Ergebnis der Binnen- und Außenwanderung für 1985 folgendes Bild: Während Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West) Wanderungsgewinne verbuchten, verringerte sich die Bevölkerung in den übrigen Bundesländern durch Wanderungen¹²⁾.

Außenwanderung — Wanderungssaldo der Deutschen

Im Berichtsjahr sind rund 112 000 Deutsche über die Bundesgrenzen zugezogen und damit etwa 12 000 oder 9 % weniger als 1984 (124 000). Die Zahl der Fortzüge blieb mit 61 000 gegenüber knapp 62 000 im Jahr 1984 nahezu konstant (siehe Tabelle 8). Die Zahl der deutschen Einwohner hat somit durch Wanderungen 1985 um 51 000 zugenommen im Vergleich zu 62 000 im Jahr 1984.

Von den 1985 über die Grenzen des Bundesgebietes zugezogenen rund 112 000 Deutschen kamen 51 % aus dem europäischen Ausland, 25 % aus der DDR oder Berlin (Ost) und 22 % aus dem außereuropäischen Ausland. In der Gruppe europäischer Herkunftsländer dominieren erneut die Zuzüge aus Polen und Rumänien. Aus diesen

Ländern sind 1985 rund 30 000 Deutsche in das Bundesgebiet gekommen. Von den nach dem europäischen Ausland fortgezogenen Deutschen hat wiederum mehr als die Hälfte — 18 000 oder 56 % — einen Mitgliedstaat der EG als Zielland angegeben.

Wanderungssaldo der Ausländer

Die Zahl der Zuzüge von Ausländern über die Grenzen des Bundesgebietes ist 1985 erneut gestiegen, und zwar von 333 000 (1984) um 67 000 oder 20 % auf 400 000¹³⁾. Eine der Ursachen für diese Zunahme dürfte der verstärkte Zustrom von Asylbewerbern sein. 1985 sind 73 800 Asylsuchende in das Bundesgebiet eingereist, gegenüber 35 300 im Jahr 1984. Von ihnen kamen 44 300 oder 60 % aus asiatischen Ländern.

Die Zunahme der Zahl der Zuzüge von Ausländern um rund 67 000 Personen beruht gut zur Hälfte auf einem Anstieg der Zuwanderung aus asiatischen Ländern (+ 34 000 oder 73 %). In nennenswertem Umfang gestiegen ist ferner die Zahl der Zuzüge von Ausländern aus der Türkei (+ 13 000 oder 39 %) (siehe Tabelle 9).

Die Abwanderung von Ausländern hat sich nach dem Auslaufen des Rückkehrhilfegesetzes erwartungsgemäß beachtlich verringert. 1985 sind rund 368 000 Ausländer über die Bundesgrenzen fortgezogen und damit 179 000 oder 33 % weniger als 1984 (546 000)¹³⁾. Diese Abnahme

¹²⁾ Siehe Tabelle auf S. 309*

¹³⁾ Siehe Tabelle auf S. 311*

Tabelle 8: Zu- und Fortzüge von Deutschen über die Grenzen des Bundesgebietes nach Herkunfts- bzw. Zielländern

Herkunfts- bzw. Zielland	Zuzüge						Fortzüge						Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	
	1984		1985		1985 gegenüber 1984		1984		1985		1985 gegenüber 1984		1984	1985
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	1 000
DDR und Berlin (Ost)	41,6	33,6	27,7	24,7	- 13,9	- 33,3	1,5	2,4	1,9	3,2	+ 0,4	+ 26,1	+ 40,1	+ 25,8
Ausland zusammen	79,2	64,0	82,7	73,7	+ 3,4	+ 4,3	59,8	96,8	58,6	96,1	- 1,2	- 1,9	+ 19,5	+ 24,0
Europäisches Ausland	55,2	44,6	57,7	51,4	+ 2,5	+ 0,2	33,6	54,4	32,4	53,2	- 1,2	- 3,6	+ 21,6	+ 25,3
EG-Staaten	15,1	12,2	15,9	14,2	+ 0,8	+ 5,3	18,7	30,3	18,1	29,6	- 0,6	- 3,3	- 3,6	- 2,1
Polen ¹⁾	14,6	11,8	17,5	15,6	+ 2,9	+ 19,6	1,2	1,9	1,3	2,1	+ 0,1	+ 6,8	+ 13,4	+ 16,2
Rumänien	13,9	11,3	12,8	11,4	- 1,1	- 7,6	0,1	0,2	0,1	0,1	- 0,0	- 7,1	+ 13,8	+ 12,8
Schweiz	2,3	1,9	2,5	2,2	+ 0,1	+ 5,3	3,8	6,1	3,8	6,2	+ 0,0	+ 0,3	- 1,5	- 1,3
Sowjetunion	0,9	0,7	0,6	0,5	- 0,3	- 34,5	0,1	0,2	0,2	0,2	+ 0,0	+ 9,4	+ 0,8	+ 0,4
Tschechoslowakei	0,7	0,6	0,5	0,5	- 0,1	- 21,5	0,1	0,2	0,1	0,2	+ 0,0	+ 8,1	+ 0,6	+ 0,4
Übriges Europa	7,6	6,1	7,8	7,0	+ 0,2	+ 2,9	9,7	15,7	9,0	14,7	+ 0,7	+ 7,2	- 2,1	- 1,2
Außereuropäisches Ausland	24,1	19,5	25,0	22,3	+ 0,9	+ 3,7	26,1	42,2	26,2	42,9	+ 0,1	+ 0,2	- 2,0	- 1,2
Ungeklärt und ohne Angabe	2,9	2,3	1,8	1,6	- 1,2	- 40,2	0,5	0,8	0,5	0,8	- 0,0	- 5,8	+ 2,4	+ 1,3
Insgesamt	123,8	100	112,2	100	- 11,7	- 9,4	61,8	100	61,0	100	- 0,8	- 1,3	+ 62,0	+ 51,2

¹⁾ Einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches.

Tabelle 9: Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Herkunfts- bzw Zielländern

Herkunfts- bzw Zielland	Zuzüge						Fortzüge						Überschuß der Zu-(+) bzw Fortzüge(-)	
	1984		1985		1985 gegenüber 1984		1984		1985		1985 gegenüber 1984		1984	1985
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	
Europäisches Ausland	244,8	73,9	270,9	68,0	+ 26,1	+ 10,7	470,1	86,3	289,3	78,9	-180,8	- 38,5	-225,3	- 18,4
EG-Staaten	78,5	23,7	81,8	20,5	+ 3,3	+ 4,2	107,7	19,8	96,5	26,3	- 11,1	- 10,3	- 29,2	- 14,7
darunter:														
Griechenland	9,3	2,8	9,5	2,4	+ 0,2	+ 1,6	16,8	3,1	16,4	4,5	- 0,4	- 2,3	- 7,4	- 6,9
Italien	37,5	11,3	38,9	9,8	+ 1,4	+ 3,8	61,5	11,3	51,4	14,0	- 10,2	- 10,5	- 24,0	- 12,5
Türkei	34,1	10,3	47,5	11,9	+ 13,3	+ 39,1	213,5	39,2	60,6	16,5	-152,8	- 71,6	-179,4	- 13,2
Jugoslawien	19,4	5,8	22,5	5,6	+ 3,1	+ 16,1	33,8	6,2	30,6	8,4	- 3,1	- 9,3	- 14,4	- 8,1
Spanien	3,1	0,9	3,2	0,8	+ 0,2	+ 5,9	9,2	1,7	7,7	2,1	- 1,4	- 15,7	- 6,1	- 4,5
Portugal	1,4	0,4	1,6	0,4	+ 0,2	+ 13,0	20,7	3,8	3,4	0,9	- 17,3	- 83,6	- 19,3	- 1,8
Polen ¹⁾	67,8	20,5	72,2	18,1	+ 4,4	+ 6,5	51,7	9,5	56,8	15,5	+ 5,2	+ 10,0	+ 16,1	+ 15,4
Übriges Europa	40,6	12,3	42,1	10,6	+ 1,5	+ 3,8	33,7	6,2	33,6	9,1	- 0,1	- 0,4	+ 6,9	+ 8,6
Außereuropäisches Ausland	86,1	26,0	126,7	31,8	+ 40,5	+ 47,0	74,6	13,7	76,1	20,8	+ 1,6	+ 2,1	+ 11,6	+ 50,6
dar.: Asien	46,4	14,0	80,4	20,2	+ 34,1	+ 73,4	33,3	6,1	38,1	10,4	+ 4,9	+ 14,6	+ 13,1	+ 42,3
Unbekanntes Ausland	0,2	0,1	0,6	0,2	+ 0,5	+ 311,8	0,4	0,0	1,3	0,3	+ 0,9	+ 235,2	- 0,2	- 0,6
Insgesamt	331,1	100	398,2	100	+ 67,1	+ 20,3	545,1	100	366,7	100	-178,4	- 32,7	-213,9	+ 31,5

¹⁾ Einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches.

beruht zum weitaus größten Teil auf der erheblichen Verringerung der Zahl der Fortzüge nach der Türkei. In dieses Land kehrten 1985 etwa 61 000 Ausländer zurück; das waren 153 000 oder 72 % weniger als 1984 (213 000). Leicht angestiegen ist dagegen 1985 gegenüber 1984 die Zahl der Fortzüge von Ausländern nach Polen und außereuropäischen Ländern.

Insgesamt gesehen ergab sich 1985 aus 400 000 Zuzügen und 368 000 Fortzügen von Ausländern ein Zuwanderungsüberschuß von 32 000 Personen. Für 1984 war hingegen noch eine Nettoabwanderung von 213 000 festge-

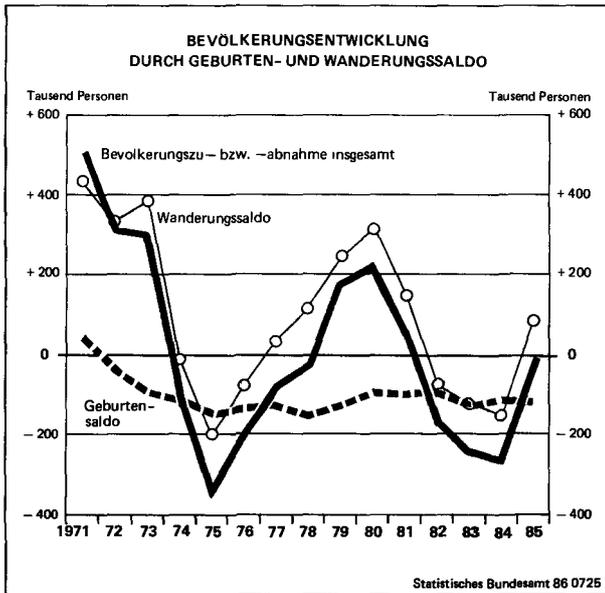
stellt worden. Die positive Wanderungsbilanz setzt sich im wesentlichen aus einem Zuwanderungsüberschuß gegenüber Polen (+ 15 000) sowie asiatischen Ländern (+ 42 000) zusammen. Demgegenüber sind 1985 sowohl nach einem Mitgliedstaat der EG als auch nach den früheren Anwerbeländern (Türkei, Jugoslawien, Spanien und Portugal) jeweils mehr Ausländer fort- als zugezogen. Hervorzuheben ist dabei aber die beachtliche Verringerung des Abwanderungsüberschusses der Türken; er ging im Zeitraum 1984/85 von 179 000 auf 13 000 zurück.

Im ersten Halbjahr 1986 ist die Wanderungsbewegung der Ausländer durch einen sprunghaften Anstieg der Zahl von

Tabelle 10: Bevölkerungsstand und -entwicklung

Jahr Land	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuß der					Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) insgesamt ²⁾	Bevölkerung am Jahresende			
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt		insgesamt	männlich	weiblich	weibliche Personen je 1 000 männliche
			insgesamt	zwischen den Ländern	über die Grenzen des Bundesgebietes ¹⁾						
Deutsche Bevölkerung											
1980	57 189	- 166	+ 66	- 0	+ 66	- 97	- 2	57 092	26 905	30 187	1 122
1981	57 092	- 169	+ 66	+ 0	+ 66	- 100	- 2	56 992	26 875	30 117	1 121
1982	56 992	- 159	+ 39	+ 3 ³⁾	+ 36	- 120	- 2	56 874	26 839	30 036	1 119
1983	56 874	- 178	+ 33	+ 2 ³⁾	+ 32	- 142	- 2	56 733	26 792	29 941	1 118
1984	56 733	- 159	+ 67	+ 5 ³⁾	+ 62	- 89	- 2	56 644	26 774	29 870	1 116
1985	56 644	- 164	+ 57	+ 6 ³⁾	+ 51	- 107	- 2	56 536	26 746	29 790	1 114
Bevölkerung insgesamt											
1980	61 439	- 93	+ 312	- 0	+ 312	+ 219	+ 4	61 658	29 481	32 177	1 091
1981	61 658	- 98	+ 152	+ 0	+ 152	+ 55	+ 1	61 713	29 523	32 190	1 090
1982	61 713	- 95	- 72	+ 3 ³⁾	- 75	- 167	- 3	61 546	29 428	32 118	1 091
1983	61 546	- 124	- 115	+ 2 ³⁾	- 117	- 239	- 4	61 307	29 306	32 001	1 092
1984	61 307	- 112	- 146	+ 5 ³⁾	- 151	- 257	- 4	61 049	29 180	31 870	1 092
1985	61 049	- 118	+ 89	+ 6 ³⁾	+ 83	- 29	- 0	61 020	29 190	31 830	1 090
1985 nach Ländern											
Schleswig-Holstein	2 614	- 8	+ 9	+ 7	+ 2	+ 0	+ 0	2 614	1 265	1 350	1 067
Hamburg	1 592	- 10	- 3	- 6	+ 3	- 13	- 8	1 580	739	841	1 138
Niedersachsen	7 216	- 17	- 2	- 10	+ 8	- 19	- 3	7 197	3 455	3 742	1 083
Bremen	666	- 3	- 2	- 4	+ 2	- 5	- 9	660	309	350	1 133
Nordrhein-Westfalen	16 704	- 31	+ 2	- 21	+ 23	- 30	- 2	16 674	7 956	8 718	1 096
Hessen	5 535	- 14	+ 8	- 2	+ 10	- 6	- 1	5 529	2 657	2 872	1 081
Rheinland-Pfalz	3 624	- 8	- 1	- 7	+ 6	- 9	- 2	3 615	1 731	1 883	1 088
Baden-Württemberg	9 241	+ 1	+ 29	+ 20	+ 9	+ 30	+ 3	9 271	4 465	4 806	1 076
Bayern	10 958	- 11	+ 27	+ 21	+ 6	+ 16	+ 1	10 974	5 257	5 717	1 087
Saarland	1 051	- 3	- 2	- 4	+ 2	- 5	- 5	1 046	497	549	1 104
Berlin (West)	1 849	- 15	+ 26	+ 14	+ 13	+ 11	+ 6	1 860	858	1 002	1 168

¹⁾ Einschl. Personen mit unbekanntem Herkunfts- und Zielgebiet und ohne festen Wohnsitz. - ²⁾ Einschl. Differenz zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen der Statistik der Geburten und Sterbefälle und einschl. Berichtigung von Gemeindegrenzen. - ³⁾ Der Saldo der Wanderungen zwischen den Bundesländern ist nicht ausgeglichen, da sich mit dem Inkrafttreten neuer Landesmeldegesetze in den Bundesländern die definitive Grundlage für die Wanderungsbewegung geändert hat.



setzt: Ihre Zahl verringerte sich von 56,644 Mill. am Jahresanfang um 107 000 oder 0,2 % auf 56,536 Mill. am Jahresende. 1984 hatte die Abnahme hingegen 89 000 Personen betragen. Der 1985 etwas stärkere Rückgang beruht auf einem gegenüber 1984 höheren Überschuß der Sterbefälle über die Geburten, der zu einem noch geringeren Teil als im Vorjahr durch einen relativ kleinen Zuwanderungsüberschuß kompensiert wurde.

1985 hatten Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland eine Bevölkerungsabnahme. Am stärksten war sie in Bremen (– 0,9 %), Hamburg (– 0,8 %) und im Saarland (– 0,5 %). Demgegenüber verzeichneten Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West) 1985 eine Bevölkerungszunahme; mit 0,6 % war sie am höchsten in Berlin (West).

Dr. Helmut Proebsting / Dr. Henning Fleischer

Asylanten gekennzeichnet. In den Monaten Januar bis Juni 1986 sind knapp 42 300 Asylbewerber in das Bundesgebiet eingereist und damit bereits 45 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (29 100). Demgegenüber zeigt die Abwanderung von Ausländern — entsprechende Zahlen liegen allerdings bisher erst für die Monate Januar und Februar 1986 vor — erneut eine rückläufige Tendenz. Steigt die Zahl der Zuzüge bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Fortzüge weiter an, so ist für 1986 mit einem wesentlich höheren Zuwanderungsüberschuß der Ausländer als 1985 zu rechnen.

Bevölkerungsstand

Die in den vorstehenden Abschnitten dargestellte Entwicklung der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen ist bilanziert in der Bevölkerungsfortschreibung zusammengefaßt (siehe Tabelle 10). Die Bevölkerungsfortschreibung geht nach wie vor von den Ergebnissen der Volkszählung 1970 aus. Die Bevölkerungszahlen sind daher wegen der langen Fortschreibungsdauer zunehmend mit Fehlern behaftet.

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis der Volkszählung 1970 hatte die Bundesrepublik Deutschland — wie eingangs erwähnt — Ende 1985 61,020 Mill. Einwohner und damit nur 29 000 weniger als am Jahresanfang (61,049 Mill.). Im Jahr 1984 hatte die Bevölkerung noch um 257 000 Personen abgenommen. Der Bevölkerungsrückgang beruht ausschließlich auf dem Überschuß der Sterbefälle über die Geburten.

Von den rund 61,020 Mill. Einwohnern waren Ende Dezember 1985 29,2 Mill. (48 %) männlichen und 31,8 Mill. (52 %) weiblichen Geschlechts. Auf 1 000 männliche Personen kamen somit 1 090 weibliche. Bei einer Fläche von rund 248 708 km² beträgt die Bevölkerungsdichte derzeit 245 Einwohner je km².

Bei der deutschen Bevölkerung hat sich der bereits seit 1972 zu beobachtende Rückgang auch 1985 fortge-

Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen

Vorbemerkung

In den letzten Jahren nahm verstärkt die Nachfrage nach aktuellen Daten über den Arbeitsmarkt zu. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Verbesserungen im statistischen Datenangebot erzielt. Auf dieser Grundlage können mit der hier vorgelegten Ausarbeitung erstmals monatliche gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen für die Jahre ab 1981 bereitgestellt werden.

Die Angaben sind hinsichtlich der Abgrenzung sowie der Berechnungsgrundlagen und Methoden voll in das bestehende Berichtssystem integriert. Bisher veröffentlicht das Statistische Bundesamt im Rahmen des Gesamtsystems der Erwerbstätigkeitsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Durchschnittszahlen für Erwerbstätige und Arbeitslose sowie Erwerbspersonen. Die Ergebnisse werden unter Verwendung sämtlicher verfügbarer erwerbsstatistischer Unterlagen ermittelt. Die vierteljährlichen Erwerbstätigenschätzungen werden in der zusammengefaßten Gliederung nach Stellung im Beruf (Selbständige und Mithelfende Familienangehörige einerseits und Beamte, Angestellte und Arbeiter andererseits) sowie wirtschaftsfachlich nach vier (Erwerbstätigenschätzung) bzw. fünf (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) Wirtschaftsbereichen dargestellt. Die jährlichen Ergebnisse sind nach Geschlecht, zehn Wirtschaftsabteilungen bzw. 58 Wirtschaftsbereichen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie nach der Stellung im Beruf (Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter) gegliedert. Ergänzend zum bisherigen vierteljährlichen Veröffentlichungsprogramm ist vorgesehen, monatlich die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft ohne weitere Untergliederungen zu veröffentlichen.

Mit der Bereitstellung der monatlichen Erwerbstätigenangaben kommt das Statistische Bundesamt der Forderung vieler Benutzer nach einer Erweiterung der Datenbasis für eine kurzfristige Beobachtung des Arbeitsmarktes nach. Die monatlichen Angaben sollen in Zukunft in zwei Stufen, nämlich etwa vier und etwa acht Wochen nach Ende des Berichtsmonats, veröffentlicht werden. Mit vierwöchiger Verzögerung wird die Erwerbstätigenzahl als „erste vorläufige Schätzung“ bekanntgegeben. Darüber hinaus wird jeweils gleichzeitig mit achtwöchiger Verzögerung eine — aufgrund zusätzlicher Informationen durchgeführte — genauere Berechnung für den davorliegenden Monat veröffentlicht.

Diese Erweiterung des kurzfristigen Schätzsystems war möglich, weil die Datenlage in jüngster Zeit — vor allem

aufgrund von erheblichen Anstrengungen der Krankenversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit zur intensiveren und aktuelleren Auswertung der im Rahmen des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung anfallenden Daten über die Zahl der Beschäftigten und Beitragszahler — deutlich verbessert worden ist, ohne daß neue statistische Erhebungen und zusätzliche Belastungen der Betriebe bzw. Haushalte erforderlich wurden.

Bisher lagen die Erwerbstätigenschätzungen für die Vierteljahresdurchschnitte etwa zehn Wochen nach dem Ende des betreffenden Quartals vor. Noch schnellere Informationen waren nur aus einigen Teilbereichen der Wirtschaft (z. B. Monatsberichte im Produzierenden Gewerbe) sowie aus der Statistik über die Beitragszahler nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG-Beitragszahlerstatistik) verfügbar. Neuerdings stehen für interne Zwecke Informationen aus sogenannten Pilotauswertungen der Beschäftigtenstatistik (nach 3 Monaten) sowie von monatlichen Ergebnissen über An- und Abmeldungen im Rahmen der Beschäftigtenstatistik zur Verfügung. Ferner liegen aus dem Jahreszeitraummaterial der Beschäftigtenstatistik mittlerweile über einen ausreichend langen Zeitraum Daten vor, mit deren Hilfe man den monatlichen Saisonverlauf insbesondere in Wirtschaftsbereichen, die nicht von anderen Monatsstatistiken abgedeckt werden, abschätzen kann. Schließlich sind vor kurzem methodische Verbesserungen im Rahmen der AFG-Beitragszahlerstatistik vorgenommen worden, die eine stärker gesicherte Beobachtung der betreffenden Erwerbstätigen „am aktuellen Rand“ ermöglichen. Für den Bereich der Gebietskörperschaften werden dem Statistischen Bundesamt neuerdings von den Besoldungsstellen der Länder und des Bundes interne Meldungen über die monatliche Anzahl der Zahlfälle übermittelt.

Im folgenden werden methodische Erläuterungen zum Verfahren der Monatsschätzungen gegeben. Danach werden die ersten Ergebnisse dargestellt.

1 Methodische Erläuterungen

1.1 Der Bezugsrahmen der monatlichen Schätzungen

Der Bezugsrahmen der monatlichen Erwerbstätigenschätzungen ist die bisherige laufende vierteljährliche und jährliche Erwerbstätigenschätzung, die ihrerseits eng mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verzahnt ist. Da über die Berechnungen in diesem Rahmen bereits berichtet wurde¹⁾, wird in diesem Aufsatz bezüglich der Definitionen und Abgrenzung der nachgewiesenen Erwerbstätigen, der Datenquellen sowie des Berechnungsschemas nur das herausgestellt, was für die monatlichen Berechnungen von besonderer Bedeutung ist.

Nachgewiesen werden alle Erwerbstätigen, die im betreffenden Monat einer Erwerbstätigkeit (einschl. geringfügig Verdienende und Soldaten) nachgingen. Die Darstellung

¹⁾ Zum bisherigen Berechnungsverfahren siehe Wollny, H./Schoer, K.: „Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1970 bis 1981, Ergebnis einer Revision der Erwerbstätigenzahlen“ in WiSta 11/1982 und Becker, B./Schoer, K.: „Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1979 bis zum ersten Halbjahr 1985“ in WiSta 9/1985.

Schaubild 1

folgt dem Personenkonzept, das heißt, im Falle mehrerer gleichzeitiger Tätigkeiten einer Person wird nur die zeitlich überwiegende Tätigkeit berücksichtigt. Die Angaben werden als Monatsdurchschnitte ermittelt.

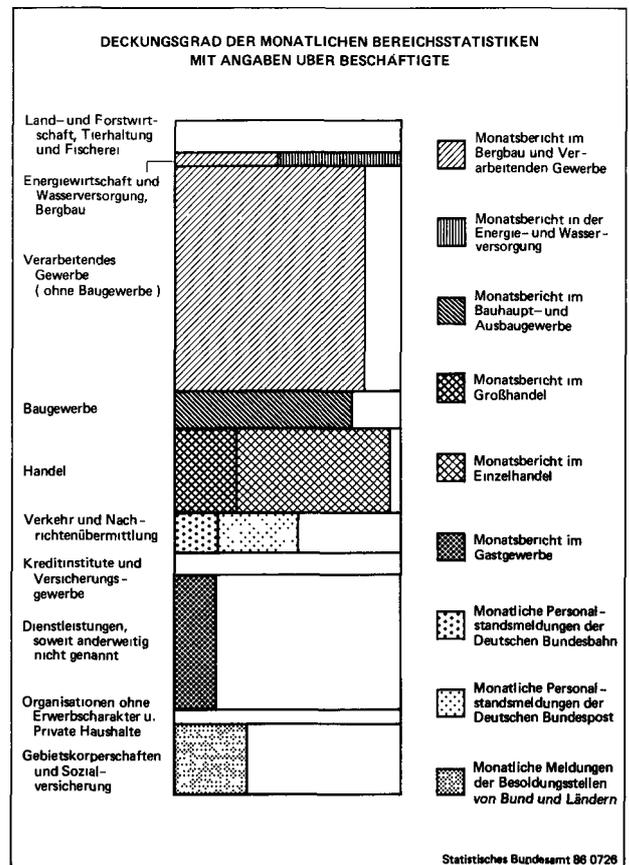
Personen, die nicht während des gesamten Monats erwerbstätig waren, werden anteilig bei der Bildung des Monatsdurchschnitts einbezogen. Unterschiede in der Länge der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit der Erwerbstätigen, die u. a. aus Unterschieden in der tariflichen Arbeitszeit, der Zahl der Überstunden sowie Arbeitszeitausfällen wie Kurzarbeit, Streiks, Schlechtwetter, Krankheit und vor allem Teilzeitarbeit resultieren können, bleiben bei der Durchschnittsbildung unberücksichtigt, das heißt, es wird — entsprechend den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der Praxis in anderen Ländern — von der Kopfzahl ausgegangen. Im Gegensatz zu den Jahres- und Vierteljahresdurchschnitten werden die monatsdurchschnittlichen Erwerbstätigen nur nach dem Inländerkonzept bzw. Wohnortkonzept und nicht auch nach dem Inlandskonzept bzw. Arbeitsortkonzept dargestellt. Einbezogen sind deutsche Grenzgänger, die in einem Nachbarstaat arbeiten; ausgeschlossen sind ausländische Arbeitnehmer, die täglich zur Arbeit über die Grenze kommen. Ausländische Arbeitnehmer, die längere Zeit im Inland wohnen, gelten dagegen als inländische Erwerbstätige.

1.2 Datenquellen der monatlichen Schätzungen

Angaben über die Zahl der Erwerbstätigen, die als Basisdaten für Schätzungen dienen, werden sowohl durch Personen- und Unternehmens- bzw. Betriebsbefragungen als auch auf sekundärstatistischem Wege durch Auswertung von Verwaltungsunterlagen gewonnen. Dabei besteht die Möglichkeit, die Plausibilität der Ergebnisse einzelner Quellen durch andere, den gleichen Tatbestand abdeckende Angaben und durch Gegenüberstellung mit den im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewonnenen vierteljährlichen Angaben zu überprüfen. Bei der laufenden Schätzung der Erwerbstätigendurchschnittszahlen finden vorwiegend Statistiken Berücksichtigung, die eine Periodizität von höchstens einem Jahr haben und deren Ergebnisse relativ kurzfristig nach dem Erhebungsstichtag vorliegen. Statistiken mit einer längeren Periodizität können dagegen in der Regel nur bei den in Abständen von mehreren Jahren stattfindenden Revisionen der Erwerbstätigenangaben einbezogen werden.

Bei den monatlichen Berechnungen wird insbesondere auf die monatlichen Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft zurückgegriffen. Es handelt sich dabei um:

- Monatsbericht in der Energie- und Wasserversorgung,
- Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe,
- Monatsbericht im Bauhauptgewerbe,
- Monatsbericht im Ausbaugewerbe,
- Monatsbericht im Großhandel,
- Monatsbericht im Einzelhandel,
- Monatsbericht im Gastgewerbe,



- Monatsmeldungen der Bundesbahn,
- Monatsmeldungen der Bundespost,
- Monatsmeldungen für Teile der Gebietskörperschaften (Besoldungsstellen von Bund und Ländern).

Weitere wichtige Ausgangszahlen für die monatlichen Schätzungen liefern außerdem:

- die monatliche AFG-Beitragszahlerstatistik,
- die vierteljährliche Handwerksberichterstattung, die vierteljährlichen Meldungen des Bundesministers für Verteidigung, die vierteljährliche Beschäftigtenstatistik (einschl. interner Informationen über Schnellauswertungen der monatlichen An- und Abmeldungen) sowie der jährliche Mikrozensus (bzw. die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Gemeinschaften).

Durch die monatlichen Bereichsstatistiken werden etwa 60 % aller Erwerbstätigen erfaßt (siehe Schaubild 1). Die Ergebnisse dieser Monatsstatistiken liegen im allgemeinen nach etwa sechs bis acht Wochen nach dem Erhebungsstichtag vor (siehe die nachstehende Übersicht). Eine Erwerbstätigenschätzung mit einem zeitlichen Abstand von zwei Monaten beruht demnach zu mehr als der Hälfte auf statistischen Informationen aus den Teilstatistiken. Dazu kommen weitere Informationen über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter und Angestellten (das sind ca. 75 % aller Erwerbstätigen) aus der vierteljährlichen Beschäftigtenstatistik (mit einer zeitlichen Verzögerung von bisher sechs Monaten bzw. drei Monaten bei der Pilotauswertung); zur Zeit wird ferner in einer Testphase geprüft, inwieweit aus laufenden Schnellauswertungen der An- und Abmeldungen von Beschäfti-

gungsfällen im Rahmen des DEVO/DÜVO-Verfahrens (Meldeverfahren der Betriebe an die Sozialversicherungsträger über die in der Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung pflichtversicherten Arbeitnehmer) monatliche Daten über die Veränderungen des Beschäftigungsstandes der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewonnen werden können. Diese Daten stehen nach Abschluß der Testphase voraussichtlich ab Mitte 1987 mit etwa zwei- bis dreimonatiger Verzögerung zur Verfügung. Schließlich liefern insbesondere die bei den Krankenkassen monatlich anfallenden Daten über die AFG-Beitragszahler, die vom Personenkreis her dem Personenkreis der Beschäftigtenstatistik weitgehend ent-

Meldetermine für die Beschäftigtenzahlen der monatlichen Bereichsstatistiken

Wirtschaftsbereich	Berichtszeitraum, -zeitpunkt ¹⁾	Vorgesehener Liefertermin im übernächsten Monat	Auswertungszeit in Wochen (Normalfall)	Bemerkungen
Energie- und Wasserversorgung	ME	15.	6-7	-
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	ME	15.	6-7	Verspätungen von bis zu 2 Wochen sind im Januar möglich (Neufestsetzung des Berichtskreises) und Jahreskorrekturen
Bauhaupt- und Ausbaugewerbe	ME	20.	6-7	Am Jahresende rückwirkend Korrekturen von März bis September ²⁾
Großhandel	ME	20.	7	Monatliche Korrekturen aufgrund von verspätet eingegangenen Meldungen
Einzelhandel, Gastgewerbe	ME	20.	6-7	Monatliche Korrekturen aufgrund von verspätet eingegangenen Meldungen
Deutsche Bundesbahn	MD	15	4-6	-
Deutsche Bundespost	ME	15.	4	-
Besoldungsstellen von Bund und Ländern	MS	-	4-8	Interne Meldungen von zentralen Besoldungsstellen ³⁾

¹⁾ ME, Monatsende, MD, Monatsdurchschnitt, MS, Monatssumme. — ²⁾ Neufestsetzung des Hochrechnungsfaktors von Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten auf alle Betriebe aufgrund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe. — ³⁾ Über abgewinkelte Zahlfälle; Korrekturbedarf nach Vorliegen der Personalstandstatistik.

sprechen, wichtige Informationen über die aktuellen Veränderungen der Beschäftigung. Die AFG-Beitragszahlerstatistik wird seit Februar 1986 zunächst für die Dauer einer Testphase in zwei Versionen, und zwar einmal mit einer Verzögerung von acht Kalendertagen und zum anderen mit einer Verzögerung von einem Kalendermonat und acht Kalendertagen zum Berichtsstichtag, von den Krankenkassen erstellt. Die AFG-Beitragszahlerstatistik ist zur Zeit der Beschäftigungsindikator mit der kürzesten Auswertungszeit. Allerdings sind bei dieser Statistik auch melderechtlich und meldetechnisch bedingte Schwankungen beim Einbau in das Schätzkonzept zu berücksichtigen.

1.3 Berechnungsverfahren

1.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Wie schon erwähnt, werden die monatlichen Erwerbstätigenzahlen als Monatsdurchschnitte berechnet. Dadurch können diese Monatszahlen nahtlos in das schon bestehende System der Erwerbstätigenschätzungen und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingepaßt werden, für das bisher bereits vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen berechnet werden. Sie unterscheiden sich damit allerdings von den den Schätzungen zugrundeliegenden Basisstatistiken, die im allgemeinen nur Stichtagszahlen, in der Regel für das Monatsende bzw. bei der AFG-Beitragszahlerstatistik für den Monatsanfang, zur Verfügung stellen.

Für die Wahl des Schätzverfahrens ist das zur Verfügung stehende Grundmaterial entscheidend. Die im Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen beruhen — ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten Volks- und Berufszählung sowie Arbeitsstättenzählung in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen — auf der Betrachtung der absoluten und relativen Veränderungen der laufenden Statistiken gegenüber vorangegangenen Zeitabschnitten. Bei der Berechnung sind insbesondere die methodischen Unterschiede zwischen den verwendeten Statistiken und dem Darstellungskonzept hinsichtlich der Zuordnung der Erhebungseinheiten zu den Wirtschaftsbereichen, dem einbezogenen Personenkreis, dem Erhebungsverfahren und dem Stichtag einzelner Statistiken zu berücksichtigen. Für die monatlichen Schätzungen wird — wie auch bisher bereits für die Vierteljahresrechnung — laufend eine große Zahl von internen Schätzbereichen (insbesondere Wirtschaftszweiggliederungen in Verbindung mit weiteren Untergliederungen nach der Stellung im Beruf) fortgerechnet, so daß alle wichtigen laufenden Datenquellen wie auch sonstige Erkenntnisse über Sonderentwicklungen in Teilbereichen, wie sie sich zum Beispiel aus den im Rahmen der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewonnenen Ergebnissen über die Wertschöpfung und die Bruttolohn- und -gehaltsummen ergeben, unmittelbar für die Rechnung genutzt werden können. Umgekehrt kann durch die monatliche Analyse der Erwerbstätigenschätzung frühzeitig Einblick in die Entwicklung der Beschäftigung innerhalb des Quartals gewonnen werden, wodurch die Quartalschätzungen zusätzlich auf Plausibilität hin geprüft werden.

Zum monatlichen Schätzzeitpunkt liegen für die wirtschaftszweigbezogenen Schätzbereiche unterschiedlich aktuelle Informationen vor. Die genannten Monatsstatistiken liefern Daten mit einem zeitlichen Abstand von im allgemeinen sechs bis acht Wochen. Die Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung sind nach zehn bis elf Wochen verfügbar, während sich die Verzögerung im Dienstleistungsbereich zur Zeit noch auf sechs bis sieben Monate beläuft (vierteljährliche Beschäftigtenstatistik), sieht man von Pilotauswertungen und internen Berechnungen ab, die bereits drei Monate nach dem Berichtsstichtag Ergebnisse liefern. Für die Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen beträgt der zeitliche Abstand fast ein Jahr (Mikrozensus).

1.3.2 Schätzungen mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Monaten

Wie bereits erwähnt wurde, liegen bei den Schätzungen mit einer Verzögerung von zwei Monaten für ca. 60 % aller Erwerbstätigen aktuelle Informationen aus den laufenden Monatsstatistiken vor. Bei den Wirtschaftszweigen, die nicht durch aktuelle Statistiken abgedeckt werden, handelt es sich überwiegend um weniger konjunkturabhängige Bereiche.

Diejenigen Schätzbereiche, für die jeweils noch keine aktuellen Informationen vorliegen, werden in einem ersten Rechenschritt durch ein geeignetes mathematisch-statistisches Prognoseverfahren, das auf einer univariaten Zeitreihenanalyse beruht, fortgeschätzt. Eine spätere Erweiterung um multivariate Analysen ist vorgesehen. Die so gewonnenen Ergebnisse werden verschiedenen Plausibilitätsprüfungen unterzogen, insbesondere durch Betrachtung der Veränderungsraten der Originalreihen und der saisonbereinigten Reihen²⁾ sowie durch Vergleich mit den vorliegenden monatlichen Informationen aus den Schnellauswertungen der Beschäftigtenstatistik sowie der AFG-Beitragszahlerstatistik. Nach diesen Prüfungen wird der im ersten Rechenschritt ermittelte Schätzwert für die Gesamterwerbstätigenzahl gegebenenfalls korrigiert.

1.3.3 Schätzungen mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Monat

Bei monatlichen Schätzungen der Gesamterwerbstätigenzahl mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Monat liegen an aktuellen Informationen nur die Daten der AFG-Beitragszahlerstatistik für die Gesamtzahl der zur Arbeitslosenversicherung Beitragspflichtigen vor, das heißt für rund 75 % der Erwerbstätigen. Für die Schätzung am aktuellen Rand ist von großer Bedeutung, daß — nach der mit den Krankenkassen vereinbarten Änderung der Auswertungstermine — ab Februar 1986 monatlich zwei Werte aus dieser Statistik vorliegen. Für die Bildung des Monatsdurchschnitts können demnach — bei konsequenter Einhaltung der Auswertungstermine — für den ersten des betreffenden Monats zwei Werte (nach acht Kalendertagen bzw. ein Monat später) und für den ersten des darauf folgenden Monats ein Wert (nach acht Kalendertagen) mit herangezogen werden. Je nach dem Stand des Meldeflusses durch die Arbeitgeber ist bei den um vier Wochen auseinanderliegenden Auswertungszeitpunkten der AFG-Beitragszahlerstatistik der Vollzähligkeitsgrad der berücksichtigten An- und Abmeldungen mehr oder weniger unterschiedlich, das heißt mit zunehmendem Abstand zum Berichtszeitpunkt steigt die Qualität der Ergebnisse dieser Statistik.

²⁾ Die Saisonbereinigung erfolgt sowohl nach dem Census-X-11-Verfahren als auch nach dem Berliner Verfahren (BV 4). Die saisonbereinigten Reihen beider Verfahren unterscheiden sich, wie Schaubild 2 zeigt, nur wenig. Allerdings bedürfen mit bestimmter Regelmäßigkeit auftretende oder einmalige Abweichungen noch genauerer Untersuchungen. Zudem sollen die saisonbereinigten Reihen beider — und eventuell auch weiterer — Verfahren noch nebeneinander über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Erst danach dürften ausreichende Erfahrungen darüber vorliegen, welches der untersuchten Verfahren für die Saisonbereinigung der Erwerbstätigenreihe am besten geeignet ist.

Aus anderen Monatsstatistiken, insbesondere aus den Statistiken für einzelne Wirtschaftsbereiche, sind zum Schätzzeitpunkt noch keine Informationen verfügbar. Deshalb werden alle Schätzbereiche zunächst durch das schon erwähnte Prognoseverfahren fortgeschätzt. Auch diese Ergebnisse werden den gleichen Plausibilitätsprüfungen unterzogen wie die mit einer Verzögerung von zwei Monaten geschätzten Erwerbstätigenzahlen. Wegen des erheblich größeren Schätzanteils der aktuellsten Erwerbstätigenzahl mit einem zeitlichen Abstand von einem Monat wird diese Zahl vom Begriff her („erste vorläufige Schätzung“) und von der Darstellung her (stets gerundet) von der Erwerbstätigenzahl, die mit einer Verzögerung von zwei Monaten geschätzt wurde, unterschieden.

1.4 Mögliche Korrekturen der geschätzten Erwerbstätigenzahlen

Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen können, wie bereits dargestellt, nicht aus einer einzigen kurzfristig vorliegenden Erhebung entnommen werden, sondern sie entstehen durch Zusammenführen einer Vielzahl jeweils nur einzelne Teilbereiche abdeckender Quellen. Da die Ausgangszahlen für die Berechnung sukzessive anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später aufgrund eines vollständigeren Meldeeingangs korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten und damit die Genauigkeit der Schätzung mit zunehmendem Abstand vom Berichtsmonat. Es ist daher notwendig, die aktuellen Schätzungen für einen bestimmten Zeitraum in mehreren Schritten dem jeweiligen Erkenntnisstand anzupassen. Im Interesse der Benutzer sollten Korrekturen in der Reihe, wie auch bisher bereits bei den vierteljährlichen Ergebnissen praktiziert, nur an wenigen, vorher festgelegten Terminen vorgenommen werden.

Es ist vorgesehen, die erste vorläufige Monatsschätzung (Vierwochenverzögerung) im darauffolgenden Monat unter Berücksichtigung der dann verfügbaren Monatsstatistiken zu überarbeiten. Bei Vorliegen der kompletten Ergebnisse für die Quartale werden die Erwerbstätigenzahlen mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die nur in vierteljährlicher Periodizität ermittelt werden, abgestimmt und, soweit erforderlich, korrigiert. Weitere Korrekturen können notwendig sein, wenn die jeweiligen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik und verschiedener Jahreserhebungen vorliegen. Da einerseits Erwerbstätigenangaben als Ausgangsgrößen in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehen und andererseits Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Abschätzung der Plausibilität von Erwerbstätigenzahlen benötigt werden, ist es zweckmäßig, Korrekturen der Erwerbstätigenzahlen für weiter zurückliegende Monate grundsätzlich gemäß dem Änderungsrhythmus bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (in der Regel jeweils im März und September eines Jahres) vorzunehmen. Nach etwa zwei Jahren werden die Ergebnisse vom Statistischen Bundesamt als endgültig bezeichnet und nur noch im Rahmen von in etwa Fünfjahresabständen durchgeführten Revisionen, die vor allem der Berücksichtigung von Großzählungen dienen, geändert.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit den vierteljährlichen Berechnungen war der Einfluß der Korrekturen auf die dargestellte Entwicklung zumeist relativ gering.

1.5 Schätzung von Erwerbspersonenzahlen

Zu den Erwerbspersonen werden die Erwerbstätigen und die erwerbslosen Personen gezählt. Zur Kontrolle der monatlichen Erwerbstätigenschätzungen werden intern auch monatliche Erwerbspersonendurchschnittszahlen ermittelt. Um dies zu erreichen, werden — mangels fehlender monatlicher Erwerbslosenzahlen³⁾ — aus den monatlichen Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit Monatsdurchschnittszahlen über Arbeitslose geschätzt und für die Ermittlung der Erwerbspersonenzahlen verwendet.

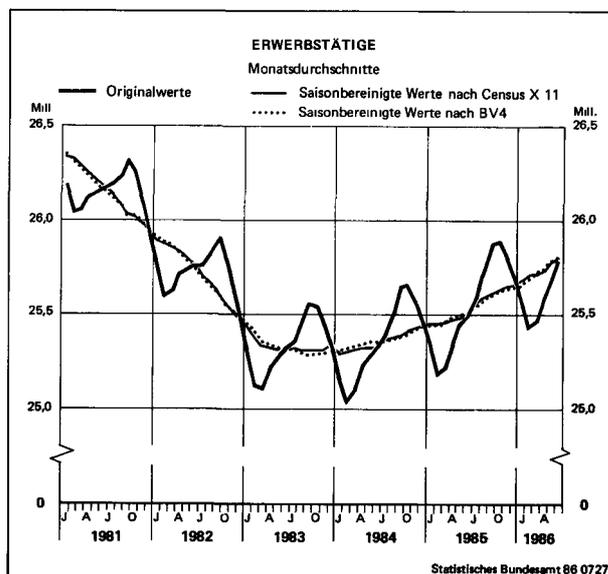
Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl wird sowohl durch demographisch bedingte Änderungen des Arbeitskräfteangebots als auch durch konjunkturelle Einflüsse bestimmt, so daß die Salden der Zu- und Abgänge bei der Erwerbstätigkeit und der registrierten Arbeitslosigkeit sich nur in Ausnahmefällen annähernd entsprechen. So kam es zum Beispiel im Laufe des Jahres 1985, trotz kräftig steigender Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, wie sie in der steigenden Zahl der Erwerbstätigen zum Ausdruck kam, zu keiner spürbaren Reduzierung der Arbeitslosenzahlen. Diese Entwicklung kann nur damit erklärt werden, daß im Jahr 1985, neben der demographisch bedingten generellen Zunahme des Arbeitskräfteangebots, viele Personen, die vorher nicht als Arbeitslose registriert waren, mit Anziehen der Nachfrage nach Arbeitskräften eine Beschäftigung aufgenommen oder sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben. Umgekehrt ist es denkbar, daß bei einem konjunkturellen Abschwung der Rückgang der Erwerbstätigenzahl die Zunahme bei der Anzahl der registrierten Arbeitslosen deutlich übersteigt (z. B. 1975).

1.6 Zusammenfassung

Der Bezugsrahmen der monatlichen Erwerbstätigenschätzung ist die bisherige laufende vierteljährliche und jährliche Erwerbstätigenschätzung. Die monatlichen Schätzungen sind durch Verbesserungen im statistischen Ausgangsmaterial und durch eine optimale Ausnutzung vorhandener Statistiken möglich geworden. Wenn — wie vorgesehen — weitere Verbesserungen im integrierten Meldeverfahren zur Sozialversicherung erreicht werden, wird geprüft werden, ob die monatlichen Schätzungen in sektoraler und regionaler Gliederung erweitert werden können.

³⁾ Erwerbslosenzahlen — entsprechend der Abgrenzung der ILO — liegen nur einmal jährlich aus dem Mikrozensus für eine bestimmte Berichtswoche vor; die Verwendung dieser Ergebnisse im Rahmen der Monatsschätzungen kann nicht dem tatsächlichen, unter anderem von deutlichen Konjunktur- und Saisonschwankungen geprägten Verlauf der Erwerbslosigkeit im Jahresverlauf entsprechen. Der in der Statistik verwendete Begriff der Erwerbslosen ist hinsichtlich der nicht über das Arbeitsamt Arbeitssuchenden umfassender als der von der Bundesanstalt für Arbeit verwendete Begriff der Arbeitslosen (Personen ohne Arbeitsverhältnis, die als Arbeitssuchende beim Arbeitsamt registriert sind). Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen. Beide Einflüsse gleichen sich, zahlenmäßig betrachtet, nach einer allerdings schon weiter zurückliegenden Untersuchung (WiSta 1/1979) weitgehend aus, so daß bei Zeitpunktvorgleichungen die Gesamtzahl der Erwerbslosen in etwa der Gesamtzahl der Arbeitslosen entsprechen dürfte.

Schaubild 2



2 Ergebnisse

Die Ergebnisse über die monatsdurchschnittlichen Zahlen der Erwerbstätigen sind in der Tabelle auf S. 314* und in Schaubild 2 dargestellt. Die hier erstmals veröffentlichten Monatsergebnisse über die Gesamtzahl der Erwerbstätigen beziehen sich auf den Zeitraum Januar 1981 bis Juni 1986. Sie sind, wie schon erwähnt, voll in die bisher bereits im Rahmen der Erwerbstätigenschätzung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlichten Jahres- und Vierteljahresergebnisse integriert.

Bei der Interpretation der monatlichen Erwerbstätigenzahlen ist zu beachten, daß diese durch jahreszeitliche Schwankungen beeinflusst werden. Wie aus Schaubild 2 hervorgeht, zeigt die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen einen ausgeprägten jahreszeitlichen Rhythmus. Die Gründe für regelmäßig wiederkehrende jahreszeitliche Schwankungen sind vielfältig. Es sind hier vor allem die Auswirkungen von jahreszeitlich bedingten Witterungsschwankungen, Kalendereinflüssen, institutionellen Gegebenheiten sowie Sitten und Gebräuchen zu nennen. Die erwähnten Saisonregelmäßigkeiten werden vom langfristigen Trend, konjunkturellen Schwankungen sowie unregelmäßigen Einflüssen überlagert. Im betrachteten Zeitraum ist die monatsdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen jeweils im Februar eines Jahres am niedrigsten, steigt danach an und erreicht in der Regel im September den höchsten Stand.

Ein Vergleich der Originalwerte mit der Erwerbstätigenreihe nach rechnerischer Ausschaltung regelmäßiger jahreszeitlicher Schwankungen (saisonbereinigte Zahlen) zeigt, daß die Ursprungswerte im Februar rechnerisch um rund 1 % (250 000) niedriger und im September um rund 1 % höher sind als die saisonbereinigten Ergebnisse. Wichtigste Bestimmungsgrößen für den Saisonverlauf der Erwerbstätigenreihe sind die Quartalstermine (Einstellungen bzw. Kündigungen), die üblichen Einstellungstermine für Schulabgänger im Spätsommer und die witterungsbedingten Ausfälle im Winter.

Im Durchschnitt des Monats Juni 1986 waren nach der ersten vorläufigen Schätzung 25,780 Mill. Personen erwerbstätig. Gegenüber dem Juni des Vorjahres bedeutet dies eine um rund 280 000 oder 1,1 % höhere Erwerbstätigenzahl. Im Vergleich zum Vormonat Mai hat die Zahl der Beschäftigten um rund 80 000 (0,3 %) zugenommen. Der Anstieg gegenüber dem Vormonat ist teilweise durch jahreszeitliche Faktoren bedingt. Saisonbereinigt betrug die Zunahme etwa 30 000 Erwerbstätige (0,1 %) gegenüber dem Vormonat. Diese Entwicklung entspricht in etwa der *saisonbereinigten Entwicklung der letzten Monate*. Damit setzte sich die Zunahme der Erwerbstätigenzahl, die in der Mitte des Jahres 1984 begonnen hatte, weiter fort.

Konjunkturell lassen sich in dem Berichtszeitraum 1981 bis 1986 zwei Phasen unterscheiden (siehe die *saisonbereinigten Werte in Schaubild 2*): In einer ersten Phase, von 1981 bis 1983, ist ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl festzustellen (saisonbereinigt eine Abnahme von etwa einer Million Personen). Es folgt dann von 1984 bis Juni 1986 eine Aufschwungphase (saisonbereinigt mit einer Zunahme von rund einer halben Million Erwerbstätigen).

Dr. Bernd Becker/Dr. Karl Schoer

Weinmarkt in der Europäischen Gemeinschaft

Stellung des Weinbaus in der EG und der Welt

Der wirtschaftliche Zusammenschluß einer wachsenden Zahl von Staaten zur Europäischen Gemeinschaft (EG) hat in verschiedenen Wirtschaftsbereichen infolge der zwangsweisen Öffnung der Märkte nach innen zu teils schwerwiegenden Krisenerscheinungen geführt, wie zum Beispiel beim Stahl und bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wo hohe und nicht mehr absetzbare Überschüsse nur noch mit dirigistischen Maßnahmen und Subventionen übergangsweise zu bewältigen sind. Wahrscheinlich wird es einer längeren Anpassungszeit bedürfen, um durch teilweise massive strukturelle Veränderungen wieder zu ausgeglichenen Marktverhältnissen zu kommen.

Auch der Wein ist in der EG — zuletzt beschleunigt durch die Süderweiterung — zunehmend in die Rolle eines Überschußproduktes geraten, so daß die nationalen und die europäischen Politiker zu Recht nach wirtschaftlichen Lösungen suchen, die eine qualitativ einwandfreie und mengenmäßig ausreichende Produktion sicherstellen und den Weinbau als Beschäftigungs- und Existenzgrundlage großer Teile der europäischen landwirtschaftlichen Bevölkerung erhalten, ohne daß von Jahr zu Jahr überlegt werden muß, ob man der wachsenden Überschüsse noch durch Destillation Herr werden kann oder ob man gar die Anbauflächen begrenzen oder die Flächenerträge limitieren soll.

Der Weinbau hat in Europa eine alte und große Tradition. Hier ist er zu seiner heutigen Weltgeltung entwickelt worden. Bei seiner Ausbreitung über Süd- und Mitteleuropa haben erst die Römer, später die Klöster eine wichtige Rolle gespielt, wobei Phantasie und Erfindungsreichtum erforderlich waren, um die Rebe auch an Standorten anzusiedeln, die nach Boden und Klima für den Weinbau zunächst ungeeignet waren. Auch die Verarbeitung der Weinbeere vor allem zu Wein oder ihre Trocknung zu Rosinen, Sultaninen usw. setzte Erfahrung und Geschick voraus. So verwundert es nicht, daß die Entwicklung des Weinbaus nicht nur ganzen Regionen Beschäftigung und wirtschaftlichen Wohlstand gebracht, sondern auch Kultur und Gesellschaft im mediterranen und mitteleuropäischen Raum nachhaltig beeinflußt hat. Von daher erklärt sich, daß der Anbau von Reben und der Ausbau von Wein auch heute noch große Bedeutung in Wirtschaft und Politik unseres Landes besitzen, die ihren quantitativen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei weitem übersteigt.

Große Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Weinerzeugerländern bestreiten auch heute, wie in historischer Zeit, ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise mit

Weinbau. Manche Probleme, mit denen die Winzer und die Weinwirtschaft gegenwärtig zu kämpfen haben, wie Produktionsmengen, Qualitätskontrolle, Ausweitung bzw. Erhaltung des Absatzvolumens, Manipulationsversuche, sind so neu nicht. So ist bereits durch ein Edikt des Kaisers Domitian im Jahr 92 n. Chr. das erste Anbauverbot für Reben zur Verhinderung der Ausweitung der Anbauflächen verfügt worden; des weiteren wurden Regeln für den Einsatz von Arbeitskräften im Weinbau erlassen, der Wettbewerb besteuert und Betrügereien mit drakonischen Strafen belegt.

Tabelle 1: Rebanbaufläche der Welt
1 000 ha

Erdteil	D 1909— 1914	1930	1950	1965	1980	1984
Europa	6 380	6 470	6 489,3	7 565	7 204	6 758
Afrika	192	341	524,3	565	445	411
Amerika	180	265	568,0	706	934	931
Asien	19	45	721,0	1 166	1 459	1 459
Ozeanien	24	46	55,0	57	75	71
Insgesamt ...	6 795	7 147	8 357,6	10 059	10 117	9 630

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris.

Nach Zeiten der Blüte und des Niedergangs der Rebkultur in der Vergangenheit üben im Augenblick die Institutionen der Europäischen Gemeinschaften (Rat, Kommission und Europa-Parlament) in der in den Römischen Verträgen, die am 1. Januar 1958 in Kraft getreten waren, verankerten Weinmarktordnung ihren Einfluß auf Weinbau und Weinhandel aus. Das Gewicht dieses Einflusses wird dadurch dokumentiert, daß in Europa 71 % der Weltreblfläche liegen und daß rund 80 % der Gesamtweinerzeugung auf Europa entfallen.

Tabelle 2: Weltweinerzeugung
1 000 hl

Erdteil	D 1909— 1914	1930	1950	1965	1980	1984
Europa ...	125 357	132 550	148 965	225 976	281 590	256 648
Afrika	8 601	16 450	18 471	21 846	12 960	12 003
Amerika	6 747	12 620	23 383	33 152	52 107	51 167
Asien	190	180	575	1 762	3 166	2 300
Ozeanien	239	740	1 567	923	4 482	4 443
Insgesamt	141 134	162 540	192 961	283 659	354 305	326 561

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris.

Die Produktionshöhe kennzeichnet den Weinbau Europas in seiner Bedeutung für den Handel und für den Verbrauch. Die Steuerungselemente für den Weinmarkt im Gebiet der Europäischen Gemeinschaft sind durch die Kommission und den Rat der EG entwickelt worden; sie werden ständig überarbeitet und den jeweiligen Erfordernissen der Marktordnung angepaßt. Um diese Situation transparent werden zu lassen, ist sicherlich eine Betrachtung der Marktverhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten vonnöten.

Weinwirtschaftliche Situation in den Mitgliedstaaten der EG

Die verfügbaren nationalen Statistiken über Weinbau und Weinwirtschaft sind in vielen Fällen sehr lückenhaft und alt, die Gemeinschaftsstatistiken erst im Aufbau begriffen, so daß sich ein einigermaßen aktueller Vergleich der Verhältnisse zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der-

zeit noch hauptsächlich auf die Unterlagen des Internationalen Weinamtes in Paris stützen muß, dessen Angaben sich auch auf Verbandsstatistiken und eigene Schätzungen gründen.

Seit dem Jahr 1970, in dem die EG-Marktordnung durch die Verordnungen (VO) des Rates 816 und 817 vom 28. April 1970, ABl. Nr. L 99, in Kraft gesetzt wurde, ist der Weinmarkt durch ständig steigende Überschüsse und Rückgänge des Verbrauchs in den wichtigsten Erzeugerländern Italien und Frankreich gekennzeichnet. Diesem Rückgang des Weinkonsums in den traditionellen Weinbauländern steht eine Zunahme in den klassischen Weinimportländern gegenüber.

Tabelle 3: Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch
Liter

Land	1930	1950	1965	1980	1984
Belgien	—	5	8,6	19	20,9
Bundesrepublik Deutschland	3–4	7,8	14,7	25,5	25,7
Frankreich	120–130	109	117	95,4	82,0
Griechenland	—	40–50	39	45	44,0
Großbritannien und Nordirland	—	0,8	2,2	7,5	8,9
Italien	100	83	109	93	82,6
Luxemburg	—	25	30–40	48,2	63,0
Österreich	14–18	17	29,8	39,5	35,7
Portugal	60–70	99	109	70	84,2
Schweiz	56	48	38,3	47	48,4
Spanien	50	47	63	64,5	57,0
Argentinien	50–55	70	86	76,3	66,3
Chile	—	60	56,8	46,6	40,0
Kanada	—	2	2,8	8,4	9,6
Vereinigte Staaten	—	3	3,7	7,6	8,9

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris

Die Gründe für die Ab- bzw. die Zunahme des Verbrauchs sind im einzelnen nicht wissenschaftlich untersucht worden, dürften aber im wesentlichen in der Komplexwirkung einzelner soziologischer, fiskalischer und informationeller Faktoren, wie Anstieg der Stadtbevölkerung, Änderung der Verzehrsgewohnheiten, unterschiedliche Besteuerung, Werbekampagnen, Fehlinformationen über die Unverfälschtheit der Weine usw., zu suchen sein.

Tabelle 4: Entwicklung der Rebflächen der EG insgesamt
1 000 ha

Land	D 1971/75	D 1976/80	1983	1984
Bundesrepublik Deutschland	96	101	101	101
Frankreich	1 317	1 230	1 095	1 079
Griechenland	203	192	171	169
Italien	1 369	1 389	1 138	1 130
Luxemburg	1	1	1	1
Portugal	354	364	364	366
Spanien	1 551	1 717	1 610	1 581
EG	4 891	4 994	4 480	4 427

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris

Diesen Vorgängen stand bis jetzt eine kontinuierlich steigende Weinerzeugung durch Rebflächenausweitung und durch Ertragssteigerung gegenüber. Infolge dieses Angebotsüberhangs entstanden und mehren sich — besonders nach dem Beitritt Spaniens und Portugals — die Probleme auf dem europäischen Weinmarkt. Die direkten Folgen sind bekanntlich das Absinken der Erzeugerpreise

und die dadurch ausgelösten Interventionsmaßnahmen seitens der EG-Marktorganisation.

Der vorliegende Beitrag soll die unterschiedlichen Verhältnisse auf den Weinmärkten der EG-Mitgliedstaaten deutlich machen

Frankreich

In unserem westlichen Nachbarland erzeugen allein die Gebiete im Midi-Bereich 35 bis 40 Mill. hl Wein, das heißt 12 bis 13 % der gesamten Weltproduktion; andere Gebiete wie Gironde, Burgund, das Loire-Tal, Champagne, Provence-Côte d'Azur und die Pyrenäen liefern eine ähnlich große Menge. Letztere haben aber den Vorzug, stärker in die französische Qualitätsweinordnung einbezogen zu sein. Es kommen noch die Charente und das Armagnac-Gebiet dazu, deren Weine die Grundlage für die berühmten Cognacs und Armagnacs liefern.

Weinbaugeschichtlich hat die Reblauskrise in Frankreich um die Jahrhundertwende zu großen Umwälzungen geführt. Es trat eine Verlagerung der Rebflächen in südliche Regionen ein. Die zunächst hohen Erträge brachten einen erheblichen Preisverfall und lösten aufgrund der entstandenen Unruhen in den Jahren 1905 und 1907 die ersten Versuche aus, mit gesetzlichen Regelungen die ungeordneten Marktverhältnisse in den Griff zu bekommen. Die Produktion künstlicher Weine wurde endgültig verboten und die Qualitätszuordnung zwischen den einzelnen Weinen an die Flächen und Ertragshöhe gebunden. Dabei spielte das sogenannte „Menge-Güte-Gesetz“ (große Menge — kleine Qualität, und umgekehrt), das aber niemals wissenschaftlich fixiert werden konnte, die ausschlaggebende Rolle.

Da die heute gültige Weingesetzgebung im großen und ganzen den Rahmen für die Europäische Weinmarktordnung abgegeben hat und andere Mitgliedstaaten der EG wie Griechenland, Italien, Spanien etwa vergleichbare gesetzliche Regelungen erlassen haben, sollen die im französischen Weingesetz niedergelegten Qualitätsgruppierungen etwas näher erläutert werden. Man unterscheidet:

1. Qualitätsweine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (A. O. C. = Appellation d'Origine Contrôlée)

Diese Weine werden auf Flächen erzeugt, die exakt vermessen sind und der Kontrolle des INAO (Institut Nationale des Appellations d'Origine des Vins et Eaux-de-Vie) unterstellt sind. Es existieren strenge Vorschriften hinsichtlich Sortenwahl, Anschnitt, Anpflanzung, Hektar-Höchsttertrag, Mindestalkoholgehalt und der Ausbaurverfahren. Besonders interessant ist hier, daß die Höchstträge für diese Gruppe von Weinen mit 25 bis 50 hl/ha sehr niedrig festgesetzt sind. Falls diese Grenze überschritten wird, muß der Wein von der entsprechenden Fläche insgesamt in die nächst niedrigere Qualitätsstufe deklassiert werden.

Aufgrund von Regierungsdekretten können aber für Ausnahmejahre Änderungen wie Erhöhung der Hektar-Höchstterträge und Erhöhung des Alkoholgehaltes durch Zuckering (Chaptalisation) zugelassen werden.

2. Weine höherer Qualität aus bestimmten Anbaugebieten (V. D. Q. S. = Vins Délimités de Qualité Supérieure)

Für diese Gruppe von Weinen gelten ähnliche Vorschriften wie bei den AOC-Weinen; es werden für diesen Bereich zur Erlangung der Qualifikation Geschmackstests und Laboranalysen zwingend angeordnet. Die Hektar-Höchst-erträge schwanken zwischen 40 und 50 hl.

Die VDQS-Gebiete liegen vor allem im Süden Frankreichs. Sie sind als Zeichen dafür anzusehen, daß die ehemaligen AOC-Gebiete eine weitere Qualitätsflächenausweitung verhindern wollten. Nach EG-Recht gelten beide Gruppen als Qualitätsweine. Aus diesem Grunde sind in Frankreich zunehmend Bestrebungen zu registrieren, die auf eine Harmonisierung beider Qualitätsgruppen hindeuten.

3. Tafelweine (Vins de Table; früher V. C. C. = Vins Consommation Courante)

Für den Tafelweinbereich gilt aufgrund der in den Römischen Verträgen festgelegten Weichenstellung die EG-Gesetzgebung. Die regionale Gliederung gilt für vier Zonen:

- Zone B (Ostfrankreich),
- Zone C I (West- und Südwestfrankreich),
- Zone C II (Südfrankreich) und
- Zone C III (Korsika und Teile der Roussillon sowie Provence).

Der Tafelweinmarkt wird durch das entsprechende Amt, das O.N.I.V.I.T. (Office National Interprofessionnel des Vins de Table) überwacht, organisiert und auch gesteuert. Das O.N.I.V.I.T. ist zwar eine öffentliche Institution, jedoch finanziell durch Erhebung eigener Abgaben unabhängig. Es hat die Aufgaben:

- einen Mindestpreis festzulegen,
- den Markt zu verwalten und zu intervenieren,
- den Markt durch Werbung und Absatzförderungsmaßnahmen zu unterstützen.

Im Rahmen des Tafelweinbereichs stellen die Landweine (Vins de Pays) eine gehobene Kategorie dar. Sie unterscheiden sich durch höhere Qualitätsanforderungen, Hektar-Höchstertrag (90 hl/ha), Mindestalkoholgehalt, Herkunftsbezogenheit und durch vorgeschriebene Labor- und Geschmacksproben.

Die Gesamterzeugung Frankreichs veränderte sich, wie Tabelle 5 zeigt, im Laufe der letzten 20 Jahre — trotz aller Jahrgangsschwankungen — leicht nach oben. Hierbei muß beachtet werden, daß seit dem Jahr 1976 ein von den EG verfügbarer Anbaustopp für Rebflächen gilt.

Frankreichs Weine genießen bei Verbrauchern und Weinexperten einen hervorragenden Ruf und haben deshalb auch eine gewisse Präferenz in der Konkurrenz mit Mitbewerbern auf den Märkten der Welt, was wesentlich zur Entlastung des Inlandsmarktes beiträgt.

Angesichts der hohen Eigenerzeugung und Exporte muß Verwunderung darüber herrschen, daß Frankreich nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte Importeur der Welt für Wein ist.

Die Gründe hierfür liegen vor allem in der Notwendigkeit, geringgradige Tafelweine durch Verschnitt hinsichtlich Alkoholgehalt, Farbe und Geschmack zu verbessern. In den 60er Jahren wurde dies durch Importe aus den Maghreb-Staaten und nach Gründung der EG in zunehmendem

Tabelle 5: Gesamterzeugung in Frankreich

Jahr	Ertrags- rebfläche	Wein- erzeugung insgesamt	Export	Import
	1 000 ha	1 000 hl		
1964	1 251	60 560	3 808	12 777
1971	1 193	62 170	4 242	4 922
1977	1 167	52 350	8 161	6 199
1984	1 095	63 700	11 039	6 069

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris.

Maße durch Italien erfüllt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das niedrigere Preisniveau auf den Auslandsmärkten. Nach dem Beitritt Spaniens wird sich die Konkurrenz auf diesem Marktsektor sicherlich noch verstärken.

Ein weiteres Instrument zur Entlastung des Inlandsmarktes sind die jährlichen Überschußdestillationen, die sich bis zur Einrichtung der EG-Weinmarktordnung auf höchstens 3 % der Jahresernte erstreckten. Trotz der marktregulierenden Maßnahmen der EG für den Tafelweinbereich werden sie auch heute noch vor allem zur Hebung der Qualität der Trinkweine eingesetzt.

Italien

In Italien hat der Weinbau eine außerordentlich wichtige Bedeutung und lange historische Tradition. Allein die Tatsache, daß dort die höchste Produktion an Wein in der Welt erzielt wird, unterstreicht die herausragende Stellung dieses landwirtschaftlichen Erwerbszweigs. Die Produktion und die Produktionsverhältnisse weisen große regionale Unterschiede auf. Im Norden werden die Rebflächen sehr intensiv genutzt, indem teilweise die Mischkultur (Doppelnutzung) angewandt wird. Im Süden wird der Weinbau fast ausschließlich als Spezialkultur betrieben. Hier werden infolge der trockenen, heißen Sommer hochprozentige, schwere Weine erzeugt, die überwiegend als Vini del taglio (Verschnittweine) im Norden, in Frankreich und im übrigen Europa Verwendung finden.

Tabelle 6: Gesamterzeugung in Italien

Jahr	Ertrags- rebfläche	Wein- erzeugung insgesamt	Export	Import
	1 000 ha	1 000 hl		
1963/64	1 586	53 640	2 333	85
1970/71	995	68 870	8 346	322
1977/78	1 124	64 142	13 506	241
1983/84	1 100	70 235	16 961	155

Quelle: Internationales Weinamt (IWA), Paris.

Das neue italienische Weingesetz aus dem Jahr 1963 ist bereits unter dem Eindruck der Römischen Verträge konzi-

piert und prinzipiell dem französischen Recht angepaßt worden. Es werden drei Qualitätsklassen unterschieden.

1. Denominazione di'Origine Controllata e Garantita (D. O. C. G. = Qualitätsweine mit kontrollierter und garantierter Herkunft)

Diese Kategorie von Weinen soll höchsten Ansprüchen genügen. Sie unterscheiden sich von den DOC-Weinen durch eine amtliche Prüfung, die dann zu einer staatlichen Siegelverleihung führt.

Die Tafelweine unterliegen der EG-Gesetzgebung und folglich auch der EG-Weinmarktordnung, nach der Italien in drei Zonen aufgegliedert ist.

- C I Val d'Aosta, Provinzen Sondrio, Bozen, Trient und Belluno,
- C II alle übrigen Gebiete, außer denjenigen der Zone C III,
- C III Regionen Calabrien, Basilicata, Apulien, Sizilien, Sardinien und die anderen Inseln.

Eine Anreicherung mit Saccharose ist weder bei Tafel- noch bei Qualitätsweinen gestattet.

2. Denominazione di'Origine Controllata (D. O. C. = Qualitätsweine mit kontrollierter Herkunft)

Die Weine dieser Kategorie entsprechen juristisch etwa der AOC-Produktion Frankreichs. Die Rebflächen sind genau vermessen, Anbau und Ausbau sowie Mindestgüte und Sortenverhältnisse genau vorgeschrieben. Die Hektar-Höchstserträge sind mit 100 bis 150 hl wesentlich höher angesetzt als im französischen Gesetz.

3. Origine semplice (einfache Herkünfte)

Mit dieser Bezeichnung kommen Tafelweine in den Handel, die aus einem bestimmten Anbaugebiet stammen. Sie entsprechen etwa den „Vins de Pays“.

Die Rebflächen entwickelten sich seit den 60er Jahren leicht rückläufig, wobei — aus Tabelle 6 ersichtlich — einige nicht leicht zu erklärende Sprünge auftraten. Diese werden vielleicht dadurch verständlich, daß sich anfangs der 70er Jahre die Mischkulturflächen sehr stark verringerten. Mit dem Rückgang ging gleichzeitig eine Verlagerung des Weinbaus in die fruchtbaren Ebenen einher.

Diese Umstände hatten zur Folge, daß die ertragsschwachen Mischkulturen durch ertragsgünstigere ersetzt wurden und daß die Rebflächen in den fruchtbaren Ebenen eine erhebliche Steigerung der Produktion bewirkten.

Die Verhältnisse auf dem italienischen Weinmarkt sind dadurch gekennzeichnet, daß die anfänglich großen Exporte von einfachen Konsumweinen inzwischen zunehmend durch höherwertige Qualitätserzeugnisse ersetzt werden. Die Importe an Wein sind erklärlicherweise sehr gering.

Einfluß auf das Marktgeschehen haben ferner die Weinverarbeitung durch Herstellung von aromatisierten und Likörweinen sowie in zunehmendem Maße die Produktion von Mostkonzentraten und auch von rektifiziertem Mostkonzentrat (RTK). Letzteres Produkt spielt für die zukünftige

Weinmarktordnungspolitik der EG im Hinblick auf die Anreicherungs-Regelung eine bedeutende Rolle.

Zur Abrundung der Marktbetrachtung müssen noch die erheblichen Rückgänge des Weinkonsums in Italien erwähnt werden.

Spanien

Das flächenmäßig größte Weinbauland der EG und auch der Welt ist mit 1,7 Mill. ha Spanien. Der Weinbau hat eine sehr lange Tradition und geht auf die Phönizier zurück, die, namentlich im Süden des Landes, den Rebenanbau eingeführt hatten. Im Laufe der Jahrhunderte breitete sich der Weinbau über den größten Teil der iberischen Halbinsel aus und stellt neben dem Anbau von Oliven die einzige auf trockenen Standorten anbauwürdige Kultur dar.

Spanien hat bereits im Jahr 1970 mit der EWG ein Präferenzabkommen (Assoziation) abgeschlossen und mit dem Beitrittsantrag zur Gemeinschaft im Jahr 1977 größere Chancen vor allem für den eigenen Weinabsatz gesehen. Dabei stand von vornherein fest, daß die Landwirtschaft im ganzen und der Wein im besonderen eine Klippe in den Verhandlungen sein würden. Mit dem Weingesetz vom 2. Dezember 1970 sollten aber die ersten schwierigen Hürden aus dem Weg geräumt werden. Das Prinzip der kontrollierten Herkunft wurde ins spanische Recht übernommen. Überwachungsbehörden (Consejos Reguladores) wurden in den Regionen installiert und als Leitstelle mit zentralen Aufgaben das INDO (Instituto Nacional de Denominaciones de Origen) errichtet.

Neuanpflanzungen sind genehmigungspflichtig, die Bewässerung untersagt und die Anbaumethoden kontrolliert. Im Gegensatz zum EG-Recht ist die Möglichkeit gegeben, Rot- und Weißweine oder Moste miteinander zu verschneiden.

Es wurde außerdem eine Organisation zur Durchführung und Überwachung des nationalen Preis- und Interventionssystems (FORPPA) installiert. Diese Institution, die auch für andere landwirtschaftliche Produkte tätig wird, ist mit der EG-Weinmarktordnung abgestimmt und verwaltet in erster Linie den Markt des „vino tipico“, des Tafelweins.

Auf der riesigen Anbaufläche werden relativ niedrige Erträge erreicht; sie schwanken je nach Jahrgang zwischen 15 und 35 hl/ha. Hiermit ist bereits das in diesem Land schlummernde Ertragspotential angedeutet, denn Verbesserungen in der Anbaumethode, in züchterischen Maßnahmen wie beispielsweise durch Klonenselektion und in der Sortenwahl könnten auf Dauer hohe Zuwachsraten erwarten lassen.

Der Weinmarkt Spaniens ist vor allem von hohen Exportraten und geringen Einfuhrkontingenten gekennzeichnet. Einzubeziehen ist ein relativ hoher Pro-Kopf-Verbrauch von 60 bis 70 l im Jahr, der im Gegensatz zu den beiden anderen großen Weinbauländern Italien und Frankreich ziemlich konstant ist. Weil außerdem auf trockenen Standorten wegen des Bewässerungsverbots nur geringe Steigerungen der Flächenerträge zu erzielen sind, die Erzeugung und der Export von Spezialweinen wie Sherry zunehmen, die Eingliederung in die EG nur in Etappen

vonstatten geht und augenblicklich keine Überschüsse vorhanden sind, wird der Produktionszuwachs für den EG-Weinmarkt zunächst noch nicht so gravierend sein.

Portugal

Die Ursprünge und Entwicklung des Weinbaus sind mit denen Spaniens gleichzusetzen. Zusammen mit Spanien ist dieses Land am 1. Januar 1986 als Vollmitglied in die EG aufgenommen worden. Die Aufnahme beruht auf einer Mitgliedschaftsbeantragung von 1977, der eine Assoziierung im Jahr 1972 mit Zollpräferenzen für Sardinien, Gemüse, Obst und Spezialweine wie Port, Madeira und Moscatel vorausgegangen war.

Die weingesetzlichen Regelungen unterscheiden sich prinzipiell von denen der anderen EG-Mitglieder. So ist die Abgrenzung von Tafel- zu Qualitätswein nicht konsequent und eindeutig. Alle Weine, die nicht aus einem bestimmten Gebiet stammen, sind, obwohl sie der Kontrolle der „Junta“ unterliegen, nur Tafelweine. Die „Junta Nacional do Vinho“ (JNV) ist eine für Neu- und Wiederbepflanzungen sowie für die Regulierung des Weinmarktes zuständige Instanz.

Die großen ausgegrenzten Gebiete — DAO, Douro und Vinhos Verdes — haben jeweils eigenständige Institutionen. Als kleine Gebiete mit ausschließlicher Qualitätsweinerzeugung sind Colares, Carcavelos, Bucelas, Moscatel de Setubal und Madeira-Funchal zu nennen. Der Staatshaushalt wird nicht mit Kosten für Markt- bzw. Preisregulierungen belastet; die notwendigen Ausgaben der Junta für Destillation und Lagerbeihilfen werden durch eigene Weinsteuerarten gedeckt. Das Portwein-Institut zur Überwachung der Portweinproduktion und des Portwein-Exportes ist dagegen eine rein staatliche Behörde.

Die Rebflächen Portugals stiegen seit 1961 von 325 000 ha auf 364 000 ha im Jahr 1984 merklich an; die Erträge liegen mit starken regionalen Abweichungen durchschnittlich bei rund 26 hl/ha. Die Gesamtproduktion an Wein schwankt ebenfalls außerordentlich stark von rund 6,4 Mill. hl im Weinwirtschaftsjahr 1978/79 bis 14,9 Mill. hl im allerdings schon weit zurückliegenden Jahr 1965/66. Für die gesamte Volkswirtschaft ist der Weinexport und namentlich der Portweinexport von herausragender Bedeutung. Dabei erbrachte der Portwein nahezu 50 % des Wertes der gesamten Weinausfuhr. Die Importe an Wein erreichen nur bescheidene Ausmaße und eröffnen auch für die Zukunft keinerlei Perspektiven für andere Export-Länder. Als Hauptgetränk der Portugiesen schwankt der Pro-Kopf-Verbrauch von Wein mit rund 80 l im Jahr kaum.

Griechenland

Griechenland vollzog den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1981. Nach einer Übergangsfrist von fünf bzw. sieben Jahren erreicht das Land die volle Mitgliedschaft.

Die günstigen klimatischen Verhältnisse gestatten den Weinbau fast überall. Die Schwerpunkte liegen jedoch eindeutig auf dem Peloponnes. Auf den Inseln Kreta, Santorin und Samos werden ebenfalls hervorragende Weine erzeugt. Als Spezialitäten gelten die Muscat-Weine von

Samos und die mit dem Harz der Seekiefer erzeugten Retsina-Weine. Eine große Bedeutung hat auch die Produktion von Korinthen und Sultaninen.

Die gesetzliche Grundlage für den heutigen Weinbau stammt aus dem Jahr 1969. Auch hier stand das französische Weinrecht bzw. das der EG Pate. Es werden zwei Qualitätskategorien unterschieden:

- Qualitätswein mit kontrollierter Herkunftsbezeichnung (AOC) sowie
- Qualitätswein mit einfacher Herkunftsbezeichnung (AOS).

Die Weine der ersten Kategorie sind mit den Vorschriften der französischen AOC-Weine vergleichbar, die der zweiten entsprechen den französischen VDQS-Weinen. Zur Überwachung der Erzeugung und des Marktes wurde die „Zentrale Kommission zur Überwachung der Weinproduktion“ gegründet. Die Qualitätsweine müssen in Flaschen vermarktet und mit einer Banderole über den Korken ausgestattet sein. Tafelweine stammen aus nicht abgegrenzten Anbaugebieten.

Wegen der Schwierigkeit, die Rosinenerzeugung exakt abzugrenzen, kann in Griechenland für die Weinproduktion nur eine rechnerisch ermittelte Keltertraubenfläche zugrunde gelegt werden. Diese hat sich von 139 000 ha im Jahr 1962 auf 169 000 ha im Jahr 1984 vergrößert. Die Weinproduktion ist in diesem Zeitraum von 3,64 auf 16,26 Mill. hl 1984 gestiegen.

Der Export von Wein steigerte sich von rund 125 000 hl anfangs der 60er Jahre auf 1,3 Mill. hl zu Beginn der 80er Jahre. Importe an Wein sind in Griechenland nahezu bedeutungslos. Die Verbrauchszahlen an Wein unterliegen kaum Schwankungen. Seit über zwanzig Jahren werden konstant 20 l pro Kopf und im Jahr konsumiert.

Bundesrepublik Deutschland

Der Weinbau in Deutschland geht auf die Römer zurück, die im Zuge der Besetzung Germaniens im 1. Jahrhundert n. Chr. die Weinrebe und deren Kultur eingeführt haben. Die geschichtlichen Zeiträume hat die Rebkultur überdauert, indem sie sich auf die günstigsten Standorte, meist Südhänge von Flußtäälern, zurückgezogen hat. Die Weine, die hier am nördlichsten Rand der europäischen Weinbaugrenze erzeugt werden, zeichnen sich durch einige Besonderheiten wie niedrigen Alkoholgehalt, hohe Fruchtsäure, Spritzigkeit und Eleganz aus.

Die rechtliche Basis der Weinproduktion stellt das Weingesetz von 1971 dar, mit dem versucht wird, das übergreifende europäische Weinrecht mit den deutschen Vorstellungen von Qualität, der Qualität im Glase und nicht der Herkunft, zu kombinieren. Demnach wachsen überall in Deutschland Qualitätsweine, sofern sie Mindestanforderungen (Öchsle-Grade) erreichen. Die Qualitätsweine werden von amtlichen Prüfstellen verkostet, analysiert und nach bestandener Prüfung mit der amtlichen Prüf-Nummer ausgestattet. Man unterscheidet zwei Qualitätsstufen, die Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete und die Qualitätsweine mit Prädikat (Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese, Trockenbeerenauslese und Eisweine). Die

Qualitätsweine mit Prädikat dürfen vor der Gärung nicht mit Saccharose angereichert werden. Die Tafelweine und die Landweine können allenfalls mit Zucker zur Erhöhung des Alkoholgehaltes angereichert werden, brauchen sich aber keiner Prüfung durch die amtlichen Kommissionen zu unterziehen.

Von den elf bestimmten Anbaugebieten (b. A.) liegen zehn in der Weinbauzone A: Ahr, Mittelrhein, Mosel-Saar-Ruwer, Rheingau, Nahe, Rheinhessen, Rheinpfalz, Franken, Hessische Bergstraße, Württemberg und eins in der Zone B: Baden. Mit der Zonengliederung sollen regionale Unterschiede klimatischer und bodenbezogener Art durch an die jeweiligen Verhältnisse angepaßte, unterschiedliche Rechtsvorschriften ausgeglichen werden. Dabei liegen die erforderlichen natürlichen Mindestalkoholgehalte in Zone A niedriger als in Zone B und die unter bestimmten Bedingungen erlaubten Anreicherungen mit Zucker etwas höher.

Die Rebflächen haben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine stetige Ausweitung erfahren. Die Rebfläche im Ertrag stieg von 53 605 ha (1947) auf 93 020 ha im Jahr 1985. Aufgrund der günstigen Wasserversorgung, der besonders angepaßten Rebsorten, der intensiven Anbauformen und Bearbeitung werden auf dieser Fläche hohe bis höchste Ertragsleistungen erbracht. Der Hauptschwerpunkt fällt dabei auf die Produktion von Qualitätswein; Tafelweine überschreiten in der Regel die 5%-Marke nicht.

Die durchschnittliche Gesamterzeugung hat sich in den letzten Jahren auf die 10 Mill. hl-Grenze eingependelt. Sie hat bis auf wenige Jahre mit besonderer Überproduktion und in Gebieten mit besonderen Vermarktungsschwierigkeiten — wie im Anbaugbiet Mosel-Saar-Ruwer — den Winzern in der Regel zufriedenstellende Einkünfte gebracht.

Der Bekanntheitsgrad und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Weine haben die Exporte in den letzten zwanzig Jahren sehr stark ansteigen lassen. Sie gehen in erster Linie nach Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die Benelux-Länder, die skandinavischen Länder, Japan, Australien u. a. Die deutsche Weinproduktion und die Exporterfolge haben den Import ausländischer Weine wegen des hohen Inlandsbedarfs ebenfalls stark zunehmen lassen, so daß die Bundesrepublik Deutschland augenblicklich das Weinimportland Nr. 1 auf der Welt ist. Diese Entwicklung wird bis zum Jahr 1985 von einem kontinuierlich ansteigenden Pro-Kopf-Verbrauch begleitet. Er stieg von 10,9 l im Jahr 1960 auf 25,6 l im Jahr 1985.

Luxemburg

Der Luxemburger Weinbau ist von ähnlicher Struktur wie der deutsche. An etwa 40 km Südhängen der Obermosel werden Rebsorten angebaut, die im anschließenden deutschen Gebiet ebenfalls heimisch sind. Gemeinsam sind auch die Geschichte des Weinbaus, die Intensität der Bearbeitung und die hohen Erträge.

Im Jahr 1971 wurden die gesetzlichen Grundlagen den Erfordernissen der EG-Weinmarktordnung angepaßt. Alle Weinbaugemeinden sind zu einem bestimmten Anbaugbiet zusammengefaßt und die neu gegründete Organisa-

tion „Marque Nationale“ überprüft die vorgestellten Weine chemisch analytisch und sensorisch. Die Weine werden nach bestandener Prüfung in drei Gruppen als „vin classé“, als „premier cru“ und als „grand premier cru“ eingestuft. Da alle Weine vor der Gärung mit Zucker angereichert werden dürfen, spielt im Gegensatz zu deutschen Bedingungen das Ausgangsmostgewicht keine ausschlaggebende Rolle. Es werden etwa 60 % Qualitätsweine und 40 % Tafelweine erzeugt.

Die Rebfläche im Ertrag hat sich in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert, die rebenfähigen Standorte sind einfach mit Reben bepflanzt. Ausdehnungen sind nicht, Umstellungen nur im Rahmen von Neuanlagen möglich. Die Fläche schwankt um 1100 ha. Die Erträge pendeln im Durchschnitt der Jahre um die 120 hl/ha.

Das kleine Weinbaugebiet exportiert jährlich mit rund 70 000 hl die Hälfte der gesamten Produktion. Die Abnehmerländer sind in erster Linie die Nachbarn Belgien und die Niederlande. Diese Exporte und der nahezu konstant gebliebene Pro-Kopf-Verbrauch von rund 40 l im Jahr schufen eine Versorgungslücke, die mit Importen, vor allem aus Frankreich und Italien, ausgeglichen werden mußte. Die Importe steigen ständig.

Großbritannien und Nordirland

Dieses Land hat für den Weinmarkt in der EG durch die hohe Bevölkerungszahl, durch die geringe eigene Rebfläche — rund 480 ha — und steigenden Verbrauch von Wein als Importland eine überragende Bedeutung. Zu Beginn der 60er Jahre lag der Weinkonsum bei etwa 2 l pro Kopf und Jahr; er ließ sich bis auf 8,5 l anfangs der 80er Jahre steigern.

Diese Steigerung ist sicher in dem recht günstigen Preisniveau der eingeführten Weine und in den gut angekommenen Werbeaktionen begründet, die neue Bevölkerungskreise für dieses Getränk erschlossen haben. Eine weitere Ausdehnung des Verbrauchs wird aber durch die auch von Kontinental-Europäern als eigenartig empfundenen Schankgesetze, durch die hohen Verbrauchssteuern und die staatlich geförderte Politik zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches behindert. Die steuerliche Belastung beläuft sich bei Wein auf 272 DM je hl, das entspricht einer Spitzenbesteuerung in der EG.

Erstaunlicherweise exportiert Großbritannien zunehmend auch Wein. Dies sind Reexporte, aber auch Produktionen von Sherrys, die über Großbritannien verschifft oder von eigenen Firmen produziert und abgefüllt werden. Die Mehrzahl der Sherry-Firmen befand sich früher einmal in britischer Hand. Der Export geht in erster Linie in die Niederlande und nach Irland. Die Importe an Wein kommen hauptsächlich aus den EG-Ländern Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland; sie werden von Marktbeobachtern als weiterhin steigerungsfähig betrachtet.

Niederlande

Ähnlich wie in Großbritannien ist der Weinverbrauch rapide angestiegen. Er stieg von 2,5 l pro Kopf und im Jahr anfangs der 60er Jahre auf über 11 l pro Kopf zu Beginn der

80er Jahre. Die Begründung hierfür dürfte in der günstigen Einkommensentwicklung der Bevölkerung und vor allem im Imagewert des Weinkonsums liegen. Der Wein wird in den Niederlanden nicht so sehr zum Essen, sondern wie in Deutschland zu besonderen Gelegenheiten getrunken.

Die eigene Produktion von Wein ist vollkommen unbedeutend. Im Maastal, in der Nähe Maastrichts, werden ca. 5 ha Reben angebaut. Alle Weine müssen daher importiert werden. Nach dem Beitritt von Portugal und Spanien zur EG stammen die Importe fast vollständig aus der Europäischen Gemeinschaft. Die Exportchancen in die Niederlande — vor allem wegen der möglichen Steigerung des Konsums — könnten daher zu einer bescheidenen Entlastung der Weinmärkte der Mitgliedstaaten Frankreich, Italien und Spanien beitragen.

Belgien

Belgien stellt mit einer Weinproduktion von ca. 4 000 hl im Jahr aus dem Unterglasanbau eine Besonderheit dar. Es werden jährlich auch ca. 2 000 hl Wein zu Likören und Schaumweinen verarbeitet.

Der Pro-Kopf-Verbrauch weist Parallelen zu den Niederlanden auf; er stieg von 8 l Anfang der 60er Jahre auf rund 17 l zu Beginn der 80er Jahre. In Belgien wird der Wein, vor allem im wallonischen Landesteil, zum Essen getrunken. Belgien eröffnet dem Gemeinsamen Markt recht interessante Perspektiven. Man erwartet trotz der großen Konkurrenz durch Bier weiterhin Steigerungsraten für den Weinverbrauch. Sie stützen sich vor allem auf die Einkommensentwicklung und auf Möglichkeiten des preiswerten Imports von Tafelwein aus den neuen Mitgliedsländern Portugal und Spanien.

Dänemark

Der Weinverbrauch hat sich auch in Dänemark außerordentlich gesteigert. Anfang der 60er Jahre lag er bei 3,3 l pro Kopf und stieg auf 13,8 l pro Kopf zu Beginn der 80er Jahre. Dies ist erstaunlich, da die Weinsteuer mit 264 DM je hl sehr hoch angesetzt ist. In Dänemark hat sich ein Markt vor allem für alkoholreiche Likörweine und für füllige Tafelweine entwickelt.

Ausgehend von dieser Entwicklung werden sich für Spanien und Portugal besonders positive Marktchancen eröffnen. Bisher aber behaupten Frankreich und Italien als Lieferländer noch die Spitzenpositionen.

Irland

Irland ist das Mitgliedsland der EG mit dem geringsten Weinverbrauch. Von Anfang der 60er bis zu den 80er Jahren stieg der Verbrauch von 2,2 auf 4,4 l pro Kopf und im Jahr. Der Weinkonsum wird dort als Luxus angesehen und ist auch mit Verbrauchssteuern in Höhe von 235 DM je hl belastet. Der im Vergleich zum EG-Durchschnitt relativ niedrige Lebensstandard in Irland und die traditionell anderen Trinkgewohnheiten geben dem Wein auf dem Getränkemarkt keine besonders gute Position.

Aus diesen Gründen kann davon ausgegangen werden, daß mit zunehmendem Lebensstandard vorerst nur eine

geringfügige Steigerung des Weinverbrauchs möglich ist. Der irische Markt dürfte auch in absehbarer Zeit den EG-Weinmarkt nicht wesentlich entlasten können.

Geschichte der EG-Weinmarktordnung

Zu Beginn des gemeinsamen Marktes für Wein hatten die europäischen Behörden erhebliche Hürden zu beseitigen. Die Weinbauländer unterschieden sich in der Art ihrer Weinerzeugung, Absatzformen und besonders in den Einfuhrbestimmungen. So war in einigen die Zuckerzugabe zur Erhöhung des Alkoholgehalts erlaubt, in anderen streng untersagt. Es bestanden auch verschiedene Regelungen hinsichtlich des Neupflanzungsrechtes, der Kontrolle der Produktion und der Qualitätsklassifizierung.

Diese unterschiedlichen Bedingungen machten ein stufenweises Vorgehen notwendig. Als erste Stufe wird die Schaffung des 1959 angenommenen gemeinsamen Zolltarifs angesehen, obwohl er sich auf alle Erzeugnisse und nicht nur auf den Wein bezog. Die verschiedenen Weinkontingente, die vorher auf bilateraler Basis von Land zu Land vereinbart wurden, unterlagen seit dieser Zeit einer ersten gemeinschaftlichen Liberalisierung und gemeinschaftlich geltenden Zollsätzen.

Nach einer vergleichenden Untersuchung der Weinwirtschaft erließ der Ministerrat der EG die speziell für Wein geltende Verordnung Nr. 24 vom 4. April 1962, die auch heute noch die rechtliche Grundlage für den gemeinsamen Weinmarkt bildet. Die Verordnung sah vor:

- Errichtung eines Weinbaukatasters (d. h. Erfassung aller Rebflächen der EG)
- Jährliche Meldung der erzeugten Most- und Weinmenge durch die Erzeuger sowie gleichfalls jährliche Meldung der Bestände der Erzeuger und des Handels
- Jährliche Erstellung einer Vorbilanz von Angebot und Bedarf
- Erlass einer Regelung für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete (Q.b.A.-Weine)
- Errichtung eines Verwaltungsausschusses, der die vorstehenden Maßnahmen anwenden soll und darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet

Es dauerte dann nahezu acht Jahre, bis es gelang, für den Wein eine endgültige Regelung zu erlassen. Dabei standen der Ministerrat der EG und die Kommission unter zeitlichem Druck, denn bis zum 31. Dezember 1969 lief die Übergangsfrist ab, zu der der Zusammenschluß der Agrarmärkte vollendet sein mußte. Hierbei darf auch der politische Aspekt nicht vergessen werden, denn die Errichtung der gemeinsamen Weinmarktordnung war mit dem Beitritt Großbritanniens in ein Paket zusammengeschnürt worden. Damals bestand die deutsche Delegation darauf, daß vor der Einführung eines gemeinsamen Weinmarktes ein Anbaustopp für Rebenpflanzungen zu erlassen sei. Diesem Antrag wurde nicht gefolgt, sondern entgegengehalten, daß statistisch immer noch eine geringfügige Unterdeckung des Marktes vorliege.

Mit dem Weinwirtschaftsjahr 1970/71 trat dann unter offiziell „optimistischen Einschätzungen“ der gemeinsame Weinmarkt in Kraft.

Der gemeinsame Weinmarkt

Unter der Zielsetzung eines freien Warenverkehrs des Erzeugnisses Wein in den Mitgliedstaaten, der Präferenz für das Gemeinschaftsprodukt und der finanziellen Solidarität wurden die Instrumente zur Verwirklichung dieses Marktes eingesetzt. Zu dem Zweck wurde die EWG auf der Grundlage von Boden- und Klimaverhältnissen in fünf „Weinbauzonen“ eingeteilt. Für die einzelnen Zonen gelten entsprechend den äußeren Bedingungen unterschiedliche Mindestalkoholgehalte und Anreicherungsöglichkeiten mit Zucker. Die Regelung für den Verschnitt von ausschließlich Gemeinschaftsweinen und die Verpflichtung zur Destillation von Trester und Trub sowie Vorschriften für die Erzeugung und die Anpflanzungen wurden erlassen.

Außerdem ging die Kommission unter der Berücksichtigung der üblichen Absatzgarantien für die Winzer und sonstige Produzenten daran, die Vermarktungsphasen zu ordnen, wobei man sich auf Preis- und Interventionsmaßnahmen sowie auf spezielle Handelsvorschriften stützt.

Von vornherein erschien es der Kommission der EG unmöglich, ein System der vollen Preisgarantie einzuführen. Stattdessen wurde eine Preisregelung installiert, die ein Maximum zum Schutz der Weinerzeugung in der Gemeinschaft gewährleisten sollte. Das sind einmal die „Orientierungspreise“ und zum andern die „Auslösungspreise“ für alle Tafelweinarten. Die Orientierungspreise werden auf der Basis der Durchschnittspreise festgestellt, die in den beiden vorausgegangenen Jahren ermittelt wurden. Für die Festsetzung des Auslösungspreises, eines jeweils neu festzusetzenden Schwellenpreises, sind verschiedene Faktoren maßgebend:

- die Marktlage und die Preissituation,
- die Notwendigkeit, stabile Preise zu erreichen, ohne daß es zu Überschüssen kommt,
- die Qualität der Ernte.

Das Interventionssystem gliederte sich zunächst in Hilfen für kurzfristige private Lagerhaltung, für langfristige private Lagerhaltung und für die Destillation.

Mit der kurzfristigen privaten Lagerhaltung ist eine Verpflichtung verbunden, den Wein wenigstens drei Monate nicht auf den Markt zu bringen. Die Beihilfe wird gewährt, sofern die Preisberichterstattung eine Unterschreitung des Auslösepreises feststellt. Die Beihilfen für eine langfristige private Lagerhaltung stützen sich auf Ergebnisse der Weinvorbilanz. Sie werden gewährt, wenn die verfügbare Tafelweinmenge den voraussichtlichen Gesamtbedarf um eine viermonatige Verbrauchsmenge überschreitet. Erweisen sich beide Beihilfen zur Regulierung des Marktes als nicht ausreichend, so unterstützen die Europäischen Gemeinschaften besondere Aktionen zur Destillation mit der Maßgabe, einen möglichst kostendeckenden Preis für die Erzeuger zu erreichen. Diese letzte Maßnahme wurde im Jahr 1976 durch die Einführung der „vorbeugenden“ und der „obligatorischen“ Destillation mit bedeutend ungünstigeren Garantiepreisen ergänzt.

Im Handelsbereich wird zwischen dem innergemeinschaftlichen Handel und dem Drittländerhandel unter-

schieden. Für den Handel mit Wein innerhalb der Gemeinschaft gelten die Grundsätze des freien Warenaustausches, wobei alle Handelshemmnisse wie Zölle, Kontingentierungen usw. untersagt sind.

Weine aus Drittländern können mengenmäßig unbeschränkt eingeführt werden. Sie dürfen allerdings den Referenzpreis, der sich nach dem Orientierungspreis richtet, auch nach der Verzollung nicht unterschreiten. Sollte dies doch der Fall sein, wird eine Ausgleichsabgabe erhoben.

Eine Ausfuhrerstattung von Weinen in Drittländer wird nur teilweise gewährt. Sie ist von den Empfängerländern abhängig und unterliegt strengen Kontrollen.

Praxis des gemeinsamen Weinmarktes

Der gemeinsame Weinmarkt lief zunächst ruhig an. Die offizielle Gesamterzeugung an Wein hatte nach Angaben des Statistischen Amtes der EG im Mittel der Jahre 1956 bis 1960 113 Mill. hl betragen. Sie stieg über 128 Mill. hl (1969/70) und 154 Mill. hl (1970/71) auf den für die EG der Neun bis dahin höchsten Stand von 171 Mill. hl im Wirtschaftsjahr 1973/74. Das führte in Verbindung mit beträchtlichen Steigerungen des Imports an Drittländerweinen und dem rückläufigen Verbrauch in den klassischen Weinbauländern Italien und Frankreich zu erheblichen Marktstörungen, so daß sich die EG-Behörden gezwungen sahen, neben den bereits bestehenden Eingriffsmöglichkeiten zur Stabilisierung des Marktes verstärkt zum Mittel der Destillation von Tafelweinen zu greifen. (Mittlerweile dürfte sich nach dem Beitritt von drei weiteren Weinbauländern zum Gemeinsamen Markt die Weinerzeugung jährlich um die 200 Mill. hl-Grenze bewegen.) Die Krisensymptome wurden noch zusätzlich dadurch verstärkt, daß die ersten drei neuen Mitgliedstaaten Dänemark, Großbritannien und Irland keinen greifbaren Beitrag zum Abbau der Weinüberschüsse leisten konnten. Der Grund hierfür lag in den niedrigen Steigerungsraten des ohnehin niedrigen Pro-Kopf-Verbrauchs.

Ein weiterer, bedeutender Faktor der Behinderung des Weinmarktes liegt in den unterschiedlich hohen Steuerbestimmungen der Mitgliedsländer, so daß ein freier Wettbewerb auch unter den konkurrierenden Getränken nicht gegeben ist.

Aufgrund dieser Tatsachen spitzte sich die Krise des gemeinsamen Weinmarktes immer mehr zu; die Währungsschwankungen zwischen den Mitgliedsländern verschärfen die Lage weiter, so daß es letztlich zum sogenannten „Weinkrieg“ zwischen den Produzenten aus dem Mezzogiorno und denen aus südlichen Regionen Frankreichs kam. Diese Auseinandersetzung veranlaßte die EG-Behörden zu kurzfristigem Eingreifen und auch zu einer Reihe struktureller Maßnahmen, die auf ein dauerhaftes Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage abzielten.

Die EG-Kommission unterbreitete 1975 das erste Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Grundregelung des Weinmarktes. Es bezog sich einmal darauf, die Erzeugung durch einen Anbaustopp für Tafelwein-Flächen und durch Rodungsprämien für 100 000 ha Rebfläche mit ge-

ringer Qualität zu bremsen. Desweiteren durfte nur noch Wein mit einem Mindestalkoholgehalt von 9 % verkauft werden, Wein aus Tafeltrauben durfte nicht mehr vermarktet und 10 % der Erzeugung von Tafelwein sollten der obligatorischen Destillation zugeführt werden. Bei der obligatorischen und der vorbeugenden Destillation wird nur ein Preis in Höhe von 68 bzw. 55 % des Orientierungspreises vergütet.

Hinsichtlich der Vermarktung wurde den Inhabern langfristiger Lagerverträge für eventuelle Destillationsmaßnahmen die „Garantie de bonne fin“ eingeräumt. Hiermit soll den Betroffenen auch bei Nichterreichen des angestrebten Preises ermöglicht werden, entweder den Lagervertrag zu erneuern oder aber die Destillation zu einem wesentlich besseren Preis als bei der vorbeugenden Destillation in Anspruch zu nehmen.

Dieses Maßnahmenpaket stellte einen Burgfrieden im sogenannten Weinkrieg her und lieferte auch die Basis für einen Aktionsplan der Kommission für die 80er Jahre, denn der Beitritt der drei Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal stand unmittelbar bevor. Die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes ließ die Zukunft des Marktsektors Wein nicht gerade günstig erscheinen. Deshalb waren energische Maßnahmen im Bereich Struktur und Erzeugung sowie im Bereich des Verbrauchs und freien Warenverkehrs dringend geboten. Das Aktionsprogramm umfaßt verbrauchsbezogene, produktionsbezogene und marktbezogene Regelungen zur Einschränkung der Überschüsse.

An verbrauchsbezogenen Maßnahmen sind eine Harmonisierung der Verbrauchssteuern, ein Bündel von Informations- und Werbekampagnen und eine verstärkte Förderung der Ausfuhr von Tafelwein vorgesehen.

Hinsichtlich der produktionsbezogenen Maßnahmen steht die Förderung der für den Weinbau und die Weinqualität besonders geeigneten Lagen im Vordergrund. Mit diesem Programm ist eine dreifache Unterteilung der einbezogenen Rebflächen erfolgt:

- Rebflächen in Hanglage: 1 030 000 ha,
- Rebflächen in Ebenen, ohne Schwemmlandböden, in typisch mediterranen Gebieten: 270 000 ha und
- sonstige Rebflächen (Ebenen und Schwemmlandböden): 400 000 ha.

Für diese drei Flächenkategorien sind Wiederbepflanzungen generell zulässig. Neuanpflanzungen dürfen nur in der Gruppe mit Hangneigungen nach eigenen Beschlüssen des Rates erfolgen. Strukturverbesserungen für rund 200 000 ha sind nur für die beiden ersten Gruppen vorgesehen, sofern von der Gemeinschaft für diese Regionen zugelassene Rebsorten angepflanzt werden. Eingeplant in dieses Aktionsprogramm sind Beihilfen für Rodungen von 77 000 ha in der dritten Gruppe, für eine vorübergehende Stilllegung mit wenigstens achtjähriger Dauer und für die endgültige Aufgabe von Rebflächen. Letzteres gilt insbesondere auch für Winzer von 55 bis 65 Jahren, die ihren Betrieb einzustellen beabsichtigen.

Als marktbezogene Maßnahme ist der vorgesehene Mindestpreis eine grundlegende Neuheit des Programms.

Sofern der Mindestpreis trotz aller Eingriffe in den Markt wenigstens drei Wochen lang unter 85 % des Orientierungspreises liegt, kann jede Transaktion des Handels untersagt werden. Gleichzeitig wird eine Destillationsregelung in Gang gesetzt. In dieser Phase können die betroffenen Weinpartien zum Mindestpreis an die Interventionsstellen verkauft werden.

Die Zuckering bzw. die Anreicherung des Mostes durch Saccharose soll generell eingestellt werden. Diese Bereitungsmethode soll durch RTK (rektifizierter, konzentrierter Most = reiner Traubenzucker aus Weinmost) ersetzt werden. Dadurch würden zwar der Süden Italiens — als Hauptproduzent von RTK — entlastet, dafür aber die Finanzkraft der EG durch die Subventionierung des Verfahrens und der Absatz der Zuckerindustrie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zusätzlich belastet.

Für die Herstellung von Mostkonzentraten für die spätere Verwendung als Traubensaft ist ebenfalls eine Beihilferegulierung vorgesehen.

Insgesamt darf festgehalten werden, daß die Europäischen Gemeinschaften vor allem unter dem Gesichtspunkt der potentiellen Zuwachsreserven in den Mittelmeerländern Maßnahmen zur Eindämmung der Weinüberschüsse ergriffen haben. Seit 1976 gibt es einen Anbaustopp und seit 1980 ein Aktionsprogramm. Inwieweit diese Maßnahmen nach Abschluß der Integrierung von Spanien und Portugal mit der denkbaren Umstellung auf produktions- und qualitätsgünstigere Rebsorten ausreichen, wird die Zukunft erweisen. Die Programme stellen aber ausbaufähige Plattformen dar, die durch zuverlässiges Datenmaterial abgesichert werden müssen.

Dies ist u. a. durch die Anlage einer „Weinbaukartei“ mittels einer Rats-Verordnung vorgesehen. Die EG-Behörden halten die Einrichtung und Führung einer derartigen Kartei im Hinblick auf eine effektive Überwachung des Weinmarktes, auf die Gewinnung genauer Informationen über das Anbaupotential und die Produktionsentwicklung für unerlässlich. Mit dieser Kartei wird aber möglicherweise die Sammlung statistischen Materials zusammen mit Verwaltungsaufgaben unzulässig oder zumindest in problematischer Weise gekoppelt.

Wenn diese Kartei, wie die Kommission dies offensichtlich plant, und was auch wirtschaftlich sinnvoll wäre, gleichermaßen für administrative (Kontrolle) wie für statistische Zwecke Verwendung finden würde, dann wäre zumindest aus deutscher Sicht zu prüfen, inwieweit das vom Bundesverfassungsgericht in Zusammenhang mit dem Urteil zur geplanten Volkszählung 1983 ausgesprochene Funktionsvermischungsverbot, wonach im Rahmen statistischer Erhebungen gewonnene Daten nicht für andere als statistische Zwecke verwendet werden dürfen, tangiert sein könnte. Ob und in welcher Weise den verschiedenen Problemen begegnet werden kann, wird in nächster Zukunft in Verhandlungen zwischen den EG und unseren nationalen Dienststellen, aber auch zwischen Bund und Ländern herausgearbeitet werden müssen.

Dr. Albert Paul

Außenhandel im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1986

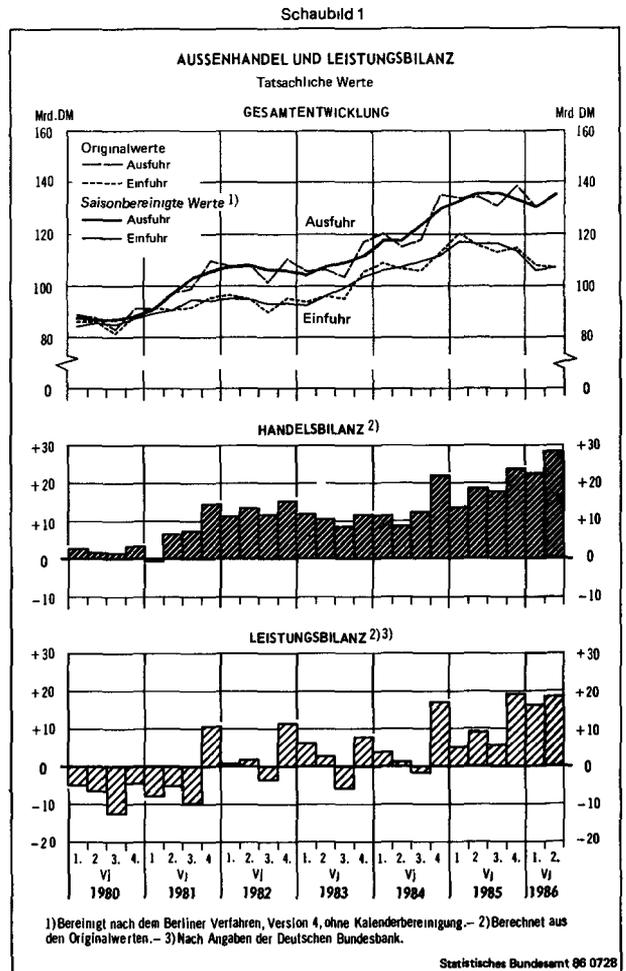
Gesamtüberblick

Die bisher vorliegenden Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, daß die Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wachstumsabschwächung in den ersten drei Monaten 1986 im zweiten Quartal wieder an Dynamik gewonnen hat. Nach wie vor wird jedoch die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich durch außenwirtschaftliche Einflüsse bestimmt. Während in den Jahren 1983 bis 1985 die starke Ausweitung der Exporte die Hauptstütze des Aufschwungs war und den Überschuß in der Handelsbilanz ständig anwachsen ließ, dominierten im ersten Halbjahr 1986 die Einflußfaktoren auf der Importseite.

Die außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland wurde im ersten Halbjahr 1986 vor allem durch die beträchtliche Veränderung auf den internationalen Ölmärkten beeinflusst. Der drastische Rückgang der Ölpreise führte zusammen mit dem anhaltenden Dollarverfall in den ersten beiden Quartalen 1986 zu einer starken Verringerung der nominalen Importe gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (siehe Tabelle 1). Gegenüber dem Vorquartal sank der Wert der Einfuhren im Zeitabschnitt April/Juni nochmals um knapp 1,0 % auf 107,0 Mrd. DM.

Tabelle 1: Vierteljährliche Entwicklung des Außenhandels

Vierteljahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw Ausfuhr- überschuß (+)	Veränderungen gegenüber entsprechendem Vj des Vorjahres	
				Einfuhr	Ausfuhr
Mill. DM				%	
1980 1. Vj	86 063	88 795	+ 2 732	+ 29,5	+ 19,5
2. Vj	85 857	87 522	+ 1 665	+ 19,9	+ 11,3
3. Vj	81 421	82 912	+ 1 491	+ 11,7	+ 8,6
4. Vj	88 038	91 099	+ 3 061	+ 8,6	+ 7,0
1981 1. Vj	91 396	91 159	- 236	+ 6,2	+ 2,7
2. Vj	90 579	97 141	+ 6 562	+ 5,5	+ 11,0
3. Vj	91 702	98 793	+ 7 091	+ 12,6	+ 19,2
4. Vj	95 503	109 805	+ 14 302	+ 8,5	+ 20,5
1982 1. Vj	96 458	107 619	+ 11 161	+ 5,5	+ 18,1
2. Vj	95 041	108 269	+ 13 229	+ 4,9	+ 11,5
3. Vj	89 888	101 344	+ 11 657	- 2,2	+ 2,6
4. Vj	95 278	110 508	+ 15 231	- 0,2	+ 0,6
1983 1. Vj	93 675	105 591	+ 11 916	- 2,9	- 1,9
2. Vj	95 909	106 117	+ 10 208	+ 0,9	- 2,0
3. Vj	95 092	103 411	+ 8 320	+ 6,0	+ 2,0
4. Vj	105 517	117 162	+ 11 645	+ 10,7	+ 6,0
1984 1. Vj	108 740	120 113	+ 11 373	+ 16,1	+ 13,8
2. Vj	106 486	115 088	+ 8 602	+ 11,0	+ 8,5
3. Vj	105 869	117 969	+ 12 100	+ 11,3	+ 14,1
4. Vj	113 162	135 053	+ 21 891	+ 7,2	+ 15,3
1985 1. Vj	120 220	133 844	+ 13 624	+ 10,6	+ 11,4
2. Vj	115 531	134 073	+ 18 542	+ 8,5	+ 16,5
3. Vj	113 204	130 759	+ 17 555	+ 6,9	+ 10,8
4. Vj	114 855	138 488	+ 23 633	+ 1,5	+ 2,5
1986 1. Vj	108 045	130 282	+ 22 236	- 10,1	- 2,7
2. Vj	106 981	135 016	+ 28 035	- 7,4	+ 0,7



Der Wert der **Ausfuhr** belief sich im Berichtsquartal auf 135,0 Mrd. DM und lag damit nur geringfügig (+ 0,7 %) über dem Wert im Vorjahresquartal. Gegenüber dem Vorquartal fiel die Zuwachsrate mit 3,6 % jedoch deutlich höher aus. Die Entwicklung am aktuellen Rand dürfte teilweise auf die ölpreisbedingte konjunkturelle Erholung in den wichtigsten Handelspartnerländern zurückzuführen sein. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß das Exportergebnis im Dreimonatsabschnitt Januar/März relativ niedrig war. Betrachtet man jedoch einen längeren Zeitraum, so wird deutlich, daß der Exportboom der vergangenen Jahre, nicht zuletzt wegen der inzwischen eingetretenen Wechselkursänderungen, mittlerweile an Grenzen gestoßen ist.

Nach Ausschaltung **saisonal**er Einflüsse¹⁾ erhöhten sich die nominalen Einfuhren und Ausfuhren um 1,0 bzw. 3,7 % gegenüber dem Vorquartal.

Die im Berichtsquartal gegenläufige Entwicklung der Importe und Exporte ließ den Überschuß in der **Außenhandelsbilanz** weiter ansteigen. Mit 28,0 Mrd. DM wurde der bislang höchste vierteljährliche Aktivsaldo in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Gegenüber dem zweiten Quartal 1985 erhöhte sich der Überschuß in der Handelsbilanz um 9,5 Mrd. DM.

Für die **Leistungsbilanz** der Zahlungsbilanz ergab sich im Berichtszeitraum, nach vorläufigen Berechnungen

¹⁾ Saisonbereinigung nach dem Berliner Verfahren, Version 4; siehe Nourney, M., „Umstellung der Zeitreihenanalyse“ in WiSta 11/1983, S. 841 ff.

der Deutschen Bundesbank, ein Aktivsaldo in Höhe von 18,3 Mrd. DM. Dem positiven Saldo in der Handelsbilanz standen Defizite in der Dienstleistungsbilanz (einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr) und in der Übertragungsbilanz in Höhe von 2,9 bzw. 6,8 Mrd. DM gegenüber. Im

Tabelle 2: Index des Volumens, der Durchschnittswerte; Austauschverhältnis (Terms of Trade)¹⁾
1980 = 100

Vierteljahr	Einfuhr	Ausfuhr	Veränderung gegenüber entsprechendem Vj des Vorjahres	
			Einfuhr	Ausfuhr
			%	
Index des Volumens				
1982 1. Vj	97,5	112,4	+ 0,8	+ 12,3
2 Vj	98,1	111,7	+ 4,7	+ 6,2
3 Vj	91,9	103,5	± 0,0	- 1,3
4. Vj	97,6	112,8	- 0,3	- 2,9
1983 1 Vj	96,5	107,6	- 1,0	- 4,3
2 Vj	101,0	108,0	+ 3,0	- 3,3
3 Vj	97,2	105,4	+ 5,8	+ 1,8
4 Vj	105,9	118,0	+ 8,5	+ 4,6
1984 1. Vj	106,6	119,7	+ 10,5	+ 11,2
2 Vj	104,9	114,8	+ 3,9	+ 6,3
3 Vj	101,9	114,7	+ 4,8	+ 8,8
4. Vj	107,8	130,0	+ 1,8	+ 10,2
1985 1. Vj	109,6	126,5	+ 2,8	+ 5,7
2 Vj	107,4	125,9	+ 2,4	+ 9,7
3 Vj	108,6	122,8	+ 6,6	+ 7,1
4. Vj	113,1	132,4	+ 4,9	+ 1,8
1986 1 Vj	112,7	125,5	+ 2,8	- 0,8
2 Vj	120,4	131,7	+ 12,1	+ 4,6
Index der Durchschnittswerte				
1982 1. Vj	115,9	109,4	+ 4,6	+ 5,2
2 Vj	113,5	110,7	+ 0,3	+ 5,0
3 Vj	114,4	111,8	- 2,2	+ 4,0
4. Vj	114,3	111,9	± 0,0	+ 3,7
1983 1 Vj	113,8	112,0	- 1,8	+ 2,4
2 Vj	111,3	112,2	- 1,9	+ 1,4
3 Vj	114,7	112,0	+ 0,3	+ 0,2
4 Vj	116,7	113,4	+ 2,1	+ 1,3
1984 1. Vj	119,5	114,6	+ 5,0	+ 2,3
2 Vj	118,9	114,4	+ 6,8	+ 2,0
3 Vj	121,8	117,4	+ 6,2	+ 4,8
4 Vj	123,0	118,6	+ 5,4	+ 4,6
1985 1 Vj	128,5	120,8	+ 7,5	+ 5,4
2 Vj	126,1	121,6	+ 6,1	+ 6,3
3 Vj	122,1	121,6	+ 0,2	+ 3,6
4 Vj	119,0	119,5	- 3,3	+ 0,8
1986 1. Vj	112,3	118,5	- 12,6	- 1,9
2 Vj	104,1	117,0	- 17,4	- 3,8
Austauschverhältnis (Terms of Trade)¹⁾				
1982 1 Vj		94,4	+ 0,5	
2 Vj		97,5	+ 4,7	
3 Vj		97,7	+ 6,3	
4. Vj		97,9	+ 3,7	
1983 1. Vj		98,4	+ 4,2	
2 Vj		100,8	+ 3,4	
3 Vj		97,6	- 0,1	
4 Vj		97,2	- 0,7	
1984 1 Vj		95,9	- 2,5	
2 Vj		96,2	- 4,6	
3 Vj		96,4	- 1,2	
4 Vj		96,4	- 0,8	
1985 1. Vj		94,0	- 2,0	
2 Vj		96,4	+ 0,2	
3 Vj		99,6	+ 3,3	
4 Vj		100,4	+ 4,1	
1986 1 Vj		105,5	+ 12,2	
2 Vj		112,4	+ 16,6	

¹⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

entsprechenden Vorjahreszeitraum war der Überschuß in der Leistungsbilanz mit 9,3 Mrd. DM deutlich niedriger ausgefallen; daß sich die Netto-Vermögensposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland innerhalb eines Jahres so stark verbessert hat, ist überwiegend auf die weitere Aktivierung der Handelsbilanz zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr 1986 war die drastische Verbilligung der Energieeinfuhr, die in ihren Auswirkungen durch die Dollarabwertung noch verstärkt wurde, das wichtigste Ereignis im außenwirtschaftlichen Bereich. Als unmittelbare Folge ergab sich ein Rückgang der Einfuhrdurchschnittswerte²⁾, in denen überwiegend Preisveränderungen zum Ausdruck kommen, um gut 17 % gegenüber dem Vorjahresquartal (- 7,3 % gegenüber dem Vorquartal). Neben diesem Primäreffekt über die Beeinflussung der Außenhandelspreise gehen von dem Ölpreistrückgang aber auch expansive Impulse auf die Importe der Bundesrepublik Deutschland aus. Die Kostenentlastung auf der Importseite verstärkt die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte und führt deshalb mittelbar zu einem Anstieg der Importe. In den realen Einfuhrzahlen spiegelt sich dieser stimulierende Effekt bereits wider. Das Einfuhrvolumen stieg gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1985 um 12 %; im Vergleich zum Vorquartal erhöhte es sich um 6,8 %.

Da der Index der Ausfuhrdurchschnittswerte ebenfalls unter dem Stand des jeweiligen Vergleichszeitraums lag (- 3,8 bzw. - 1,3 % gegenüber dem Vorjahres- bzw. Vorquartal), ergab sich auch für die Exporte in realer Rechnung ein höherer Anstieg als in nominalen Größen. Der Unterschied zwischen der realen und nominalen Zuwachsrates war jedoch weniger ausgeprägt als bei der Einfuhr. Das Ausfuhrvolumen erhöhte sich um 4,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal (nominal: + 0,7 %) bzw. um 4,9 % gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr (nominal: + 3,6 %).

An Hand der Terms of Trade läßt sich der außergewöhnliche Rückgang der Einfuhrdurchschnittswerte im Vergleich zu den Ausfuhrdurchschnittswerten noch einmal deutlich darstellen. Das Realaustauschverhältnis³⁾ verbesserte sich binnen Jahresfrist von 96,4 auf 112,4. Das bedeutet, daß man im Berichtsquartal für eine exportierte Einheit eine um knapp 17 % größere Importmenge erhielt als im zweiten Quartal 1985.

Resümierend kann festgehalten werden, daß die Bundesrepublik Deutschland auch im zweiten Quartal 1986 im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit dem Ausland einen hohen Überschuß erzielt hat. Bei einem im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nur noch mäßi-

²⁾ Zu deren Methodik und Berechnungsverfahren siehe Heimann, J.: „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984, S. 155 ff. Wegen der methodischen Unterschiede zwischen Außenhandelsdurchschnittswerten und Außenhandelspreisen siehe Rostin, W: „Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970“ in WiSta 6/1974, S. 387 ff., und Bergmann, W.: „Außenhandelsvolumen und Außenhandelsindizes auf Basis 1970“ in WiSta 12/1974, S. 823 ff.

³⁾ Vom Statistischen Bundesamt werden „Terms of Trade“ des Außenhandels auch auf der Grundlage des Einfuhr- und Ausfuhrpreisindex berechnet. Die Ergebnisse können aus bekannten Gründen von den hier genannten Zahlen abweichen.

gen Wachstum der Exporte kam die erneute Aktivierung der Handelsbilanz hauptsächlich durch den preisbedingten Rückgang der Importe zustande. Nach Ausschaltung der Durchschnittswertveränderungen ergab sich jedoch ein völlig anderes Bild. In realer Rechnung nahm die Einfuhr gegenüber dem zweiten Quartal 1985 nahezu doppelt so stark zu wie die Ausfuhr.

Außenhandel nach Warengruppen

Die Einfuhr von Ernährungsgütern (14 % der Gesamteinfuhr) lag im Berichtsquartal um nominal 3,0 % unter dem Wert im zweiten Quartal 1985. Dies war überwiegend auf niedrigere Durchschnittswerte zurückzuführen; real ergab sich eine positive Veränderungsrate von 6,0 %. Insbesondere die Importe von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs verzeichneten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal mit 13 % deutlich niedrigere Durchschnittswerte, was jedoch keine entsprechende Mengenreaktion auslöste. Das Einfuhrvolumen dieser Warengruppe erhöhte sich nur um 5,9 % (nominale Veränderung: - 8,1 %). Bedeutend höher war dagegen die Preiselastizität bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs. Obwohl die Durchschnittswerte lediglich um 2,9 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand lagen, stieg die eingeführte Menge um knapp 15 %. Damit ergab sich in dieser Warengruppe auch eine positive nominale Veränderungsrate (+ 11 %). Allein Genußmittel verzeichneten höhere Einfuhrdurchschnittswerte (+ 5,2 %). Da das Volumen in etwa gleichem Ausmaß zurückging, kam es zu keiner nennenswerten Veränderung des Einfuhrwertes.

Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft wurden im Berichtsquartal größere Verschiebungen in der Importstruktur beobachtet. Lediglich die Einfuhren von Vor- und Enderzeugnissen wiesen gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1985 positive nominale Zuwachsraten auf (2,2 bzw. 7,7 %). Dadurch stieg ihr Anteil an der Gesamteinfuhr auf 15 bzw. 47 % (zweites Quartal 1985: 14 bzw. 40 %). Bei um 5,0 % niedrigeren Durchschnittswerten erhöhte sich das Einfuhrvolumen bei den Enderzeugnissen überdurchschnittlich um gut 13 %. Die reale Veränderungsrate der Vorerzeugnisse betrug + 9,9 %.

Als unmittelbare Folge des Ölpreissturzes ging die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren im Vergleich zum zweiten Quartal 1985 drastisch zurück. Im Berichtszeitraum wurden Rohstoffe im Wert von nur noch 7,7 Mrd. DM importiert, was einem Rückgang um 49 % entsprach. Der Anteil der Rohstoffe an der Gesamteinfuhr sank damit binnen Jahresfrist von 13 auf 7,2 %. Obwohl die Durchschnittswerte um 50 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau lagen, stieg die eingeführte Menge nur um 2,9 %. Bei den Halbwaren (überwiegend Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas) war dagegen die Entwicklung der Durchschnittswerte und des Einfuhrvolumens stärker gegenläufig. Bei um 37 % niedrigeren Durchschnittswerten erhöhte sich die eingeführte Menge um 20 %. Nominal lag die Einfuhr von Halbwaren um 24 % unter dem Wert im zweiten Vierteljahr 1985.

Unter den Rohstoffen stellten die Bezüge von Erdöl nach wie vor den größten Posten dar. Sie beliefen sich im

Berichtsquartal auf 16,4 Mill. t im Wert von 3,9 Mrd. DM. Die gesamtwirtschaftliche Importrechnung der Bundesrepublik Deutschland für Erdöl hat sich damit im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal mehr als halbiert. Für

Tabelle 3: Einfuhr nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft sowie nach wichtigen Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Warenbenennung	2 Vj 1986		Veränderung gegenüber	
	Mill DM	%	2 Vj 1985	1 Vj 1986
Insgesamt ¹⁾	106 981	100	- 7,4	+ 1,0
Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft				
Ernährungswirtschaft	14 494	13,5	- 3,0	+ 4,4
Lebende Tiere	148	0,1	- 28,7	+ 12,0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	3 524	3,3	+ 11,3	+ 6,0
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	8 442	7,9	- 8,1	+ 7,0
Genußmittel	2 379	2,2	+ 0,0	- 6,3
Gewerbliche Wirtschaft	90 135	84,3	- 8,7	- 2,3
Rohstoffe	7 693	7,2	- 48,8	- 25,1
Halbwaren	16 463	15,4	- 23,8	- 11,5
Fertigwaren	65 979	61,7	+ 6,3	+ 4,1
Vorerzeugnisse	16 205	15,1	+ 2,2	+ 7,3
Enderzeugnisse	49 774	46,5	+ 7,7	+ 3,1
Wichtige Gütergruppen bzw. -zweige des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken				
Chemische Erzeugnisse	10 649	10,0	- 4,1	+ 0,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	8 911	8,3	+ 5,9	+ 5,3
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8 607	8,0	- 9,4	+ 0,4
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	8 334	7,8	+ 30,9	+ 19,4
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	7 097	6,6	+ 0,5	+ 8,2
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	6 289	5,9	- 55,1	- 43,5
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	6 279	5,9	+ 13,9	+ 15,0
Textilien	5 390	5,0	+ 5,1	- 6,9
Mineralölerzeugnisse	5 301	5,0	- 31,2	- 6,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	4 114	3,8	- 13,1	+ 10,7
Eisen und Stahl	3 729	3,5	- 0,4	+ 0,8
Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	3 469	3,2	- 7,8	+ 7,5
Bekleidung	3 005	2,8	+ 12,8	- 19,7
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	2 623	2,5	+ 1,4	+ 7,0
Luft- und Raumfahrzeuge	1 949	1,8	- 30,2	- 27,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1 785	1,7	+ 5,1	+ 10,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1 774	1,7	+ 9,7	+ 10,7
Kunststoffzeugnisse	1 683	1,6	+ 9,1	+ 11,9
Gummiwaren	1 232	1,2	+ 16,2	+ 11,3
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	1 118	1,0	+ 2,5	+ 29,7
Übrige Waren	13 644	12,8	+ 1,6	+ 8,0

1) Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

eine um 4,4 % höhere Einfuhrmenge mußte eine um 62 % geringere Geldmenge aufgewendet werden. Der durchschnittliche Grenzübergangswert (Wert frei deutsche Grenze), der im Zeitabschnitt April/Juni 1985 noch 652 DM betragen hatte, sank auf 237 DM.

Der Preiseinbruch bei Rohöl blieb selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Mineralölerzeugnisse, die in der Systematik der Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft den Halbwaren zugeordnet sind. Bei einem Rückgang des Einfuhrwertes um 31 % ergab sich hier ein Anstieg des Volumens um 43 %. Der durchschnittliche Grenzübergangswert für leichtes Heizöl reduzierte sich um 50 %, für Superbenzin um 54 % und für Normalbenzin um 55 %.

Schaubild 2

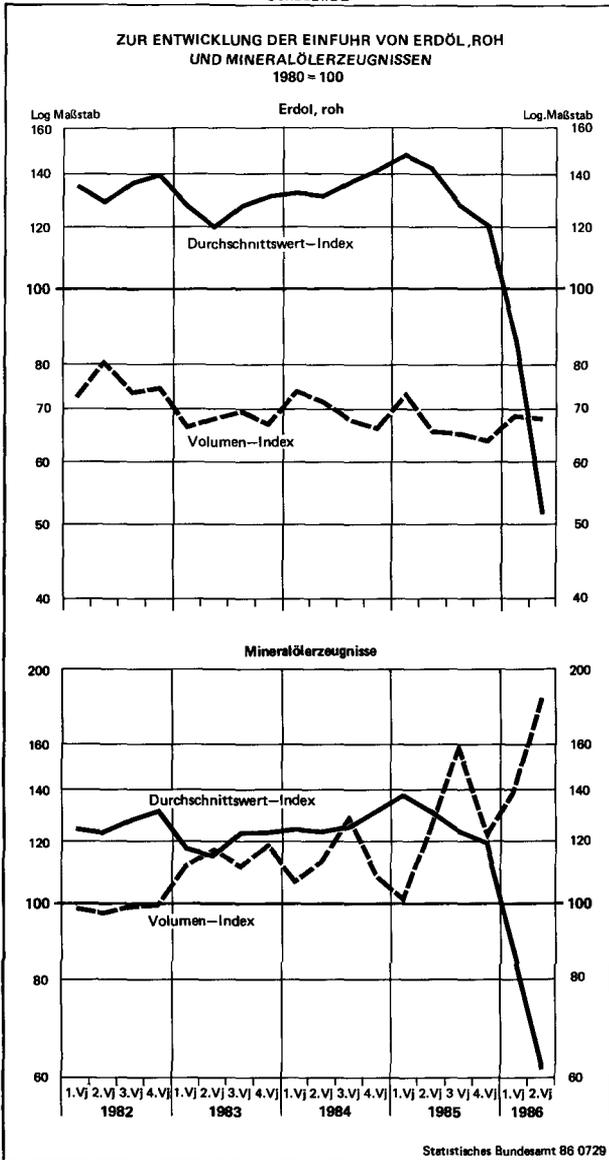


Schaubild 2 verdeutlicht noch einmal die Auswirkungen der Ölpreissenkung auf die Importe der Bundesrepublik Deutschland von Rohöl und Mineralölerzeugnissen.

In der Gliederung der Einfuhren nach Herkunftsbereichen (Wirtschaftszweige) gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken verzeichneten die Straßenfahrzeuge mit knapp 31 % die höchste nominale Zuwachsraten gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1985. Zweistellige Zuwachsraten ergaben sich auch für Gummiwaren (+ 16 %), Maschinenbauerzeugnisse (+ 14 %) und Bekleidung (+ 13 %). Trotz eines Rückgangs um 4,1 % im Jahresvergleich standen chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 10 % an der Gesamteinfuhr weiterhin an der Spitze der Einfuhrangliste.

Die Ausfuhr von Ernährungsgütern (5,0 % der Gesamtausfuhr) erreichte im Berichtsquartal einen Wert von 6,7 Mrd. DM und lag damit um 3,1 % unter dem Wert des zweiten Quartals 1985. Da die Durchschnittswerte in dieser Warengruppe um 11 % zurückgingen, ergab sich in realer Rechnung ein Zuwachs um 9,4 %.

Bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft konnten vor allem Enderzeugnisse (70 % der Gesamtausfuhr) vermehrt

im Ausland abgesetzt werden. Mit einem Wert von 94,1 Mrd. DM wurden in der Berichtszeit 5,3 % mehr Enderzeugnisse exportiert als ein Jahr zuvor. Die reale Zuwachsraten war noch um gut einen Prozentpunkt höher. Bei der Ausfuhr von Vorerzeugnissen (17 % der Gesamtausfuhr) beruhte die negative Veränderungsrate (— 2,9 %) überwiegend auf niedrigeren Durchschnittswerten (— 5,8 %).

Tabelle 4: Ausfuhr nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft sowie nach wichtigen Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Warenbenennung	2. Vj 1986		Veränderung gegenüber	
	Mill. DM	%	2 Vj 1985	1. Vj 1986
Insgesamt ¹⁾	135 016	100	+ 0,7	+ 3,6
Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft				
Ernährungswirtschaft	6 728	5,0	— 3,1	— 1,5
Gerwerbliche Wirtschaft	127 425	94,4	+ 0,9	+ 3,9
Rohstoffe	1 914	1,4	— 15,8	+ 3,5
Halbwaren	8 202	6,1	— 24,3	— 1,7
Fertigwaren	117 309	86,9	+ 3,6	+ 4,3
Vorerzeugnisse	23 201	17,2	— 2,9	+ 4,1
Enderzeugnisse	94 109	69,7	+ 5,3	+ 4,3
Wichtige Gütergruppen bzw. -zweige des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken				
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	24 908	18,4	+ 5,1	+ 4,0
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	20 687	15,3	+ 9,1	+ 7,2
Chemische Erzeugnisse	18 306	13,6	— 5,5	— 0,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	14 126	10,5	+ 8,7	+ 4,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes,				
Tabakwaren	5 594	4,1	— 4,9	— 0,4
Eisen und Stahl	5 289	3,9	— 15,0	— 0,1
Textilien	4 708	3,5	+ 3,2	+ 0,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	3 797	2,8	+ 4,6	+ 7,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	3 478	2,6	+ 12,0	+ 11,7
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	3 077	2,3	+ 1,0	+ 15,6
Kunststoffherzeugnisse	2 943	2,2	+ 9,7	+ 7,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	2 686	2,0	+ 6,8	+ 3,2
Luft- und Raumfahrzeuge	2 454	1,8	— 25,4	+ 28,9
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 627	1,2	+ 1,9	— 1,4
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1 521	1,1	— 1,2	+ 4,5
Bekleidung	1 400	1,0	+ 3,4	— 35,1
Gummiwaren	1 343	1,0	+ 8,4	+ 5,7
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	1 296	1,0	+ 7,7	+ 15,0
Holzwaren	1 266	0,9	+ 10,5	+ 8,7
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. a.	1 095	0,8	— 7,0	+ 9,5
Übrige Waren	13 414	9,9	— 9,8	+ 1,9

¹⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Das Ausfuhrvolumen stieg deshalb um 3,0 %. Wie im Vorquartal wies die Ausfuhr von Halbwaren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mit — 24 % die höchste negative Veränderungsrate auf; auch real sanken die Exporte dieser Warengruppe, und zwar, bei stark rückläufigen Durchschnittswerten (— 19 %), um 6,1 %.

Im Sortiment der deutschen Exportindustrie kommt den Straßenfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen, chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen traditionell die größte Bedeutung zu. Im Berichtsquartal betrug der Anteil dieser Gütergruppen (Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken) an der Gesamtausfuhr knapp 58 %. Straßenfahrzeuge, mit 24,9 Mrd. DM bzw. 18 % die wichtigste Gütergruppe im Berichtsquartal, erzielten einen um 5,1 % höheren Ausfuhrwert als im zweiten

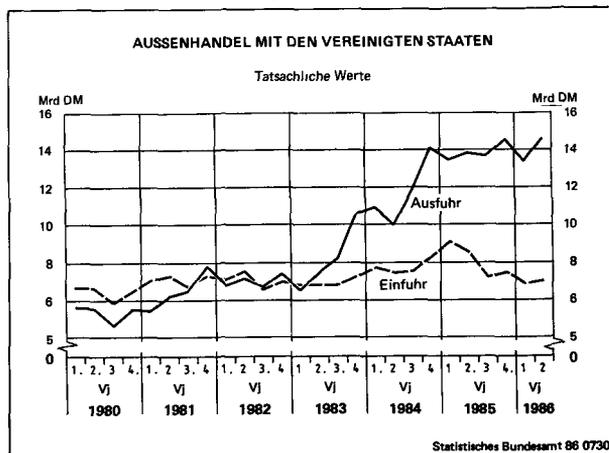
Quartal 1985. Stärker noch war das nominale Wachstum der Exporte im Maschinenbau (+ 9,1 %) und bei den elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 8,7 %). Die Exporterlöse der chemischen Industrie waren dagegen niedriger als ein Jahr zuvor, und zwar um 5,5 %.

Bei den anderen Gütergruppen ergaben sich im Quartalsvergleich mit dem Vorjahr positive Zuwachsraten insbesondere für Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (+ 12 %) sowie für Kunststoffherzeugnisse (+ 9,7 %). Negative Veränderungsrate wiesen u. a. die Exporte von Eisen und Stahl (- 15 %) sowie von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (einschl. Tabakwaren) auf (- 4,9 %).

Außenhandel nach Ländergruppen

Aus den industrialisierten westlichen Ländern wurden im zweiten Vierteljahr 1986 Waren im Wert von 88,6 Mrd. DM importiert, was einem Anteil an der Gesamteinfuhr von 83 % entsprach. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal ergab das einen Rückgang um 2,4 %. Da die Durchschnittswerte dieser Einfuhren um knapp 13 % niedriger waren als im zweiten Quartal 1985, belief sich die reale Veränderungsrate auf + 7,0 %. Die Importe aus den EG-Ländern (53 % der Gesamteinfuhr) sanken nominal um nur 2,0 %. Die reale Steigerungsrate betrug auch hier + 7,0 %. Die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich, an denen Erdöl einen Anteil von 14 % hatte, und den Niederlanden lagen deutlich unter ihrem Wert im Zeitraum April/Juni 1985 (- 15 bzw. - 9,8 %). Am stärksten erhöhten sich die Bezüge aus Belgien und Luxemburg (+ 8,1 %) sowie aus Portugal (+ 7,4 %). Bei länderweise ebenfalls sehr unterschiedlicher Entwicklung sank der Wert der aus dem EFTA eingeführten Güter um 3,8 %. Ausschlaggebend war dabei der starke Einbruch der Importe aus dem Ölförderland Norwegen (- 49 %), während die Bezüge aus der Schweiz und Österreich wieder zweistellige Zuwachsraten aufwiesen (+ 15 bzw. + 12 %).

Schaubild 3



Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten, die seit dem ersten Vierteljahr 1985 teilweise wechsellkursbedingt einen nach unten gerichteten Trend aufweisen, waren

Schaubild 4

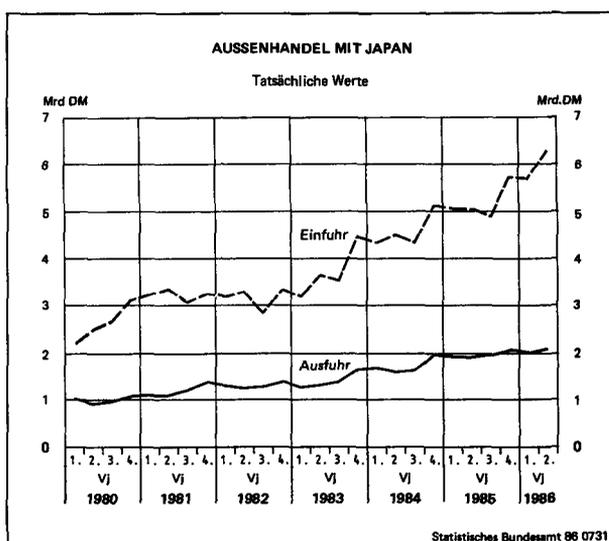


Tabelle 5: Außenhandel nach Ländergruppen

Ländergruppe (Herstellungs- bzw. Verbrauchsland)	Einfuhr				Ausfuhr			
	2. Vj 1986		Veränderung gegenüber		2. Vj 1986		Veränderung gegenüber	
	Mill. DM	%	2. Vj 1985	1. Vj 1986	Mill. DM	%	2. Vj 1985	1. Vj 1986
Insgesamt	106 981	100	- 7,4	- 1,0	135 016	100	+ 0,7	+ 3,6
Industrialisierte westliche Länder	88 574	82,8	- 2,4	+ 1,5	114 339	84,7	+ 3,2	+ 4,4
EG-Länder ¹⁾	56 664	53,0	- 2,0	+ 0,2	69 328	51,3	+ 2,5	+ 3,0
Anderer industrialisierte westliche Länder	31 910	29,8	- 3,2	+ 4,0	45 011	33,3	+ 4,2	+ 6,7
Anderer europäische Länder ²⁾	16 360	15,3	- 2,4	+ 2,2	24 667	18,3	+ 5,3	+ 6,2
dar · EFTA-Länder ³⁾	14 301	13,4	- 3,8	+ 4,3	21 823	16,2	+ 5,6	+ 5,5
Vereinigte Staaten	7 021	6,6	- 17,8	+ 2,5	14 645	10,8	+ 5,9	+ 9,6
Kanada	898	0,8	- 13,0	+ 2,5	1 332	1,0	- 4,4	- 3,7
Übrige Länder ⁴⁾	7 630	7,1	+ 15,2	+ 9,7	4 366	3,2	- 3,8	+ 4,0
Entwicklungsländer	12 981	12,1	- 28,0	- 12,1	13 937	10,3	- 13,3	- 2,3
Afrika ⁵⁾	3 451	3,2	- 48,9	- 25,1	3 068	2,3	- 16,7	- 1,6
Amerika	3 714	3,5	- 21,5	+ 3,0	2 672	2,0	+ 1,9	- 1,1
Asien	5 582	5,2	- 11,6	- 12,5	8 154	6,0	- 16,3	- 3,0
Ozeanien	233	0,2	+ 1,0	+ 37,0	43	0,0	+ 49,3	+ 39,0
OPEC-Länder ⁶⁾	3 280	3,1	- 53,7	- 32,4	4 597	3,4	- 26,7	- 8,6
Anderer Entwicklungsländer	9 701	9,1	- 11,4	- 2,2	9 340	6,9	- 4,7	+ 1,2
Staatshandelsländer ⁷⁾	5 371	5,0	- 19,3	- 9,9	6 501	4,8	- 4,0	+ 5,5
Europa	4 682	4,4	- 23,1	- 10,9	5 070	3,8	- 5,8	+ 8,7
Asien	709	0,7	+ 19,4	- 2,5	1 431	1,1	+ 3,2	- 4,5
Schiffsbedarf usw.	56	0,1	- 12,8	+ 7,1	240	0,2	- 41,4	- 37,3

¹⁾ Einschl. Portugal und Spanien. — ²⁾ Einschl. Kanarische Inseln und Ceuta und Melilla. — ³⁾ Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. — ⁴⁾ Südafrika, Japan, Australien, Neuseeland. — ⁵⁾ Ohne Kanarische Inseln und Ceuta und Melilla. — ⁶⁾ Algerien, Libyen, Nigeria, Gabun, Venezuela, Ecuador, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Verein. Arab. Emirate, Indonesien — ⁷⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, China, Nordkorea

Tabelle 6: Index des Volumens und der Durchschnittswerte nach Ländergruppen

Ländergruppe (Herstellungs- bzw. Verbrauchsland)	Index des Volumens			Index der Durchschnittswerte		
	2. Vj 1986	Veränderung gegenüber		2. Vj 1986	Veränderung gegenüber	
	1980 = 100	2 Vj 1985	1 Vj 1986	1980 = 100	2 Vj 1985	1 Vj 1986
		%	%		%	%
	Einfuhr					
Insgesamt ¹⁾	120,4	+ 12,1	+ 6,8	104,1	- 17,4	- 7,3
Industrialisierte						
westliche Länder	128,3	+ 11,9	+ 7,0	108,6	- 12,8	- 5,2
EG-Länder	129,5	+ 12,4	+ 7,0	104,2	- 13,2	- 6,8
Andere industrialisierte westliche Länder	126,3	+ 11,0	+ 6,9	116,3	- 12,2	- 2,4
Entwicklungsländer	87,9	+ 12,7	+ 5,0	85,0	- 36,1	- 16,5
OPEC-Länder	60,1	+ 13,4	+ 7,3	58,4	- 59,1	- 37,0
Andere Entwicklungsländer	120,3	+ 12,4	+ 3,7	100,6	- 21,1	- 6,0
Staatshandelsländer	134,1	+ 13,2	+ 8,6	91,6	- 28,7	- 17,0
	Ausfuhr					
Insgesamt ¹⁾	131,7	+ 4,6	+ 4,9	117,0	- 3,8	- 1,3
Industrialisierte						
westliche Länder	139,3	+ 6,9	+ 5,8	118,1	- 3,5	- 1,3
EG-Länder	131,8	+ 5,6	+ 4,0	115,3	- 3,9	- 1,7
Andere industrialisierte westliche Länder	151,6	+ 9,0	+ 8,5	122,1	- 3,1	- 0,9
Entwicklungsländer	95,9	- 9,0	- 1,1	113,0	- 4,6	- 1,1
OPEC-Länder	72,9	- 22,0	- 6,4	110,5	- 6,0	- 2,4
Andere Entwicklungsländer	114,1	- 0,6	+ 1,8	114,3	- 3,9	- 0,4
Staatshandelsländer	122,5	+ 0,5	+ 6,1	109,4	- 4,5	- 0,5

1) Einschl. Polargebiete, Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und Nicht ermittelte Länder.

auch im Berichtszeitraum im Vergleich zum zweiten Quartal 1985 stark rückläufig (- 18 %). Die Bezüge aus Japan erhöhten sich dagegen um nominal 25 %. Die Schaubilder 3 und 4 zeigen die Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs mit diesen beiden wichtigen Handelspartnern im längerfristigen Vergleich.

Für die Entwicklung der Einfuhren aus der Gruppe der Entwicklungsländer spielt neben dem aktuellen Ölpreis der Dollarkurs eine wichtige Rolle, da die meisten Rohstoffe in dieser Währung fakturiert werden. Im Zusammenspiel beider Einflußfaktoren gingen die Importe aus den OPEC-Ländern gegenüber dem Vorjahresquartal nominal um 54 % zurück. Nach Ausschaltung der Durchschnittswertveränderungen (- 59 %) ergab sich jedoch ein beträchtlicher realer Zuwachs um gut 13 %. Die Importe aus den anderen Entwicklungsländern weiteten sich bei um 21 % niedrigeren Durchschnittswerten real um 12 % aus (nominal - 11%).

Die Einfuhren aus den Staatshandelsländern sanken ebenfalls unter dem Einfluß der Durchschnittswertveränderungen nominal um 19 %, real erhöhten sie sich um 13 %.

Einerseits profitierten die Exporte der Bundesrepublik Deutschland von der ölpreisbedingten konjunkturellen Erholung in den westlichen Industrieländern. Die Kehrseite der Medaille zeigte sich jedoch im Handel mit den erdölexportierenden Ländern.

In die industrialisierten westlichen Länder wurden im zweiten Quartal 1986 aus der Bundesrepublik Deutschland Waren im Wert von 114,3 Mrd. DM exportiert (85 % der Gesamtausfuhr). Gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1985 verzeichneten die Exporte in diese Länder eine Zuwachsrate um nominal 3,2 % und real 6,9 %. Geringere Zuwachsraten wurden bei den Exporten in die EG-Länder (51 % der Gesamtausfuhr) erzielt; die Werte erhöhten sich um nominal 2,5 % und real 5,6 %. Im Handel mit den einzelnen EG-Ländern zeigten sich jedoch sehr unterschiedliche Entwicklungen. So wurden im Vergleich zum Vorjahresquartal nach Spanien 28 %, Dänemark 12 % und Portugal

Tabelle 7: Außenhandel nach Warengruppen¹⁾ und Ländergruppen

Warengruppen Ländergruppen (nach Herstellungs- bzw Verbrauchsländern)	Einfuhr				Ausfuhr			
	Januar/Juni		Veränderung gegenüber		Januar/Juni		Veränderung gegenüber	
	1986	1985	Januar/Juni 1985	%	1986	1985	Januar/Juni 1985	%
	Mill. DM				Mill. DM			
Insgesamt ²⁾	215 026	235 751	- 20 725	- 8,8	265 297	267 917	- 2 619	- 1,0
Ernährungswirtschaft	28 379	29 938	- 1 559	- 5,2	13 556	13 695	- 139	- 1,0
Gewerbliche Wirtschaft	182 409	202 097	- 19 689	- 9,7	250 093	252 607	- 2 515	- 1,0
Rohstoffe	17 970	31 451	- 13 481	- 42,9	3 763	4 458	- 696	- 15,6
Halbwaren	35 063	43 936	- 8 873	- 20,2	16 543	21 674	- 5 131	- 23,7
Fertigwaren	129 376	126 711	+ 2 665	+ 2,1	229 787	226 475	+ 3 312	+ 1,5
Vorerzeugnisse	31 309	30 866	+ 443	+ 1,4	45 491	47 195	- 1 704	- 3,6
Enderzeugnisse	98 067	95 844	+ 2 222	+ 2,3	184 296	179 280	+ 5 016	+ 2,8
Industrialisierte westliche Länder	175 839	185 685	- 9 845	- 5,3	223 816	220 932	+ 2 884	+ 1,3
EG-Länder	113 241	119 268	- 6 027	- 5,1	136 640	135 630	+ 1 011	+ 0,7
Andere europäische Länder	32 371	33 659	- 1 288	- 3,8	47 894	46 224	+ 1 669	+ 3,6
Vereinigte Staaten	13 868	17 637	- 3 769	- 21,4	28 004	27 282	+ 722	+ 2,6
Kanada	1 775	2 052	- 277	- 13,5	2 715	2 673	+ 42	+ 1,6
Übrige Länder ³⁾	14 585	13 069	+ 1 516	+ 11,6	8 563	9 124	- 560	- 6,1
Entwicklungsländer	27 749	37 264	- 9 515	- 25,5	28 195	33 295	- 5 100	- 15,3
Afrika	8 060	14 091	- 6 031	- 42,8	6 187	7 500	- 1 313	- 17,5
Amerika	7 320	9 006	- 1 685	- 18,7	5 373	5 514	- 141	- 2,6
Asien	11 965	13 732	- 1 768	- 12,9	16 561	20 223	- 3 662	- 18,1
Ozeanien	404	435	- 31	- 7,1	74	58	+ 15	+ 26,5
OPEC-Länder ⁴⁾	8 130	14 207	- 6 077	- 42,8	9 627	13 230	- 3 603	- 27,2
Andere Entwicklungsländer	19 619	23 056	- 3 437	- 14,9	18 568	20 065	- 1 497	- 7,5
Staatshandelsländer ⁵⁾	11 331	12 687	- 1 357	- 10,7	12 664	12 895	- 230	- 1,8
Europa	9 894	11 291	- 1 397	- 12,4	9 735	10 289	- 554	- 5,4
Asien	1 436	1 396	+ 40	+ 2,9	2 929	2 605	+ 324	+ 12,4

1) Der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. - 2) Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen und einschl. Polargebiete, Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und Nicht ermittelte Länder - 3) Südafrika, Japan, Australien, Neuseeland. - 4) Algerien, Libyen, Nigeria, Gabun, Venezuela, Ecuador, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Verein Arab Emirate, Indonesien. - 5) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolei, China, Nordkorea

10 % mehr Waren exportiert, während die Ausfuhren nach Irland und Griechenland um 3,9 bzw. 3,4 % niedriger ausfielen.

Erfolgreicher waren deutsche Exporteure auf den Märkten der anderen industrialisierten westlichen Länder (nominal + 4,2 %, real + 9,0 %). Die Exporte in die EFTA-Länder erreichten dabei im Berichtsquartal einen Wert von 21,8 Mrd. DM (16 % der Gesamtausfuhr) und lagen damit um 5,6 % über dem Ergebnis im entsprechenden Vorjahresquartal. Trotz der starken Dollarabwertung⁴⁾ wiesen die Exporte in die Vereinigten Staaten mit 5,9 % wieder eine höhere Jahreszuwachsrate auf als in den beiden vorangegangenen Quartalen. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß die deutschen Exporteure über Preiszugeständnisse versuchten, ihre Wettbewerbsposition aufrechtzuerhalten. Dagegen waren die Ausfuhren in die „übrigen Länder“ (Südafrika, Japan, Australien und Neuseeland) im Berichtszeitraum um nominal 3,8 % niedriger als ein Jahr zuvor. Insbesondere nach Südafrika wurde weniger exportiert (— 25 %).

Die Ausfuhren in die Entwicklungsländer (10 % der Gesamtausfuhr) lagen nominal um 13 % und real um 9,0 % unter dem Ergebnis im zweiten Quartal 1985. Wachstumschwäche, hohe Auslandsverschuldung und der allgemeine Preisverfall bei Rohstoffen — bei OPEC-Ländern der Erdölpreisverfall — zwangen viele Länder der Dritten Welt zu einer Anpassung an sinkende Deviseneinnahmen. Insbesondere in den OPEC-Ländern kam es zu einer Drosselung der Importe. Die deutschen Ausfuhren in diese Ländergruppe sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um nominal 27 % und real 22 %. Die Exporte in die anderen Entwicklungsländer gingen zwar ebenfalls zurück, allerdings nicht in dem Ausmaß wie die in die OPEC-Länder (nominal — 4,7 %, real — 0,6 %).

Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer lag nominal um 4,0 % unter dem Wert im gleichen Vorjahreszeitraum, während das Ausfuhrvolumen nahezu stagnierte (+ 0,5 %).

Der Ausfuhrüberschuß im Berichtsquartal von 28,0 Mrd. DM wurde vor allem im Handel mit den EG-Ländern (+ 12,7 Mrd. DM), den Vereinigten Staaten (+ 7,6 Mrd. DM) und den EFTA-Ländern (+ 7,5 Mrd. DM) erzielt. Hohe Handelsbilanzdefizite ergaben sich im Warenverkehr mit Japan (— 4,2 Mrd. DM), den Niederlanden (— 1,7 Mrd. DM) und Brasilien (— 0,7 Mrd. DM).

Außenhandel im ersten Halbjahr 1986

Im ersten Halbjahr 1986 führte die Bundesrepublik Deutschland Waren im Wert von 215,0 Mrd. DM ein, was einem Rückgang um 8,8 % entsprach. Die reale Veränderungsrate im Vergleich zum ersten Halbjahr 1985 betrug + 7,4 %. Die Ausfuhr erreichte in den ersten sechs Monaten 1986 einen Wert von 265,3 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gingen die Exporte nominal um 1,0 % zurück, real erhöhten sie sich um 1,9 %. Da die Einfuhrdurchschnittswerte mit 15 % weitaus stärker zurückgingen als die Ausfuhrdurchschnittswerte

(— 2,9 %), verbesserten sich die Terms of Trade im Vergleichszeitraum um 14 %.

Der Ausfuhrüberschuß, der im ersten Halbjahr 1985 32,2 Mrd. DM betragen hatte, stieg auf 50,3 Mrd. DM an. Zusammen mit den Defiziten in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz schloß die Leistungsbilanz im Zeitabschnitt Januar/Juni 1986 mit einem Überschuß von 34,4 Mrd. DM ab. Im ersten Halbjahr 1985 hatte der Aktivsaldo nur 14,4 Mrd. DM betragen.

Die wichtigsten Veränderungen des Außenhandels im ersten Halbjahr 1986 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken können der Übersicht auf S. 320* im Tabellenteil dieses Heftes entnommen werden.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Hellbrück-Schu

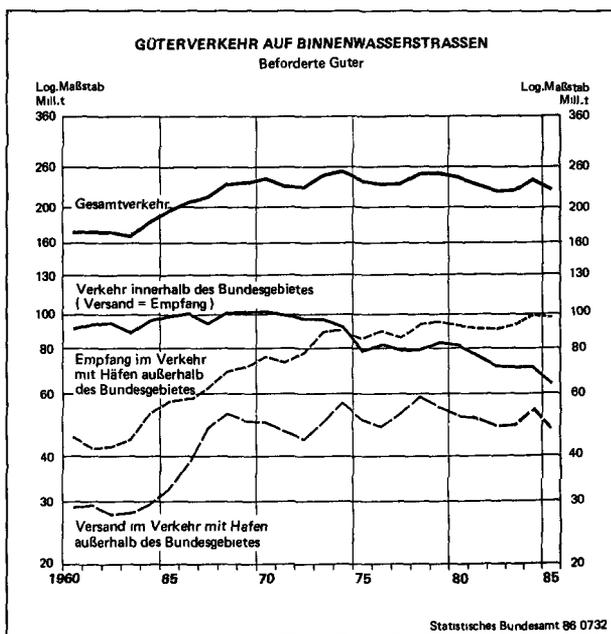
⁴⁾ Der gewogene Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar erhöhte sich im zweiten Vierteljahr 1986 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 37 %.

Binnenschifffahrt 1985

Gesamtüberblick

Im Jahr 1985 wurden auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 222,4 Mill. t Güter befördert; hierbei wurde eine Transportleistung von 48,2 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erbracht. Gegenüber dem Beförderungsvolumen des Vorjahres ist die Transportmenge des Berichtsjahres um 14,1 Mill. t geringer (— 5,9 %). Seit 1970 wurde nur noch im Jahr 1982 mit 221,9 Mill. t eine fast gleich geringe Gütermenge befördert. Die Beförderungsleistung war 1985 gegenüber 1984 um 7,3 % vermindert (— 3,8 Mrd. tkm).

Schaubild 1



Zu diesem Rückgang trugen vor allem widrige klimatische Verhältnisse bei. So wurde im Januar und Februar die Schifffahrt durch Eissperren erheblich beeinträchtigt. Zeitweise gänzlich gesperrt wegen der Eisverhältnisse waren u. a. die Verbindungen nach Berlin (West), der Küstenkanal, der Dortmund-Ems-Kanal zwischen Bergeshövede und Papenburg, der Mittelland-Kanal östlich Anderten einschließlich der Stichkanäle nach Hildesheim, Salzgitter, Hannover-Linden, der Elbe-Seitenkanal, der Main von Bamberg bis Aschaffenburg, der Main-Donau-Kanal, die Donau und die Mosel. Hinzu kam noch, daß auf dem Rhein die Schifffahrt an 22 Tagen im Januar durch Niedrigwasser¹⁾ behindert wurde. In beiden Monaten zusammen wurden 8,6 Mill. t weniger Güter befördert als im gleichen Zeitraum des Jahres 1984, das entspricht einer Minderung um genau ein Viertel. Die Hälfte dieser Transporteinbußen, nämlich 4,4 Mill. t, entstanden im Verkehr innerhalb des

¹⁾ An den genannten 22 Tagen mußten in der Verkehrsrelation Ruhr—Oberrhein sogenannte Kleinwasserzuschläge gezahlt werden. Diese Frachtzuschläge sind zu zahlen, wenn der Pegel Kaub einen Wasserstand von weniger als 1,40 m anzeigt.

Bundesgebietes, wo in diesen beiden Monaten 40 % weniger befördert wurde.

Obwohl in den Sommermonaten Juni bis August Beförderungssteigerungen zu verzeichnen waren (zusammen jedoch nur 2,6 Mill. t), konnten die Transportverluste aus den Wintermonaten zu Jahresbeginn nicht ausgeglichen werden.

Eine weitere und länger andauernde Behinderung erfuhr die Schifffahrt auf dem Rhein, über den im Berichtsjahr 84 % des gesamten Frachtaufkommens befördert und 70 % der Transportleistung erbracht wurden, durch extrem niedrige Wasserstände. Die zu Beginn des Monats September recht hohe Wasserführung des Rheins am Pegel Kaub (bis zu 2,37 m) ging ab 10. September ständig zurück und lag ab 23. September unter 1,40 m; von diesem Stand ab werden Kleinwasserzuschläge erhoben. Die Wasserführung des Rheins ging jedoch — mit kleineren Schwankungen — auch im Oktober ständig zurück. Am 31. Ok-

Pegel Kaub in der Trockenperiode 1985

Wasserstand unter ... m	Tage mit Kleinwasser im			
	September	Oktober	November	Dezember
1,40	8	31	28	30
1,30	7	31	27	30
1,20	4	31	26	24
1,10	1	31	21	18
1,00	—	30	19	14
0,90	—	20	14	3
0,80	—	19	10	—
0,70	—	13	4	—
0,60	—	6	2	—
Höchster Wasserstand ..	2,37 m	1,02 m	1,80 m	1,64 m
Niedrigster Wasserstand	1,03 m	0,56 m	0,56 m	0,85 m
Monatsmittel 1985	1,74 m	0,77 m	0,94 m	1,07 m
Langjähriger Mittelwert ..	1,64 m	1,49 m	1,86 m	2,20 m

tober und 1. November wurde der niedrigste Pegelstand bei Kaub gemessen, nämlich 0,56 m. Aber auch im November trat keine durchgreifende Besserung ein: gegen Mitte des Monats wurde an zwei Tagen zwar der Pegelstand von 1,40 m überschritten (13./14. 11.), dann sank der Wasserspiegel wieder bis auf einen Pegelstand von 0,72 m ab (28. 11.). In der ersten Dezember-Hälfte war die Wasserführung etwas besser, der Kauber Pegel schwankte zwischen 0,85 m und 1,27 m, mit überwiegenden Wasserständen nahe der 1,20 m-Marke, in der zweiten Monats-hälfte schwankte er — den Silvestertag ausgenommen — ebenfalls zwischen 0,85 m und 1,27 m, jedoch meist zwischen 0,90 m und 0,99 m. (Auch im Januar 1986 setzte sich der niedrige Wasserstand zunächst fort, in diesem Monat wurden noch an zehn Tagen Kleinwasserzuschläge bei den Frachten erhoben.)

Diese extrem niedrigen Wasserstände zwangen die Binnenschifffahrt, die Schiffe nur mit verminderter Auslastung²⁾ fahren zu lassen. Konnten die Schiffe noch im September zu 72 % ausgelastet werden, waren es im Oktober nur 52 % und im November 55 %. Im Dezember wurde ein Auslastungsgrad von 59 % erreicht. Dementsprechend hoch waren auch die Transporteinbußen: Zwar konnte im September noch ein Beförderungsgewinn in

²⁾ Der Auslastungsgrad ist das Verhältnis zwischen Beförderungsmenge und der angebotenen Tragfähigkeitstonnage der für den Transport eingesetzten Schiffe. Die Tragfähigkeitstonnage leer fahrender sowie nicht für Gütertransporte eingesetzter Schiffe bleibt bei dieser Berechnung unberücksichtigt.

Höhe von 0,5 Mill. t Gütern (+ 2,8 %) erzielt werden, im Oktober und November beliefen sich die Transportverluste jedoch auf 4,6 bzw. 2,6 Mill. t (— 22 bzw. — 14 %). Der Gesamtverlust in beiden Monaten betrug also 7,2 Mill. t, fast soviel, wie im Januar und Februar an Fracht eingebüßt wurde. Der Dezember brachte wieder eine kleine Frachtaufnahme von rund 0,6 Mill. t (+ 3,3 %).

Zum Transport der Gesamtbeförderungsmenge von 222,4 Mill. t wurde insgesamt ein Schiffsraum von 325,4 Mill. t Tragfähigkeit eingesetzt. Dieser Schiffsraum wurde im Berichtsjahr nur zu 68 % ausgelastet. Gegenüber dem Vorjahr ging der Auslastungsgrad um sechs Prozentpunkte zurück, eine Folge der oben beschriebenen Periode geringer Wasserführung, vor allem auf dem Rhein.

Tabelle 1: Grenzüberschreitender Verkehr 1985

Verkehrszweig	Empfang	Versand	Durchgang	Insgesamt
Transportierte Gütermenge 1 000 t				
Eisenbahn	26 133	33 356	8 003	67 492
Straßenverkehr	61 023	64 012	14 731	139 766
Binnenschifffahrt	96 245	44 474	12 007	152 726
Rohrfernleitung	44 351	—	—	44 351
Insgesamt	227 752	141 842	34 741	404 335
Veränderung gegenüber 1984 %				
Eisenbahn	+ 5,1	+ 8,1	+ 12,7	+ 7,4
Straßenverkehr	+ 2,9	+ 7,7	+ 7,2	+ 5,5
Binnenschifffahrt	- 0,3	- 12,8	- 4,0	- 4,6
Rohrfernleitung	- 0,4	—	—	- 0,4
Insgesamt	+ 1,1	+ 0,4	+ 4,2	+ 1,1

Der Vergleich mit den übrigen landgebundenen Hauptverkehrszweigen zeigt, daß im Berichtsjahr beim grenzüberschreitenden Verkehr lediglich die Binnenschifffahrt eine Beförderungsminderung erfuhr. Allerdings ist anhand dieser Angaben nicht festzustellen, auf welche Verkehrszweige die Verfrachter während der Frachtbehinderung der Binnenschifffahrt auswichen.

Güterverkehr nach Hauptverkehrsbeziehungen

Wie nach dem zuvor Dargestellten zu erwarten war, wurden in allen wichtigen Verkehrsrelationen — zum Teil erhebliche — Transportverluste ermittelt.

Beim Verkehr innerhalb des Bundesgebietes nahm das Beförderungsaufkommen um nicht weniger als 6,5 Mill. t ab (— 9,3 %). Mit einem Gütervolumen von nur noch 63,7 Mill. t Gütern wurde ein Tiefstand erreicht, der seit 1954 nicht mehr eingetreten ist. Die größten Transportverluste wurden bei der Beförderung von Sand, Kies, Bims, Ton (— 3,0 Mill. t oder — 15 %), von Anderen Steinen und Erden (— 1,2 Mill. t oder — 28 %), von Kraftstoffen und Heizöl (— 1,1 Mill. t oder — 7,3 %) sowie von Steinkohlen und -briketts (— 0,9 Mill. t oder — 7,5 %) festgestellt.

Von Interesse ist auch eine Untersuchung der Beförderungseinbußen in Abhängigkeit vom Wasserstraßengebiet. Vom gesamten Transportverlust bei der Güterbeförderung im Bundesgebiet entfielen nicht weniger als nahezu zwei Drittel (63 %) auf das Rheingebiet, weitere 17 % auf das Westdeutsche Kanalgebiet; es folgten das Elbegebiet (6,7 %), das Gebiet Berlin (West) (5,6 %), das Mittellandkanal-Gebiet (3,8 %), das Donaugebiet (2,1 %) sowie das

Wesergebiet (1,6 %). Untersucht man diesen Tatbestand für die Wasserstraßengebietsabschnitte, dann erlitten folgende Abschnitte die größten Verluste (Angaben in % der gesamten Beförderungsminderung): Oberrhein 18,5 %, Mittelrhein (einschl. Mosel, Lahn und Saar) 17,3 %, Main und Main-Donau-Kanal 16,4 % sowie das Ruhrgebiet 14,1 %.

Im grenzüberschreitenden Verkehr wurden insgesamt 140,7 Mill. t Güter befördert, das sind 6,9 Mill. t oder 4,6 % weniger als im Jahr 1984. Damit war das Transportergebnis in dieser Verkehrsbeziehung — im ganzen gesehen — wesentlich besser als jenes, das innerhalb des Bundesgebietes erzielt wurde. Allerdings waren die Gegebenheiten in den einzelnen Relationen sehr unterschiedlich. Beim Güterversand mußte die Binnenschifffahrt eine Beförderungsminderung um 6,5 Mill. t hinnehmen, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 13 % entspricht. Große Transportrückgänge wurden bei folgenden Gütern festgestellt: Sand, Kies, Bims, Ton (— 1,8 Mill. t oder — 12 %), Steinkohle und -briketts (— 1,1 Mill. t oder — 18 %), Koks (— 1,4 Mill. t oder — 63 %), Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohmineralien (— 0,9 Mill. t oder — 25 %) sowie Getreide (— 0,7 Mill. t oder — 46 %).

Tabelle 2: Güterverkehr nach Hauptverkehrsbeziehungen

Hauptverkehrsbeziehung	1984	1985	1985 gegen- über 1984	
	1 000 t		%	
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes				
Versand = Empfang	70 234	63 715	- 6 519	- 9,3
Verkehr mit der DDR und Berlin (Ost)				
Versand	2 835	3 268	+ 433	+ 15,3
Empfang	3 328	2 700	- 628	- 18,9
Grenzüberschreitender Verkehr				
Versand	51 011	44 474	- 6 537	- 12,8
Empfang	96 558	96 245	- 314	- 0,3
Zusammen	223 966	210 401	- 13 564	- 6,1
Durchgangsverkehr	12 512	12 007	- 505	- 4,0
Gesamtverkehr	236 478	222 408	- 14 070	- 5,9

Zunahmen in erwähnenswertem Umfang erfuhr lediglich der Versand von Futtermitteln, von Walzdraht sowie von Stein- und Salinensalz. Bei einem Ladungsgewinn von jeweils nur 0,1 Mill. t waren diese Mengen bei weitem nicht ausreichend, um die oben aufgezählten großen Ladungsverluste auszugleichen.

Mit einer Gesamtmenge von 96,2 Mill. t traf eine nahezu gleich große Gütermenge aus dem Ausland in den Häfen des Bundesgebietes ein wie im Vorjahr (— 0,3 %). Damit wurde im Berichtsjahr die bisher zweitgrößte Gütermenge in dieser Verkehrsbeziehung empfangen. Trotz der geringen Gesamtabweichung ergaben sich gegenüber 1984 in der Güterstruktur teilweise erhebliche Änderungen. So wurden mit 31,7 Mill. t erheblich größere Mengen Eisenerz angelandet (+ 2,7 Mill. t oder + 9,2 %), wogegen die Zufuhr von NE-Metallerzen, -abfällen und -schrott um nicht weniger als 1,7 Mill. t zurückging (— 38 %). Die Ausladungen von Sand, Kies, Bims, Ton gingen um 1,0 Mill. t zurück (— 12 %), dagegen stiegen die Getreideempfänge um 0,5 Mill. t (+ 18 %). Zunahmen erfuhr auch die Ankünfte von Steinkohle sowie von Kraftstoffen und Heizölen (jeweils + 0,3 Mill. t). Zurückgegangen sind die Auslandszufuhren von Futtermitteln (— 0,3 Mill. t oder — 8,0 %) sowie

von Rohöl, von Eisen- und Stahlabfällen, von Stab- und Formstahl einschließlich Draht, von Chemischen Düngemitteln und von Aluminiumoxyd (jeweils — 0,2 Mill. t).

Im Verkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), der bei einem Anteil am Gesamtverkehr von nur 2,7 % unbedeutend ist, nahm der Versand zu und der Güterempfang ab.

Im Durchgangsverkehr wurden mit 12,0 Mill. t gegenüber 1984 insgesamt 0,5 Mill. t Güter weniger befördert (— 4,0 %). Nennenswert sind die vermehrte Durchfuhr von Getreide (+ 0,2 Mill. t) sowie die starke Reduktion der Kraftstoff- und Heizöltransporte (— 0,5 Mill. t oder — 17 %). Der Anteil des Durchgangsverkehrs am Gesamtbeförderungsaufkommen belief sich im Berichtsjahr auf 5,4 % (1984: 5,3 %).

Güterverkehr nach Güterhauptgruppen

Fast zwei Drittel (64 %) der insgesamt beförderten Gütermenge von 222,4 Mill. t entfielen auf nur fünf Güterhauptgruppen; die Gütermengen von acht Güterhauptgruppen lieferten drei Viertel (75 %) des gesamten Beförderungsaufkommens. Es muß betont werden, daß es sich um jene Güterhauptgruppen handelt, für die in vorausgegangenen Jahren ähnliche Ergebnisse gemeldet wurden. Von besonderem Interesse ist, daß sich gegenüber dem Jahr 1984 auch die Reihenfolge dieser Hauptgruppen nicht geändert hat.

Die — gemessen an ihrer Gesamtbeförderungsmenge — zehn bedeutendsten Güterhauptgruppen in der Reihenfolge ihrer Bedeutung zeigt Tabelle 3.

Tabelle 3: Beförderungsmengen 1985

Güterhauptgruppe	Beförderungsmenge	
	Insgesamt	Anteil an der Gesamttransportmenge
	Mill. t	%
Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken	39,1	17,6
Kraftstoffe und Heizöl	38,5	17,3
Eisenerze (ohne Schwefelkiesabbrände)	33,9	15,2
Steinkohle und -briketts	20,9	9,4
Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohminerale	11,0	4,9
Chemische Grundstoffe	10,3	4,6
Getreide	6,5	2,9
Futtermittel	5,8	2,6
Ölsaaten und -früchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette	5,1	2,3
Salz, Schwefelkies, Schwefel	5,0	2,2

Auf die dort nachgewiesenen wenigen Güterhauptgruppen (von insgesamt 52) entfielen im Berichtsjahr nicht weniger als 79 % des gesamten Transportaufkommens (1984: 78 %). Gegenüber dem Vorjahr ist am Ende der Auflistung eine Änderung eingetreten: Die Beförderungsmenge von NE-Metallerzen, -abfällen und -schrott nahm im Berichtsjahr um 1,7 Mill. t ab (— 29 %). Damit gehörte diese Güterhauptgruppe nicht mehr zu den zehn bedeutendsten. Dagegen stieg das Transportvolumen von Salz, Schwefelkies und Schwefel auf rund 5,0 Mill. t an und wurde als zehnte Güterhauptgruppe in diese Übersicht aufgenommen.

Eine außergewöhnlich hohe Zunahme der jährlichen Transportmenge wurde im Berichtsjahr nur für Eisenerze festgestellt. Deren Beförderung nahm um nicht weniger als 2,9 Mill. t oder 9,3 % zu. Im übrigen wurde nur noch bei 18 weiteren Güterhauptgruppen eine Zunahme der Transportmenge registriert, die aber in den meisten Fällen ohne Bedeutung waren (kleiner als 100 000 t). Größere Zunahmen wurden lediglich für Getreide, Natur- und Raffineriegas, Stahlblech und Bandstahl sowie Salz, Schwefelkies und Schwefel (zusammen + 0,6 Mill. t) ermittelt. Erhebliche Transportminderungen traten bei folgenden Gütern ein: Sand, Kies, Bims, Ton (— 6,2 Mill. t oder — 14 %), Andere Steine und Erden (— 1,9 Mill. t oder — 15 %), NE-Metallerze, -abfälle und -schrott (— 1,7 Mill. t oder — 29 %), Kraftstoffe und Heizöl (— 1,6 Mill. t oder — 4,0 %), Steinkohle und -briketts (— 1,6 Mill. t oder — 7,1 %) sowie Koks (— 1,5 Mill. t oder — 43 %). Auf diese sechs Güterhauptgruppen entfielen 81 % der gesamten ermittelten Transportminderung, deren Teilmengen sich auf insgesamt 33 Güterhauptgruppen aufteilten.

Güterumschlag nach Wasserstraßengebieten und ausgewählten Häfen

Im Berichtsjahr wurden in den Häfen des Bundesgebietes durch die Binnenschifffahrt insgesamt 274,2 Mill. t umgeschlagen³⁾, das waren 20,2 Mill. t oder 6,9 % weniger als im Jahr 1984.

³⁾ Im Gegensatz zu den Angaben über die Beförderungsmengen sind in den Daten über den Güterumschlag die Transportmengen zwischen den Häfen des Bundesgebietes doppelt enthalten, nämlich sowohl als Versand- als auch als Empfangsmengen.

Tabelle 4: Güterumschlag nach Wasserstraßengebieten und ausgewählten Häfen

Wasserstraßengebiet Ausgewählte Häfen	1984	1985	1985 gegenüber 1984	
	1 000 t			%
Rheingebiet	204 205	190 411	— 13 794	— 6,8
darunter:				
Duisburger Häfen	55 951	53 842	— 2 108	— 3,8
darunter:				
Homberg	3 183	2 728	— 456	— 14,3
Rheinhausen	5 279	5 097	— 182	— 3,5
Walsum	3 141	3 154	+ 13	+ 0,4
Köln	13 763	13 346	— 417	— 3,0
Karlsruhe	10 321	9 731	— 590	— 5,7
Ludwigshafen	8 644	8 475	— 169	— 2,0
Mannheim	8 152	7 701	— 451	— 5,5
Heilbronn	5 433	5 266	— 167	— 3,1
Frankfurt	6 085	5 075	— 1 010	— 16,6
Neuss	4 838	4 619	— 219	— 4,5
Krefeld-Uerdingen	3 655	3 573	— 82	— 2,2
Mainz	3 479	3 338	— 140	— 4,0
Düsseldorf	2 680	3 126	+ 447	+ 16,6
Westdeutsches Kanalgebiet	37 934	35 321	— 2 613	— 6,9
darunter:				
Dortmund	5 782	5 180	— 602	— 10,4
Hamm	3 673	3 735	+ 62	+ 1,7
Gelsenkirchen	3 597	3 550	— 47	— 1,3
Elbegebiet	15 217	14 073	— 1 144	— 7,5
dar.: Hamburg	9 838	9 162	— 676	— 6,9
Wesergebiet	12 342	11 927	— 415	— 3,4
dar.: Bremen	4 595	4 514	— 81	— 1,8
Mittellandkanalgebiet	12 869	12 134	— 735	— 5,7
Gebiet Berlin (West)	7 949	7 023	— 925	— 11,6
Berlin (West)	7 949	7 023	— 925	— 11,6
Donaugebiet	3 904	3 300	— 604	— 15,5
Insgesamt	294 419	274 189	— 20 230	— 6,9

Über zwei Drittel (68 %) der gesamten Umschlagseinbuße ist auf Umschlagsminderungen in den Häfen des Rheingebietes zurückzuführen. In diesem Gebiet, dessen Häfen einen Umschlag von 190,4 Mill. t verzeichneten, was — wie auch im Vorjahr — einem Anteil am Gesamtgüterumschlag von 69 % entspricht, ging der Umschlag um 13,8 Mill. t zurück (— 6,8 %). Die Häfen des — gemessen am Umschlagsvolumen — nächstbedeutenden Wasserstraßengebietes, des Westdeutschen Kanalgebietes, erzielten 1985 einen Umschlag von 35,3 Mill. t Gütern, das sind 2,6 Mill. t oder 6,9 % weniger als 1984. Der Anteil am Gesamtumschlag änderte sich dagegen nicht: Wie auch im Vorjahr betrug er 13 %. Im Elbegebiet ging der Umschlag um 1,1 Mill. t auf 14,1 Mill. t zurück (— 7,5 %), der Anteil dieses Gebietes am Gesamtumschlag beträgt 5,1 % (1984: 5,2 %). Die Häfen der übrigen Wasserstraßengebiete waren mit folgenden Anteilen am Gesamtumschlag des Bundesgebietes beteiligt: Wesergebiet 4,3 %, Mittellandkanal-Gebiet 4,4 %, Gebiet Berlin (West) 2,6 % und Donaugebiet 1,2 %. Gegenüber dem Vorjahr traten nur marginale Veränderungen ein.

Nahezu alle namhaften Häfen des Rheingebietes mußten Umschlagsrückgänge hinnehmen, allen voran die Duisburger Häfen, die eine Einbuße von 2,1 Mill. t oder 3,8 % erlitten. Lediglich in Düsseldorf wurde eine nennenswerte Umschlagssteigerung erzielt (+ 0,4 Mill. t oder + 17 %).

Der Umschlag der Duisburger Häfen, also einschließlich der zu Duisburg zählenden Häfen von Homberg, Rheinhausen und Walsum, ging trotz des erheblich gestiegenen Umschlages von Eisenerzen (+ 2,4 Mill. t oder + 9,3 %) um 2,1 Mill. t zurück. Zu nennen sind die Verminderungen des Umschlages von NE-Metallerzen (— 1,7 Mill. t oder — 76 %), von Steinkohle und -briketts (— 1,0 Mill. t oder — 14 %), von Koks (— 0,6 Mill. t oder — 40 %), von Sand, Kies, Bims, Ton (— 0,5 Mill. t oder — 18 %), von Eisen- und Stahlabfällen (— 0,4 Mill. t oder — 25 %) sowie von Anderen Steinen und Erden (— 0,3 Mill. t oder — 17 %). Der Umschlagsrückgang im Frankfurter Hafen (— 1,0 Mill. t oder — 17 %) ist vor allem auf verminderte Zufuhren von Kraftstoffen und Heizöl sowie von Sand, Kies, Bims, Ton wie auch geringere Verladungen Chemischer Düngemittel zurückzuführen. In Berlin (West), dessen Umschlag um 0,9 Mill. t oder 12 % gegenüber 1984 zurückblieb, sind geringere Transporte von Steinkohle und -briketts, von Kraftstoffen und Heizöl sowie von Sand, Kies, Bims, Ton als Hauptursachen für diese Beförderungsverluste zu nennen. Nennenswert, weil in nur wenigen Fällen in größerem Umfang auftretend, ist die Umschlagssteigerung in Düsseldorf. Dort wurden vor allem mehr Getreide sowie Steinkohle und -briketts umgeschlagen.

Verkehr mit Trägerschiffsleichtern und Containern

Die Gütertransporte mit Trägerschiffsleichtern haben im Jahr 1985 gegenüber dem allgemeinen Transportrückgang überproportional abgenommen, denn das Beförderungsaufkommen sank um 51 000 t oder 12 % auf 364 000 t. Mit dieser speziellen Transportart werden vor allem Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug) sowie Chemische Erzeugnisse befördert.

Tabelle 5: Güterverkehr mit Trägerschiffsleichtern nach ausgewählten Gütern

Ausgewählte Güter	1984	1985	1985 gegenüber 1984	
	1 000 t			%
Güter insgesamt ...	415	364	- 51	- 12,4
darunter:				
Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug) ...	180	145	- 35	- 19,1
Chemische Erzeugnisse ...	158	139	- 19	- 12,1
Anderer Halb- und Fertigerzeugnisse ...	46	29	- 17	- 37,6
Anderer Nahrungs- und Futtermittel ...	3	15	+ 12	+ 447,1
Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse ...	13	10	- 3	- 22,9
Steine und Erden (einschl. Baustoffe) ...	8	9	+ 1	+ 1,4

Entgegen den Gegebenheiten beim Gütertransport mit Trägerschiffsleichtern ist bei der Güterbeförderung mit Containern eine vergleichsweise nur geringfügige Verminderung gegenüber 1984 eingetreten. Belief sich die Gesamtminde rung des Transportaufkommens in der Binnenschifffahrt auf 5,9 %, so waren es beim Containerverkehr nur 3,0 % (58 000 t). In den einzelnen Verkehrsrelationen sind allerdings unterschiedliche Änderungen eingetreten. Der Containerversand ging um 3,9 % zurück, wogegen der Containerempfang eine geringere Einbuße erlitt (— 1,5 %). Ansehnlich zugenommen hat die Beförderung Landwirtschaftlicher Erzeugnisse (47 000 t oder + 46 %) sowie Anderer Nahrungsmittel (17 000 t oder + 20 %), dagegen nahm der Transport von Eisen und NE-Metallen (— 9,3 %) sowie von Steinen und Erden (— 27 %) ab.

Von den insgesamt empfangenen 733 000 t Gütern in Containern wurden 441 000 t aus dem Ausland angelandet (60 %). Am Transport aus dem Ausland waren Schiffe unter zehn verschiedenen Flaggen beteiligt; auf die Flagge der Bundesrepublik Deutschland entfiel ein Beförderungsanteil von 39 %, auf die niederländische Flagge 31 %, auf die Schweizer Flagge 16 %, auf die der Tschechoslowakei 11 % und auf die belgische 2,4 %. Weiterhin waren — mit nur geringen Beförderungsmengen — folgende Staaten am Containertransport beteiligt: UdSSR, Bulgarien, Ungarn, Polen und Frankreich.

In das Ausland wurden 884 000 t Güter in Containern versandt, nur unwesentlich weniger als im vergangenen Jahr (— 0,6 %). Transportiert wurden von dieser Menge jeweils 41 % durch Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik (361 000 t) sowie der Niederlande (366 000 t). Außerdem entfiel ein namhafter Teil auf Schweizer Schiffe (14 %). Schiffe unter weiteren sechs Flaggen beförderten den verbleibenden Rest in die ausländischen Häfen (3,5 %).

Gliedert man die Angaben zum grenzüberschreitenden Containerverkehr entsprechend der Ein- bzw. Ausladeverkehrsbezirke, so zeigt sich die überwältigende Stellung des Rotterdamer Hafens: 76 % aller empfangenen Containersendungen kamen aus Rotterdam (335 000 t), und 68 % der in Containern versandten Güter gingen dorthin (599 000 t). Der nächstbedeutendste Hafen — zumindest hinsichtlich des Versandes — ist Antwerpen, für den 25 % der Sendungen bestimmt waren (224 000 t). Dort wurden jedoch nur 9,0 % der für die Bundesrepublik bestimmten Container verladen (40 000 t). Aus der Tschechoslowakei trafen 11 % der in den Binnenhäfen der Bundesrepublik

Tabelle 6: An- und Abtransport von Gütern in Containern 1985
1 000 t

Nachweisung	Alle Häfen		Darunter Rheinhäfen	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Insgesamt	1 154	733	785	387
darunter:				
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	71	79	8	21
Andere Nahrungsmittel	46	55	37	13
Eisen, NE-Metalle	24	44	22	42
Steine und Erden	35	31	24	13
Chemische Erzeugnisse	357	85	259	53
Andere Halb- und Fertigerzeugnisse	257	50	224	20
Besondere Transportgüter	352 ¹⁾	346 ²⁾	202 ¹⁾	196 ²⁾

¹⁾ Einschl. 6 000 t nicht zuzuordnender Güter. — ²⁾ Einschl. 2 000 t nicht zuzuordnender Güter.

entladenen Container ein (50 000 t), jedoch wurde dorthin nur eine kleine Menge in Containern verpackter Güter versandt.

An dieser Stelle sei wegen der dieser Transportart zunehmend beigemessenen grundsätzlichen Bedeutung angemerkt, daß die Rechtsgrundlage der Binnenschiffahrtsstatistik⁴⁾ nur eine Erfassung der in Containern beförderten Gütermengen zuläßt⁵⁾. Die Erhebung der Zahl der transportierten Container, deren Größenklasse, Bauart, Ladezustand usw. — deren Kenntnis erst eine zuverlässige Darstellung des entsprechenden Transportgeschehens erlaubt — ist im Gesetz über die Statistik der Binnenschiffahrt nicht vorgesehen.

Schubschiffahrt

Die Güterbeförderung mit Schubschiffen ging im Berichtsjahr — wie auch die übrigen Gütertransporte — zurück.

An der Grenzzollstelle Emmerich, wo im Berichtsjahr 82 % des Güterverkehrs mit ausländischen Häfen abgewickelt wurden, gingen die Gütertransporte mit Schubschiffen um 2,0 Mill. t zurück (— 4,6 %). Die Transporte in das Bundesgebiet entsprachen fast denen des Vorjahres (— 0,3 Mill. t oder — 0,8 %). Dies ist der Tatsache zu danken, daß wiederum 29,9 Mill. t Eisenerze bergwärts geschoben wurden (— 0,1 %), daß aber auch die Schubtransporte von Kohlen und Koks wie auch von Sand, Kies, Bims, Ton zunahmen (zusammen + 0,1 Mill. t). In der Talfahrt wurden dagegen nur 5,5 Mill. t mit Schubschiffen befördert, das sind 1,7 Mill. t oder 24 % weniger als 1984. Bedeutende Reduktionen erfuhren die Transporte von Kohlen und Koks (— 1,1 Mill. t oder — 41 %) sowie von Steinen und ähnlichen Rohmineralien (einschl. Salz) (— 0,5 Mill. t oder — 48 %).

An der Mosel an der Grenzzollstelle Perl/Apach wurde — wie auch in den Vorjahren — ein weiterer, starker Rückgang der Schubschiffahrt festgestellt. In der Talfahrt, das heißt beim Grenzeingang, wurden nur noch knapp 0,6 Mill. t Güter in Schubeinheiten registriert (— 0,3 Mill. t oder — 31 %). In der Bergfahrt, das heißt bei den Transporten nach Frankreich, trat eine noch stärkere Verminderung ein, denn es wurden insgesamt nur noch 0,7 Mill. t Güter

⁴⁾ Gesetz über die Statistik der Binnenschiffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II, S. 742), geändert und ergänzt durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I, S. 294).

⁵⁾ Gemäß § 3 Ziff. 3 der genannten Rechtsgrundlage (siehe Fußnote 4).

geschoben, das sind 0,3 Mill. t oder 29 % weniger als im Vorjahr.

Güterverkehr nach Flaggen

Eine Untersuchung des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland — eines Landes, das hinsichtlich der Gütertransporte auf dem Wasserwege zu den besterschlossenen zu rechnen ist — unter Berücksichtigung der am Transportgeschehen beteiligten Nationen ist in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse.

Für den Rhein, den größten Strom der Bundesrepublik Deutschland und gleichzeitig ihre längste Wasserstraße (622 km Stromstrecken auf dem Gebiet der Bundesrepublik von Rheinfeldern bis zur niederländischen Grenze), auf dem die größte Gütermenge bewegt wird, bestimmt seit dem 1. Juli 1869 die revidierte Rheinschiffahrtsakte (sogenannte Mannheimer Akte) im Artikel 1 (siehe BGBl. II 1969, Seite 597 ff.), daß die Schifffahrt auf dem Rhein den „Fahrzeugen aller Nationen zum Transport von Waren und Personen gestattet“ sei.

Das bedeutet, daß außer den in dieser Akte festgelegten Vorschriften der freien Schifffahrt keine Hindernisse entgegengesetzt werden dürfen. Diese Bestimmungen sind mit ihren wettbewerbsfördernden Regelungen nicht ohne Auswirkungen auf die Schifffahrt in den an den Rhein angrenzenden Wasserstraßengebieten geblieben, wie überhaupt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem gut ausgebauten Wasserstraßennetz die Nachbarstaaten geradezu einlädt, sich dieser Verkehrsmöglichkeit in großem Umfang zu bedienen.

Im Berichtsjahr wurden auf dem Rhein 185,8 Mill. t Güter transportiert, was einem Anteil von 84 % an dem von der Binnenschiffahrt insgesamt beförderten Gütervolumen entspricht (darunter 12,0 Mill. t im Durchgangsverkehr, das sind 99,8 % der in dieser Verkehrsbeziehung beförderten Gesamtgütermenge).

Tabelle 7: Güterverkehr nach Flaggen

Flagge	1984	1985	1985 gegenüber 1984	
	1 000 t		%	
Deutschland				
Bundesrepublik Deutschland	113 821	105 294	— 8 527	— 7,5
Deutsche Demokratische Republik	5 732	5 491	— 241	— 4,2
Niederlande	81 363	78 295	— 3 068	— 3,8
Schweiz	15 854	14 834	— 1 019	— 6,4
Belgien	10 415	10 203	— 212	— 2,0
Frankreich	3 669	3 233	— 437	— 11,9
Österreich	1 118	1 062	— 66	— 5,9
Tschechoslowakei	1 042	1 063	+ 21	+ 2,0
Polen	892	815	— 77	— 8,7
Übrige Flaggen	2 572	2 129	— 443	— 17,2
Insgesamt	236 478	222 408	— 14 070	— 5,9

Die Schiffe der Staaten der in Tabelle 7 aufgeführten Flaggen führten im Jahr 1985 den überwiegenden Teil — nämlich 99 % — aller Transporte (gemessen an der beförderten Gütermenge) aus. Von Bedeutung sind jedoch nur die Flotten der Rheinuferstaaten einschließlich Belgiens, die den größten Transportanteil — im Jahr 1985 waren es 95 % — auf sich vereinigen. In den weiteren Ausführungen soll daher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur auf die Beteiligung dieser Flotten eingegangen werden.

Aus den Angaben in Tabelle 7 folgt, daß von den Rheinanliegerstaaten Frankreich einen relativ erheblichen Transportverlust erlitten hat, daß aber die absolut größte — und auch relativ überproportionale — Beförderungseinbuße zu Lasten der Binnenflotte der Bundesrepublik Deutschland ging. Schiffe unter der Flagge der Niederlande mußten dagegen nur eine verhältnismäßig geringe — weil niedrigere als die prozentuale Minderung des Gesamtbeförderungsaufkommens — Reduzierung des Frachtvolumens hinnehmen. Gleiches gilt auch für die Transporte, die unter belgischer Flagge erfolgten. Lediglich für die tschechoslowakische Flagge konnte eine Zunahme der Transportmengen verzeichnet werden; es muß jedoch hinzugefügt werden, daß der Gesamtumfang dieser Beförderungsmengen zu niedrig ist (0,5 % des Gesamttransportvolumens), als daß diese Zunahme eine signifikante Verschiebung der Frachtanteile anzeigte.

In Tabelle 8 sind die Anteile der Flotten der Rheinuferstaaten (einschließlich Belgiens) an der Gesamtbeförderung auf den Binnenwasserstraßen der Bundesrepublik Deutschland aufgeführt. Im Berichtsjahr hat die Binnenflotte der Bundesrepublik weitere Beförderungsteile verloren. Seit 1970 ist ihr Transportanteil um 10 Prozentpunkte abgesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der niederländischen Flotte um 7,1 Prozentpunkte und der der Schweizer Flotte um 3,6 Prozentpunkte angewachsen. Die belgische und französische Flotte haben dagegen ebenfalls Beteiligungsrückgänge erlitten.

Tabelle 8: Gesamtbeförderung nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

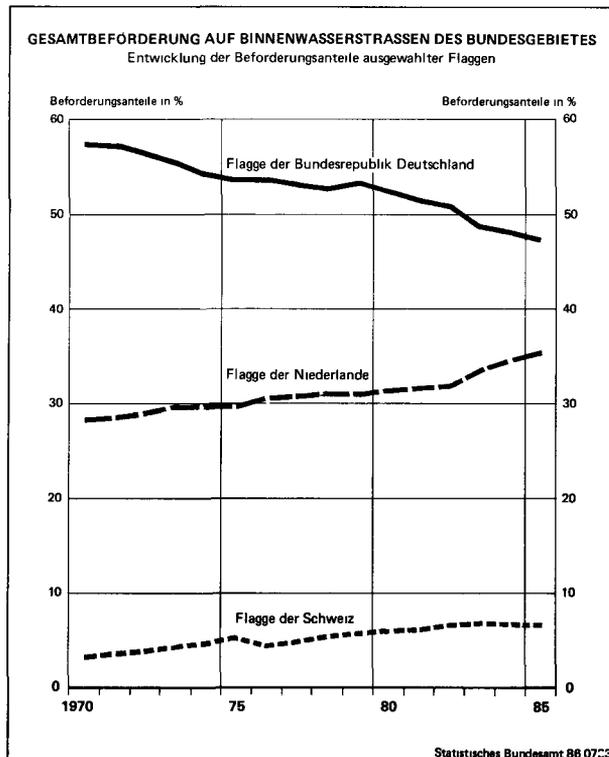
Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1985	1970	1980	1985
Bundesrepublik						
Deutschland	137 459	126 408	105 294	57,3	52,5	47,3
Belgien	12 543	10 096	10 203	5,2	4,2	4,6
Frankreich	7 209	5 562	3 233	3,0	2,3	1,5
Niederlande	67 376	74 850	78 295	28,1	31,1	35,2
Schweiz	7 532	13 387	14 834	3,1	5,6	6,7
Übrige Flaggen	7 882	10 683	10 549	3,3	4,4	4,7
Insgesamt	240 001	240 985	222 408	100	100	100

Die Untersuchung dieses Phänomens — des Rückgangs des Beförderungsteils der deutschen Binnenflotte — zeigt, daß es etwa ab 1970 einsetzte und sich seit diesem Zeitpunkt kontinuierlich fortsetzte. Ähnliches gilt — nur mit umgekehrten Vorzeichen — für die Flotten der Niederlande und der Schweiz: Deren Anteile wuchsen fast ebenso stetig. Dies spiegelt sich auch in den durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Beförderungsteile wider: Bundesrepublik Deutschland — 1,3 %, Niederlande + 1,5 % und Schweiz + 5,3 %.

Nicht in allen Verkehrsbeziehungen ist das relative Transportvolumen der Binnenschifffahrt der Bundesrepublik Deutschland so stark zurückgegangen, wie oben für den Gesamtverkehr dargelegt wurde.

Aus den Daten der Tabelle 9 folgt, daß beim Verkehr innerhalb des Bundesgebietes sich für die Flagge der Bundesrepublik keine wesentlichen Änderungen ergeben haben, wohl aber für einige am Kabotageverkehr beteiligte Flaggen. So ist die Beteiligung der französischen Flotte hieran

Schaubild 2



nahezu völlig erloschen, dagegen ist der Anteil der Schweizer Flotte erheblich gestiegen.

Tabelle 9: Verkehr innerhalb des Bundesgebietes nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Versand = Empfang

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1985	1970	1980	1985
Bundesrepublik						
Deutschland	90 918	73 443	56 238	88,8	89,7	88,3
Belgien	730	453	593	0,7	0,6	0,9
Frankreich	1 061	148	40	1,0	0,2	0,1
Niederlande	7 909	5 378	4 701	7,7	6,6	7,4
Schweiz	1 463	2 145	1 986	1,4	2,6	3,1
Übrige Flaggen	347	296	158	0,3	0,4	0,2
Insgesamt	102 428	81 863	63 715	100	100	100

Bemerkenswert ist die Ausweitung des grenzüberschreitenden Verkehrs, insbesondere beim Empfang. Die Schiffe der Bundesrepublik Deutschland beförderten 1985 in dieser Verkehrsbeziehung rund 4,1 Mill. t mehr Güter (+ 12 %) als 1970, trotzdem sank ihr Beförderungsteil von 45,3 % auf nunmehr 38,7 % (— 6,6 Prozentpunkte). Niederländische Schiffe transportierten im Berichtsjahr 13,8 Mill. t mehr Güter als 1970 in die Bundesrepublik (+ 46 %), ihre Transportbeteiligung stieg dadurch von 40,6 auf 45,2 % an; das waren + 4,6 Prozentpunkte. Schiffe unter Schweizer Flagge konnten beim Antransport der Güter aus dem Ausland ihren Anteil von 2,7 auf 6,9 % steigern, eine Zunahme um 4,2 Prozentpunkte. Die nähere Untersuchung der Entwicklung der Transportanteile fördert interessante Details zutage. In den Jahren 1970 bis 1978 änderte sich wenig an den Gegebenheiten. Mit dem Jahr 1979 setzte der ständige Rückgang des Anteils der Binnenflotte der Bundesrepublik Deutschland ein. Von einem Anteil von 45,1 % sank er auf 38,7 % ab. Gleichzeitig

Tabelle 10: Grenzüberschreitender Verkehr nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1985	1970	1980	1985
Empfang						
Bundesrepublik Deutschland	33 220	39 131	37 279	45,3	43,1	38,7
Belgien	4 614	4 600	4 785	6,3	5,1	5,0
Frankreich	1 653	1 817	1 389	2,3	2,0	1,4
Niederlande	29 795	37 768	43 549	40,6	41,6	45,2
Schweiz	1 960	4 813	6 678	2,7	5,3	6,9
Übrige Flaggen	2 088	2 607	2 564	2,8	2,9	2,7
Insgesamt	73 329	90 737	96 245	100	100	100
Versand						
Bundesrepublik Deutschland	10 678	10 889	10 060	22,0	22,2	22,6
Belgien	5 408	4 085	3 591	11,1	8,3	8,1
Frankreich	2 201	1 263	818	4,5	2,6	1,8
Niederlande	26 080	27 734	24 847	53,7	56,4	55,9
Schweiz	2 090	2 742	2 942	4,3	5,6	6,6
Übrige Flaggen	2 128	2 445	2 216	4,4	5,0	5,0
Insgesamt	48 584	49 158	44 474	100	100	100

nahm die Beförderungsbeteiligung der Schiffe unter niederländischer Flagge und unter der Flagge der Schweiz zu. Erstere weiteten ihren Anteil von 38,8 % kontinuierlich auf nunmehr 45,2 % aus, letztere vergrößerten ihn von 5,3 auf 6,9 %. Die jährlichen Veränderungsraten der Anteilswerte für den Zeitraum 1978 bis 1985 lauten: Bundesrepublik Deutschland — 2,2 %, Niederlande + 2,2 % und Schweiz + 3,8 % (die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten für den Zeitraum 1970 bis 1985 betragen: Bundesrepublik — 1,1 %, Niederlande + 0,7 %, Schweiz + 6,4 %).

Am Güterversand ins Ausland ist die Binnenschifffahrt der Bundesrepublik Deutschland — gemessen am Beförderungsvolumen — mit nicht ganz einem Viertel beteiligt. Trotz gewisser Schwankungen im Laufe der Jahre hat sich hieran wenig verändert. Dies gilt auch — mit entsprechen-

Tabelle 11: Durchgangsverkehr nach Flaggen der Rheinuferstaaten und Belgiens

Flagge	Transportmenge			Transportanteil		
	1 000 t			%		
	1970	1980	1985	1970	1980	1985
Bundesrepublik Deutschland	2 362	2 635	1 114	19,2	18,9	9,3
Belgien	1 791	958	1 232	14,6	6,9	10,3
Frankreich	2 294	2 335	986	18,7	16,7	8,2
Niederlande	3 593	3 961	5 188	29,2	28,4	43,2
Schweiz	2 018	3 686	3 228	16,4	26,4	26,9
Übrige Flaggen	227	377	259	1,8	2,7	2,2
Insgesamt	12 285	13 952	12 007	100	100	100

den Schwankungsbreiten — für die Beförderungsteile der niederländischen Flagge. Trotz einiger Rückschläge gelang es der schweizerischen Flagge, ihre Transportbeteiligung in dieser Verkehrsbeziehung ständig auszuweiten. Dagegen mußten die belgische wie auch die französische Flagge seit etwa 1978 erhebliche Beförderungseinbußen hinnehmen. Beliefen sich die Anteile im Jahr 1970 noch auf 11 und 4,5 %, so betragen sie 1985 nur noch 8,1 beziehungsweise 1,8 %.

Im Zeitraum 1970 bis 1980 schwankte der Beförderungsteil der Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik

Deutschland am Durchgangsverkehr zwischen 17 und 22 %. Danach ist die Beteiligung dieser Schiffe an der Güterdurchfuhr stark zurückgegangen und belief sich im Berichtsjahr auf nur 9,3 %. Auf die Binnenflotte der Niederlande entfielen in den Jahren 1970 bis 1982 Anteile, die zwischen 27 % und knapp 31 % schwankten. In den letzten drei Jahren hat dieser Anteil erheblich zugenommen: Nach einer Beteiligung von 36 % im Jahr 1983 und 37 % im Jahr 1984 beförderte diese Flotte im Berichtsjahr einen Anteil von nicht weniger als 43 %. Bis zum Vorjahr konnte die Schweizer Flagge ihren Transportanteil am Durchgangsverkehr ständig erweitern und erreichte schließlich rund 31 %. Im Berichtsjahr mußte diese Flotte jedoch eine herbe Beförderungseinbuße hinnehmen, denn der Transportanteil belief sich nur auf rund 27 %, was sicherlich auch auf die extremen Schifffahrtsbedingungen gegen Ende des Berichtsjahres zurückzuführen ist.

Abschließend bleibt festzustellen, daß in den vergangenen 16 Jahren die Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland beim Gütertransport auf den Binnenwasserstraßen zum Teil erhebliche Beförderungsverluste erlitten

Tabelle 12: Bestand an Binnenschiffen

Schiffsgattung	Einheit	Bestand am 31. 12.		1985 gegenüber 1984	
		1984	1985	Anzahl	%
Güterschiffe zusammen	Anzahl	3 222	3 143	- 79	- 2,5
	Trgf. t	3 295 467	3 276 622	- 18 845	- 0,6
Gütermotorschiffe	Anzahl	2 197	2 122	- 75	- 3,4
	Trgf. t	1 933 874	1 904 229	- 29 645	- 1,5
Schub-Gütermotorschiffe	kW	815 164	801 584	- 13 580	- 1,7
	Anzahl	63	64	+ 1	+ 1,6
Tankmotorschiffe ¹⁾	Trgf. t	98 191	103 788	+ 5 597	+ 5,7
	kW	52 637	54 905	+ 2 268	+ 4,3
Schub-Tankmotorschiffe	Anzahl	422	415	- 7	- 1,7
	Trgf. t	522 100	520 451	- 1 649	- 0,3
Güterschleppkähne	kW	223 684	222 166	- 1 518	- 0,7
	Anzahl	15	15	-	-
Tankschleppkähne ¹⁾	Trgf. t	25 393	25 393	-	-
	kW	15 670	15 725	+ 55	+ 0,4
Güterschleppkähne ²⁾	Anzahl	106	99	- 7	- 6,6
	Trgf. t	83 033	77 880	- 5 153	- 6,2
Tankschleppkähne ²⁾	Anzahl	29	29	-	-
	Trgf. t	11 925	11 589	- 336	- 2,8
Güterschleppkähne ²⁾	Anzahl	320	329	+ 9	+ 2,8
	Trgf. t	544 154	556 543	+ 12 389	+ 2,3
Tankschleppkähne ²⁾	Anzahl	36	37	+ 1	+ 2,8
	Trgf. t	49 697	51 086	+ 1 389	+ 2,8
Güter-Schleppkähne	Anzahl	34	33	- 1	- 2,9
	Trgf. t	27 100	25 663	- 1 437	- 5,3
Tank-Schleppkähne	Anzahl	-	-	-	-
	Trgf. t	-	-	-	-
Schlepper zusammen ³⁾	Anzahl	303	282	- 21	- 6,9
	kW	62 022	57 868	- 4 154	- 6,7
Schubboote zusammen	Anzahl	42	42	-	-
	kW	56 024	53 955	- 2 069	- 3,7
Schub-Schleppboote zusammen	Anzahl	59	65	+ 6	+ 10,2
	kW	20 151	21 196	+ 1 045	+ 5,2
Fahrgastschiffe zusammen	Anzahl	573	576	+ 3	+ 0,5
	Pers. Pl.	164 478	165 048	+ 570	+ 0,3
Schuten und Leichter zusammen	kW	108 132	109 908	+ 1 776	+ 1,6
	Anzahl	1 364	1 201	- 163	- 12,0
Trgf. t	Trgf. t	305 222	269 555	- 35 667	- 11,7

1) Ohne Bunkerboote. — 2) Ohne Trägerschiffsleichter; 1984: 116 Einheiten mit 85 279 t, 1985: 116 Einheiten mit 85 279 t. — 3) Einschl. Hafenschlepper; 1984: 110 Einheiten mit 18 964 kW, 1985: 104 Einheiten mit 17 906 kW.

haben, die insbesondere den Flotten unter den Flaggen der Niederlande und der Schweiz zugute gekommen sind.

Bestand an Binnenschiffen

Im Berichtsjahr gingen zwar sowohl die Anzahl als auch die Gesamttonnage der im Bundesgebiet beheimateten Binnenschiffe weiter zurück, aber die Abnahmen waren wesentlich geringer als im Vorjahr⁶⁾. Am 31. Dezember 1985 umfaßte die gesamte Güterschiffsflotte 3 143 Schiffseinheiten mit einer Gesamttragfähigkeit von 3,3 Mill. t.

Gegenüber 1984 ging diese Flotte um 79 Güterschiffseinheiten zurück (— 2,5 %), wobei jedoch die Transportkapazität kaum vermindert wurde (— 18 845 t oder — 0,6 %). Diese ungleichen Verringerungen führten, wie auch in der Vergangenheit, zur Vergrößerung der durchschnittlichen Ladefähigkeit je Schiff von 1 023 t zu Beginn des Berichtsjahres auf 1 043 t am Jahresende.

pazität der Schleppkähne vermindert, sie sank von 827 auf 699 t (— 15 %).

Bei den Bestandsveränderungen des Güterschiffsbestandes fällt auf, daß die wenigen Zunahmen samt und sonders bei den Schubeinheiten eintraten, wobei der Güterschubleichter-Bestand ansehnlich erweitert wurde.

Dr. Manfred Woelke

Tabelle 13: Bestand ausgewählter Binnenschiffsgattungen am 31. Dezember 1985

Tragfähigkeit von ... bis Tonnen	Insgesamt			Darunter Tankschiffe		
	Anzahl	Tragfähigkeit in Tonnen	kW	Anzahl	Tragfähigkeit in Tonnen	kW
Güterschiffe mit eigenem Antrieb¹⁾						
249	122	18 029	10 980	1	182	125
250— 399	214	70 032	34 794	2	782	390
400— 649	330	172 912	80 153	12	6 456	3 790
650— 999	755	622 610	269 789	77	67 371	31 273
1 000—1 499	899	1 104 034	470 358	251	312 904	133 657
1 500—2 999	291	551 128	222 779	85	152 081	66 509
3 000 und mehr	5	15 116	5 527	2	6 068	2 147
Insgesamt ...	2 616	2 553 861	1 094 380	430	545 844	237 891
Schubleichter²⁾						
249	23	4 192	x	—	—	x
250— 399	24	7 879	x	—	—	x
400— 649	64	29 481	x	11	4 929	x
650— 999	20	16 070	x	1	855	x
1 000—1 499	28	36 708	x	7	8 947	x
1 500—2 999	240	538 962	x	18	36 355	x
Insgesamt ...	399	633 292	x	37	51 086	x

¹⁾ Gütermotorschiffe, Schub-Gütermotorschiffe, Tankmotorschiffe (ohne Bunkerboote) und Schub-Tankmotorschiffe. — ²⁾ Güterschubleichter, Güter-Schub-Schleppkähne, Tankschubleichter und Tank-Schub-Schleppkähne, ohne 116 Trägerschiffslechter mit 85 279 t.

Die Tragfähigkeit der Schiffe hat ständig und kontinuierlich zugenommen: 1970 hatten Gütermotorschiffe im Durchschnitt eine Tragfähigkeit von 638 t und Tankmotorschiffe von 819 t. Im Berichtsjahr hatten diese Schiffsgattungen eine mittlere Größe von 919 bzw. 1 269 t Tragfähigkeit, was Zunahmen um 44 beziehungsweise 55 % entspricht. Auch das mittlere Ladevolumen der Schubleichter wurde im betrachteten Zeitraum vergrößert. Es stieg von 1 415 auf 1 587 t an (+ 12 %). Dagegen wurde die mittlere Ladeka-

⁶⁾ Die hier dargestellten Ergebnisse über den Schiffsbestand — er bezieht sich auf die in der Bundesrepublik Deutschland registrierten Schiffe — sind mit der in der Unternehmensstatistik (siehe WiSta 4/1986, S. 295) erfaßten Flotte nur bedingt vergleichbar. Die in der Unternehmensstatistik erfaßten Schiffe schließen im Gegensatz zur Bestandsstatistik Einheiten ein, die von den im Bundesgebiet ansässigen Unternehmen aus dem Ausland angemietet waren. Die ins Ausland vermieteten Schiffe der befragten Unternehmen waren dementsprechend ausgeschlossen. Die Angaben der Unternehmensstatistik gehen über die der Bestandsstatistik auch insoweit hinaus, als sie die Seeschiffe enthalten, die zu Beförderungen im Binnenverkehr verwendet wurden. Die auf der Grundlage des Binnenschiffsregisters erstellte Bestandsstatistik enthält dagegen auch solche Einheiten, die als Hafenschiffe eingesetzt waren. Schließlich kommt hinzu, daß die Binnenschiffsbestandsstatistik den Bestand am Jahresende, die Unternehmensstatistik die eingesetzten Schiffe am 30. Juni eines jeden Jahres nachweist

Pressestatistik 1984

Mit den Zahlen für das Berichtsjahr 1984 liegen die Ergebnisse der zehnten Erhebung der im Jahresturnus durchzuführenden amtlichen Pressestatistik vor¹⁾. Dieser Beitrag enthält auch die wichtigsten Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik im Pressewesen, die auf freiwilliger Basis alle zwei Jahre durchgeführt wird und eine Ergänzung der jährlichen Statistik darstellt.

Die amtliche Pressestatistik ist mittlerweile zu einer wesentlichen Quelle für Zahlen über das Pressewesen in der Bundesrepublik Deutschland geworden, die auch in Fachkreisen allgemeine Beachtung findet. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Unternehmensdaten, die neben dem publizistischen auch den wirtschaftlichen Aspekt der Presse in Zahlen abbilden. Daneben gibt es eine Vielzahl von Objektdaten, die in dieser ausführlichen Gliederung bei keiner anderen Erfassung anfallen.

Auskunftspflichtig im Rahmen der amtlichen Pressestatistik sind alle Unternehmen, die am 31. Dezember des jeweiligen Berichtsjahres Zeitungen oder Zeitschriften verlegten, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt dieser Unternehmen. Am 31. Dezember 1984 umfaßte der Kreis der Auskunftspflichtigen 2 567 Unternehmen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Struktur der an den jährlichen Erhebungen der Pressestatistik beteiligten Unternehmen seit 1978. Dabei zeigt sich, daß trotz beträchtlicher Fluktuationen die Anteile der einzelnen Unternehmensarten an der Gesamtheit doch relativ konstant geblieben sind.

Der inzwischen hohe Vollständigkeitsgrad der Statistik und die Qualität ihrer Ergebnisse sind das Resultat eines intensiven Dialogs mit dem Fachpublikum. Vor allem aus dem Kreis der Fachverbände kamen immer wieder Anregungen, die bei der kontinuierlichen Arbeit an der qualitativen Verbesserung der Statistik entscheidende Anstöße gaben.

Tabelle 2 zeigt im Überblick die Entwicklung der wichtigsten Unternehmens- und Objektdaten seit 1978.

¹⁾ Rechtsgrundlage ist das Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777).

Tabelle 2: Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen

Jahr	Unternehmen am 31. 12.	Beschäftigte	Umsatz ¹⁾	Ausgewählte Kosten ²⁾	Verlegte	
					Zeitungen	Zeitschriften
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl			
1978	2 321	212 273	21 290	12 054	1 198	5 268
1979	2 386	219 684	23 452	12 968	1 217	6 042
1980	2 417	227 538	24 320	13 803	1 222	6 243
1981	2 493	219 169	25 608	14 834	1 216	6 486
1982	2 511	220 642	26 665	15 188	1 219	6 572
1983	2 562	226 336	28 207	15 722	1 226	6 702
1984	2 567	231 171	29 735	16 423	1 248	6 817

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ²⁾ Personalkosten, Verbrauch von Druckpapier sowie Fremdleistungen der technischen Herstellung für eigene Zeitungen oder Zeitschriften, Zustellkosten

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Pressestatistik dargestellt. Einen vertieften Einblick bietet die in Kürze erscheinende ausführliche Veröffentlichung²⁾.

Unternehmen

Neben ihrer zentralen Rolle in der Medienlandschaft ist die Presse auch als Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung. Diesen Aspekt des Pressewesens beleuchten die nachfolgenden unternehmensspezifischen Daten.

Von den 2 567 Unternehmen, die 1984 im Rahmen der Pressestatistik erfaßt wurden, hatten 2 108 oder 82 % ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Verlagsgewerbe, das heißt, sie erzielten jeweils mehr als die Hälfte ihres Umsatzes durch verlegerische Tätigkeit (siehe Tabelle 1). Die 459 Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Verlagsgewerbes waren zu 68 % Druckereien.

Innerhalb des Verlagsgewerbes wurden 307 Zeitungs- und 1 445 Zeitschriftenverlage gezählt. 356 Unternehmen waren der Gruppe der „Sonstigen Verlage“ zuzuordnen, da sie den überwiegenden Teil ihres Umsatzes nicht mit dem Verlegen von Zeitungen oder Zeitschriften, sondern mit der Herausgabe anderer Verlagszeugnisse wie Bücher, Kataloge, Prospekte und dergleichen erzielten.

Die Unternehmen, die im Rahmen der Pressestatistik 1984 befragt wurden, erzielten einen Gesamtumsatz³⁾ von 29,7 Mrd. DM. Davon entfielen 26,2 Mrd. DM auf Unterneh-

²⁾ Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 5, „Presse 1984“.

³⁾ Umsatz jeweils ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Tabelle 1: Unternehmensstruktur im Pressewesen¹⁾

Jahr	Unternehmen insgesamt		Verlage					Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes		
			zusammen	Zeitungsverlage		Zeitschriftenverlage		Sonstige Verlage	zusammen	darunter Druckereien
	zusammen	darunter reine Zeitungsverlage		zusammen	darunter reine Zeitschriftenverlage	zwei				
Anzahl		%								
1978	2 321	100	81,0	13,3	4,0	52,9	31,2	14,8	19,0	13,8
1979	2 386	100	81,4	12,9	3,9	53,6	32,4	15,0	18,6	13,6
1980	2 417	100	81,3	12,8	3,8	54,3	33,0	14,2	18,7	13,3
1981	2 493	100	81,9	12,5	3,5	55,6	34,4	13,9	18,1	12,5
1982	2 511	100	81,7	12,3	3,3	55,2	33,1	14,3	18,3	12,5
1983	2 562	100	82,0	12,1	3,5	56,3	33,6	13,5	18,0	12,2
1984	2 567	100	82,1	12,0	3,4	56,3	33,8	13,9	17,9	12,2

¹⁾ Die Zuordnung erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, gemessen am Umsatz.

Schaubild 1

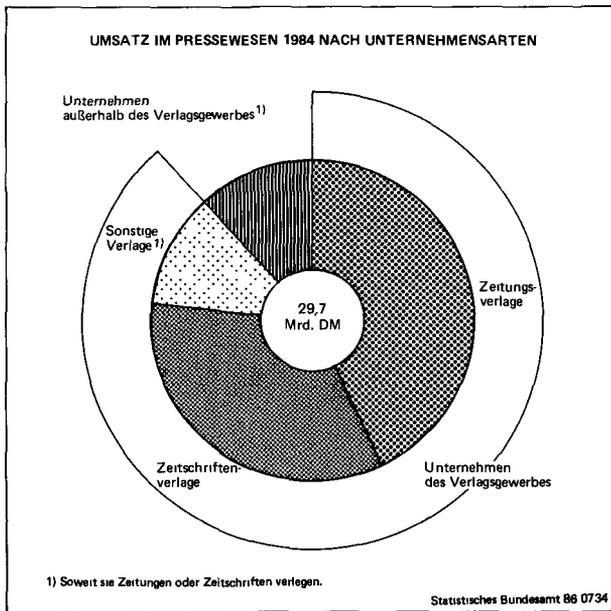


Tabelle 3: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und ausgewählte Kosten im Pressewesen 1984

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Unternehmen des Verlagsgewerbes ¹⁾				Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes ¹⁾
		insgesamt	Zeitungsverlage	Zeitschriftenverlage	sonstige Verlage	
Unternehmen am 31. 12.	Anzahl	2 108	307	1 445	356	459
mit eigener Druckerei	Anzahl	413	209	154	50	—
ohne eigene Druckerei	Anzahl	1 695	98	1 291	306	—
Verlegte Zeitungen (Hauptausgaben) am 31. 12.	Anzahl	333	330	1	2	25
Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Anzahl	6 117	358	4 389	1 370	700
Beschäftigte am 31. 12.	Anzahl	206 032	132 027	58 101	15 904	25 139
dar: in der Redaktion	Anzahl	24 809	14 118	9 037	1 654	813
Umsatz ²⁾ insgesamt	Mill. DM	26 242	12 699	10 123	3 420	3 492
darunter:						
aus Vertrieb	Mill. DM	10 969	3 994	4 360	2 615	295
Anzeigen	Mill. DM	11 990	6 923	4 604	464	225
Ausgewählte Kosten						
Löhne und Gehälter ³⁾	Mill. DM	6 067	3 556	1 867	644	874
Sozialkosten	Mill. DM	1 327	806	381	140	165
Kosten für die Zustellung ⁴⁾	Mill. DM	1 608	926	622	60	45
Verbrauch von Druckpapier	Mill. DM	3 030	1 630	1 246	154	529
dar: für die eigenen Zeitungen/Zeitschriften	Mill. DM	2 383	1 303	1 047	33	81
Fremdleistungen der technischen Herstellung ⁵⁾	Mill. DM	3 820	1 284	2 323	214	73

1) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Ohne Löhne für Zusteller. — 4) Einschl. Löhne für Zusteller im Arbeitnehmerverhältnis. — 5) Nur für eigene Zeitungen oder Zeitschriften.

men des Verlagsgewerbes, und zwar 48,4 % auf Zeitungs- und 38,6 % auf Zeitschriftenverlage. Der Rest in Höhe von 3,4 Mrd. DM wurde von den „Sonstigen Verlagen“ umgesetzt.

Hauptquellen des Verlagsumsatzes waren der Vertriebs- erlös aus Presseerzeugnissen und das Anzeigengeschäft. Hieraus kamen zusammen 87 % des Umsatzes der Verlagsunternehmen, darunter allein 46 % aus dem Anzeigengeschäft. Hinsichtlich der Umsatzstruktur waren beträchtliche Unterschiede bei den verschiedenen Unternehmensarten zu verzeichnen. Zeitungsverlage erzielten 55 % ihres Umsatzes im Anzeigengeschäft und 32 % durch den Vertrieb von Verlagserzeugnissen (bei reinen Zeitungsverlagen betragen die entsprechenden Anteilswerte sogar 67 bzw. 30 %). In den Zeitschriftenverlagen kamen dagegen 46 % aus dem Anzeigengeschäft und 43 % aus dem Vertrieb von Verlagserzeugnissen. Bei den Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes war der Anteil dieser beiden Umsatzarten mit 15 % des Gesamtumsatzes verständlicherweise nur gering.

Insgesamt wurden 1984 bei den Unternehmen des Verlagsgewerbes rund 206 000 Beschäftigte gezählt, das waren 89 % aller von der Pressestatistik erfaßten Personen. Mit der inhaltlichen Ausgestaltung von Zeitungen und Zeit-

schriften waren fast 25 000 Redaktionsangehörige, darunter etwa 15 000 Redakteure und 1 500 Volontäre, befaßt. Für die technische Herstellung waren in den Verlagsunternehmen insgesamt etwa 36 000 Personen zuständig. Den größten Teil des Personals stellten die 77 000 Beschäftigten, die als Zusteller vorwiegend in Teilzeitarbeit dafür sorgten, daß die Zeitungen und Zeitschriften rechtzeitig in den Briefkästen der Leser steckten.

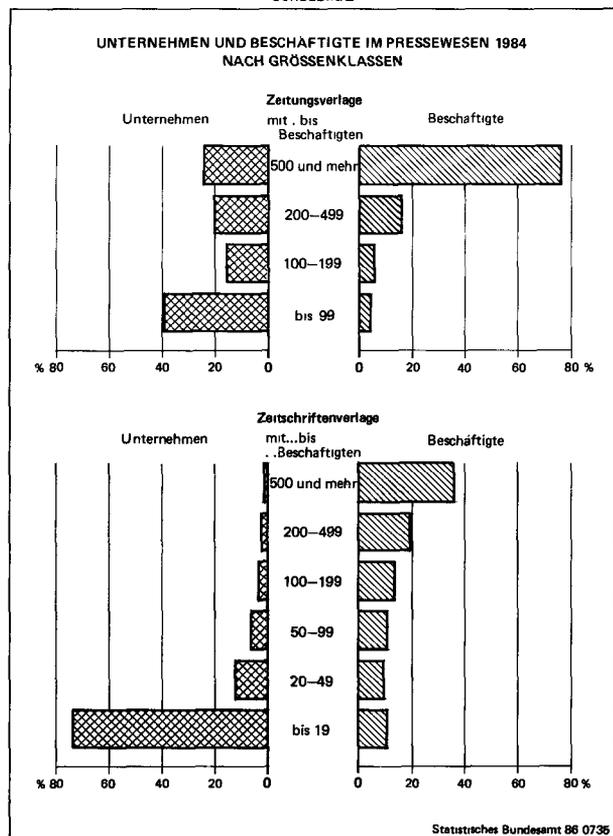
Von den Beschäftigten des Verlagsgewerbes arbeiteten allein 64 % bei den Zeitungsverlagen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Verlage jedoch nur 15 % betrug. Der Grund für diese Kumulation ist die Herstellungs- und Vertriebsweise von Zeitungen, die in aller Regel einen höheren Personaleinsatz erfordert als die Produktion und Ver-

Tabelle 4: Unternehmen und Umsatz 1984 nach Umsatzarten

Unternehmensart	Unternehmen am 31. 12.	Umsatz ¹⁾								
		insgesamt	aus Vertrieb von			aus Anzeigen in			aus Druckerei	sonstiger
			eigenen Zeitungen	eigenen Zeitschriften	sonstigen eigenen Verlags-erzeugnissen	eigenen Zeitungen	eigenen Zeitschriften	sonstigen eigenen Verlags-erzeugnissen		
	Anzahl	Mill. DM	%							
Zeitungsverlage	307	12 699	27,4	3,0	1,0	50,3	4,0	0,2	10,4	3,6
Zeitschriftenverlage	1 445	10 123	0,0	37,5	5,6	0,0	44,6	0,8	6,8	4,7
Sonstige Verlage ²⁾	356	3 420	0,2	11,1	65,2	0,3	5,7	7,6	3,5	6,5
Zusammen	2 108	26 242	13,3	17,4	11,1	24,4	19,9	1,4	8,1	4,4
Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes ²⁾	459	3 492	1,6	4,0	2,8	2,7	3,4	0,3	52,1	33,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — 2) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Schaubild 2



breitung von Zeitschriften. Redaktionen von Zeitungen, die überwiegend täglich erscheinen und auf möglichst aktuelle Berichterstattung angewiesen sind, müssen personell besser ausgestattet sein als Zeitschriftenredaktionen. Daher waren auch 57 % aller Redaktionsangehörigen in Redaktionen von Zeitungsverlagen tätig, obwohl mehr als fünfmal so viele Zeitschriften wie Zeitungen hergestellt wurden. Zeitungen haben ferner ein personalintensiveres Vertriebssystem als Zeitschriften, die überwiegend per Post zugestellt werden. Fast 77 % aller Zusteller von Verlagen waren bei Zeitungsverlagen tätig. Sie stellten dort mit 45 % des gesamten Personals die stärkste Berufsgruppe.

68 % aller Zeitungsverlage hatten eine eigene Druckerei. Dieser Produktionsbereich erfordert einen relativ hohen Einsatz an technischem Personal. Im Durchschnitt waren in diesen Unternehmen etwa 27 % des gesamten Personals mit der technischen Herstellung von Presseerzeugnissen betraut. Bei Zeitungsverlagen ohne eigene Druckerei betrug der entsprechende Personalanteil dagegen nur 3 %.

Unter den Zeitungsverlagen konnten 61 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 Mill. DM und mehr (rund 20 % der Zeitungsverlage) über 76 % des Umsatzes auf sich vereinigen. In diesen Unternehmen hatten über 86 000 Personen einen Arbeitsplatz, das waren 66 % aller Beschäftigten. Demgegenüber ist die Gruppe der Zeitschriftenverlage durch eine Vielzahl kleiner Unternehmen mit wenigen Beschäftigten gekennzeichnet. Zwar erzielten auch hier 24 Verlage (1,7 %) mit einem Jahresumsatz von 50 Mill. DM und mehr über die Hälfte des gesamten Umsatzes und boten knapp einem Drittel der Beschäftigten dieser Branche Arbeit. Am anderen Ende der Skala be-

schäftigten aber 74 % aller Zeitschriftenverlage weniger als 20 Personen (bei den Zeitungsverlagen betrug der entsprechende Anteil nur etwa 10 %).

Das Bild der wirtschaftlichen Lage der Presse wird vervollständigt durch die Zahlen über die Kosten der Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen. Die von der jährlichen Pressestatistik erfaßten ausgewählten Kostenpositionen umfassen je nach Unternehmensart bis zu 70 % der gesamten Kosten.

Mit 7,4 Mrd. DM stellten die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Sie setzten sich aus einer Lohn- und Gehaltssumme in Höhe von 6,1 Mrd. DM sowie aus gesetzlich und tariflich vereinbarten bzw. freiwilligen Sozialleistungen in Höhe von 1,3 Mrd. DM zusammen. Bei den Zeitungsverlagen betrug der Anteil der Personalkosten am Gesamtumsatz 34 %, bei den Zeitschriftenverlagen dagegen nur 22 %. Dafür mußten Zeitschriftenverlage 23 % ihres Umsatzes für Fremdleistungen der technischen Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften, in der Hauptsache Druckkosten, aufbringen. Bei den Zeitungsverlagen lag dieser Anteil bei nur 10 %.

Neben den Personalkosten spielten die Kosten für den Verbrauch von Druckpapier (rund 3 Mrd. DM) sowie Zustellkosten in Höhe von 1,6 Mrd. DM eine wichtige Rolle (siehe Tabelle 3). Einen Überblick über das gesamte Kostengefüge gibt der letzte Abschnitt dieses Beitrags.

Zeitungen

Als Zeitungen im Sinne der Pressestatistik gelten alle periodischen Veröffentlichungen, die in ihrem redaktionellen Teil der kontinuierlichen, aktuellen und universellen Nachrichtenübermittlung dienen und im allgemeinen mindestens zweimal wöchentlich erscheinen.

Die publizistische Vielfalt auf dem Zeitungsmarkt manifestierte sich 1984 in 1 248 Zeitungen, bestehend aus 358 Haupt- und 890 Nebenausgaben. Nebenausgaben

Tabelle 5: Verlegte Zeitungen, verkaufte Auflage und Zeitungsumsatz 1984

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Zeitungen insgesamt	Abonnementzeitungen		Straßenverkaufszeitungen	
			zusammen	darunter 5 x wöchentlich und mehr	zusammen	darunter 5 x wöchentlich und mehr
Verlegte Zeitungen am 31. 12.	Anzahl	1 248	1 199	1 160	49	43
Hauptausgaben ...	Anzahl	358	342	308	16	13
Nebenausgaben ...	Anzahl	890	857	852	33	30
Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe ¹⁾ ...	1 000	25 619	16 020	14 357	9 599	6 885
Abonnement ...	1 000	14 618	14 475	13 089	143	79
Einzelverkauf ...	1 000	11 001	1 545	1 268	9 456	6 806
Zeitungsumsatz ²⁾ ...	Mill. DM	10 037	8 716	8 579	1 321	1 018
aus Vertrieb ...	Mill. DM	3 547	2 873	2 795	674	539
Anzeigen ...	Mill. DM	6 490	5 842	5 784	648	479

¹⁾ Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr. — ²⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

sind Bezirks-, Lokal- oder Stadtteilausgaben, die sich bei weitgehend gleichem Zeitungsmantel oft unter eigenem Titel von den zugehörigen Hauptausgaben vor allem in den Lokal- und Anzeigenteilen unterscheiden.

Die gegenüber 1983 um 22 gestiegene Anzahl von Blättern ist allein auf die gestiegene Anzahl von Nebenausgaben zurückzuführen. Während 1984 23 Nebenausgaben mehr als im Vorjahr gezählt wurden, erschien im gleichen Jahr eine Hauptausgabe weniger. Die seit 1975 ständig sinkende Anzahl von Hauptausgaben betrifft vor allem Blätter mit einer Auflage von weniger als 25 000 Exemplaren, während die Zahl von Zeitungen mit höherer Auflage sogar leicht gestiegen ist (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Verlegte Zeitungen (Hauptausgaben) nach Auflagen-größenklassen

Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe von ... bis unter ... Exemplare	Verlegte Zeitungen					
	1975	1977	1979	1981	1983	1984
unter 25 000	242	237	231	225	218	216
25 000—125 000	86	86	88	90	92	92
125 000 und mehr ...	47	49	51	50	49	50
insgesamt ...	375	372	370	365	359	358

Nach der Vertriebsform lassen sich Abonnement- und Straßenverkaufszeitungen unterscheiden. Mit 342 von 358 Blättern wurde der größte Teil der Zeitungen im Abonnement verkauft. 16 Zeitungen, darunter vier für die ausländischen Mitbürger, waren der Gruppe der Straßenverkaufszeitungen zuzuordnen. Sie fanden ihren Weg zum Leser in der Hauptsache über die Ladentheke, den Zeitungskiosk oder über sogenannte „stumme Verkäufer“.

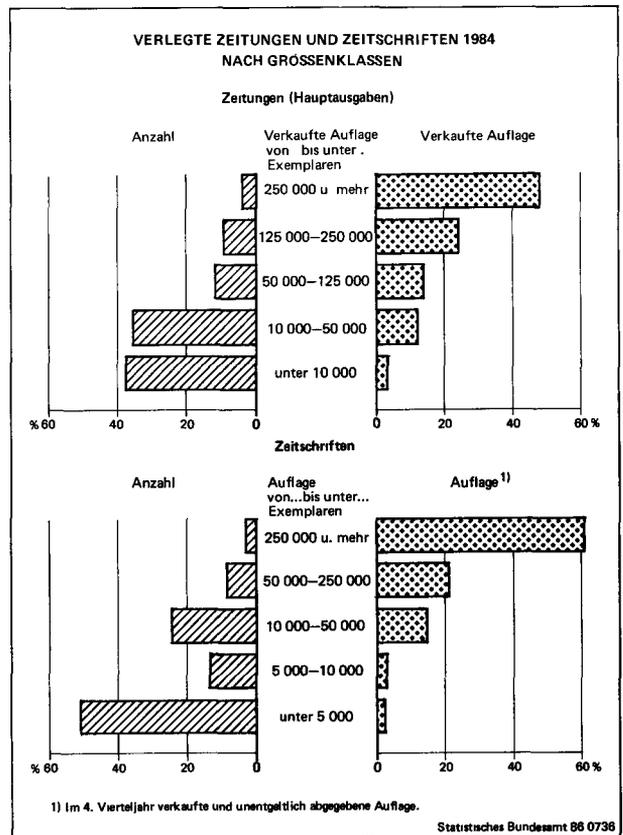
321 von 358 Zeitungen (Hauptausgaben) erschienen an mindestens fünf Tagen pro Woche. 28 Zeitungen wurden an zwei, drei oder vier Tagen in der Woche herausgegeben. Die neun Zeitungen, die nur einmal wöchentlich auf den Markt kamen, waren zum überwiegenden Teil Sonntagsausgaben von Tageszeitungen, aber auch überregionale Wochenzeitungen⁴⁾.

Die Auflagezahlen der Zeitungen beziehen sich auf die Gesamtausgabe. Die Auflage der Gesamtausgabe setzt sich aus der Auflage der Hauptausgabe und den Auflagen der zugehörigen Nebenausgaben zusammen. Im vierten Vierteljahr 1984 erreichten je Erscheinungstag im Durchschnitt 25,6 Mill. Zeitungen ihre Leser. 14,6 Mill. Exemplare wurden über Abonnements und 11 Mill. im Einzelverkauf abgesetzt. Die Verringerung der durchschnittlichen Auflage gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 215 000 ist vor allem auf den Rückgang des Einzelverkaufs um 203 000 Exemplare zurückzuführen. 1984 ist auch der Abonnementverkauf gegenüber dem Vorjahr gesunken, und zwar um rund 12 000 Exemplare.

15 Zeitungen (Hauptausgaben) mit einer verkauften Auflage von jeweils mehr als 250 000 Exemplaren — das sind 4,2 % aller Zeitungen — konnten allein knapp 48 % der Verkaufsaufgabe von Zeitungen auf sich vereinigen. Dagegen erreichten 136 Blätter (38 %) mit einer Auflage von weniger als 10 000 Exemplaren nur knapp 3 % der gesamten Verkaufsaufgabe (siehe Schaubild 3).

⁴⁾ Siehe Tabelle S. 324*.

Schaubild 3



Mit der Herausgabe von Zeitungen, die in der überwiegenden Mehrheit auch über das lokale Geschehen berichteten, wurden 1984 insgesamt Umsätze von mehr als 10 Mrd. DM erzielt. Sie resultierten zu knapp zwei Dritteln aus der Veröffentlichung von Anzeigen und zu reichlich einem Drittel aus den Verkaufserlösen.

Zeitschriften

Mit 6 817 Titeln zeigte der Zeitschriftenmarkt auch 1984 ein breites publizistisches Informationsangebot, das mit einer durchschnittlichen Gesamtauflage von 261 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag verbreitet wurde. Gezählt wurden dabei alle periodischen Druckwerke mit kontinuierlicher Stoffdarbietung, die mit der Absicht eines zeitlich unbegrenzten Erscheinens mindestens viermal jährlich erscheinen und keine Zeitungen sind. Unberücksichtigt blieben dagegen alle zeitschriftenähnlichen Druckwerke wie Partworks, Loseblattsammlungen und dergleichen mehr.

Tabelle 7: Anzahl und Auflage der Zeitschriften 1983 und 1984

Erfassungszeitraum (Stichtag)	Zeitschriften insgesamt	Auflage im 4. Vierteljahr		
		insgesamt	verkauft	unentgeltlich abgegeben
	Anzahl	1 000		
Zeitschriften am 31. 12. 1983	6 702	260 158	153 657	106 501
Im Verlauf des Jahres 1984 eingestellte Zeitschriften	263	6 870	2 142	4 728
Für das Berichtsjahr 1984 erstmals erfaßte Zeitschriften	378	7 818	2 110	5 708
Zeitschriften am 31. 12. 1984 ...	6 817	261 106	153 625	107 481

Während 1984 263 Titel mit einer durchschnittlichen Auflage von 6,8 Mill. Exemplaren im Verlauf des Berichtsjahres ihr Erscheinen einstellten, wurden im gleichen Zeitraum 378 Zeitschriften neu erfaßt, die im vierten Vierteljahr zusammen eine durchschnittliche Auflage von 7,8 Mill. Exemplaren verbreiteten. Damit stieg die Zahl der Zeitschriften gegenüber dem Vorjahr um 115 Titel; die Auflage erhöhte sich um nicht ganz eine Million Exemplare.

Würde man die Seiten eines vollständigen Jahrganges aller Zeitschriften des Jahres 1984 binden, so entstände ein Druckwerk mit über 5 Mill. Seiten. Dieses würde den Lesestoff aller Zeitschriften des Jahres 1984 enthalten. Dabei käme auf fünf gedruckte Seiten eine Anzeigenseite. Diese nahezu unvorstellbare Menge von Zeitschriftenartikeln, Bildern und Werbeanzeigen wurde in über 7 Mrd. Heften auf mehr als 410 Mrd. Druckseiten verbreitet. Die dominierende Form des Zeitschriftenvertriebs bleibt das Abonnement. Rund 35 % der im vierten Vierteljahr verbreiteten Auflage wurden im Abonnement und 24 % im Einzelverkauf abgesetzt. Mit 107 Mill. Exemplaren oder 41 % der verbreiteten Auflage wurde ein nicht unbedeutender Teil der Zeitschriften unentgeltlich abgegeben. Dazu gehörten neben den kostenlos verteilten kommunalen Amtsblättern und fast allen Kundenzeitschriften auch 732 Anzeigenblätter, die in 1 203 Ausgaben mit einer durchschnittlichen Auflage von 42 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag verbreitet wurden⁵⁾.

Gemessen an der verbreiteten Auflage waren die Publikumszeitschriften die am stärksten vertretene Zeitschriftenart. Die 1 364 Titel wurden im vierten Vierteljahr 1984 durchschnittlich knapp 98 Mill. mal pro Erscheinungstag verkauft. Weitere 7 Mill. Exemplare wurden unentgeltlich verteilt. 60 % der verkauften Auflage gelangten über den Einzelverkauf an den Leser. Die 2 883 Fachzeitschriften (davon 1 268 Titel mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt) erschienen mit einer durchschnittlichen Auflage von 49 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. Hiervon wurden nur 1,3 Mill. Exemplare im Einzelverkauf abgesetzt. 83 % der Auflage erreichten die Abonnenten von Fachzeitschriften; von den rund 41 000 Abonnentenexemplaren je Erscheinungstag wurden rund 94 % mit der Post zugestellt.

⁵⁾ Siehe dazu auch Taubert, W „Anzeigenblätter 1982“ in WiSta 9/1984, S 789f.

Tabelle 9: Verlegte Zeitschriften, Auflage und Zeitschriftenumsatz 1984

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Zeitschriften insgesamt	Darunter		
			Publikumszeitschriften	Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	anderem
Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Anzahl	6 817	1 364	1 268	1 615
mit lokaler/regionaler Verbreitung	Anzahl	2 779	335	46	236
mit überregionaler Verbreitung	Anzahl	4 038	1 029	1 222	1 379
Verkaufte Auflage ¹⁾	1 000	153 625	97 609	5 661	36 266
Abonnement	1 000	92 158	38 631	5 275	35 346
Einzelverkauf	1 000	61 467	58 978	386	920
Unentgeltlich abgegebene Auflage ¹⁾	1 000	107 481	7 264	2 622	4 695
Zeitschriftenumsatz ²⁾	Mill. DM	10 027	5 648	777	1 518
aus Vertrieb	Mill. DM	4 679	3 198	402	570
Anzeigen	Mill. DM	5 348	2 450	375	949

¹⁾ Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr. — ²⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Mit dem Verlegen von Zeitschriften wurden 1984 Umsätze in Höhe von 10 Mrd. DM erzielt. Allein 53 % gingen im Durchschnitt auf das Anzeigengeschäft zurück. Zu berücksichtigen ist dabei, daß es größere Abweichungen von diesem Durchschnitt gibt. So stellt beispielsweise bei den Anzeigenblättern das Anzeigengeschäft die einzige Umsatzquelle dar, während etwa die Umsätze von konfessionellen Zeitschriften nur zu etwas mehr als 10 % von der Veröffentlichung von Inseraten abhängen.

Die Umsätze aus dem Zeitschriftengeschäft waren sehr ungleich über die 6 817 Titel verteilt. 187 Titel (2,7 % aller Zeitschriften) mit einer durchschnittlichen Auflage von 250 000 und mehr Exemplaren je Erscheinungstag konnten allein 52 % des Zeitschriftenumsatzes auf sich vereinigen. Am anderen Ende der Skala erzielten 27 % aller erfaßten Zeitschriften mit einer Auflage von weniger als 1 500 Exemplaren je Erscheinungstag und Titel zusammen nur 2 % des gesamten Zeitschriftenumsatzes.

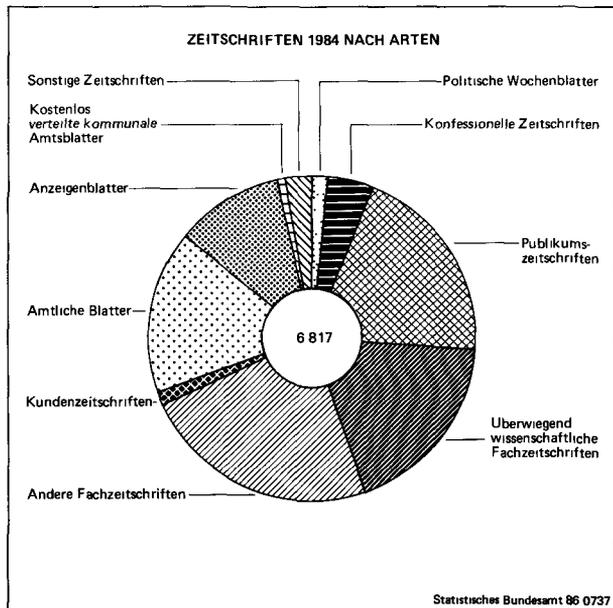
1 553 von 6 817 Zeitschriften bezeichneten sich als Organ eines Verbandes oder einer Körperschaft. Der Anteil der Verbandszeitschriften schwankte je nach Zeitschriftenart zwischen 3 und 42 %. Der höchste Anteil von Verbands-

Tabelle 8: Verlegte Zeitschriften, Auflage, Umfang des Jahrgangs und Seitenzahl der Jahresauflage 1984

Art der Zeitschrift	Verlegte Zeitschriften am 31. 12.	Auflage ¹⁾ (Jahresdurchschnitt)	Umfang des Jahrgangs			Seitenzahl der Jahresauflage	Exemplare pro Jahr ²⁾
			insgesamt	Text-	Anzeigen-		
	Anzahl	Mill.	1 000			Mill.	
Zeitschriften insgesamt	6 817	259	5 162	3 805	1 357	410 834	7 091,7
darunter:							
Politische Wochenblätter	109	2	111	70	41	11 588	93,7
Konfessionelle Zeitschriften	313	9	138	126	11	5 598	225,2
Publikumszeitschriften	1 364	105	1 409	1 176	233	302 375	3 093,7
dar: Illustrierte, Magazine, Programmzeitschriften	176	40	266	186	80	177 350	1 737,6
Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	1 268	8	952	812	140	9 882	145,9
Andere Fachzeitschriften	1 615	40	1 149	810	338	19 822	479,6
Kundenzeitschriften	87	38	20	16	4	9 760	468,0
Zeitschriften der Verbände usw.	1 553	53	879	642	238	29 478	615,0

¹⁾ Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage pro Erscheinungstag. — ²⁾ Auflage (Jahresdurchschnitt) × Anzahl der Erscheinungstage

Schaubild 4



die zweijährliche Kostenstrukturerhebung statt. Hier gaben 1 067 von 2 567 Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegten, freiwillig Auskunft über Kosten, Lagerbestände, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Umsätze, so daß auch Aussagen über die Gesamtleistung⁶⁾ möglich wurden.

Die Beteiligung an der Erhebung lag je nach Unternehmensart zwischen 39 und 45 % (siehe Tabelle 11). Bei den durch die Pressestatistik erfaßten Verlagen beteiligten sich 889 oder 42 % aller Unternehmen in dieser Gruppe. Sie konnten 41 % des Umsatzes dieser Unternehmensart auf sich vereinigen.

Die Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes, soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen, beteiligten sich zu 39 % (die schwerpunktmäßigen Druckereien zu 44 %) an der Kostenstrukturbefragung. Sie repräsentierten 37 % (bzw. 41 %) des Gesamtumsatzes dieser Gruppe.

Wegen dieser Unterschiede werden die Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik nur für homogene Teilmassen getrennt, nicht aber für die Gesamtheit der beteiligten Unter-

zeitschriften war bei den nichtwissenschaftlichen Fachzeitschriften zu verzeichnen. Diese Blätter vermitteln allgemeine Informationen, Fachwissen sowie praktische Erfahrungen, die für bestimmte Berufs- und Interessengruppen von Bedeutung sind.

Tabelle 10: Zeitschriften 1984 nach Art und Zugehörigkeit zu Verbänden, Körperschaften u. ä.

Art der Zeitschrift	Verlegte Zeitschriften am 31. 12. insgesamt	Zeitschriften der Verbände, Körperschaften u. ä.	Zeitschriften ohne Verbandszugehörigkeit
Konfessionelle Zeitschriften	313	80	233
Publikumszeitschriften	1 364	376	988
Fachzeitschriften	2 883	1 032	1 851
— mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	1 268	351	917
— andere	1 615	681	934
Sonstige Zeitschriften	2 257	65	2 192
Insgesamt	6 817	1 553	5 264

Tabelle 12: Gesamtleistung in Unternehmen des Verlagsgewerbes je tätige Person 1984
DM

Gesamtleistung von ... bis unter ... DM	Zeitungsverlage	Zeitschriftenverlage	Sonstige Verlage	Verlage insgesamt		
				insgesamt	mit eigener Druckerei	ohne eigene Druckerei
unter 500 000	45 120	85 230	45 807	30 663	48 070	
500 000 — 1 Mill.	19 736	58 074	105 671	58 837	24 143	
1 Mill. — 2 Mill.	51 965	50 596	148 528	56 170	51 010	
2 Mill. — 5 Mill.	61 656	129 664	163 278	112 935	64 594	
5 Mill. — 10 Mill.	61 525	108 034	170 327	99 643	75 128	
10 Mill. — 25 Mill.	69 079	102 226	172 364	96 028	66 586	
25 Mill. — 50 Mill.	75 543	328 770	158 403	113 353	67 043	
50 Mill. — 100 Mill.	75 507	392 135	232 654	103 076	83 935	
100 Mill. und mehr	92 579	262 301		158 680	153 091	

nehmen nachgewiesen. So werden hinsichtlich der Gesamtleistung neun Größenklassen gebildet. Weiterhin wird in Tabelle 12 zwischen Unternehmen mit und ohne eigener Druckerei unterschieden. Der relativ höhere Personalbestand von Unternehmen mit eigener Druckerei

⁶⁾ Gesamtleistung = Umsatz ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer plus/minus Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen eigenen Verlagsserzeugnissen.

Kostenstrukturstatistik im Pressewesen

Ergänzend zur jährlichen Pressestatistik, die nur ausgewählte Kostenpositionen erfaßt, fand im Berichtsjahr 1984

Tabelle 11: Unternehmen und Umsatz in Pressestatistik und Kostenstrukturstatistik 1984

Unternehmensart	Erfasste Unternehmen			Erfasster Umsatz ¹⁾		
	in der Pressestatistik	in der Kostenstrukturstatistik	Beteiligung an der Kostenstrukturstatistik	in der Pressestatistik	in der Kostenstrukturstatistik	Beteiligung an der Kostenstrukturstatistik
	Anzahl	Anzahl	%	1 000 DM	1 000 DM	%
Unternehmen des Verlagsgewerbes²⁾						
Zeitungsverlage	307	137	44,6	12 696 876	4 231 987	33,3
Zeitschriftenverlage	1 445	611	42,3	10 123 243	5 317 324	52,5
Sonstige Verlage	356	141	39,6	3 420 060	1 310 261	38,3
Verlage insgesamt	2 108	889	42,2	26 242 178	10 859 572	41,4
mit eigener Druckerei	413	182	44,1	12 253 845	5 445 288	44,4
ohne eigene Druckerei	1 695	707	41,7	13 988 334	5 414 284	38,7
Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes²⁾						
Insgesamt	459	178	38,8	3 452 408	1 296 211	37,1
dar. Druckereien	313	136	43,5	2 389 706	978 238	40,9

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ²⁾ Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen

führt dazu, daß diese meist eine geringere Gesamtleistung je tätige Person aufweisen. Da relativ mehr Zeitungsverlage über eine eigene Druckerei verfügen, liegt die Gesamtleistung je tätige Person bei Zeitschriftenverlagen im allgemeinen höher als bei Zeitungsverlagen.

Die Personalkosten stellen den wichtigsten Kostenfaktor der Verlage dar. Für Löhne und Gehälter sowie Sozialkosten mußten je nach Größenklasse zwischen 15 und 31 % der Gesamtleistung aufgebracht werden. Außerdem spielten Kosten für die Fremdleistung der technischen Herstellung eine bedeutende Rolle. Unter dieser Position werden beispielsweise Kosten für die von fremden Unternehmen ausgeführten Druck- und Klischeeherstellung nachgewiesen. Die Fremdleistungen der technischen Herstellung fallen besonders bei Unternehmen ins Gewicht, die über keine eigene Druckerei verfügen. Sie treten dort bis zu einem gewissen Grad an die Stelle der Personalkosten.

Der Materialverbrauch von Verlagen dokumentiert sich vorrangig in den Kosten für den Verbrauch von Druckpapier. Hierfür wurden zwischen 2 und 16 % der Gesamtleistung aufgebracht. Eine Ursache für die Größe dieser Spannweite ist darin zu suchen, daß ein Teil dieser Kosten unter der Position „Fremdleistungen der technischen Herstellung“ nachgewiesen wird. Das kann dann der Fall sein, wenn der Zeitungs- oder Zeitschriftendruck an fremde Unternehmen vergeben wird. Tabelle 13 zeigt, daß die Positionen „Verbrauch von Druckpapier“ und „Fremdleistungen der technischen Herstellung“ in einem substitutiven Verhältnis zueinander stehen.

Tabelle 13: Ausgewählte Kosten in Unternehmen des Verlagsgewerbes insgesamt 1984
Prozent der Gesamtleistung

Gesamtleistung von ... bis unter ... DM	Personalkosten ¹⁾	Verbrauch von Druckpapier	Fremdleistungen der technischen Herstellung	Kosten der Zustellung ²⁾	Summe
unter 500 000	15,0	2,1	35,1	7,2	59,4
500 000 — 1 Mill.	23,9	3,3	28,4	7,2	62,8
1 Mill. — 2 Mill.	25,3	3,8	23,6	6,6	59,3
2 Mill. — 5 Mill.	25,0	4,5	25,0	6,4	60,9
5 Mill. — 10 Mill.	25,7	6,6	18,7	6,7	57,7
10 Mill. — 25 Mill.	28,4	8,2	13,3	5,8	55,7
25 Mill. — 50 Mill.	26,9	8,0	16,0	5,3	56,2
50 Mill. — 100 Mill.	31,2	9,2	15,6	7,6	63,6
100 Mill. und mehr	29,8	15,6	10,6	6,6	62,6

¹⁾ Ohne Vergütungen für Zusteller im Arbeitnehmerverhältnis. — ²⁾ Einschl. Vergütungen für Zusteller im Arbeitnehmerverhältnis

Die Kosten für die Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften beliefen sich auf 5 bis 8 % der Gesamtleistung. Darin sind sowohl die Kosten für die Zusteller im Arbeitnehmerverhältnis als auch Kosten für beauftragte Zustellunternehmen berücksichtigt. Weiterhin enthält diese Kostenart die Gebühren des Postzeitungsdienstes, die besonders bei den vielen Zeitschriften mit geringer bis mittlerer Auflage (z. B. bei den Fachzeitschriften) ins Gewicht fallen.

Indikatoren des wirtschaftlichen Erfolges sind die Betriebsergebnisse. Diese werden (vereinfachend gesagt) als Differenz zwischen Gesamtleistung und Kosten errech-

net. Die Betriebsergebnisse für die einzelnen Verlagsarten zeigen kein einheitliches Bild.

Das höchste Betriebsergebnis erzielten die sonstigen Verlage mit einer Gesamtleistung von weniger als 500 000 DM (21,1 % der Gesamtleistung). Allerdings ist hier zu beachten, daß gerade bei kleinen Unternehmen, die

Tabelle 14: Betriebsergebnis in Unternehmen des Verlagsgewerbes 1984
Prozent der Gesamtleistung

Gesamtleistung von ... bis unter ... DM	Zeitungsverlage	Zeitschriftenverlage	Sonstige Verlage	Verlage insgesamt		
				insgesamt	mit eigener Druckerei	ohne eigene Druckerei
unter 500 000		8,8	21,1	9,7	9,9	9,7
500 000 — 1 Mill.	-10,9	6,9	6,3	6,3	8,8	5,8
1 Mill. — 2 Mill.	13,5	10,2	6,1	9,7	13,7	9,0
2 Mill. — 5 Mill.	10,8	6,8	6,3	7,4	8,4	7,1
5 Mill. — 10 Mill.	9,9	11,9	8,9	10,7	9,6	11,1
10 Mill. — 25 Mill.	11,2	9,0	12,0	10,5	13,5	8,5
25 Mill. — 50 Mill.	15,9	10,2	3,6	11,3	16,6	7,5
50 Mill. — 100 Mill.	9,7	1,7	17,7	8,6	13,0	3,4
100 Mill. und mehr	8,4	12,1		10,3	10,4	10,2

als Einzelunternehmen oder Personengesellschaften geführt werden, die Kosten der Mitarbeit von Tätigen Inhabern, Mitinhabern und Mithelfenden Familienangehörigen in der Regel nicht berücksichtigt sind, da die sogenannten „kalkulatorischen Kosten“ im Rahmen der Kostenstrukturstatistik nicht erfaßt werden können. Der höchste negative Wert war bei den kleinen Zeitungsverlagen mit einer Gesamtleistung von weniger als 1 Mill. DM zu verzeichnen (— 10,9 % der Gesamtleistung).

Dipl.-Volkswirt Joachim Weisbrod

Krankenhäuser 1984

Statistische Angaben über Krankenhäuser werden zwar in allen Bundesländern erfaßt, jedoch sind die von den Krankenhäusern auszufüllenden Berichtsbogen, was die Zahl und die Gliederung der zu erfassenden Merkmale anbelangt, zum Teil recht unterschiedlich ausgestaltet. Das Statistische Bundesamt kann unter diesen Umständen im Rahmen der seit 1952 geführten koordinierten Länderstatistik nur diejenigen Länderdaten zu Bundesergebnissen zusammenfassen, die überall in gleicher Abgrenzung vorliegen. Es handelt sich um ein Minimalprogramm, das sich im Laufe der Jahre nur wenig geändert hat und im wesentlichen folgende Nachweise umfaßt:

- Krankenhäuser und Krankenhausbetten gegliedert nach Trägern, Größenklassen und Zweckbestimmungen der Krankenhäuser,
- Krankenhauspersonal nach Geschlecht, Beruf sowie nach Trägern und Arten der Krankenhäuser,
- Krankenbewegung nach dem Geschlecht der Kranken sowie nach Trägern und Zweckbestimmungen der Krankenhäuser.

In einzelnen Ländern werden — entsprechend den Anforderungen der Obersten Gesundheitsbehörden — über dieses Minimalprogramm hinaus weitere Daten erfragt, wie zum Beispiel Angaben über die Förderung der Betten und Krankenhäuser oder Angaben über das Vorhandensein spezieller Großgeräte und besonderer Einrichtungen. Daten über Kosten und Leistungen in den Krankenhäusern sowie über die Diagnosen der Patienten liegen in den Statistischen Ämtern nicht vor. In der gesundheitspolitischen Diskussion, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit Überlegungen zur Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, fehlen damit wichtige Basisdaten. Dieser Zustand wird allgemein als unbefriedigend empfunden. Es wird deshalb in letzter Zeit verstärkt gefordert, auf der Grundlage einer bundeseinheitlichen rechtlichen Regelung dafür Sorge zu tragen, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland — wie in vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern — eine aussagefähige und auf die heutigen gesundheitspolitischen Fragestellungen zugeschnittene Krankenhausstatistik geschaffen wird¹⁾. Die Bemühungen von Bund und Ländern zielen auf die Erstellung eines alle Krankenhäuser umfassenden einheitlichen Berichtssystems ab. Bevor ein solches verwirklicht werden kann, muß weiterhin mit der derzeitigen koordinierten Länderstatistik vorliebgenommen werden, deren wichtigste Daten für das Berichtsjahr 1984, mit Vergleichen zu früheren Jahren, nachstehend kommentiert werden.

Krankenhäuser und Krankenhausbetten

Einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Krankenhausstatistik für 1984 und 1983 vermittelt Tabelle 1.

Tabelle 1: Ausgewählte Daten aus der Krankenhausstatistik¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Stichtag, 31. Dezember		Veränderung in %
		1984 ²⁾	1983 ³⁾	
Krankenhäuser	Anzahl	3 106	3 119	- 0,4
Akutkrankenhäuser	Anzahl	1 850	1 868	- 1,0
Sonderkrankenhäuser	Anzahl	1 256	1 251	+ 0,4
Betten insgesamt	Anzahl	681 955	686 592	- 0,7
dar.. planmäßige Betten	Anzahl	678 708	682 747	- 0,6
in Akutkrankenhäusern	Anzahl	463 404	463 671	- 0,1
in Sonderkrankenhäusern	Anzahl	215 304	219 076	- 1,7
Stationär behandelte Kranke	Anzahl	11 860 212	11 564 239	+ 2,6
in Akutkrankenhäusern	Anzahl	10 395 712	10 199 989	+ 1,9
in Sonderkrankenhäusern	Anzahl	1 464 500	1 364 250	+ 7,3
Pflegeetage	Anzahl	210 738 471	207 026 966	+ 1,8
in Akutkrankenhäusern	Anzahl	143 181 232	141 267 514	+ 1,4
in Sonderkrankenhäusern	Anzahl	67 557 239	65 759 452	+ 2,7
Durchschnittliche				
Bettenausnutzung	Prozent	84,8	83,1	+ 2,0
in Akutkrankenhäusern	Prozent	84,4	83,5	+ 1,1
in Sonderkrankenhäusern	Prozent	85,7	82,2	+ 4,3
Durchschnittliche				
Verweildauer	Tage	18,4	18,6	- 1,1
in Akutkrankenhäusern	Tage	14,1	14,2	- 0,7
in Sonderkrankenhäusern	Tage	51,2	53,7	- 4,7
Personal	Anzahl	790 013	788 593	+ 0,2
Ärzte	Anzahl	80 627	78 154	+ 3,2
Pflegepersonal	Anzahl	300 081	294 969	+ 1,7
Pflegepersonal in Ausbildung	Anzahl	70 868	76 259	- 7,1
Verwaltungspersonal	Anzahl	61 418	58 150	+ 5,6
Wirtschaftspersonal	Anzahl	174 720	175 320	- 0,3
Sonstiges Personal	Anzahl	102 362	105 741	- 3,2

1) 1983 ohne drei, 1984 ohne fünf Krankenhäuser in Bayern, die über keine planmäßigen Betten verfügten. — 2) Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen. — 3) Ohne sieben nicht ganzjährig geöffnete Kurkrankenhäuser in Hessen.

Aus der Gegenüberstellung ist der weitere Rückgang der Betten bei gleichzeitig besserer Auslastung sowie die Zunahme der Patienten und des ärztlichen und pflegerischen Personals zu erkennen.

Ende 1984 gab es im Bundesgebiet 3 106 Krankenhäuser mit 678 708 „planmäßigen Betten“²⁾. 1 850 Krankenhäuser mit 463 404 Betten dienten der Behandlung akutkranker Patienten; 1 256 Krankenhäuser mit 215 304 Betten waren Sonderkrankenhäuser, das heißt Krankenhäuser, die sich

Tabelle 2: Krankenhäuser und planmäßige Betten
Stichtag: 31. Dezember 1984

Art des Krankenhauses	Insgesamt		Öffentliche		Freie gemeinnützige		Private	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Krankenhäuser								
Akutkrankenhäuser	1 850	59,6	798	43,1	754	40,8	298	16,1
Sonderkrankenhäuser	1 256	40,4	321	25,6	300	23,9	635	50,6
Insgesamt	3 106	100	1 119	36,0	1 054	33,9	933	30,0
Planmäßige Betten								
Akutkrankenhäuser	463 404	68,3	252 669	54,5	192 575	41,6	18 160	3,9
Sonderkrankenhäuser	215 304	31,7	94 788	44,0	47 562	22,1	72 954	33,9
Insgesamt	678 708	100	347 457	51,2	240 137	35,4	91 114	13,4

auf die Behandlung bestimmter Erkrankungen spezialisiert haben, wie Rheuma-Krankenhäuser, oder Krankenhäuser, die spezifische Patientengruppen aufnehmen, wie beispielsweise Krankenhäuser für Psychiatrie.

2) „Planmäßige Betten“ sind Betten, die den Richtlinien für den Bau und die Einrichtung von Krankenhäusern der Bundesländer entsprechen. Ende 1984 gab es darüber hinaus im Bundesgebiet noch 3 247 „zusätzlich aufgestellte“ Betten. Bei der folgenden Darstellung wird nur die Zahl der planmäßigen Betten kommentiert.

1) Siehe u. a. Glade, H.: „Krankenhäuser in der Statistik-Malaise“ im Deutschen Ärzteblatt, 25. Juli 1986, S. 2075 f.

Mehr als ein Drittel aller Krankenhäuser mit mehr als der Hälfte (51 %) der Betten wurde von öffentlichen Trägern, also von Gebietskörperschaften (Länder, Kreise, Gemeinden oder Zusammenschlüsse solcher Körperschaften) sowie von Sozialversicherungsträgern, und zwar insbesondere den Landesversicherungsanstalten, betrieben. Je ein Drittel der Krankenhäuser hatte einen freien gemeinnützigen Träger (zum Beispiel eine Kirchengemeinde) beziehungsweise wurde von einem privaten Träger unterhalten. Auf die zuletzt genannten Krankenhäuser entfielen 35 beziehungsweise 13 % der Betten.

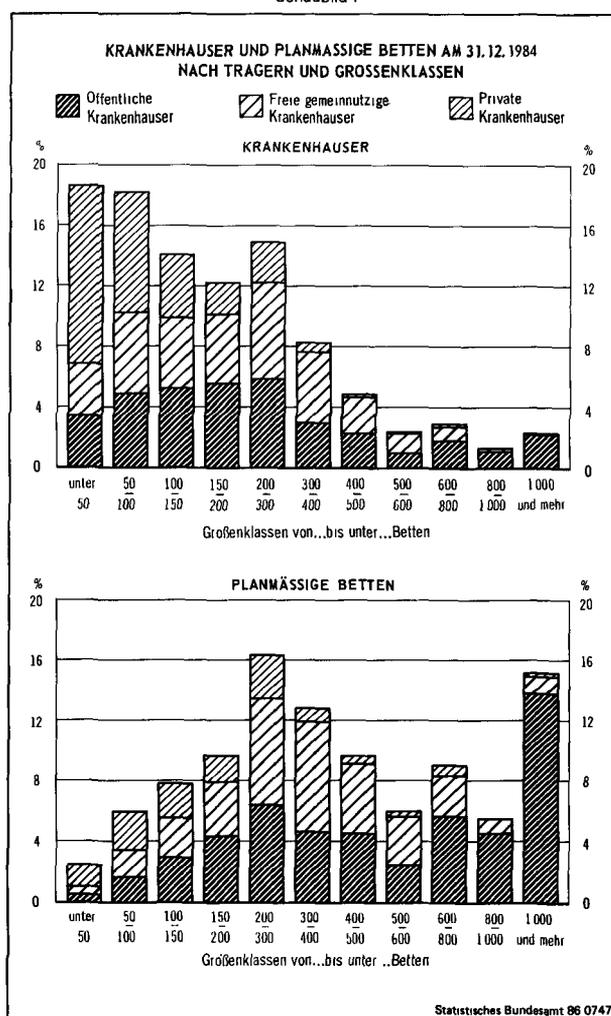
Die Gesamtzahl der Krankenhäuser und der Krankenhausbetten in der Bundesrepublik Deutschland geht bereits seit Jahren zurück. 1984 gab es 481 Krankenhäuser und 4 550 Betten weniger als 1970. Die Zahl der Krankenhäuser verminderte sich in diesem Zeitraum kontinuierlich, während die der planmäßigen Betten erst ab 1976 als Folge der von den Ländern erstellten Krankenhausbedarfspläne abnahm. Mit den Krankenhausbedarfsplänen³⁾ sollte der Bedarf an stationären Krankenhausleistungen festgestellt und bestimmt werden, welche Krankenhäuser zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung des Landes notwendig und deshalb förderungswürdig sind. Die Krankenhauspläne in den Ländern haben unmittelbare Auswirkung auf die Entwicklung der Krankenhäuser und deren Betten gehabt. Krankenhäuser, die nicht in die Krankenhauspläne aufgenommen wurden, blieben in aller Regel von der Förderung aus Landesmitteln ausgeschlossen. Die betroffenen Krankenhäuser waren gezwungen, entweder die Zahl ihrer Betten zu verringern, oder sie mußten ihren Betrieb einstellen beziehungsweise eine Umwandlung in eine Einrichtung einer anderen Zweckbestimmung vornehmen. Von dieser Entwicklung waren insbesondere die kleineren allgemeinen Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen betroffen. Ihre Zahl ging seit 1970 von 472 auf 120 zurück; die Zahl der Betten in diesen Krankenhäusern sank auf ein Viertel des Bestandes von 1970. Demgegenüber hat sich die Zahl der Betten in allgemeinen Krankenhäusern mit abgegrenzten Fachabteilungen während dieses Zeitraumes sogar um 9 % erhöht, obwohl die Zahl dieser Krankenhäuser rückläufig war.

Ebenso wie die Zahl der allgemeinen Krankenhäuser ging auch die Zahl der Fachkrankenhäuser zurück; sie nahm von 1970 bis 1984 von 693 auf 497 ab, die Zahl ihrer Betten verringerte sich während dieser Zeit von rund 56 300 auf 47 800 (– 15 %). Auch in den Sonderkrankenhäusern nahm die Zahl der Betten in diesen vierzehn Jahren ab (– 5 %), obwohl die Zahl dieser Krankenhäuser noch um 110 auf 1 256 anstieg.

Trotz der Verringerung des Bettenbestandes bei den kleineren Krankenhäusern hatten 1984 noch sechs Zehntel der Krankenhäuser weniger als 200 Betten. Nur in 7 % oder 205 Krankenhäusern waren 600 und mehr Betten vorhanden. Im Durchschnitt verfügte ein Krankenhaus Ende 1984 über 219 Betten (1970: 190 Betten). Von den

³⁾ Die Krankenhausbedarfspläne der Länder werden im allgemeinen für mehrere Jahre fortgeschrieben und in aller Regel im Gemeinsamen Ministerialblatt des jeweiligen Landes veröffentlicht.

Schaubild 1

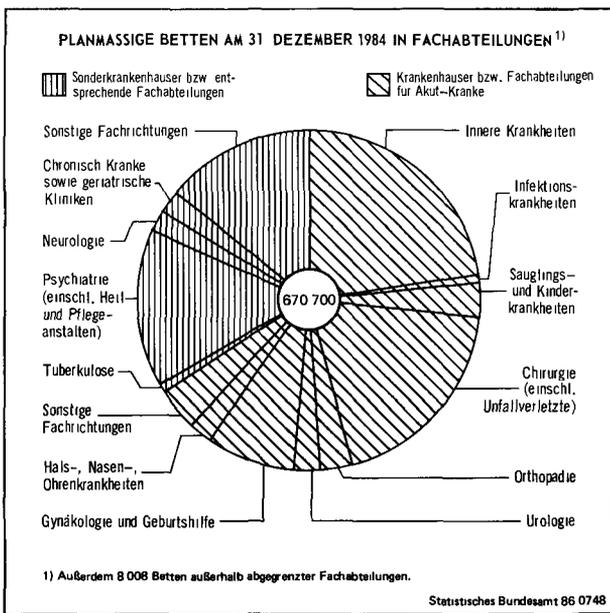


1 144 Krankenhäusern mit weniger als 100 Betten wurde über die Hälfte (54 %) von privaten Trägern betrieben. Häuser mit 300 bis unter 600 Betten wurden in ihrer Mehrzahl (zu 53 %) von einem freien gemeinnützigen Träger bewirtschaftet. Großkrankenhäuser mit einem Bestand von 600 Betten und mehr wurden zu mehr als drei Vierteln (78 %) von einem öffentlichen Träger unterhalten.

Tabelle 3: Krankenhäuser und planmäßige Betten
Stichtag: jeweils 31. Dezember

Jahr	Krankenhäuser insgesamt	Akutkrankenhäuser				Sonderkrankenhäuser	
		zusammen	Allgemeine Krankenhäuser	davon ohne abgegrenzte Fachabteilungen	mit abgegrenzten Fachabteilungen		
Krankenhäuser							
1970	3 587	2 441	1 748	472	1 276	693	1 146
1975	3 481	2 260	1 655	320	1 335	605	1 221
1980	3 234	1 991	1 446	189	1 257	545	1 243
1981	3 206	1 952	1 421	175	1 246	531	1 254
1982	3 147	1 898	1 383	143	1 240	515	1 249
1983	3 119	1 868	1 372	134	1 238	496	1 251
1984	3 106	1 850	1 353	120	1 233	497	1 256
Planmäßige Betten							
1970	683 254	457 004	400 682	25 491	375 191	56 322	226 250
1975	729 791	489 756	435 387	17 881	417 506	54 369	240 035
1980	707 710	476 652	425 941	9 780	416 161	50 711	231 058
1981	702 522	473 804	423 170	9 225	413 945	50 634	228 718
1982	690 513	466 943	418 080	7 686	410 394	48 863	223 570
1983	682 747	463 671	416 882	6 948	409 934	46 789	219 076
1984	678 708	463 404	415 575	6 489	409 086	47 829	215 304

Schaubild 2



Der Bevölkerungsgröße entsprechend wurde 1984 in Nordrhein-Westfalen mehr als ein Viertel (27 %) der Betten vorgehalten. Auf Bayern entfiel ein Bettenanteil von 18 % und auf Baden-Württemberg von 15 %. Die Bettendichte, gemessen an der Anzahl der Krankenhausbetten je 10 000 Einwohner, betrug im Bundesgebiet 1984, wie im Vorjahr, 111 Betten. Die höchste Bettendichte wurde für Berlin (West) mit 182 und Bremen mit 125 Betten ermittelt; am niedrigsten war diese Kennzahl in Niedersachsen mit 96 und in Schleswig-Holstein mit 102 Betten.

Tabelle 4: Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Ländern
Stichtag: 31. Dezember 1984

Land	Krankenhäuser		Planmäßige Betten		
	Anzahl	%	Anzahl	%	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	125	4,0	26 686	3,9	102
Hamburg	44	1,4	16 550	2,4	104
Niedersachsen	322	10,4	68 999	10,2	96
Bremen	17	0,5	8 319	1,2	125
Nordrhein-Westfalen	565	16,2	181 742	26,8	109
Hessen	326	10,5	65 580	9,7	119
Rheinland-Pfalz	203	6,5	42 192	6,2	116
Baden-Württemberg	626	20,2	102 041	15,0	110
Bayern	716	23,1	120 764	17,8	110
Saarland	45	1,4	12 172	1,8	116
Berlin (West)	117	3,8	33 663	5,0	182
Bundesgebiet	3 106	100	678 708	100	111

Mit Ausnahme der Betten, die keiner spezifischen Fachabteilung zugewiesen sind — diese machen nur 1 % des Bettenbestandes aus — lassen sich die Betten nach Fachrichtungen unterteilen: Von den 670 700 fachlich aufgliederbaren Betten dienten 1984 23 % der Behandlung von Patienten mit inneren Krankheiten, 19 % standen in chirurgischen Abteilungen, und 15 % der Betten waren in der Psychiatrie vorhanden. Auf Betten in gynäkologischen und/oder geburtshilflichen Krankenhäusern beziehungsweise entsprechenden Abteilungen entfielen 8 % des Bettenbestandes.

Die meisten Krankenhäuser gibt es in Bayern (716), Baden-Württemberg (626) und Nordrhein-Westfalen (565).

Krankenzugang

In den Krankenhäusern des Bundesgebietes wurden 1984 11,9 Mill. Patienten stationär behandelt, davon rund neun Zehntel oder 10,4 Mill. in Krankenhäusern für Akut-Kranke und 12 % oder 1,5 Mill. in Sonderkrankenhäusern. Akut-Kranke Patienten wurden dem Angebot an Betten und der Ausstattung entsprechend überwiegend (89 %) in allge-

Tabelle 5: Kranke, Pflegetage und Bettenausnutzung in Krankenhäusern

Jahr	Krankenzugang		Krankenabgang	Stationär behandelte Kranke ¹⁾	Pflegetage	Durchschnittliche	
	1 000	je 10 000 Einwohner				1 000	Mill.
						%	Tage
Akutkrankenhäuser							
1970	7 881,8	1 292,1	7 906,5	8 190,5	144,8	86,8	18,3
1975	8 756,6	1 420,5	8 766,7	9 032,1	146,3	81,8	16,7
1980	9 770,2	1 584,6	9 767,8	10 033,0	145,4	83,3	14,9
1981	9 713,6	1 574,0	9 710,2	9 977,6	142,4	82,3	14,7
1982	9 835,0	1 598,0	9 837,6	10 101,5	141,5	83,0	14,4
1983	9 936,2	1 620,7	9 927,0	10 200,0	141,3	83,5	14,2
1984	10 122,7	1 658,1	10 133,2	10 395,7	143,2	84,4	14,1
Sonderkrankenhäuser							
1970	977,3	160,2	976,4	1 147,3	76,0	92,0	77,8
1975	1 237,6	200,8	1 246,6	1 394,6	75,5	86,2	60,8
1980	1 405,0	227,9	1 403,0	1 562,6	74,5	88,1	53,1
1981	1 424,5	230,8	1 423,3	1 578,0	71,3	88,1	50,1
1982	1 295,2	210,4	1 316,8	1 448,6	66,9	84,6	51,2
1983	1 226,2	200,0	1 221,4	1 364,3	65,8	82,2	53,7
1984	1 325,6	217,1	1 315,3	1 464,5	67,6	85,7	51,2
Krankenhäuser insgesamt							
1970	8 859,1	1 452,3	8 882,9	9 337,7	220,8	88,5	24,9
1975	9 994,2	1 621,3	10 013,2	10 426,8	221,8	83,3	22,2
1980	11 175,1	1 812,4	11 170,8	11 595,6	219,9	84,9	19,7
1981	11 138,2	1 804,8	11 133,4	11 555,5	213,7	84,2	19,2
1982 ⁴⁾	11 130,2	1 808,4	11 154,3	11 550,1	208,4	83,5	18,7
1983 ⁵⁾	11 162,4	1 820,7	11 148,4	11 564,2	207,0	83,1	18,6
1984 ⁶⁾	11 448,3	1 875,2	11 448,5	11 860,2	210,7	84,8	18,4

1) Krankenbestand und Krankenzugang. — 2) $\frac{\text{Pflegetage} \times 100}{\text{Planmäßige Betten} \times 365}$ — 3) $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$ — 4) Ohne acht nicht ganzjährig geöffnete Kurkrankenhäuser in Hessen. — 5) Ohne sieben nicht ganzjährig geöffnete Kurkrankenhäuser in Hessen. — 6) Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen.

meinen Krankenhäusern mit abgegrenzten Fachabteilungen zur Behandlung aufgenommen. Bei den Sonderkrankenhäusern verzeichneten die Kurkrankenhäuser mit 666 000 und die psychiatrisch/neurologischen Kliniken mit 275 000 Fällen die meisten Krankenzugänge.

Die Zahl der stationär behandelten Kranken hat sich gegenüber 1983 um 3 % erhöht. Für diese Patienten erbrachten die Krankenhäuser 1984 rund 211 Mill. Pflergetage, das waren rund 4 Mill. oder 2 % mehr als im Berichtsjahr 1983. An Pflergetagen wurden 143 Mill. (rund zwei Drittel) in Akut-Krankenhäusern und 68 Mill. in Sonderkrankenhäusern geleistet.

Eine wichtige Kennzahl für die Inanspruchnahme der Krankenhäuser durch die Bevölkerung ist der jährliche Zugang an Krankenhauspatienten, berechnet auf 10 000 Einwohner. 1984 betrug diese Kennzahl 1 875; sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (1 821) leicht und im Vergleich zu 1970 (1 452) deutlich erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die wiederholte Aufnahme einer Person in stationäre Krankenhausbehandlung jeweils als ein neuer Fall gezählt wird.

Eine weitere Krankenhauskennzahl, die zu Aussagen über die Wirtschaftlichkeit des Krankenhausbetriebes benutzt wird, ist die Bettenausnutzung. Die in den Krankenhäusern des Bundesgebietes bereitgestellten Betten wurden 1984 durchschnittlich zu 85 % ausgenutzt. Der Bettennutzungsgrad hat sich 1984 gegenüber 1983 (83 %) leicht verbessert. In den Sonderkrankenhäusern war er etwas höher (86 %) als in den Akut-Krankenhäusern (84 %). Im Durchschnitt wurde ein Krankenhausbett 1984 wie auch 1983 von 17 Patienten (Fällen) benutzt. 1970 hatte ein Krankenhausbett im Laufe des Jahres durchschnittlich 14 Benutzern zur Verfügung gestanden.

Die Patienten blieben 1984 im Durchschnitt 18 Tage im Krankenhaus — in den Krankenhäusern für Akut-Kranke war die Verweildauer mit 14 Tagen wesentlich kürzer als in Sonderkrankenhäusern (51 Tage). Die lange Verweildauer der Patienten in Sonderkrankenhäusern ist behandlungsbedingt und betraf vor allem Patienten in Krankenhäusern für Chronisch-Kranke und geriatrische Kliniken (230 Tage) sowie Patienten in Krankenhäusern für Psychiatrie und Neurologie mit 113 Tagen. In rein psychiatrischen Krankenhäusern lag die Verweildauer mit 130 Tagen ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt für Sonderkrankenhäuser.

Krankenhauspersonal

In den Krankenhäusern des Bundesgebietes waren Ende 1984 insgesamt rund 790 000 Personen beschäftigt, darunter 590 400 Frauen. Die Zahl der in Krankenhäusern Tätigen hat gegenüber 1983 wiederum leicht zugenommen (+ 0,2 %); im Vergleich zu 1970 wurden 242 700 Personen oder 44 % mehr Beschäftigte im Krankenhausedienst registriert. Ende 1984 entfielen auf 100 stationär behandelte Kranke rund sieben Krankenhausbedienstete, darunter ein Arzt und drei Pflegekräfte (ohne Schüler).

An ärztlichem Personal waren in den Krankenhäusern des Bundesgebietes 1984 80 627 Ärzte und 985 Zahnärzte beschäftigt. Die Zahl der Ärzte erhöhte sich gegenüber dem Jahr zuvor um 2 500 oder 3 %, die der Zahnärzte um 77 Per-

Tabelle 6: Krankenhauspersonal nach ausgewählten Berufen bzw. Tätigkeiten¹⁾

Stichtag 31. Dezember 1984

Beruf/Tätigkeit	Insgesamt		Darunter weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ärzte	80 627	10,2	18 039	3,1
Zahnärzte	985	0,1	300	0,1
Krankenpflegepersonal (ohne Schüler)	300 081	38,0	251 236	42,6
Krankenpflegepersonal in Ausbildung	70 868	9,0	61 037	10,3
Hebammen/Entbindungspfleger	5 412	0,7	5 411	0,9
Hebammenschülerinnen	995	0,1	995	0,2
Wochenpflegerinnen (einschl. Wochenpflegeschülerinnen)	398	0,1	398	0,1
Apothekenpersonal	4 779	0,6	3 673	0,6
Medizinisch-technisches Personal	44 178	5,6	41 308	7,0
Krankengymnasten, Masseure und medizinische Bademeister	16 462	2,1	11 242	1,9
Sonstiges medizinisches Personal ²⁾	29 090	3,7	21 457	3,6
Verwaltungspersonal	61 418	7,8	44 070	7,5
Wirtschaftspersonal	174 720	22,1	131 215	22,2
Insgesamt	790 013	100	590 381	100

¹⁾ Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen. — ²⁾ Diätassistenten, Diätküchenleiter, Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten, Audiometristen, Logopäden, Desinfektoren, Rettungssanitäter, Sozialarbeiter, sonstiges medizinisches Hilfspersonal (z. B. Krankenträger, Sektionsgehilfen).

sonen. Von den Ärzten waren 73 160 oder 91 % in hauptamtlicher Funktion und 7 467 oder 9 % als Belegärzte oder in sonstiger Funktion tätig. Gut ein Fünftel (22 %) der Krankenhausärzte waren Frauen. Beinahe die Hälfte der in Krankenhäusern tätigen Ärzte führte eine Fachgebietsbezeichnung, früher auch Facharzt genannt. Unter diesen Fachärzten waren die Internisten (7 880) und die Chirurgen (6 287) am stärksten vertreten; es folgten die Anästhesisten (4 465) und die Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe (4 007). Seit 1970 hat die Spezialisierung der Ärzte, das heißt die Zahl der Fachärzte, stark zugenommen. Die stärkste Zunahme wiesen die Anästhesisten (5fache Zahl gegenüber 1970) auf. Erheblich zugenommen hat in diesem Zeitraum auch die Zahl der Radiologen (+ 94 %), der Urologen (+ 88 %) und die der Internisten (+ 69 %). Eine rückläufige Tendenz war bei den Augenärzten sowie den Hals-, Nasen- und Ohrenärzten zu verzeichnen, deren Leistungen offenbar zunehmend von Konsiliarärzten wahrgenommen werden.

In der Krankenpflege waren 1984 rund 300 000 Personen (ohne Auszubildende) im Krankenhaus tätig. In diesem Bereich arbeiteten 212 316 Krankenschwestern und -pfleger, 24 592 Kinderkrankenschwestern und -pfleger, 36 618 Krankenpflegehelferinnen und -helfer, 1 161 Säuglings- und Kinderpflegerinnen sowie 25 404 sonstige Pflegepersonen ohne staatliche Prüfung.

Hinzu kam das Wirtschafts- und Verwaltungspersonal mit zusammen rund 236 000 Personen. Zu den 174 720 mit wirtschaftlichen Tätigkeiten beauftragten Personen zählen u. a. Handwerker, Heizer, Pförtner sowie das Küchen-, Reinigungs- und Wäschereipersonal. Gegenüber 1983 hat sich die Zahl der Wirtschaftskräfte geringfügig verringert (— 0,3 %). In der Verwaltung der Krankenhäuser waren 61 418 Personen beschäftigt, 6 % mehr als im Vorjahr.

Dr. Harald Schütz

Rehabilitationsmaßnahmen 1984

Aufgabe und Ziel von Rehabilitationsmaßnahmen ist es, Behinderte und von Behinderung bedrohte Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern. Diesem Ziel dienen sowohl medizinische und berufsfördernde Leistungen als auch Maßnahmen zur sozialen Eingliederung. Angesichts der hohen Zahl Behinderter — Ende 1983 wurden 6,6 Mill. Behinderte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 vH oder mehr gezählt — kommt der Rehabilitation eine große sozialpolitische Bedeutung zu. Zuverlässige statistische Daten über Rehabilitationsmaßnahmen und die Personen, denen sie gewährt werden, sind erforderlich, um einen sinnvollen Einsatz der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel und eine optimale Planung der für Rehabilitationszwecke erforderlichen Einrichtungen zu ermöglichen.

In der jährlichen Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen werden Personen gezählt, bei denen im jeweiligen Berichtsjahr eine Rehabilitationsmaßnahme abgeschlossen wurde; dabei kann es sich sowohl um einen endgültigen Abschluß der gesamten, für die betreffende Person notwendigen Rehabilitation handeln als auch um einen Abschluß einer Einzelmaßnahme, zum Beispiel einer Krankenhausbehandlung, an die sich dann eine weitere, zum Beispiel eine berufsfördernde Maßnahme, anschließt. Der Personenkreis, dem Rehabilitationsmaßnahmen gewährt werden, ist mit dem der Behinderten nicht deckungsgleich. Zu den Rehabilitanden gehören außer Behinderten auch Personen, die noch nicht behindert sind, bei denen aber dem Entstehen einer Behinderung vorgebeugt werden soll; andererseits wird nicht für alle Behinderten jedes Jahr eine Rehabilitationsmaßnahme durchgeführt.

Die Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen obliegt den Trägern der Rehabilitation, das sind:

- Gesetzliche Krankenversicherung,
- Gesetzliche Unfallversicherung,
- Gesetzliche Rentenversicherungen (einschließlich Altershilfe für Landwirte),
- Kriegsopferversorgung und Kriegsopferversorge,
- Arbeitsförderung,
- Sozialhilfe.

Welcher Rehabilitationsträger im Einzelfall zuständig ist, richtet sich nach dem Versicherungsverhältnis des Leistungsempfängers sowie nach Art und Ursache der Behinderung. So ist für Rehabilitationsmaßnahmen bei einem Arbeitsunfall eines abhängig Beschäftigten zumeist die jeweils in Frage kommende Berufsgenossenschaft zuständig, bei einem Freizeitunfall dagegen in der Regel die Krankenversicherung und daneben möglicherweise weitere Träger, zum Beispiel die Sozialhilfe. Das Bild, welches die Rehabilitationsstatistik vom Rehabilitationsgeschehen vermittelt, ist nicht ganz vollständig: Außer von den genannten Stellen werden Rehabilitationsmaßnahmen noch von der Beihilfe im öffentlichen Dienst, ferner von privaten und außerstaatlichen Stellen, wie Kirchen, Caritas und Diakonie, durchgeführt. Aber auch bei den in die Statistik einbezogenen Trägern können — hauptsächlich aus erhebungstechnischen Gründen — nicht alle einschlägigen Leistungen erfaßt werden, die nach den gesetzlichen Bestimmungen als Rehabilitationsleistungen anzusehen sind. So beschränkt sich die Statistik bei den medizinischen Maßnahmen auf die Erfassung der stationären ärztlichen Behandlungen sowie auf Maßnahmen der Belastungserprobung und der Arbeitstherapie. Verzichtet wird insbesondere darauf, die Gewährung von Körperersatzstücken und sonstigen Hilfsmitteln sowie ambulante Maßnahmen zu erfassen. Darüber hinaus bestehen noch gewisse Erfassungslücken, insbesondere in der Sozialhilfe sowie in einigen Zweigen der gesetzlichen Krankenversicherung. Zu berücksichtigen ist ferner, daß in der Sozialhilfe und der Kriegsopferversorge ab 1984 die sogenannten Dauermaßnahmen, darunter insbesondere Rehabilitationsmaßnahmen im Arbeitsbereich von Werkstätten für Behinderte, nicht mehr in die Statistik einbezogen sind.

Die Statistik erfaßt sowohl die während eines Jahres beendeten Rehabilitationsmaßnahmen als auch die Rehabilitanden. Weil die Rehabilitanden mehrere Rehabilitationsmaßnahmen durchlaufen haben können, ist ihre Zahl geringer als die der Rehabilitationsmaßnahmen.

1 Rehabilitanden

1.1 Rehabilitanden nach Rehabilitationsträgern und Maßnahmentearten

Mit 1,8 Mill. lag die Zahl der Rehabilitanden 1984 um 11,6 % über derjenigen des Jahres 1983 (1,6 Mill.). Eine größere Zunahme war bei der gesetzlichen Rentenversicherung

Tabelle 1: Rehabilitanden 1984 nach Trägern und Art der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Insgesamt ¹⁾		Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen		Berufsfördernde		Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesetzliche Krankenversicherung	804 990	44,7	804 991	51,4	—	—	—	—
Gesetzliche Unfallversicherung	80 820	4,5	71 277	4,5	11 219	5,6	4 624	11,4
Gesetzliche Rentenversicherung	669 158	37,2	648 042	41,3	21 580	10,9	—	—
Kriegsopferversorgung	39 520	2,2	39 520	2,5	—	—	—	—
Kriegsopferversorge	25 207	1,4	—	—	1 887	0,9	23 901	58,9
Arbeitsförderung	163 187	9,1	—	—	163 187	82,1	—	—
Sozialhilfe	16 303	0,9	3 707	0,2	845	0,4	12 023	29,7
Insgesamt	1 799 185	100	1 567 537	100	198 718	100	40 548	100

¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

mit 119 000 und bei der gesetzlichen Krankenversicherung mit 82 000 Rehabilitanden zu verzeichnen. Leicht zugenommen hat die Zahl der Rehabilitanden auch bei der gesetzlichen Unfallversicherung, der Kriegsopferversorgung und der Arbeitsförderung. Demgegenüber ist ein erheblicher Rückgang — um 36 000 Rehabilitanden — bei der Sozialhilfe, und zwar hauptsächlich wegen des erwähnten Wegfalls der Dauermaßnahmen; eingetreten¹⁾. Der Anteil der Rehabilitationsträger an der Gesamtzahl der Rehabilitanden hat sich infolge dieser Entwicklungen leicht verändert — am stärksten bei der Rentenversicherung mit einer Zunahme um 3,1 Prozentpunkte und einem Rückgang bei der Sozialhilfe um 2,3 Prozentpunkte. Wie 1983, so kommt auch 1984 der Krankenversicherung bei der Eingliederung Behinderter und von Behinderung bedrohter Personen quantitative die größte Bedeutung zu: 1984 wurden von ihr 44,7 % aller Rehabilitanden gemeldet; es folgten die gesetzlichen Rentenversicherungen mit einem Anteil von 37,2 %.

Die Aufteilung der Rehabilitanden nach der Art der ihnen gewährten Maßnahmen hängt von den unterschiedlichen Aufgaben und Zuständigkeiten der Träger ab. So führen Kriegsopferfürsorge und Arbeitsförderung keine medizinischen, Krankenversicherung und Kriegsopferversorgung keine berufsfördernden Maßnahmen durch. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung werden überhaupt nur von der Unfallversicherung, der Kriegsopferfürsorge und der Sozialhilfe erbracht. Über neun Zehntel aller medizinischen Rehabilitanden erhielten ihre Leistungen entweder von der

¹⁾Langerfristige Zeitvergleiche sind in ihrem Aussagewert dadurch eingeschränkt, daß sich in früheren Jahren nicht alle Rehabilitationsträger an der Statistik beteiligt haben und daß Änderungen in der Abgrenzung der Rehabilitationsmaßnahmen erfolgten

Schaubild 1

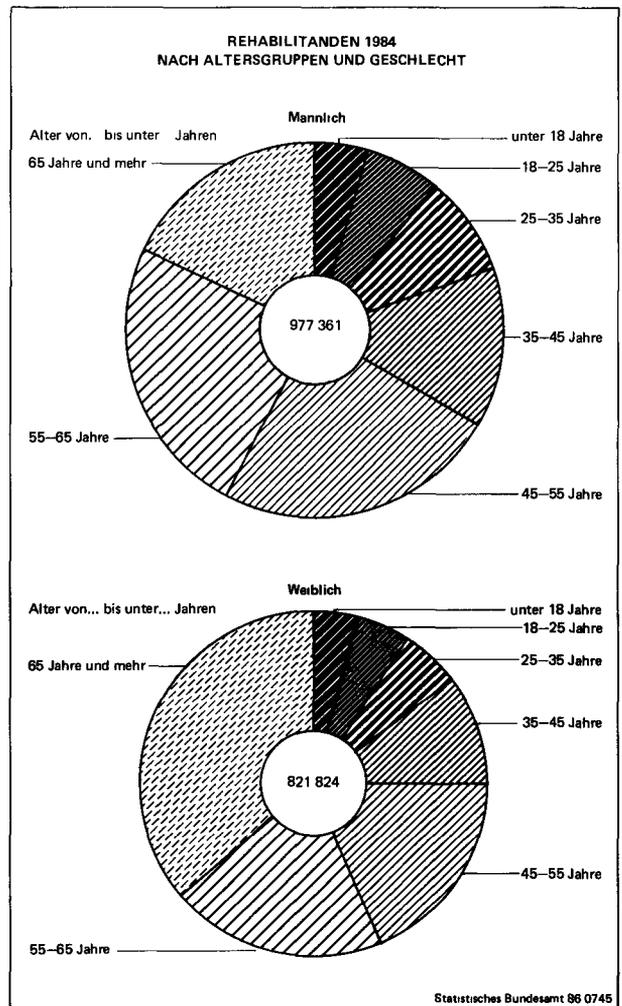


Tabelle 2: Rehabilitanden 1984 nach Geschlecht, Altersgruppen und Art der Maßnahme

Alter von... bis unter... Jahren	Insgesamt ¹⁾		Rehabilitationsmaßnahmen				Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Männlich								
unter 18	42 791	4,4	27 301	3,4	12 061	8,3	3 917	13,2
18—25	64 741	6,6	28 792	3,6	34 817	24,1	1 951	6,6
25—35	82 217	8,4	55 134	6,8	26 560	18,4	1 515	5,1
35—45	135 556	13,9	107 198	13,2	28 572	19,8	1 115	3,7
45—55	239 660	24,5	209 743	25,9	30 146	20,9	1 454	4,9
55—65	236 241	24,2	214 481	26,5	12 184	8,4	10 717	36,0
65 und mehr	176 155	18,0	166 955	20,6	177	0,1	9 100	30,6
Zusammen	977 361	100	809 604	100	144 517	100	29 769	100
Weiblich								
unter 18	32 671	4,0	22 250	2,9	8 112	15,0	2 698	25,0
18—25	41 233	5,0	19 636	2,6	20 483	37,8	1 324	12,3
25—35	47 624	5,8	37 847	5,0	8 978	16,6	899	8,3
35—45	83 647	10,2	76 895	10,1	6 347	11,7	512	4,7
45—55	154 905	18,8	147 427	19,5	7 111	13,1	518	4,8
55—65	163 847	19,9	159 967	21,1	3 131	5,8	869	8,1
65 und mehr	297 897	36,2	293 911	38,8	39	0,1	3 959	36,7
Zusammen	821 824	100	757 933	100	54 201	100	10 779	100
Insgesamt								
unter 18	75 462	4,2	49 551	3,2	20 173	10,2	6 615	16,3
18—25	105 974	5,9	48 428	3,1	55 300	27,8	3 275	8,1
25—35	129 841	7,2	92 981	5,9	35 538	17,9	2 414	6,0
35—45	219 203	12,2	184 093	11,7	34 919	17,6	1 627	4,0
45—55	394 565	21,9	357 170	22,8	37 257	18,7	1 972	4,9
55—65	400 088	22,2	374 448	23,9	15 315	7,7	11 586	28,6
65 und mehr	474 052	26,3	460 866	29,4	216	0,1	13 059	32,2
Insgesamt	1 799 185	100	1 567 537	100	198 718	100	40 548	100
dar: Ausländer	89 417	5,0	77 814	5,0	11 585	5,8	727	1,8

¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

Tabelle 3. Rehabilitanden 1984 nach Stellung in Erwerbsleben und Beruf sowie nach Trägergruppen

Stellung in Erwerbsleben und Beruf	Insgesamt	Davon nach Trägergruppen						
		Kranken-	gesetzliche Unfallversicherung	Renten-	Kriegsopfer-	Arbeits-	Sozial-	
					versorgung	fürsorge	förderung	hilfe
Erwerbstätige . . .	858 450	125 257	67 628	546 106	7 229	3 896	106 478	1 856
Selbstständige ¹⁾	16 922	111	2 783	12 315	608	141	933	31
Landwirte ²⁾	27 739	4 751	7 539	14 942	173	131	192	11
Beamte, Richter	4 574	903	127	692	1 833	305	701	13
Angestellte	289 314	31 738	7 692	226 954	2 935	1 602	18 176	217
Arbeiter ³⁾	504 207	87 463	44 938	287 709	1 560	1 388	80 502	647
Auszubildende	10 945	96	4 343	2 503	14	38	3 786	165
Sonstige ⁴⁾	4 749	195	206	991	106	291	2 188	772
Nichterwerbstätige ⁵⁾ . .	800 282	544 515	12 772	122 987	29 996	20 690	56 709	12 613
Ohne Angabe	140 453	135 219	420	65	2 295	620	—	1 834
Insgesamt	1 799 185	804 991	80 820	669 158	39 520	25 206	163 187	16 303

¹⁾ Außerhalb der Landwirtschaft — ²⁾ Einschl. Mithelfender Familienangehöriger. — ³⁾ Einschl. Arbeiter in der Landwirtschaft, jedoch ohne Heimarbeiter — ⁴⁾ Heimarbeiter, Beschäftigte in einer Werkstatt für Behinderte, Berufssoldaten, Ordensbrüder, Nonnen. — ⁵⁾ Z. B. Hausfrauen, Rentner, Pensionäre, auch Arbeitslose und Strafgefangene

Kranken- oder von der Rentenversicherung; von den Rehabilitanden berufsfördernder Maßnahmen wurden mehr als vier Fünftel von der Bundesanstalt für Arbeit betreut, fast drei Fünftel aller Empfänger von Maßnahmen zur sozialen Eingliederung erhielten diese von der Kriegsopferfürsorge.

1.2 Rehabilitanden nach Geschlecht und Alter

Von den Personen, denen 1984 Rehabilitationsmaßnahmen gewährt wurden, waren 54,3 % männlich und 45,7 % weiblich. Die Zahl der weiblichen Rehabilitanden hat gegenüber dem Vorjahr mit 13,4 % etwas stärker zugenommen als diejenige der männlichen Rehabilitanden (+ 10,1 %). Von den Rehabilitanden waren 89 400 (5,0 %) Ausländer, ihre Zahl hat gegenüber 1983 um 23,0 % zugenommen; ihre prozentuale Zunahme war damit mehr als doppelt so groß wie die der deutschen Rehabilitanden (+ 11,0 %).

Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen wurden hauptsächlich Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter gewährt: Bei den medizinischen Rehabilitanden waren 76,1 % 45 Jahre oder älter. Anders verhält es sich bei den berufsfördernden Maßnahmen, die hauptsächlich Rehabilitanden im jüngeren und mittleren Lebensalter zuteil werden; hier waren 82,0 % der Rehabilitanden zwischen 18 und 55 Jahre alt, wobei die Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen mit einem Anteil von 27,8 % besonders stark ins Gewicht fällt. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung dagegen wurden überwiegend älteren Menschen ab 55 Jahre (60,8 %), häufig aber auch den unter 25jährigen (24,4 %) gewährt.

1.3 Rehabilitanden nach der Stellung im Erwerbsleben und im Beruf

Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Rehabilitanden belief sich 1984 auf 47,7 % und war damit nur wenig höher als 1983 (47,1 %). Daneben gab es 44,5 % Nichterwerbstätige; bei 7,8 % der Rehabilitanden war ihre Stellung zum Erwerbsleben nicht mitgeteilt worden. Die Anteile Erwerbstätiger waren bei den verschiedenen Rehabilitationsträgern sehr unterschiedlich: Sie schwankten zwischen 15,5 % bei der Kriegsopferfürsorge bzw. 15,6 % bei der Krankenversicherung und 83,7 % bei der Unfallversicherung.

Tabelle 4: Rehabilitanden berufsfördernder Maßnahmen 1984 nach Berufsabschnitt vor der Rehabilitationsmaßnahme und durch diese bedingte Veränderung

Berufsabschnitt ¹⁾	Rehabilitanden			
	insgesamt	davon nach der Rehabilitationsmaßnahme		
		mit gleichem Berufsabschnitt	anderem	nicht erwerbstätig
	Anzahl	%		
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	2 650	78,2	20,3	1,5
Bergleute, Mineralgewinner	1 680	88,2	11,3	0,6
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	523	76,3	23,1	0,6
Keramiker, Glasmacher	440	83,0	16,8	0,2
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	1 536	79,4	20,2	0,4
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	1 475	79,2	19,9	0,9
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	691	81,3	18,4	0,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	4 856	77,7	21,8	0,5
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	14 994	71,6	27,2	1,2
Elektriker	3 527	77,2	21,4	1,4
Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt	3 455	82,1	17,5	0,3
Textil- und Bekleidungsberufe	2 359	81,6	18,0	0,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	597	81,6	17,3	1,2
Ernährungsberufe	6 436	70,8	27,9	1,3
Bauberufe	14 268	80,8	18,2	0,9
Bau-, Raumausstatter, Poisterer	2 884	75,9	23,3	0,8
Tischler, Modellbauer	2 788	77,1	21,8	1,0
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	3 023	77,6	21,9	0,5
Warenprüfer, Versandfertigmacher	2 046	85,5	14,1	0,4
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	6 012	82,2	17,4	0,5
Maschinen- und zugehörige Berufe	1 978	82,2	17,4	0,4
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	292	90,4	9,2	0,3
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	1 823	84,0	14,9	1,0
Warenkaufleute	7 018	75,6	23,5	1,0
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	900	82,6	16,6	0,9
Verkehrsberufe	12 352	81,0	18,4	0,5
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	8 797	92,9	6,5	0,6
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	2 140	81,0	18,3	0,7
Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	1 162	85,7	13,1	1,2
Gesundheitsdienstberufe	3 182	81,4	17,2	1,4
Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 476	80,5	18,0	1,5
Allgemeine Dienstleistungsberufe	9 169	76,3	22,5	1,2
Sonstige Arbeitskräfte	4 672	74,0	24,3	1,7
Erwerbstätige zusammen	131 201	79,1	20,0	0,9
Nichterwerbstätige ²⁾	67 517	—	32,5	67,5
Insgesamt	198 718	82,2	24,2	23,5

¹⁾ Nach der Klassifizierung der Berufe 1975. — ²⁾ Ist in der Klassifizierung der Berufe 1975 nicht enthalten.

Unter den Erwerbstätigen überwogen die Arbeiter: Sie stellten 28,0 % aller Rehabilitanden, die Angestellten weitere 16,1 %. Unter den Rehabilitanden gab es außerdem 1,5 % Landwirte — einschließlich Mithelfender Familienangehöriger. Alle übrigen Gruppen von Erwerbstätigen waren mit einem Anteil von weniger als 1 % vertreten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Beamte und Richter bei Rehabilitationsmaßnahmen vielfach Beihilfe im öffentlichen Dienst in Anspruch nehmen und insofern in der Rehabilitationsstatistik nicht erfaßt werden. Selbständige sind häufig privat versichert, und auch die Maßnahmen der privaten Krankenversicherung sind nicht in die Rehabilitationsstatistik einbezogen. Der Personenkreis der Nichterwerbstätigen weist eine sehr heterogene Zusammensetzung auf; Rentner und Pensionäre können ebenso dazugehören wie Hausfrauen und Arbeitslose.

Von den 199 000 Rehabilitanden, denen 1984 eine berufsfördernde Maßnahme zuteil wurde, waren vor der Maßnahme 131 000 erwerbstätig und 68 000 nichterwerbstätig; die Erwerbstätigen blieben auch nach der Maßnahme — bis auf einen Rest von weniger als 1 % — im Erwerbsleben; von denjenigen, die vor der Rehabilitationsmaßnahme nichterwerbstätig waren, stand nach der Durchführung knapp ein Drittel im Arbeitsleben.

Besonders häufig waren Rehabilitanden der berufsfördernden Maßnahmen in den folgenden Berufsabschnitten:

- Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe (14 994 Personen),
- Bauberufe (14 268),
- Verkehrsberufe (12 352).

Knapp vier Fünftel der erwerbstätigen Rehabilitanden waren nach Durchführung der Rehabilitationsmaßnahme im gleichen Berufsabschnitt, dem sie auch vorher zugeordnet worden waren. Im Durchschnitt wechselte nur ein Fünftel der Rehabilitanden im Zusammenhang mit der Rehabilitationsmaßnahme den Berufsabschnitt; verhältnismäßig

häufig waren solche Wechsel bei den Schlossern, Mechanikern und zugeordneten Berufen sowie in den Ernährungsberufen.

1.4 Rehabilitanden nach Art der Behinderung

In der Rehabilitationsstatistik werden die Behinderungen der Rehabilitanden entsprechend der jeweils durchgeführten Maßnahme nachgewiesen, und zwar ohne Rücksicht auf etwa sonst noch beim Rehabilitanden vorliegende Behinderungen, die möglicherweise sogar schwerer sein können. Trotzdem wird im folgenden die Behinderung personenbezogen dargestellt. Es ist aber zu beachten, daß mehrere Maßnahmen für ein und denselben Rehabilitanden *nur dann zusammengefaßt nachgewiesen werden*, wenn sie sich auf die gleiche Behinderung beziehen. In der Statistik werden 37 verschiedene Behinderungsarten auf der Grundlage der ICD²⁾ unterschieden, die zum Zwecke einer vereinfachten Darstellung in 14 Gruppen zusammengefaßt sind.

In die Gruppe der Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes fielen wie in den Vorjahren so auch 1984 die meisten Behinderungen; 24,5 % aller Rehabilitanden litten an einer derartigen Behinderung, häufig kamen auch Krankheiten des Kreislaufsystems (19,8 %) sowie seelische Störungen (13,3 %) vor.

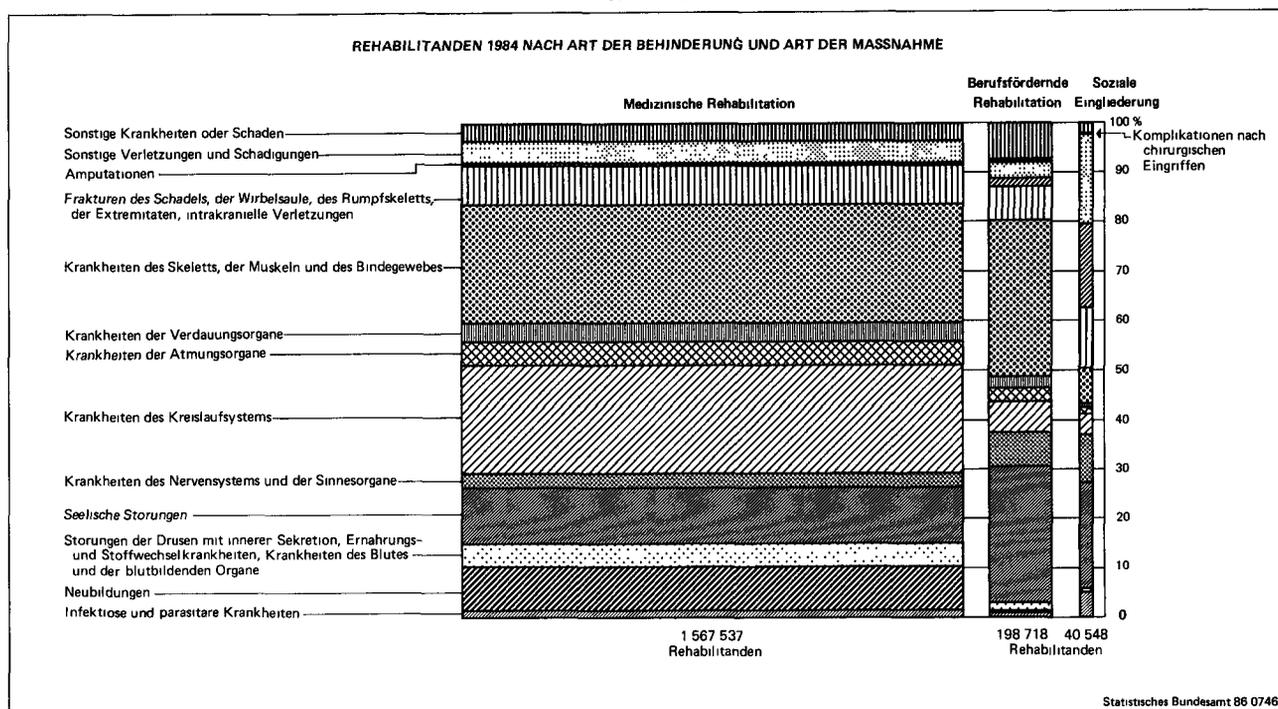
Im Vergleich zu 1983 hat hauptsächlich die Zahl der Rehabilitanden, die wegen einer Krankheit des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes sowie wegen einer Neubildung behandelt wurden, zugenommen (22,1 bzw. 16,4 %); auch bei den Krankheiten der Atmungsorgane sowie des Kreislaufsystems wurden überdurchschnittliche Zunahmen (13,9 bzw. 13,4 %) verzeichnet. Die Zahl der wegen seelischer Störungen behandelten Rehabilitanden ist nahezu unverändert geblieben. Leicht abgenommen

²⁾Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision

Tabelle 5: Rehabilitanden 1984 nach Art der Behinderung und Trägern der Maßnahme

Art der Behinderung	Insgesamt	Davon nach Trägern					
		Kranken-	gesetzliche Unfall- versicherung	Renten-	Kriegsopfer- versorgung und Kriegsopfer- fürsorge	Arbeits- förderung	Sozial- hilfe
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	27 805	5 286	395	15 958	4 260	1 500	406
Neubildungen	141 466	90 527	—	50 673	87	159	20
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	78 597	47 029	—	28 156	278	3 041	93
Seelische Störungen	239 540	83 377	—	91 792	641	52 154	11 576
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	62 291	29 945	369	10 925	6 554	12 707	1 791
Krankheiten des Kreislaufsystems	357 032	229 723	30	115 093	2 785	9 174	227
Krankheiten der Atmungsorgane	78 607	24 392	2 301	46 266	1 674	3 936	38
Krankheiten der Verdauungsorgane	64 619	31 555	15	28 600	1 041	3 383	25
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	440 609	127 435	123	252 627	7 577	51 552	1 295
Schädelfraktur, Frakturen der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten, intrakranielle Verletzungen	137 921	78 389	42 212	6 557	4 234	6 316	213
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen (Amputationen)	16 359	398	2 680	231	11 398	1 579	73
Sonstige Verletzungen und Schädigungen	80 527	20 351	31 418	1 528	23 043	4 135	52
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschl. postoperative Zustände)	1 422	149	—	75	58	1 122	18
Sonstige Krankheiten oder Schäden	72 390	36 434	1 277	20 677	1 097	12 429	476
Insgesamt	1 799 185	804 990	80 820	669 158	64 727	163 187	16 303

Schaubild 2



hat die Zahl der Patienten, die wegen infektiöser und parasitärer Krankheiten sowie wegen traumatischer Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen behandelt wurden.

Personen, die medizinische, berufsfördernde oder Maßnahmen zur sozialen Eingliederung erhielten, unterschieden sich stark in ihrer Gliederung nach Behinderungsarten: So kamen Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes bei 31,6 % der Rehabilitanden mit berufsfördernden Maßnahmen, aber nur bei 7,4 % der Rehabilitanden mit Maßnahmen zur sozialen Eingliederung vor; seelische Störungen waren bei den Empfängern berufsfördernder Maßnahmen mit 27,2 % wesentlich häufiger als bei den medizinischen Rehabilitanden (11,3 %) oder auch bei den Rehabilitanden mit Maßnahmen zur sozialen Eingliederung (21,5 %). Krankheiten des Kreislaufsystems, die bei 21,9 % der medizinischen Rehabilitanden Behandlungsursache waren, kamen nur bei 6,1 % der beruflichen Rehabilitanden und bei 4,3 % der Personen mit sozialer Eingliederung vor.

Diese strukturellen Unterschiede stehen auch im Zusammenhang mit trägerspezifischen Besonderheiten: So waren 52,2 % der Rehabilitanden der Unfallversicherung von einer Fraktur des Schädels, der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten oder einer intrakraniellen Verletzung betroffen, weitere 38,9 % durch eine sonstige Verletzung oder Schädigung behindert. Von den Rehabilitanden der Sozialhilfe litten 71,0 % an einer seelischen Störung.

1.5 Rehabilitanden nach Ursache der Behinderung

Bei 78,8 % der Rehabilitanden war die bereits eingetretene oder drohende Behinderung durch eine „sonstige Krankheit“ (d. h. nicht durch eine Berufskrankheit) bedingt. Da-

nach folgten Arbeitsunfälle (einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle) mit einem Anteil von 5,2 %, häusliche, sonstige oder nicht näher bezeichnete Unfälle (4,8 %), Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen (3,4 %), angeborene Behinderungen (1,7 %), Verkehrsunfälle (1,0 %) sowie Berufskrankheiten (0,6 %). Arbeitsunfälle waren bei Männern wesentlich häufiger als bei Frauen (7,4 gegenüber 2,5 %); Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschä-

Tabelle 6: Rehabilitanden 1984 nach Ursache der Behinderung und Geschlecht

Ursache der Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angeborene Behinderung	30 514	1,7	16 746	1,7	13 768	1,7
Arbeitsunfall, einschließlich Wege- und Betriebswegeunfall	92 928	5,2	72 100	7,4	20 828	2,5
Verkehrsunfall	18 425	1,0	12 243	1,3	6 182	0,8
Häuslicher, sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	86 049	4,8	30 944	3,2	55 105	6,7
Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	60 312	3,4	58 189	6,0	2 123	0,3
Berufskrankheit	10 461	0,6	6 547	0,7	3 914	0,5
Sonstige Krankheit einschließlich Impfschaden	1 418 471	78,8	731 465	74,8	687 006	83,6
Sonstige Ursache oder mehrere Ursachen	82 025	4,6	49 127	5,0	32 898	4,0
Insgesamt	1 799 185	100	977 361	100	821 824	100

digungen kamen fast nur bei Männern vor. Behinderungen infolge häuslicher, sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfälle traten dagegen bei Frauen wesentlich häufiger auf als bei Männern (6,7 gegenüber 3,2 %). Ähnliches gilt für die Anteile krankheitsbedingter Behinderungen: 83,6 % bei Frauen und 74,8 % bei Männern.

2 Rehabilitationsmaßnahmen

2.1 Rehabilitationsmaßnahmen nach Art und Dauer

Die Rehabilitationsträger führten 1984 1,879 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durch, 12,5 % mehr als 1983. Dabei ist die Zahl der medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen um 15,9 % auf 1,604 Mill. Maßnahmen und diejenige der berufsfördernden Rehabilitationsmaßnahmen um 10,8 % auf 230 000 gestiegen. Bei den Maßnahmen zur sozialen

Tabelle 7: Rehabilitationsmaßnahmen 1984 nach Trägern und Art der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Insgesamt	Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	Berufsfördernde	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Gesetzliche Krankenversicherung	805 091	805 091	—	—
Gesetzliche Unfallversicherung	101 357	83 051	13 177	5 129
Gesetzliche Rentenversicherung	695 619	672 147	23 472	—
Kriegsopferversorgung	39 892	39 892	—	—
Kriegsopferfürsorge	29 430	—	1 966	27 464
Arbeitsförderung	190 649	—	190 649	—
Sozialhilfe	17 323	4 036	855	12 432
Insgesamt ...	1 879 361	1 604 217	230 119	45 025

Eingliederung ist dagegen ein starker Rückgang zu verzeichnen — hauptsächlich infolge des Wegfalls der jährlichen Erfassung der Dauermaßnahmen der Sozialhilfe.

Die 1,6 Mill. medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen bestanden fast ausschließlich — zu 98,2 % — aus Maßnahmen der stationären Behandlung; hinzu kamen 1,5 % Maßnahmen der Arbeitstherapie und Belastungserprobung sowie 0,3 % Maßnahmen, in denen eine stationäre Behandlung mit einer Maßnahme der Belastungserprobung oder der Arbeitstherapie verbunden wurde.

Die berufsfördernden Rehabilitationsmaßnahmen bestanden in zwei Dritteln der Fälle in Hilfen zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes, das restliche Drittel verteilte sich auf Maßnahmen der Berufsfindung und Arbeitserprobung (3,9 %), auf Berufsvorbereitung (5,1 %), auf Ausbildung (7,7 %), auf Umschulung (9,7 %), auf Fortbildung

Tabelle 8: Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen 1984 nach Art und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Stationäre Behandlung	Sonstige Maßnahme	Stationäre Behandlung und sonstige Maßnahme
Medizinische Maßnahmen insgesamt ¹⁾	1 601 967	1 573 452	23 658	4 857
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	1 578 207	1 573 353	—	4 854
nach der Dauer				
von bis unter ... Monaten				
unter 2	1 375 176	1 370 940	—	4 236
2—3	113 617	113 417	—	200
3—6	65 546	65 262	—	284
6—9	15 943	15 861	—	82
9—12	3 186	3 162	—	24
12—24	3 650	3 626	—	24
24 und mehr	1 089	1 085	—	4

¹⁾ Ohne 2 250 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

(1,2 %), auf Maßnahmen in einer Werkstatt für Behinderte (5,0 %) und auf sonstige Maßnahmen (0,8 %). Gegenüber 1983 haben alle Arten von Maßnahmen zugenommen — mit Ausnahme der stark rückläufigen „sonstigen Maßnahmen“, zu denen u. a. Hilfen zur Beschaffung, zum Betrieb, zum Unterstellen und zum Abstellen eines Kraftfahrzeugs sowie zur Erlangung der Fahrerlaubnis gehören, wenn der Behinderte auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist, um seinen Arbeitsplatz erreichen zu können.

Bei den 44 700 Maßnahmen zur sozialen Eingliederung, die für 1984 gemeldet wurden, handelt es sich zu 15,9 % um pädagogische sowie schulisch-pädagogische Maßnahmen, zu 2,5 % um Maßnahmen in einer Werkstatt für Behinderte und zu 81,6 % um „sonstige Maßnahmen“, zu denen Hilfen bei der Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung gehören, die den besonderen Bedürfnissen des Behinderten entspricht, sowie um Hilfen für werkstattfähige Behinderte in der eigenen Wohnung des Behinderten.

Die Dauer der Rehabilitationsmaßnahmen hängt von ihrer Art ab. Bei den medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen liegen Angaben über die Dauer vor, soweit sie mit stationärer Behandlung verbunden waren. Von diesen Maßnahmen dauerten 1984 87,1 % weniger als zwei Monate, weite-

Tabelle 9: Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen 1984 nach Art und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Hilfe zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes	Berufsfindung und Arbeitserprobung	Berufsvorbereitung ¹⁾	Ausbildung	Umschulung	Fortbildung	Maßnahme in einer Werkstatt für Behinderte	Sonstige Maßnahme
Berufsfördernde Maßnahmen insgesamt ²⁾	226 481	150 991	8 721	11 642	17 366	21 983	2 617	11 305	1 856
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	75 488	—	8 721	11 641	17 366	21 982	2 617	11 305	1 856
nach der Dauer									
von bis unter ... Monaten									
unter 2	11 223	—	7 713	339	122	631	279	332	1 807
2—3	1 269	—	237	376	83	401	121	48	3
3—6	6 827	—	643	1 894	266	3 381	311	316	16
6—9	2 998	—	23	516	235	1 188	386	648	2
9—12	4 237	—	6	2 743	118	917	208	243	2
12—24	25 672	—	90	5 552	1 495	10 739	481	7 303	12
24 und mehr	23 262	—	9	221	15 047	4 725	831	2 415	14

¹⁾ Einschl. einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung. — ²⁾ Ohne 3 638 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

Tabelle 10: Rehabilitationsmaßnahmen 1984 zur sozialen Eingliederung

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Padagogische und/oder schulisch-pädagogische Maßnahme	Maßnahme in einer Werkstatt für Behinderte	Sonstige Maßnahme
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung insgesamt ¹⁾	44 738	7 131	1 118	36 489
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	8 246	7 128	1 118	—
nach der Dauer				
von . bis unter . . . Monaten				
unter 2	3 276	3 049	227	—
2 — 3	337	324	13	—
3 — 6	650	590	60	—
6 — 9	556	505	51	—
9 — 12	354	315	39	—
12 — 24	1 009	775	234	—
24 und mehr	2 064	1 570	494	—

¹⁾ Ohne 287 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

re 11,4 % zwischen zwei Monaten und einem halben Jahr. Maßnahmen mit einer längeren Dauer waren selten. Eine Angabe über die Dauer bei Maßnahmen der Belastungs-erprobung und der Arbeitstherapie ist nicht sinnvoll und entfällt daher. Bei berufsfördernden Maßnahmen können Dauerangaben für Hilfen zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes, die unter Umständen nur aus einer Arbeitsvermittlung oder einer Beratung bestehen, nicht mitgeteilt werden. Die übrigen berufsfördernden Maßnahmen dauerten zumeist wesentlich länger als die medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen. Bei den wenigen Maßnahmen mit einer Dauer von weniger als zwei Monaten handelte es sich überwiegend um Maßnahmen der Berufsfindung und der Arbeitserprobung sowie um „sonstige Maßnahmen“. Die Maßnahmen der Berufsvorbereitung, der Ausbildung und der Umschulung sowie Maßnahmen in Werkstätten für Behinderte tendierten dagegen zu einer

längeren Dauer. Fast zwei Drittel der berufsfördernden Maßnahmen dauerten länger als ein Jahr.

Bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung konnten Dauerangaben nur für den kleineren Teil der gemeldeten Maßnahmen mitgeteilt werden, nämlich nur für 18,4 % der insgesamt 44 700 Maßnahmen. Bei 39,7 % von ihnen belief sich die Dauer auf weniger als zwei Monate, bei weiteren 12,0 % betrug sie zwischen zwei Monaten und einem halben Jahr, bei 37,3 % länger als ein Jahr.

2.2 Rehabilitationsmaßnahmen nach dem Ergebnis

Die in der Statistik vorgesehene Gliederung der Rehabilitationsmaßnahmen kann nicht von allen Trägern vorgenommen werden. Die gesetzliche Krankenversicherung und die Kriegsoferversorgung können vielmehr nur darüber berichten, ob ein Patient aus stationärer Heilbehandlung entlassen wurde, ob er die Maßnahme vorzeitig abgebrochen hat, oder ob sie durch seinen Tod beendet wurde. Zum Zweck einer einheitlichen Darstellung werden die Entlassungen der Merkmalsausprägung „Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht“ zugerechnet; Beendigung durch Tod wird unter der Kategorie „Eingliederung im Berichtsjahr aus sonstigen Gründen nicht erreicht“ erfaßt, und lediglich der vorzeitige Abbruch einer Maßnahme ist adäquat in einer hierfür allgemein vorgesehenen Kategorie erfaßbar. Wenn daher die medizinischen Maßnahmen eine Erfolgsquote von 87,3 % — mit der Merkmalsausprägung „Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht“ — aufwiesen, so hängt dies zu einem großen Teil mit den Unvollkommenheiten der statistischen Berichterstattung zusammen. Anders als bei der Krankenversicherung und der Kriegsoferversorgung mit „hohen Erfolgsquoten“ von 98,2 bzw. 94,1 % waren die entsprechenden Anteile bei der Unfallversicherung und bei der Rentenversicherung, die

Tabelle 11: Rehabilitationsmaßnahmen 1984 nach Art und Ergebnis der Maßnahme

Ergebnis der Maßnahme	Insgesamt		Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen		Berufsfördernde		Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht	1 506 185	80,1	1 401 185	87,3	93 528	40,6	11 472	25,5
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit möglich	24 231	1,3	—	—	24 231	10,5	—	—
Eingliederung nach medizinischen Maßnahmen möglich	50 840	2,7	46 979	2,9	3 707	1,6	154	0,3
Eingliederung nach berufsfördernden Maßnahmen möglich	49 107	2,6	39 759	2,5	9 018	3,9	330	0,7
Eingliederung nach sozialen Maßnahmen möglich	3 173	0,2	439	0,0	715	0,3	2 019	4,5
Eingliederung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich	63 545	3,4	61 612	3,8	706	0,3	1 227	2,7
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit mangels Arbeitsplatz nicht möglich	1 477	0,1	—	—	1 477	0,6	—	—
Eingliederung im Berichtsjahr wegen des vorzeitigen Abbruchs der Maßnahme nicht möglich	24 120	1,3	16 676	1,0	6 913	3,0	531	1,2
Eingliederung im Berichtsjahr aus sonstigen Gründen nicht erreicht	122 558	6,5	35 038	2,2	84 795	36,8	2 725	6,1
Maßnahme dauert noch an	—	—	—	—	—	—	—	—
Ohne Angabe	34 125	1,8	2 529	0,2	5 029	2,2	26 567	59,0
Insgesamt	1 879 361	100	1 604 217	100	230 119	100	45 025	100

über den vollen Katalog der Merkmalsausprägungen berichten können, mit 70,5 bzw. 76,3 % wesentlich niedriger. Noch niedriger war dieser Anteil bei der Sozialhilfe mit 54,6 %.

Bei den berufsfördernden Maßnahmen wurde nur für 40,6 % der Maßnahmen die Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht, bei weiteren 16,4 % erschien eine Eingliederung — zum Teil nach Durchführung weiterer Maßnahmen — möglich. Nur in wenigen Fällen wurde der Rehabilitationserfolg aus gesundheitlichen Gründen oder wegen eines fehlenden Arbeitsplatzes vereitelt. Auch ein vorzeitiger Abbruch der Maßnahme stand nur bei 3,0 % aller Fälle dem Eingliederungserfolg entgegen. Zahlreich waren dagegen die Fälle, in denen eine Eingliederung „aus sonstigen Gründen“ nicht möglich war (36,8 %). Bei diesen — fast ausschließlich von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten — Maßnahmen handelt es sich um Fälle, bei denen die Arbeitsförderung Eingliederungsvorschläge für einen anderen Träger gemacht hat, ferner um Berufsberatungen, die nicht zu einer weiteren berufsfördernden Maßnahme geführt haben, weil zum Beispiel der Rehabilitand eine allgemeine oder berufsbildende Schule besuchen wird, sowie schließlich um Fälle, bei denen wegen mangelnder Eignung oder fehlender Bereitschaft des Rehabilitanden eine weitere Maßnahme nicht eingeleitet werden konnte.

Bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung der Rehabilitanden wurde bei einem erheblichen Teil — 59,0 % — nicht über das Ergebnis berichtet. Bei 25,5 % wurde die Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht, bei weiteren 5,6 % erschien dies nach weiteren medizinischen, berufsfördernden Leistungen oder Maßnahmen zur sozialen Eingliederung möglich.

Dr. Dieter Deininger

Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung 1984

Der Begriff „Wirtschaftsförderung“ wird in der politischen Diskussion wie auch in der Literatur nicht einheitlich verwendet. Je nach Standpunkt umschreibt man damit so unterschiedliche Maßnahmen wie die Industrieansiedlung in ländlichen Gebieten, den Ausgleich von Standortnachteilen auf Bundesebene, die Gewährung von Exportbürgschaften, die Förderung der Landwirtschaft oder — in umfassender Bedeutung — die den Unternehmen gewährten Subventionen. Für Auswertungen des Materials der Statistik der öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern hat es sich eingebürgert, die Ausgaben für die Aufgabenbereiche „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ sowie „Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen“ des staatlichen Funktionenplans unter dem Sammelbegriff „Wirtschaftsförderung“ zusammenzufassen. Gemessen am gesamten Haushaltsvolumen zählt die Wirtschaftsförderung mit weniger als 10 % zu den kleineren Aufgabenbereichen der staatlichen Haushalte (ohne Sozialversicherung). Ein Ausgabenbetrag von immerhin knapp 30 Mrd. DM im Jahr 1984 und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Ausschnitts aus der öffentlichen Finanzwirtschaft lassen es dennoch lohnend erscheinen, die Verwendungszwecke dieser Haushaltsmittel anhand der Daten aus der Jahresrechnungsstatistik 1984 im einzelnen darzustellen.

Inhalt und Abgrenzung

Die einzelnen Maßnahmen der finanzstatistisch abgegrenzten „Wirtschaftsförderung“ sind in der Übersicht zusammengestellt. Neben der Unterteilung der Förderzwecke nach den beiden Aufgabenbereichen wird innerhalb dieser nach der Art der Ausgaben unterschieden, und zwar nach Zahlungen an Dritte — „Finanzhilfen“ an Unternehmen und sonstige nicht-öffentliche Einrichtungen — und Ausgaben für staatliche Verwaltungseinrichtungen (Personal- und Sachaufwand). Wie im einzelnen darzustellen sein wird, handelt es sich bei diesen Einrichtungen um spezialisierte Ämter, Anstalten oder sonstige Behörden, die Dienstleistungen für Dritte erbringen, aber auch Aufsichts- und Ordnungsfunktionen wahrnehmen, die über einen engen Begriff der Wirtschaftsförderung hinausreichen.

In die Darstellung einbezogen sind der Bundeshaushalt, das ERP-Sondervermögen, die Länderhaushalte wie auch der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften¹⁾, soweit

daraus Zahlungen für Wirtschaftsförderung an Empfänger in der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden. Die kommunale Wirtschaftsförderung muß unberücksichtigt bleiben, weil die haushaltsmäßigen Auswirkungen der teilweise erheblichen Bemühungen der Gemeinden auf diesem Gebiet anhand von deren Haushaltssystematik nur unzulänglich darstellbar sind. Neben den unmittelbaren Ausgaben der einbezogenen öffentlichen Körperschaften (Personal- und Sachausgaben für eigene Einrichtungen sowie Zahlungen an Dritte) wird auch auf Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten und damit auf die Lastenverteilung zwischen ihnen eingegangen.

Die Bezeichnungen „Finanzhilfen“ bzw. „Subventionen“ werden auch im Subventionsbericht der Bundesregierung und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet, jedoch in Abgrenzungen, die mit der hier benutzten finanzstatistischen Definition nicht übereinstimmen. Die Finanzhilfen nach dem Bundessubventionsbericht, der gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft²⁾ alle zwei Jahre von der Bundesregierung zu erstellen ist, umfassen Zahlungen an Unternehmen, in bestimmten Fällen auch an private Haushalte. Darüber hinaus werden unter dem Begriff Subventionen in diesem Bericht auch die Steuervergünstigungen gesondert und zusammengefaßt mit den Finanzhilfen dargestellt. Der Gesetzesauftrag bezieht sich jedoch nur auf eine Offenlegung der Subventionen des Bundes, die für 1984 mit 30,0 Mrd. DM ausgewiesen werden, davon 16,4 Mrd. DM an Steuervergünstigungen und 13,6 Mrd. DM an Finanzhilfen. Die Hilfen der Länder, des ERP-Sondervermögens und der Europäischen Gemeinschaften werden im Bundessubventionsbericht nur nachrichtlich und, jedenfalls für die letzten Jahre, nur insgesamt, also ohne Gliederung nach Bereichen, dargestellt. Für 1984 wird ein Finanzhilfenvolumen dieser Haushalte in Höhe von 24,0 Mrd. DM angegeben. Alle öffentlichen Haushalte, also einschließlich Gemeinden/Gv., vergaben damit 1984 38,6 Mrd. DM Finanzhilfen (Subventionen: 74,2 Mrd. DM).

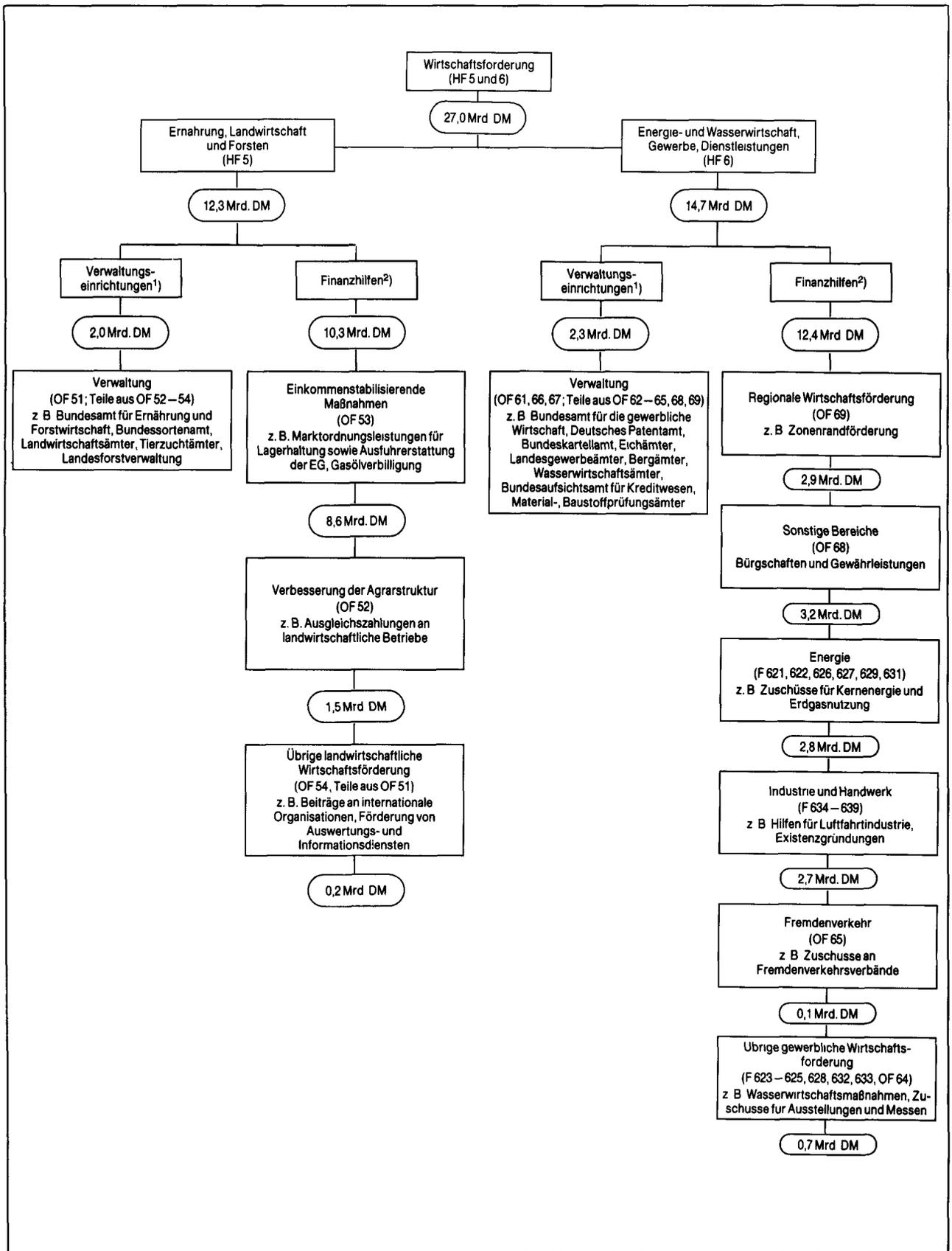
In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Finanzhilfen den Subventionen zugerechnet. Sie sind definiert als Zuschüsse des Staates an Unternehmen für laufende Produktionszwecke, sei es zur Beeinflussung der Marktpreise oder zur Stützung von Produktion und Einkommen. Die wesentlichen Unterschiede zur Abgrenzung des Subventionsberichts ergeben sich daraus, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Steuervergünstigungen mit Ausnahme der Umsatzsteuervergünstigung, zum Beispiel nach dem Berlinhilfegesetz, investive Zuschüsse sowie Zahlungen an private Haushalte grundsätzlich nicht zu den Subventionen gehören. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beliefen sich die Subventionen aller öffentlichen Haushalte 1984 auf 36,2 Mrd. DM³⁾. Gegenüber den vergleichbaren Finanzhilfen nach dem Bundessubventionsbericht sind sie damit um 2,4 Mrd. DM niedriger. Im Vergleich zu den

¹⁾ Näheres zur Erfassung und Darstellung der Daten der Europäischen Gemeinschaften in der Finanzstatistik siehe WiSta 9/1985, S. 783 f.

²⁾ Vom 8. Juni 1967, BGBl. I S. 582.

³⁾ Siehe Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1: „Konten und Standardtabellen 1984“.

Aufgabenbereiche und Leistungen der Wirtschaftsförderung des Bundes und der Länder 1984



HF = Hauptfunktion } des staatlichen Funktionenplans
 OF = Oberfunktion } (Aufgabenbereichsgliederung
 F = Funktion } der Haushaltssystematik)

1) (Direkte) Personal- und Sachausgaben einschl. Erstattungen
 2) Zahlungen an den nicht-öffentlichen Bereich.

Subventionen nach dem Bundessubventionsbericht, also unter Einbeziehung der Steuervergünstigungen, machen sie knapp die Hälfte aus.

Ausgaben insgesamt

Die unmittelbaren Ausgaben der staatlichen Haushalte für die Wirtschaftsförderung in der finanzstatistischen Abgrenzung beliefen sich 1984 auf 27,0 Mrd. DM. Sie setzten sich zusammen aus den direkten Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen in Höhe von 4,3 Mrd. DM sowie aus den Finanzhilfen an Dritte (Zahlungen an andere Bereiche) in Höhe von 22,7 Mrd. DM. Unter Einbeziehung des Saldos des Zahlungsverkehrs zwischen den öffentlichen Haushalten (Differenz der Zahlungen an und vom öffentlichen Bereich) ergaben sich Nettoausgaben in Höhe von 29,6 Mrd. DM. Bei den Zahlungen an den öffentlichen Bereich (4,9 Mrd. DM) handelte es sich beim Bund vornehmlich um Zuweisungen an die Länder nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft sowie nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Länderzahlungen flossen überwiegend den Gemeinden/Gv. zu und betrafen Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung, des Wirtschaftswegebbaus, der Dorf-

gen“, im folgenden kurz „Gewerbliche Wirtschaftsförderung“ genannt, und 12,3 Mrd. DM oder 45 % auf „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“, nachfolgend als „Landwirtschaftliche Wirtschaftsförderung“ bezeichnet. Bei der Wirtschaftsförderung überwogen bei weitem die Finanzhilfen an Dritte. Sie umfassen laufende und investive Zahlungen einschließlich Darlehen, insbesondere an private und öffentliche Unternehmen. In die Landwirtschaft fließen sie zu knapp 90 % als (nicht rückzahlbare) laufende Zuschüsse, während die gewerbliche Wirtschaft überwiegend durch Darlehen gefördert wird.

Die den staatlichen Haushalten zufließenden unmittelbaren Einnahmen spielen bei der Wirtschaftsförderung eine nicht geringe Rolle. Sie erreichten 1984 eine Höhe von 8,3 Mrd. DM und deckten damit 30,6 % der entsprechenden Ausgaben für Wirtschaftsförderung ab. Zu den finanzwirtschaftlich bedeutendsten Einnahmen zählten die Einnahmen des Bundes aus Gebühren für die Bürgschafts- und Gewährleistungsmaßnahmen (1,2 Mrd. DM) und des ERP-Sondervermögens aus Rückflüssen von Darlehen an Unternehmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft (1,6 Mrd. DM), ferner die Einnahmen der Länder aus der Abwasserabgabe (340 Mill. DM) und aus der Förderzinsabgabe (2,1 Mrd. DM). Letztere fließt fast ausschließlich dem Land Niedersachsen zu (2,0 Mrd. DM). Den Einnahmen aus der Förderzinsabgabe kommt in der gegenwärtigen Diskussion über die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs eine große Bedeutung zu. Mehrere Länder wollen dieses Aufkommen in größerem Maße als bisher bei der Berechnung der Finanzkraft im Rahmen des Länderfinanzausgleichs berücksichtigt wissen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 — 2 BvF 1/83 u. a. — werden die Einnahmen aus Förderzinsen in Zukunft in voller Höhe in die Berechnung der Finanzkraft einzubeziehen sein.

Tabelle 1: Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung 1984

Mill. DM

Ausgabenart	Ins-gesamt	Bund	ERP-Sondervermögen	Euro-päische Gemein-schaften	Länder
Verwaltungseinrichtungen	4 302	761	4	—	3 537
Personalausgaben	1 901	224	—	—	1 676
Laufender Sachaufwand	1 749	527	3	—	1 219
Sachinvestitionen	619	10	—	—	610
Erwerb von Beteiligungen	33	—	1	—	32
Finanzhilfen an Dritte	22 741	6 531	2 936	7 921	5 352
Laufende Zahlungen	13 286	2 861	—	7 921	2 504
Investive Zahlungen	2 806	636	—	—	2 170
Vermögensübertragungen	237	128	—	—	108
Darlehen	6 413	2 906	2 936	—	570
Unmittelbare Ausgaben	27 043	7 292	2 941	7 921	8 888
Zahlungen an öffentlichen Bereich	4 947	2 193	43	—	2 711
Zahlungen vom öffentlichen Bereich	2 432	27	75	—	2 329
Nettoausgaben	29 558	9 458	2 909	7 921	9 270
Nachrichtlich					
Unmittelbare Einnahmen	8 282	1 979	2 983	—	3 320

erneuerung, zur Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen sowie des Fremdenverkehrs. Einnahmen vom öffentlichen Bereich (2,4 Mrd. DM) spielen vornehmlich auf der Länderebene eine Rolle. Sie stellen vor allem die „Gegenbuchungen“ der genannten Bundesleistungen an die Länder dar. Die Finanzierung kommunaler Ausgaben durch Länderzuweisungen kommt darin zum Ausdruck, daß die Nettoausgaben der staatlichen Ebene um insgesamt 2,6 Mrd. DM über den unmittelbaren Ausgaben liegen.

14,7 Mrd. DM oder 55 % der unmittelbaren Ausgaben für Wirtschaftsförderung entfielen auf den Aufgabenbereich „Energie und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistun-

Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen

Die Ausgaben der staatlichen Haushalte für die der Wirtschaftsförderung dienenden Verwaltungseinrichtungen in Höhe von 4,3 Mrd. DM umfassen Personalausgaben (1,9 Mrd. DM), den laufenden Sachaufwand (1,7 Mrd. DM) sowie die unter „übrige Ausgaben“ zusammengefaßten Sachinvestitionen einschließlich Erwerb von Beteiligungen (652 Mill. DM). Die Ausgabenkategorie „laufender Sachaufwand“ enthält nicht nur Aufwendungen des laufenden Geschäftsbedarfs, wie zum Beispiel für Büroartikel, Fahrzeughaltung, Mieten und Pachten für Grundstücke und Gebäude u. ä. für brutto im Haushalt nachgewiesene Verwaltungseinrichtungen, sondern auch Erstattungen und Zuschüsse an nicht im Haushalt veranschlagte Verwaltungseinrichtungen in Höhe von knapp 1,2 Mrd. DM. Von den gesamten Ausgaben für Verwaltung entfielen 47,4 % oder 2,0 Mrd. DM auf die landwirtschaftliche und 52,6 % oder 2,3 Mrd. DM auf die gewerbliche Wirtschaftsförderung.

Die Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen bei der landwirtschaftlichen Wirtschaftsförderung setzen sich zusammen aus den beiden Ausgabe-positionen „Verwaltung“ und „Sonstige Bereiche“.

Auf Bundesebene gibt es im Bereich „Verwaltung“ zwei brutto im Haushalt nachgewiesene Verwaltungseinrich-

tungen, das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt sowie das Bundessortenamt in Hannover. Das erstgenannte Amt ist u. a. Genehmigungsstelle für die Einfuhr, Ausfuhr und den Transit von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Zugleich ist es Marktordnungsstelle für die in der Europäischen Gemeinschaft bestehenden gemeinsamen Marktorganisationen für Eier und Geflügel, Fleisch, Obst und Gemüse, Saatgut, Flachs und Hopfen u. ä. Die Aufgaben des Bundessortenamtes bestehen u. a. in der Einteilung des Sortenschutzes für neue Pflanzensorten, Eintragung von Sorten in die Sortenliste sowie der Überwachung der Erhaltung der geschützten und eingetragenen Sorten. Daneben existiert in diesem Bereich die außerhalb des Haushaltes nachgewiesene Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung. An sie leistet der Bund Erstattungen für die Kosten, die ihr im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung entstehen (1984: 64 Mill. DM). Ihre Aufgabe ist es, die Versorgung der Bevölkerung im Bundesgebiet mit Lebensmitteln durch laufende Vorratshaltung der wichtigsten Grundnahrungsmittel sicherzustellen. Zusammen beliefen sich die Verwaltungsausgaben des Bundes für die genannten drei Einrichtungen 1984 auf 199 Mill. DM.

Auf Landesebene zählen die Landesämter für Ernährungswirtschaft, Pflanzenschutzämter, Veterinäruntersuchungsämter u. ä. zur „Verwaltung“. Bei den Dienststellen in den übrigen Bereichen handelt es sich u. a. um landwirtschaftliche Versuchsgüterverwaltungen, Lehr- und Versuchsanstalten der Tierhaltung, Landesanstalten für Fischerei, Bienenzucht, Wein- und Gartenbau. Insgesamt gaben die Länder 1984 1,8 Mrd. DM für diese Einrichtungen aus.

In der gewerblichen Wirtschaftsförderung sind als Verwaltungseinrichtungen des Bundes das Deutsche Patentamt in München, das Bundeskartellamt in Berlin (West), das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn (Aufgabe u. a.: Überwachung und statistische Erfassung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, Erteilung von Einfuhr- und Ausfuhrgenehmigungen, Mitwirkung bei der Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) sowie die Bundesanstalt für Außenhandelsinformation in Köln (Aufgabe: Förderung der Außenwirtschaft durch Informationen über außenwirtschaftliche Tatbestände) zu nennen.

Darüber hinaus sind in den Verwaltungsausgaben die Erstattungen des Bundes an die Notgemeinschaft Deutsche Kohlenbergbau GmbH (1984: 89 Mill. DM) sowie die Industrierwaltungsgesellschaft mbH (12 Mill. DM) enthalten. Beide Gesellschaften sollen die Energieversorgung der Bundesrepublik durch Vorratshaltung von Steinkohle bzw. Rohöl sicherstellen. An den Kosten der Steinkohlebevorratung ist das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel beteiligt.

Bei den unter „Geld- und Versicherungswesen“ nachgewiesenen Verwaltungseinrichtungen des Bundes handelt es sich um das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen sowie um das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in Berlin (West). Die Ausgaben des Bundes im Aufgabenbereich „Sonstige Dienstleistungen“ enthalten den Zuschuß an das Institut für Bautechnik in Berlin (West), das der einheitlichen Bearbeitung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet der Bauaufsicht dient. Insgesamt gab der Bund 1984 567 Mill. DM für Verwaltungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaftsförderung aus. Unter den Verwaltungsausgaben des Bundes wurden auch die des ERP-Sondervermögens nachgewiesen (1984: 5 Mill. DM). Dabei handelte es sich um Erstattungen an Kreditinstitute für die treuhänderische Verwaltung von ERP-Darlehen, Zuschüsse an die Träger internationaler Ausstellungen und Messen sowie Beteiligungen an Westberliner Unternehmen, um deren Eigenkapital zu verstärken.

Zu den Verwaltungseinrichtungen der Länder in der gewerblichen Wirtschaftsförderung zählen vor allem Eichämter (Aufgabe u. a.: Eichung von Meßgeräten, Überwachung der Kennzeichnung sowie der Füllmengen von Fertigpackungen bzw. Schankgefäßen), Ämter des Bergbaus (Aufgabe u. a.: Aufsicht über Aufsuchen und Gewinnung von Mineralien sowie Aufsicht über untertägige Arbeiten und unterirdische Speicherung von Gas) und der Wasserwirtschaft (Funktion u. a.: Ausbau und Unterhaltung der Gewässer, der Wasserspeicher und Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen). Darüber hinaus bestehen in vier Ländern, finanzstatistisch unter „Sonstige Dienstleistungen“ nachgewiesen, weitere Dienststellen als Materialprüfungsämter und Landesanstalten für Baustoffprüfung. Die Verwaltungsausgaben für die genannten Ländereinrichtungen beliefen sich 1984 auf 1,7 Mrd. DM.

Tabelle 2: Ausgaben des Bundes und der Länder für Verwaltungseinrichtungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung 1984
Mill. DM

Aufgabenbereich	Insgesamt				Bund ¹⁾				Länder			
	insgesamt	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Übrige Ausgaben	zusammen	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Übrige Ausgaben	zusammen	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Übrige Ausgaben
Landwirtschaftliche												
Wirtschaftsförderung	2 039	1 098	891	51	199	42	154	3	1 840	1 056	736	48
Verwaltung	1 421	1 005	383	33	165	31	132	3	1 256	974	252	30
Sonstige Bereiche	618	93	507	18	34	11	23	0	584	82	485	18
Gewerbliche												
Wirtschaftsförderung	2 263	803	858	601	567	183	376	8	1 696	620	482	593
Verwaltung	2 199	762	842	594	528	155	371	2	1 671	607	472	592
Geld- und												
Versicherungswesen	37	28	4	6	37	28	4	6	—	—	—	—
Sonstige Dienstleistungen	26	13	12	1	1	—	1	—	25	13	11	1
Insgesamt	4 301	1 901	1 749	652	765	224	530	11	3 536	1 676	1 219	641

¹⁾ Einschl. ERP-Sondervermögen.

Ausgaben für Finanzhilfen an Dritte

Die von den staatlichen Haushalten 1984 vergebenen Finanzhilfen für Wirtschaftsförderung in Höhe von 22,7 Mrd. DM bestanden zu 13,3 Mrd. DM oder 60 % aus laufenden Zuschüssen. Unter ihnen machten die investiven Zuschüsse, denen auch die Darlehen und Vermögensübertragungen zugeordnet wurden, 9,5 Mrd. DM oder 40 % aus.

Mit 10,3 Mrd. DM oder 45 % flossen die Finanzhilfen in die landwirtschaftliche Wirtschaftsförderung. Für Maßnahmen zur Sicherung der Einkommen in der Landwirtschaft wendeten die staatlichen Haushalte einschließlich der Europäischen Gemeinschaften 8,6 Mrd. DM an Finanzhilfen auf. Der Ausgabenschwerpunkt lag mit 7,9 Mrd. DM bei den Europäischen Gemeinschaften. Die EG-Zahlungen werden als Marktordnungsleistungen vorwiegend in Form von Zuschüssen an Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft zur Abdeckung der Kosten der Lagerhaltung sowie als Ausfuhrerstattungen zur Vermeidung von Einkommensverlusten, die aus dem Preisniveaunterschied zwischen dem EG- und Weltmarkt resultieren, gewährt. In den EG-Ausgaben enthalten sind auch die im Rahmen des gemeinschaftlichen Nahrungsmittelhilfeprogramms für die Entwicklungsländer fließenden Finanzhilfen. Bei den Länderausgaben handelt es sich zum einen um die von Bund und Ländern gemeinsam getragenen, von den Ländern aber an die Letztempfänger ausbezahlten Finanzhilfen nach dem Gasölverbilligungsgesetz⁴⁾. Durch diese Zuschüsse wird bezweckt, die Kosten bei der Verwendung von gasölbetriebenen Motoren und Arbeitsmaschinen für die landwirtschaftlichen Betriebe zu senken und damit die Einkommenstabilisierung in der Landwirtschaft zu begünstigen. Die übrigen Ländermittel stellen Zuschüsse an die Milchproduzenten zur verbilligten Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen in Schulen dar, die künftig nicht mehr im Haushalt veranschlagt werden.

Zur Verbesserung der Agrarstruktur vergaben die staatlichen Haushalte 1984 Finanzhilfen in Höhe von 1,5 Mrd.

⁴⁾ Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft vom 22. Dezember 1967, BGBl I S. 1339.

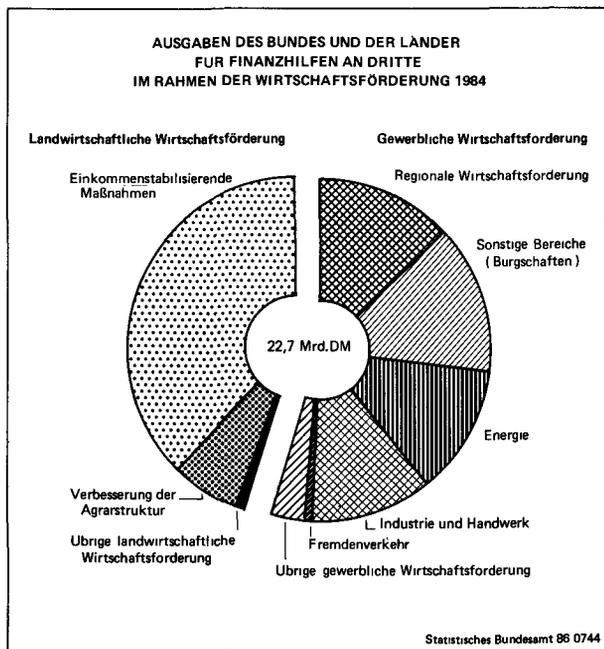
DM. Die Ausgaben des Bundes resultierten aus der Abwicklung alter Verpflichtungen und auslaufender Förderungsmaßnahmen (108 Mill. DM). Im einzelnen umfassen sie Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Verbilligung der Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen sowie Schuldendienstzahlungen für von der ehemaligen Deutschen Siedlungsbank im Auftrag des Bundes aufgenommene Darlehen zur Förderung der ländlichen Siedlung. Bei den entsprechenden Aufwendungen der Länder (1,4 Mrd. DM) handelt es sich vornehmlich um Ausgleichszulagen an landwirtschaftliche Betriebe sowie um Zuschüsse an Selbsthilfeeinrichtungen wie Maschinen-, Erzeuger- und Betriebshilferinge. Die Ausgleichszulagen kommen Betrieben zugute, die in Gebieten mit besonders ungünstigen Ertragsvoraussetzungen liegen. Dadurch soll ein Anreiz gegeben werden, trotz der ständigen natürlichen Nachteile den landwirtschaftlichen Betrieb weiterzuführen und damit die Kulturlandschaft in diesen gefährdeten Gebieten zu erhalten. Die Selbsthilfeeinrichtungen dienen dem Zweck, durch Rationalisierung der Erzeugung und durch überbetriebliche Arbeitsaushilfe das Einkommen zu mehren und die soziale Lage zu verbessern.

Als sonstige Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft sind beim Bund Zahlungen zusammengefaßt (1984: 98 Mill. DM), die vor allem als Beiträge an internationale Organisationen sowie als Zuschüsse zur institutionellen Förderung, wie zum Beispiel an den Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID) e. V., sowie zur Projektförderung, beispielsweise an die Stiftung für Begabtenförderung der Deutschen Landwirtschaft e. V., fließen. Die Finanzhilfen der Länder (108 Mill. DM) gehen u. a. an Zentraleinrichtungen, deren Aufgabe darin besteht, hauptberufliche Dorfhelferinnen und Betriebshelfer anzustellen und deren rationalen Einsatz zu gewährleisten. Daneben werden sie für waldbauliche Maßnahmen verwendet.

In der gewerblichen Wirtschaftsförderung, für die insgesamt 12,4 Mrd. DM oder 55 % aufgewendet wurden, vergaben die staatlichen Haushalte 2,9 Mrd. DM Finanzhilfen für die regionale Wirtschaftsförderung.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes und der Länder
für Finanzhilfen an Dritte im Rahmen der Wirtschaftsförderung 1984
Mill. DM

Aufgabenbereich	Insgesamt			Bund		ERP-Sondervermögen	Europäische Gemeinschaften	Länder	
	insgesamt	laufend	investiv	laufend	investiv			laufend	investiv
Landwirtschaftliche Wirtschaftsförderung	10 314	9 275	1 039	204	9	—	7 921	1 150	1 030
Einkommenstabilisierende Maßnahmen	8 585	8 582	3	7	—	—	7 921	654	3
Verbesserung der Agrarstruktur	1 524	518	1 005	108	—	—	—	410	1 005
Übrige landwirtschaftliche Wirtschaftsförderung	206	175	31	89	9	—	—	86	22
Gewerbliche Wirtschaftsförderung	12 427	4 011	8 416	2 657	3 662	2 936	—	1 354	1 818
Regionale Wirtschaftsförderung	2 881	413	2 469	—	101	1 540	—	413	828
Sonstige Bereiche	3 153	178	2 974	103	2 738	2	—	75	235
Energie	2 785	1 927	857	1 425	466	—	—	502	391
Industrie und Handwerk	2 717	1 416	1 302	1 076	316	837	—	340	149
Fremdenverkehr	145	3	143	—	—	121	—	3	22
Übrige gewerbliche Wirtschaftsförderung	745	74	672	52	41	438	—	22	193
Insgesamt	22 741	13 286	9 455	2 861	3 671	2 936	7 921	2 504	2 848



ung. In diesem Bereich werden sie vornehmlich auf der Grundlage des Zonenrandförderungsgesetzes⁵⁾ als Darlehen an Unternehmen gewährt, die sich entweder bereits im Zonenrandgebiet niedergelassen haben oder dort eine Existenzgründung beabsichtigen. Dadurch sollen die mit dem Zonenrandgebiet verbundenen Standortnachteile ausgeglichen, Dauerarbeitsplätze in diesen Regionen geschaffen und gesichert sowie die dort vorhandene Infrastruktur verbessert werden. Beim ERP-Sondervermögen sind darüber hinaus Darlehen an Westberliner Unternehmen zur Förderung der dortigen Wirtschaft (603 Mill. DM), bei den Ländern außerdem Zuschüsse an Wirtschaftsunternehmen zur Durchführung länderspezifischer Wirtschaftsförderungsprogramme ausgewiesen. Nicht enthalten in den erwähnten Zahlungen sind die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nach dem Investitionszulagengesetz⁶⁾ in Form der gebietsbezogenen Investitionszulage, die als steuerfreie Zulage für die Errichtung oder Erweiterung einer in einem förderungsbedürftigen Gebiet gelegenen gewerblichen Betriebsstätte oder für die Umstellung oder grundlegende Rationalisierung einer im Zonenrandgebiet gelegenen Betriebsstätte in Höhe eines festen Prozentsatzes auf die Anschaffungs- oder Herstellungskosten gewährt wird. In den öffentlichen Haushalten schlagen sich diese Zulagen nicht als Ausgaben, sondern als Mindereinnahmen (734 Mill. DM⁷⁾) bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nieder. Auch ist darauf hinzuweisen, daß vielfältige Förderungsmaßnahmen außerhalb der Haushalte durch Wirtschaftsförderungs- und Landesentwicklungsgesellschaften durchgeführt werden. So bestehen in fast allen Ländern solche Unternehmen. Deren Aufgabe ist es, potentielle Investoren über die lokalen Gegebenheiten

oder die möglichen öffentlichen Fördermittel zu informieren und zu beraten sowie geeignete Grundstücke zu erschließen und bereitzustellen. Die Finanzaktivitäten dieser Gesellschaften sind jedoch, wenn auch nicht nach einzelnen Ausgabearten, so doch über die jeweiligen Landeszuschüsse auch vom Finanzvolumen her vollständig finanzstatistisch erfaßt und weitgehend in diesem Bereich, zum Teil auch in „Sonstige Bereiche“ nachgewiesen. Lediglich ein Land weist die entsprechenden Aktivitäten unter einem anderen, nicht zur Wirtschaftsförderung gehörenden Aufgabenbereich nach, da das betreffende Unternehmen auch noch andere Aufgaben mit anderen Schwerpunkten wahrnimmt.

Bürgschaften und Gewährleistungen werden ebenfalls als Instrument der Wirtschaftsförderung angewandt, denn sie bieten die Möglichkeit, auch ohne den Einsatz von Haushaltsmitteln den Förderungszweck zu erreichen. Der Förderungszweck besteht zum einen darin, die erheblichen, privatwirtschaftlich nicht versicherbaren Risiken deutscher Exporteure und Investoren im Ausland abzusichern. Binnenwirtschaftlich werden die Bürgschaften und Gewährleistungen zum Beispiel zur Finanzierung der Lebensmittelbevorratung, zur Förderung der Fischwirtschaft, zur Förderung des Wohnungsbaus u. ä. eingesetzt. Die Höhe, bis zu der Bürgschaften und Gewährleistungen von den Haushalten übernommen werden können (sog. Ermächtigungsrahmen), sind in den jeweiligen Haushaltsgesetzen festgelegt. Beispielsweise belief sich der Ermächtigungsrahmen beim Bund 1984 auf 114 % des Haushaltsvolumens. Finanzstatistisch erfaßt und hier nachgewiesen ist nicht die Höhe des Ermächtigungsrahmens, sondern der als Folge des Schadeneintritts zu leistende Ausgabebetrag, das heißt die Inanspruchnahme von Bund und Ländern aus diesen Bürgschafts- und Gewährverträgen. 1984 betrug sie 3,2 Mrd. DM, davon allein beim Bund 2,8 Mrd. DM. In dem Betrag der Länder sind allerdings zum Teil auch Zuschüsse an Wirtschaftsförderungsgesellschaften enthalten.

Bund und Länder unterstützten die Energiewirtschaft 1984 mit 2,8 Mrd. DM. Es handelte sich fast ausschließlich um Bundesaufwendungen in Form von Zuschüssen zur Förderung der Kernenergienutzung sowie der Gaswirtschaft, zum Beispiel durch Finanzhilfen zum Bau von Ferngas- und regionalen Erdgasleitungen; darüber hinaus sind die Finanzhilfen zum Bau von Kohleheizkraftwerken, Fernwärmeversorgungs- und Kohleveredlungsanlagen zu nennen. Ferner sind darin die Förder- und Absatzbeihilfen an Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus für die Lieferung von Koks, Kohle und Hochofenkoks enthalten. Ein Drittel der Fördermittelbeihilfeaufwendungen müssen die Bergbauländer tragen, wobei das Saarland im Hinblick auf die dort vorliegenden besonderen Verhältnisse freigestellt ist. Die übrigen Finanzhilfen der Länder betreffen vor allem Zuschüsse an Energieversorgungsunternehmen zum Ausbau des Erdgasleitungsnetzes.

Unter Industrie und Handwerk sind die Finanzhilfen der staatlichen Haushalte zur Förderung der zivilen Luftfahrtindustrie wie auch der Stahlindustrie ausgewiesen. Den Hilfen für die Stahlindustrie im Jahr 1984 liegt ein bis zum 31. Dezember 1987 befristetes Sonderprogramm zugrun-

⁵⁾ Siehe Zonenrandförderungs-gesetz vom 5. August 1971, BGBl. I S. 1237, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. August 1980, BGBl. I S. 1545.

⁶⁾ In der Fassung vom 4. Juni 1982, BGBl. I S. 646.

⁷⁾ Siehe 10. Subventionsbericht, BT-Drucksache 10/3821 vom 12. September 1985, S. 194.

de, das den notwendigen Anpassungsprozeß dieses vom Strukturwandel besonders betroffenen Bereiches mildern soll. Bei den Ländern fallen 1984 besonders die bedingt rückzahlbaren Zuschüsse des Saarlandes an die ARBED-Saarstahl GmbH sowie die Finanzhilfen von Rheinland-Pfalz an die Stahlunternehmen dieser Region ins Gewicht. Darüber hinaus werden die staatlichen Mittel zur Leistungssteigerung des Handwerks eingesetzt, zum Beispiel in Form von Zuschüssen für Beratungsmaßnahmen, Existenzgründungsprogrammen u. ä.; sie kommen überwiegend vom ERP-Sondervermögen. Insgesamt förderten die staatlichen Haushalte die Industrie und das Handwerk 1984 mit 2,7 Mrd. DM.

Finanzhilfen für den Fremdenverkehr weisen von den staatlichen Haushalten nur das ERP-Sondervermögen und die Länder auf (145 Mill. DM). Über 80 % der Aufwendungen in diesem Bereich entfallen auf das ERP-Sondervermögen, das diese Mittel den im Fremdenverkehr tätigen Unternehmen zu deren Leistungssteigerung gewährt. Bei den Ländern handelt es sich um Zuschüsse für Werbemaßnahmen an die damit beauftragten Stellen, zum Beispiel an die Landeszentrale für den Fremdenverkehr, an den Fremdenverkehrsverband u. ä. Daß der Bund in diesem Bereich keine Finanzhilfen aufweist, ergibt sich aus dem Nachweis der entsprechenden Mittel als „Erstattungen“, die finanzstatistisch dem laufenden Sachaufwand zugerechnet werden. Diese Zahlungen dienen vornehmlich der Unterstützung der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. in Frankfurt, deren Aufgabe es ist, im Ausland touristische Informationen über Deutschland zu verbreiten und für das Reiseland Deutschland zu werben.

Die Finanzhilfen für die übrige gewerbliche Wirtschaftsförderung beliefen sich 1984 auf 745 Mill. DM. Sie enthalten Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsiedlung und Nutzungsänderung besonders hochwassergefährdeter Gebiete. Empfänger sind auch Unternehmen der Wasser- und Bodewirtschaft, die die Mittel zum Hochwasser- und Küstenschutz verwenden. Ferner sind diesem Bereich die vor allem vom ERP-Sondervermögen finanzierten Zuschüsse für Ausstellungen und Messen im Inland sowie die des Bundes zur Exportförderung und Beteiligung an Auslandsmessen zugeordnet.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Bruttolohn und Lohnsteuer 1983

Vorbemerkung

Nach dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 ist unter anderem alle drei Jahre eine Lohnsteuerstatistik durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Statistik sind allein schon wegen des hohen Anteils, den die Lohnsteuer mit knapp einem Drittel des Gesamtsteueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland ausmacht, von Bedeutung. Die Hauptaufgabe dieser Statistik liegt jedoch darin, detaillierte Informationen über Struktur und Wirkungsweise der Einkommensbesteuerung von mehr als 25 Mill. veranlagten und nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmern zu liefern. Sie bietet damit der Finanz- und Steuerpolitik wichtige Orientierungs- und Entscheidungshilfen. Neben Unterlagen für die Erfüllung steuer- und fiskalpolitischer Aufgaben — wie beim Vollzug des Steuerverbands zwischen den Gebietskörperschaften (Berechnung des Gemeindeanteils an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer, Zerlegung der Lohnsteuer unter den Ländern)¹⁾ — enthält die Lohnsteuerstatistik auch Strukturdaten für die Schätzung des Lohnsteueraufkommens, wie zum Beispiel Angaben über Einkommensgrößenklassen, Steuerklassen und Kinderzahl. Schließlich ist sie eine unentbehrliche Grundlage für die Berechnung der Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Außer zusammengefaßten Ergebnissen über die Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohn-Größenklassen, Steuerklassen und Geschlecht werden in diesem Beitrag auch die wichtigsten Eckdaten aus der Lohnsteuerstatistik 1983 mit denen aus vorangegangenen Lohnsteuerstatistiken unter besonderer Berücksichtigung der Steuerbelastung verglichen²⁾. Erstmals sind auch Ansätze für eine sozioökonomische Gliederung möglich, nach der die Lohnsteuerpflichtigen in (ganzjährig) rentenversicherungspflichtige und nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer sowie Versorgungsempfänger unterteilt werden können. Nach Abschluß der Einkommensteuerstatistik 1983, deren Bundesergebnisse Mitte 1987 vorliegen dürften, ist außerdem wieder eine Darstellung der steuerlichen Einkommensschichtung vorgesehen, die um eine erweiterte Darstellung nach Größenklassen des zu versteuernden Einkommens und um eine Untergliederung nach Grund-/Splittingfällen ergänzt werden soll.

¹⁾ Gemäß § 1 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über Steuerstatistiken in Verbindung mit § 3 Gemeinderformgesetz und § 5 Zerlegungsgesetz.

²⁾ Die ausführlichen Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1983 sind, zusammen mit methodischen Erläuterungen, in der Fachserie 14, Reihe 7 3 veröffentlicht.

Einführung

Gesetzliche Grundlagen

Maßgebend für die Lohnsteuer-Festsetzung im Rahmen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs beziehungsweise für die Veranlagung zur Einkommensteuer im Kalenderjahr 1983 (Feststellungszeitraum) waren neben bestimmten Spezialvorschriften:

- das Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 24. Januar 1984 — EStG 1983 — (BGBl. I 1984 S. 113),
- die Lohnsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 19. Dezember 1980 — LStDV 1981 — (BGBl. I 1980 S. 2309) und
- die Lohnsteuer-Richtlinien in der Fassung vom 3. März 1981 — LStR 1981 — (BStBl. I 1981 S. 131).

Steuerrechtliche Grundbegriffe

Als **Steuerpflichtige** gelten alle veranlagten und nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer mit positivem Bruttolohn. Ehegatten, die beide in einem lohnsteuerpflichtigen Arbeitsverhältnis stehen, werden mit ihren summierten Jahresverdiensten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Ein zusätzlicher Individualnachweis bei berufstätigen Ehegatten ermöglicht mit gewissen Einschränkungen den Vergleich mit den Erhebungen vor 1968.

Der **Bruttolohn** umfaßt die Summe der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Lohnsteuerbeträge ohne Kürzung um Arbeitnehmer- und Weihnachts-Freibetrag. Mit bestimmten Einschränkungen sind die Vermögenswirksamen Leistungen ebenfalls einbezogen.

Als **Lohnsteuer** wird die auf der Lohnsteuerkarte eingetragene einbehaltene Lohnsteuer erfaßt, wobei alle vom Arbeitgeber im Jahresausgleich und die vom Finanzamt im sogenannten manuellen Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteten Beträge berücksichtigt sind. Bei Fällen des maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der maschinellen Einkommensteuer-Veranlagung von Arbeitnehmern mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird grundsätzlich die vom Finanzamt festgesetzte Jahreslohnsteuer beziehungsweise Einkommensteuer nachgewiesen. Die Durchführung des Lohnsteuerabzugs erfolgt nach den im Gesetz festgelegten Steuerklassen; danach gelten die Steuerklassen I und II grundsätzlich für alleinstehende, die Steuerklassen III bis V grundsätzlich für verheiratete Arbeitnehmer. Soweit mehr als eine Lohnsteuerkarte für einen Arbeitnehmer ausgestellt worden ist (Steuerklasse VI), sind die dort enthaltenen Beträge ebenfalls erfaßt.

Steuerrechtsänderungen seit 1980

Die im Zeitraum 1980 bis 1983 erfolgten Rechtsänderungen sind insbesondere im Steuerentlastungsgesetz 1981 vom 16. August 1980 (BGBl. I 1980 S. 1381), im Zweiten Haushaltsstrukturgesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I 1981 S. 1523) und im Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I 1982 S. 1738) geregelt worden.

Während das Steuerentlastungsgesetz noch allgemeine Steuererleichterungen brachte, hatten die beiden zuletzt genannten Gesetze die Konsolidierung der Staatsfinanzen zum Ziel, indem für bestimmte Personengruppen steuerliche Vorteile gestrichen beziehungsweise eingeschränkt wurden.

Durch das Steuerentlastungsgesetz wurden bei den Sonderausgaben der Vorsorge-Pauschbetrag für Alleinstehende/Verheiratete von 240/480 DM auf 270/540 DM und im Steuertarif — unter gleichzeitigem Wegfall des allgemeinen Tariffreibetrags von 510 DM — der Grundfreibetrag von 3 690 auf 4 212 DM angehoben. Weitere Steuererleichterungen bei den Sonderausgaben folgten durch die Anhebung der Höchstbeträge von 2 100/4 200 auf 2 340/4 680 DM und des Vorwegabzugs von 2 500/5 000 auf 3 000/6 000 DM sowie durch die Erhöhung des Haushaltsfreibetrags von 3 000 auf 4 212 DM für Alleinstehende mit Kindern. Schon für 1980 war der Weihnachts-Freibetrag von 400 auf 600 DM erhöht worden.

Durch das Haushaltsstrukturgesetz wurde ab 1982 der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende über 49 Jahre ohne Kinder in Höhe von 864 DM gestrichen mit der Folge, daß diesem Personenkreis nunmehr die Steuerklasse I anstelle der Steuerklasse II zugeordnet wird. Die Altersgrenze der für die Gewährung des Haushaltsfreibetrages generell zu berücksichtigenden Kinder wurde um zwei Jahre herabgesetzt. Die betroffenen Kinder werden nur noch unter den Bedingungen, wie sie für die 18- bis 27jährigen bestehen, berücksichtigt. Schließlich werden die sogenannten Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld/-hilfe, Kurzarbeiter-/Schlechtwettergeld) bei der Berechnung der Jahreslohnsteuer, die unter bestimmten Voraussetzungen sogar über eine Einkommensteuer-Veranlagung festzusetzen ist, im Rahmen des „Progressionsvorbehaltes“ mit berücksichtigt; das heißt, der unter Einbeziehung der Lohnersatzleistungen errechnete durchschnittliche Steuersatz bewirkt eine höhere Jahreslohnsteuer.

Durch das Haushaltsbegleitgesetz wurde die Vorsorgepauschale für nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger von 2 340/4 680 DM beziehungsweise 1 170/2 340 DM auf jeweils 1 000/2 000 DM reduziert. Der Kinderfreibetrag, der bei der Einkommensteuerreform 1975 durch das steuerneutrale Kindergeld ersetzt worden war, wurde zwar wieder eingeführt (432 DM je Kind), der hiermit verbundene steuerliche Entlastungseffekt wurde jedoch in vielen Fällen aufgehoben oder ins Gegenteil verkehrt, weil der Abzug der Kinderbetreuungskosten gestrichen und das Kindergeld beim dritten Kind generell um 20 DM pro Monat und ab dem zweiten Kind — abhängig vom Jahres-Nettoeinkommen — um bis zu 30 DM (beim dritten Kind bis zu 80 DM sowie beim vierten und jedem weiteren Kind bis zu 100 DM pro Monat) reduziert wurde.

Aktualität und Vergleichbarkeit

Eines der Hauptprobleme bei der Erstellung der Lohnsteuerstatistik wie auch anderer Steuerstatistiken ist die durch das Besteuerungsverfahren bedingte späte Vorlage der Ergebnisse. Erst nach Abschluß von Lohnsteuer-Jahres-

ausgleich und Einkommensteuer-Veranlagung stehen die Unterlagen der Finanzverwaltung den Statistischen Ämtern für die Auswertung zur Verfügung. Der Liefertermin an die Statistik hängt sowohl vom Zeitpunkt der Abgabe des Antrags auf Lohnsteuer-Jahresausgleich beziehungsweise der Einkommensteuer-Erklärung als auch von der Dauer des Steuerfestsetzungsverfahrens ab. Lange Zeit beanspruchten die Veranlagungsfälle, da die Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung im vereinfachten Verfahren bis zum 28. Februar 1985 und in begründeten Einzelfällen sogar noch darüber hinaus verlängert werden kann. Das sich anschließende Veranlagungsverfahren und die dezentrale Aufbereitung sind weitere, zeitverzögernde Faktoren.

Um nicht bis zur Vorlage der Daten des letzten Lohnsteuerpflichtigen warten zu müssen, war bei der Lohnsteuerstatistik 1983 als Schlußtermin für die Datenlieferung der Finanzverwaltungen an die Statistischen Landesämter der 30. Juni 1985 festgelegt worden. Dieser Stichtag ermöglichte die Erfassung nahezu aller Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in der Lohnsteuerstatistik. Spätere Lieferungen — grundsätzlich aus dem Veranlagungsbereich — werden in der Einkommensteuerstatistik berücksichtigt, die ihrerseits veranlagte Arbeitnehmer gesondert nachweist. Als Schlußtermin für diese Datenlieferung ist der 30. September 1986 festgesetzt.

Gegenüber 1980 liegen keine, den Vergleich der Gesamtzahlen störende Änderungen rechtlicher oder organisatorisch-technischer Art vor. Der Anteil der Nichtsteuerbelasteten an der Gesamtzahl der erfaßten Lohnsteuerpflichtigen nahm gegenüber 1980 trotz der im Steuerentlastungsgesetz 1981 festgelegten Steuererleichterungen von 18,5 auf 17,3 % ab, obwohl eigentlich eine Zunahme zu erwarten war. Strukturelle Verschiebungen ergaben sich aufgrund der Streichung des Privilegs „Haushaltsfreibetrag“ für ältere alleinstehende Arbeitnehmer (ab 50 Jahre) ohne Kinder; sie erhielten anstelle der Steuerklasse II die Steuerklasse I. Darüber hinaus ist durch die unter bestimmten Voraussetzungen neuerdings erforderliche Veranlagung von Arbeitnehmern mit Lohnersatzleistungen mit Sicherheit der Anteil der Veranlagten gestiegen. Die Zahl der nicht zusammengeführten Lohnsteuerkarten von Arbeitnehmer-Ehegatten, die entgegen dem Prinzip der Steuerpflichtigen-Zählung (ein Ehepaar = ein Steuerpflichtiger) als zwei Steuerpflichtige gezählt werden, hat sich gegenüber 1980 nur geringfügig verringert, so daß hiervon kein merklicher Einfluß auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ausging.

Trotz des Anstiegs der Arbeitslosen und der Abnahme der abhängig Beschäftigten hat die Anzahl der Lohnsteuerpflichtigen zwischen 1980 und 1983 geringfügig zugenommen. Diese nicht mit der Wirtschaftsentwicklung im Einklang stehende Zunahme dürfte mit der vollständigeren Erfassung der Lohnsteuerpflichtigen im Vergleich zu früheren Erhebungen zu erklären sein.

Ergebnisse

Hauptergebnisse und Entwicklung

In der Lohnsteuerstatistik 1983 sind 21,4 Mill. Lohnsteuerpflichtige mit einem Bruttolohn von 767,8 Mrd. DM erfaßt

worden. Die Zahl der Steuerfälle betrug 25,8 Mill., weil rund 4,4 Mill. Arbeitnehmer zusammen mit ihren Ehegatten, die ebenfalls Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen, besteuert wurden. Gegenüber 1980 hat sich die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und der Lohnsteuerfälle nur geringfügig um 1,7 beziehungsweise 0,4 %, ihr Bruttolohn dagegen kräftig um 11,6 % erhöht. Die Lohnsteuer, die für das Jahr 1983 festgesetzt beziehungsweise einbehalten worden ist, belief sich auf 119,1 Mrd. DM, das bedeutet einen Zuwachs von 17,0 % gegenüber 1980. In diesem Betrag ist der Saldo aus Erstattung abzüglich Nachzahlung der Veranlagungsfälle mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 3,3 Mrd. DM enthalten, der sich aus 3,6 Mrd. DM Erstattungen und 0,3 Mrd. DM Nachzahlungen zusammensetzt. 1980 betrug dieser Saldo 2,6 Mrd. DM³⁾.

Tabelle 1: Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer¹⁾
Ergebnis der Lohnsteuerstatistik

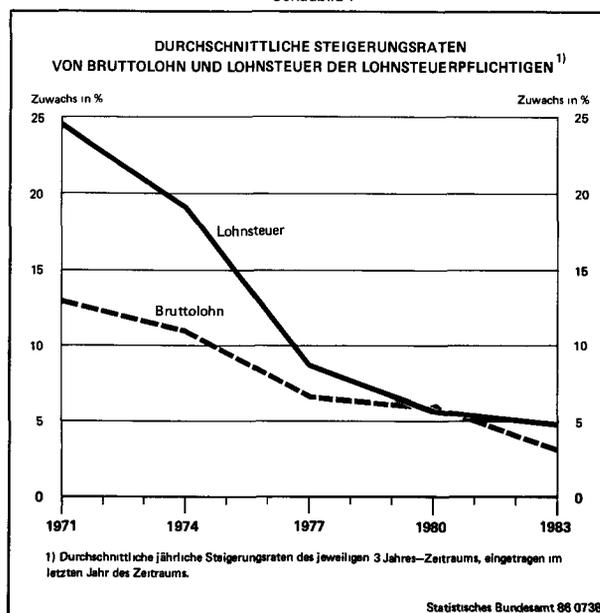
Jahr	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Lohnsteuer	
	1 000	1968 = 100	Mill. DM	1968 = 100	Mill. DM	1968 = 100
1968	18 744	100	216 142	100	18 752	100
1971	20 551	109,6	340 686	157,6	39 783	212,2
1974	20 806	111,0	470 623	217,7	68 103	363,2
1977	20 306	108,3	558 603	258,4	85 379	455,3
1980	21 072	112,4	688 121	318,4	104 415	556,8
1983	21 440	114,4	767 795	355,2	122 391	652,7

¹⁾ Wegen des Vergleichs über einen längeren Zeitraum ist bei allen veranlagten Lohnsteuerpflichtigen als Lohnsteuer für die Jahre 1980 und 1983 — wie in den vorangegangenen Jahren — die einbehaltene Lohnsteuer eingesetzt (siehe Fußnote Tabelle 3 und 4).

Seit 1968 ist die Lohnsteuer auf das Sechseinhalbfache angestiegen, während der Bruttolohn sich im gleichen Zeitraum nur auf das Dreieinhalbfache erhöht hat. Dieser Unterschied ist auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen. Zum einen steigt, wenn auch zum Teil nur geringfügig, das Einkommen ständig an, zum anderen wird bei unverändertem Steuertarif aufgrund des Progressions-effekts eine immer höhere zusätzliche Steuer fällig. Durch Änderungen im Einkommensteuerrecht wird diese Auswirkung von Zeit zu Zeit gemildert. Besonders deutlich war dies im Zeitraum von 1977 bis 1980 erkennbar, in dem

³⁾ Beim Vergleich mit Jahreslohnsteuerbeträgen der Erhebungsjahre vor 1980 müssen diese Saldobeträge miteinbezogen werden; siehe Tabellen 1 und 2 (Fußnote).

Schaubild 1



durch mehrere Gesetzesänderungen der Progressionswirkung so entscheidend entgegengesteuert worden war, daß — bisher einmalig — die Bruttolohnsumme stärker anstieg als die Lohnsteuersumme. Im Zeitraum 1980 bis 1983 wurde diese Wirkung wieder aufgehoben.

Tabelle 2 und das vorstehende Schaubild 1 zeigen diesen Verlauf besonders deutlich. Die „normalerweise“ ständig in den Dreijahresabständen steigende durchschnittliche Steuerbelastung ging im Zeitraum 1977 bis 1980 gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum um 0,1 Prozentpunkt zurück und stieg danach wieder an; das heißt, es mußte 1980 gegenüber 1977 für zusätzliche 1 000 DM Bruttolohn eine DM weniger Lohnsteuer gezahlt werden. Folgerichtig liegt auch für diesen Zeitraum die Grenzsteuerbelastung mit 14,6 % unter der Durchschnittsbelastung von 15,2 %. Im Zeitraum von 1980 bis 1983 schlug diese Tendenz dann wieder um. Mit zusätzlich 7 DM je zusätzlich verdienten 1 000 DM füllten sich die Kassen des Fiskus wieder. Die durchschnittliche Grenzbelastung, die bis 1974 auf 22,1 % angestiegen war, nach der Einkommensteuerreform 1975 und den verschiedenen Steuerentlastungsmaßnahmen über 1977 mit 19,1 auf 14,6 % im Jahr

Tabelle 2: Durchschnittliche(r) Bruttolohn, Lohnsteuer und Steuerbelastung¹⁾ der Lohnsteuerpflichtigen
Ergebnis der Lohnsteuerstatistik

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1968	1971	1974	1977	1980	1983
Durchschnittlicher Bruttolohn							
Stand	DM	11 531	16 578	22 619	27 509	32 655	35 812
Zunahme ²⁾	DM	—	5 047	6 041	4 890	5 146	3 157
	%	—	43,8	36,4	21,6	18,7	9,7
Durchschnittliche Lohnsteuer							
Stand	DM	1 000	1 936	3 273	4 205	4 955	5 709
Zunahme ²⁾	DM	—	936	1 337	932	750	754
	%	—	93,6	69,1	28,5	17,8	15,2
Steuerbelastung							
Durchschnittliche Belastung ³⁾	%	8,7	11,7	14,5	15,3	15,2	15,9
„Grenzbelastung“	%	—	18,5	22,1	19,1	14,6	23,9

¹⁾ Wegen des Vergleichs über einen längeren Zeitraum ist bei allen veranlagten Lohnsteuerpflichtigen als Lohnsteuer für die Jahre 1980 und 1983 — wie in den vorangegangenen Jahren — die einbehaltene Lohnsteuer eingesetzt (siehe Fußnote Tabellen 3 und 4). — ²⁾ Gegenüber der jeweils letzten Erhebung. — ³⁾ Durchschnittliche Lohnsteuer: durchschnittlichen Bruttolohn.

1980 gesunken war, erreichte mit 23,9 % im Jahr 1983 ihren bisherigen Höchststand.

Im Schaubild 1 sind die durchschnittlichen Steigerungsraten für die Lohnsteuerpflichtigen dargestellt, die allerdings erst ab 1968 in der heute üblichen Art (Arbeitnehmer-Ehegatten = ein Steuerpflichtiger) erfaßt werden. Ausgehend von extrem auseinanderliegenden Werten nähern sich die Zuwachsraten zunehmend einander an, zunächst bis 1974, bedingt durch die im Rahmen der Einkommensteuerreform 1975 auf 1974 vorgezogene Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 100 auf 400 DM, ab 1975 verstärkt durch die zahlreichen weiteren Reformmaßnahmen, so daß die Differenz der durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten von 8,2 Prozentpunkten 1974 auf 2 Prozentpunkte bis 1977 zusammenschmolz. Weitere Entlastungsmaßnahmen in den Jahren 1978 und 1979 führten dazu, daß sich die Verbindungslinien überschneiden; das heißt die durchschnittliche Lohnsteuer-Steigerung erstmals trotz progressiven Verlaufs des Steuertarifs unter die durchschnittliche Bruttolohn-Steigerung zu liegen kam. Dieser Verlauf — analog übrigens auch der Verlauf bei den Steuerfällen — wurde dann im folgenden Zeitraum durch die bereits erwähnten Konsolidierungsmaßnahmen wieder umgedreht, so daß die Schere sich erneut öffnete und der Lohn wieder in höherem Maße besteuert wurde, als er selbst stieg.

Lohnsteuerpflichtige nach Art der Erfassung

Nach den Ergebnissen der beiden vorangegangenen Lohnsteuerstatistiken — die Größenklassen um die allgemeinen Veranlagungsgrenzen von 24 000/48 000 DM waren damals bereits am stärksten besetzt — war selbst bei einer Bruttolohnsteigerung von nur durchschnittlich jährlich 3,1 % eine weitere Zunahme von Veranlagungsfällen zu erwarten, zumal ab 1982 auch Arbeitnehmer mit geringerem Bruttolohn zur Veranlagung herangezogen werden konnten, wenn sie nämlich in Verbindung mit bestimmten Voraussetzungen Lohnersatzleistungen erhalten hatten.

Tatsächlich fiel der Anteil der Lohnsteuerpflichtigen mit maschinellem Lohnsteuer-Jahresausgleich von 44,1 % im Jahr 1980 (1977: 53,3 %; 1974: 54,4 %; 1971: 57,1 %) auf 38,9 % im Jahr 1983 ab. Ebenso ging auch der Anteil der

manuell erfaßten Fälle⁴⁾ von 13,9 auf 12,5 % zurück. Umgekehrt wuchs der Anteil der maschinell zur Einkommensteuer veranlagten Arbeitnehmer von 42,0 % im Jahr 1980 auf 48,6 % im Jahr 1983 an.

Die Abgabe von Einkommensteuererklärungen durch lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer hängt nur zum Teil von der Höhe ihres zu versteuernden Einkommens ab. Außer in den oben angeführten Fällen mit Lohnersatzleistungen müssen Einkommensteuer-Erklärungen auch unabhängig von der Höhe des zu versteuernden Einkommens bei Vorliegen von Einkünften aus anderen Einkunftsarten abgegeben werden.

Noch klarer zeigen sich die Verschiebungen bei den Bruttolöhnen. So stammten 1983 nur noch 28,7 % der erfaßten Bruttolohnsumme aus dem Bereich des maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs, dagegen 68,0 % aus der maschinellen Einkommensteuer-Veranlagung. 1977 fielen die Quoten mit 48,5 zu 45,8 % noch zugunsten des maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs aus, 1980 jedoch hatte sich das Verhältnis mit 35,7 zu 59,8 % bereits extrem zugunsten der Veranlagungsfälle gewandelt. Nachdem die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen 1980 bereits 72,1 % der Lohnsteuer aufgebracht hatten, stieg ihr Anteil 1983 auf knapp vier Fünftel des gesamten Steuer-Solls. Alles in allem überrascht es nicht, daß ausschließlich bei diesem Personenkreis ein Anstieg der durchschnittlichen Lohnsteuer um 744 DM je Steuerpflichtigen festzustellen ist. Nach dem Rückgang der durchschnittlichen Steuerbelastung von 19,1 % im Jahr 1977 auf 17,9 % im Jahr 1980 erhöhte sich damit wieder ihre durchschnittliche Steuerbelastung, wenn auch nur geringfügig auf 18,0 %. Bei den Lohnsteuer-Jahresausgleichs- und übrigen Fällen (vergleiche Tabellen 3 und 4) reduzierte sich die durchschnittliche Lohnsteuer um 24 beziehungsweise 176 DM; ihre durchschnittliche Steuerbelastung verringerte sich um 0,1 Prozentpunkt auf 10,4 % beziehungsweise um 0,8 Prozentpunkte auf 7,5 %.

Im Gegensatz zu früheren Erhebungsjahren ist die Anzahl der Lohnsteuerpflichtigen, die keine Lohnsteuer mehr zu zahlen hatten, wieder zurückgegangen. Der Anteil der

⁴⁾ Siehe Fußnote 3

Tabelle 3: Bruttolohn und Lohnsteuer¹⁾ der Lohnsteuerpflichtigen 1983 nach Art der Erfassung
Ergebnis der Lohnsteuerstatistik

Art der Erfassung Art der Steuerbelastung	Lohnsteuerpflichtige			Bruttolohn			Lohnsteuer		
	1 000	%	1980 = 100	Mrd. DM	%	1980 = 100	Mrd. DM	%	1980 = 100
Lohnsteuerpflichtige mit maschineller Einkommensteuer-Veranlagung	10 430	48,6	117,8	522,2	68,0	127,0	94,3	79,1	128,4
Steuerbelastete	9 870	46,0	118,5	517,9	67,4	127,2	94,3	79,1	128,4
Nichtsteuerbelastete	560	2,6	107,7	4,4	0,6	108,1	—	—	—
Lohnsteuerpflichtige mit maschinellem Lohnsteuer-Jahresausgleich	8 332	38,9	89,7	220,5	28,7	89,8	23,0	19,3	89,0
Steuerbelastete	7 076	33,0	90,0	214,2	27,9	89,9	23,0	19,3	89,0
Nichtsteuerbelastete	1 256	5,9	88,3	6,4	0,8	84,8	—	—	—
Übrige Steuerpflichtige	2 677	12,5	91,2	25,0	3,3	80,1	1,9	1,6	72,9
Steuerbelastete	791	3,7	80,7	18,3	2,4	77,4	1,9	1,6	72,9
Nichtsteuerbelastete	1 887	8,8	96,5	6,7	0,9	88,8	—	—	—
Insgesamt	21 440	100	101,7	767,8	100	111,6	119,1	100	117,0
Steuerbelastete	17 737	82,7	103,3	750,3	97,7	112,2	119,1	100	117,0
Nichtsteuerbelastete	3 703	17,3	95,0	17,4	2,3	91,3	—	—	—

¹⁾ Bei den veranlagten Lohnsteuerpflichtigen mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist als Lohnsteuer die festgesetzte Einkommensteuer, bei den übrigen veranlagten Lohnsteuerpflichtigen — wie bisher — die einbehaltene Lohnsteuer eingezahlt

Tabelle 4: Durchschnittliche(r) Bruttolohn, Lohnsteuer und Steuerbelastung¹⁾ der Lohnsteuerpflichtigen 1983 nach Art der Erfassung

Ergebnis der Lohnsteuerstatistik

Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche(r)				Durchschnittliche Steuerbelastung ²⁾	
	Bruttolohn		Lohnsteuer		1983	1980
	1983	1980	1983	1980		
	DM				%	
Lohnsteuerpflichtige insgesamt	35 812	32 655	5 557	4 833	15,5	14,8
Lohnsteuerpflichtige mit maschineller Einkommensteuer-Veranlagung	50 068	46 452	9 037	8 293	18,0	17,9
Lohnsteuerpflichtige mit maschinellern Lohnsteuer-Jahresausgleich	26 469	26 460	2 760	2 784	10,4	10,5
Übrige Lohnsteuerpflichtige	9 349	10 645	703	879	7,5	8,3
Steuerbelastete	42 305	38 952	6 717	5 929	15,9	15,2
Nichtsteuerbelastete	4 711	4 904	—	—	—	—

1) Bei den veranlagten Lohnsteuerpflichtigen mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist 1980 und 1983 als Lohnsteuer die festgesetzte Einkommensteuer, bei den übrigen veranlagten Lohnsteuerpflichtigen — wie bisher — die einbehaltene Lohnsteuer eingesetzt. — 2) Durchschnittliche Lohnsteuer \times 100. Durchschnittlicher Bruttolohn

Steuerbelasteten ist dagegen um mehr als eine halbe Million gestiegen. Offensichtlich haben bei relativ niedriger Bruttolohnsteigerung die Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes und des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 die Steuererleichterungen des vorangegangenen Steuerentlastungsgesetzes mehr als aufgezehrt. Genaueren Aufschluß darüber könnte nur ein Vergleich mit jährlichen Zahlen bringen, in denen sich laufend und nicht — wie hier bei den im Dreijahresturnus erhobenen Zahlen — über die Zeit saldiert die Auswirkungen aufeinanderfolgender Gesetze ablesen ließen.

Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen

Die Steigerung der Bruttolohnsumme kam 1983 in vermehrtem Maße den besser verdienenden Arbeitnehmern zugute; das heißt, auf die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen entfernte sich die Verteilung der Einkommen wieder etwas mehr vom Idealzustand der Gleichverteilung. Untergliedert man die Lohnsteuerpflichtigen in der Reihenfolge ihrer Bruttolöhne zum Beispiel in vier gleich große Teilmengen (Quartile), so ergibt die folgende Übersicht für die Jahre 1980 und 1983, daß die unteren 75 % der Lohnsteuerpflichtigen bei steigendem Einkommen und ziemlich konstanter Gesamtzahl im Durchschnitt erneut zwar nicht absolut, jedoch relativ weniger, die restlichen 25 % mit den höchsten Löhnen und Gehältern absolut und relativ mehr verdienten. Die Schere der Verteilung öffnet sich also auch ohne die Einkünfte der sogenannten Gewinneinkünftler, insbesondere der Gewerbetreibenden und Selbständigen, weiter zu Lasten der Gleichverteilung.

Verteilung der Bruttolohnsumme auf jeweils ein Viertel der Lohnsteuerpflichtigen

Jahr	Quartil			
	1.	2.	3.	4.
1980	4,7	18,1	28,3	49,0
1983	4,3	17,8	27,9	50,1

In der Verteilung auf die Steuerklassen setzt sich grundsätzlich die Entwicklung des vorangegangenen Zeitraums fort: Das Gewicht der Alleinstehenden mit den Steuerklassen I und II nimmt gegenüber den Verheirateten immer mehr zu. Dies mag weniger auf die zunehmende Zahl von Ehescheidungen als vielmehr auf die vermehrt ins Berufsleben einsteigenden geburtenstarken Jahrgänge zurückzuführen sein. Innerhalb der Gruppe der Verheirateten gibt es gegenüber der Entwicklung 1977 bis 1980 eine Kehrtwende. Während damals die Zahl der Ehepaare mit den Steuerklassen-Kombinationen III/IV und IV/IV zunahm, liegt sie 1983 wieder unter der Zahl von 1980. Dafür nahm — mit Sicherheit nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit — die Zahl der Ehepaare zu, von denen nur einer Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezog.

Tabelle 5: Lohnsteuerpflichtige nach Steuerklassen
Ergebnis der Lohnsteuerstatistik

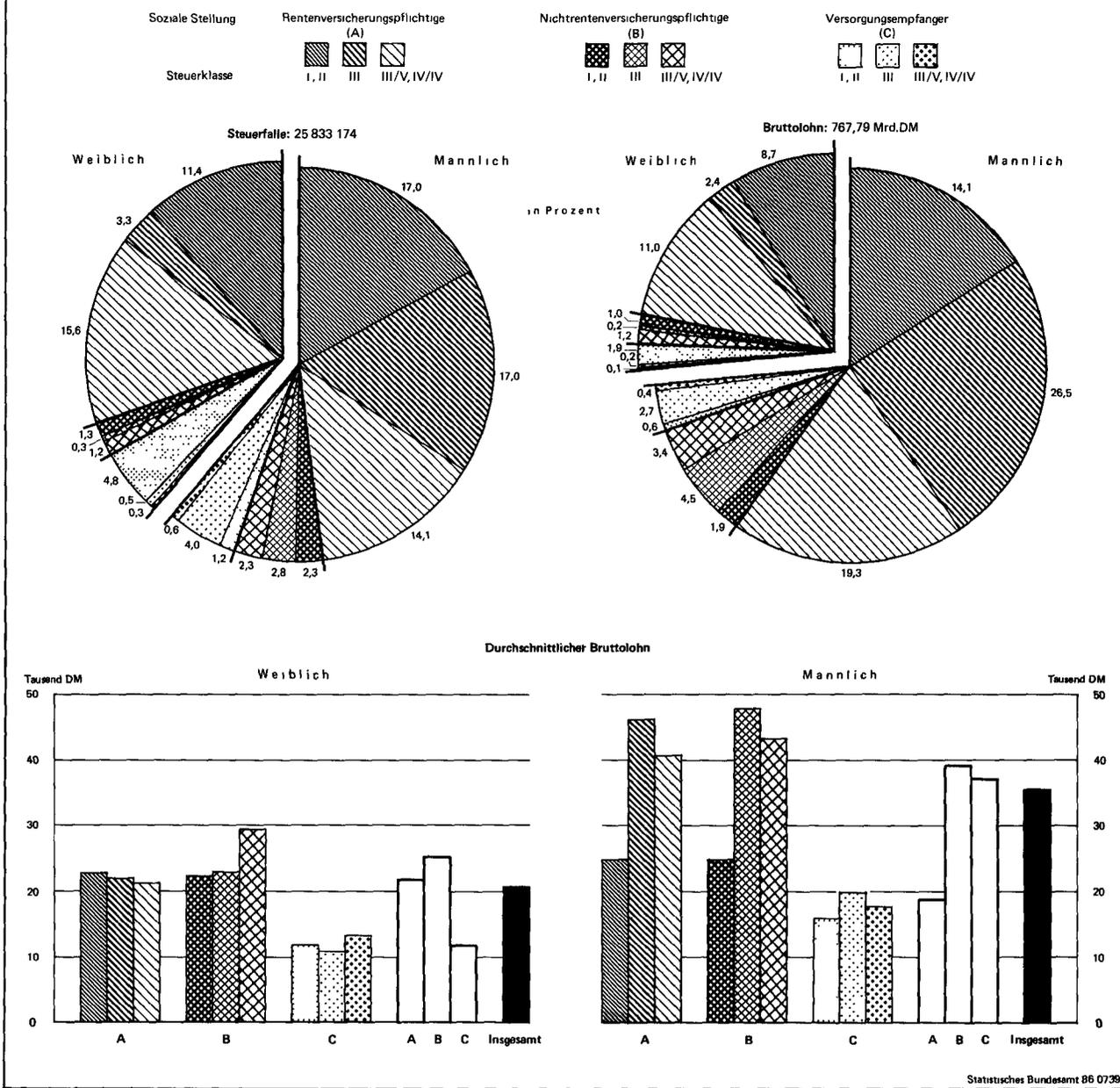
Steuerklassen	Lohnsteuerpflichtige					
	1977		1980		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Zusammen ...	20 306 141	100	21 072 421	100	21 439 770	100
darunter:						
I	5 792 737	28,5	6 476 005	30,7	8 970 012	41,8
II	2 778 440	13,7	2 858 026	13,6	804 226	3,8
III (ohne V)	7 155 502	35,2	6 986 767	33,2	7 185 636	33,5
III/V	2 425 167	11,9	2 554 995	12,1	2 515 761	11,7
IV/IV	2 061 028	10,1	2 105 077	10,0	1 877 643	8,8

Eindrucksvoll spiegelt sich die Streichung des Haushaltsfreibetrages für alleinstehende Lohnsteuerpflichtige über 49 Jahre ohne Kind wider; ihnen wird ab 1982 anstelle der Steuerklasse II die Steuerklasse I zugeordnet. Rund 2,1 Mill. weniger Steuerpflichtige im Jahr 1983 zählt die Steuerklasse II gegenüber 1980, die Steuerklasse I dagegen umfaßt mit rund 2,5 Mill. zusätzlich rund 0,4 Mill. mehr, die sich aus unverheirateten Berufsanfängern einerseits und Geschiedenen, Getrenntlebenden und Verwitweten ohne Kind andererseits zusammensetzen mögen.

Lohnsteuerpflichtige nach Geschlecht und sozialer Stellung

Die 1983 erfaßten 25,8 Mill. lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer werden erstmals in einer groben Gliederung nach ihrer sozialen Stellung nachgewiesen. Die Möglichkeit eines solchen Nachweises ergab sich für die Statistik automatisch aus der Rechtsänderung im Bereich der Vorsorgeaufwendungen, die für einen bestimmten Personenkreis (siehe § 10 c Abs. 5 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. aa und bb EStG) ab 1982 nur noch eine gekürzte Vorsorgepauschale vorsieht. Grundsätzlich kommen für diese Gruppierungen alle nichtganzjährig Rentenversicherungspflichtigen — überwiegend Beamte, aber auch Angestellte, die zum Beispiel mit ihrem Verdienst über der Beitragsbemessungsgrenze liegen — und Versorgungsempfänger in Frage, die hier kurz als nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bezeichnet werden. Von diesen sind alle diejenigen ge-

VERTEILUNG DER LOHNSTEUERPFLICHTIGEN ARBEITNEHMER UND VERSORGUNGSEMPFÄNGER 1983
NACH GESCHLECHT, STEUERKLASSEN (FAMILIENSTAND) UND SOZIALER STELLUNG



sondert erfaßt, die einen Versorgungsfreibetrag erhielten (Versorgungsempfänger). Diese Gruppe der Versorgungsempfänger wird in der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zu den lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmern gezählt, weil ihre Versorgungsbezüge zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören.

Die größte Gruppe mit knapp vier Fünfteln aller Lohnsteuerfälle (78,2 %) stellen die rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. In großem Abstand folgt mit einem Anteil von 11,5 % die Gruppe der Versorgungsempfänger knapp vor den übrigen nichtrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern (10,3 %).

Gut sechs von zehn sind männliche Arbeitnehmer gewesen, die knapp drei Viertel der Bruttolohnsumme auf sich vereinen konnten. In der gleichen Relation liegen die Män-

ner auch in der bei weitem größten Gruppe der Rentenversicherungspflichtigen vor den Frauen. Noch stärker vertreten sind sie mit mehr als sieben von zehn in der Gruppe der Nichtrentenversicherungspflichtigen, wogegen bei den Versorgungsempfängern das Verhältnis zwischen den Geschlechtern nahezu ausgeglichen ist. In dieser Gruppe der Versorgungsempfänger wirken sich die höheren Lebenserwartungen der Frauen einerseits und die Folgen des letzten Weltkrieges (Kriegerwitwen) andererseits entscheidend aus. Dies zeigt auch die imponierende Zahl der alleinstehenden Frauen in dieser Gruppe, die mit 1,2 Mill. 41,6 % aller Versorgungsempfänger ausmachen. Relativ wenig ins Gewicht fallen hier die alleinstehenden Männer mit rund 0,3 Mill. und die verheirateten Frauen mit rund 0,2 Mill. In keiner der anderen Gruppierungen erreichen die Frauen einen zahlenmäßig so hohen

Anteil gegenüber den Männern; er wird allerdings wesentlich relativiert, wenn man den entsprechenden Anteil an der Gesamtbruttolohnsumme miteinbezieht, der um mehr als die Hälfte im Vergleich zu ihrem Anteil an allen Lohnsteuerfällen (5,7 %) auf 2,2 % absinkt. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß die vom verstorbenen Ehemann erworbenen Versorgungsansprüche ohnehin in der Regel um 40 % reduziert sind.

Grundsätzlich liegen die Frauen in jeder Gruppierung mit ihrem zahlenmäßigen Anteil über dem wertmäßigen. Bei den Männern sind die Alleinstehenden und die Versorgungsempfänger ebenfalls von der Zahl her stärker vertreten. Allein die Gruppe der renten- und nichtrentenversicherungspflichtigen Ehemänner erreicht ein solch hohes Gewicht, daß sie bei einem 36,2 %-Anteil an der Gesamtzahl mit 53,7 % mehr als die Hälfte der Bruttolohnsumme auf sich vereint. Dabei werden in der relativ kleinen Gruppe der nichtrentenversicherungspflichtigen verheirateten Männer die offensichtlich höchsten durchschnittlichen Bruttolöhne erzielt, und hier am stärksten bei denen, deren Ehefrau keine eigenen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hat.

Knapp die Hälfte der Arbeitnehmer (12,4 Mill. oder 48,0 %) wird von rentenversicherungspflichtigen Männern gestellt, die wiederum mit 4,4 Mill. zu einem guten Drittel alleinstehend und mit 8,0 Mill. zu knapp zwei Dritteln verheiratet sind. Mit einer Verteilung von 55:45 lagen unter letzteren diejenigen mit Ehefrau, die keine eigenen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hatte, leicht vor denen mit Ehefrau ohne Arbeitnehmer-Einkünfte. Die rentenversicherungspflichtigen Frauen machten mit 7,8 Mill. (30,2 %) die zweitstärkste Gruppe aus. 2,9 Mill. oder — analog zu den Männern — mehr als ein Drittel von ihnen waren alleinstehend, knapp 4,9 Mill. verheiratet. Im Gegensatz zur korrespondierenden Gruppe der Männer erreichten bei den verheirateten Frauen diejenigen mit abhängig beschäftigtem Ehemann mit mehr als vier Fünfteln den höchsten Anteil.

Die nichtrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit insgesamt 2,7 Mill. teilen sich in 1,9 Mill. Männer und 0,7 Mill. Frauen. Bei den Männern ist die stärkste Gruppe mit 0,7 Mill. die der Ehemänner, deren Ehefrauen keine eigenen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen, gefolgt von rund 0,6 Mill. Ehemännern mit Ehefrauen ohne Arbeitnehmer-Einkünfte und knapp 0,6 Mill. Alleinstehenden. Im Gegensatz zu den Männern waren bei den verheirateten Frauen diejenigen mit abhängig beschäftigtem Ehemann mit einem mehr als Dreiviertel-Anteil am stärksten vertreten.

Setzt man die Bruttolohnsumme der einzelnen Gruppen in Relation zu ihrer Besetzung, so ergibt sich, daß bei einem Gesamtdurchschnittsbruttolohn von rund 29 700 DM von insgesamt 18 Personengruppen (drei Merkmale mit einmal zwei und zweimal drei Ausprägungen) lediglich vier Gruppen, die sich ausschließlich aus verheirateten Männern zusammensetzen, überdurchschnittliche Bruttolöhne haben. Diese Bruttolöhne erreichen übrigens ein dermaßen überdurchschnittliches Niveau, daß sie mit ihrem Anteil von 36,2 % an allen Fällen das andererseits zum Teil sehr niedrige Niveau insgesamt auf knapp 30 000 DM pro

Jahr anheben. Die Ehemänner, deren Frauen keine eigenen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hatten, lagen mit rund 47 800 DM (Nichtrentenversicherungspflichtige) beziehungsweise rund 46 300 DM (Rentenversicherungspflichtige) vor denen, deren Ehefrau eigene Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hatte, mit rund 43 300 DM (Nichtrentenversicherungspflichtige) beziehungsweise rund 40 600 DM (Rentenversicherungspflichtige).

Wie es sich schon im Verhältnis der zahlenmäßigen zu den wertmäßigen Anteilen gezeigt hat, liegen gerade die Frauen mit Versorgungsbezügen zwischen 10 800 und 13 400 DM sehr niedrig mit ihren durchschnittlichen Bezügen, ihre männlichen Partner pendeln dagegen zwischen 16 000 und 19 900 DM. — Die Differenz erinnert an den zuvor erwähnten Effekt des lediglich 60 %-Versorgungsanteils der versorgungsberechtigten Witwen von ehemaligen Beamten.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1983 zeigen, daß unter den aktiven Arbeitnehmern die verheirateten Männer weit mehr als die verheirateten Frauen verdienen, die alleinverdienenden Ehemänner wiederum mehr als diejenigen mit abhängig beschäftigter Ehefrau. Andererseits werden letztere von Ehefrauen „unterstützt“, die ihrerseits bei den Nichtrentenversicherungspflichtigen beträchtlich mehr, bei den Rentenversicherungspflichtigen nahezu gleich viel wie die „alleinverdienenden“ Ehefrauen an Arbeitslohn erzielen. Dabei muß jedoch bedacht werden, daß grundsätzlich bei den „alleinverdienenden“ verheirateten Arbeitnehmern die Möglichkeit besteht, daß der Ehegatte andere Einkünfte hat als solche aus nichtselbständiger Arbeit. Speziell Gründe versicherungsrechtlicher Art und nicht zuletzt in Verbindung damit auch steuerliche Gründe veranlassen Selbständige und Gewerbetreibende, ihren Ehegatten als Arbeitnehmer zu beschäftigen, so daß er krankens- und rentenversicherungspflichtig ist.

Bei den aktiven Alleinstehenden dominieren zwar ebenfalls die Männer, sie liegen jedoch im Schnitt mit ihren Bruttolöhnen nur um ca. 10 % vor den Frauen. Bei letzteren sind es wider Erwarten nicht die alleinerziehenden Frauen mit Steuerklasse II, sondern die Großzahl der Frauen in Steuerklasse I, die den Durchschnitt wesentlich drücken.

Die Auswertungsmöglichkeiten, die Angaben über die soziale Stellung eröffnen, sind hier nur in Eckzahlen aufgezeigt worden. Detailliertere Untersuchungen lassen sich mit den in der Fachserie 14, Reihe 7.3 enthaltenen Ergebnissen aus der Lohnsteuerstatistik 1983 anstellen, in denen noch Kombinationen mit Bruttolohn-Größenklassen und dem Familienstand nach Steuerklassen dargestellt sind. Sobald die Länderfinanzverwaltungen bundesweit Alters- beziehungsweise Jahrgangangaben für die einzelnen Arbeitnehmer in ihren Grunddatenbestand aufnehmen, können weitere sehr interessante Ergebnisse in Kombination mit anderen relevanten Merkmalen erstellt und ausgewertet werden.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Rosinus

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984

Vorbemerkung

Seit 1966 wurden aufgrund von Verordnungen des Rates der Europäischen Gemeinschaften alle drei Jahre Arbeitskostenerhebungen im Produzierenden Gewerbe durchgeführt. Rechtsgrundlage der Erhebung für 1984, der siebenten in dieser Folge, war die EG-Verordnung Nr. 3149/83 des Rates vom 4. November 1983 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 309/2).

Im System der Lohnstatistik ist der Arbeitskostenerhebung die Aufgabe gestellt, die gesamten Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten, einschließlich der Aufwendungen, die nicht Lohn darstellen, möglichst umfassend zu ermitteln und dabei in einer Gliederung zu erfragen, die die Berechnung wichtiger personalwirtschaftlicher Kennziffern, vor allem des „Entgelts für geleistete Arbeit“ und der „Personalnebenkosten“, ermöglicht.

In einem früheren Beitrag war bereits auf die hohen Kosten, die den Unternehmen und den statistischen Ämtern durch diese Erhebung entstehen, hingewiesen worden¹⁾. Das Statistische Bundesamt führte daher an dem Material der 1981er Erhebung eine eingehende Fehlerrechnung durch, um zu prüfen, ob der Stichprobenumfang ohne eine wesentliche Einschränkung des Aussagewertes der Erhebung reduziert werden könnte. Diese Untersuchung ergab, daß der relative Standardfehler für die Aufwendungen je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe bei den wichtigsten Kostenpositionen nur in einem Fall, den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, den Wert von 1 % erreichte. Es konnte nachgewiesen werden, daß eine Reduktion der Stichprobe um 10 % noch nicht zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Ergebnisgenauigkeit führen würde.

Der Stichprobenumfang der 1984er Erhebung wurde daher entsprechend reduziert und erfaßte im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) rund 11 800 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Um ferner die Belastung der Unternehmen wenigstens teilweise auszugleichen, wurde in den nicht total zu erfassenden Schichten der Stichprobe eine Rotation gegenüber den 1981 für die Arbeitskostenerhebung gezogenen Stichprobeunternehmen vorgenommen, so daß schätzungsweise drei Viertel der damals befragten Unternehmen nicht erneut um Auskunft gebeten zu werden brauchten.

Die Aussagekraft einer im Abstand von mehreren Jahren durchgeführten Erhebung hängt wesentlich davon ab, ob

sie eine möglichst „normale“ wirtschaftliche Situation erfassen kann, denn ihre Ergebnisse sollen nicht nur für die Erhebungsjahre selbst, sondern möglichst auch für die dazwischenliegenden Jahre Geltung haben. So werden die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung von verschiedenen Stellen für die Folgejahre — bis die Ergebnisse der nächsten Erhebung vorliegen — fortgeschätzt. Ungewöhnliche Entwicklungen im Erhebungsjahr können die Schätzung der Arbeitskosten für den gesamten Fortschreibungszeitraum beeinträchtigen, der bei der Arbeitskostenerhebung wenigstens vier Jahre beträgt. Unter diesem Gesichtspunkt war vom Arbeitskampf in der Metallindustrie ein ungünstiger Effekt auf die für 1984 ermittelten Ergebnisse befürchtet worden. Um abschätzen zu können, in welchem Ausmaß die Angaben durch Arbeitskampfmaßnahmen beeinflusst sind, wurden die Unternehmen gebeten, den Statistischen Landesämtern die Zahl der hierdurch ausgefallenen Arbeitsstunden mitzuteilen. Sie betrug nur im Wirtschaftszweig „Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen“ etwa 3 %, in allen anderen nachgewiesenen Wirtschaftszweigen weniger als 1 % der geleisteten Stunden, so daß wohl nicht von einer bemerkenswerten Beeinträchtigung der 1984er Ergebnisse gesprochen werden kann. Dagegen hatte Kurzarbeit, insbesondere im Schiffbau, spürbare Auswirkungen auf die Ergebnisse.

Arbeitskosten nach Arbeitnehmergruppen, Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen

Als durchschnittliche Kosten für die Beschäftigung eines Arbeitnehmers im Produzierenden Gewerbe wurde für 1984 ein Betrag von 53 990 DM ermittelt. Die Ergebnisse für die beiden Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellte), die einzelnen Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes sowie die Unternehmensgrößenklassen weichen zum Teil erheblich vom Gesamtdurchschnitt ab. So betragen die Kosten je Arbeiter durchschnittlich 46 280 DM (86 % des Gesamtdurchschnitts) und je Angestellten 71 400 DM (132 %). Zwischen den Unternehmensgrößenklassen des Produzierenden Gewerbes streuten die Werte für einen Arbeitnehmer von 43 690 bis 62 250 DM und zwischen den Wirtschaftszweigen von 33 300 bis 89 840 DM (siehe auch Tabellen auf S. 334* ff.).

Eine eingehende Betrachtung zeigt, daß die Arbeitskosten von Angestellten stärker von der Unternehmensgröße beeinflusst sind als die Arbeitskosten von Arbeitern. So belieben sich die Aufwendungen für die Angestellten in „Kleinunternehmen“ (Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern) auf 64 %, für Arbeiter dagegen auf 80 % der Kosten in „Großunternehmen“ (Unternehmen mit 1 000 und mehr Arbeitnehmern). Die stärkere Abstufung bei den Angestellten steht damit im Zusammenhang, daß der Tätigkeitsbereich der Angestellten in Unternehmen unterschiedlicher Größe stärker differenziert ist (und wohl auch größeren Wandlungen unterliegt) als bei den Arbeitern. So war in der letzten Lohn- und Gehaltsstrukturhebung (1978) festgestellt worden, daß Angestellte in Großunternehmen viel häufiger als in Kleinunternehmen anspruchsvollere Aufga-

¹⁾ Siehe WiSta 7/1983, S. 534 ff.

Tabelle 1: Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftszweigen 1984

DM

Wirtschaftszweig	In Unternehmen mit ... Arbeitnehmern						
	10 und mehr	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1 000 und mehr
Produzierendes Gewerbe	53 987	43 687	46 002	47 677	49 978	52 645	62 246
Mineralölverarbeitung	89 842	55 027	52 754	67 262	68 550	92 411	95 243
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	73 369	53 399	58 328	65 065	65 602	65 072	76 905
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	58 718	47 960	50 852	50 551	53 521	54 351	60 278
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	49 871	46 654	48 972	48 381	50 182	50 685	52 293
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	68 237	46 797	51 416	54 705	58 313	61 653	73 022
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	50 193	44 206	47 237	48 760	49 979	54 234	55 760
Maschinenbau	56 055	48 819	51 204	52 197	55 680	56 633	60 019
Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	80 399	52 075	49 864	47 069	53 017	58 503	87 400
Elektrotechnik	55 522	44 539	45 125	47 487	47 520	49 267	59 435
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	60 129	43 172	44 189	46 010	47 380	49 012	61 529
Schiffbau	55 487	45 666	48 699	51 196	51 666	50 775	58 263
Luftfahrzeugbau und -reparatur	67 664	45 569	48 564	53 498	56 203		
Feinmechanik und Optik	48 087	43 771	44 350	47 661	47 154	49 996	53 964
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	47 699	38 966	43 301	45 259	48 272	50 517	56 229
Textilgewerbe	40 244	35 339	37 968	38 748	41 063	42 538	41 824
Schuhgewerbe	34 517	30 502	31 541	32 934	34 364	34 531	38 488
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	33 300	28 751	30 618	34 965	35 842	33 701	39 602
Be- und Verarbeitung von Holz	45 474	41 652	44 827	45 787	47 915	49 976	48 868
Papier- und Pappeherzeugung und -verarbeitung	49 688	37 931	42 367	45 868	48 912	54 292	55 592
Druckerei- und Verlagsgewerbe	55 612	50 155	52 547	53 433	55 114	60 822	66 080
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	47 187	39 575	43 305	43 191	46 318	49 233	52 847
Baugewerbe	47 915	44 594	47 030	49 665	50 708	53 751	60 718

ben auszuführen hatten. Ähnliche große Unterschiede sind bei den Arbeitern nicht festzustellen.

In der Streuung der Arbeitskosten zwischen den Wirtschaftszweigen kommt auch die unterschiedliche Zusammensetzung ihrer Beschäftigten und die unterschiedliche Größe der Unternehmen zum Ausdruck. So betrug die durchschnittliche Abweichung der Arbeitskosten in den ausgewählten Wirtschaftszweigen 19 % vom Mittelwert, getrennt für Arbeiter und Angestellte dagegen nur 15 bzw. 16 % des jeweiligen Mittelwertes. Noch wesentlich geringer waren die Abweichungen in den Arbeitskosten zwischen den Wirtschaftszweigen innerhalb einer Unternehmensgrößenklasse. Hier belief sich die durchschnittliche Abweichung bei den Arbeitern auf 11 bis 15 %, bei den Angestellten auf 7 bis 12 %. Bei den Arbeitern wurden meist in höheren Unternehmensgrößenklassen größere

499 Arbeitnehmern errechnete sich mit 7 % eine recht geringe Streuung (siehe Tabelle 2).

Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten

In der Analyse der Arbeitskosten werden gewöhnlich zwei Hauptbestandteile unterschieden: das „Entgelt für geleistete Arbeit“ und die „Personalnebenkosten“. Das „Entgelt für geleistete Arbeit“ umfaßt den Teil des Jahresverdienstes, der die unmittelbare Vergütung der Arbeitstage eines Jahres darstellt. In der Arbeitskostenerhebung wird dieser Wert dadurch ermittelt, daß von dem erfragten Jahresverdienst (Löhne und Gehälter) die nicht zum Entgelt für geleistete Arbeit zählenden — gesondert erfaßten — Lohnbestandteile (Vergütung arbeitsfreier Tage, Sonderzahlungen und soziale Lohnbestandteile wie Mietzuschüsse) subtrahiert werden. Die nicht zum Entgelt für geleistete Arbeit zählenden Lohnbestandteile werden als Personalnebenkosten nachgewiesen und bilden hier einen sehr wesentlichen Anteil. In der Öffentlichkeit wird das Entgelt für geleistete Arbeit mitunter mit dem Lohn oder Gehalt gleichgesetzt. Hierdurch ergibt sich eine ganz wesentliche Verschiebung der Proportionen. So machten beispielsweise die Lohn- und Gehaltszahlungen im Produzierenden Gewerbe 1984 etwa 78 % der gesamten Arbeitskosten aus, das Entgelt für geleistete Arbeit dagegen nur 56 % (siehe Schaubild 1).

Von den Arbeitskosten je Arbeitnehmer entfielen 1984 im Produzierenden Gewerbe 30 130 DM auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 23 860 DM (79 % des Entgelts für geleistete Arbeit) auf die Personalnebenkosten. Bei Arbeitern ist im Produzierenden Gewerbe insgesamt sowie in fast allen Untergliederungen der Ergebnisse ein höherer „Anteil“ der Personalnebenkosten als bei den Angestellten festzustellen. So betrug das Verhältnis Personalnebenko-

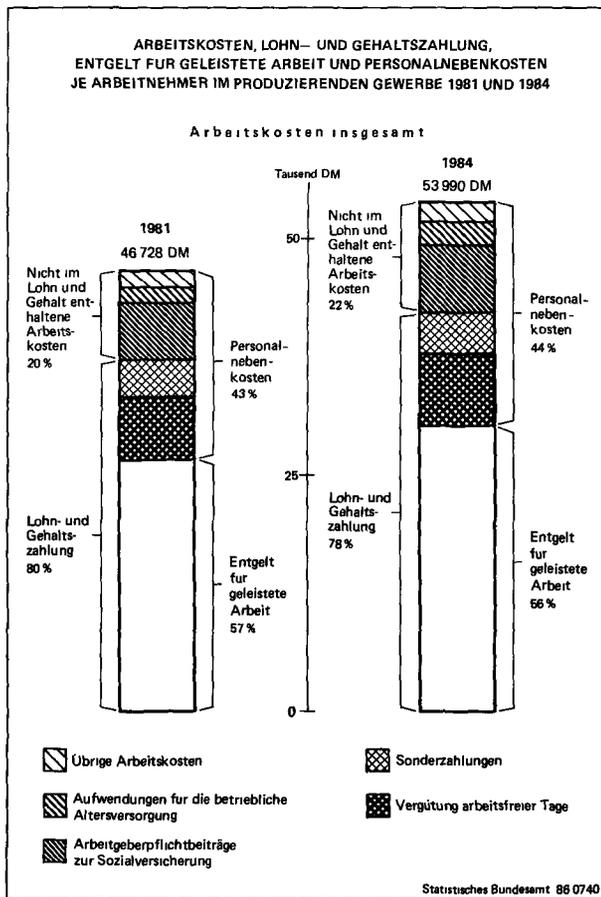
Tabelle 2: Durchschnittliche Abweichung der Arbeitskosten in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes nach Arbeitnehmergruppen und Unternehmensgrößenklassen 1984

Prozent des Mittelwertes

Unternehmen mit bis ... Arbeitnehmern	Arbeitnehmer insgesamt	Arbeiter	Angestellte
10 und mehr	19	15	16
10 - 49	11	11	9
50 - 99	11	12	7
100 - 199	11	13	7
200 - 499	11	11	7
500 - 999	13	12	9
1 000 und mehr	16	15	12

Streuungswerte ermittelt; der untere Grenzwert wurde daher in Kleinunternehmen, der obere in Großunternehmen festgestellt. Bei den Angestellten hingegen wurden in Klein- (9 %) und Großunternehmen (12 %) die höchsten Streuungswerte festgestellt. Für Unternehmen mit 50 bis

Schaubild 1



sten/Entgelt für geleistete Arbeit im Produzierenden Gewerbe insgesamt bei Arbeitern 81 % und bei den Angestellten 77 %. Größere Unternehmen weisen in aller Regel relativ höhere Personalnebenkosten aus als kleinere Unternehmen. Im gesamten Erhebungsbereich beliefen sie sich — auf Arbeitnehmer bezogen — bei den Großunternehmen auf 91 % des Entgelts für geleistete Arbeit, hingegen bei Kleinunternehmen auf 65 %.

Wirtschaftszweige mit hohen Arbeitskosten hatten in der Regel auch einen relativ hohen Personalnebenkostenanteil. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß in diesen Wirtschaftszweigen Großunternehmen ein besonderes Gewicht haben. Jedoch läßt sich diese Beziehung auch für die einzelnen Unternehmensgrößenklassen nachweisen.

Zur Veranschaulichung dessen wurde im Schaubild 2 für ausgewählte Größenklassen die das Verhältnis zwischen Arbeitskosten und Personalnebenkosten bezeichnende Regressionsgerade eingetragen und als Vergleich dazu diejenige Gerade eingezeichnet, die ein proportionales Wachstum der beiden Größen mit dem für die jeweilige Größenklasse ermittelten Durchschnittssatz beschreibt. Wie das Bild zeigt, steigt die Regressionsgerade in allen Fällen weniger stark als die Vergleichsgerade, das heißt, eine Erhöhung der Personalkosten bewirkt allgemein ein überproportionales Wachstum der Personalnebenkosten. Demgemäß ergab sich bei den Personalnebenkosten eine stärkere Streuung als bei den Personalkosten insgesamt. So betrug der Variationskoeffizient (%):

	Unternehmen insgesamt	Unternehmen mit... bis... Arbeitnehmern					
		10-49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000 und mehr
Arbeitskosten	25	15	14	16	16	22	23
Personalnebenkosten	34	18	18	22	21	27	30

Die Aufstellung zeigt, daß die Ergebnisse für alle Unternehmen und diejenigen für Großunternehmen am stärksten zwischen den Wirtschaftszweigen streuen und ihre Variationskoeffizienten auf etwa gleichem Niveau liegen.

Wie aus der Berechnung der Korrelationskoeffizienten hervorgeht, besteht auch zwischen diesen Werten eine enge Beziehung:

	Korrelationskoeffizient zwischen den Wirtschaftszweigergebnissen für alle Unternehmen und für Unternehmen mit... bis... Arbeitnehmern					
	10-49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000 und mehr
Arbeitskosten	0,86	0,77	0,83	0,88	0,87	0,98
Personalnebenkosten	0,78	0,69	0,79	0,85	0,85	0,98

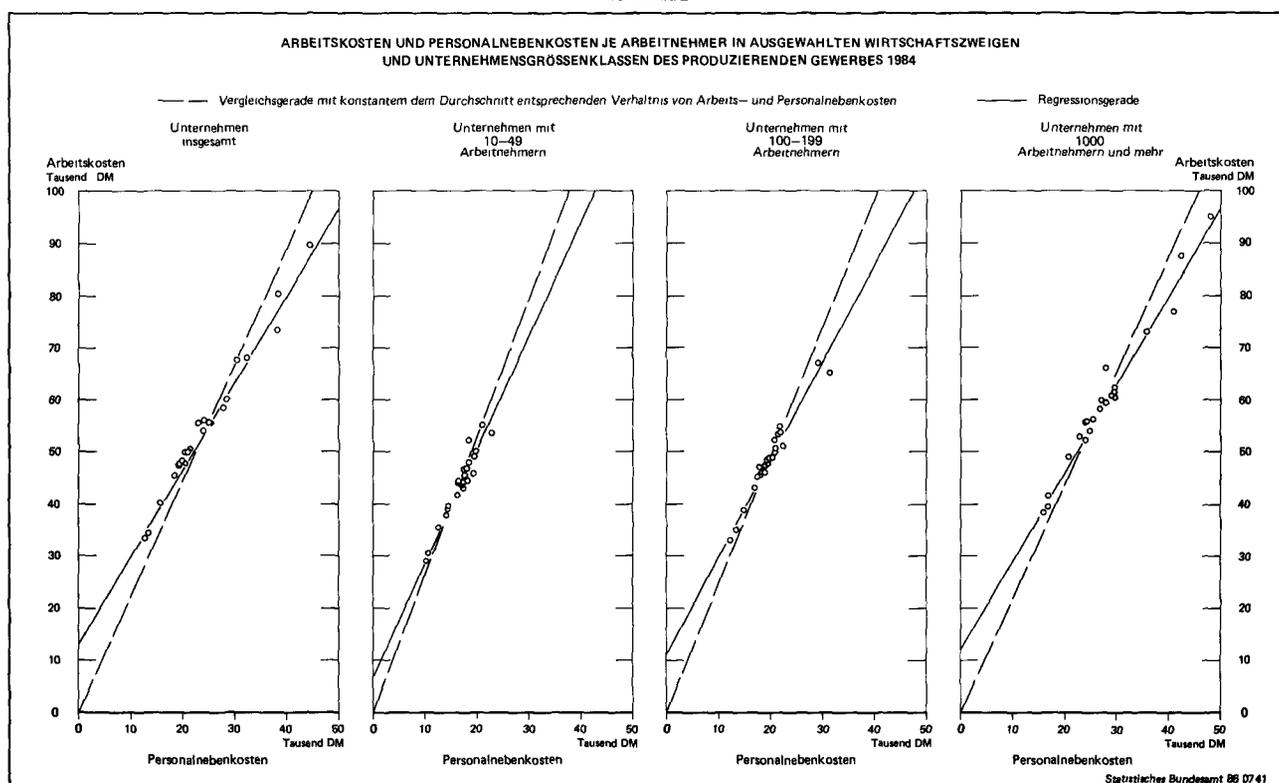
Die Angaben für die unteren Unternehmensgrößenklassen sind wesentlich weniger eng mit den Ergebnissen für alle Unternehmen korreliert. Hierbei dürfte die in der ersten Aufstellung wiedergegebene auffällig geringe Streuung der Werte, insbesondere in Unternehmen mit 10 bis 99 Arbeitnehmern, eine Rolle spielen.

Zusammensetzung der Personalnebenkosten

Die 1984 ermittelten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer — 23 860 DM, 79 % des Entgelts für geleistete Arbeit — lassen sich in folgende wichtige Positionen aufgliedern (Beträge aus den Tabellen auf S. 334* ff. weiter gerundet):

- Sonderzahlungen 4 640 DM, 15 % des Entgelts für geleistete Arbeit, davon 500 DM vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, 1 450 DM zusätzliches Urlaubsgeld und 2 700 DM „Gratifikationen“ (Jahresabschlußzahlungen, 13. Monatsgehalt, Weihnachtsgatifikationen und ähnliche unregelmäßige Zahlungen).
- Vergütung arbeitsfreier Tage 7 250 DM, 24 % des Entgelts für geleistete Arbeit, davon Urlaubsvergütung 4 230 DM, Vergütung von Krankheitstagen 1 430 DM und Vergütung gesetzlicher Feiertage 1 590 DM.
- Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung 7 300 DM, 24 % des Entgelts für geleistete Arbeit, davon 6 590 DM Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und 710 DM Prämien für die gesetzliche Unfallversicherung.
- Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung 2 360 DM, 8 % des Entgelts für geleistete Arbeit, darunter 1 200 DM Nettuzuführung zu den Pensionsrückstellungen.

Schaubild 2



- Übrige Personalnebenkosten 2 310 DM, 8 % des Entgelts für geleistete Arbeit, darunter 850 DM Aufwendungen für berufliche Aus- und Weiterbildung, 370 DM Verpflegungszuschüsse und Auslösungen und 330 DM für Entlassungsentschädigungen²⁾.

Zwischen Arbeitern und Angestellten, den Unternehmensgrößenklassen und den Wirtschaftszweigen, insbesondere Wirtschaftszweigen mit unterschiedlichem Personalkostenniveau, sind in der Zusammensetzung der Personalnebenkosten größere Unterschiede zu beobachten. In den Personalnebenkosten der Arbeiter und Angestellten sind folgende strukturelle Abweichungen festzustellen, die im allgemeinen die Beobachtungen früherer Erhebungen bestätigen. Bei den Arbeitern wurden relativ höhere Beträge als bei Angestellten

- für die Sozialversicherung (33 % der gesamten Personalnebenkosten gegenüber 27 % bei Angestellten),
- für die Vergütung arbeitsfreier Tage (31 % gegenüber 29 %), insbesondere für Lohn- bzw. Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall (7 gegenüber 4 %) sowie
- für die berufliche Bildung (4 gegenüber 2 %)

und relativ geringere Beträge

- für die betriebliche Altersversorgung (6 gegenüber 15 %) und
- für Gratifikationen (10 gegenüber 14 %)

aufgewendet.

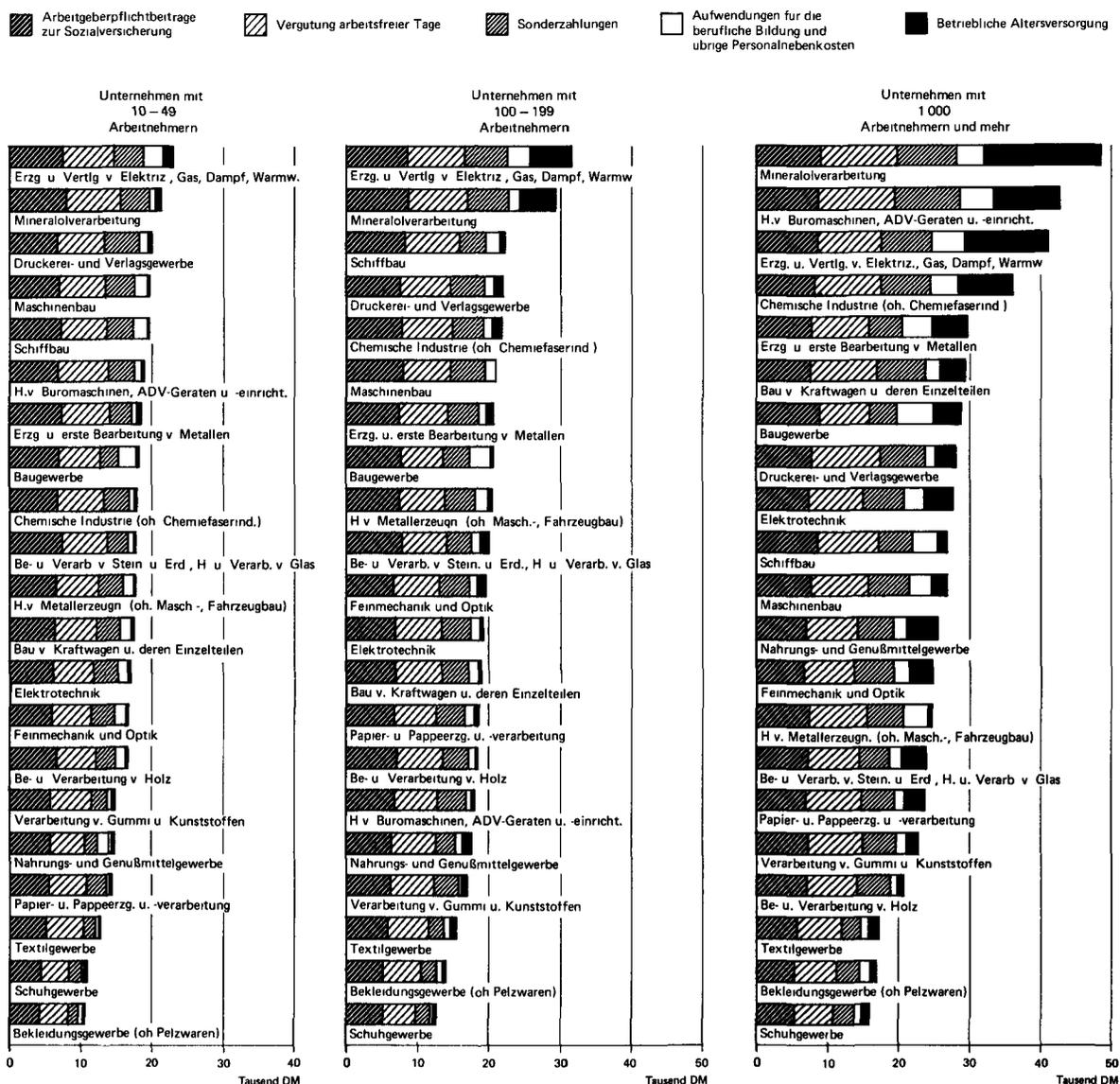
²⁾ Nachgewiesen werden hier außerdem Familienunterstützungen, Wohnungsfürsorge, Beihilfen im Krankheitsfall, Naturalleistungen, Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen und sonstige Vorsorgeeinrichtungen.

Die Unterschiede in der Zusammensetzung der Personalnebenkosten zwischen Klein- und Großunternehmen entsprechen weitgehend denjenigen zwischen Arbeitern und Angestellten. So haben Kleinunternehmen gegenüber Großunternehmen relativ hohe Aufwendungen für die Sozialversicherung (38 gegenüber 27 %), für die Vergütung arbeitsfreier Tage (33 gegenüber 28 %) sowie für die berufliche Bildung (7 gegenüber 3 %) und relativ geringe für die betriebliche Altersversorgung (2 gegenüber 15 %) und für Gratifikationen (8 gegenüber 13 %). Die ähnliche Zusammensetzung der Personalnebenkosten bei Arbeitern und Angestellten einerseits sowie Klein- und Großunternehmen andererseits ist teilweise Ausdruck der unterschiedlichen Arbeitnehmerstruktur in diesen beiden Unternehmensgrößenklassen; denn Kleinunternehmen beschäftigen relativ viele Arbeiter und Großunternehmen wiederum relativ viele Angestellte. Die Unterschiede zwischen den Personalnebenkosten von Groß- und Kleinunternehmen lassen sich jedoch auch getrennt für die Arbeiter- und für die Angestelltenangaben nachweisen.

In Schaubild 3 sind die Personalnebenkosten und ihre Zusammensetzung in den Wirtschaftszweigen nach Arbeitnehmergruppen und ausgewählten Unternehmensgrößenklassen dargestellt. Wie aus dem Schaubild 3 unmittelbar hervorgeht, besteht zwischen den Sozialver- Wirtschaftszweigen mit niedrigen Personalnebenkosten in allen Untergliederungen des Materials ein relativ geringer Abstand. Wie Tabelle 3 zeigt, wird für diese Kostenart allgemein der geringste Variationskoeffizient nachgewiesen, allerdings mit deutlichen Unterschieden. Der geringste Wert (9 %) wird für die Angestellten, der Untergliederung mit den im Durchschnitt höchsten Personalnebenkosten, nachgewiesen, die höchsten Werte (16 bzw. 15 %)

Schaubild 3

PERSONALNEBENKOSTEN JE ARBEITNEHMER IM PRODUZIERENDEN GEWERBE 1984
NACH AUSGEWÄHLTEN UNTERNEHMENSGRÖSSENKLASSEN UND WIRTSCHAFTSZWEIGEN ¹⁾



Statistisches Bundesamt 86 0742

bei Arbeitern und Kleinunternehmen, Untergruppierungen mit relativ niedrigen Personalnebenkosten. Bemerkenswert erscheint, daß die Sozialversicherungsbeiträge in Kleinunternehmen mit den gesamten Personalnebenkosten besonders eng korreliert sind.

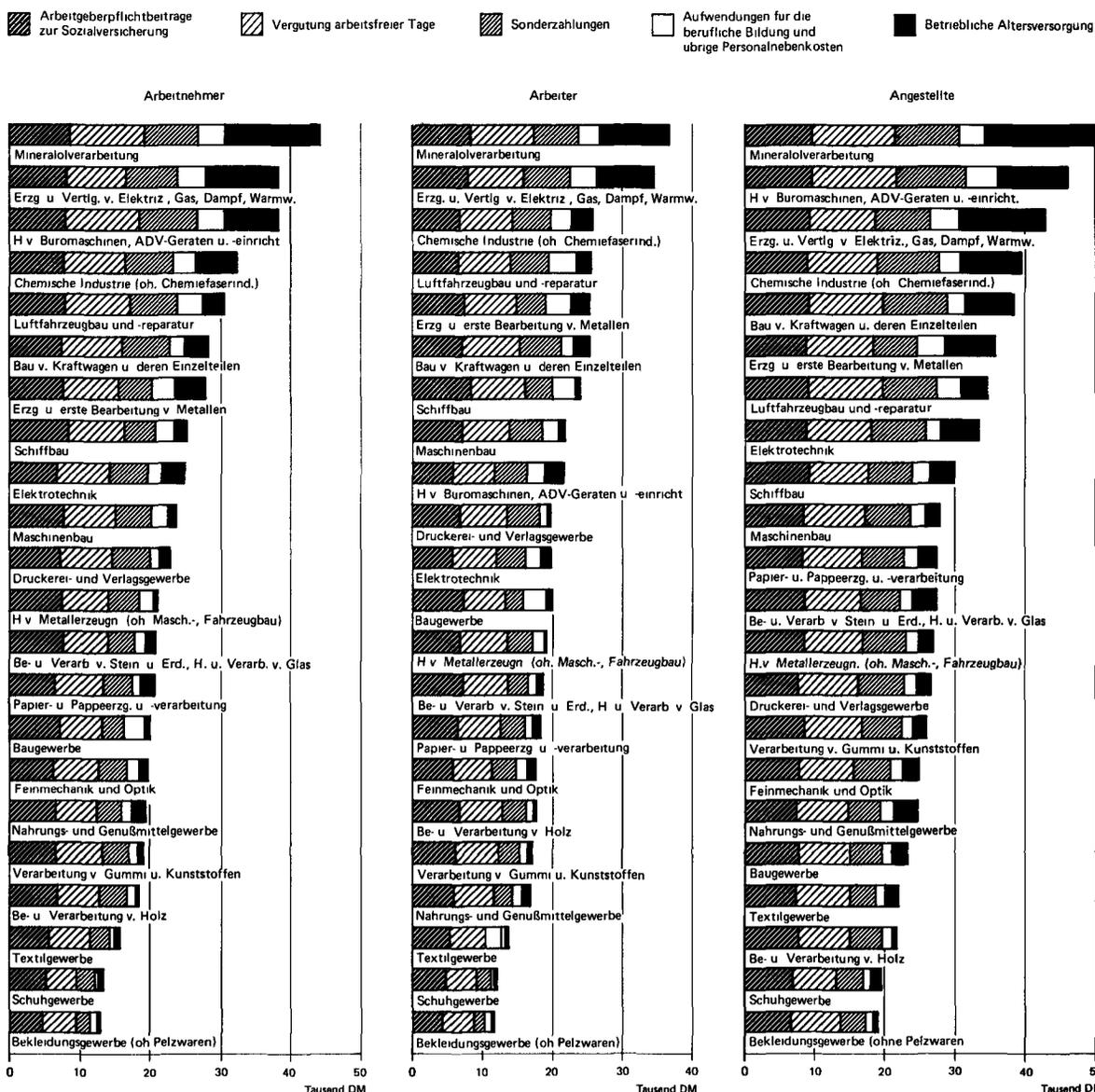
Mit Variationskoeffizienten zwischen 21 und 14 % wurde auch für die Vergütung arbeitsfreier Tage eine relativ geringe Streuung festgestellt. Abgesehen von den Ergebnissen für Großunternehmen besteht zwischen der Vergütung arbeitsfreier Tage und den Personalnebenkosten eine relativ enge Korrelation (Korrelationskoeffizienten von 0,92 und mehr). Diese Feststellungen gelten in etwa auch für die Urlaubsvergütung. Bei der Lohn- und Gehaltszahlung im Krankheitsfall erscheinen der hohe Variationskoeffizient für die Angestelltenangaben sowie die allgemein schwache Korrelation dieser Kostenart mit den gesamten

Personalnebenkosten bemerkenswert. Noch wesentlich stärker als die Vergütung arbeitsfreier Tage streuen die Sonderzahlungen und insbesondere die Gratifikationen zwischen den Wirtschaftszweigen in allen Untergliederungen. Der geringste Variationskoeffizient der Gratifikationen ist bei den Angestellten mit 36 %, der höchste bei den Arbeitern mit 50 % festzustellen. Die weitaus höchsten Variationskoeffizienten wurden allerdings mit Werten von 92 bis 135 % bei den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung errechnet. Auffällig ist die geringe Korrelation dieser Größe mit den gesamten Personalkosten in Klein- und Mittelunternehmen, während in der Unterscheidung nur nach den beiden Arbeitnehmergruppen bei Angestellten eine recht enge Beziehung vorliegt.

Ein Vergleich der Arbeiter- und Angestelltenangaben in Schaubild 3 zeigt, daß bei den Angestellten deutlichere

Schaubild 4

PERSONALNEBENKOSTEN JE ARBEITNEHMER IM PRODUZIERENDEN GEWERBE 1984
NACH ARBEITNEHMERGRUPPEN UND AUSGEWÄHLTEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN¹⁾



1) Die Wirtschaftszweige wurden jeweils nach der Höhe der Personalnebenkosten insgesamt geordnet.

Unterschiede in der Zusammensetzung der Personalnebenkosten zwischen Wirtschaftszweigen mit unterschiedlicher Aufwandshöhe festzustellen sind. Dies kommt auch in der meist stärkeren Korrelation der verschiedenen Kostenarten mit den gesamten Personalnebenkosten bei den Angestellten zum Ausdruck. Bemerkenswert erscheint auch, daß bei Arbeitern — mit Ausnahme der Lohn- und Gehaltsfortzahlung — höhere Variationskoeffizienten vorliegen.

Der Abbildung der Größenklassenergebnisse ist unmittelbar zu entnehmen, daß in Wirtschaftszweigen mit hohen Personalnebenkosten gegenüber Wirtschaftszweigen mit niedrigen Aufwendungen der Tendenz nach

- bei Kleinunternehmen vor allem höhere Werte für die Sozialversicherung, die Vergütung arbeitsfreier Tage und die Sonderzahlungen angegeben wurden,

- bei Mittelunternehmen mit 100 bis 199 Arbeitnehmern höhere Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie — wenn auch weniger ausgeprägt — höhere Beträge für die Vergütung arbeitsfreier Tage, Sonderzahlungen und auch Sozialversicherungsbeiträge entstanden und
- bei Großunternehmen vor allem höhere Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, nur geringfügig höhere Werte für die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie für die Sozialversicherungsbeiträge zu beobachten sind.

Im allgemeinen streuten die für die einzelnen Größenklassen ermittelten Ergebnisse weniger als die „Insgesamt“-Werte der Wirtschaftszweige. Wesentlich höhere Variationskoeffizienten hatten nur Mittelunternehmen bei den

Tabelle 3: Kennwerte zur Streuung und Korrelation ausgewählter Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe 1984

Kostenart	Arbeitnehmer insgesamt		In Unternehmen mit ... bis Arbeitnehmern						Arbeiter		Angestellte	
			10 – 49		100 – 199		1000 und mehr					
	Variations- ¹⁾ Koeffizient in %	Korrela- tions- ²⁾ Koeffizient										
Sonderzahlungen	38	0,94	28	0,90	26	0,90	31	0,91	35	0,93	30	0,92
Gratifikationen	49	0,93	42	0,81	44	0,87	40	0,89	50	0,91	36	0,91
Vergütung arbeits- freier Tage	21	0,95	15	0,94	14	0,93	18	0,89	18	0,92	18	0,93
Urlaubsvergütung . .	22	0,94	16	0,90	15	0,90	20	0,89	18	0,88	17	0,91
Lohn- und Gehalts- fortzahlung im Krankheitsfall . . .	21	0,75	20	0,76	16	0,75	16	0,46	21	0,66	26	0,90
Arbeitgeberpflicht- beiträge zur So- zialversicherung	14	0,86	15	0,94	13	0,88	13	0,83	16	0,84	9	0,88
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	115	0,92	99	0,66	135	0,82	93	0,92	127	0,88	92	0,95

¹⁾ Streuung zwischen den in Tabelle 1 dargestellten Wirtschaftszweigen. – ²⁾ Korrelationskoeffizient zwischen der jeweiligen Kostenart und den gesamten Personalnebenkosten.

Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (135 gegenüber 115 %).

Entwicklung der Arbeitskosten insgesamt von 1981 bis 1984

Von 1981 bis 1984 haben sich die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe von 46 728 auf 53 990 DM, also um 15,5 % erhöht. Stärker als der Gesamtdurchschnitt stiegen die Aufwendungen je Angestellten (16,7 %), während die Steigerungsrate der Ausgaben für Arbeiter mit 13,4 % darunter lag. In der Wachstumsrate für den Gesamtdurchschnitt wirkt sich auch die Veränderung der Beschäftigtenstruktur aus. Der Anteil der Arbeiter an allen Arbeitnehmern reduzierte sich gegenüber 1981 etwas, entsprechend erhöhte sich der Angestelltenanteil. Ohne diese Änderung hätten sich die Arbeitskosten nur um 14,7 % erhöht.

Die Zuwachsraten für die Arbeitskosten je Arbeitnehmer waren bei kleineren Unternehmen geringer als bei größeren Unternehmen. Diese unterschiedliche Entwicklung ist schon längere Zeit, und zwar auch getrennt für Arbeiter und Angestellte, zu beobachten, wie die folgende Aufstellung zeigt. Hier sind die Arbeitskosten in den einzelnen Erhebungsjahren und Unternehmensgrößenklassen jeweils an dem Ergebnis für die Unternehmen mit 1 000 und mehr Arbeitnehmern gemessen worden.

Unternehmen mit ... bis ... Arbeitnehmern	Arbeitnehmer			Arbeitskosten je Arbeiter			Angestellten		
	1972	1978	1984	1972	1978	1984	1972	1978	1984
	%								
10 – 49	80	74	70	87	84	80	73	66	64
50 – 99	83	76	74	88	82	80	83	75	73
100 – 199	85	79	77	89	84	82	86	80	76
200 – 499	88	83	80	91	86	84	88	82	79
500 – 999	90	87	85	91	89	87	90	86	83
1 000 und mehr .	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Ein Vergleich der Angaben für Arbeiter und Angestellte läßt erkennen, daß bei Angestellten nicht nur in allen dargestellten Jahren eine stärkere Abstufung in den Arbeitskosten vorliegt, sondern im Beobachtungszeitraum auch

eine stärkere Differenzierung zwischen den Unternehmensgrößenklassen stattgefunden hat.

Bei einer Betrachtung der Wirtschaftszweige schwanken die Wachstumsraten für die Arbeitskosten je Arbeitnehmer von 1981 bis 1984 zwischen 7 und 21 % (siehe Tabellen auf S. 334* ff.). Die Vergleichswerte für Angestellte streuen mit 7 bis 19 % etwas geringer, während bei Arbeitern eine höhere Schwankungsbreite (1 bis 19 %) ermittelt wurde³⁾. Die Entwicklung der Wirtschaftszweige mit relativ geringen Wachstumsraten, das waren Schiffbau und Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, wurde durch Sonderfaktoren beeinflusst: Im Schiffbau spielte Kurzarbeit eine wichtige Rolle – die durch Kurzarbeit ausgefallenen Stunden betragen bei den Arbeitern 8 % der geleisteten Arbeitsstunden –, während im anderen Wirtschaftszweig, insbesondere bei den Arbeitern, die Geringfügigkeit der Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung gegenüber 1981 besonders auffiel.

Trotz der unterschiedlichen Wachstumsraten besteht zwischen den Wirtschaftszweigergebnissen von 1984 und 1981 ein sehr enger Zusammenhang (Korrelationskoeffizient = 0,99). Auch die Streuung der Arbeitskosten zwischen den Wirtschaftszweigen blieb im Zeitraum 1981 bis 1984 – mit einem Variationskoeffizienten von jeweils 25 % – in etwa konstant.

Wie in den vorangegangenen Erhebungen stieg auch von 1981 bis 1984 das Entgelt für geleistete Arbeit mit 13 % deutlich weniger als die Personalnebenkosten mit knapp 19 %. Bei Angestellten ist dieser Unterschied mit 14 und 21 % größer als bei den Arbeitern (11 und 16 %). Ähnlich ist bei den drei oberen Unternehmensgrößenklassen ein wesentlich größerer Abstand zwischen den beiden Zuwachsraten als bei den unteren festzustellen.

Auch diese besondere Steigerung der Personalnebenkosten in Großunternehmen ist seit längerem zu beobachten. Sie hat in den vergangenen Jahren erheblich zur Differenzierung der Arbeitskosten zwischen den Unternehmensgrößenklassen, vor allem der Angestelltenangaben, beigetragen, wie die Entwicklung der Größenklassen-

³⁾ Siehe Tabellen auf S. 334* ff.

angaben in der Darstellung als Prozentwerte der Personalnebenkosten der Großunternehmen zeigt:

Unternehmen mit ... bis .. Arbeitnehmern	Arbeitnehmer			Personalkosten je Arbeiter			Angestellten		
	1972	1978	1984	1972	1978	1984	1972	1978	1984
	%								
10- 49	59	62	58	64	71	66	54	53	51
50- 99	67	65	62	70	71	67	68	63	59
100-199	70	69	65	72	73	70	72	69	63
200-499	76	73	71	78	77	74	77	72	69
500-999	81	80	76	82	82	78	81	79	75
1000 und mehr	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Zwischen den Wirtschaftszweigen sind recht unterschiedliche Veränderungen für das Entgelt für geleistete Arbeit und die Personalnebenkosten festgestellt worden, insbesondere bei den Arbeiterangaben (+ 16 bis - 1 % beim Entgelt für geleistete Arbeit, + 25 bis - 7 % bei den Personalnebenkosten). Trotz dieser Differenzierung blieb der Variationskoeffizient für die Personalnebenkosten auf dem Niveau der letzten Erhebung (34 %).

Entwicklung wichtiger Personalnebenkosten von 1981 bis 1984

Die wichtigste Kostenart, die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, erhöhte sich von 1981 bis 1984 im Produzierenden Gewerbe mit 19 % etwa in gleichem Ausmaß wie die Personalnebenkosten insgesamt — und damit deutlich mehr als die Lohn- und Gehaltszahlungen (+ 13 %). Die darin enthaltenen Unfallversicherungsbeiträge stiegen um 12 %, während die Leistungen für die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung in diesem Zeitraum um knapp 20 % zunahmen. In dieser Entwicklung finden folgende gesetzgeberische Maßnahmen ihren Ausdruck: Die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4,6 %, die 1984 eingeführte stärkere Erfassung der unregelmäßigen Zahlungen bei der Beitragsfestsetzung sowie eine gegenüber der Lohnentwicklung relativ starke Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen (+ 18 %). Diese Maßnahmen hatten zur Folge, daß sich in Bereichen, in denen relativ viele Arbeitnehmer mit Verdiensten über den Beitragsbemessungsgrenzen beschäftigt sind, ein ziemlich großer Abstand zwischen den Zuwachsraten der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der Verdienste ergab. So betrug diese Differenz bei Angestellten 9,5 % gegenüber 5,8 % bei Arbeitern, in Großunternehmen 7,2 % gegenüber 4,2 % in Kleinunternehmen und in der Mineralölverarbeitung, einem Wirtschaftszweig mit hohen Verdiensten, 9,2 % gegenüber 5,7 % in der Bekleidungsindustrie.

In Relation zum Jahresverdienst entsprachen die Sozialversicherungsbeiträge 1981 etwa dem 2,2- und 1984 dem 2,3fachen eines Monatsverdienstes. Durch die gesetzgeberischen Maßnahmen hat sich die Belastung der Arbeiter- und Angestelltenverdienste etwas angenähert: Bei Arbeitern stiegen die Aufwendungen von 2,4 auf 2,5 Monatslöhne, bei Angestellten von 1,9 auf 2,1 Monatsgehälter.

Mit 10 % erhöhte sich die zweitgrößte Kostenart, die Vergütung arbeitsfreier Tage nicht nur weniger als die Personalnebenkosten insgesamt, sondern auch weni-

ger als die Lohn- und Gehaltszahlungen. Hierbei entwickelten sich die einzelnen Bestandteile recht unterschiedlich. Mit 15 % nahmen die Urlaubsvergütungen noch etwas schneller als die Verdienste zu, während die Vergütung gesetzlicher Feiertage mit 8 % und insbesondere die Vergütung der Krankheitstage mit — 2 % der Lohnentwicklung nicht folgen konnten. Die relativ geringe Zunahme bei den gesetzlichen Feiertagen dürfte überwiegend darauf zurückzuführen sein, daß 1984 zwei der im ganzen Bundesgebiet gesetzlich vorgeschriebenen Feiertage auf einen Sonntag oder Samstag fielen, 1981 dagegen war dies nur für einen Feiertag der Fall.

Im allgemeinen sind zwischen den Zuwachsraten des Entgelts für geleistete Arbeit und der Urlaubsvergütung keine großen Unterschiede festzustellen. Von 1981 auf 1984 läßt die Relation dieser beiden Werte jedoch recht gut die in diesem Zeitraum tarifvertraglich vereinbarten Urlaubsänderungen erkennen. So ist eine recht enge Beziehung zwischen diesen Größen in den zur Metallindustrie zählenden Wirtschaftszweigen zu beobachten, in der Arbeitnehmer ab dem 25. Lebensjahr bereits 1981 den von den Gewerkschaften in den letzten Jahren als Zielwert betrachteten Jahresurlaub von 30 Tagen beanspruchen konnten. (Eine Ausnahme bildet hier nur der Schiffbau, in dem 1984 Kurzarbeit, die sich auf die Urlaubsvergütung kaum auswirkte, das Entgelt für geleistete Arbeit erheblich reduzierte.) Eine besonders große Differenz zwischen den Zuwachsraten von Urlaubsvergütung und Entgelt für geleistete Arbeit ist in der Chemischen Industrie, in der Arbeitnehmer 1981 einen nach dem Lebensalter gestaffelten Urlaub von 25 bis 29 Tagen, 1984 dagegen von allgemein 30 Tagen beanspruchen konnten, sowie in den in viele Tarifbereiche aufgespaltenen Wirtschaftszweigen „Be- und Verarbeitung von Steinen; Herstellung und Verarbeitung von Glas“ sowie „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe“ festzustellen. In den beiden zuletzt genannten Wirtschaftszweigen waren für die Arbeitnehmer 1981 meist relativ wenig Urlaubstage ermittelt worden, so daß die hier ziemlich starke Zunahme der Urlaubsvergütung eine Angleichung bewirkte. Bemerkenswert erscheint auch die im Vergleich zu Großunternehmen starke Zunahme der Urlaubsvergütung in den vier unteren Unternehmensgrößenklassen, die sich auch in den meisten Wirtschaftszweigen beobachten läßt. Es ist zu vermuten, daß in den Tarifverträgen zusätzlich vereinbarte Urlaubstage von Großunternehmen teilweise gegen freiwillig gewährten Urlaub aufgerechnet wurden, so daß sich hierdurch eine Angleichung des Urlaubsanspruchs auch zwischen den Unternehmen verschiedener Größe ergeben hat.

Die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall verringerte sich im Produzierenden Gewerbe von 1981 bis 1984 bei Arbeitern und Angestellten geringfügig und in etwa gleichem Ausmaß (jeweils — 1,5 %). In den einzelnen Wirtschaftszweigen entwickelte sich diese Größe jedoch recht unterschiedlich. So wurden für die Arbeitnehmer insgesamt Abnahmen bis zu 19 % und Zunahmen bis zu 11 % ermittelt. Eine eingehendere Betrachtung läßt einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung und der Konjunktur vermuten, denn die Wirtschaftszweige mit einer

Abnahme dieser Kostenart um 12 % und mehr — Mineralölverarbeitung, Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen und Schiffbau — befanden sich 1984 in einer wirtschaftlich besonders ungünstigen Situation. In den beiden zuletzt genannten Wirtschaftszweigen ergab sich gegenüber 1981 ein Rückgang der Arbeitnehmerzahl um 15 bzw. 25 %. Im Baugewerbe, dem Wirtschaftszweig mit der höchsten Wachstumsrate der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall — die allerdings auch hier nicht ganz der Verdienstentwicklung entsprach — war 1981 bereits ein relativ niedriger Wert ermittelt worden. Insgesamt hat diese recht differenzierte Entwicklung zu einer Angleichung der Werte zwischen den Wirtschaftszweigen geführt (Variationskoeffizient 1981: 26 %, 1984: 21 %).

Bei einem Vergleich der Ergebnisse nach Unternehmensgrößenklassen wurde in Großunternehmen eine deutliche Abnahme (— 6 %) und in Kleinunternehmen dagegen eine Zunahme der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall festgestellt. Hierdurch verringerte sich die Spanne zwischen den von Groß- und Kleinunternehmen bezahlten, rechnerisch ermittelten Krankheitstagen von 13 zu 8 im Jahr 1981 auf 11 zu 8 im Jahr 1984. Die Zahl der insgesamt bezahlten Krankheitstage im Produzierenden Gewerbe verminderte sich in diesem Zeitraum von knapp 11,5 auf 10.

Von 1981 bis 1984 stiegen die Sonderzahlungen mit 17 % — von 3 965 auf 4 643 DM — etwas weniger als die Personalnebenkosten, aber etwas stärker als die Lohn- und Gehaltszahlungen. 1981 entsprachen die Sonderzahlungen 143 % eines Monatsverdienstes, 1984 dagegen 149 %. Die einzelnen Bestandteile der Sonderzahlungen entwickelten sich recht unterschiedlich. Die vermögenswirksamen Leistungen der Arbeitgeber blieben mit 496 gegenüber 491 DM nahezu konstant, während sich die Gratifikationen um 21 % und das zusätzliche Urlaubsgeld um 16 % erhöhten. Dieser Unterschied in den Zuwachsraten der verschiedenen Arten der Sonderzahlungen ist auch in den Größenklassenergebnissen für das Produzierende Gewerbe festzustellen und gilt auch für die meisten Wirtschaftszweige.

Die Sonderzahlungen stiegen bei Arbeitern und Angestellten in etwa gleichem Umfang. Dagegen zeigen die Ergebnisse in den Unternehmensgrößenklassen bei den Arbeitern eine Angleichungstendenz, die bei Angestellten nicht festzustellen ist. So erhielten Angestellte und Arbeiter in Kleinunternehmen 1981 jeweils 49 % der Sonderzahlungen von Großunternehmen; 1984 dagegen beliefen sich die Leistungen an Arbeiter in Kleinunternehmen auf 52 % der von Großunternehmen gewährten Beträge, während die Angestellten in Kleinunternehmen ihre Position gegenüber ihren Kollegen in Großunternehmen nicht verbessern konnten.

In der Entwicklung der Sonderzahlungen kommt die konjunkturelle Situation der einzelnen Wirtschaftszweige stärker als in der Lohn- und Gehaltsentwicklung zum Ausdruck. So schwankten die Wachstumsraten der Sonderzahlungen zwischen den Wirtschaftszweigen von + 2 bis + 21 %, bei den Gratifikationen sogar von — 2 bis + 29 %. Die Streuung zwischen den Wirtschaftszweigen

blieb jedoch etwa auf dem im Jahr 1981 festgestellten Niveau: Bei den Sonderzahlungen im Jahr 1984 betrug der Variationskoeffizient 38 % (gegenüber 39 % im Jahr 1981) und bei den Gratifikationen 49 % (gegenüber 48 % 1981).

In etwa der Hälfte der dargestellten Wirtschaftszweige stimmte die Entwicklung der Sonderzahlungen bei Arbeitern und bei Angestellten recht gut überein, während in den übrigen Wirtschaftszweigen Unterschiede in den Wachstumsraten von bis zu 10 Prozentpunkten zu beobachten sind. Teilweise dürften sie damit zu erklären sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Ertragslage der Unternehmen bei den Sonderzahlungen an Angestellte stärker berücksichtigt werden. So überschritten beispielsweise 1981 die Zahlungen an die Angestellten im Bekleidungs- und Baugewerbe die tariflich vereinbarten Leistungen erheblich, während die Leistungen an die Arbeiter etwa auf dem tariflich vereinbarten Niveau lagen. Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in diesen Wirtschaftszweigen führte vermutlich zu einer Reduzierung von übertariflichen Leistungen an die Angestellten und damit auch zu erheblich geringeren Zuwachsraten für die Sonderzahlungen; die Leistungen für die Arbeiter nahmen dagegen entsprechend den Tarifabschlüssen zu.

Mit 46 % wurde bei der wichtigsten freiwilligen Leistung der Arbeitgeber, der betrieblichen Altersversorgung, die höchste Zuwachsrate unter den größeren Aufwandpositionen festgestellt. Noch stärker als der Gesamtwert erhöhte sich die Nettozuführung zu Pensionsrückstellungen mit 66 %. Diese Entwicklung erfolgte nicht gleichmäßig nach Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftszweigen, sondern zeigt in dieser Hinsicht erhebliche Unterschiede. So erhöhten sich die Aufwendungen für die betrieblichen Altersversorgungen in Unternehmen mit 100 bis 199 Arbeitnehmern um 4 %, dagegen bei Großunternehmen um 53 %. Mit einer Abnahme dieser Aufwendungen um 17 % und Zuwachsraten bis zu 97 % schwankten die Leistungen zwischen den Wirtschaftszweigen noch erheblich mehr. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob aus dem Zuwachs dieser Aufwendungen insgesamt auf eine Ausbreitung der betrieblichen Altersversorgung oder auf eine Erhöhung der künftigen Rentenleistungen je Anspruchsberechtigten geschlossen werden kann. Den Statistischen Landesämtern wurden auf Rückfragen in den Fällen sehr hoher Aufwendungen verschiedene Sonderfaktoren genannt. So führte zum Beispiel die Anwendung einer neuen Sterbetafel bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen zu einer zusätzlichen Erhöhung der Rückstellungen. Weiterhin wurden in verschiedenen Unternehmen Rentenanpassungen durchgeführt, die höhere Rentenzahlungen, aber vor allem ungewöhnlich hohe Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen oder Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen zur Folge hatten. Schließlich wurden außerordentliche Leistungen für die betriebliche Altersversorgung mit der Finanzierung von Vorruhestandsleistungen und ähnlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Personalabbau begründet.

Unter den sonstigen Personalnebenkosten erscheint insbesondere die Zunahme der Entlassungsschädigungen — von 140 auf 330 DM je Arbeitnehmer —

um rund 130 % bemerkenswert. Zwar stellt diese Position mit 0,6 % der gesamten Arbeitskosten auch 1984 noch keine besonders wichtige Größe dar, jedoch ist sie — auch volkswirtschaftlich gesehen — mit Gesamtaufwendungen von 2,6 Mrd. DM nicht ohne Belang. Diese Position enthält neben den im Einzelfall gezahlten Entlassungsschädigungen auch die Aufwendungen für Sozialpläne der befragten Unternehmen.

Ausblick

Für das Verhältnis der Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit wurde in der Vergangenheit von Erhebung zu Erhebung ein höherer Wert ermittelt:

1972	1975	1978	1981	1984
56	66	70 %	75	79

Es stellt sich die Frage, ob langfristig mit einem weiteren erheblichen Anwachsen des Personalnebenkostenanteils zu rechnen ist.

Bei einzelnen Bestandteilen der Personalnebenkosten, insbesondere den im Verdienst enthaltenen, dürfte künftig nicht mehr mit einer überdurchschnittlichen Zunahme zu rechnen sein, was sich in den Ergebnissen der letzten Erhebungen bereits anzudeuten schien. Während sich die im Verdienst enthaltenen Personalnebenkosten von 1972 bis 1984 mit + 174 % wesentlich stärker als das Entgelt für geleistete Arbeit erhöhten (+ 104 %), stiegen sie 1981 bis 1984 nur etwa im gleichen Ausmaß wie das Entgelt für geleistete Arbeit. Hierzu haben zwar zuletzt einige Sonderentwicklungen — wie etwa der Rückgang der Lohn- und Gehaltszahlung im Krankheitsfall — beigetragen, die in den nächsten Jahren an Einfluß verlieren dürften. Dennoch erscheint zweifelhaft, daß künftig die bezahlten arbeitsfreien Tage gegenüber den Arbeitstagen noch erheblich zunehmen oder die Sonderzahlungen gegenüber den laufenden Zahlungen sich stärker erhöhen werden.

Wenn sich die im Lohn enthaltenen Personalnebenkosten und das Entgelt für geleistete Arbeit künftig proportional entwickeln, könnte sich eine Erhöhung des Quotienten „Personalnebenkosten/Entgelt für geleistete Arbeit“ zunächst noch über eine stärkere Belastung der Lohn- und Gehaltssumme durch Sozialversicherungsbeiträge ergeben. Voraussagen hierüber sind schwierig. Eine günstige Entwicklung ist vermutlich bei den Beiträgen zur Unfallversicherung zu erwarten. Bereits in den letzten drei Erhebungen wurde für die Unfallversicherungsbeiträge und das Entgelt für geleistete Arbeit ein konstantes Wertverhältnis (2,4 %) festgestellt. In den nächsten Jahren ist eher mit einer Abnahme dieses Wertes zu rechnen, weil der Anteil der Angestellten an den Arbeitnehmern zunimmt und deren Beitragssätze meist geringer sind als für die Arbeiter. Auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dürften längerfristig nicht stärker als die Löhne zunehmen, da — schon aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung — mit einer Abnahme der Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist. Andererseits wird in den kommenden Jahren die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung für die Kranken- und Rentenversicherung zusätzliche Belastungen bringen. Wenn das bisherige Leistungsni-

veau und das Finanzierungsverfahren aufrechterhalten werden sollen, könnte bei der Rentenversicherung eine Erhöhung der Beitragssätze unumgänglich werden.

Auch für die wichtigste sonstige Kostenart, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, ist der Altersaufbau der Bevölkerung ein wesentlicher Einflußfaktor. Von 1972 bis 1984 stiegen diese Aufwendungen stärker als jede andere Aufwendungsart, und auch 1981 bis 1984 war hier eine besondere Zunahme zu beobachten. Da die Werte von 1984 jedoch durch einige Sonderfaktoren beeinflusst sind, erscheint es fraglich, ob sie einen Trend beschreiben, der auch in der Zukunft gelten wird. Die in der Vergangenheit ermittelten hohen Zuwachsraten schließen nicht aus, daß die Versorgungsansprüche neu eingestellter Personen reduziert werden. Berichte über Einschränkungen bei der betrieblichen Altersversorgung sind jedenfalls nicht selten, und die Auffassung, daß Unternehmen in den letzten Jahren weniger geneigt waren, Versorgungszusagen zu geben, ist recht verbreitet.

Die übrigen Personalnebenkosten umfassen 10 % des Gesamtwertes. Bei den meisten von ihnen dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß sie in etwa der Lohnentwicklung folgen werden und damit keinen größeren Einfluß auf das Verhältnis Personalnebenkosten/Entgelt für geleistete Arbeit haben dürften.

Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch

Preise im Juli 1986

Ausgewählte Preisindizes

1980 = 100

Das freundliche Preisklima des Frühjahrs und des Sommeranfangs hat auch im Juli angehalten. Die Preisindizes auf der Erzeuger-, Großhandels- und Endverbraucherstufe sind von Juni auf Juli 1986 einheitlich zurückgegangen: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) — 0,7 %, Index der Großhandelsverkaufspreise — 2,1 %, Index der Einzelhandelspreise — 0,4 % und Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte — 0,5 %. Auch die Jahresveränderungsraten dieser vier Indizes sind negativ gewesen — jetzt bereits im vierten Monat hintereinander — und die Abstände gegenüber dem Vorjahresmonat haben sich weiter vergrößert.

Im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahresmonat haben sich die vier Indizes im Berichtsmonat wie folgt ermäßigt:

	Abnahme Juli 1986 gegenüber Juni 1986	
	gegenüber Juli 1985	
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	- 0,7	- 3,6
Index der Großhandelsverkaufspreise	- 2,1	- 8,7
Index der Einzelhandelspreise	- 0,4	- 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	- 0,5	- 0,5

Auf der Großhandels- bzw. Erzeugerstufe sind die Preise im Juli 1986 im Durchschnitt damit auf das Niveau vom Juni 1981 bzw. Januar 1984 gefallen. Der Index der Einfuhrpreise — auf den in diesem Beitrag nicht näher eingegangen wird — war im Juni 1986 mit 99,8 (1980 = 100) sogar unter den Stand des Basisjahres 1980 zurückgegangen und hat sich im Juli 1986 auf 96,6 weiter ermäßigt.

Die günstige Entwicklung der Indizes im Juli 1986 ist — wie schon seit einigen Monaten — durch den auf allen Wirtschaftsstufen beobachteten Preisrückgang bei Mineralerzeugnissen nachhaltig beeinflusst worden. In diesem Monat wurde der nach unten gerichtete Preistrend auf der Großhandels- und Endverbraucherstufe zusätzlich durch saisonale Einflüsse verstärkt, insbesondere durch die Verbilligung von Kartoffeln (im Großhandel — 17 %, im Einzelhandel — 17 %) und Frischgemüse (— 21 bzw. — 15 %).

	Veränderungen Juli 1986 gegenüber Juni 1986	
	%	
Index der Großhandelsverkaufspreise		
Insgesamt	- 2,1	
ohne Saisonwaren	- 1,8	
Saisonwaren	- 7,6	
Index der Einzelhandelspreise		
Insgesamt	- 0,4	
ohne Saisonwaren	- 0,3	
Saisonwaren	- 5,4	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
Insgesamt	- 0,5	
ohne Saisonwaren	- 0,3	
Saisonwaren	- 5,3	

Es gibt jedoch erste Anzeichen dafür, daß die Talfahrt der Preise bald beendet sein könnte. Das spürten als erste die Autofahrer. Nach dem jüngsten Beschluß der OPEC-Länder, die Ölförderung zu drosseln, um eine Stabilisierung der Erdölpreise auf höherem Niveau durchzusetzen, haben die Mineralölgesellschaften die Benzinpreise in den

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insgesamt	darunter				insgesamt	ohne Saisonwaren ⁴⁾
		Investitionsgüter ²⁾	Verbrauchsgüter ²⁾				
1981 D	107,8	104,4	108,2	107,8	105,3	106,3	106,3
1982 D	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1985 D	121,8	120,1	118,5	117,5	117,5	121,0	121,0
1985 Mai	122,1	120,1	119,0	119,3	118,1	121,2	120,9
Juni	122,0	120,2	118,7	118,4	117,9	121,3	121,1
Juli	122,1	120,5	118,2	117,0	117,6	121,1	121,1
Aug.	121,9	120,5	117,9	116,2	117,0	120,7	121,1
Sept.	122,1	120,6	118,4	116,6	117,3	120,9	121,4
Okt.	121,9	120,9	118,5	115,6	117,3	121,1	121,6
Nov.	121,9	120,9	118,9	115,8	117,8	121,3	121,8
Dez.	121,5	121,2	117,3	115,2	117,8	121,4	121,7
1986 Jan.	121,2	121,8	115,7	115,1	117,9	121,6	121,7
Febr.	120,6	122,0	113,9	112,6	117,8	121,3	121,3
März	120,1	122,3	112,1	111,5	117,6	121,0	121,0
April	119,4	122,8	111,6	111,1	117,7	120,9	120,8
Mai	118,6	123,0	110,4	110,1	117,7	120,9	120,7
Juni	118,5	123,4	110,2	109,1	117,7	121,1	120,9
Juli	117,7	123,7	108,2	106,8	117,2	120,5	120,5
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1985 Mai	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Juli	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 1,2	- 0,3	- 0,2	-
Aug.	- 0,2	-	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,3	-
Sept.	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Okt.	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	-	+ 0,2	+ 0,2
Nov.	-	-	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Dez.	- 0,3	+ 0,2	- 1,3	- 0,5	-	+ 0,1	- 0,1
1986 Jan.	- 0,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-
Febr.	- 0,5	+ 0,2	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3
März	- 0,4	+ 0,2	- 1,6	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2
April	- 0,6	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Mai	- 0,7	+ 0,2	- 1,1	- 0,9	-	-	- 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	-	+ 0,2	+ 0,2
Juli	- 0,7	+ 0,2	- 1,8	- 2,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1981 D	+ 7,8	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,8	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,3
1982 D	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1985 D	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,2
1985 Mai	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Juni	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,5
Juli	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,4
Aug.	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,4
Sept.	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,4
Okt.	+ 1,3	+ 2,7	+ 0,7	- 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8
Nov.	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,5	- 0,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9
Dez.	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,3	- 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
1986 Jan.	-	+ 2,9	- 2,2	- 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
Febr.	- 0,8	+ 2,8	- 4,3	- 5,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8
März	- 1,4	+ 2,9	- 5,9	- 7,1	-	+ 0,1	+ 0,2
April	- 2,1	+ 2,6	- 6,0	- 7,1	- 0,1	- 0,2	-
Mai	- 2,9	+ 2,4	- 7,2	- 7,7	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Juni	- 2,9	+ 2,7	- 7,2	- 7,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Juli	- 3,6	+ 2,7	- 8,5	- 8,7	- 0,3	- 0,5	- 0,5

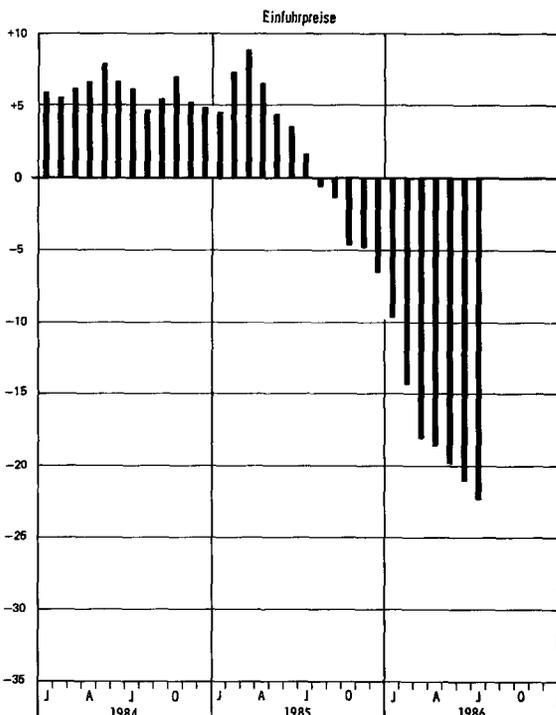
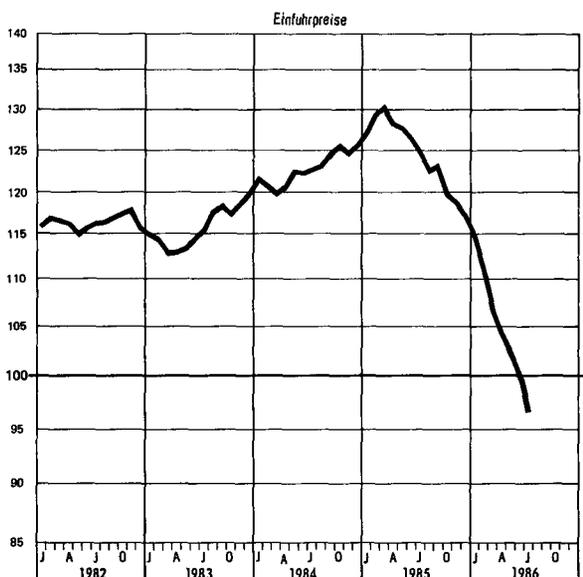
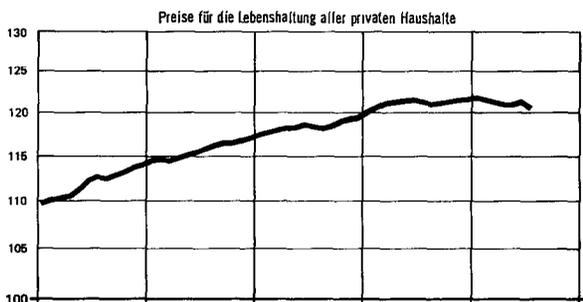
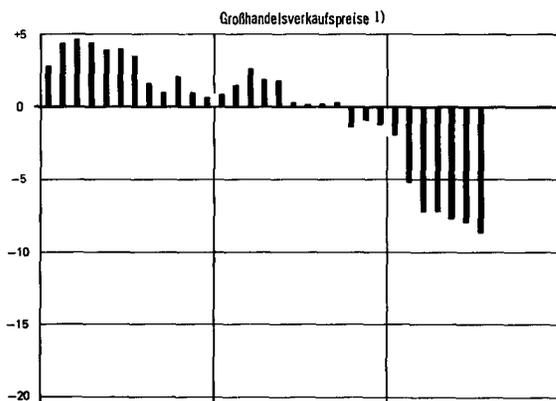
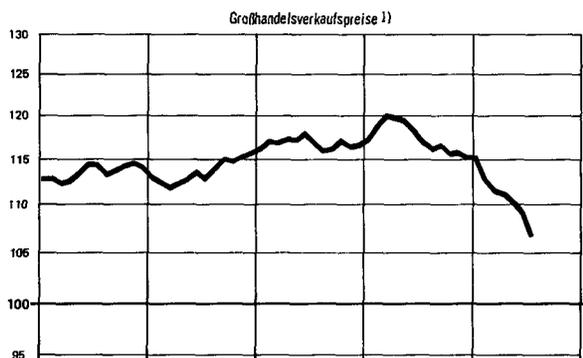
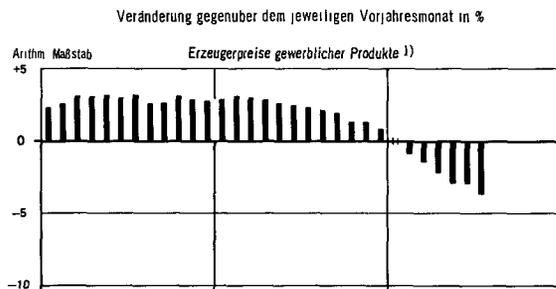
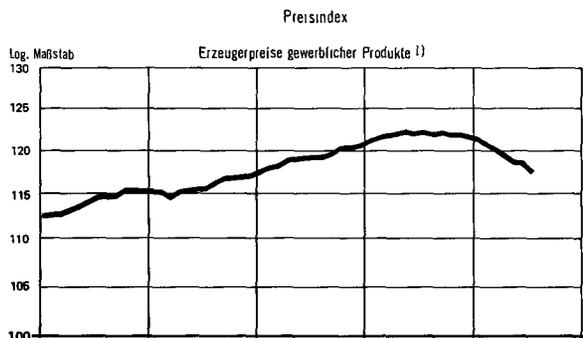
¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ³⁾ Einsch. Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen.

sogenannten Niedrigpreisregionen zwischen 4 und 12 Pfennig je Liter heraufgesetzt. Diese Verteuerung wird sich in den für August 1986 berechneten Preisindizes auf der Endverbraucherstufe niederschlagen. Man wird abwarten müssen, ob jetzt eine Trendwende bei den Preisindizes bevorsteht oder ob die Versuche, nachhaltige Erdölpreiserhöhungen durchzusetzen, vorerst weiterhin erfolglos bleiben.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ist von Juni auf Juli 1986 um

Schaubild 1

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES
1980 = 100



1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

0,7 % gefallen. Im Juni bzw. Mai war der Index gegenüber dem Vormonat um 0,1 bzw. 0,7 % zurückgegangen. Mit einem Stand von 117,7 (1980 = 100) lag er im Juli 1986 um 3,6 % unter dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Einen solchen Rückgang innerhalb eines Jahres hat es seit September 1953 nicht mehr gegeben.

Die für größere Zusammenfassungen berechneten Teilindizes wiesen im Berichtsmonat folgende Monats- bzw. Jahresveränderungen auf:

	Veränderungen Juli 1986 gegenüber Juni 1986 Juli 1985 %	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	- 0,5	- 2,3
Bergbauliche Erzeugnisse	- 1,4	- 7,3
Erzeugnisse des		
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	- 2,7	- 14,8
Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 2,2
Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	-	+ 0,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	- 0,4	- 0,4

Ausschlaggebend für den Rückgang des Index für elektrischen Strom, Gas, Fernwärme und Wasser waren die gegenüber dem Vormonat um 2,7 % niedrigeren Preise für Erdgas, die die gestiegenen Preise für Elektrizität (+ 1,2 %) mehr als ausglich. Die Verbilligung der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ist neben dem bereits angesprochenen, im Juli noch anhaltenden Preisverfall bei Mineralölprodukten (- 11 % gegenüber Juni 1986 und - 44 % gegenüber Juli 1985) auch auf Preisrückgänge gegenüber dem Vormonat bzw. Vorjahresmonat bei Eisen und Stahl (- 1,9 bzw. - 4,8 %) sowie bei NE-Metallen und -Metallhalbzeug (- 3,0 bzw. - 18 %) zurückzuführen.

Fortgesetzt hat sich dagegen im Juli 1986 der kontinuierliche Preisanstieg bei den Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (+ 0,2 % gegenüber Juni 1986 und + 2,2 % gegenüber Juli 1985). Daß dieser Sektor bisher vom allgemein nach unten gerichteten Preistrend noch nicht erfaßt worden ist, zeigt auch der für Fertigerzeugnisse berechnete Teilindex für Investitionsgüter: Er lag im Juli 1986 um 0,2 bzw. 2,7 % über dem Vormonat bzw. Vorjahresmonat und hat sich nunmehr im achten aufeinanderfolgenden Monat mit Veränderungsdaten zwischen + 0,2 und + 0,5 % erhöht.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise hat sich von Juni auf Juli 1986 mit einem Rückgang um 2,1 % (nach jeweils - 0,9 % im Juni und Mai 1986) wie schon in den Vormonaten deutlich stärker ermäßigt als die übrigen hier besprochenen Preisindizes. Mit einem Stand von 106,8 (1980 = 100) lag der Index im Juli 1986 um 8,7 % niedriger als ein Jahr zuvor.

Weiterhin ist die Preisentwicklung im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwerten wesentlich stärker nach unten gerichtet als im Großhandel mit Fertigwaren: Der Teilindex für den Großhandel mit Rohstoffen und Halbwerten — er repräsentiert knapp die Hälfte des gesamten Großhandels — lag im Juli 1986 mit einem Stand von 97,1 (1980 = 100) um 4,1 % niedriger als im Juni 1986 und sogar um 18 % unter dem Stand vom Juli 1985. Besonders stark fielen im Berichtsmonat die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölprodukten (- 10 %), mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren (- 4,3 %) sowie mit Er-

zen, Stahl, NE-Metallen usw. (- 1,3 %). Im Großhandel mit Fertigwaren gaben die Preise im Berichtsmonat im Durchschnitt ebenfalls nach (- 0,8 % gegenüber Juni 1986). Gegenüber niedrigeren Preisen im größten Zweig, dem Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (- 1,8 %), waren in den meisten anderen Zweigen höhere Preise als einen Monat zuvor zu verzeichnen.

Von den zahlreichen Warengruppen, die sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorjahresmonat verbilligten, seien folgende erwähnt: Getreide (- 5,9 bzw. - 6,4 %), Mineralölprodukte (- 12 bzw. - 47 %), Eisen und Stahl (- 1,1 bzw. - 3,0 %), NE-Metalle und -Metallhalbzeug (- 3,1 bzw. - 21 %), Gießereierzeugnisse (- 2,4 bzw. - 21 %) und Fleisch und Fleischerezeugnisse (- 0,8 bzw. - 7,8 %). Dem standen u. a. folgende Verteuerungen entgegen: Straßenfahrzeuge (+ 0,2 bzw. + 2,5 %), Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 0,2 bzw. + 2,6 %), pharmazeutische Erzeugnisse (+ 0,2 bzw. + 1,5 %) sowie Glas und Glaswaren (+ 0,9 bzw. + 6,5 %).

Der Index der Einzelhandelspreise ging von Juni auf Juli 1986 um 0,4 % zurück und war damit um 0,3 % niedriger als im Juli 1985. Entsprechend der Entwicklung auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen verbilligten sich insbesondere feste Brennstoffe, Mineralölprodukte (- 11 % gegenüber Vormonat, - 39 % gegenüber Vorjahresmonat) sowie Obst, Gemüse (- 5,7 bzw. + 2,6 %).

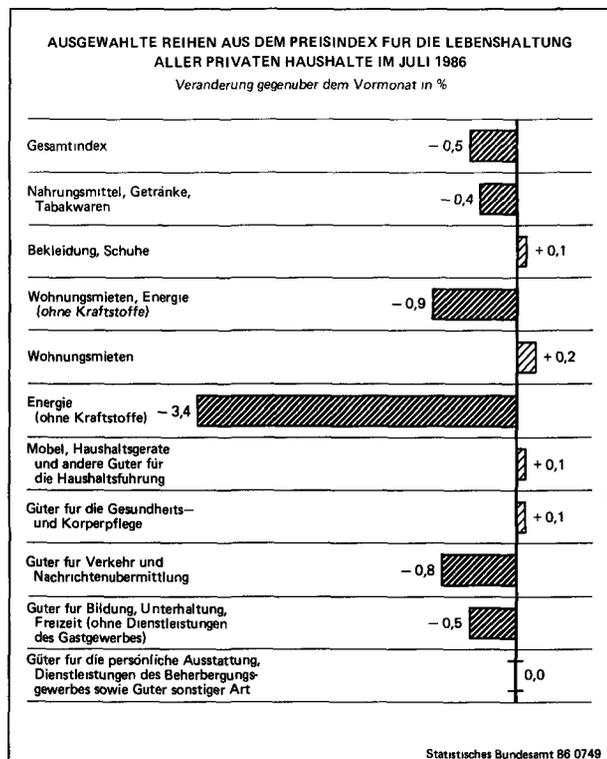
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Juli 1986 um 0,5 % niedriger als im Juni 1986 und um ebenfalls 0,5 % niedriger als im Juli 1985. Die Verbilligung der Lebenshaltung gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat ist in erster Linie durch die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln (- 0,8 % gegenüber Juni 1986, - 0,1 % gegenüber Juli 1985), leichtem Heizöl (- 21 bzw. - 58 %) und Kraftstoffen (- 5,1 bzw. - 27 %) verursacht worden.

Bedingt durch die von Juni auf Juli 1986 wieder gefallenen Kraftstoffpreise — Benzin und Diesel konnte der Verbraucher ungefähr wieder zu Preisen tanken wie Mitte 1979 — ist der gesondert berechnete Preisindex für die Anschaffung und Unterhaltung von Kraftfahrzeugen („Kraftfahrer-Preisindex“) im Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat um 0,9 % zurückgegangen und lag damit um 4,8 % niedriger als im Juli 1985.

Bei den für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes entsprechen die Monatsveränderungen weitgehend der des Index für alle privaten Haushalte, während die Jahresveränderungsraten stärker differieren.

	Veränderungen Juli 1986 gegenüber Juni 1986 Juli 1985 %	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	- 0,5	- 0,5
von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	- 0,3	- 0,2
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	- 0,4	- 0,3
von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern	- 0,4	+ 0,3
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	- 0,7	+ 0,4

Schaubild 2



Bedingt durch den höheren Gewichtsanteil von Nahrungsmitteln im Index für die einfache Lebenshaltung eines Kindes, wies dieser Index im Berichtsmontat einen relativ stärkeren Rückgang ($- 0,7\%$) gegenüber dem Vormonat auf. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ($+ 0,4\%$) hat sich dagegen die einfache Lebenshaltung eines Kindes leicht verteuert; ebenso die Lebenshaltung von Renten- und Sozialhilfeempfängern ($+ 0,3\%$).

Das liegt daran, daß die im Vergleich zum Juli 1985 um 27% billigeren Kraftstoffe in den Wägungsschemata der beiden Indizes nur minimal bzw. mit deutlich geringerem Gewichtsanteil (11‰) als im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (34‰) enthalten sind.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, daß die jetzt seit vier Monaten für den „statistischen Durchschnittshaushalt“ ermittelte Verbilligung der Lebenshaltung jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat nicht nur auf einen individuellen Haushalt sondern auch auf ausgewählte statistische Haushaltstypen aufgrund ihrer gegenüber dem Durchschnitt aller Haushalte abweichenden Verbrauchsstruktur nicht zuzutreffen braucht. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die Verbilligung aufgrund von Sonderbewegungen der Preise einzelner Güter ergibt.

Im einzelnen sind folgende stärkere Preisveränderungen von Juni auf Juli 1986 hervorzuheben (in Klammern die Abstände gegenüber Juli 1985):

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Veränderungen %
Kalisalze	+ 3,8 (+ 6,4)
Zellstoff	+ 1,7 (- 10,9)
Stahlschrott	+ 1,5 (- 32,5)
Elektrizität	+ 1,2 (+ 2,7)
Fernwärme	- 1,7 (- 2,3)
Gemüsekonserven	- 2,2 (- 4,6)
Erdgas	- 2,7 (- 9,4)

Veränderungen %	
noch. Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	
Stahlrohre	- 3,4 (- 0,7)
Baustahlmatten	- 3,4 (- 14,8)
Formstahl	- 4,0 (- 1,7)
Grobblech	- 4,0 (- 6,9)
Motorenbenzin	- 5,6 (- 29,1)
Betonstahl	- 5,8 (- 18,3)
Elektrolytkupfer	- 7,9 (- 32,2)
Sojaöl	- 9,2 (- 55,1)
Dieselmotoren	- 10,0 (- 37,4)
Ölkuchen und Schrote	- 10,7 (- 16,5)
Düngemittel	- 11,5 (- 9,9)
Blei	- 12,2 (- 30,0)
Bitumen	- 15,4 (- 52,6)
Flüssiggas	- 17,5 (- 62,4)
Schweres Heizöl	- 17,6 (- 64,1)
Leichtes Heizöl	- 25,5 (- 62,4)
Großhandelsverkaufspreise	
Frischobst (ohne Zitrus- und tropische Früchte)	+ 20,3 (+ 34,3)
Orangen	+ 14,6 (- 16,3)
Salzsäure	+ 2,1 (+ 9,4)
Fernsehempfangsgeräte	+ 1,7 (- 0,2)
Feinmechanische und medizin-mechanische Erzeugnisse	+ 1,5 (+ 2,6)
Röstkaffee	+ 1,5 (+ 15,1)
Schokoladenerzeugnisse	+ 0,9 (+ 10,1)
Rindfleisch	- 2,3 (- 8,3)
Betonstahl	- 2,6 (- 5,1)
NE-Metalle, roh	- 5,8 (- 25,0)
Erzeugnisse der Ölmühlen	- 6,1 (- 17,9)
Motorenbenzin	- 9,5 (- 40,5)
Dieselmotoren	- 11,8 (- 43,8)
Rohkaffee	- 12,5 (- 14,4)
Schweres Heizöl	- 16,1 (- 62,5)
Speisekartoffeln	- 17,0 (+ 57,5)
Seefische	- 19,2 (- 20,2)
Frischgemüse	- 21,1 (+ 0,4)
Leichtes Heizöl	- 25,0 (- 63,2)
Bananen	- 34,2 (- 4,2)
Verbraucherpreise	
Frischobst	+ 3,9 (+ 2,6)
Kaffee	+ 0,5 (+ 7,8)
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	+ 0,3 (+ 5,7)
Schmuck	- 0,3 (- 1,4)
Margarine	- 1,1 (- 9,5)
Gas	- 1,1 (- 4,3)
Eier	- 1,4 (- 5,7)
Frische Fische und Fischfilets	- 3,1 (+ 5,3)
Kraftstoffe	- 5,1 (- 27,2)
Frischgemüse	- 13,0 (- 7,7)
Kartoffeln	- 17,1 (+ 18,1)
Leichtes Heizöl	- 20,7 (- 57,7)

Dr. Rudolf Walter

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
ISI - „Declaration on Professional Ethics“ — Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der Sicht der Bundesstatistik	8	573
Bevölkerungsvorausrechnungen: Statistische Grundlagen und Probleme	4	233
Zur Stellung der Frau in der Wirtschaft	7	489
Überblick über die Konjunkturbefragungen der Europäischen Gemeinschaften	2	97
Zur Frage der Kalendereinigung von Zeitreihen	6	421
Internationale Wirtschaftszweig- und Gütersystematiken und ihre Harmonisierung	2	79
Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung	7	499
Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	329
Bevölkerung		
Bevölkerungsvorausrechnungen: Statistische Grundlagen und Probleme	4	233
Heiratsstafeln verwitweter Deutscher 1979/82 und geschiedener Deutscher 1980/83	2	107
Bevölkerungsentwicklung 1985	8	582
Ausländer im Bundesgebiet 1985	3	181
Ehescheidungen 1984	3	186
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Zur Stellung der Frau in der Wirtschaft	7	489
Ausbildungs- und Berufsstruktur der Jugendlichen	1	20
Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen	8	588
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1985	4	261
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1984 und im ersten Vierteljahr 1985	1	13
Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1985	6	429
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1985	1	30
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Jahresabschlüsse 1984 von Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes	5	356
Insolvenzen 1985	3	192
Finanzielle Ergebnisse der 1984 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren	7	510
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Änderungen in den Eigentums- und Besitzverhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 1975 und 1985	7	515
Forstbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	1	32
Haushalte mit Nutzgärten und Kleintierhaltung	7	559
Weinmarkt in der Europäischen Gemeinschaft	8	594
Weinmosternte 1985	3	197
Tierische Erzeugung 1985	5	363
Seefischerei 1985	5	369
Produzierendes Gewerbe		
Zur Frage der Kalendereinigung von Zeitreihen	6	421
Konjunkturelle Entwicklung der Datenverarbeitungsbranche	3	199
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1985	4	267
Erfahrungen mit dem neuen System der Produktionsindizes	5	374
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1985	5	383
Kostenstruktur und Investitionen im Baugewerbe 1984	6	432
Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1985	4	276
Beschäftigung, Umsatz und Wertschöpfung im Handwerk 1985	4	283
Bautätigkeit und Wohnungen		
Daten über die Bodennutzung	5	387
Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1985	4	276
Bautätigkeit im Nichtwohnbau	7	523
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Planung und Durchführung der Handels- und Gaststättenzählung 1985	6	439
Inlandsreiseverkehr 1985	7	529
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1961 bis 1985 ..	2	113

	Heft	Seite
Außenhandel		
Außenhandel 1985	1	44
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	118
nach Waren	3	203
nach Bundesländern	4	289
mit den außereuropäischen Entwicklungsländern	6	456
im vierten Vierteljahr 1985	2	127
im ersten Vierteljahr 1986	5	393
im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1986	8	603
Handelswege im Außenhandel 1985	6	448
Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1985	7	536
Verkehr		
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1985	4	295
Binnenschifffahrt 1985	8	610
Luftverkehr 1985	6	463
Geld und Kredit		
Aktienmarkt im Jahr 1985	1	50
Bildung und Kultur		
Besuch von Krankenpflegesschulen	1	57
Absolventen der Realschulen	4	303
Studenten im Wintersemester 1985/86	5	398
Pressestatistik 1984	8	618
Gesundheitswesen		
Tuberkulose 1984	2	132
Krankenhäuser 1984	8	625
Sozialleistungen		
Sozialhilfeempfänger 1984	2	136
Rehabilitationsmaßnahmen 1984	8	629
Finanzen und Steuern		
Finanzplanung von Bund und Ländern 1985 bis 1989	1	62
Ausgaben des Bundes und der Länder für Wirtschaftsförderung 1984	8	637
Kommunale Finanzplanungen 1985 bis 1989	4	307
Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1985	6	429
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1985	1	30
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1986	7	543
Bruttolohn und Lohnsteuer 1983	8	644
Umsätze und ihre Besteuerung 1984	7	547
Öffentliche Haushaltsplanungen 1986	5	404
Öffentliche Finanzen 1985	4	312
Öffentliche Schulden 1985	7	554
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Haushalte mit Nutzgärten und Kleintierhaltung	7	559
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1985	6	467
Löhne und Gehälter		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984	8	651
Mehrarbeitsstunden in der Lohnstatistik	6	475
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1985	3	210
Preise		
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1980	2	143
Preise im Jahr 1985	1	65
Januar 1986	2	149
Februar 1986	3	224
März 1986	4	319
April 1986	5	411
Mai 1986	6	480
Juni 1986	7	563
Juli 1986	8	661
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung	7	499
Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	329
Input-Output-Tabellen der Energieströme und Energiebilanzen	5	346
Anlagevermögen für Umweltschutz	3	214
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1985 (Vorläufiges Ergebnis)	3	159
Sozialprodukt im Jahr 1985	1	5
Umweltschutz		
Anlagevermögen für Umweltschutz	3	214

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	294*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	306*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	307*	"
Ausgewählte Tabellen		
Bevölkerung		
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene; Wanderungen 1985 nach Ländern des Bundesgebietes; Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes; Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Beteiligung am Erwerbsleben	308*	einmalig
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	312*	vierteljährlich
Entwicklung der Erwerbstätigkeit	314*	einmalig
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Schweinebestand im April, Rinder- und Schafbestand im Juni	315*	"
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	316*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	317*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	318*	"
Außenhandel		
Einfuhr und Ausfuhr nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Systematischen Verzeichnisses für Produktionsstatistiken; Entwicklung der Einfuhr von Erdöl, roh; Entwicklung der Durchschnittswerte der Einfuhr für Erdöl, roh, und ausgewählte Mineralölerzeugnisse; Einfuhr von Mineralölerzeugnissen	320*	einmalig
Bildung und Kultur		
Pressestatistik: Unternehmen und Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen am 31. 12. 1984 sowie nach Beschäftigtengrößenklassen; Unternehmen und Umsatz 1984 nach Umsatzarten und Umsatzgrößenklassen; Zeitungen und Zeitschriften 1984 . . .	322*	"
Gesundheitswesen		
Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Trägern und Zweckbestimmungen; Fachkrankenhäuser, Fachabteilungen und planmäßige Betten nach der Zweckbestimmung; Kranke, Pflegetage, Verweildauer und Bettenausnutzung in den Krankenhäusern 1984 nach Zweckbestimmungen, Trägern und Ländern; Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1984 nach Berufen und Trägern	326*	"
Sozialleistungen		
Rehabilitanden 1984 nach Geschlecht, Trägern, Art der Maßnahme und Art der Behinderung	330*	"
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie; durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe . . .	332*	vierteljährlich
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	333*	vierteljährlich
Arbeitskosten je Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftszweigen; Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeiter, Angestellten und Arbeitnehmer nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes	334*	einmalig
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	338*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	340*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	342*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986							
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung 1)												
Erwerbstätigkeit												
Erwerbstätige 2)	1 000	25 331p	25 352p	25 531p	25 552p	25 437p	25 469p	25 601p	25 701p	25 780p	...	
dar. Abhängige	1 000	22 057p	22 070p	22 237p	...	22 178p	
Arbeitsmarkt 3)												
Arbeitslose 4)	1 000	2 258	2 266	2 304	2 590	2 593	2 448	2 230	2 122	2 078p	2 132p	
und zwar:												
Männer	1 000	1 273	1 277	1 289	1 503	1 520	1 405	1 204	1 121	1 077p	1 092p	
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	192	168	159	167	163	153	130	118	125p	150p	
Ausländer	1 000	292	270	253	274	274	268	251	241	235p	234p	
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,1	9,3	10,4	10,4	9,8	9,0	8,5	8,4p	8,6p	
Zugang an Arbeitslosen	1 000	309	306	313	522	279	253	285	206	251p	347p	
Offene Stellen	1 000	76	88	110	122	137	158	157	169	173p	170p	
Arbeitsvermittlungen	1 000	130	146	156	120	135	166	205	167	178p	191p	
Kurzarbeiter	1 000	675	384	235	263	294	295	216	153	118p	87p	
Unternehmen und Arbeitsstätten												
Insolvenzen	Anzahl	16 114	16 760	18 876	1 543	1 550	1 725	1 540	1 523	1 634	...	
Unternehmen	Anzahl	11 845	12 018	13 625	1 107	1 121	1 269	1 094	1 125	1 215	...	
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 471	2 193	2 306	174	143	203	172	187	199	...	
Baugewerbe	Anzahl	2 467	2 785	3 228	249	277	324	291	288	250	...	
Handel	Anzahl	3 112	3 146	3 370	294	289	303	258	277	318	...	
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	2 967	3 149	3 835	326	330	358	299	288	382	...	
Übrige Gemeinschuldner 5)	Anzahl	4 269	4 742	5 251	436	429	456	446	398	419	...	
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	15 999	16 698	18 804	1 532	1 544	1 722	1 532	1 524	1 633	...	
dar. mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12 252	12 826	14 512	1 154	1 211	1 365	1 160	1 241	1 270	...	
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	145	91	105	11	8	3	10	3	8	...	
Wechselproteste	Anzahl	162 979	153 929	152 349	10 927	10 080	11 150	13 094	12 114	11 187	...	
Wechselsumme	Mill. DM	1 511	1 295	1 410	100	98	101	114	101	110	...	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Viehbestand 6)												
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 552	15 688	15 627	15 806	...	
Schweine	1 000	23 449	23 617	24 282	24 905	
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	1 000	4 571	5 018	4 858	421	362	371	465	394	384	...	
Kälber	1 000	630	686	688	53	50	61	58	59	55	...	
Schweine	1 000	36 146	36 805	37 018	3 164	2 783	2 862	3 396	3 188	3 228	...	
Schlachtmenge	1 000 t	4 494	4 640	4 641	402	351	364	441	400	398	...	
dar.: Rinder	1 000 t	1 382	1 493	1 455	129	112	115	145	122	120	...	
Kälber	1 000 t	72	81	81	7	6	6	7	7	6	...	
Schweine	1 000 t	3 020	3 045	3 085	265	232	240	287	269	270	...	
Geflügel												
Eingelegte Bruteier 7)	1 000 t	435 034	432 875	410 232	34 720	34 501	36 011	37 302	36 540	33 349	...	
Geschlachtetes Geflügel 8)	t	296 788	304 333	310 767	26 886	23 970	24 900	29 191	25 321	26 937	...	
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	1 000 t	274	293	191	10	13	11	15	10	
Produzierendes Gewerbe												
Index der Nettoproduktion 9) 10)	1980=100	95,4	98,6	103,0	95,5	104,2	102,7	113,0	103,9	109,5	...	
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion 9) 10)	1980=100	101,2	105,5	110,5	130,0	138,0	120,2	111,1	92,1	96,0	...	
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	373 806	394 885	408 708	39 859	38 216	37 427	
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	359 391	372 974	384 027	36 831	35 598	34 757	
Gaserzeugung 11)	Mill. m ³	36 378	35 046	34 130	3 364	3 074	3 080r	2 681r	2 494	2 268	...	
Inlandsversorgung mit Gas 11)	Mill. m ³	61 429	62 056	65 059	7 116	7 072	6 286r	5 484r	3 751	3 736	...	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe												
Beschäftigte 12)	1 000	6 927	6 854	6 940	6 977	6 992	7 014	7 017	7 021	7 044	...	
Tätige Inhaber und Angestellte 13)	1 000	2 169	2 149	2 174	2 194	2 198	2 204	2 202	2 206	2 207	...	
Arbeiter 14)	1 000	4 758	4 704	4 766	4 784	4 794	4 810	4 815	4 815	4 837	...	
Bergbau	1 000	227	218	213	210	211	210	210	209	209	...	
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 700	6 636	6 727	6 767	6 782	6 804	6 807	6 812	6 835	...	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 394	1 372	1 368	1 347	1 349	1 356	1 360	1 362	1 366	...	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 511	3 488	3 597	3 670	3 684	3 699	3 701	3 706	3 720	...	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 341	1 327	1 317	1 312	1 313	1 314	1 312	1 309	1 310	...	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	454	450	446	438	435	434	435	435	440	...	
Geleistete Arbeiterstunden 12)	Mill. Std	7 918	7 841	7 906	670	650	645	724	629	659	...	
Bruttolohnsumme 12)	Mill. DM	155 153	158 621	167 461	13 676	12 654	13 193	13 669	14 617	15 072	...	
Bruttogehaltssumme 12)	Mill. DM	111 592	115 031	120 861	9 736	9 596	10 135	9 968	10 537	11 495	...	
Kohleverbrauch 12) 15)	1 000 t	38 872	41 833	41 153	10 419	9 285	...	
Heizölverbrauch 12)	1 000 t	15 456	14 409	12 976	3 936	3 179	...	
Gasverbrauch 12) 16)	Mill. m ³	25 714	26 485	27 061	7 391	6 494	...	
Stromverbrauch 12)	Mill. kWh	166 511	173 919	177 893	15 052	14 572	14 923	15 570	14 719	14 769	...	

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 306* dargestellt. - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte). - Methodische Erläuterungen hierzu in „Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, WiSta 1/1982 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe - 6) 1983 bis 1985 Viehzählung im Dezember - 7) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile - 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachsena 4, Reihe 4.1 - 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 15) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t. = 8,1410 Kwh/m³ - 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	April 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	- 1,5 p	+ 0,1 p	+ 0,7 p	+ 1,0 p	+ 1,1 p	+ 1,1 p	..	+ 0,5 p	+ 0,4 p	+ 0,3 p	..
dar. Abhängige	- 1,7 p	+ 0,1 p	+ 0,8 p
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾	+ 23,2	+ 0,3	+ 1,7	- 3,2	- 3,2	- 3,8 p	- 4,0 p	- 8,9	- 4,8	- 2,1 p	+ 2,6
und zwar:											
Männer	+ 24,7	+ 0,3	+ 1,0	- 8,2	- 8,2	- 9,1 p	- 8,6 p	- 14,3	- 6,8	- 3,9 p	+ 1,3 p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 16,5	- 13,6	- 4,3	- 6,9	- 8,3	- 10,2 p	- 10,7 p	- 15,3	- 9,3	+ 6,1 p	+ 20,3 p
Ausländer	+ 18,9	- 7,5	- 6,3	- 3,3	- 3,4	- 3,2 p	- 2,3 p	- 6,2	- 4,1	- 2,4 p	+ 0,5 p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	- 0,1	- 0,8	+ 2,1	+ 3,1	- 8,6	+ 8,4 p	- 6,7 p	+ 12,7	- 27,9	+ 21,9 p	+ 38,1 p
Offene Stellen	- 27,7	+ 16,0	+ 25,1	+ 41,7	+ 46,8	+ 43,3 p	+ 42,1 p	- 0,9	+ 7,9	+ 1,8 p	- 1,7 p
Arbeitsvermittlungen	+ 11,6	+ 12,6	+ 7,0	+ 15,8	- 4,4	+ 16,2 p	+ 4,0 p	+ 23,5	- 18,6	+ 7,0 p	+ 6,9 p
Kurzarbeiter	+ 11,4	- 43,2	- 38,9	- 42,5	- 33,1	- 27,0 p	- 19,2 p	- 26,8	- 29,1	- 22,8 p	- 26,3 p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen											
Unternehmen	+ 1,5	+ 4,0	+ 12,6	- 0,3	+ 9,6	+ 0,1	..	- 10,7	- 1,1	+ 7,3	..
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,6	+ 1,5	+ 13,4	- 3,7	+ 8,5	+ 3,4	..	- 13,8	+ 2,8	+ 8,0	..
Baugewerbe	+ 3,3	- 11,3	+ 5,2	± 0,0	+ 3,9	- 1,5	..	- 15,3	+ 8,7	+ 6,4	..
Handel	+ 9,5	+ 12,1	+ 16,7	- 6,4	+ 20,0	- 4,6	..	- 10,2	- 1,0	- 13,2	..
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	+ 0,1	+ 1,1	+ 7,1	- 9,8	+ 14,0	+ 1,9	..	- 14,9	+ 7,4	+ 14,8	..
Übrige Gemeinschaftsdar. ⁵⁾	+ 4,0	+ 6,1	+ 21,8	± 0,0	- 5,6	+ 15,4	..	- 16,5	- 3,7	+ 32,6	..
Beantragte Konkursverfahren	+ 7,8	+ 11,1	+ 10,7	+ 9,3	+ 12,7	- 8,3	..	- 2,2	- 10,8	+ 5,3	..
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 1,2	+ 4,4	+ 12,6	- 0,2	+ 10,0	+ 0,6	..	- 11,0	- 0,5	+ 7,3	..
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 4,1	+ 4,7	+ 13,1	+ 3,4	+ 16,0	- 5,4	..	- 15,0	+ 7,0	+ 2,3	..
Wechselsumme	- 4,6	- 37,2	+ 15,4	- 9,1	- 66,7	- 33,3	..	+ 233,3	- 70,0	+ 166,7	..
Wechselsumme	- 13,9	- 5,6	- 1,0	- 6,5	- 13,7	- 11,2	..	+ 17,4	- 7,5	- 7,7	..
Wechselsumme	- 1,4	- 14,3	+ 8,9	- 25,5	- 34,0	- 13,4	..	+ 12,9	- 11,4	+ 8,9	..
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 3,0	+ 0,9	- 0,4	- 1,0	+ 1,1 e)	..
Schweine	+ 4,3	+ 0,7	+ 2,8	+ 3,9	+ 2,6 a)
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	- 0,4	+ 9,8	- 3,2	+ 14,5	- 7,0	+ 16,2	..	+ 25,3	- 15,3	- 2,6	..
Kälber	+ 3,3	+ 9,0	+ 0,3	- 1,9	- 4,9	+ 12,5	..	- 4,7	- 1,0	- 6,9	..
Schweine	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 7,9	- 0,1	+ 10,9	..	+ 18,6	- 6,1	+ 1,3	..
Schlachtmenge	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,0	+ 12,1	- 0,6	+ 14,4	..	+ 21,2	- 9,2	- 0,5	..
dar.: Rinder	+ 0,9	+ 8,0	+ 2,5	+ 18,7	- 3,8	+ 20,2	..	+ 25,8	- 15,5	- 1,9	..
Kälber	+ 6,9	+ 13,0	- 0,4	- 1,0	- 3,7	+ 16,3	..	- 4,5	+ 1,0	- 7,2	..
Schweine	+ 2,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 9,6	+ 1,2	+ 12,1	..	+ 19,9	- 6,3	+ 0,3	..
Geflügel											
Eingelegte Brutsier ⁷⁾	- 5,1	- 0,5	- 5,2	+ 0,1	- 3,4	+ 1,4	..	+ 3,6	- 2,0	- 8,7	..
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	- 10,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 15,3	- 3,8	+ 11,9	..	+ 17,2	- 13,3	+ 6,4	..
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	- 1,0	+ 7,1	- 35,0	+ 0,4	- 56,3	+ 34,0	- 29,9
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 0,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 4,5	..	+ 10,0	- 8,1	+ 5,4	..
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{9) 10)}	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,7	+ 4,4	- 5,1	+ 3,7	..	- 7,6	- 17,1	+ 4,2	..
Elektrizitätserzeugung	+ 1,9	+ 5,6	+ 3,5
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,0
Gasversorgung ¹¹⁾	+ 0,2	+ 3,7	+ 2,6	- 3,5	- 3,5	- 12,0	..	- 13,0 r	- 7,0	- 9,1	..
Inlandsversorgung mit Gas ¹⁰⁾	+ 2,7	+ 1,0	+ 4,8	+ 7,5 r	- 15,5	- 4,2	..	- 12,8	- 31,6	- 0,4	..
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Gewerbe											
Beschäftigte ¹²⁾	- 4,1	- 1,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	..	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3	..
Tätige Inhaber und Angestellte ¹³⁾	- 2,6	- 0,9	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	..	- 0,1	± 0,2	+ 0,1	..
Arbeiter ¹⁴⁾	- 4,8	- 1,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	..	+ 0,1	± 0,0	+ 0,4	..
Bergbau	- 2,7	- 4,3	- 2,2	- 0,9	- 1,0	- 1,1	..	- 0,2	- 0,1	- 0,4	..
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,2	- 0,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	..	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	..
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 3,7	- 1,6	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,1	..	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	..
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 3,9	- 0,7	+ 3,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,0	..	± 0,0	+ 0,1	+ 0,4	..
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 5,5	- 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,3	..	- 0,2	- 0,2	± 0,0	..
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 3,9	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,5	..	+ 0,1	- 0,1	+ 1,0	..
Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	- 4,3	- 1,0	+ 0,8	+ 7,8	- 5,1	+ 7,2	..	+ 12,3	- 13,1	+ 4,7	..
Bruttolohnsumme ¹²⁾	+ 1,6	+ 2,2	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,6	+ 10,2	..	+ 3,6	+ 6,9	+ 3,1	..
Bruttogehaltssumme ¹²⁾	+ 1,4	+ 3,1	+ 5,1	+ 4,5	+ 5,5	+ 8,4	..	+ 1,6	+ 5,7	+ 9,1	..
Kohleverbrauch ^{12) 15)}	+ 0,7	- 7,6	- 1,6	- 8,0 b)	- 10,9 c)	..
Heizölverbrauch	- 12,1	- 6,8	- 9,9	+ 16,8 b)	- 19,2 c)	..
Gasverbrauch ^{12) 16)}	+ 0,5	+ 3,0	+ 2,2	+ 4,1 b)	- 12,1 c)	..
Stromverbrauch ¹²⁾	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,3	+ 5,7	- 1,4	+ 2,0	..	+ 4,3	- 5,5	+ 0,3	..

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 306* dargestellt. - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenschätzungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitte). - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 11/1982 und WiSta 8/1986. - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 6) 1982 bis 1985: Viehzählung im Dezember. - 7) In Brüttereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 9) Von Kalenderregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Fachliche Unternehmensteile. - 11) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 12) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 13) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 15) Heizwert H_u = 29,3076 GJ/gaoule/t = 8,410 kWh/m³. - 16) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³

a) Gegenüber der Vorzahlung - b) 2. Vj 1986 gegenüber 2. Vj 1985 - c) 2. Vj 1986 gegenüber 1. Vj 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mar	Juni
Index des Auftragsengangs für⁸⁾ das Verarbeitende Gewerbe	1980=100	107,9	118,2	127,8	122,1	131,2	130,3	131,5	139,1	119,6	128,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	109,2	120,8	125,7	110,3	128,2	118,7	119,9	131,9	114,8	121,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	108,2	119,3	133,6	138,5	138,0	140,8	139,6	145,9	127,0	138,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	105,0	111,4	115,0	95,7	117,3	119,8	127,7	132,0	106,9	110,3
Index der Nettoproduktion¹⁾²⁾	1980=100	90,6	90,1	91,1	89,1	98,5	98,6	91,8	89,6	83,2	85,4
Bergbau	1980=100	96,3	99,5	105,1	103,0	98,5	109,6	106,1	115,4	106,1	112,3
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	94,0	97,8	99,1	86,4	94,2	100,6	98,3	105,3	100,2	103,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	98,7	102,2	112,7	119,5	102,8	119,9	116,1	128,2	115,8	124,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	91,5	94,0	95,1	87,9	92,6	100,2	98,4	103,0	94,2	98,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	99,3	101,1	104,0	98,7	100,7	103,4	95,4	106,0	98,5	104,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100										
Index der Bruttonettoproduktion¹⁾ für	1980=100	100,4	99,6	111,4	129,7	99,0	115,8	112,9	125,4	111,5	123,9
Investitionsgüter	1980=100	94,2	95,4	98,9	89,6	99,9	107,9	100,7	110,1	99,8	104,7
Verbrauchsgüter	1980=100										
Index der Arbeitsproduktivität	1980=100	105,0	109,7	114,1	110,7	107,7	118,5	114,5	123,9	114,2	120,2
Produktionsergebnis je Beschäftigten	1980=100	107,8	112,5	116,7	113,2	110,1	121,2	117,1	126,7	116,9	122,8
Produktionsergebnis je Arbeiter	1980=100										
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	1000 t	82 202	79 426	82 398	6 106	7 486	6 768	6 467	7 569	6 076	6 482
Braunkohle, roh (Förderung)	1000 t	124 281	126 739	120 667	10 462	11 074	10 108	10 807	10 226	8 583	7 727
Erdöl, roh	1000 t	4 116	4 055	4 105	354	356	324	357	345	353	333
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	30 366	28 633	25 574	1 341	1 023	745	1 805	2 617	2 667	2 692
Roheisen für die Stahlherzeugung	1000 t	25 659	28 915	30 229	2 040	2 499	2 405	2 516	2 534	2 392	2 348
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	35 345	38 991	40 081	2 617	3 201	3 202	3 284	3 379	3 135	3 174
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlblech)	1000 t	26 067	27 948	28 887	1 957	2 402	2 390	2 432	2 435	2 174	2 443
Chemiefasern	1000 t	906	934	977	82	88	81	82	88	85	82
Motorenbenzin	1000 t	19 380	19 813	20 037	1 689	1 549	1 454	1 562	1 378	1 686	1 559
Heizöl	1000 t	36 991	36 890	34 851	2 901	3 144	2 991	2 988	2 860	3 168	2 738
Schnittholz	1000 m ³	9 325	9 874	9 388	668	592	567	699	895	822	899
Personenkraftwagen	1000 St	3 568	3 511	3 868	255	357	354	315	395	313	344
Farbfernsehempfangsgeräte	1000 St	4 706	3 906	3 793	306	298	335	354	336	285	323
Geräte und Einrichtungen für die ADV ³⁾	Mill. DM	9 180	11 915	15 095	1 527	1 010	1 311	1 394	1 543	1 186	1 435
Isoliertes Glas, auch bearbeitet	1000 m ²	12 609	12 030	11 659	801	770	723	702	934	849	949
Baumwollgarn	t	177 928	189 601	197 116	12 826	16 487	17 116	16 241	18 799	14 645	17 186
Fleischwaren	t	913 967	955 337	987 672	82 737	85 131	75 934	76 971	83 184	83 095	82 648
Zigaretten	Mill. St	155 768	160 630	167 002	10 869	14 197	13 943	12 599	14 333	11 655	13 096
Gesamtumsatz⁴⁾⁵⁾	Mrd. DM	1 312,7	1 398,5	1 496,4	126,8	119,0	118,0	120,9	132,3	115,0	125,0
Bergbau	Mill. DM	32 274	34 878	35 672	3 477	3 085	2 967	2 881	2 853	2 527	2 376
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 280,4	1 363,6	1 460,7	123,4	116,0	115,0	118,0	129,4	112,4	122,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Mill. DM	405 509	441 888	461 341	33 076	36 126	34 343	34 619	38 152	33 685	34 973
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	531 471	562 482	628 815	61 082	48 314	50 732	52 531	58 726	49 610	56 900
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill. DM	176 778	187 606	194 708	14 474	16 583	16 446	16 765	17 671	14 692	16 058
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Mill. DM	168 639	171 605	175 849	14 727	14 922	13 521	14 075	14 878	14 462	14 718
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	355 234	402 524	444 068	40 012	35 290	35 846	36 751	40 278	33 706	38 040
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1000	1 122	1 106	1 026	1 013	938	906	923	984	1 000	...
dar.: Angestellte	1000	154	153	147	145	143	142	142	141	142	...
Arbeiter	1000	912	899	827	816	745	715	733	794	810	...
Gelernteste Arbeitsstunden	Mill. Std	1 480,3	1 460,7	1 269,5	84,9	65,3	46,4	77,9	121,8	108,9	...
im Hochbau	Mill. Std	1 052,4	1 030,9	856,1	57,0	47,1	32,8	54,1	79,4	70,5	...
dar.: Wohnungsbau	1000 St	631 694	620 907	484 248	31 597	24 212	15 341	28 512	43 988	39 894	...
Gewerblicher Hochbau	1000 St	272 841	268 446	240 259	16 381	15 927	12 596	17 089	22 721	19 715	...
Öffentlicher Hochbau	1000 St	130 337	126 010	116 845	8 113	6 601	4 642	7 792	11 261	9 737	...
im Tiefbau	1000 St	427 901	429 877	413 356	27 876	18 201	13 546	23 889	42 480	38 342	...
Straßenbau	1000 St	145 908	143 931	132 496	8 479	4 160	2 808	6 312	13 217	12 260	...
Gewerblicher Tiefbau	1000 St	90 715	91 562	91 466	6 464	5 305	4 452	6 180	9 210	8 328	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1000 St	191 278	194 384	189 394	12 933	8 736	6 286	11 397	20 053	17 754	...
Bruttolohnsomme	Mill. DM	30 798	31 334	27 513	2 172	1 580	1 104	1 662	2 343	2 429	...
Bruttogehaltsomme	Mill. DM	6 767	6 879	6 701	589	515	511	512	524	544	...
Index des Auftragsengangs	1980=100	94,4	88,9	87,4	75,4	58,0	64,2	102,6	104,1	106,2	117,9
Index des Auftragsbestands	1980=100	89,2	82,6	77,3	70,6	80,1
Produktionsindex ¹⁾⁷⁾	1980=100	88,7	89,1	82,7	67,1	47,5	37,2	64,9	98,2	95,3	98,3
Gesamtumsatz	Mill. DM	108 402	111 006	101 958	10 944	5 397	4 095	5 028	7 313	7 785	...
dar. Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	106 390	108 950	99 976	10 769	5 311	4 015	4 925	7 149	7 619	...
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 727,7	3 733,7	3 668,6	3 672,2	3 516,6
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	323 586	329 139	325 966	95 861,9	67 066,0

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — 2) Fachliche Unternehmensteile — 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 — 5) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 7) Unternehmen — 8) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1983	1984	1985	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	Febr. 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
Index des Auftragseingangs für ⁸⁾ das Verarbeitende Gewerbe	+ 4,4	+ 9,5	+ 8,1	- 5,2	+ 7,1	- 5,5	+ 6,7	+ 0,9	+ 5,8	- 14,0	+ 7,2	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 7,1	+ 10,6	+ 4,1	- 10,6	+ 2,9	- 10,9	- 2,7	+ 1,0	+ 10,0	- 13,0	+ 6,1	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 10,3	+ 12,0	- 2,4	+ 9,0	- 3,1	+ 11,4	- 0,9	+ 4,5	- 13,0	+ 8,9	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 4,8	+ 6,1	+ 3,2	- 4,5	+ 8,4	- 3,6	+ 8,1	+ 6,6	+ 3,4	- 19,0	+ 3,2	
Index der Nettoproduktion ^{1) 2)}												
Bergbau	- 4,8	- 0,6	+ 1,1	- 6,7	+ 2,9	- 3,3	+ 2,3	- 6,9	- 2,4	- 7,1	+ 2,6	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,9	+ 3,3	+ 5,6	- 1,1	+ 8,5	+ 1,4	+ 5,2	- 3,2	+ 8,8	- 8,1	+ 5,8	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 3,2	+ 4,0	+ 1,3	- 4,2	+ 2,1	- 1,3	+ 0,8	- 2,3	+ 7,1	- 4,8	+ 3,4	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,4	+ 3,5	+ 10,3	+ 1,8	+ 14,1	+ 4,0	+ 9,1	- 3,2	+ 10,4	- 9,7	+ 7,4	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,2	- 2,2	+ 5,6	0	+ 3,4	- 1,8	+ 4,7	- 8,5	+ 4,1	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,9	- 5,1	+ 2,8	- 1,4	+ 1,0	- 7,7	+ 11,1	- 7,1	+ 5,9	
Index der Bruttonettoproduktion ¹⁾ für Investitionsgüter	- 0,9	+ 3,0	+ 11,8	+ 1,8	+ 17,1	+ 3,9	+ 12,0	- 2,5	+ 11,1	- 11,1	+ 11,1	
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,7	- 3,5	+ 9,0	+ 1,0	+ 6,6	- 6,7	+ 9,3	- 9,4	+ 4,9	
Index der Arbeitsproduktivität												
Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0	- 2,9	+ 6,4	- 0,2	+ 3,6	- 3,4	+ 8,2	- 7,8	+ 5,3	
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 5,7	+ 4,4	+ 3,7	- 3,1	+ 6,1	- 0,2	+ 3,5	- 3,4	+ 8,2	- 7,7	+ 5,0	
Produktion ausgewählter Erzeugnisse												
Steinkohle (Förderung)	- 7,7	- 3,4	+ 3,7	- 13,9	+ 21,5	- 12,2	+ 6,6	- 4,4	+ 17,0	- 19,7	+ 6,7	
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,4	+ 2,0	- 4,8	+ 2,6	+ 6,8	- 8,7	- 13,7	+ 6,9	- 5,4	- 16,1	- 10,0	
Erdöl, roh	- 3,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,8	- 2,0	- 0,9	+ 10,2	- 3,4	+ 2,3	- 5,7	
Zement (ohne Zementklinker)	+ 1,2	- 5,7	- 10,7	- 19,0	+ 3,7	+ 1,4	+ 3,1	+ 115,4	+ 63,1	+ 1,9	+ 0,9	
Rohisen für die Stahlherzeugung	- 2,3	+ 12,7	+ 4,5	- 4,6	+ 0,2	- 7,7	- 13,9	+ 4,6	+ 0,7	- 5,6	- 1,8	
Stahlrohblöcke und -brammen	- 0,2	+ 10,3	+ 2,8	- 7,9	+ 2,3	- 7,0	- 12,2	+ 2,6	+ 2,9	- 7,2	+ 1,2	
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbezeug)	+ 1,1	+ 7,2	+ 3,4	- 9,1	+ 0,3	- 12,3	+ 0,5	+ 1,8	+ 0,1	- 10,7	+ 12,4	
Chemiefasern	+ 7,4	+ 3,1	+ 4,6	- 5,7	+ 2,9	- 3,8	- 6,7	+ 1,7	+ 7,1	- 3,4	- 3,6	
Motorenbenzin	- 0,3	+ 2,3	+ 1,1	- 4,3	- 16,0	- 2,6	- 9,5	+ 7,4	- 11,8	+ 22,4	- 7,5	
Heizöl	- 11,6	- 0,3	- 5,5	- 1,7	+ 7,9	+ 15,5	- 2,0	- 0,1	- 4,3	+ 10,8	- 13,6	
Schnittholz	+ 8,2	+ 5,9	- 4,9	- 10,0	+ 6,7	- 5,2	+ 4,2	+ 23,3	+ 28,0	- 8,2	+ 9,4	
Personenkraftwagen	+ 1,8	- 2,8	+ 10,2	- 11,5	+ 17,6	- 3,9	+ 11,7	- 11,0	+ 25,4	- 20,7	+ 9,9	
Farbfernsehempfangsgeräte	+ 12,8	- 17,0	- 2,9	- 2,2	+ 25,4	+ 5,6	+ 7,0	+ 5,7	- 5,1	- 15,2	+ 13,3	
Geräte und Einrichtungen für die ADV ³⁾	+ 16,9	+ 29,8	+ 26,7	+ 24,7	+ 39,1	+ 3,7	+ 21,8	+ 6,3	+ 10,7	- 23,1	+ 21,0	
Isolierglas, auch bearbeitet	+ 0,1	- 4,6	+ 3,1	- 13,5	+ 8,5	- 7,7	+ 3,8	- 2,9	+ 33,1	- 9,1	+ 11,8	
Baumwollgarn	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,0	- 15,7	+ 6,8	- 14,8	+ 6,6	- 5,1	+ 15,8	- 22,1	+ 17,4	
Fleischwaren	+ 2,5	+ 4,5	+ 3,4	+ 0,6	+ 6,6	- 2,2	+ 7,6	+ 1,4	+ 8,1	- 0,1	- 0,5	
Zigaretten	+ 6,5	+ 3,1	+ 4,0	- 8,0	+ 6,3	- 5,6	+ 0,7	- 9,6	+ 13,8	- 18,7	+ 12,4	
Gesamtumsatz ^{4) 5)}	+ 2,2	+ 6,5	+ 7,0	- 6,0	+ 6,5	- 9,1	+ 3,4	+ 2,4	+ 9,4	- 13,1	+ 8,7	
Bergbau	- 2,9	+ 8,1	+ 2,3	- 18,1	- 1,0	- 12,1	- 12,0	- 2,9	- 1,0	- 11,4	- 6,0	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,3	+ 6,5	+ 7,1	- 5,6	+ 6,7	- 9,0	+ 3,8	+ 2,6	+ 9,7	- 13,1	+ 9,1	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 1,1	+ 9,0	+ 4,4	- 14,0	- 5,1	- 16,1	- 9,0	+ 0,8	+ 10,2	- 11,7	+ 3,8	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,2	+ 5,8	+ 11,8	- 0,4	+ 16,7	- 6,5	+ 12,5	+ 3,5	+ 11,8	- 15,5	+ 14,7	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 6,1	+ 3,8	- 3,9	+ 9,7	- 4,5	+ 9,0	+ 1,9	+ 5,4	- 16,9	+ 9,3	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,5	- 3,8	+ 1,4	- 3,3	+ 2,2	+ 4,1	+ 5,7	- 2,8	+ 1,8	
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 2,1	+ 13,3	+ 10,3	- 6,2	+ 8,3	- 8,9	+ 4,6	+ 2,5	+ 9,6	- 16,3	+ 12,9	
Bauhauptgewerbe												
Beschäftigte	- 2,7	- 1,4	- 7,2	- 5,9	- 3,9	- 3,6	...	+ 1,9	+ 6,6	+ 1,6	...	
dar.: Angestellte	- 1,7	- 0,8	- 4,2	- 4,4	- 4,0	- 3,5	...	- 0,4	- 0,3	+ 0,6	...	
Arbeiter	- 2,4	- 1,4	- 8,1	- 5,9	- 3,5	- 3,3	...	+ 2,5	+ 8,4	+ 2,0	...	
Gleitetate Arbeitsstunden	- 2,8	- 1,3	- 13,1	- 17,6	+ 3,4	- 11,9	...	+ 68,0	+ 56,3	- 10,6	...	
im Hochbau	- 0,2	- 2,0	- 17,0	- 18,4	- 0,5	- 15,3	...	+ 64,6	+ 48,8	- 11,1	...	
dar.: Wohnungsbau	+ 1,8	- 1,7	- 22,0	- 24,7	- 6,9	- 19,4	...	+ 85,9	+ 54,3	- 9,3	...	
Gewerblicher Hochbau	+ 0,6	- 1,6	- 10,5	- 8,9	+ 9,0	- 8,7	...	+ 35,7	+ 33,0	- 13,2	...	
Öffentlicher Hochbau	- 10,0	- 3,3	- 7,3	- 12,1	+ 8,8	- 9,1	...	+ 67,9	+ 44,5	- 13,5	...	
im Tiefbau	+ 9,4	+ 0,5	- 3,8	- 15,6	+ 11,4	- 5,1	...	+ 76,4	+ 77,8	- 9,7	...	
Straßenbau	- 10,4	- 1,4	- 7,9	- 19,5	+ 9,0	- 9,1	...	+ 124,8	+ 109,4	- 7,2	...	
Gewerblicher Tiefbau	- 9,3	+ 0,9	- 0,1	- 10,6	+ 12,2	- 0,8	...	+ 38,8	+ 49,0	- 9,6	...	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	+ 7,2	+ 1,6	- 2,6	- 15,8	+ 12,6	- 4,1	...	+ 81,3	+ 75,9	- 11,5	...	
Bruttolohnsumme	+ 0,2	+ 1,7	- 12,2	- 9,3	- 0,4	- 6,1	...	+ 50,6	+ 41,0	+ 3,6	...	
Bruttogehaltssumme	+ 1,6	+ 1,7	- 2,6	- 1,5	+ 0,5	+ 1,9	...	+ 0,1	+ 2,4	+ 3,9	...	
Index des Auftragseingangs	+ 9,9	- 5,8	- 1,7	+ 9,4	+ 12,8	+ 9,0	+ 7,6	+ 59,8	+ 1,5	+ 2,0	+ 11,0	
Index des Auftragsbestands	+ 7,7	- 7,4	- 6,4	+ 2,4 ^{a)}	+ 13,5 ^{b)}	
Produktionsindex ^{1) 7)}	+ 0,6	+ 0,5	- 7,2	- 8,1	+ 4,5	- 2,3	- 2,2	+ 74,5	+ 51,3	- 3,0	+ 3,1	
Gesamtumsatz	+ 1,7	+ 2,4	- 8,2	- 19,6	+ 1,5	- 7,4	...	+ 22,8	+ 45,4	+ 6,5	...	
dar. Baugewerblicher Umsatz	+ 1,6	+ 2,4	- 8,2	- 19,6	+ 1,4	- 7,5	...	+ 22,7	+ 45,1	+ 6,6	...	
Handwerk												
Beschäftigte	- 1,7	+ 0,2	- 1,7	- 1,6 ^{a)}	- 4,2 ^{b)}	
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 3,3	+ 1,7	- 1,0	+ 1,4 ^{a)}	- 30,0 ^{b)}	

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — 2) Fachliche Unternehmensteile. — 3) Ohne Ein- und Ausgabeneinheiten, einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. — Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. — 5) Ohne Umsatz (Mehrwert-)steuer. — 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren. — 7) Unternehmen. — 8) 1985 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen.

a) 1. Vj 86 gegenüber 1. Vj 85 — b) 1. Vj 86 gegenüber 4. Vj 85

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	163 880	135 869	115 856 p	6 848	6 750	7 918	9 564	12 139	11 423	12 515
Rauminhalt	1000 m ³	202 712	159 632	125 075 p	7 477	7 194	8 479	9 817	12 454	11 192	12 201
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	64 766	51 994	40 710 p	2 452	2 348	2 744	3 166	4 018	3 625	3 937
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	38 580	30 085	30 016 p	2 048	1 774	1 961	2 239	2 757	2 881	2 887
Rauminhalt	1000 m ³	161 775	119 599	128 040 p	12 150	7 903	9 333	10 260	12 715	12 915	12 755
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	32 387	23 868	25 102 p	2 914	1 564	1 812	2 161	2 549	2 611	2 626
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	419 655	336 080	252 351 p	16 435	14 460	16 678	18 090	22 515	20 343	22 195
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	173 681	193 817	154 319 p	79 755	4 118	4 026	3 702	3 559	3 187	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	147 639	150 794	123 498 p	67 354	4 375	3 083	2 812	4 409	3 332	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	340 781	398 373	312 124 p	152 460	8 539	8 231	7 693	7 211	6 641	...
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1)2)											
davon mit:	1980=100	111,8	120,9	123,4	119,0	114,1 r	107,8 r	113,7 r	129,0 r	112,8 r	114,8
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1980=100	120,6	120,6	117,4	112,9 r	98,7 r	95,8 r	111,0 r	144,1 r	113,3 r	110,8
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1980=100	120,2	154,7	159,9	132,0	162,3	144,5 r	138,7 r	152,0 r	130,5 r	123,8
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1980=100	126,6	151,9	156,9 r	130,4 r	150,2	149,7	139,9	150,9 r	134,2 r	137,4
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	1980=100	109,5	112,6	112,6	104,8 r	98,0	88,0 r	87,0	90,3 r	80,1 r	73,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	1980=100	108,6	123,9	132,6	103,5 r	126,7	114,9	115,6	133,3 r	111,8 r	120,3
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1980=100	101,3	106,6	100,8	82,1 r	71,6 r	66,8 r	82,9 r	117,2 r	104,5 r	114,4
Altmaterial, Reststoffen	1980=100	98,4	136,6	134,1	91,5	112,5	107,3	102,5	114,0 r	90,3 r	96,9
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	111,2	119,9	121,4	129,7	118,0 r	111,2 r	118,2 r	129,2 r	126,8 r	123,5
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	1980=100	107,5	126,9	132,8	113,6 r	136,6 r	134,6 r	136,2 r	130,2 r	100,2 r	108,1
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	1980=100	110,6	123,4	126,4	129,6 r	119,3	117,5 r	121,8 r	136,1 r	116,4	119,4
fernmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	1980=100	110,9	138,5	139,2	133,8	117,4 r	124,5 r	127,6 r	136,8 r	120,4 r	122,6
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1980=100	116,5	125,9	134,6 r	143,9 r	133,4 r	128,4 r	142,2 r	167,0 r	139,6 r	152,8
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	1980=100	120,4	130,3	139,2	147,7 r	149,1 r	142,1 r	142,6 r	154,4 r	139,8 r	146,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.ä. S.	1980=100	111,9	121,6	130,7	147,5 r	123,8	119,8	126,6 r	132,1 r	115,3 r	125,0
Binnengroßhandel	1980=100	108,7	119,7	122,7	117,2	112,3 r	107,1 r	112,6	130,4 r	114,3 r	116,7
Produktionsverbindungshandel	1980=100	108,9	121,1	123,6	113,7	111,1	105,2 r	110,6 r	129,5 r	112,3	115,1
Konsumtionsverbindungshandel	1980=100	108,3	117,0	120,9	124,5 r	114,8 r	110,8 r	116,6 r	132,1 r	118,2 r	119,8
Außenhandel	1980=100	110,6	124,3	125,3 r	124,0 r	119,1 r	109,8 r	116,9 r	124,9 r	108,8 r	109,3
dar.: Einfuhrhandel	1980=100	112,6	126,4	124,8 r	118,7	118,2 r	114,3 r	122,4 r	130,8 r	112,8 r	113,5
Ausfuhrhandel	1980=100	97,3	109,8	112,0 r	129,4 r	117,5 r	88,2 r	96,0 r	106,5 r	93,8 r	94,8
Streckengroßhandel	1980=100	112,0	120,4	120,8	114,3	109,5	102,2	105,1 r	115,9	102,6 r	104,9
Lagergroßhandel	1980=100	108,1	121,1	124,4 r	120,9 r	115,9 r	110,1 r	117,2 r	134,3 r	117,0 r	118,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)											
davon mit:	1980=100	108,4	111,3	114,0	141,5	107,3 r	99,7	115,4	122,7	117,3	110,1 p
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	114,7	117,2	119,1	138,4 r	114,5 r	108,7	120,7	121,5 r	126,4	120,0 p
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	1980=100	101,9	104,6	108,6	144,3 r	100,6 r	75,6 r	106,4 r	117,3	113,1	93,4 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1980=100	103,0	105,8	103,7 r	141,7 r	86,4 r	87,8 r	102,3 r	109,7 r	99,0	98,2 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	1980=100	107,6	109,7	111,8	199,0	110,1	97,7 r	102,0 r	108,2 r	96,9	97,3 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1980=100	108,6	111,4	115,3	178,8 r	114,0 r	105,2 r	106,6 r	116,6 r	98,7	101,0 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1980=100	113,2	119,1	124,6	149,4	123,9	122,2	127,4 r	128,9 r	125,1	125,1 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agentur tankst.)	1980=100	116,8	124,3	122,7	113,4 r	104,6 r	102,6 r	106,1 r	116,9 r	112,9	108,4 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1980=100	114,5	117,5	121,5	112,2 r	111,7 r	116,5 r	148,5 r	170,1 r	144,5	146,5 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1980=100	102,8	105,3	108,3	145,6 r	102,5	93,4 r	103,0 r	110,0 r	104,9	94,7 p
darunter nach Erscheinungsformen:	1980=100	95,3	98,1	98,3	111,0	81,4	91,9	106,1 r	113,0 r	86,2	79,0 p
Versandhandelsunternehmen	1980=100	94,3	91,5	92,1	148,3	104,6	73,5	82,3	87,1	88,1	78,9 p
Warenhäuser	1980=100	114,2	118,8	122,6	162,9	116,9	110,2	124,9	127,1	130,4 p	...
SB-Warenhäuser	1980=100	149,6	168,2
Verbrauchermärkte	1980=100	122,2	126,3	130,5 r	153,1	126,5	120,4	133,4	134,0	139,8 p	...
Supermärkte	1980=100
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)											
1980=100	107,1	109,8	111,8	106,8 r	94,3 r	93,3 r	105,6	109,4	125,1 p
1980=100	109,1	114,9	119,3	98,5	90,1	93,5	108,0	114,8	139,4 p
1980=100	105,9	107,1	107,6	110,4 r	95,0 r	91,9 r	103,8	105,6	118,7 p
1980=100	109,9	110,3	116,1	116,1	118,5 r	114,6 r	113,2 r	126,2	110,7 p
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland 3)	1 000	421 659	424 389	422 256	26 293	31 569	27 918	33 529	33 190	38 573	...
Einreisen über die Grenze zur DDR 4)	1 000	14 386	15 614	16 637	1 084	810	758	1 496	1 257	1 954	1 556
Ausreisen über die Grenze zur DDR 4)	1 000	14 512	15 855	17 162	982	928	727	1 510	1 266	1 974	1 515
Ankünfte 5)	1 000	51 996	57 180	58 676	2 998	3 146	3 550	4 163	4 623
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	9 830	11 942	12 686	534	554	699	782	904
Übernachtungen 5)	1 000	190 839	207 953	213 082	10 250	11 095	12 378	14 984	15 037
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	21 599	26 152	28 079	1 249	1 276	1 758	1 737	1 968
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	32 839	35 089	37 648	2 885	3 166	3 021	2 987	3 287	2 877	3 060
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	25 408	26 090	27 687	2 175	2 487	2 218	2 245	2 442	2 116	2 220
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill. DM	6 947	6 408	7 903	795	692	553	607	629	534	529
Bezüge des Bundesgebietes	Mill. DM	6 878	7 744	7 636	645	717	540	550	567	552	519

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) In jeweiligen Preisen. - 3) Einschl. Durchreisen - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1983	1984	1985	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	Febr. 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
Bautätigkeit und Wohnungen												
Baugenehmigungen												
Genehmigte Wohngebäude	+ 24,6	- 17,1	- 14,7 p	- 4,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 15,0	+ 20,8	+ 26,9	- 5,9	+ 9,6	
Rauminhalt	+ 22,6	- 21,3	- 21,6 p	- 10,1	- 3,8	- 5,1	+ 7,1	+ 15,8	+ 26,9	- 10,1	+ 9,0	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 26,6	- 19,7	- 21,7 p	- 10,3	- 3,8	- 5,2	+ 5,3	+ 15,4	+ 26,9	- 9,8	+ 8,6	
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 21,3	- 22,0	- 0,2 p	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,9	+ 14,2	+ 23,1	+ 4,5	+ 0,2	
Rauminhalt	+ 15,1	- 26,1	+ 7,1 p	+ 27,6	+ 18,3	+ 2,1	+ 30,8	+ 9,9	+ 23,9	+ 1,6	- 1,2	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 14,6	- 26,3	+ 5,2 p	+ 50,3	+ 34,6	+ 26,4	+ 37,1	+ 19,3	+ 18,0	+ 2,4	+ 0,6	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 25,3	- 19,9	- 24,9 p	- 15,6	- 10,7	- 12,4	+ 1,3	+ 8,5	+ 24,5	- 9,6	+ 9,1	
Baufertigstellungen												
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 6,0	+ 11,6	- 3,3 p	- 27,7	- 29,0	- 36,8	...	- 8,0	- 3,9	- 10,5	...	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 8,0	+ 2,1	+ 3,3 p	- 36,7	+ 17,8	- 11,3	...	- 8,8	+ 56,8	- 24,4	...	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 1,8	+ 16,9	- 7,1 p	- 34,2	- 35,5	- 37,8	...	- 6,5	- 6,3	- 7,9	...	
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr												
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 3,8	+ 8,1	+ 2,1	- 11,9	+ 2,3 r	- 11,3 r	- 3,7	+ 5,5	+ 13,5 r	- 12,6	+ 1,7	
davon mit:												
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 7,9	0,0	- 2,7	- 16,9 r	+ 6,3 r	- 12,2 r	+ 1,3	+ 15,9	+ 29,8 r	- 21,4 r	- 2,2	
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 10,4	+ 28,7	+ 3,4	- 25,9 r	- 12,6 r	- 30,3 r	- 25,1	- 4,0 r	+ 9,6 r	- 14,1	- 5,1	
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 16,7	+ 20,0	+ 3,3 r	- 17,9	- 11,6 r	- 20,5 r	- 14,4	- 6,5	+ 7,9 r	- 11,1 r	+ 2,4	
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	- 4,4	+ 2,8	0,0	- 20,6	- 16,5 r	- 29,5 r	- 31,6	- 1,1 r	+ 3,8 r	- 11,3	- 7,7	
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	- 1,8	+ 14,1	+ 7,0	- 17,0	- 0,4 r	- 20,4 r	- 14,4	+ 0,6	+ 15,3 r	- 16,1 r	+ 7,6	
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 8,3	+ 5,2	- 5,4	- 11,5 r	+ 12,3 r	- 5,3 r	+ 8,4	+ 24,1 r	+ 41,4 r	- 10,8 r	+ 9,4	
Altmaterial, Reststoffen	+ 8,0	+ 38,0	- 1,8	- 38,2	- 28,1 r	- 38,1 r	- 23,6	- 4,5	+ 11,2 r	- 20,8 r	+ 7,3	
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 3,4	+ 7,8	+ 1,3	- 4,0 r	+ 4,2 r	- 1,5 r	+ 5,9	+ 6,3	+ 9,3 r	- 1,9 r	- 2,6	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 6,1	+ 18,0	+ 4,6	- 12,4 r	+ 10,2 r	- 3,7 r	+ 9,7	+ 1,2 r	- 4,4 r	- 23,0 r	+ 7,9	
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 8,0	+ 11,6	+ 2,4	- 8,8 r	+ 10,7 r	- 4,9 r	+ 2,8	+ 3,7 r	+ 11,7 r	- 14,5 r	+ 2,6	
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 11,7	+ 24,9	+ 0,5	- 16,1 r	+ 9,2 r	- 9,7 r	- 7,6	+ 2,5 r	+ 7,2	- 12,0 r	+ 1,9	
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 10,5	+ 8,1	+ 6,9 r	- 3,1 r	+ 17,4 r	+ 3,5 r	+ 16,7	+ 10,7 r	+ 17,4 r	- 16,4 r	+ 9,4	
pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	+ 7,0	+ 8,2	+ 6,8	- 1,5 r	+ 11,3 r	+ 1,2 r	+ 10,0	+ 0,4 r	+ 8,3 r	- 9,5 r	+ 5,0	
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.ä. S.	+ 5,6	+ 8,7	+ 7,5	- 7,7 r	- 0,2 r	- 9,2 r	+ 2,7	+ 5,7 r	+ 4,3 r	- 12,7 r	+ 8,4	
Binnengroßhandel	+ 0,9	+ 10,1	+ 2,5	- 10,6	+ 4,2 r	- 9,7 r	- 1,6	+ 5,1 r	+ 15,8 r	- 12,3 r	+ 2,1	
Produktionsverbindungshandel	+ 1,5	+ 11,2	+ 2,1	- 12,8 r	+ 2,0 r	- 12,3 r	- 5,3	+ 5,1	+ 17,1 r	- 13,3 r	+ 2,5	
Konsumtionsverbindungshandel	- 0,2	+ 8,0	+ 3,3	- 6,2	+ 8,7 r	- 4,4 r	+ 6,1	+ 5,2 r	+ 13,3 r	- 10,5 r	+ 1,4	
Außenhandel	+ 5,5	+ 12,4	+ 0,8 r	- 15,3 r	- 3,3 r	- 15,3 r	- 9,7	+ 6,5	+ 6,8 r	- 12,9 r	+ 0,5	
dar.: Einfuhrhandel	+ 7,5	+ 12,3	- 1,3 r	- 10,0 r	+ 3,2 r	- 10,8 r	- 4,6	+ 7,1	+ 6,7 r	- 13,6 r	+ 0,6	
Ausfuhrhandel	- 0,6	+ 12,8	+ 2,0 r	- 19,0 r	- 6,3 r	- 18,4 r	- 17,7	+ 8,8	+ 10,9 r	- 11,9 r	+ 1,1	
Streckengroßhandel	+ 0,4	+ 7,5	+ 0,3	- 17,0 r	- 5,3	- 18,2 r	- 14,3	+ 2,8	+ 10,3 r	- 11,5 r	+ 2,2	
Lagergroßhandel	+ 3,0	+ 12,0	+ 2,7 r	- 9,9 r	+ 5,3 r	- 8,5 r	+ 0,7	+ 6,4	+ 14,6 r	- 12,9 r	+ 1,5	
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,1	+ 6,3 r	+ 2,6	+ 5,1 p	+ 15,7	+ 6,3	- 4,4	- 6,1 p	
davon mit:												
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,1 r	+ 1,1 r	+ 2,6	+ 3,7 p	+ 11,0	+ 0,7	+ 4,0	- 5,1 p	
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,7	+ 0,9 r	+ 4,3	+ 4,5	+ 7,1 p	+ 40,7 r	+ 10,2 r	- 3,6	- 17,4 p	
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	+ 4,6	+ 2,7	- 1,9	- 4,0 r	+ 4,9 r	- 3,5	+ 6,9 p	+ 16,5	+ 7,2 r	- 9,8	- 0,8 p	
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,9	- 3,6 r	+ 10,3 r	+ 3,0	+ 9,9 p	+ 4,4 r	+ 6,1	- 10,4	+ 0,4 p	
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,5	- 3,6 r	+ 12,3 r	- 2,3	+ 5,2 p	+ 1,3 r	+ 9,4	- 15,4	+ 2,3 p	
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 5,7	+ 5,2	+ 4,6	+ 2,6 r	+ 5,1 r	+ 0,6	+ 5,0 p	+ 4,3 r	+ 1,2 r	- 2,9	0,0 p	
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturkfst.)	- 2,7	+ 6,4	- 1,3	- 9,9 r	- 8,8 r	- 14,7	- 10,9 p	+ 3,4 r	+ 10,2 r	- 3,4	- 4,0 p	
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 12,1	+ 2,6	+ 3,4	+ 8,2	+ 18,0 r	+ 8,3	+ 17,8 p	+ 27,5	+ 14,5 r	- 15,0	+ 1,4 p	
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 0,3 r	+ 6,9 r	+ 1,3	- 1,6 p	+ 10,3	+ 6,8	- 4,6	- 9,7 p	
darunter nach Erscheinungsformen:												
Versandhandelsunternehmen	- 2,5	+ 2,9	+ 0,2	- 7,0 r	+ 14,8 r	- 2,3	+ 9,9 p	+ 15,5 r	+ 6,5 r	- 23,7	- 8,4 p	
Warenhäuser	+ 1,1	- 3,0	+ 0,7	- 0,1	+ 4,9	+ 8,2	+ 1,2 p	+ 12,0	+ 5,8	+ 1,1	- 10,4 p	
SB-Warenhäuser	+ 9,5	+ 4,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 4,7	+ 4,4 p	...	+ 13,3	+ 1,8	+ 2,6 p	...	
Verbrauchermärkte	+ 8,6	+ 12,4	
Supermärkte	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 3,5 p	...	+ 10,8	+ 0,4	+ 4,3 p	...	
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0 p	...	+ 13,2 r	+ 3,6	+ 14,4 p	...	
Beherbergungsgewerbe	+ 3,0	+ 5,3	+ 3,8	+ 5,1	+ 5,0	+ 2,6 p	...	+ 15,5	+ 6,3	+ 21,4 p	...	
Gaststättengewerbe	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4	- 1,3	+ 0,5 p	...	+ 12,9 r	+ 1,7	+ 12,4 p	...	
Kantinen	+ 0,7	+ 0,4	+ 5,2	- 5,4 r	+ 10,6	- 5,5 p	...	- 1,2	+ 11,5	- 12,3 p	...	
Reiseverkehr												
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ³⁾	- 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 9,4	- 2,0	+ 4,4	...	+ 20,1	- 1,0	+ 18,2	...	
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	+ 3,0	+ 8,5	+ 6,5	+ 30,5	- 17,3	+ 7,3	- 4,1	+ 97,3	- 16,0	+ 55,5	- 20,4	
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	+ 2,8	+ 9,3	+ 8,2	+ 34,2	- 23,6	+ 7,2	- 7,9	+ 107,5	- 16,1	+ 55,9	- 23,3	
Ankünfte ⁵⁾	+ 1,3	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,3	+ 17,3	+ 11,0	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,9	+ 10,5	+ 6,3	+ 6,5	+ 1,2	+ 11,9	+ 15,7	
Übernachtungen ⁵⁾	- 2,7	+ 2,8	+ 2,5	+ 8,7	- 2,6	+ 21,1	+ 0,4	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,5	+ 9,9	+ 7,5	+ 7,8	+ 2,1	- 1,2	+ 13,3	
Warenverkehr mit Berlin (West)												
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 6,7	+ 6,8	+ 7,3	- 6,3	+ 12,6	- 4,8	+ 1,5	- 1,1	+ 10,0	- 12,5	+ 6,3	
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 7,4	+ 2,7	+ 9,9	- 9,2	+ 6,3	- 8,1	+ 4,2	+ 1,2	+ 8,8	- 13,3	+ 4,9	
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)												
Lieferungen des Bundesgebietes	+ 8,8	- 7,8	+ 21,4	- 6,6	+ 3,4	- 14,8	- 11,6	+ 9,7	+ 3,6	- 15,1	- 0,9	
Bezüge des Bundesgebietes	+ 3,6	+ 12,6	- 1,4	- 17,8	- 10,0	- 11,3	- 13,5	+ 1,7	+ 3,2	- 2,7	- 6,1	

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) In jeweiligen Preisen - 3) Einschl. Durchreisen. - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Dez.	Jan.	Febr.	Marz	April	Mai	Juni
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	390 192	434 257	463 811	37 075	36 840	35 920	35 285	39 940	32 571	34 470
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	50 475	54 605	57 953	5 023	4 862	4 483	4 541	5 161	4 771	4 562
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	333 780	372 970	398 283	31 351	31 194	30 818	30 261	33 866	27 180	29 089
Rohstoffe	Mill. DM	52 203	58 237	57 456	4 054	4 009	3 219	3 050	2 820	2 595	2 278
Halbwaren	Mill. DM	73 144	81 403	86 794	6 470	6 605	6 191	5 804	6 233	5 076	5 154
Fertigwaren	Mill. DM	208 433	233 330	254 034	20 827	20 581	21 408	21 407	24 814	19 509	21 656
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	304 711	337 775	365 521	29 752	28 881	29 236	29 148	33 203	26 763	28 608
dar. EG-Länder	Mill. DM	198 943	217 269	235 664	19 213	18 506	19 192	18 879	21 175	17 258	18 231
Entwicklungsländer	Mill. DM	63 069	69 816	71 698	4 978	5 741	4 750	4 278	4 676	4 245	4 059
Staatshandelsländer	Mill. DM	22 157	26 432	26 310	2 313	2 204	1 920	1 835	2 044	1 544	1 782
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	432 281	488 223	537 164	45 024	43 801	42 755	43 726	49 989	40 632	44 395
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23 624	26 673	28 025	2 466	2 390	2 238	2 200	2 504	2 020	2 204
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	405 729	458 342	505 812	42 292	41 154	40 269	41 244	47 162	38 350	41 914
Rohstoffe	Mill. DM	7 203	8 299	8 565	618	661	615	573	707	590	616
Halbwaren	Mill. DM	34 328	40 172	41 038	2 775	3 009	2 650	2 683	2 993	2 516	2 692
Fertigwaren	Mill. DM	364 198	409 872	456 209	38 899	37 485	37 005	37 988	43 461	35 243	38 605
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	341 307	395 898	441 278	36 272	36 344	36 177	36 957	42 113	34 481	37 745
dar. EG-Länder	Mill. DM	217 877	243 639	257 265	21 408	22 293	22 134	22 885	25 569	20 681	23 077
Entwicklungsländer	Mill. DM	66 976	67 484	66 366	5 756	5 121	4 525	4 613	5 385	4 076	4 476
Staatshandelsländer	Mill. DM	22 605	23 325	27 883	2 896	2 177	1 929	2 058	2 407	1 999	2 095
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+42 089	+53 966	+73 353	+7 949	+6 961	+6 835	+8 441	+10 049	+8 061	+9 925
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	114,3	127,2	135,9	130,3	129,5	126,3	124,0	140,4	114,5	121,2
Ausfuhr	1980=100	123,4	139,4	153,3	154,2	150,0	146,5	149,8	171,2	139,2	152,1
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	100,1	105,3	109,7	110,7	112,0	112,4	113,7	130,9	112,0	118,2
Ausfuhr	1980=100	109,8	119,8	126,9	128,0	126,0	123,7	126,9	145,2	119,2	130,8
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	114,1	120,8	123,9	117,7	115,6	112,3	109,1	107,2	102,2	102,5
Ausfuhr	1980=100	112,4	116,3	120,8	120,4	119,1	118,4	118,1	117,9	116,8	116,3
Austauschverhältnis (Terms of Trade)											
	1980=100	98,5	96,3	97,5	102,3	103,0	105,4	108,2	110,0	114,3	113,5
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 147,3	1 086,1	1 104,4	107,8	93,2	96,7	84,7	91,2
Straßenverkehr	Mill.	6 306,4	5 948,2	5 808,9
Luftverkehr	Mill.	35,9	38,6	41,7	2,7	2,8
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	310 021	329 780	334 613	25 673	27 376	25 007	26 280	28 954
Straßenverkehr	1000 t	354 535	366 502	380 512	26 780	30 305	28 613	29 941
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	223 936	236 478	222 408	18 491	17 234	14 477	17 026
Binnenschifffahrt	1000 t	126 275	132 307	138 330	11 718	11 048	10 398	11 437	11 610	11 485	11 137
Seeschifffahrt	1000 t	619	676	741	68	57
Luftverkehr	1000 t	55 229	57 770	56 790	4 588	4 967	4 330	4 963	4 894	5 166	...
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 847,5	2 739,2	2 671,0	164,0	214,9	210,1	306,8	351,8	280,2	278,5
dar. Personenkraftwagen	1000	2 426,8	2 393,9	2 379,3	151,4	200,9	195,9	272,9	310,6	247,8	249,0
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	6 123,3	6 236,0	6 256,8	400,6	493,0	459,7	633,8	727,7
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	374 107	359 485	327 745	24 038	21 355	16 334	21 854	26 476	34 987	...
Getötete	Anzahl	11 732	10 199	8 400	790	606	453	610	632	823	...
Schwerverletzte	Anzahl	145 090	132 514	115 533	8 684	7 684	5 519	7 615	9 230	45 202	...
Leichtverletzte	Anzahl	344 120	333 519	306 562	22 579	20 533	15 913	21 089	24 906
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 318,0	1 421,3	1 512,6	134,2	139,8	124,3	118,3	126,8	131,8	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	96,4	99,8	104,2	104,2	102,6 ¹⁾	102,8	104,2	104,6	105,5	105,4 ^p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	84,0	84,1	86,0	86,0	88,3	88,8	87,5	86,0	83,4	84,3 ^p
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	85,5	96,3	105,3	105,3	100,2	98,3	105,7	102,7	92,1	106,2 ^p
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 808,5	1 915,6	2 014,0 ^p	2 014,0	2 032,3 ¹⁾	2 033,3	2 040,2	2 045,8	2 051,8	2 066,9 ^p
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 380,5	1 468,8	1 548,2 ^p	1 548,2	1 567,1 ¹⁾	1 571,0 ^r	1 579,2	1 582,8	1 589,4	1 606,2 ^p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	427,9	446,8	465,8	465,8	462,4 ^r	462,4 ^r	461,0 ^r	463,0	462,4	460,7 ^p
	Mrd. DM	1 368,1	1 454,6	1 551,2 ^p	1 551,4	1 574,6 ¹⁾	1 583,0	1 579,1	1 584,7	1 595,3	1 588,6 ^p
	Mrd. DM	548,4	568,8	601,6 ^p	601,6	623,2 ¹⁾	626,2	628,3	630,6	631,8	633,3 ^p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 174,0	2 351,3	2 441,1	515,6	566,3	566,3	566,3	566,3	566,3	566,3
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	125 374	124 850	122 654	122 663	121 185	120 566	120 088	119 811	118 996	118 497
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mrd. DM	138 979	145 039	145 816	145 868	146 023	144 888	145 682	145 617	144 567	145 777

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewahrung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1983	1984	1985	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	Febr. 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
Außenhandel												
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 17,0	+ 1,1	- 17,4	- 5,8	- 1,8	+ 13,2	- 18,5	+ 5,8	
Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	+ 1,6	+ 8,2	+ 6,1	- 12,4	+ 2,1	- 11,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 13,7	- 7,6	- 4,4	
Gewerbliche Wirtschaft	+ 3,8	+ 11,7	+ 6,8	- 17,7	+ 0,0	- 18,6	- 7,4	- 1,8	+ 11,9	- 19,7	+ 7,0	
Rohstoffe	- 12,0	+ 11,6	- 1,3	- 50,3	- 44,7	- 48,2	- 53,7	- 5,3	- 7,5	- 8,0	- 12,2	
Halbwaren	+ 4,8	+ 11,3	+ 6,6	- 20,2	- 10,0	- 33,1	- 27,3	- 6,2	+ 7,4	- 18,6	+ 1,5	
Fertigwaren	+ 8,3	+ 11,9	+ 8,9	- 8,3	+ 13,6	- 6,3	+ 11,6	- 0,0	+ 15,9	- 21,4	+ 11,0	
Ländergruppen (Herstellungslander)												
Industrialisierte westliche Länder	+ 6,4	+ 10,9	+ 8,2	- 14,3	+ 6,5	- 13,2	- 0,5	- 0,3	+ 13,9	- 19,4	+ 6,9	
dar. EG-Länder	+ 6,0	+ 9,2	+ 8,5	- 14,9	+ 8,1	- 12,4	- 1,6	- 1,6	+ 12,2	- 18,5	+ 5,8	
Entwicklungslander	- 7,8	+ 10,7	+ 2,7	- 33,8	- 23,7	- 30,7	- 29,7	- 11,8	+ 9,3	- 9,2	- 4,4	
Staatshandelslander	+ 3,7	+ 19,3	- 0,5	- 8,0	- 6,0	- 36,4	- 13,2	- 4,4	+ 11,4	- 24,5	+ 15,4	
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 1,1	+ 12,9	+ 10,0	- 10,5	+ 11,1	- 13,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 14,3	- 18,7	+ 9,3	
Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	- 1,0	+ 12,9	+ 5,1	- 10,5	+ 10,6	- 19,2	+ 1,3	- 1,7	+ 13,8	- 19,3	+ 9,1	
Gewerbliche Wirtschaft	+ 1,2	+ 13,0	+ 10,4	- 10,6	+ 11,1	- 13,2	+ 5,6	+ 2,4	+ 14,3	- 18,7	+ 9,3	
Rohstoffe	- 0,2	+ 15,2	+ 3,2	- 29,7	- 5,5	- 23,7	- 17,8	- 6,8	+ 23,4	- 16,5	+ 4,4	
Halbwaren	+ 0,3	+ 17,0	+ 2,2	- 31,4	- 21,2	- 33,7	- 16,8	+ 1,2	+ 11,6	- 15,9	+ 7,0	
Fertigwaren	+ 1,3	+ 12,5	+ 11,3	- 8,2	+ 14,6	- 11,0	+ 8,1	+ 2,7	+ 14,4	- 18,9	+ 9,5	
Ländergruppen (Verbrauchsländer)												
Industrialisierte westliche Länder	+ 2,5	+ 16,0	+ 11,5	- 8,1	+ 12,7	- 10,9	+ 8,7	+ 2,2	+ 14,0	- 18,1	+ 9,5	
dar. EG-Länder	+ 0,8	+ 11,9	+ 9,7	- 6,3	+ 11,7	- 12,1	+ 8,8	+ 3,4	+ 11,7	- 19,1	+ 11,6	
Entwicklungslander	- 7,6	+ 0,8	- 1,7	- 25,4	- 0,3	- 26,8	- 12,3	+ 1,9	+ 16,7	- 24,3	+ 9,8	
Staatshandelslander	+ 10,2	+ 3,2	+ 19,5	- 12,9	+ 16,3	- 20,8	- 3,8	+ 6,7	+ 17,0	- 17,0	+ 4,8	
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	- 17,9	+ 28,2	+ 35,9	+ 32,4	+ 82,9	+ 7,2	+ 79,6	+ 23,5	+ 19,0	- 19,8	+ 23,1	
Index der tatsächlichen Werte												
Einfuhr	+ 3,6	+ 11,3	+ 6,8	- 17,0	+ 1,1	- 17,4	- 5,8	- 1,8	+ 13,2	- 18,4	+ 5,9	
Ausfuhr	+ 1,1	+ 13,0	+ 10,0	- 10,5	+ 11,1	- 13,4	+ 5,4	+ 2,3	+ 14,3	- 18,7	+ 9,3	
Index des Volumens												
Einfuhr	+ 3,9	+ 5,2	+ 4,2	- 1,6	+ 19,3	+ 2,0	+ 15,2	+ 1,2	+ 15,1	- 14,4	+ 5,5	
Ausfuhr	- 0,3	+ 9,1	+ 5,9	- 7,8	+ 14,4	- 9,6	+ 10,0	+ 2,6	+ 14,4	- 17,9	+ 9,7	
Index der Durchschnittswerte												
Einfuhr	- 0,3	+ 5,9	+ 2,6	- 15,7	- 15,3	- 19,0	- 18,3	- 2,8	- 1,7	- 4,7	+ 0,3	
Ausfuhr	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,9	- 3,0	- 2,9	- 4,2	- 4,1	- 0,3	- 0,2	- 0,9	- 0,4	
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 1,7	- 2,2	+ 1,2	+ 15,1	+ 14,7	+ 18,3	+ 17,4	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,9	- 0,7	
Verkehr												
Beförderte Personen												
Eisenbahnverkehr	+ 1,7	- 5,3	+ 1,7	+ 2,0	+ 5,6	- 12,5	+ 7,7	
Straßenverkehr	- 3,7	- 5,7	- 2,3	
Luftverkehr	+ 2,5	+ 7,7	+ 8,0	
Beförderte Güter												
Eisenbahnverkehr	- 2,5	+ 6,4	- 1,5	- 9,8	+ 4,4	+ 5,1	+ 10,2	
Straßenverkehr												
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,8	- 5,6	+ 4,6	
Binnenschifffahrt	+ 0,9	+ 5,6	- 6,0	- 13,1	+ 17,6	
Seeschifffahrt	- 7,9	+ 4,8	+ 4,6p	- 12,0p	- 2,6p	- 2,5p	- 3,3p	+ 10,0p	+ 1,5p	- 1,1p	- 3,0p	
Luftverkehr	+ 5,6	+ 9,2	+ 9,6	
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 3,1	+ 4,6	- 1,7	- 3,3	+ 0,1	+ 8,8	...	+ 14,6	- 1,4	+ 5,6	...	
Kraftfahrzeuge												
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 10,5	- 3,8	- 2,5	+ 8,2	+ 15,7	+ 7,6	+ 21,8	+ 46,0	+ 14,7	- 20,4	- 0,6	
dar. Personenkraftwagen	+ 12,6	- 1,4	- 0,6	+ 11,5	+ 19,9	+ 9,0	+ 24,4	+ 39,3	+ 13,8	- 20,2	+ 0,5	
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 7,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 4,8	+ 9,2	+ 37,9	+ 14,8	
Straßenverkehrsunfälle												
Unfälle mit Personenschaden	+ 4,3	- 3,9	- 8,8	+ 0,2	- 0,8r	+ 5,2	...	+ 33,8	+ 21,1r	+ 32,1	...	
Getötete	+ 1,1	- 0,5	- 17,6	+ 16,9	- 2,8r	- 4,7	...	+ 34,7	+ 3,6r	+ 30,2	...	
Schwerverletzte	+ 4,6	- 8,7	- 12,8	- 1,6	- 5,8r	+ 6,8	...	+ 38,0	+ 21,2r	+ 32,4	...	
Leichtverletzte	+ 4,8	- 3,1	- 8,1	- 2,0	+ 1,2r	+ 32,5	+ 18,1r	
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,6	+ 7,8	+ 6,4	- 0,4	+ 10,7	+ 9,2	...	- 4,8	+ 7,2	+ 4,0	...	
Geld und Kredit												
Bargeldumlauf	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,4	+ 5,6	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,7p	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,9p	- 0,1p	
Deutsche Bundesbank												
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	- 3,3	+ 0,1	+ 2,3	+ 12,9	+ 9,4	+ 4,1	+ 4,2	- 1,5	- 1,7	- 3,0	+ 1,1	
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 14,2	+ 12,6	+ 9,4	- 0,4	+ 9,3	- 5,4	+ 2,3	+ 7,5	- 2,8	- 10,2	+ 15,4	
Kreditinstitute												
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,6	+ 12,9	+ 5,7	+ 5,6p	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3p	+ 0,7p	
an öffentliche Haushalte	+ 7,1	+ 6,4	+ 5,4	+ 6,7	+ 14,1	+ 6,9	+ 6,9p	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4p	+ 1,1p	
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,4r	+ 9,0	+ 2,0	+ 1,5p	- 0,3	+ 0,5	- 0,1p	- 0,4p	
dar. Spareinlagen	+ 5,9	+ 6,3	+ 6,6	+ 9,7	+ 16,4	+ 9,4	+ 8,5p	- 0,2	+ 0,4	+ 0,7p	- 0,4p	
Bausparkassen	+ 5,8	+ 3,7	+ 5,8	+ 9,8	+ 16,0	+ 10,7	+ 10,9p	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2p	+ 0,2p	
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 6,3	+ 8,2	+ 3,8	+ 6,0	+ 11,2	+ 4,0	+ 8,8	+ 31,9	- 26,3	- 6,0	+ 0,6	
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 3,7	- 0,4	- 1,8	- 2,1	- 1,9	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,4	
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,6	- 1,1	- 0,2	+ 0,6	- 0,0	- 0,7	+ 0,8	

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	226 655	227 394	261 153	19913	31 671	29 233	21 651	28 112	13 635	13 646
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	4 280	2 992	3 769	251	167	585	380	847	394	234
Aktien (Nominalwert)	%	8,0 ⁹⁾	7,8 ⁹⁾	6,9 ⁹⁾	6,6	6,4	6,3	6,0	5,6	5,9	6,0
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	1980=100	135,2 ⁹⁾	153,6 ⁹⁾	209,2 ⁹⁾	265,3	299,9	287,9	299,3	321,7	296,2	288,6
Index der Aktienkurse	1980=100	135,3 ⁹⁾	151,6 ⁹⁾	207,4 ⁹⁾	265,5	303,8	291,0	303,6	325,8	298,1	291,2
dar. Publikums-gesellschaften											
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	1 014 ⁹⁾	859 ⁹⁾	836 ⁹⁾	796	990	1 058	999	819	736	...
Arbeitslosenhilfe	1000	485 ⁹⁾	598 ⁹⁾	617 ⁹⁾	605	636	656	659	635	616	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	1000	130 ⁹⁾	131 ⁹⁾	135 ⁹⁾	147	143	151	155	154	155	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 586,6 ⁹⁾	2 733,7 ⁹⁾	2 670,3 ⁹⁾	3 387,9	2 578,7	2 328,4	2 208,0	2 680,1	2 687,2	...
dar. Beiträge	Mill. DM	2 389,3 ⁹⁾	2 537,2 ⁹⁾	2 457,6 ⁹⁾	3 179,9	2 379,9	2 168,9	2 063,9	2 234,4	2 295,5	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 720,3 ⁹⁾	2 470,4 ⁹⁾	2 478,1 ⁹⁾	2 564,2	2 572,3	2 910,6	3 145,2	3 192,8	2 531,2	...
dar. Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 425,3 ⁹⁾	1 178,6 ⁹⁾	1 173,8 ⁹⁾	1 262,7	1 152,7	1 507,1	1 508,5	1 394,6	1 158,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	1000	35 806 ⁹⁾	36 014 ⁹⁾	36 201 ⁹⁾	36 422	36 313	36 333	36 346
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	1000	20 776 ⁹⁾	20 886 ⁹⁾	21 094 ⁹⁾	21 342	21 256	21 241	21 247
Rentner	1000	10 460 ⁹⁾	10 586 ⁹⁾	10 622 ⁹⁾	10 627	10 630	10 641	10 645
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG ⁴⁾)	Mill. DM	342 715	357 471	375 638	55 563	24 709	27 813	36 878	24 942	26 224	40 987 p
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	128 889	136 350	147 630	20 575	13 387	10 412	9 881	11 086	11 034	12 401 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	28 275	26 368	28 568	9 317	231	879	7 403	- 1 152	- 860	7 284 p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	23 675	26 312	31 836	8 493	363	- 123	7 749	45	564	7 825 p
Umsatzsteuer	Mill. DM	59 190	55 500	51 428	5 468	5 011	6 541	3 569	3 307	4 781	5 082 p
Einkommensteuer	Mill. DM	46 681	54 983	58 397	4 954	4 240	4 752	4 475	4 609	4 654	4 258 p
Bundessteuern	Mill. DM	52 115	54 059	55 036	8 775	1 118	4 692	4 377	4 558	4 455	4 712 p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	48 879	50 664	51 164	8 505	846	3 841	4 023	4 236	4 090	4 458 p
dar.: Zölle	Mill. DM	4 746	5 332	5 412	467	401	457	406	450	430	419 p
Tabaksteuer	Mill. DM	13 881	14 429	14 452	2 709	52	818	1 232	1 180	1 204	1 096 p
Branntweinabgaben	Mill. DM	4 277	4 238	4 153	722	44	428	459	351	276	320 p
Mineralölsteuer	Mill. DM	23 338	24 033	24 521	4 313	99	1 906	1 676	2 041	1 966	2 414 p
Landesteuern	Mill. DM	18 377	18 581	18 475	1 099	1 337	2 124	1 613	1 824	2 347	1 602 p
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	4 992	4 492	4 287	91	50	896	102	45	905	100 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	6 984	7 284	7 350	414	635	587	706	1 167	852	935 p
Biersteuer	Mill. DM	1 296	1 255	1 254	101	115	89	72	94	113	120 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill. DM	4 377	4 135	4 491	1 099	- 2	77	7	800	278	3 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	Mill. DM	-23 575	-24 408	-28 430	-4 484	-2 043	-1 694	-2 593	-1 490	-1 526	-2 953 p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	121 661	120 040	121 101	7 495	10 125	9 502	8 913	10 916	8 889	9 624
Bierausstoß	1000 hl	94 983	92 585	93 295	7 914	7 247	6 138	6 771	8 286	8 827 r	8 680
Leichtöle: Benzin bleifrei	1000 hl	3 097	633	1 298	1 389	1 861	2 451	2 548	2 631
Benzin bleihaltig	1000 hl	301 527	316 568	308 571	24 451	22 403	22 014	23 958	26 633	25 290	24 079
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1000 dt	129 700	133 723	136 638	9 896	9 896	9 395	10 680	13 883	12 101	12 585
Heizöl (EL und L)	1000 dt	320 347	331 808	356 120	30 043	39 985	42 378	35 696	45 608	40 733	40 820
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 400,88	1 435,46	1 499,06	1 719,14
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	449,60	462,59	457,04	504,12
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	132,15	135,19	149,25	152,54
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 836,88	2 848,76	2 864,85	3 259,33
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	739,69	740,18	736,58	792,03
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	188,80	189,44	208,19	304,86
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 293,78	4 394,34	4 525,33	4 906,55
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	DM	922,32	930,37	949,11	1 037,83
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	232,66	264,23	271,17	374,08
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,5	40,9	40,7	40,1	40,7
Index	1980=100	97,3	98,3	97,8	96,3	97,9
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,41	15,77	16,39	16,59	16,72
Index	1980=100	114,1	116,8	121,3	123,1	124,2
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	627	647	667	666	680
Index	1980=100	111,0	114,7	118,5	118,5	121,5
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 325	3 446	3 589	3 653	3 696
Index	1980=100	113,7	117,4	121,9	123,6	124,9
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	99,9	98,7	98,2	98,1
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	113,9	116,9	121,7	124,2	125,2
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	113,2	115,9	119,5	121,6	122,6

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner. — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. — 4) Vor der Steuervertiefung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. — 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtsgebietes sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1986 noch keine Zahlen vor. — 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86	März 86	April 86	Mai 86	Juni 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	März 85	April 85	Mai 85	Juni 85	Febr 86	März 86	April 86	Mai 86	
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	+ 7,1	+ 0,3	+ 14,8	- 12,0	+ 42,9	- 32,8	- 9,8	- 25,9	+ 29,8	- 51,5	+ 0,1
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 38,4	- 30,1	+ 26,0	- 25,0	+1093,0	+ 3,1	+107,1	- 38,5	+135,3	- 53,5	- 40,6
Aktien (Nominalwert)	- 12,1 ⁹⁾	- 2,5 ⁹⁾	- 11,5 ⁹⁾	- 22,1	- 23,3	- 16,9	- 14,3	- 4,8	- 6,7	+ 5,4	+ 1,7
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	+ 31,6 ⁹⁾	+ 13,6 ⁹⁾	+ 36,2 ⁹⁾	+ 65,9	+ 76,1	+ 56,2	+ 41,0	+ 4,0	+ 7,5	- 7,9	- 2,6
Index der Aktienkurse dar. Publikumsgesellschaften	+ 31,9 ⁹⁾	+ 12,0 ⁹⁾	+ 36,8 ⁹⁾	+ 71,2	+ 81,7	+ 59,2	+ 42,4	+ 4,3	+ 7,3	- 8,5	- 2,3
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 9,5 ⁹⁾	- 15,3 ⁹⁾	- 2,7 ⁹⁾	- 2,5	- 7,5	- 4,8	...	- 5,6	- 18,0	- 10,1	...
Arbeitslosenhilfe	+ 66,9 ⁹⁾	+ 23,2 ⁹⁾	+ 32,8 ⁹⁾	- 0,6	- 1,7	- 2,5	...	+ 0,5	- 3,6	- 3,1	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	+ 9,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 2,5 ⁹⁾	+ 8,3	+ 12,9	+ 11,4	...	+ 2,7	- 0,6	+ 0,7	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dar. Beiträge	+ 18,0 ⁹⁾	+ 5,7 ⁹⁾	- 2,3 ⁹⁾	- 4,2	+ 1,8	- 5,0	...	- 5,2	+ 21,4	+ 0,3	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit dar. Arbeitslosengeld	+ 18,1 ⁹⁾	+ 6,2 ⁹⁾	- 3,1 ⁹⁾	- 5,0	- 1,5	- 5,4	...	- 4,8	+ 8,3	+ 2,7	...
	- 2,2 ⁹⁾	- 9,2 ⁹⁾	+ 0,3 ⁹⁾	- 2,1	+ 6,8	+ 0,4	...	+ 8,1	+ 1,5	- 20,7	...
	- 5,1 ⁹⁾	- 17,3 ⁹⁾	- 0,4 ⁹⁾	- 1,5	- 4,0	- 0,5	...	+ 0,1	- 7,6	- 16,9	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	- 0,1	+ 0,6 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,6	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	- 0,2	+ 0,5 ⁹⁾	+ 1,0 ⁹⁾	+ 1,2	+ 0,0
Rentner	+ 0,5	+ 1,0 ⁹⁾	+ 0,5 ⁹⁾	+ 0,3	+ 0,0
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,1	+ 4,4	+ 3,5	+ 6,2	+ 5,5p	+ 32,6	- 32,4	+ 5,1	+ 56,3p
dar.: Lohnsteuer	+ 4,9	+ 4,7	+ 6,2	+ 4,7	+ 1,1	+ 6,4	+ 3,1p	+ 48,0	- 42,5	+ 7,4	+ 82,0p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 4,4	+ 5,8	+ 8,3	- 0,8	+ 6,6	+ 2,7	+ 3,4p	- 5,1	+ 12,2	- 0,5	+ 12,4p
Körperschaftsteuer	- 7,6	- 6,7	+ 8,3	- 2,0	x	x	+ 1,8p	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 10,3	+ 11,1	+ 21,0	+ 17,8	- 91,0	+ 13,3	+ 7,9p	x	x	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	+ 10,2	- 6,2	- 7,3	+ 24,9	- 0,6	+ 24,9	+ 18,2p	- 45,4	- 7,3	+ 44,6	+ 6,3p
Bundessteuern	+ 6,1	+ 17,8	+ 6,2	- 8,4	- 13,7	- 4,4	- 12,5p	- 5,8	+ 3,0	+ 1,0	- 8,5p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,8	- 5,1	+ 8,6	+ 2,7	+ 0,3p	- 6,7	+ 4,1	- 2,2	+ 5,8p
dar.: Zölle	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,0	- 6,2	+ 7,9	+ 0,9	- 0,0p	+ 4,7	+ 5,3	- 3,4	+ 9,0p
Tabaksteuer	+ 0,4	+ 12,3	+ 1,5	- 11,0	- 11,1	- 9,3	- 3,5p	- 11,2	+ 10,9	- 4,6	+ 2,6p
Brennstoffabgaben	+ 13,7	+ 4,0	+ 0,2	- 2,9	+ 4,1	+ 11,6	- 18,4p	+ 50,6	- 4,2	+ 2,1	- 9,0p
Mineralölsteuer	- 0,1	- 0,9	- 2,0	+ 6,6	- 6,0	- 13,6	- 1,8p	+ 7,0	- 23,5	- 21,2	+ 15,8p
Landessteuern	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,0	- 12,1	+ 19,9	+ 1,1	+ 12,2p	- 12,1	+ 21,8	- 3,7	+ 22,8p
dar.: Vermögensteuer	+ 8,1	+ 1,1	- 0,6	+ 16,3	+ 26,8r	+ 9,3	+ 27,2p	- 24,0	+ 13,0	+ 28,7	- 31,7p
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,2	- 10,0	- 4,6	- 24,0	- 53,1	+ 2,4	+ 22,8p	x	x	x	x
Biersteuer	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 9,0	+ 42,6	+ 17,2	+ 42,8p	+ 20,3	+ 65,2	- 27,0	+ 9,7p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	- 20,2	+ 5,4	+ 0,7	+ 7,1p	- 18,6	+ 30,6	+ 19,7	+ 6,1p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	- 29,3	- 5,5	+ 8,6	- 22,7	- 2,0	+ 3,7	+ 83,3p	x	x	x	x
	+ 2,0	+ 3,5	+ 8,3	- 1,3	+ 6,2	+ 2,8	+ 1,4p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	+ 7,9	- 1,3	+ 0,9	- 11,7	+ 6,4	- 9,1	- 6,4	- 6,2r	+ 22,5	- 18,6	+ 8,3
Bierausstoß	+ 0,2	- 2,5	+ 0,8	- 2,9r	+ 2,4r	- 1,3	+ 9,4	+ 10,3r	+ 22,4r	+ 6,5	- 1,7
Leichtöle: Benzin bleifrei			x	x	x	x	x	+ 33,9	+ 31,7	+ 3,9	+ 3,3
Benzin bleihaltig	+ 3,9	+ 5,0	x	x	- 0,7	- 8,6	- 2,4	+ 8,8	+ 11,2	- 5,0	- 4,8
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 5,6	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 12,6	+ 0,9	+ 15,1	+ 13,7	+ 30,0	- 12,8	+ 4,0
Heizöl (EL und L)	- 3,1	+ 3,6	+ 7,3	+ 73,8	+ 86,5	+ 55,1	+ 35,0	- 15,8	+ 27,8	- 10,7	+ 0,2
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch^{6) 7)}											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 7,8	+ 2,5	+ 4,4
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 4,8	+ 2,9	- 1,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 2,6	+ 2,3	+ 10,4
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,6
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 2,1	+ 0,1	- 0,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	- 6,5	+ 35,7	+ 9,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 5,1	+ 2,3	+ 3,0
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel ⁸⁾	+ 3,2	+ 0,9	+ 2,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	- 3,0	+ 13,6	+ 2,6
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 0,5	+ 1,0	- 0,5	...	+ 0,5	+ 1,5 ^{a)}
Index	- 0,5	+ 1,0	- 0,5	...	+ 0,5	+ 1,7 ^{a)}
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,9	...	+ 2,2	+ 0,8 ^{a)}
Index	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,9	...	+ 2,1	+ 0,9 ^{a)}
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	...	+ 2,6	+ 2,1 ^{a)}
Index	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,3	...	+ 2,6	+ 2,5 ^{a)}
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,1	...	+ 3,4	+ 1,2 ^{a)}
Index	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,8	...	+ 2,6	+ 1,1 ^{a)}
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	...	+ 0,3	- 0,1 ^{a)}
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 3,5	+ 2,6	+ 4,1	...	+ 2,8	+ 0,8 ^{a)}
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,1	...	+ 2,7	+ 0,8 ^{a)}

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einsch. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer — 4) Vor der Steuerverteilung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. — 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Aufgrund der Einführung einer neuen Systematik (SEA 1983) liegen für 1988 noch keine Zahlen vor. — 8) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 9) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten.

a) April 1986 gegenüber Januar 1986

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1986						
					Jan.	Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	113,8	116,1	115,2	113,4	112,5	111,5	110,8	109,8	108,8	107,2
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	113,5	115,6	113,8	111,3	110,0	108,8	107,9	106,6	105,3	103,2
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	115,0	118,3	120,4	121,6	121,9	122,1	122,3	122,5	122,6	122,9
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	108,2	106,9	103,1	101,5	101,4	100,4	98,4	97,3	98,9 p	98,8 p
dar.: Pflanzliche Produkte	1980=100	107,2	106,5	101,1	103,4	104,2	105,4	105,7	104,7	106,2	107,6 p
Tierische Produkte	1980=100	108,6	107,0	103,9	100,7	100,4	98,4	95,5	94,4	96,0 p	95,4 p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	95,8	97,0	89,6	93,5	92,8	93,0	92,5	91,7	90,7	...
Index der Grundstoffpreise 2)	1980=100	115,2	121,2	122,1	115,2	112,5	109,4	107,4	105,2	103,9	...
Inländische Grundstoffe	1980=100	113,5	117,8	119,1	116,7	116,1	115,3	114,3	112,7	112,4	...
Importierte Grundstoffe	1980=100	117,9	126,3	126,6	113,0	107,2	100,6	97,0	94,1	91,2	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1980=100	115,8	119,2	121,8	121,2	120,6	120,1	119,4	118,6	118,5	117,7
Investitionsgüter 3)	1980=100	113,9	116,8	120,1	121,8	122,0	122,3	122,8	123,0	123,4	123,7
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	1980=100	112,7	115,4	118,5	115,7	113,9	112,1	111,6	110,4	110,2	108,2
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	136,5	141,0	146,1	148,0	147,8	148,0	145,1	144,6	144,7	144,0
Bergbäuliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	127,3	131,7	133,9	132,8	132,8	132,8	132,8	127,0	127,0	125,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	112,8	116,0	118,3	117,4	116,7	116,1	115,6	115,0	114,8	114,0
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	113,4	118,0	120,9	115,8	113,2	110,9	108,9	106,5	105,6	102,8
dar.: Mineralölzeugnisse	1980=100	119,3	124,5	127,8	111,5	102,2	94,4	88,4	81,0	78,9	70,1
Eisen und Stahl	1980=100	110,8	115,3	119,9	120,4	119,9	119,3	118,9	118,4	116,4	114,2
Chemische Erzeugnisse	1980=100	113,9	118,1	121,6	120,0	119,3	118,5	116,4	114,7	114,0	113,2
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	113,0	115,5	118,4	119,8	120,0	120,2	120,7	120,9	121,1	121,4
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	1980=100	115,0	118,0	122,0	124,3	124,5	124,8	125,6	126,0	126,3	126,7
Straßenfahrzeuge	1980=100	113,8	117,5	121,4	123,6	124,0	124,3	124,7	124,7	124,9	125,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	110,1	111,4	113,0	113,3	113,4	113,6	114,0	114,1	114,2	114,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	113,8	117,1	119,2	120,1	120,2	120,3	120,8	120,9	121,1	121,4
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1980=100	111,0	114,5	117,4	118,1	118,3	118,4	118,5	118,6	118,7	118,7
dar.: Textilien	1980=100	112,0	116,2	118,9	118,9	118,9	118,8	118,8	118,8	118,6	118,3
Bekleidung	1980=100	112,4	115,9	118,5	119,7	119,9	120,2	120,4	120,6	120,7	121,0
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1980=100	113,2	114,8	114,2	113,9	114,0	114,0	113,9	114,0	114,2	113,8
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	1980=100	111,2	114,0	114,5		115,2			116,1		
Bürogebäude 1)	1980=100	112,1	114,8	115,8		116,7			117,6		
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	110,6	112,8	113,2		113,9			114,7		
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	112,4	114,7	115,5		116,6			117,5		
Straßenbau 5)	1980=100	99,5	100,8	102,6		104,2			104,8		
Brücken im Straßenbau 5)	1980=100	106,9	108,4	108,7		109,6			110,6		
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1980=100	113,7	116,9	117,5	115,1	112,6	111,5	111,1	110,1	109,1	108,8
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	112,9	115,4	114,6	115,7	114,2	114,1	114,6	113,9	113,1	111,1
Index der Einzelhandelspreise 5)	1980=100	113,2	115,6	117,5	117,9	117,8	117,6	117,7	117,7	117,7	117,2
dar. Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln u.ä.	1980=100	113,8	115,6	116,3	116,5	117,1	117,0	117,5	118,1	118,7	118,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	115,6	118,4	121,0	121,6	121,3	121,0	120,9	120,9	121,1	120,5
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,9	117,1	117,7	117,7	118,2	118,5	118,9	118,4
Bekleidung, Schuhe	1980=100	113,0	115,7	118,4	119,8	120,1	120,2	120,3	120,5	120,5	120,6
Wohnungsmieten, Energie 6)	1980=100	118,3	122,7	126,8	126,5	125,6	125,4	124,9	123,9	123,2	122,1
Wohnungsmieten	1980=100	115,6	120,0	123,9	125,3	125,6	125,8	126,0	126,1	126,3	126,6
Energie 6)	1980=100	124,5	128,8	133,4	129,2	125,7	124,4	122,3	118,6	116,0	112,0
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	113,7	115,9	117,7	118,5	118,8	118,9	119,0	118,9	119,0	119,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,6	118,0	119,7	120,9	121,1	121,2	121,3	121,3	121,4	121,5
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	117,1	120,1	123,2	122,5	120,2	118,1	117,3	117,5	118,9	117,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1980=100	114,4	114,2	116,2	117,9	118,1	118,1	118,1	118,1	117,9	117,3
personliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	118,5	120,8	125,7	129,3	129,5	129,7	129,7	129,9	130,6	130,6
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	116,0	118,7	121,5	122,3	122,1	121,7	121,6	121,6	121,8	121,4
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	115,6	118,4	120,9	121,6	121,4	121,0	121,0	120,9	121,2	120,7
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	115,8	118,7	121,1	121,7	121,9	121,8	121,9	122,0	122,2	121,7
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	1980=100	114,1	117,0	118,5	118,7	119,1	119,0	119,5	119,8	120,2	119,3
Index der Einfuhrpreise	1980=100	115,8	122,8	124,6	114,8	111,0	106,8	104,4	102,3	99,8	96,6
dar.: Güter aus EG-Ländern	1980=100	112,8	118,0	120,0	113,5	111,6	109,1	107,6	106,0	104,1	101,7
Güter aus Drittländern	1980=100	118,5	127,0	128,6	116,1	110,5	104,8	101,5	98,9	96,0	92,1
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	112,3	116,2	119,4	118,5	118,0	117,9	117,6	117,4	117,1	116,6
dar.: Güter für EG-Länder	1980=100	112,5	116,4	119,8	118,9	118,3	118,2	117,7	117,2	116,9	116,1
Güter für Drittländer	1980=100	112,2	116,0	119,0	118,1	117,6	117,6	117,6	117,5	117,4	117,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Einschl. Ackerschlepper. - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1983	1984	1985	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86	April 86	Mai 86	Juni 86	Juli 86
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1982	1983	1984	April 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Marz 86	April 86	Mai 86	Juni 86	
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 0,4	+ 2,0	- 0,8	- 5,1	- 5,6	- 5,8	- 6,9	- 0,6	- 0,9	- 0,9	- 1,5
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 0,4	+ 1,9	- 1,6	- 6,7	- 7,5	- 7,9	- 9,3	- 0,8	- 1,2	- 1,2	- 2,0
Neubauten und neue Maschinen	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	- 1,5	- 1,2	- 3,6	- 5,0	- 6,0	- 5,0p	- 4,7p	- 2,1	- 1,0	+ 1,6p	- 0,1p
dar: Pflanzliche Produkte	+ 1,6	- 0,7	- 5,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 5,9	+ 0,3	- 0,9	+ 1,4	+ 1,3
Tierische Produkte	- 2,5	- 1,5	- 2,9	- 7,4	- 8,7	- 7,4p	- 8,7p	- 2,9	- 1,2	+ 1,6p	- 0,6p
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	- 5,0	+ 1,3	- 7,7	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,0	...	- 0,6	- 0,8	- 1,1	...
Index der Grundstoffpreise 2)	- 0,3	+ 5,2	- 7,0	- 13,7	- 15,4	- 15,8	...	- 1,8	- 2,0	- 1,2	...
Inländische Grundstoffe	+ 0,4	+ 3,8	+ 1,1	- 4,7	- 6,1	- 6,0	...	- 0,9	- 1,4	- 0,3	...
Importierte Grundstoffe	- 1,1	+ 7,1	+ 0,2	- 26,0	- 28,1	- 29,4	...	- 3,6	- 3,0	- 3,1	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,2	- 2,1	- 2,9	- 2,9	- 3,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,7
Investitionsgüter 3)	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) 3)	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,7	- 6,0	- 7,2	- 7,2	- 8,5	- 0,4	- 1,1	- 0,2	- 1,8
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,6	+ 0,1	- 0,3	- 0,3	- 2,3	- 2,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,5
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 2,1	+ 3,5	+ 1,7	- 1,1	- 5,9	- 5,9	- 7,3	± 0,0	- 4,4	± 0,0	- 1,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,0	- 2,6	- 3,2	- 3,2	- 3,8	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,7
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 0,4	+ 4,1	+ 2,5	- 11,0	- 12,8	- 12,9	- 14,8	- 1,8	- 2,2	- 0,8	- 2,7
dar.: Mineralölzeugnisse	- 3,2	+ 4,4	+ 2,7	- 32,8	- 37,5	- 37,8	- 43,5	- 6,4	- 8,4	- 2,6	- 11,2
Eisen und Stahl	- 4,6	+ 4,1	+ 4,0	- 1,2	- 1,6	- 3,2	- 4,8	- 0,3	- 0,4	- 1,7	- 1,9
Chemische Erzeugnisse	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,0	- 4,5	- 6,2	- 6,8	- 7,7	- 1,8	- 1,5	- 0,6	- 0,7
Erz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 4)	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Straßenfahrzeuge	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2
Elektrotechnische Erzeugnisse. Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0
dar.: Textilien	+ 1,9	+ 3,8	+ 2,3	- 0,1	± 0,0	- 0,5	- 0,9	± 0,0	± 0,0	- 0,2	± 0,3
Bekleidung	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 2,2	+ 1,4	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 5)	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,4	.	+ 1,7	.	.	.	+ 0,8 a)	.	.
Bürogebäude 1)	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,9	.	+ 1,8	.	.	.	+ 0,8 a)	.	.
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 1,6	+ 2,0	+ 0,4	.	+ 1,6	.	.	.	+ 0,7 a)	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8	.	+ 2,1	.	.	.	+ 0,8 a)	.	.
Straßenbau 5)	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,3	.	+ 2,3	.	.	.	+ 0,8 a)	.	.
Brücken im Straßenbau 5)	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,3	.	+ 2,1	.	.	.	+ 0,9 a)	.	.
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	+ 0,1	+ 2,8	- 0,5	- 7,1	- 7,7	- 7,9	- 8,7	- 0,4	- 0,9	- 0,9	- 2,1
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 0,6	+ 2,2	- 0,7	- 3,0	- 2,5	- 2,7	- 2,4	+ 0,4	- 0,6	- 0,7	- 1,8
Index der Einzelhandelspreise 5)	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,4
dar.: mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 0,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,5	- 0,1	± 0,0	+ 0,2	- 0,5
darunter für:											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4
Bekleidung, Schuhe	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie 6)	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,3	- 1,3	- 1,8	- 2,2	- 3,3	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,9
Wohnungsmieten	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Energie 6)	- 0,9	+ 3,5	+ 3,6	- 8,7	- 10,3	- 11,5	- 14,8	- 1,7	- 3,0	- 2,2	+ 3,4
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,6	- 4,8	- 5,8	- 4,7	- 5,0	- 0,7	± 0,2	+ 1,2	- 0,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,2	± 0,0	± 0,0	- 0,2	- 0,5
pers. Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 4,4	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,4	± 0,0	+ 0,2	+ 0,5	± 0,0
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,4	± 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	± 0,0	+ 0,2	- 0,3
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,3	± 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,4
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 8)	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,7
Index der Einfuhrpreise	- 0,3	+ 6,0	+ 1,5	- 18,6	- 19,9	- 21,0	- 22,4	- 2,2	- 2,0	- 2,4	- 3,2
dar.: Güter aus EG-Ländern	- 0,4	+ 4,6	+ 1,7	- 12,3	- 13,3	- 14,1	- 15,5	- 1,4	- 1,5	- 1,8	- 2,3
Güter aus Drittländern	- 0,3	+ 7,2	+ 1,3	- 23,9	- 25,4	- 26,7	- 28,1	- 3,1	- 2,8	- 2,9	- 4,1
Index der Ausfuhrpreise	+ 1,7	+ 3,5	+ 2,8	- 2,0	- 2,3	- 2,5	- 2,8	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4
dar.: Güter für EG-Länder	+ 1,5	+ 3,5	+ 2,9	- 2,3	- 2,8	- 3,0	- 3,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,7
Güter für Drittländer	+ 1,9	+ 3,4	+ 2,6	- 1,7	- 1,9	- 1,9	- 2,1	± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Acker-schlepper - 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet.

a) Mai 1986 gegenüber Februar 1986.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1983	1984	1985	1985			1986 ⁵⁾	1986 ⁵⁾		
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1 Vj	April	Mai	Juni
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 307	61 049	61 020	61 015	61 035	61 020
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 535	4 364	4 379	4 348	4 366	4 379	4 399
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	369 963	364 140	364 661 ^r	115 078 ^r	115 015 ^r	81 406 ^r	50 971	25 194	52 711	40 123
Ehescheidungen	Anzahl	121 317	130 744	128 124
Lebendgeborene	Anzahl	594 177	584 157	586 155	146 056 ^r	154 482 ^r	141 110 ^r	142 101	54 969	51 063	52 427
dar. Ausländer	Anzahl	61 471	54 795	53 750 ^r	13 888 ⁵⁾	14 255 ⁵⁾	13 709 ⁵⁾	12 315
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	52 442	52 998	55 070	13 493 ^r	14 465 ^r	13 747 ^r	13 458
Gestorbene ²⁾	Anzahl	718 337	696 118	704 296	169 459 ^r	163 057 ^r	176 703 ^r	190 235	61 442	55 241	56 022
dar. Ausländer	Anzahl	8 064	7 835	7 694	1 884 ⁵⁾	1 891 ⁵⁾	2 099 ⁵⁾	1 884
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	6 099	5 633	5 244	1 269 ^r	1 192 ^r	1 350 ^r	1 270
Totgeborene	Anzahl	2 790	2 567	2 414	622 ^r	614 ^r	572 ^r	588	230	228	190
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-124 160	-111 961	-118 141	-23 403 ^r	-8 575 ^r	-35 593 ^r	-48 134	-6 473	-4 178	-3 595
Deutsche	Anzahl	-177 567	-158 921	-164 197 ^r	-36 045 ⁵⁾	-21 759 ⁵⁾	-45 595 ⁵⁾	-58 565
Ausländer	Anzahl	+ 53 407	+ 46 960	+ 46 056 ^r	+12 002 ⁵⁾	+12 364 ⁵⁾	+11 610 ⁵⁾	+10 431
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	372 027	457 093	512 108	117 979	163 943	126 216
dar. Ausländer	Anzahl	276 448	333 297	399 951	93 159	128 651	96 377
Fortzüge	Anzahl	489 162	608 240	428 717	89 508	136 329	108 132
dar. Ausländer	Anzahl	425 189	546 457	367 719	75 420	117 519	93 422
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	-117 135	-151 147	+83 391	+28 471	+27 614	+18 084
dar. Ausländer	Anzahl	-148 741	-213 160	+32 232	+17 739	+11 132	+ 2 955
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,4	7,1	7,2	7,1	7,2	7,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,0	5,9	6,0	7,6	7,5	5,3	...	5,0	10,2	8,0
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,8	21,3	21,0
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,7	9,5	9,6	9,6	10,0 ^r	9,2 ^r	...	11,0	9,9	10,5
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	13,6	12,5	12,3	12,8	13,0 ⁵⁾	12,4 ⁵⁾	11,4
	% aller Lebendgeb.	10,3	9,4	9,2	9,5	9,2 ⁵⁾	9,4 ⁵⁾	8,7
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 330,9	1 290,6	1 279,6	1 287,6	1 274,6	1 280,6
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	8,8	9,1	9,4	9,2	9,4	9,7 ^r	9,5
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,7	11,3	11,5	11,1 ^r	10,6 ^r	11,5 ^r	...	12,3	10,7	11,2
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,8	1,7	1,7	1,9	1,7	1,9
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	1,0	0,9	0,9
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	% aller Zuzüge	74,3	72,9	78,1	79,0	78,5	76,4
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	74,3	72,9	78,1	79,0	78,5	76,4
Fortzüge	% aller Fortzüge	86,9	89,8	85,8	84,3	86,2	86,4
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	86,9	89,8	85,8	84,3	86,2	86,4
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,0
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 2,8	- 3,8	+ 1,1	- 2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,2	- 1,6	+ 0,1	- 0,8 ^r	+ 3,1 ^r	+ 0,7 ^r	- 2,8	+ 6,6	- 1,1	+ 5,9
Ehescheidungen	%	+ 2,4	+ 7,8	- 2,0
Lebendgeborene	%	- 4,3	- 1,7	+ 0,3	+ 1,1 ^r	+ 0,7 ^r	- 1,1 ^r	+ 2,2	+ 11,3	+ 0,3	+ 13,8
dar. Ausländer	%	- 15,8	- 10,9	- 1,9 ^r	- 1,1 ⁵⁾	+ 1,3 ⁵⁾	+ 0,4 ⁵⁾	+ 3,7
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 3,1	+ 1,2	- 2,7 ^r	+ 0,6 ^r	+ 0,3 ^r	+ 0,3	+ 5,1	- 6,4	+ 6,5
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	- 11,6	+ 22,9	+ 12,0	+ 9,0	+ 20,0	+ 15,8
dar. Ausländer	%	- 14,3	+ 20,6	+ 20,0	+ 25,5	+ 21,0	+ 14,0
Fortzüge	%	- 1,4	+ 24,3	- 29,5	- 39,0	- 38,3	- 7,5
dar. Ausländer	%	- 2,0	+ 28,5	- 32,7	- 43,0	- 41,9	- 8,8

1) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters, Jahresergebnisse 1983 und 1984 jeweils am 30.9., 1985 am 31.12. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Vorläufiges Ergebnis. - 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.).

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen					
	1982	1983	1984	1985	1985				1986	
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj		
in jeweiligen Preisen										
Mill. DM										
Entstehung des Sozialprodukts										
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 481 730	1 544 060	1 615 710	1 697 370	396 500	409 910	432 570	458 390	416 550	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 340	32 410	34 800	30 870	3 240	3 660	15 620	8 350	3 190	
Warenproduzierendes Gewerbe	656 980	684 360	715 290	780 070	177 530	185 610	191 550	205 380	188 290	
Handel und Verkehr	243 730	254 790	266 310	274 630	65 620	67 680	68 640	72 690	66 740	
Dienstleistungsunternehmen	397 690	425 520	448 650	473 000	114 810	117 550	119 880	120 760	121 320	
Staat, private Haushalte ³⁾	220 460	228 460	234 340	244 150	56 470	58 650	58 260	72 770	58 710	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 597 920	1 669 560	1 748 140	1 830 430	430 000	441 970	464 350	494 110	450 310	
Verwendung des Sozialprodukts										
Privater Verbrauch	918 050	958 540	990 300	1 027 290	240 920	253 020	255 790	277 560	250 140	
Staatsverbrauch	326 190	336 530	350 490	365 730	83 220	85 270	87 910	109 330	86 780	
Anlageinvestitionen	326 890	344 120	354 580	359 320	69 820	91 610	94 750	103 140	72 060	
Ausrüstungen	124 900	135 600	137 580	153 900	32 430	36 200	36 390	48 880	34 480	
Bauten	201 990	208 520	217 000	205 420	37 390	55 410	58 360	54 260	37 580	
Vorratsveränderung	-11 500	-2 000	11 200	14 200	23 000	-2 000	13 900	-20 700	18 000	
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	37 470	36 910	50 330	71 360	12 940	16 600	13 950	27 870	23 320	
Ausfuhr ⁵⁾	517 540	526 370	588 340	647 400	157 690	160 620	161 660	167 430	155 940	
Einfuhr ⁵⁾	480 070	489 460	538 010	576 040	144 750	144 020	147 710	139 560	132 170	
Bruttosozialprodukt	1 597 100	1 674 100	1 756 900	1 837 900	429 900	444 500	466 300	497 200	450 300	
Volkseinkommen										
insgesamt	1 223 520	1 280 710	1 346 290	1 414 160	327 150	339 870	361 000	386 140	344 250	
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	902 520	920 730	952 730	989 270	224 400	239 700	244 620	280 550	234 200	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,6	+ 5,1	+ 2,7	+ 5,7	+ 6,5	+ 5,3	+ 5,1	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 14,7	- 10,8	+ 7,4	- 11,3	- 7,7	- 11,8	- 14,8	- 5,2	- 1,5	
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 2,4	+ 4,2	+ 4,5	+ 6,3	+ 0,7	+ 7,4	+ 9,7	+ 7,3	+ 6,1	
Handel und Verkehr	+ 3,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,1	+ 1,4	+ 3,1	+ 5,3	+ 2,7	+ 1,7	
Dienstleistungsunternehmen	+ 8,4	+ 7,0	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,7	+ 5,1	+ 5,7	
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,7	+ 3,1	+ 4,0	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 5,3	+ 5,9	+ 5,1	+ 4,7	
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,2	+ 3,6	+ 4,9	+ 4,2	+ 3,8	
Staatsverbrauch	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 4,3	
Anlageinvestitionen	- 2,5	+ 5,3	+ 3,0	+ 1,3	+ 4,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,2	
Ausfuhr ⁵⁾	+ 7,3	+ 1,7	+ 11,8	+ 10,0	+ 10,9	+ 14,4	+ 12,3	+ 3,4	- 1,4	
Einfuhr ⁵⁾	+ 2,8	+ 2,0	+ 9,9	+ 7,1	+ 9,6	+ 9,1	+ 7,2	+ 2,5	- 8,7	
Bruttosozialprodukt	+ 3,4	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,6	+ 2,3	+ 5,3	+ 6,0	+ 4,9	+ 4,7	
Volkseinkommen	+ 3,1	+ 4,7	+ 5,1	+ 5,0	+ 2,4	+ 5,8	+ 6,7	+ 5,2	+ 5,2	
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 2,2	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,5	+ 5,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,4	
in Preisen von 1980										
Mill. DM										
Entstehung des Sozialprodukts										
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 365 840	1 380 440	1 422 440	1 462 120	347 440	358 200	373 880	382 600	353 080	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 010	32 410	35 170	33 910	3 440	3 710	17 300	9 460	3 510	
Warenproduzierendes Gewerbe	601 960	609 790	630 370	650 720	154 070	161 130	161 750	173 770	154 910	
Handel und Verkehr	226 890	230 990	237 710	243 720	57 800	60 080	60 830	65 010	59 120	
Dienstleistungsunternehmen	351 950	358 340	368 830	381 960	94 280	95 310	96 130	96 240	97 290	
Staat, private Haushalte ³⁾	206 180	208 010	210 960	215 080	53 590	53 750	53 820	53 920	54 570	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾										
insgesamt	1 471 830	1 489 550	1 531 390	1 569 740	375 290	384 050	399 650	410 750	381 120	
je Erwerbstätigen (1970 = 100)	135	138	142	144	140	142	146	150	141	
Verwendung des Sozialprodukts										
Privater Verbrauch	825 230	835 300	841 840	856 220	201 220	210 230	212 860	231 910	208 340	
Staatsverbrauch	300 740	301 720	309 130	315 510	75 530	77 130	77 900	84 950	77 440	
Anlageinvestitionen	302 880	312 440	314 900	313 840	60 900	80 440	82 980	89 520	62 000	
Ausrüstungen	113 590	119 900	119 360	130 470	27 650	30 740	30 790	41 290	29 000	
Bauten	189 290	192 540	195 540	183 370	33 250	49 700	52 190	48 230	33 000	
Vorratsveränderung	- 9 600	- 1 800	10 500	12 200	19 800	- 1 400	12 500	- 18 700	15 400	
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	51 750	45 840	62 530	78 230	17 750	19 800	15 060	25 620	17 920	
Ausfuhr ⁵⁾	471 450	470 330	508 990	545 640	133 880	134 860	135 730	141 170	131 940	
Einfuhr ⁵⁾	419 700	424 490	446 460	467 410	116 130	115 060	120 670	115 550	114 020	
Bruttosozialprodukt	1 471 000	1 493 500	1 538 900	1 576 000	375 200	386 200	401 300	413 300	381 100	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bruttowertschöpfung ²⁾	- 0,5	+ 1,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 1,6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 17,9	- 10,0	+ 8,5	- 3,6	- 13,4	- 12,9	- 1,6	+ 1,1	+ 2,0	
Warenproduzierendes Gewerbe	- 2,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,2	- 0,5	+ 5,7	+ 5,0	+ 2,8	+ 0,5	
Handel und Verkehr	- 1,2	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,5	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,3	
Dienstleistungsunternehmen	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,2	
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾										
insgesamt	- 0,6	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,5	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,6	+ 1,6	
je Erwerbstätigen	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,8	- 0,0	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,6	
Privater Verbrauch	- 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,7	- 0,0	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,5	
Staatsverbrauch	- 0,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,5	
Anlageinvestitionen	- 5,3	+ 3,2	+ 0,8	- 0,3	- 6,7	+ 2,5	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	
Ausfuhr ⁵⁾	+ 3,2	- 0,2	+ 8,2	+ 7,2	+ 7,5	+ 10,6	+ 9,2	+ 2,1	- 1,4	
Einfuhr ⁵⁾	- 0,1	+ 1,1	+ 5,2	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,0	- 1,8	
Bruttosozialprodukt	- 1,0	+ 1,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,6	

1) Ab 1983 vorläufiges Ergebnis. - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. - 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögens Einkommen.

Bevölkerung

Zum Aufsatz: „Bevölkerungsentwicklung“ Eheschließungen, Geborene und Gestorbene¹⁾

Jahr Land	Je 1 000 Einwohner und 1 Jahr				Je 1 000 Lebendgeborene		Von 1 000		Knaben je 1 000 lebend- geborene Mädchen
	Ehe- schließungen	Lebend- geborene	Gestorbene ²⁾	Überschuß der Gebore- nen (+) bzw. Gestor- benen (-)	Gestorbene		Lebend- geborenen waren	Lebend- und Tot- geborenen	
					im ersten Lebensjahr ³⁾	in den ersten 7 Lebens- tagen ⁴⁾			
1938	9,5	19,5	11,4	+ 8,0	60,2	.	66,0	22,6	.
1946	8,8	16,1	13,0	+ 3,2	97,1	.	163,8	23,0	1 079
1950	10,7	16,2	10,5	+ 5,7	55,3	.	97,3	21,8	1 074
1951	10,3	15,7	10,8	+ 5,0	53,0	.	96,4	21,9	1 066
1952	9,5	15,7	10,7	+ 5,0	48,4	.	90,3	21,0	1 070
1953	9,0	15,5	11,3	+ 4,2	46,5	.	86,7	20,3	1 063
1954	8,7	15,7	10,7	+ 5,0	43,5	.	84,2	20,1	1 065
1955	8,8	15,7	11,1	+ 4,5	41,9	24,0	78,6	19,8	1 066
1956	9,0	16,1	11,3	+ 4,8	38,9	21,9	74,7	18,5	1 064
1957	9,0	16,6	11,5	+ 5,2	36,6	20,7	71,9	17,5	1 068
1958	9,1	16,7	11,0	+ 5,7	36,2	21,2	68,5	16,4	1 067
1959	9,2	17,3	11,0	+ 6,3	34,4	20,4	66,9	15,5	1 064
1960	9,4	17,4	11,6	+ 5,9	33,8	20,8	63,3	15,3	1 059
1961	9,4	18,0	11,2	+ 6,9	32,0	20,1	59,5	14,3	1 058
1962	9,3	17,9	11,3	+ 6,6	29,3	19,0	55,6	13,9	1 059
1963	8,8	18,3	11,7	+ 6,6	27,1	17,8	52,3	13,1	1 058
1964	8,7	18,2	11,0	+ 7,2	25,3	17,0	49,9	12,6	1 059
1965	8,3	17,7	11,5	+ 6,2	23,8	16,6	46,9	12,2	1 058
1966	8,1	17,6	11,5	+ 6,1	23,6	16,3	45,6	11,5	1 056
1967	8,1	17,0	11,5	+ 5,5	22,8	16,0	46,1	11,1	1 056
1968	7,4	16,1	12,2	+ 3,9	22,6	15,7	47,6	10,9	1 056
1969	7,3	14,8	12,2	+ 2,6	23,2	16,1	50,4	10,6	1 058
1970	7,3	13,4	12,1	+ 1,3	23,4	16,4	54,6	10,2	1 055
1971	7,0	12,7	11,9	+ 0,8	23,1	15,7	58,1	9,8	1 059
1972	6,7	11,3	11,8	- 0,5	22,4	14,8	60,5	9,3	1 057
1973	6,4	10,3	11,8	- 1,5	22,7	14,3	62,7	8,9	1 054
1974	6,1	10,1	11,7	- 1,6	21,1	13,0	62,7	8,5	1 054
1975	6,3	9,7	12,1	- 2,4	19,7	11,6	61,2	7,7	1 061
1976	5,9	9,8	11,9	- 2,1	17,4	9,8	63,5	7,3	1 054
1977	5,8	9,5	11,5	- 2,0	15,4	8,4	64,7	6,5	1 061
1978	5,4	9,4	11,8	- 2,4	14,7	7,5	69,6	6,3	1 058
1979	5,6	9,5	11,6	- 2,1	13,6	6,9	71,3	5,7	1 051
1980	5,9	10,1	11,6	- 1,5	12,7	6,3	75,6	5,3	1 054
1981	5,8	10,1	11,7	- 1,6	11,6	5,4	79,0	5,1	1 055
1982	5,9	10,1	11,6	- 1,5	10,9	4,8	84,9	4,8	1 058
1983	6,0	9,7	11,7	- 2,0	10,2	4,6	88,3	4,7	1 057
1984	5,9	9,5	11,3	- 1,8	9,6	4,2	90,7	4,4	1 057
1985	6,0	9,6	11,5	- 1,9	9,0	3,8	94,0	4,1	1 049

1985 nach Ländern

Schleswig-Holstein	5,8	8,8	12,0	- 3,1	8,3	3,5	124,0	4,1	1 039
Hamburg	5,5	8,0	14,0	- 6,0	9,6	3,8	177,2	5,0	1 042
Niedersachsen	5,7	9,3	11,7	- 2,4	9,0	3,7	101,5	4,0	1 030
Bremen	5,7	8,0	12,9	- 4,9	9,0	2,6	186,1	4,0	1 078
Nordrhein-Westfalen	6,1	9,6	11,5	- 1,9	10,3	4,4	85,0	4,3	1 055
Hessen	5,8	9,0	11,5	- 2,5	9,3	4,0	81,8	4,2	1 068
Rheinland-Pfalz	6,3	9,6	11,8	- 2,1	9,9	3,8	76,9	4,2	1 046
Baden-Württemberg	5,9	10,2	10,1	+ 0,1	7,2	3,1	78,7	3,6	1 049
Bayern	6,0	10,2	11,1	- 1,0	7,8	3,5	89,2	4,2	1 047
Saarland	6,6	9,3	12,2	- 2,8	10,1	3,7	85,8	5,6	1 076
Berlin (West)	6,6	9,7	17,6	- 7,9	10,6	4,5	202,1	3,3	1 027

1) Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort; Eheschließungen nach dem Registrierort — 2) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. — 3) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten — 4) Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene¹⁾

Jahr Land	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene	Gestorbene ²⁾					Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
		männlich	weiblich	insgesamt	darunter nicht-ehelich		männlich	weiblich	insgesamt	und zwar		
										im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebens-tagen	
Insgesamt												
1938	405 432			828 175	54 698	19 141			485 537	49 226		+ 342 638
1946	400 399	380 409	352 589	732 998	120 084	17 291	313 620	274 711	588 331	66 537		+ 144 667
1950	535 708	420 944	391 891	812 835	79 075	18 118	266 895	261 852	528 747	45 252		+ 284 088
1955	461 818	423 235	396 893	820 128	64 427	16 558	299 280	282 592	581 872	34 284	19 699	+ 238 256
1956	478 352	441 115	414 772	855 887	63 954	16 129	310 037	289 376	599 413	33 098	18 780	+ 256 474
1957	482 590	460 820	431 408	892 228	64 172	15 911	319 043	295 973	615 016	32 479	18 470	+ 277 212
1958	494 110	466 861	437 604	904 465	61 914	15 082	309 174	288 131	597 305	32 589	19 190	+ 307 160
1959	503 981	490 791	461 151	951 942	63 716	14 951	313 690	291 814	605 504	32 642	19 466	+ 346 438
1960	521 445	498 182	470 447	968 629	61 330	15 049	332 503	310 459	642 962	32 724	20 137	+ 325 667
1961	529 901	520 590	492 097	1 012 687	60 269	14 704	324 300	303 261	627 561	32 108	20 342	+ 385 126
1962	530 640	523 801	494 751	1 018 552	56 648	14 361	335 082	309 737	644 819	29 807	19 353	+ 373 733
1963	507 644	541 812	512 311	1 054 123	55 120	13 991	347 717	325 352	673 069	28 473	18 793	+ 381 054
1964	506 182	547 979	517 458	1 065 437	53 131	13 590	333 879	310 249	644 128	26 948	18 090	+ 421 309
1965	492 128	536 930	507 398	1 044 328	48 977	12 901	347 968	329 660	677 628	24 947	17 342	+ 366 700
1966	484 562	539 492	510 853	1 050 345	47 854	12 174	351 301	335 020	686 321	24 803	17 121	+ 364 024
1967	483 101	523 634	495 825	1 019 459	46 964	11 422	350 517	336 832	687 349	23 303	16 317	+ 332 110
1968	444 150	498 202	471 623	969 825	46 209	10 702	371 391	362 657	734 048	22 110	15 205	+ 235 777
1969	446 586	464 430	439 026	903 456	45 498	9 693	377 260	367 100	744 360	21 162	14 552	+ 159 096
1970	444 510	416 321	394 487	810 808	44 280	8 351	369 975	364 868	734 843	19 165	13 301	+ 75 965
1971	432 030	400 423	378 103	778 526	45 263	7 674	366 740	363 930	730 670	18 141	12 239	+ 47 856
1972	415 132	360 337	340 877	701 214	42 410	6 557	367 382	363 882	731 264	15 907	10 377	- 30 050
1973	394 603	326 181	309 452	635 633	39 843	5 686	365 703	365 325	731 028	14 569	9 060	- 95 395
1974	377 265	321 480	304 893	626 373	39 277	5 387	360 254	367 257	727 511	13 232	8 128	- 101 138
1975	386 681	309 135	291 377	600 512	36 774	4 689	371 074	378 186	749 260	11 875	6 967	- 148 748
1976	365 728	309 385	293 466	602 851	38 251	4 444	361 325	371 815	733 140	10 506	5 936	- 130 289
1977	358 487	299 735	282 609	582 344	37 649	3 794	347 948	356 974	704 922	9 022	4 916	- 122 578
1978	328 215	296 348	280 120	576 468	40 141	3 650	355 488	367 730	723 218	8 482	4 314	- 146 750
1979	344 823	298 175	283 809	581 984	41 504	3 325	346 826	364 906	711 732	7 855	4 026	- 129 748
1980	362 408	318 480	302 177	620 657	46 923	3 308	348 015	366 102	714 117	7 821	3 904	- 93 460
1981	359 658	320 633	303 924	624 557	49 363	3 204	349 080	373 112	722 192	7 257	3 401	- 97 635
1982	361 966	319 293	301 880	621 173	52 750	2 996	344 275	371 682	715 857	6 782	3 000	- 94 684
1983	369 963	305 255	288 922	594 177	52 442	2 790	343 800	374 537	718 337	6 099	2 748	- 124 160
1984	364 140	300 120	284 037	584 157	52 998	2 567	332 990	363 128	696 118	5 633	2 474	- 111 961
1985	364 661	300 053	286 102	586 155	55 070	2 414	334 382	369 914	704 296	5 244	2 217	- 118 141
1985 nach Ländern												
Schleswig-Holstein	15 042	11 769	11 330	23 099	2 865	96	14 893	16 437	31 330	192	82	- 8 231
Hamburg	8 768	6 485	6 226	12 711	2 253	64	10 342	11 924	22 266	121	48	- 9 555
Niedersachsen	40 778	34 109	33 120	67 229	6 822	269	40 615	43 817	84 432	605	251	- 17 203
Bremen	3 804	2 746	2 548	5 294	985	21	4 104	4 441	8 545	47	14	- 3 251
Nordrhein-Westfalen	101 321	81 989	77 724	159 713	13 569	682	91 835	99 326	191 161	1 635	695	- 31 448
Hessen	31 823	25 655	24 027	49 682	4 065	208	30 367	32 993	63 360	463	201	- 13 678
Rheinland-Pfalz	22 971	17 839	17 060	34 899	2 682	148	20 464	22 123	42 587	348	131	- 7 688
Baden-Württemberg	54 901	48 345	46 097	94 442	7 432	344	44 778	48 517	93 295	679	289	+ 1 147
Bayern	66 012	56 958	54 407	111 365	9 935	468	57 723	64 218	121 941	865	390	- 10 576
Saarland	6 964	5 080	4 720	9 800	841	55	6 134	6 631	12 765	99	36	- 2 965
Berlin (West)	12 277	9 078	8 843	17 921	3 621	59	13 127	19 487	32 614	190	80	- 14 693

1) Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort, Eheschließungen nach dem Registrierort - 2) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Wanderungen 1985 nach Ländern des Bundesgebietes

Land	Personenkreis	Wanderungen												
		nach einer anderen Gemeinde innerhalb der Länder	über die Grenzen der Länder											
			Zuzüge			Fortzüge			Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)					
			insgesamt	über die Grenzen des Bundesgebietes	aus einem anderen Land	insgesamt	über die Grenzen des Bundesgebietes	nach einem anderen Land	insgesamt	aus den Wanderungen				
über die Grenzen des Bundesgebietes	zwischen den Ländern													
Schleswig-Holstein ..	Deutsche	.	52 363	2 884	49 479	45 278	2 290	42 988	+	7 085	+	594	+	6 491
	Ausländer	.	13 174	10 381	2 793	11 673	8 994	2 679	+	1 501	+	1 387	+	141
	Insgesamt	120 689	65 537	13 265	52 272	56 951	11 284	45 667	+	8 586	+	1 981	+	6 605
Hamburg	Deutsche	.	35 912	3 362	32 550	40 207	1 888	38 319	-	4 295	+	1 474	-	5 769
	Ausländer	.	20 872	17 380	3 492	19 585	15 480	4 105	+	1 287	+	1 900	-	613
	Insgesamt	.	56 784	20 742	36 042	59 792	17 368	42 424	-	3 008	+	3 374	-	6 382
Niedersachsen	Deutsche	.	84 111	8 182	75 929	89 629	5 049	84 580	-	5 518	+	3 133	-	8 651
	Ausländer	.	31 648	26 368	5 280	28 313	21 290	7 023	+	3 335	+	5 078	-	1 743
	Insgesamt	228 001	115 759	34 550	81 209	117 942	26 339	91 603	-	2 183	+	8 211	-	10 394
Bremen	Deutsche	.	15 885	1 365	14 520	19 571	1 001	18 570	-	3 886	+	364	-	4 050
	Ausländer	.	7 815	6 481	1 134	6 395	5 076	1 319	+	1 220	+	1 405	-	180
	Insgesamt	602 ¹⁾	23 500	7 846	15 654	25 966	6 077	19 889	-	2 466	+	1 769	-	4 235
Nordrhein-Westfalen ..	Deutsche	.	120 030	27 931	92 099	126 078	14 159	111 919	-	6 048	+	13 772	-	19 820
	Ausländer	.	100 713	90 035	10 678	93 041	81 081	11 960	+	7 672	+	8 954	-	1 282
	Insgesamt	489 730	220 743	117 966	102 777	219 119	95 240	123 879	+	1 624	+	22 726	-	21 102
Hessen	Deutsche	.	65 861	10 629	55 232	63 915	5 810	58 105	+	1 946	+	4 819	-	2 873
	Ausländer	.	47 933	39 492	8 441	41 973	34 161	7 812	+	5 960	+	5 331	+	629
	Insgesamt	163 496	113 794	50 121	63 673	105 888	39 971	65 917	+	7 906	+	10 150	-	2 244
Rheinland-Pfalz	Deutsche	.	53 462	6 157	47 305	57 847	4 466	53 381	-	4 385	+	1 691	-	6 076
	Ausländer	.	22 342	17 790	4 552	19 205	13 692	5 513	+	3 137	+	4 098	-	961
	Insgesamt	125 487	75 804	23 947	51 857	77 052	18 158	58 894	-	1 248	+	5 789	-	7 037
Baden-Württemberg ..	Deutsche	.	108 617	22 592	86 025	79 783	11 960	67 823	+	28 834	+	10 632	+	18 202
	Ausländer	.	82 265	70 653	11 612	81 959	72 594	9 365	+	306	-	1 941	+	2 247
	Insgesamt	378 760	190 882	93 245	97 637	161 742	84 554	77 188	+	29 140	+	8 691	+	20 449
Bayern	Deutsche	.	97 200	20 685	76 515	71 977	10 953	61 024	+	25 223	+	9 732	+	15 491
	Ausländer	.	78 674	64 812	13 862	77 145	68 814	8 331	+	1 529	-	4 002	+	5 531
	Insgesamt	396 042	175 874	85 497	90 377	149 122	79 767	69 355	+	26 752	+	5 730	+	21 022
Saarland	Deutsche	.	9 572	1 168	8 404	12 431	840	11 591	-	2 859	+	328	-	3 187
	Ausländer	.	5 218	4 466	752	4 295	2 420	1 875	+	923	+	2 046	-	1 123
	Insgesamt	29 617	14 790	5 634	9 156	16 726	3 260	13 466	-	1 936	+	2 374	-	4 310
Berlin (West)	Deutsche	.	42 304	7 202	35 102	21 693	2 582	19 111	+	20 611	+	4 620	+	15 991
	Ausländer	.	56 372	52 093	4 279	50 791	44 117	6 674	+	5 581	+	7 976	-	2 395
	Insgesamt	.	98 676	59 295	39 381	72 484	46 699	25 785	+	26 192	+	12 596	+	13 596
Bundesgebiet ...	Deutsche	.	685 317	112 157	573 160	628 409	60 998	567 411	+	56 908	+	51 159	+	5 749 ²⁾
	Ausländer	.	466 826	399 951	66 875	434 375	367 719	66 656	+	32 451	+	32 232	+	219
	Insgesamt	1 932 424	1 152 143	512 108	640 035	1 062 784	428 717	634 067	+	89 359	+	83 391	+	5 968

1) Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven - 2) Der Saldo der Wanderungen zwischen den Bundesländern ist nicht ausgeglichen, da sich mit dem Inkrafttreten neuer Landesmeldegesetze die definitorische Grundlage für die Erfassung der Wanderungsbewegungen geändert hat.

Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes

Personenkreis	1984					1985					1985 gegenüber 1984		
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	Jahr	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	Jahr			
	1 000												%
Zuzüge													
Personen insgesamt	103,3	108,2	136,6	109,0	457,1	104,0	118,0	163,9	126,2	512,1	+	55,0	+ 12,0
Deutsche	35,1	34,0	30,3	24,4	123,8	22,2	24,8	35,3	29,8	112,2	-	11,6	- 9,4
dar.: aus der DDR und Berlin (Ost)	16,6	15,0	4,8	5,1	41,6	4,8	5,8	7,4	9,7	27,7	-	13,9	- 33,4
Ausländer	68,2	74,2	106,4	84,5	333,3	81,8	93,2	128,7	96,4	400,0	+	66,7	+ 20,0
Erwerbstätige	25,8	24,5	28,3	22,7	101,3	28,5	29,8	32,5	23,8	114,5	+	13,3	+ 13,2
Nichterwerbstätige	42,4	49,8	78,0	61,8	232,0	53,3	63,3	96,2	72,6	285,4	+	53,4	+ 23,0
Fortzüge													
Personen insgesamt	123,5	146,8	221,1	116,9	608,2	94,7	89,5	136,3	108,1	428,7	-	179,5	- 29,5
Deutsche	13,9	14,6	18,8	14,6	61,9	13,4	14,1	18,8	14,7	61,0	-	0,8	- 1,3
dar.: aus der DDR und Berlin (Ost)	0,2	0,4	0,5	0,5	1,5	0,3	0,5	0,7	0,5	1,9	+	0,4	+ 26,7
Ausländer	109,6	132,2	202,3	102,4	546,5	81,4	75,4	117,5	93,4	367,7	-	178,7	- 32,3
Erwerbstätige ¹⁾	36,1	43,7	56,4	28,0	164,2	25,9	25,1	32,1	25,5	108,5	-	55,7	- 33,9
Nichterwerbstätige ¹⁾	73,5	88,5	145,9	74,4	382,2	55,5	50,3	85,4	67,9	259,2	-	123,0	- 32,2
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)													
Personen insgesamt	- 20,2	- 38,5	- 84,4	- 8,0	- 151,1	+ 9,2	+ 28,5	+ 27,6	+ 18,1	+ 83,4			X
Deutsche	+ 21,2	+ 19,4	+ 11,5	+ 9,9	+ 62,0	+ 8,9	+ 10,7	+ 16,5	+ 15,1	+ 51,2			X
dar.: aus der DDR und Berlin (Ost)	+ 16,5	+ 14,7	+ 4,3	+ 4,6	+ 40,1	+ 4,5	+ 5,3	+ 6,8	+ 9,2	+ 25,8			X
Ausländer	- 41,4	- 58,0	- 95,9	- 17,9	- 213,2	+ 0,4	+ 17,7	+ 11,1	+ 3,0	+ 32,2			X
Erwerbstätige ¹⁾	- 10,3	- 19,2	- 28,0	- 5,3	- 62,9	+ 2,6	+ 4,7	+ 0,4	- 1,8	+ 6,0			X
Nichterwerbstätige ¹⁾	- 31,1	- 38,7	- 67,7	- 12,6	- 150,2	- 2,2	+ 13,0	+ 10,7	+ 4,7	+ 26,2			X

Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Beteiligung am Erwerbsleben

1 000

Jahr ²⁾	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Erwerbspersonen ¹⁾	Nicht-erwerbspersonen ¹⁾
Zuzüge					
1968	589,6	389,1	200,5	441,9	147,7
1969	909,6	620,7	288,9	714,1	195,5
1970	976,2	668,3	307,9	741,1	235,1
1971	870,7	578,6	292,1	596,7	274,1
1972	787,2	497,3	289,8	492,9	294,3
1973	869,1	554,7	314,4	544,2	324,9
1974	538,6	299,4	239,2	217,3	321,3
1975	366,1	197,4	168,7	137,9	228,2
1976	387,3	214,4	172,9	152,9	234,4
1977	422,8	238,0	184,8	172,6	250,2
1978	456,1	268,4	189,7	191,6	264,5
1979	545,2	337,6	207,5	238,5	306,7
1980	631,4	403,1	228,3	298,5	333,0
1981	501,1	300,9	200,2	233,8	267,3
1982	321,7	185,0	136,7	147,5	174,2
1983	273,3	153,3	119,9	114,2	159,1
1984	331,1	184,2	147,0	99,7	231,4
1985	398,2	227,6	170,6	93,3	304,9
Fortzüge					
1968	332,6	228,7	103,9	242,6	90,0
1969	368,7	258,9	109,7	272,6	96,0
1970	434,7	310,3	124,4	326,4	108,3
1971	500,3	359,2	141,1	367,9	132,4
1972	514,4	358,8	155,7	353,7	160,7
1973	526,8	367,6	169,2	338,8	188,0
1974	580,4	385,4	195,0	357,4	223,0
1975	600,1	375,9	224,2	332,1	268,0
1976	515,4	309,1	206,3	250,5	265,0
1977	452,1	266,6	185,5	198,7	253,4
1978	405,8	241,6	164,1	170,0	235,7
1979	366,0	221,0	145,0	155,6	210,5
1980	385,8	243,4	142,4	181,4	204,4
1981	415,5	264,1	151,4	176,6	239,0
1982	433,3	274,5	158,8	195,8	237,4
1983	424,9	256,8	168,3	152,4	272,5
1984	545,1	314,1	230,9	160,9	384,1
1985	366,7	213,1	153,6	90,8	275,9
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)					
1968	+ 256,9	+ 160,4	+ 96,6	+ 199,2	+ 57,7
1969	+ 540,9	+ 361,7	+ 179,2	+ 441,5	+ 99,4
1970	+ 541,6	+ 358,0	+ 183,6	+ 414,7	+ 126,8
1971	+ 370,5	+ 219,4	+ 151,0	+ 228,8	+ 141,7
1972	+ 272,7	+ 138,6	+ 134,2	+ 139,1	+ 133,6
1973	+ 342,3	+ 197,1	+ 145,2	+ 205,4	+ 136,9
1974	- 41,8	- 86,0	+ 44,2	- 140,1	+ 98,2
1975	- 234,0	- 178,5	- 55,5	- 194,3	- 39,8
1976	- 128,1	- 94,7	- 33,4	- 97,6	- 30,5
1977	- 29,2	- 28,6	- 0,7	- 26,0	- 3,2
1978	+ 50,4	+ 24,8	+ 25,6	+ 21,6	+ 28,7
1979	+ 179,2	+ 116,6	+ 62,6	+ 82,9	+ 96,3
1980	+ 245,8	+ 159,7	+ 85,9	+ 117,0	+ 128,5
1981	+ 85,6	+ 36,9	+ 48,8	+ 57,3	+ 28,3
1982	- 111,6	- 89,5	- 22,1	- 48,4	- 63,2
1983	- 151,7	- 103,3	- 48,4	- 38,2	- 113,5
1984	- 213,9	- 130,0	- 84,0	- 61,2	- 152,7
1985	+ 31,5	+ 14,5	+ 17,0	+ 2,5	+ 29,0

¹⁾ Ab 1984 Erwerbstätige/Nichterwerbstätige. — ²⁾ Ab 1975 einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches.

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie- wirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen- wertstoff- industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas- gewerbe	Eisen- und NE-Metall- erzeugung, Gießerei und Stahl- verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug- bau ³⁾	Elektro- technik ⁴⁾ Fein- mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin- strumenten, Sport- geräten, Spiel- und Schmuck- waren

Insgesamt

1981 JD	20 846,7	219,6	487,0	8 485,2	611,5	339,0	358,6	718,9	2 515,8	1 670,4
1982 JD	20 470,4	218,1	482,6	8 198,4	606,3	332,4	338,6	674,9	2 471,9	1 609,0
1983 JD	20 172,8	218,6	483,0	7 960,4	594,9	326,9	327,6	653,5	2 414,2	1 549,4
1984 JD	20 179,1	222,9	479,6	7 869,2	594,3	332,3	321,3	636,3	2 361,0	1 551,3
1985 JD	20 412,3	223,2	476,6	8 004,2	604,4	342,5	311,1	640,3	2 429,9	1 622,9
1984 30. Sept.	20 531,2	235,9	482,8	7 994,2	598,9	335,4	328,6	639,3	2 412,0	1 578,0
31. Dez.	20 231,9	212,4	478,4	7 912,6	597,7	334,0	302,8	631,8	2 399,7	1 581,1
1985 31. März	20 111,8	216,0	475,1	7 919,8	600,3	339,0	305,8	633,0	2 396,5	1 598,8
30. Juni	20 378,4	231,1	472,9	7 961,4	602,5	343,0	319,1	637,5	2 410,3	1 615,4
30. Sept.	20 806,6	236,3	481,9	8 147,6	611,8	348,0	320,8	651,5	2 478,0	1 657,9
31. Dez.	20 472,6	206,6	474,8	8 063,8	608,8	346,1	294,5	647,0	2 470,1	1 657,6
Männlich	12 268,0	147,1	427,5	5 819,5	451,0	237,5	230,8	559,2	2 099,3	1 068,9
Weiblich	8 204,6	59,5	47,3	2 244,3	157,8	108,6	63,7	87,8	370,7	588,7

darunter ausländische Arbeitnehmer

1981 JD	1 912,0	17,3	35,5	1 096,8	54,7	63,4	47,9	129,2	310,5	240,3
1982 JD	1 787,3	16,1	35,3	1 008,1	52,2	60,2	42,3	117,5	293,8	217,5
1983 JD	1 694,4	14,9	35,4	931,8	49,7	57,2	38,8	108,4	274,4	197,6
1984 JD	1 608,5	14,5	34,3	865,0	47,6	55,1	35,7	99,0	247,9	186,7
1985 JD	1 567,5	13,9	33,3	851,0	46,2	54,7	32,5	96,3	249,5	189,5
1984 30. Sept.	1 608,1	15,4	33,7	859,6	46,9	53,9	35,5	96,4	250,3	186,9
31. Dez.	1 552,6	12,4	33,1	842,3	46,2	53,0	31,8	95,0	246,8	185,9
1985 31. März	1 555,3	13,6	33,0	848,4	46,2	54,6	32,2	95,5	247,8	188,6
30. Juni	1 583,9	15,4	33,0	854,7	46,3	55,2	33,6	96,5	250,3	190,1
30. Sept.	1 586,6	14,7	34,0	858,0	46,4	55,2	33,2	97,5	252,0	191,5
31. Dez.	1 536,0	11,1	33,2	843,4	45,7	54,4	30,2	96,4	249,3	190,1
Männlich	1 062,8	9,2	32,5	614,7	35,5	38,8	25,7	86,7	219,6	103,8
Weiblich	473,2	2,0	0,7	228,7	10,3	15,6	4,4	9,8	29,6	86,2
Ausländerquote ⁶⁾	7,5	5,4	7,0	10,5	7,5	15,7	10,3	14,9	10,1	11,5

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
	Holz-, Papier- und Druck- gewerbe	Leder-, Textil- und Beklei- dungs- gewerbe	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe	zu- sammen	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe		zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post	Verkehr (ohne Eisen- bahnen und Deutsche Bundes- post)	

Insgesamt

1981 JD	841,4	697,9	731,7	1 661,1	1 199,8	461,3	2 910,0	1 011,4	163,7	229,1	618,5	771,6
1982 JD	801,6	643,0	720,6	1 569,1	1 117,1	452,0	2 850,3	993,0	158,5	223,8	610,6	782,0
1983 JD	776,6	604,5	712,8	1 542,3	1 091,2	451,1	2 788,5	969,7	149,3	219,4	601,0	791,7
1984 JD	772,1	592,5	708,1	1 529,5	1 072,9	456,6	2 781,4	961,0	140,4	212,1	608,5	800,8
1985 JD	763,7	582,4	707,0	1 441,1	992,8	448,3	2 785,1	973,4	135,3	212,0	626,1	813,4
1984 30. Sept.	782,7	594,4	724,8	1 596,8	1 111,5	485,3	2 813,1	973,8	140,3	213,7	619,7	812,0
31. Dez.	769,0	586,9	709,6	1 483,8	1 032,9	450,9	2 797,5	956,9	138,4	208,6	609,9	810,6
1985 31. März	760,9	584,6	701,0	1 348,4	920,0	428,4	2 776,2	938,1	135,6	187,0 ⁵⁾	615,5	808,9
30. Juni	759,4	576,8	697,4	1 461,6	1 012,8	448,8	2 757,8	995,3	133,0	233,4	628,9	804,5
30. Sept.	771,4	585,7	722,6	1 516,6	1 041,9	474,8	2 812,7	996,3	135,8	220,3	640,2	823,3
31. Dez.	757,4	578,3	704,1	1 392,1	960,4	431,7	2 789,6	970,5	134,8	206,2	629,5	823,4
Männlich	564,9	204,8	403,1	1 262,5	892,5	370,0	1 269,1	716,5	122,2	102,0	492,3	405,3
Weiblich	192,5	373,5	301,0	129,6	67,9	61,7	1 520,6	254,0	12,6	104,3	137,2	418,0

darunter ausländische Arbeitnehmer

1981 JD	84,5	102,1	64,1	197,7	172,5	25,1	122,7	72,5	17,3	8,8	46,5	13,2
1982 JD	74,9	90,7	59,0	174,4	150,6	23,8	116,6	69,1	16,6	8,3	44,3	12,7
1983 JD	68,7	82,1	54,9	167,2	143,9	23,3	113,0	65,2	15,0	7,9	42,3	12,8
1984 JD	64,5	77,1	51,3	159,3	136,3	23,0	110,5	62,5	13,2	7,5	41,7	12,6
1985 JD	60,4	72,8	49,1	142,0	120,0	21,9	107,5	60,8	12,4	6,7	41,7	12,4
1984 30. Sept.	63,2	74,8	51,7	161,9	137,6	24,3	110,6	62,4	12,9	7,4	42,2	12,6
31. Dez.	61,4	73,0	49,2	146,2	124,0	22,2	107,7	60,7	12,7	7,3	40,8	12,4
1985 31. März	61,1	73,6	48,7	134,0	113,0	20,9	107,4	60,2	12,5	6,6 ⁵⁾	41,2	12,4
30. Juni	60,6	73,0	49,2	145,6	123,2	22,4	107,9	62,7	12,3	8,2	42,3	12,4
30. Sept.	59,9	72,4	50,0	148,1	125,0	23,1	108,1	60,6	12,3	5,9	42,3	12,4
31. Dez.	58,7	71,1	47,5	134,1	113,7	20,4	105,7	58,7	12,2	5,3	41,2	12,4
Männlich	44,9	33,7	26,0	131,7	112,3	19,5	64,5	50,0	11,5	3,8	34,8	5,2
Weiblich	13,8	37,4	21,5	2,4	1,4	1,0	41,2	8,7	0,7	1,6	6,4	7,1
Ausländerquote ⁶⁾	7,8	12,3	6,7	9,6	11,8	4,7	3,8	6,0	9,1	2,6	6,5	1,5

Fußnoten siehe folgende Seite.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

1 000

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					

Insgesamt

1981 JD	3 586,8	308,8	798,6	1 028,4	362,6	1 349,3	1 187,7	161,7	2,1
1982 JD	3 652,8	316,0	801,5	1 059,2	373,4	1 348,0	1 184,3	163,7	2,8
1983 JD	3 676,2	313,3	797,9	1 072,4	384,8	1 353,8	1 187,4	166,4	3,7
1984 JD	3 761,8	315,1	807,0	1 102,3	403,4	1 367,0	1 199,1	167,9	2,6
1985 JD	3 877,5	322,1	825,8	1 137,7	425,3	1 386,5	1 214,9	171,7	5,9
1984 30. Sept.	3 830,6	324,2	809,7	1 113,1	409,8	1 380,4	1 211,6	168,8	1,8
31. Dez.	3 795,2	319,5	812,5	1 122,6	412,9	1 367,3	1 198,4	168,9	4,3
1985 31. März	3 830,0	317,9	822,7	1 130,8	422,2	1 370,3	1 199,9	170,4	6,9
30. Juni	3 874,7	316,9	824,0	1 135,0	424,6	1 386,3	1 216,6	169,8	8,2
30. Sept.	3 949,2	331,8	830,3	1 145,8	430,8	1 406,9	1 232,1	174,8	5,1
31. Dez.	3 917,1	324,4	840,1	1 155,9	434,1	1 397,9	1 223,4	174,5	2,6
Männlich	1 328,9	64,4	331,6	217,7	147,6	742,4	675,4	67,0	1,6
Weiblich	2 588,2	260,0	508,5	938,2	286,5	655,6	548,1	107,5	1,0

darunter ausländische Arbeitnehmer

1981 JD	295,8	36,3	42,8	70,0	13,4	46,8	44,7	2,0	0,3
1982 JD	295,0	39,8	42,4	68,5	13,5	46,1	44,2	1,9	0,3
1983 JD	292,0	40,0	42,3	66,9	14,5	47,1	45,2	1,9	0,4
1984 JD	287,2	39,4	41,8	64,9	15,5	46,9	45,1	1,8	0,3
1985 JD	283,8	39,1	41,6	63,2	16,1	46,2	44,4	1,8	0,7
1984 30. Sept.	289,0	39,9	41,7	64,1	15,8	46,8	45,0	1,8	0,2
31. Dez.	275,8	38,6	41,3	63,8	15,7	45,9	44,1	1,8	0,4
1985 31. März	283,5	39,1	41,8	63,7	16,1	45,9	44,2	1,8	0,8
30. Juni	288,5	39,2	41,7	63,3	16,2	46,7	44,9	1,8	0,9
30. Sept.	287,5	39,6	41,5	62,9	16,2	46,4	44,6	1,8	0,6
31. Dez.	275,6	38,3	41,5	62,5	16,1	45,6	43,8	1,8	0,2
Männlich	120,3	10,3	20,9	13,6	6,8	27,9	27,3	0,6	0,1
Weiblich	155,3	28,0	20,6	48,8	9,3	17,8	16,6	1,2	0,1
Ausländerquote ⁶⁾	7,0	11,8	4,9	5,4	3,7	3,3	3,6	1,0	7,7

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. - 2) Systematik der Wirtschaftszweige - Fassung für die Berufszählung 1970. - 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. - 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. - 5) Aus meldetechnischen Gründen Untererfassung. - 6) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Zum Aufsatz: „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“

Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Monatsdurchschnitte

Jahr Monat	Erwerbstätige insgesamt	Veränderung gegenüber				Saison- bereinigt 1)	
		Vorjahresmonat		Vormonat			
		1 000	%	1 000	%		
1981	Januar	26 183	-	-	-	-	26 335
	Februar	26 036	-	-	- 147	- 0,6	26 324
	März	26 045	-	-	+ 9	+ 0,0	26 286
	April	26 124	-	-	+ 79	+ 0,3	26 246
	Mai	26 146	-	-	+ 22	+ 0,1	26 206
	Juni	26 162	-	-	+ 16	+ 0,1	26 165
	Juli	26 189	-	-	+ 27	+ 0,1	26 145
	August	26 231	-	-	+ 42	+ 0,2	26 092
	September	26 306	-	-	+ 75	+ 0,3	26 042
	Oktober	26 262	-	-	- 44	- 0,2	26 022
	November	26 105	-	-	- 157	- 0,6	25 977
	Dezember	25 939	-	-	- 166	- 0,6	25 942
1982	Januar	25 740	- 443	- 1,7	- 199	- 0,8	25 875
	Februar	25 595	- 441	- 1,7	- 145	- 0,6	25 866
	März	25 624	- 421	- 1,6	+ 29	+ 0,1	25 853
	April	25 714	- 410	- 1,6	+ 90	+ 0,4	25 829
	Mai	25 731	- 415	- 1,6	+ 17	+ 0,1	25 786
	Juni	25 748	- 414	- 1,6	+ 17	+ 0,1	25 751
	Juli	25 745	- 444	- 1,7	- 3	- 0,0	25 704
	August	25 802	- 429	- 1,6	+ 57	+ 0,2	25 666
	September	25 895	- 411	- 1,6	+ 93	+ 0,4	25 635
	Oktober	25 792	- 470	- 1,8	- 103	- 0,4	25 555
	November	25 639	- 466	- 1,8	- 153	- 0,6	25 511
	Dezember	25 483	- 456	- 1,8	- 156	- 0,6	25 485
1983	Januar	25 301	- 439	- 1,7	- 182	- 0,7	25 428
	Februar	25 117	- 478	- 1,9	- 184	- 0,7	25 378
	März	25 107	- 517	- 2,0	- 10	- 0,0	25 328
	April	25 216	- 498	- 1,9	+ 109	+ 0,4	25 324
	Mai	25 268	- 463	- 1,8	+ 52	+ 0,2	25 313
	Juni	25 317	- 431	- 1,7	+ 49	+ 0,2	25 311
	Juli	25 348	- 397	- 1,5	+ 31	+ 0,1	25 322
	August	25 430	- 372	- 1,4	+ 82	+ 0,3	25 307
	September	25 560	- 335	- 1,3	+ 130	+ 0,5	25 311
	Oktober	25 541	- 251	- 1,0	- 19	- 0,1	25 309
	November	25 441	- 198	- 0,8	- 100	- 0,4	25 313
	Dezember	25 326	- 157	- 0,6	- 115	- 0,5	25 328
1984 ²⁾	Januar	25 168	- 133	- 0,5	- 158	- 0,6	25 290
	Februar	25 045	- 72	- 0,3	- 123	- 0,5	25 303
	März	25 087	- 20	- 0,1	+ 42	+ 0,2	25 311
	April	25 210	- 6	- 0,0	+ 123	+ 0,5	25 321
	Mai	25 278	+ 10	+ 0,0	+ 68	+ 0,3	25 324
	Juni	25 322	+ 5	+ 0,0	+ 44	+ 0,2	25 318
	Juli	25 377	+ 29	+ 0,1	+ 55	+ 0,2	25 354
	August	25 493	+ 63	+ 0,2	+ 116	+ 0,5	25 368
	September	25 636	+ 76	+ 0,3	+ 143	+ 0,6	25 380
	Oktober	25 646	+ 105	+ 0,4	+ 10	+ 0,0	25 404
	November	25 569	+ 128	+ 0,5	- 77	- 0,3	25 427
	Dezember	25 453	+ 127	+ 0,5	- 116	- 0,5	25 441
1985 ²⁾	Januar	25 318	+ 150	+ 0,6	- 135	- 0,5	25 449
	Februar	25 189	+ 144	+ 0,6	- 129	- 0,5	25 456
	März	25 225	+ 138	+ 0,6	+ 36	+ 0,1	25 460
	April	25 350	+ 140	+ 0,6	+ 125	+ 0,5	25 470
	Mai	25 432	+ 154	+ 0,6	+ 82	+ 0,3	25 483
	Juni	25 496	+ 174	+ 0,7	+ 64	+ 0,3	25 496
	Juli	25 576	+ 199	+ 0,8	+ 80	+ 0,3	25 555
	August	25 710	+ 217	+ 0,9	+ 134	+ 0,5	25 585
	September	25 865	+ 229	+ 0,9	+ 155	+ 0,6	25 606
	Oktober	25 876	+ 230	+ 0,9	+ 11	+ 0,0	25 631
	November	25 797	+ 228	+ 0,9	- 79	- 0,3	25 650
	Dezember	25 670	+ 217	+ 0,9	- 127	- 0,5	25 656
1986 ²⁾	Januar	25 552	+ 234	+ 0,9	- 118	- 0,5	25 686
	Februar	25 437	+ 248	+ 1,0	- 115	- 0,5	25 709
	März	25 469	+ 244	+ 1,0	+ 32	+ 0,1	25 714
	April	25 601	+ 251	+ 1,0	+ 132	+ 0,5	25 733
	Mai	25 701	+ 269	+ 1,1	+ 100	+ 0,4	25 764
	Juni	25 780	+ 264	+ 1,1	+ 79	+ 0,3	25 795

1) Nach dem Census - X - 11 - Verfahren. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Schweinebestand im April

1 000

Jahr Land	Insgesamt	Ferkel	Jung- schweine unter 50 kg Lebend- gewicht	Mastschweine (einschl. ausgemerzte Zuchttiere)				Zuchtschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht				
				zusammen	davon mit einem Lebendgewicht von ... bis unter ... kg			Zuchtsauen				Eber
					50 - 80	80 - 110	110 und mehr	trächtig		nicht trächtig		
								Jung- sauen	andere Sauen	Jung- sauen	andere Sauen	
1981	23 273,5	7 035,3	5 670,5	7 768,2	4 928,3	2 672,0	167,9	393,8	1 333,1	243,8	715,7	113,1
1982	22 814,1	6 768,5	5 610,8	7 714,7	4 831,3	2 736,1	147,3	379,5	1 301,3	239,3	690,0	110,0
1983	23 744,0	7 190,2	5 742,6	7 967,0	5 002,0	2 804,8	160,2	407,9	1 340,8	261,4	721,0	113,2
1984	23 683,7	7 188,4	5 706,9	7 951,5	5 027,4	2 798,1	126,0	385,0	1 335,7	264,9	736,5	114,9
1985	23 965,3	7 512,0	5 558,2	7 965,7	4 997,1	2 825,5	143,1	398,3	1 382,1	284,5	749,1	115,4
1986	24 905,5	7 668,3	5 794,9	8 410,6	5 247,6	3 011,5	151,6	424,2	1 438,8	295,8	755,2	117,7

nach Ländern (1986)

Schleswig-Holstein	1 778,5	576,9	403,8	593,6	361,5	230,3	1,7	26,3	103,1	19,7	44,8	10,4
Hamburg	7,8	3,4	1,2	1,9	1,1	0,7	0,1	0,2	0,8	0,1	0,3	0,1
Niedersachsen	7 568,2	2 208,1	1 845,0	2 603,3	1 702,1	882,9	18,3	122,4	434,5	78,0	241,7	35,3
Bremen	7,8	3,4	1,2	2,1	1,4	0,8	0,0	0,2	0,5	0,1	0,2	0,1
Nordrhein-Westfalen	6 550,7	1 831,8	1 593,2	2 359,8	1 495,4	837,7	26,6	106,0	370,1	76,6	183,1	30,3
Hessen	1 273,1	395,8	306,3	427,2	253,6	159,1	14,5	23,7	67,8	13,7	31,5	7,0
Rheinland-Pfalz	684,6	230,9	142,7	226,6	139,2	82,1	5,2	12,7	37,8	9,8	20,1	4,0
Baden-Württemberg	2 439,0	951,9	478,1	657,7	390,3	241,8	25,6	49,9	155,8	39,8	91,8	14,0
Bayern	4 545,4	1 451,6	1 011,6	1 520,5	890,2	571,4	58,9	81,8	265,7	57,4	140,4	16,3
Saarland	47,3	14,2	11,2	16,3	12,1	4,0	0,3	0,9	2,6	0,6	1,2	0,2
Berlin (West) 1)	2,9	0,3	0,7	1,6	0,8	0,6	0,3	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Ergebnis: Dezember 1984.

Rinder- und Schafbestand im Juni

1 000

Jahr Land	Rinder									Schafe	
	insgesamt	Kälber bis unter 1/2 Jahr oder unter 220 kg Lebend- gewicht	1/2 bis unter 2 Jahre alte Tiere		2 Jahre und ältere Tiere					insgesamt	zur Zucht benutzte weibliche Schafe 1)
			männlich	weiblich	männlich	weiblich					
						Färsen	Milch- kühe	Ammen- und Mutter- kühe	alle übrigen Kühe		
1981	15 405,9	2 725,3	2 669,1	3 468,7	200,3	793,8	5 395,0	78,7	75,0	1 512,4	820,3
1982	15 371,6	2 652,8	2 637,8	3 529,0	198,2	801,6	5 419,2	78,4	54,5	1 458,8	783,2
1983	16 714,4	2 723,9	2 651,1	3 557,8	203,9	849,2	5 595,5	75,4	57,5	1 518,6	814,4
1984	16 041,5	2 815,2	2 760,3	3 594,6	193,9	841,7	5 684,3	83,4	68,1	1 609,0	877,5
1985	15 959,0	2 744,5	2 955,6	3 652,9	207,0	804,3	5 445,0	86,3	63,3	1 751,6	942,4
1986	15 806,3	2 647,3	2 883,6	3 615,0	211,5	863,4	5 419,0	86,7	79,8	1 779,0	960,2

nach Ländern (1986)

Schleswig-Holstein	1 594,0	273,7	262,8	402,8	34,0	111,9	490,3	8,9	9,5	299,3	132,6
Hamburg	13,5	2,2	2,9	3,4	0,2	1,6	2,9	0,2	0,1	3,5	1,5
Niedersachsen	3 482,5	676,1	599,9	803,7	69,4	208,3	1 099,1	16,5	9,6	264,9	133,3
Bremen	23,4	5,1	4,6	4,0	2,8	1,9	4,5	0,4	0,1	1,2	0,3
Nordrhein-Westfalen	2 074,6	417,6	460,7	454,4	23,8	82,3	608,1	18,9	(8,9)	227,6	120,4
Hessen	882,2	138,0	178,4	215,5	7,8	44,4	281,0	12,7	4,5	158,2	94,1
Rheinland-Pfalz	639,1	95,9	102,0	159,0	7,1	40,4	220,8	9,9	3,9	138,5	78,6
Baden-Württemberg	1 815,3	279,7	351,2	391,5	23,6	76,2	663,8	14,9	14,3	289,1	160,1
Bayern	5 210,0	748,1	906,6	1 164,7	42,1	293,3	2 024,6	2,2	28,4	379,1	229,6
Saarland	71,1	10,9	14,3	15,8	0,8	3,1	23,8	2,0	0,4	16,9	9,0
Berlin (West) 2)	0,7	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,0	0,0	0,9	0,7

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Einschl. Jährlinge. - 2) Ergebnis: Dezember 1984.

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Ver- arbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Eisen- schaffende Industrie	NE-Metall- erzeugung und -halb- zeugwerke	Maschinen-	Straßen- fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro- technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1983 D	6 927,1	203,9	165,9	238,3	74,2	956,4	776,7	52,9	873,7	548,8	241,5	193,9
1984 D	6 853,7	194,2	165,1	222,0	73,4	930,3	785,4	45,2	878,2	550,3	235,5	191,1
1985 ³⁾ D	6 943,1	212,6	156,5	216,8	76,1	950,2	808,9	44,1	922,6	557,0	231,4	188,4
1985 ⁴⁾ Mai	6 887,3	211,6	159,7	215,8	75,7	937,6	800,5	44,2	913,0	552,3	230,9	187,4
Juni	6 910,8	210,9	160,1	215,8	76,2	941,6	804,0	44,1	918,3	554,0	230,5	187,0
Juli	6 963,9	210,9	160,7	216,5	76,7	949,5	815,5	44,1	926,9	559,3	230,3	186,4
Aug.	7 006,8	216,3	161,1	217,3	76,7	958,4	815,6	44,1	933,5	563,3	230,3	187,6
Sept.	7 039,9	215,0	160,8	218,6	76,8	969,3	817,1	44,3	939,9	564,9	232,3	189,0
Okt.	7 033,3	213,4	159,3	217,4	76,7	971,1	818,6	43,9	942,3	563,5	232,2	187,9
Nov.	7 030,4	212,7	157,9	216,6	76,7	972,3	821,3	43,7	944,4	562,8	232,2	187,7
Dez.	6 985,2	211,3	152,6	214,8	76,4	969,0	818,5	43,2	940,7	560,5	230,7	186,0
1986 Jan.	6 977,4	210,4	143,4	213,5	71,8	970,2	819,1	42,6	945,0	559,3	229,2	188,2
Febr.	6 992,2	210,7	139,9	214,2	71,9	973,2	824,8	42,5	948,3	562,5	229,7	188,6
März	7 013,9	210,2	144,5	213,9	72,0	976,5	829,0	42,5	952,8	564,0	229,4	188,0
April	7 016,8	209,8	150,6	212,7	71,9	976,9	828,4	42,2	954,4	562,5	228,5	186,5
Mai	7 021,3	209,5	153,2	211,9	72,1	976,8	831,1	41,6	955,1	562,6	227,7	185,1
Juni	7 043,9	208,7	154,1	210,7	72,4	980,1	837,1	40,8	959,3	564,6	227,2	184,1
Umsatz insgesamt¹⁾												
Mill. DM												
1983 D	109 388,5	2 188,3	2 520,7	3 474,2	1 989,3	10 901,5	13 047,4	712,5	10 628,2	12 824,9	2 748,9	1 680,9
1984 D	116 538,2	2 393,0	2 544,0	3 999,6	2 191,7	11 626,0	13 544,7	686,7	11 197,6	14 143,3	2 906,0	1 787,7
1985 ³⁾ D	124 712,8	2 979,1	2 397,0	4 341,9	2 189,1	13 096,4	15 375,6	611,8	12 842,4	14 845,1	3 064,1	1 839,0
1985 ⁴⁾ Mai	126 456,4	2 873,6	2 778,0	4 463,2	2 351,5	14 753,6	15 681,3	558,1	11 886,4	15 525,9	2 937,6	1 219,5
Juni	120 873,3	2 700,4	2 685,3	4 351,2	2 148,5	12 329,4	14 995,3	508,4	12 197,6	14 805,6	2 827,6	1 201,6
Juli	125 567,8	2 788,0	3 093,3	4 311,5	2 285,3	12 665,6	15 648,8	419,2	12 277,7	15 038,8	3 039,9	1 938,1
Aug.	111 015,9	2 609,2	2 745,1	4 204,0	2 065,0	10 565,6	10 939,0	329,1	10 955,9	14 075,1	2 479,8	2 096,6
Sept.	130 727,8	2 690,8	2 987,2	4 700,2	2 208,4	13 083,2	15 646,8	813,6	14 971,2	14 618,7	3 357,5	2 505,8
Okt.	138 398,3	2 989,8	3 238,2	4 852,1	2 403,6	13 682,4	17 223,6	654,3	13 860,5	15 758,5	3 689,0	2 142,5
Nov.	128 968,5	3 064,9	2 356,9	4 229,7	2 040,3	13 117,9	17 072,5	617,3	13 581,7	14 318,3	3 256,6	1 650,9
Dez.	127 003,7	3 490,0	1 932,3	3 621,3	1 622,1	17 303,7	14 588,8	1 786,0	15 185,6	12 899,2	2 642,0	1 367,3
1986 Jan.	119 029,4	3 084,5	1 505,6	4 117,2	2 062,9	10 761,1	15 153,3	319,5	11 762,9	15 049,0	3 262,4	2 069,4
Febr.	118 008,1	2 966,7	1 231,1	4 007,6	1 923,7	11 344,3	16 254,0	291,7	12 141,7	14 209,3	3 144,3	2 201,7
März	120 872,3	2 881,2	1 768,3	4 212,5	1 834,3	12 673,6	16 301,2	205,4	12 866,1	14 164,7	3 127,6	2 195,7
April	132 279,3	2 853,4	2 695,2	4 450,2	2 085,5	13 712,1	19 421,2	471,8	13 408,0	15 256,1	3 315,6	1 797,4
Mai	114 975,8	2 527,0	2 649,0	3 888,5	1 770,3	11 573,3	15 290,7	844,1	11 699,7	13 589,6	2 713,7	1 189,9
Juni	125 025,7	2 375,6	2 925,6	4 076,2	1 933,1	13 963,4	16 775,2	617,2	13 541,4	14 207,5	2 977,4	1 351,0
darunter Auslandsumsatz²⁾												
Mill. DM												
1983 D	29 602,8	296,3	235,3	1 297,8	571,0	4 867,0	5 838,4	266,8	3 250,2	5 120,3	639,1	258,3
1984 D	33 543,7	358,8	257,8	1 567,0	655,9	5 329,7	6 575,7	347,0	3 541,2	5 960,6	727,8	299,0
1985 ³⁾ D	37 032,2	377,8	271,1	1 692,8	665,7	5 759,2	7 655,9	306,8	4 082,0	6 391,0	813,7	332,6
1985 ⁴⁾ Mai	37 004,8	396,5	287,6	1 620,7	733,9	5 507,3	7 896,5	257,9	3 949,0	6 816,2	796,6	146,0
Juni	36 360,2	380,3	277,6	1 802,9	639,8	5 424,7	7 379,5	107,7	4 135,7	6 394,1	791,4	203,3
Juli	36 856,8	389,1	283,5	1 726,4	659,3	5 780,6	7 411,9	133,8	4 096,6	6 486,2	841,4	395,3
Aug.	31 340,4	346,4	256,1	1 701,2	659,3	4 801,0	5 171,9	181,4	3 413,9	5 876,8	683,0	459,5
Sept.	38 889,7	343,3	286,4	1 868,3	624,2	5 932,7	7 525,6	423,6	5 150,2	6 126,8	888,4	510,8
Okt.	39 912,9	350,7	313,7	1 867,8	720,2	6 299,7	8 447,5	211,8	4 242,4	6 460,9	951,5	364,8
Nov.	38 413,0	315,7	280,2	1 597,9	637,8	6 042,9	8 510,8	405,2	4 262,0	5 992,2	818,6	217,4
Dez.	40 201,2	377,0	240,9	1 508,2	520,1	8 847,5	7 489,7	1 319,9	4 427,1	5 626,6	708,0	210,0
1986 Jan.	35 290,0	326,6	260,0	1 437,4	616,0	4 773,8	7 762,7	121,1	3 650,5	6 597,2	863,7	426,0
Febr.	35 846,0	332,7	252,5	1 385,5	586,9	5 110,5	8 166,0	90,3	4 009,7	6 149,4	868,2	467,0
März	36 750,8	316,8	256,0	1 475,4	568,0	5 947,0	7 914,3	68,9	4 304,5	6 153,5	862,6	455,2
April	40 278,2	342,4	300,4	1 536,8	629,5	6 305,6	9 363,4	140,8	4 290,2	6 793,2	905,3	280,6
Mai	33 706,2	345,1	276,4	1 325,0	540,1	5 198,2	7 314,9	263,0	3 611,0	5 809,7	741,1	154,8
Juni	38 040,1	279,2	309,5	1 438,7	581,1	6 287,9	7 986,9	392,6	4 378,7	6 025,3	830,3	232,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heppert, E.: „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 8/1979, S. 394 ff.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren – 3) Endgültige Ergebnisse. – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe										
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug- werke	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	Gummi- verar- beitung	
1982	103,4	102,0	95,7	87,4	90,7	96,4	94,1	109,8	85,6	115,3	107,3	
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8	
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6	
1985	127,8	125,7	96,2	109,1	121,0	113,9	111,0	139,7	90,1	148,2	126,5	
1985	Mai	126,6	128,9	113,8	109,3	129,3	116,3	116,6	143,6	94,1	149,0	118,5
	Juni	120,2	125,2	108,9	104,5	123,3	106,5	105,1	140,8	91,0	137,3	120,1
	Juli	128,2	131,3	124,5	110,1	123,0	119,5	109,5	145,8	93,3	146,9	129,5
	Aug.	112,5	115,2	110,4	96,7	106,5	99,6	104,6	126,7	84,3	121,6	112,5
	Sept.	128,2	124,3	118,6	104,7	115,3	116,4	109,4	137,1	98,9	137,8	129,1
	Okt.	141,1	138,0	122,1	115,3	130,5	129,6	122,3	148,5	105,9	159,8	155,0
	Nov.	129,8	121,0	86,8	103,3	115,1	116,1	111,9	134,4	93,9	147,4	139,7
	Dez.	122,1	110,3	71,5	99,8	102,4	97,5	93,2	124,9	76,6	129,8	107,3
1986	Jan.	131,2	128,2	59,6	117,0	138,3	124,4	111,2	146,1	85,7	164,6	127,8
	Febr.	130,3	118,7	53,4	106,1	116,8	117,0	115,2	133,3	82,3	147,8	127,4
	März	131,5	119,9	74,2	106,6	118,6	116,9	108,5	131,8	86,8	148,1	139,9
	April	139,1	131,9	107,6	112,2	128,2	130,2	120,0	143,7	101,7	174,6	141,9
	Mai	119,6	114,8	107,2	92,8	110,1	103,5	102,2	126,4	89,8	139,5	121,8
	Juni	128,2	121,8	115,7	101,9	114,3	113,1	110,1	133,1	95,8	152,6	132,9

Jahr Monat	zu- sammen	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
		Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen	
1982	105,4	97,6	106,5	101,3	120,7	122,3	116,0	101,1	99,4	99,2	112,9	
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3	
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5	
1985	133,6	120,6	102,3	128,4	161,9	167,0	149,6	126,9	122,0	118,5	185,5	
1985	Mai	131,0	120,8	123,9	127,3	154,5	158,8	147,5	121,5	121,2	161,8	
	Juni	124,1	116,8	115,0	120,3	140,4	143,3	153,7	117,3	114,5	168,3	
	Juli	135,0	127,0	132,0	132,1	161,3	166,0	133,4	123,8	130,4	119,9	162,6
	Aug.	114,6	108,4	88,9	114,1	125,4	129,8	149,7	109,9	105,0	109,2	154,1
	Sept.	130,6	119,2	109,4	121,6	153,0	158,0	207,4	126,0	111,6	119,4	184,9
	Okt.	144,3	136,7	101,2	135,1	162,5	166,7	195,5	148,5	141,0	138,8	164,1
	Nov.	138,9	125,8	120,0	128,1	173,7	179,6	86,3	131,8	134,2	124,6	213,2
	Dez.	138,5	106,7	97,5	134,3	153,0	158,2	262,0	140,3	119,5	104,9	237,6
1986	Jan.	138,0	139,6	94,5	133,2	182,6	189,2	43,1	128,3	128,4	126,2	152,5
	Febr.	140,8	133,5	89,5	132,1	189,1	196,3	50,3	134,7	133,8	121,2	182,8
	März	139,6	127,7	109,2	136,2	169,9	175,2	45,6	134,0	135,4	120,4	204,7
	April	145,9	137,2	110,2	138,2	182,5	188,3	197,8	136,5	133,5	134,1	166,1
	Mai	127,0	119,7	95,4	128,7	152,2	156,4	51,8	120,1	123,4	117,1	144,2
	Juni	138,3	128,4	97,6	135,1	181,1	187,4	32,1	128,3	123,2	128,4	169,5

Jahr Monat	zu- sammen	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										
		Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	
1982	100,2	97,3	98,2	91,1	109,7	102,4	103,2	118,8	102,5	98,0	100,0	
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4	
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0	
1985	115,0	106,0	114,4	91,3	128,4	117,5	130,8	156,7	103,4	112,6	112,1	
1985	Mai	110,9	101,7	114,0	91,8	129,2	112,9	133,0	155,7	132,5	109,5	72,7
	Juni	102,0	98,4	111,8	84,4	124,3	111,8	127,4	148,0	65,3	97,7	58,3
	Juli	105,0	105,0	112,8	80,9	132,6	118,4	134,6	159,0	46,4	94,7	69,9
	Aug.	102,6	94,4	101,9	82,4	117,7	108,9	118,1	132,8	72,7	88,1	116,4
	Sept.	127,6	105,4	109,3	94,5	128,1	118,9	135,0	160,9	121,7	126,1	188,5
	Okt.	137,3	129,3	126,4	104,2	142,4	133,5	146,9	172,6	176,4	137,9	159,1
	Nov.	118,3	106,2	118,8	98,8	128,7	124,3	133,4	189,4	111,8	123,5	91,2
	Dez.	95,7	78,4	113,3	77,5	110,9	119,8	112,1	140,2	50,1	91,5	60,0
1986	Jan.	117,3	120,9	131,0	103,1	141,4	120,5	138,7	178,3	68,8	110,5	85,3
	Febr.	119,8	109,8	113,5	97,7	130,2	114,7	133,4	167,1	83,3	115,2	144,7
	März	127,7	122,7	123,9	93,6	128,1	119,2	132,0	143,8	109,1	123,9	192,7
	April	132,0	120,5	123,0	104,2	143,7	126,9	150,9	167,4	189,2	128,4	129,4
	Mai	106,9	95,1	107,9	88,4	123,5	120,2	132,4	158,2	129,3	95,9	68,4
	Juni	110,3	101,3	114,8	96,1	136,8	122,1	145,4	161,6	59,3	98,7	61,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 1) Auftragsingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe).

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe						Bauhauptgewerbe		
	insgesamt	ohne Bauhauptgewerbe	zusammen	Elektrizitätsversorgung	Gas-	zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
								zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitions- güter produzierendes Gewerbe	Verbrauchs- güter		Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	
kalendermonatlich														
1983	95,5	96,4	101,1	103,8	90,1	96,1	90,6	96,3	93,9	98,8	91,6	99,4	89,0	
1984	98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5	
1985	102,6	104,5	110,1	114,6	92,1	104,1	90,8	104,6	98,7	112,1	94,5	103,6	83,7	
1985	Juni	99,2	99,8	91,7	98,0	66,8	100,2	80,4	101,0	98,6	107,7	88,5	97,8	93,2
	Juli	103,8	103,4	90,3	97,8	60,3	104,2	87,3	104,9	102,3	110,9	91,9	105,5	107,5
	Aug.	92,0	91,8	86,8	94,0	58,0	92,1	83,5	92,5	95,4	92,3	83,4	99,2	93,9
	Sept.	107,8	107,9	96,2	103,4	67,6	108,6	83,5	109,6	101,5	118,8	102,0	102,6	107,2
	Okt.	119,8	120,1	113,9	120,1	89,0	120,4	97,7	121,3	108,8	131,8	110,9	125,5	117,8
	Nov.	110,4	113,0	127,1	128,9	119,9	112,1	97,3	112,7	99,2	125,1	98,7	116,2	84,9
	Dez.	98,5	101,5	123,0	125,4	113,4	100,2	86,5	100,7	85,2	116,8	84,5	97,5	68,1
1986	Jan.	98,1	103,0	131,9	133,8	124,2	101,2	100,4	101,2	96,3	105,7	95,4	103,8	50,1
	Febr.	97,1	103,2	127,1	128,5	121,3	101,7	91,5	102,1	93,5	111,8	93,8	95,9	36,0
	März	101,1	105,1	122,3	125,6	109,0	104,1	91,7	104,5	97,2	114,6	95,9	93,6	61,5
	April	113,9	115,3	111,6	116,4	92,5	115,6	91,3	116,5	105,9	129,5	104,6	106,6	99,8
	Mai	98,5	99,4	91,0	97,7	64,1	99,9	79,6	100,7	96,6	109,1	86,9	96,3	89,9
	Juni	107,0	107,6	92,6	98,9	67,4	108,5	80,8	109,6	101,4	121,3	95,5	102,4	100,7
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1983	95,4	96,3	101,2	103,9	90,1	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	88,8	
1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2	
1985	103,0	105,0	110,5	115,1	92,3	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	83,7	
1985	Juni	104,8	105,1	92,6	99,7	64,5	105,8	83,5	106,7	102,8	114,0	94,9	103,3	101,8
	Juli	99,4	99,2	88,7	95,5	61,6	99,8	84,0	100,4	98,5	106,3	87,0	101,1	101,9
	Aug.	89,7	89,6	85,3	92,1	58,0	89,9	81,6	90,2	93,4	89,8	81,0	97,2	90,4
	Sept.	108,8	109,0	98,8	105,8	71,0	109,6	85,7	110,5	102,4	119,8	102,7	104,0	106,3
	Okt.	114,8	114,9	109,6	115,4	86,3	115,2	92,9	116,0	104,9	125,7	105,2	120,8	114,0
	Nov.	113,8	116,6	130,6	132,7	122,4	115,7	100,0	116,3	102,1	129,2	102,4	119,7	86,2
	Dez.	100,5	103,7	124,5	127,6	112,1	102,5	89,1	103,0	86,4	119,5	87,9	98,7	67,9
1986	Jan.	95,5	100,3	130,0	132,0	122,0	98,5	98,5	98,5	94,2	102,8	92,6	100,7	47,3
	Febr.	104,2	110,9	138,0	139,2	133,1	109,2	98,6	109,6	100,6	119,9	100,2	103,4	37,2
	März	102,7	106,5	120,2	123,7	106,1	105,6	91,8	106,1	98,3	116,1	98,4	95,4	65,2
	April	113,0	114,3	111,1	115,8	92,5	114,5	89,6	115,4	105,3	128,2	103,0	106,0	100,1
	Mai	103,9	104,5	92,1	99,6	62,1	105,3	83,2	106,1	100,2	115,8	94,2	98,5	97,1
	Juni	109,5	110,4	96,0	102,2	71,3	111,3	85,4	112,3	103,6	124,4	98,1	104,3	100,3
Jahr Monat	Bauhauptgewerbe		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe								
	Hochbauleistungen	Tiefbauleistungen	darunter			Mineralölverarbeitung	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisenschaffende Industrie	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	Eisen-, Stahl- und Tempiererei	NE-Metallgießerei	Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik a.n.g.	Chemische Industrie	
			Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Gewinnung von Erdöl, Erdgas									
kalendermonatlich														
1983	88,5	89,6	89,5	93,5	92,2	80,9	86,8	81,9	105,2	82,4	95,7	89,2	103,3	
1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7	
1985	77,3	90,9	89,8	92,7	90,3	78,9	78,6	93,7	110,5	86,9	113,2	88,3	110,7	
1985	Juni	85,4	101,9	81,7	83,2	72,4	77,7	88,6	95,9	105,0	82,2	108,0	87,0	109,3
	Juli	97,8	118,5	96,6	88,6	67,6	82,8	98,3	93,9	114,7	69,7	111,5	81,1	115,1
	Aug.	83,6	105,5	93,8	87,1	65,7	83,4	86,4	91,8	106,4	76,0	73,9	86,4	106,2
	Sept.	97,0	118,7	90,6	89,0	63,9	77,2	97,9	98,3	109,4	92,5	115,9	96,6	108,7
	Okt.	104,7	132,1	97,9	97,3	95,3	78,6	105,8	101,1	126,3	103,9	137,7	108,2	116,4
	Nov.	76,4	94,5	88,7	98,6	110,9	78,0	80,3	95,0	110,1	88,7	122,8	90,1	109,1
	Dez.	62,6	74,2	84,7	96,1	86,6	77,8	60,5	73,7	97,2	70,9	95,4	64,4	97,6
1986	Jan.	51,6	48,4	97,4	90,8	112,0	74,7	48,7	90,9	115,7	91,5	132,3	85,4	112,6
	Febr.	36,1	35,9	87,6	92,4	98,4	73,5	42,7	90,5	112,8	91,8	130,7	90,5	108,6
	März	59,7	63,5	87,9	97,1	98,2	76,6	59,8	91,2	114,1	90,4	126,2	87,4	112,3
	April	88,1	113,0	96,4	90,2	81,7	73,0	91,7	94,8	125,6	103,2	148,0	105,7	117,3
	Mai	79,0	102,1	83,4	77,8	71,9	83,6	85,3	84,1	109,7	81,3	82,9	86,5	108,0
	Juni	88,4	114,6	85,6	72,5	72,8	76,4	93,6	91,1	114,3	89,2	121,3	98,0	111,3
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1983	88,3	89,4	89,4	93,4	92,3	81,2	86,6	82,0	105,1	82,2	95,6	89,2	103,4	
1984	88,6	90,0	85,5	95,9	94,9	80,7	85,9	89,7	108,7	84,3	105,8	89,3	108,8	
1985	77,4	90,9	90,2	93,1	90,6	79,2	78,7	93,9	111,1	87,6	114,3	88,8	111,1	
1985	Juni	93,9	110,7	87,1	86,7	70,2	76,9	94,7	97,5	112,4	89,1	116,8	92,7	113,8
	Juli	92,1	112,9	91,9	83,8	68,5	82,1	93,8	91,9	109,1	65,1	104,7	75,8	110,9
	Aug.	80,4	101,7	90,4	84,3	67,2	84,4	83,9	90,4	103,1	73,8	71,2	84,3	103,9
	Sept.	95,9	118,1	91,6	90,3	69,1	78,3	97,7	100,7	110,3	93,0	114,5	97,9	109,9
	Okt.	101,2	128,4	92,4	91,7	92,6	77,4	102,4	98,5	119,2	97,3	129,4	101,4	116,2
	Nov.	77,7	95,7	90,7	101,2	115,2	82,1	82,2	97,3	114,4	92,6	129,0	92,8	111,4
	Dez.	62,8	73,7	89,2	100,6	84,8	76,1	61,1	73,6	102,5	75,2	102,5	67,5	98,4
1986	Jan.	49,0	45,3	94,7	90,5	111,0	74,1	46,6	89,4	111,9	89,0	130,1	83,2	110,1
	Febr.	37,2	37,2	93,0	98,7	109,2	80,5	45,0	98,4	120,4	98,0	138,8	96,6	116,8
	März	63,5	67,1	91,4	97,2	91,5	74,7	62,6	90,5	118,0	92,4	128,1	91,2	113,8
	April	88,1	113,7	93,8	87,3	82,7	73,2	91,8	94,8	123,5	100,9	145,6	103,7	117,0
	Mai	86,5	109,0	91,4	81,9	66,7	83,4	90,4	85,3	116,4	91,0	97,6	91,2	110,1
	Juni	88,0	114,1	90,6	78,5	76,1	77,0	93,5	93,5	118,2	93,1	124,3	101,7	113,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									Verbrauchs- güter produzierendes des Gewerbe
	Herstellung, Verarbeitung und Veredlung von Flachglas	Holzverarbeitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherstellung	Gummiverarbeitung	Stahlförderung; Oberflächenveredlung, Härtung	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	Maschinenbau	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	Schiffbau	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	Herstellung von Büro- und Maschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	
kalendermonatlich														
1983	91,1	88,0	109,0	99,5	86,7	89,7	92,6	108,0	95,0	98,3	87,5	92,5	133,8	91,3
1984	89,9	92,7	119,6	104,4	91,1	84,0	93,0	107,3	83,1	105,8	91,0	97,1	172,0	91,5
1985	95,7	89,5	120,1	111,3	97,0	81,6	99,1	119,0	86,7	118,0	99,3	101,7	213,5	91,0
1985 Juni	86,7	92,1	124,8	106,3	92,1	92,2	94,7	113,5	86,7	113,1	97,2	96,2	198,9	87,5
Juli	95,7	89,5	123,4	107,6	93,3	74,4	102,7	115,4	83,9	117,2	105,1	98,8	195,2	89,2
Aug.	89,6	81,7	115,4	85,8	89,9	76,7	83,4	85,5	75,4	100,7	73,8	90,1	184,0	81,8
Sept.	105,2	101,3	122,8	117,8	99,9	89,4	106,0	118,9	91,8	127,3	101,4	107,8	246,2	91,4
Okt.	123,5	106,8	128,7	128,6	111,5	100,7	114,9	137,6	96,7	136,1	113,7	122,9	281,4	104,9
Nov.	111,1	89,4	125,8	115,0	97,4	93,2	106,7	132,9	88,1	130,4	107,7	106,4	294,8	89,6
Dez.	88,6	73,9	98,9	93,7	76,5	112,5	123,3	103,6	70,4	116,4	100,2	89,3	256,5	72,2
1986 Jan.	100,1	85,8	123,5	115,2	103,2	65,8	85,6	128,1	79,5	110,7	95,7	103,1	183,5	86,8
Febr.	88,8	81,6	119,3	116,7	101,9	64,4	92,7	128,0	80,4	118,6	103,4	102,6	210,6	89,2
März	90,3	85,1	118,5	117,1	102,3	69,4	101,2	122,0	79,5	121,4	105,6	102,8	225,0	90,2
April	115,0	102,0	127,7	128,1	115,9	81,4	112,3	145,6	90,0	132,9	113,8	118,9	248,9	100,6
Mai	88,7	87,3	118,3	106,2	93,1	74,1	97,1	119,9	75,8	113,6	97,3	97,7	197,5	89,0
Juni	115,0	96,4	129,3	113,8	102,3	85,3	109,5	130,0	90,1	124,8	106,4	110,3	231,1	87,4
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1983	91,1	88,0	108,9	99,2	86,6	89,7	92,6	107,8	95,0	98,2	87,4	92,5	133,9	91,3
1984	89,9	92,7	119,2	104,3	90,9	83,9	92,9	107,1	83,0	105,7	90,9	97,1	172,2	91,5
1985	96,2	89,9	120,6	112,0	97,7	81,7	99,5	119,6	87,3	118,6	99,8	102,3	214,1	91,4
1985 Juni	91,3	98,4	132,3	117,2	99,4	94,9	99,7	120,0	93,4	120,4	102,3	103,1	209,9	92,2
Juli	90,7	84,6	117,6	99,5	88,0	71,7	99,1	111,1	78,8	111,6	101,1	93,8	186,5	85,4
Aug.	88,0	79,3	109,8	82,1	86,3	75,6	81,4	83,1	73,1	97,3	72,2	87,0	182,9	79,2
Sept.	106,3	102,0	121,8	118,0	99,6	91,2	107,5	120,3	91,5	127,6	102,4	108,5	246,2	92,8
Okt.	117,0	101,7	123,3	120,8	104,8	97,5	110,2	130,0	91,9	129,5	108,4	116,2	274,2	100,3
Nov.	115,4	92,3	128,0	118,7	101,1	96,1	110,1	138,0	91,2	134,3	111,8	110,2	301,7	92,0
Dez.	92,6	76,5	103,5	98,5	82,7	112,1	124,6	107,5	72,8	120,7	102,4	94,3	249,9	74,9
1986 Jan.	99,0	83,1	120,8	112,1	100,1	64,6	82,7	124,8	78,1	107,7	93,3	100,2	159,9	84,4
Febr.	95,0	87,0	126,6	124,4	107,9	69,4	99,6	138,0	85,6	126,5	111,2	109,2	227,4	95,7
März	91,4	88,0	120,1	119,8	105,7	69,3	102,7	122,2	80,5	123,9	106,5	105,7	226,6	91,6
April	112,4	100,8	127,2	125,1	113,5	80,6	111,6	144,2	88,5	131,3	113,0	116,7	248,3	99,6
Mai	97,1	94,3	128,5	117,4	103,2	77,8	100,1	129,0	84,4	122,0	102,0	106,3	207,5	92,9
Juni	121,0	99,1	130,3	117,3	105,5	86,8	112,4	134,2	91,5	127,7	108,7	114,1	233,9	90,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe														
Jahr Monat	Herstellung, Verarbeitung und Veredlung von Hohlglas	Holzverarbeitung	Herstellung von Musikinstrumenten ¹⁾	Papier- und Pappeherstellung	Druckerei, Vervielfältigung	Herstellung von Kunststoffwaren	Lederherzeugung	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	Herstellung von Schuhen	Textilgewerbe	Bekleidungs-	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe		
												Ernährungsgewerbe	Tabakverarbeitung	
kalendermonatlich														
1983	94,4	81,5	92,7	100,0	94,4	104,5	121,4	78,8	86,3	89,4	82,3	100,5	96,6	
1984	101,1	80,7	93,1	102,8	98,7	111,2	115,5	76,6	88,9	91,7	82,4	101,8	99,4	
1985	105,5	74,9	94,7	106,2	99,6	116,4	106,3	73,7	84,3	94,5	80,8	103,9	102,6	
1985 Juni	106,3	71,1	92,6	100,3	94,1	113,2	102,3	65,2	70,9	90,2	63,2	98,2	96,8	
Juli	110,7	64,1	102,2	108,9	95,4	116,9	102,0	70,8	68,6	88,1	84,2	103,1	111,7	
Aug.	106,0	61,9	79,9	94,7	92,6	105,9	72,4	62,1	98,3	68,2	77,8	97,6	103,6	
Sept.	111,9	82,1	108,8	108,5	100,9	121,3	107,8	83,1	110,0	102,5	97,8	102,4	103,0	
Okt.	117,8	89,2	122,9	120,9	114,1	135,1	129,3	95,2	106,2	114,5	91,6	128,2	118,4	
Nov.	112,3	80,0	106,7	107,8	106,3	120,8	115,8	87,8	80,9	100,6	79,0	118,5	110,2	
Dez.	97,7	69,6	95,9	92,3	106,2	95,7	85,9	66,5	62,0	80,4	67,9	103,9	80,7	
1986 Jan.	106,3	68,8	84,3	115,6	97,4	117,8	115,9	69,5	81,1	101,6	86,7	103,1	105,7	
Febr.	98,0	72,8	80,2	106,4	93,2	115,8	113,5	75,1	79,6	99,5	87,6	93,1	103,4	
März	105,5	75,6	88,9	104,2	99,2	116,5	106,9	75,0	79,3	99,3	89,7	93,7	93,4	
April	111,8	85,0	101,0	118,1	106,0	134,1	123,8	78,4	78,1	109,1	84,2	106,6	106,6	
Mai	104,8	69,5	83,3	97,3	94,9	116,6	95,8	57,9	63,8	86,8	59,0	100,0	86,7	
Juni	108,5	77,7	94,6	109,6	99,4	127,1	110,4	69,5	62,6	97,8	69,8	103,4	99,9	
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt														
1983	94,2	81,5	92,4	100,1	94,4	104,3	121,2	79,0	86,1	89,3	82,4	100,3	96,7	
1984	100,7	80,8	93,1	102,9	98,5	111,2	115,6	76,7	88,8	91,8	82,4	101,8	99,3	
1985	105,9	75,4	95,1	106,9	100,1	117,0	107,0	74,1	85,1	95,2	81,3	104,2	103,2	
1985 Juni	112,2	76,5	99,9	107,5	99,6	121,7	109,2	70,4	77,9	97,1	68,8	102,9	104,5	
Juli	106,2	60,3	96,7	103,1	91,3	110,8	96,4	66,6	62,7	83,0	79,6	98,8	107,1	
Aug.	101,8	60,3	78,8	91,4	90,0	103,1	70,5	60,1	95,9	66,1	75,6	95,5	101,4	
Sept.	110,4	82,6	109,2	109,5	101,9	122,7	109,0	84,0	109,5	102,9	97,9	104,0	104,2	
Okt.	112,7	84,4	116,1	114,4	109,1	127,9	122,0	90,3	100,6	108,3	86,9	123,3	114,2	
Nov.	114,7	83,2	110,4	111,4	109,9	125,4	120,2	90,1	85,2	104,6	82,2	122,0	113,7	
Dez.	101,2	72,2	100,3	97,3	108,8	99,7	90,0	69,3	66,3	84,6	70,6	105,3	81,4	
1986 Jan.	103,9	66,5	82,0	112,3	94,5	114,0	113,6	67,8	79,5	98,8	84,8	100,7	100,9	
Febr.	103,7	77,7	84,9	113,3	100,0	123,9	121,8	80,1	84,2	106,1	93,7	100,3	111,5	
März	107,0	71,1	91,5	108,1	100,7	119,9	108,0	77,0	82,8	102,3	90,9	95,2	96,2	
April	111,5	83,5	99,0	115,5	105,1	132,0	122,2	76,7	75,7	107,2	83,0	105,7	106,6	
Mai	115,4	76,7	92,5	104,2	99,5	124,9	107,6	65,2	71,8	94,7	66,5	102,4	88,2	
Juni	110,1	79,9	97,8	113,5	101,5	130,8	114,8	73,0	63,8	100,4	71,2	105,9	100,3	

1) Einschl. Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern, Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen, Foto- und Filmfabriks.

Außenhandel

Zum Aufsatz: „Außenhandel im zweiten Vierteljahr 1986“

Einfuhr und Ausfuhr nach Gütergruppen bzw. -zweigen des Systematischen Verzeichnisses für Produktionsstatistiken¹⁾

Warenbenennung	Einfuhr					Ausfuhr				
	Januar/Juni 1986		Januar/Juni 1985		Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar/Juni 1986		Januar/Juni 1985		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17 180	8,0	18 940	8,0	- 9,3	3 278	1,2	3 031	1,1	+ 8,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	13 654	6,3	14 402	6,1	- 5,2	11 211	4,2	11 693	4,4	- 4,1
Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	646	0,3	662	0,3	- 2,5	586	0,2	528	0,2	+ 10,9
Bergbauliche Erzeugnisse	20 757	9,7	35 788	15,2	- 42,0	2 589	1,0	4 674	1,7	- 44,6
Kohle, Briketts, Koks, Rohteer und -benzol	769	0,4	892	0,4	- 13,8	1 708	0,6	2 238	0,8	- 23,7
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	17 428	8,1	31 874	13,5	- 45,3	296	0,1	1 646	0,6	- 82,0
Eisenerze	1 480	0,7	1 637	0,7	- 9,6	1	0,0	0	0,0	+ 61,6
NE-Metallerze und Schwefelkies	895	0,4	1 155	0,5	- 22,5	64	0,0	171	0,1	- 62,3
Kalialze und Rohphosphate	101	0,0	140	0,0	- 27,9	368	0,1	463	0,2	- 20,5
Stein-, Hütten- und Salinensalze, Sole	25	0,0	24	0,0	+ 5,2	51	0,0	66	0,0	- 23,8
Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u. ä. Erzeugnisse	54	0,0	60	0,0	- 10,4	21	0,0	22	0,0	- 6,3
Torf	7	0,0	7	0,0	+ 3,4	80	0,0	67	0,0	+ 19,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	60 527	28,1	66 312	28,1	- 8,7	66 871	25,2	72 589	27,1	- 7,9
Spalt- und Brutstoffe	613	0,3	1 317	0,8	- 53,5	738	0,3	700	0,3	+ 5,4
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	1 979	0,9	1 965	0,8	+ 0,7	2 423	0,9	2 294	0,9	+ 5,6
Eisen und Stahl ²⁾	7 429	3,5	7 253	3,1	+ 2,4	10 585	4,0	12 404	4,6	- 14,7
Eisen-, Stahl- und Temperguß Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	288	0,1	272	0,1	+ 5,8	624	0,2	590	0,2	+ 5,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug ³⁾	1 050	0,5	945	0,4	+ 11,1	1 695	0,6	1 708	0,6	- 0,8
NE-Metallformguß (einschl. Edelmetallformguß)	7 829	3,6	9 404	4,0	- 16,8	5 738	2,2	6 403	2,4	- 10,4
Mineralerzeugnisse	61	0,0	59	0,0	+ 3,2	93	0,0	91	0,0	+ 2,3
Chemische Erzeugnisse	10 988	5,1	14 205	6,0	- 22,6	1 808	0,7	3 387	1,3	- 46,6
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	21 214	9,9	21 922	9,3	- 3,2	36 705	13,8	38 604	14,4	- 4,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1 664	0,8	1 603	0,7	+ 3,8	871	0,3	824	0,3	+ 5,6
Gummiwaren	5 075	2,4	5 310	2,3	- 4,4	2 976	1,1	3 130	1,2	- 4,9
	2 339	1,1	2 057	0,9	+ 13,7	2 613	1,0	2 452	0,9	+ 6,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	64 349	29,9	62 921	26,7	+ 2,3	144 579	54,5	141 025	52,6	+ 2,5
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	603	0,3	576	0,2	+ 4,7	1 892	0,7	1 969	0,7	- 3,9
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)	11 741	5,5	10 519	4,5	+ 11,6	39 989	15,1	37 471	14,0	+ 6,7
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	15 315	7,1	12 323	5,2	+ 24,3	48 865	18,4	47 251	17,6	+ 3,4
Wasserfahrzeuge	236	0,1	377	0,2	- 37,5	700	0,3	991	0,4	- 29,4
Luft- und Raumfahrzeuge ⁴⁾	4 625	2,2	7 299	3,1	- 36,6	4 357	1,6	7 210	2,7	- 39,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	17 373	8,1	17 180	7,3	+ 1,1	27 595	10,4	25 998	9,7	+ 6,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	3 377	1,6	3 226	1,4	+ 4,7	5 290	2,0	4 932	1,8	+ 7,2
Erzeugnisse der Stahlverformung	954	0,4	839	0,4	+ 13,7	1 961	0,7	1 864	0,7	+ 5,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	3 397	1,6	3 329	1,4	+ 2,0	7 320	2,8	7 202	2,7	+ 1,6
Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	6 695	3,1	7 218	3,1	- 7,3	6 591	2,5	6 103	2,3	+ 8,0
Fertigteilebauten im Hochbau	34	0,0	35	0,0	- 2,8	20	0,0	34	0,0	- 41,8
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	32 222	15,0	31 751	13,5	+ 1,5	31 262	11,8	29 835	11,1	+ 4,8
Feinkeramische Erzeugnisse	711	0,3	744	0,3	- 4,3	914	0,3	856	0,3	+ 6,8
Glas und Glaswaren	1 214	0,6	1 209	0,5	+ 0,4	1 788	0,7	1 649	0,6	+ 8,4
Holzwaren	1 920	0,9	1 998	0,8	- 3,9	2 429	0,9	2 236	0,8	+ 8,6
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. ä.	1 876	0,9	1 844	0,8	+ 1,7	2 094	0,8	2 176	0,8	- 3,8
Papier- und Pappwaren	966	0,4	927	0,4	+ 4,3	1 988	0,7	1 885	0,7	+ 5,5
Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungsgeräten	644	0,3	646	0,3	- 0,4	1 980	0,7	1 887	0,7	+ 4,9
Kunststoff erzeugnisse	3 188	1,5	3 017	1,3	+ 5,7	5 692	2,1	5 223	1,9	+ 9,0
Leder	783	0,4	859	0,4	- 8,8	464	0,2	498	0,2	- 6,7
Lederwaren (einschl. Reiseartikeln)	630	0,3	641	0,3	- 1,8	291	0,1	282	0,1	+ 3,2
Schuhe	2 362	1,1	2 332	1,0	+ 1,3	659	0,2	615	0,2	+ 7,1
Textilien	11 180	5,2	10 821	4,6	+ 3,3	9 404	3,5	9 172	3,4	+ 2,5
Bekleidung	6 748	3,1	6 713	2,8	+ 0,5	3 558	1,3	3 356	1,3	+ 6,0
Sonstige Waren ⁵⁾	5 691	2,6	4 975	2,1	+ 14,4	4 922	1,9	4 541	1,7	+ 8,4
Insgesamt	215 026	100	235 751	100	- 8,8	265 297	100	267 917	100	- 1,0

1) Nach dem Stand von 1982 - Siehe hierzu den Aufsatz „Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980“ in WiSta 2/1984 - 2) Erzeugnisse der Eisen schaffenden und Ferrolegierungs-Industrie. - 3) Einschl. Edelmetallen und deren Halbzeug - 4) Einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräten. - 5) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

Bildung und Kultur

Zum Aufsatz: „Pressestatistik“

Unternehmen und Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen am 31. Dezember 1984 sowie nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen	Beschäftigte						Außerdem freie Mitarbeiter	
		insgesamt	Tätige Inhaber	Redaktionsangehörige			Zusteller		Sonstige
				Redakteure	Volontäre	Sonstige			
Zeitungsverlage									
bis 9	12	71	10	13	2	4	4	38	72
10 – 19	19	258	19	29	10	8	32	160	60
20 – 49	39	1 324	29	150	32	44	169	900	216
50 – 99	51	3 626	30	475	70	136	940	1 975	1 069
100 – 199	49	6 919	42	460	96	140	3 126	3 055	887
200 – 499	63	20 457	37	1 402	196	428	10 087	8 307	2 985
500 – 999	34	23 718	5	1 766	258	381	11 107	10 201	5 563
1 000 und mehr	40	75 654	2	5 398	499	2 121	33 926	33 708	10 681
Zusammen	307	132 027	174	9 693	1 163	3 262	59 391	58 344	21 533
dagegen 1983	310	130 484	182	9 532	1 079	3 064	57 068	59 559	21 728
Zeitschriftenverlage									
bis 3	458	916	283	60	5	118	1	449	1 158
4 – 9	386	2 283	244	239	34	323	47	1 396	1 238
10 – 19	221	3 044	118	374	43	366	117	2 026	1 038
20 – 49	185	5 631	86	549	57	471	751	3 717	2 271
50 – 99	89	6 347	43	681	45	546	1 414	3 618	1 248
100 – 199	54	7 773	20	447	30	398	2 890	3 988	1 344
200 – 499	36	11 155	5	468	52	308	6 487	3 835	351
500 und mehr	16	20 952	9	1 950	43	1 430	6 035	11 485	187
Zusammen	1 445	58 101	808	4 768	309	3 960	17 742	30 514	8 835
dagegen 1983	1 443	56 050	830	4 499	263	3 895	16 714	29 849	8 579
Sonstige Verlage¹⁾									
bis 3	66	152	38	6	1	9	–	98	105
4 – 9	90	563	64	29	2	50	–	418	164
10 – 19	66	924	23	30	1	68	–	802	151
20 – 49	57	1 723	25	78	8	107	–	1 505	852
50 – 99	36	2 496	30	95	5	123	39	2 204	148
100 – 199	23	3 253	14	108	6	197	182	2 746	182
200 – 499	14	4 476	12	318	5	349	80	3 712	193
500 und mehr	4	2 317	2	26	–	33	–	2 256	40
Zusammen	356	15 904	208	690	28	936	301	13 741	1 835
dagegen 1983	347	17 171	204	688	20	939	420	14 900	1 743
Unternehmen des Verlagsgewerbes¹⁾									
bis 3	527	1 072	323	66	6	127	1	549	1 266
4 – 9	485	2 913	316	281	38	377	51	1 850	1 471
10 – 19	306	4 226	160	433	54	442	149	2 988	1 249
20 – 49	281	8 678	140	777	97	622	920	6 122	3 339
50 – 99	176	12 469	103	1 251	120	805	2 393	7 797	2 465
100 – 199	126	17 945	76	1 015	132	735	6 198	9 789	2 413
200 – 499	113	36 088	54	2 188	253	1 085	16 654	15 854	3 529
500 und mehr	94	122 641	18	9 140	800	3 965	51 068	57 650	16 471
Insgesamt	2 108	206 032	1 190	15 161	1 500	8 158	77 434	102 599	32 203
dagegen 1983	2 100	203 705	1 216	14 719	1 362	7 898	74 202	104 308	32 050
Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes¹⁾									
Insgesamt	459	25 139	351	412	56	345	3 279	20 696	1 710
dagegen 1983	462	22 631	365	358	47	334	2 583	18 944	1 710

1) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Unternehmen und Umsatz 1984 nach Umsatzarten und Umsatzgrößenklassen

Unternehmen mit einem Umsatz von ... bis unter ... DM	Unter- nehmen am 31.12.	Umsatz ¹⁾								
		insgesamt	aus Vertrieb von			aus Anzeigen in			aus Druckerei	Sonstiger
			eigenen Zeitungen	eigenen Zeit- schriften	sonstigen eigenen Verlags- erzeug- nissen	eigenen Zeitungen	eigenen Zeit- schriften	sonstigen eigenen Verlags- erzeug- nissen		
Anzahl	1 000 DM									

Zeitungsverlage

unter 500 000	5	1 342	319	-	-	749	26	-	224	24
500 000 - 1 Mill.	12	8 585	3 388	6	107	3 481	139	210	1 115	139
1 Mill. - 2 Mill.	17	25 896	7 673	-	750	13 445	862	95	2 210	861
2 Mill. - 5 Mill.	51	180 057	51 376	567	1 345	89 677	2 954	172	25 540	8 425
5 Mill. - 10 Mill.	56	385 002	116 595	1 314	6 139	170 661	13 751	1 395	53 648	21 499
10 Mill. - 25 Mill.	68	1 138 091	318 675	906	8 210	564 309	35 798	13 953	153 860	42 379
25 Mill. - 50 Mill.	37	1 297 695	359 621	3 645	2 137	702 334	28 058	8 996	128 637	64 267
50 Mill. und mehr	61	9 662 209	2 625 239	377 528	108 520	4 840 925	427 809	2 876	958 090	321 220
Zusammen ...	307	12 698 876	3 482 887	383 966	127 208	6 385 582	609 398	27 697	1 323 324	458 814
dagegen 1983 .	310	12 313 525	3 466 496	362 437	128 670	6 154 960	450 973	31 723	1 279 981	438 284

Zeitschriftenverlage

unter 500 000	517	109 016	-	43 001	5 015	-	52 086	1 113	1 833	5 967
500 000 - 1 Mill.	224	160 799	-	51 086	6 058	-	86 551	3 282	4 483	9 337
1 Mill. - 2 Mill.	202	285 270	-	88 056	13 954	-	162 619	3 251	3 602	13 788
2 Mill. - 5 Mill.	249	805 486	742	254 331	39 240	307	438 374	14 523	16 031	41 937
5 Mill. - 10 Mill.	117	830 208	-	229 139	44 993	-	482 402	18 470	16 461	38 743
10 Mill. - 25 Mill.	80	1 275 677	-	378 598	110 892	-	644 957	26 214	27 324	87 692
25 Mill. - 50 Mill.	32	1 079 537	-	378 502	112 137	-	446 154	7 860	11 460	123 424
50 Mill. und mehr	24	5 577 251	-	2 369 953	233 835	-	2 205 947	9 670	602 419	155 426
Zusammen ...	1 445	10 123 243	742	3 792 667	566 125	307	4 519 092	84 384	683 612	476 315
dagegen 1983 .	1 443	9 429 245	-	3 714 364	518 884	-	4 047 933	96 683	623 246	428 135

Sonstige Verlage²⁾

unter 500 000	64	15 984	-	3 093	9 819	-	803	1 156	170	944
500 000 - 1 Mill.	51	37 561	-	6 625	25 056	-	2 133	2 459	100	1 187
1 Mill. - 2 Mill.	59	85 673	-	9 798	48 118	-	8 164	10 052	2 349	7 192
2 Mill. - 5 Mill.	60	201 384	-	23 590	133 714	-	13 533	15 825	2 607	12 115
5 Mill. - 10 Mill.	52	348 992	-	47 171	216 920	-	24 922	29 407	12 496	18 074
10 Mill. - 25 Mill.	40	652 115	-	64 041	444 114	-	45 259	52 399	19 578	26 724
25 Mill. - 50 Mill.	18	611 993	6 831	40 993	379 105	9 092	26 914	77 867	35 790	35 401
50 Mill. und mehr	12	1 466 358	-	183 628	972 883	-	73 618	70 405	45 608	120 217
Zusammen ...	356	3 420 060	6 831	378 939	2 229 729	9 092	195 345	259 570	118 698	221 855
dagegen 1983 .	347	3 412 444	6 493	372 951	2 173 583	9 919	186 489	241 609	204 659	216 741

Unternehmen des Verlagsgewerbes²⁾

unter 500 000	586	126 341	319	46 094	14 834	749	52 915	2 269	2 227	6 935
500 000 - 1 Mill.	287	206 945	3 388	57 718	31 221	3 481	88 823	5 951	5 699	10 664
1 Mill. - 2 Mill.	278	396 839	7 673	97 854	62 822	13 445	171 645	13 399	8 160	21 840
2 Mill. - 5 Mill.	360	1 186 926	52 118	278 488	174 299	89 983	454 861	30 520	44 179	62 478
5 Mill. - 10 Mill.	225	1 564 202	116 595	277 624	268 052	170 661	521 076	49 272	82 605	78 317
10 Mill. - 25 Mill.	188	3 065 882	318 675	443 545	563 216	564 309	726 014	92 567	200 761	156 795
25 Mill. - 50 Mill.	87	2 989 225	366 451	423 140	493 379	711 426	501 126	94 723	175 887	223 093
50 Mill. und mehr	97	16 705 817	2 625 239	2 931 110	1 315 238	4 840 925	2 707 375	82 950	1 606 117	596 863
Insgesamt ...	2 108	26 242 178	3 490 460	4 555 573	2 923 062	6 394 981	5 223 835	371 651	2 125 634	1 156 984
dagegen 1983 .	2 100	25 155 214	3 472 989	4 449 752	2 821 137	6 164 878	4 685 396	370 014	2 107 886	1 083 161

Unternehmen außerhalb des Verlagsgewerbes²⁾

Insgesamt ...	459	3 492 408	56 261	139 889	98 892	95 636	117 248	11 744	1 820 730	1 152 008
dagegen 1983 .	462	3 051 563	45 020	140 277	90 928	81 443	116 688	10 061	1 548 173	1 018 972

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Soweit sie Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Zeitungen 1984

Gegenstand der Nachweisung	Verlegte Zeitungen am 31.12.			Verkaufte Auflage der Gesamtausgabe im 4. Vierteljahr ¹⁾			Zeitungsumsatz ²⁾			Verlags- eigene Redak- tion ³⁾	Anschluß an eine Redak- tions- gemein- schaft
	insgesamt	Haupt- ausgaben	Neben- ausgaben	insgesamt	Abonne- ment	Einzel- verkauf	insgesamt	Vertriebs- umsatz	Anzeigen- umsatz		
	Anzahl			1 000			Mill. DM				
Zeitungen insgesamt											
Mit lokaler Berichterstattung . .	1 231	344	887	21 436	13 179	8 257	9 573	3 309	6 265	142	193
Ohne lokale Berichterstattung . .	17	14	3	4 183	1 439	2 744	464	238	226	13	3
Insgesamt	1 248	358	890	25 619	14 618	11 001	10 037	3 547	6 490	155	196
dagegen 1983	1 226	359	867	25 834	14 630	11 204	9 765	3 518	6 247	154	196
Tageszeitungen											
2 bis 4 x wöchentlich erscheinend	31	28	3	93	80	13	20	9	11	7	25
5 x wöchentlich und mehr erscheinend	1 203	321	882	21 242	13 169	8 074	9 597	3 334	6 262	139	171
Zusammen	1 234	349	885	21 335	13 249	8 086	9 616	3 343	6 273	146	196
dagegen 1983	1 213	351	862	21 422	13 261	8 161	9 362	3 319	6 043	147	196
Tageszeitungen mit einer ver- kauften Auflage von . . . bis unter . . . Stück:											
unter 2 500	36	36	—	62	56	7	22	8	14	5	29
2 500 — 5 000	32	30	2	111	104	7	53	19	34	5	22
5 000 — 10 000	72	69	3	495	461	34	251	96	155	12	49
10 000 — 25 000	121	80	41	1 283	1 217	66	701	244	457	22	62
25 000 — 50 000	131	48	83	1 698	1 540	159	952	330	622	23	21
50 000 — 75 000	114	19	95	1 223	1 087	136	690	228	462	16	6
75 000 — 125 000	162	22	140	2 150	1 980	170	1 286	452	833	21	1
125 000 — 250 000	432	34	398	6 025	4 938	1 088	3 252	1 084	2 169	33	4
250 000 und mehr	134	11	123	8 288	1 867	6 421	2 410	881	1 528	9	2
Zusammen	1 234	349	885	21 335	13 249	8 086	9 616	3 343	6 273	146	196
Wochenzeitungen⁴⁾											
Zusammen	14	9	5	4 284	1 370	2 915	421	204	217	9	—
dagegen 1983	13	8	5	4 411	1 368	3 043	404	199	204	7	—
Abonnementzeitungen											
Mit lokaler Berichterstattung . .	1 188	333	855	14 300	13 037	1 263	8 509	2 763	5 746	132	192
Ohne lokale Berichterstattung . .	11	9	2	1 721	1 438	282	207	111	96	9	1
Zusammen	1 199	342	857	16 020	14 475	1 545	8 716	2 873	5 842	141	193
dagegen 1983	1 179	343	836	16 035	14 486	1 550	8 419	2 810	5 609	140	193
5 x wöchentlich und mehr erscheinend mit einer ver- kauften Auflage von . . . bis unter . . . Stück:											
unter 2 500	15	15	—	28	26	2	13	5	8	1	11
2 500 — 5 000	27	26	1	98	93	4	50	18	32	3	18
5 000 — 10 000	67	65	2	470	448	22	243	92	151	10	48
10 000 — 25 000	118	78	40	1 247	1 186	60	696	240	455	21	60
25 000 — 50 000	129	47	82	1 668	1 539	129	945	325	620	22	20
50 000 — 75 000	113	18	95	1 157	1 087	70	674	217	457	15	5
75 000 — 125 000	162	22	140	2 150	1 980	170	1 286	452	833	21	1
125 000 — 250 000	424	30	394	5 400	4 917	483	3 148	1 036	2 112	30	3
250 000 und mehr	105	7	98	2 141	1 813	327	1 523	410	1 114	5	2
Zusammen	1 160	308	852	14 357	13 089	1 268	8 579	2 795	5 784	128	168
Straßenverkaufszeitungen											
1 bis 4 x wöchentlich erscheinend	6	3	3	2 714	64	2 650	304	136	169	3	—
5 x wöchentlich und mehr erscheinend	43	13 ⁵⁾	30	6 885	79	6 806	1 018	539	479	11	3
Zusammen	49	16⁵⁾	33	9 599	143	9 456	1 321	674	648	14	3
dagegen 1983	47	16 ⁵⁾	31	9 798	144	9 654	1 346	708	638	14	3

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Für die redaktionelle Herstellung des Zeitungsmantels — 4) Einschl. Sonntagszeitungen — 5) Darunter vier Zeitungen für ausländische Arbeitnehmer.

Zeitschriften 1984

Gegenstand der Nachweisung	Verlegte Zeitschriften am 31. 12.			Auflage 1) im 4. Vierteljahr				Zeitschriftenumsatz 2)			Zeit- schriften mit verlags- eigener Redak- tion
	insgesamt	mit		Verkaufsauflage			unent- geltlich abgege- bene Auflage	insgesamt	Vertriebs- umsatz	Anzeigen-	
		lokaler/ regionaler	über- regionaler	insgesamt	Abonne- ment	Einzel- verkauf					
	Anzahl			1 000				Mill. DM			
Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage von ... bis unter ... Stück											
unter 1 500	1 808	838	970	1 299	1 271	28	75	183	140	43	779
1 500 – 2 500	728	345	383	1 247	1 194	53	174	140	76	63	388
2 500 – 5 000	947	357	590	2 650	2 482	167	718	289	135	154	635
5 000 – 10 000	916	315	601	4 174	3 882	292	2 239	482	207	275	690
10 000 – 25 000	1 130	392	738	10 754	6 565	4 189	7 373	921	389	533	937
25 000 – 50 000	552	265	287	9 062	5 918	3 144	10 085	893	289	625	456
50 000 – 75 000	235	102	133	7 601	4 433	3 168	6 792	582	245	338	202
75 000 – 125 000	194	81	113	10 511	6 648	3 863	8 470	674	284	390	163
125 000 – 250 000	120	42	78	11 023	5 568	5 455	9 545	627	310	317	111
250 000 – 500 000	92	28	64	15 792	9 641	6 151	15 604	881	392	489	76
500 000 und mehr	95	14	81	79 513	44 555	34 958	46 407	4 354	2 232	2 122	85
Insgesamt	6 817	2 779	4 038	153 625	92 158	61 467	107 481	10 027	4 679	5 348	4 522
dagegen 1983	6 702	2 689	4 013	153 657	89 940	63 717	106 501	9 383	4 579	4 804	4 368
nach Erscheinungsweise											
Vierteljährlich	942	135	807	6 693	4 932	1 760	18 816	162	99	63	433
6 – 8 mal jährlich	872	119	753	25 669	22 022	3 647	7 489	318	198	120	479
Monatlich	2 310	586	1 724	56 999	41 208	15 791	27 027	2 547	1 251	1 296	1 657
14-täglich/halbmonatlich	584	252	332	13 618	7 613	6 005	3 904	1 166	547	620	420
Wöchentlich	2 032	1 645	387	50 296	16 051	34 245	49 068	5 615	2 508	3 106	1 467
2 mal wöchentlich und mehr	77	42	35	350	331	19	1 178	219	76	143	66
Insgesamt	6 817	2 779	4 038	153 625	92 158	61 467	107 481	10 027	4 679	5 348	4 522
nach Art der Zeitschrift											
Politische Wochenblätter mit überregionaler Verbreitung	8	–	8	1 209	519	690	15	321	130	191	7
mit lokaler/regionaler Verbreitung	101	101	–	450	332	119	72	56	14	42	95
Konfessionelle Zeitschriften	313	70	243	8 021	7 715	305	868	214	192	22	200
Publikumszeitschriften	1 364	335	1 029	97 609	38 631	58 978	7 264	5 648	3 198	2 450	1 073
darunter:											
Illustrierte, Magazine usw.	176	85	91	36 110	11 031	25 078	3 937	2 894	1 562	1 332	157
Motor, Reise, Freizeit, Hobby ..	221	19	202	17 224	12 415	4 809	717	604	295	309	184
Frauen, Familie, Mode, Wohnen	70	5	65	24 515	7 201	17 315	231	1 328	709	620	61
Politik, Kultur, Populärwissenschaften	375	86	289	5 576	4 799	778	826	243	158	85	274
Fachzeitschriften mit überwiegend wissenschaftlichem Inhalt	1 268	46	1 222	5 661	5 275	386	2 622	777	402	375	542
Sprach- und Kulturwissenschaften	126	5	121	307	240	67	12	19	13	5	46
Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschaftswissenschaften	314	7	307	2 554	2 489	65	63	209	186	23	161
Mathematik und Naturwissenschaft	179	1	178	322	268	53	38	64	59	4	45
Medizin	426	26	400	1 757	1 623	134	2 096	337	86	251	166
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaft	57	2	55	70	68	2	151	9	7	3	21
Ingenieurwissenschaft	166	5	161	651	587	65	262	139	51	88	103
Andere Fachzeitschriften	1 615	236	1 379	36 266	35 346	920	4 695	1 518	570	949	1 200
Kundenzeitschriften	87	10	77	1 898	1 866	33	36 977	151	107	44	68
Amtliche Blätter	1 099	1 079	20	2 121	2 113	9	448	121	41	79	541
Anzeigenblätter	732 ³⁾	732	–	2	–	2	42 054	1 025	–	1 025	662
Kostenlos verteilte kommunale Amtsblätter	46	46	–	–	–	–	327	9	–	9	20
Sonstige Zeitschriften	184	124	60	387	362	25	12 141	188	24	163	114
Insgesamt	6 817	2 779	4 038	153 625	92 158	61 467	107 481	10 027	4 679	5 348	4 522
dar.: Zeitschriften der Verbände usw.	1 553	462	1 091	48 770	47 836	934	5 281	1 071	432	639	851

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag. – 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. – 3) Mit 1 203 Ausgaben.

Gesundheitswesen

Zum Aufsatz: „Krankenhäuser“

Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Trägern und Zweckbestimmungen ¹⁾

Stichtag: 31. Dezember 1984

Zweckbestimmung	Insgesamt		Öffentliche		Freie gemeinnützige		Private					
	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten	Kranken- häuser	planmäßige Betten				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Akutkrankenhäuser	1 850	463 404	68,3	798	252 669	72,7	754	192 575	80,2	298	18 160	19,9
Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen...	120	6 489	1,0	66	2 973	0,9	34	1 981	0,8	20	1 535	1,7
Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabteilungen...	1 233	409 086	60,3	599	231 151	66,5	605	174 644	72,7	29	3 291	3,6
Krankenhäuser für innere Krankheiten	114	12 861	1,9	41	5 732	1,6	27	2 581	1,1	46	4 548	5,0
Säuglings- und Kinderkrankenhäuser	38	6 652	1,0	10	2 111	0,6	27	4 521	1,9	1	20	0,0
Krankenhäuser für Chirurgie, Urologie, Neurochirurgie sowie Zahn- und Kieferkrankheiten	131	8 262	1,2	34	3 732	1,1	10	1 242	0,5	87	3 288	3,6
Unfallkrankenhäuser	11	2 552	0,4	3	886	0,3	5	1 307	0,5	3	359	0,4
Orthopädische Krankenhäuser	48	7 822	1,2	11	1 927	0,6	25	4 512	1,9	12	1 383	1,5
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser	84	4 310	0,6	11	1 532	0,4	11	726	0,3	62	2 052	2,3
Entbindungsheime	2	25	0,0	—	—	—	—	—	—	2	25	0,0
Krankenhäuser für HNO-Krankheiten ..	18	717	0,1	4	408	0,1	—	—	—	14	309	0,3
Krankenhäuser für Augenkrankheiten ..	18	1 127	0,2	6	652	0,2	3	177	0,1	9	298	0,3
Krankenhäuser für Haut- und Geschlechtskrankheiten	9	1 108	0,2	7	900	0,3	1	176	0,1	1	32	0,0
Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde	7	344	0,1	4	168	0,0	—	—	—	3	176	0,2
Sonstige Fachkrankenhäuser	17	2 049	0,3	2	497	0,1	6	708	0,3	9	844	0,9
Sonderkrankenhäuser	1 256	215 304	31,7	321	94 788	27,3	300	47 562	19,8	635	72 954	80,1
Tuberkulose-Krankenhäuser	29	4 517	0,7	13	2 486	0,7	10	1 612	0,7	6	419	0,5
Krankenhäuser für Psychiatrie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten) ..	125	48 909	7,2	61	38 030	10,9	47	9 775	4,1	17	1 104	1,2
Krankenhäuser für Neurologie	24	2 652	0,4	6	507	0,1	11	1 002	0,4	7	1 143	1,3
Krankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie	95	42 204	6,2	39	24 415	7,0	32	12 715	5,3	24	5 074	5,6
Krankenhäuser für Suchtkranke	92	7 152	1,1	10	1 007	0,3	51	2 928	1,2	31	3 217	3,5
Rheuma-Krankenhäuser	29	5 096	0,8	8	1 271	0,4	6	1 838	0,8	15	1 987	2,2
Rehabilitationskrankenhäuser	94	18 289	2,7	38	6 930	2,0	12	1 335	0,6	44	10 024	11,0
Krankenhäuser für Chronisch-Kranke sowie geriatrische Kliniken	71	9 711	1,4	7	2 134	0,6	39	4 544	1,9	25	3 033	3,3
Kur-Krankenhäuser	632	70 127	10,3	95	14 854	4,3	76	8 729	3,6	461	46 544	51,1
Krankenhäuser bzw. Krankenabtei- lungen in den Justizvollzugsanstalten ..	32	1 783	0,3	32	1 783	0,5	—	—	—	—	—	—
Sonstige Fachkrankenhäuser	33	4 864	0,7	12	1 371	0,4	16	3 084	1,3	5	409	0,4
Insgesamt ²⁾	3 106	678 708	100	1 119	347 457	100	1 054	240 137	100	933	91 114	100

1) Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen. — 2) Ohne fünf Krankenhäuser in Bayern, die über keine planmäßigen Betten verfügten

Fachkrankenhäuser, Fachabteilungen und planmäßige Betten nach der Zweckbestimmung ¹⁾

Stichtag: 31. Dezember 1984

Zweckbestimmung der Krankenhäuser bzw. der Fachabteilungen	Universitäts-		Übrige		Fachabteilungen								Planmäßige Betten insgesamt	
	Fachkrankenhäuser				zusammen		davon in			Krankenhäusern				
	Kranken- häuser	Plan- mäßige Betten	Kranken- häuser	Plan- mäßige Betten	Fach- abtei- lungen	Plan- mäßige Betten	Universitäts-2)		Allgemeinen		Fach-3)			
							Fach- abtei- lungen	Plan- mäßige Betten	Fach- abtei- lungen	Plan- mäßige Betten	Fach- abtei- lungen	Plan- mäßige Betten		
Anzahl													%	
Fachkrankenhäuser bzw. Fach- abteilungen für Akut-Kranke	53	7 441	452	34 166	6 924	400 043	323	28 047	6 330	355 249	271	16 747	441 650	65,1
Innere Krankheiten	9	1 549	105	9 579	1 200	139 964	34	5 888	1 082	124 712	84	9 364	151 092	22,3
Infektionskrankheiten	—	—	—	—	293	4 739	10	283	274	4 241	9	215	4 739	0,7
Säuglings- u. Kinderkrankheiten ..	5	861	42	4 291	261	17 725	26	2 735	225	14 503	10	487	22 877	3,4
Chirurgie (einschl. für Unfall- verletzte)	5	1 380	109	6 274	1 297	121 250	33	5 337	1 218	113 419	46	2 494	128 904	19,0
Orthopädie	3	735	45	6 603	226	12 576	18	1 583	175	8 493	33	2 500	19 914	2,9
Urologie	1	50	15	620	433	15 729	28	1 447	390	14 057	15	225	16 399	2,4
Neurochirurgie	2	139	—	—	74	3 480	24	1 343	46	2 022	4	115	3 619	0,5
Zahn- und Kieferkrankheiten	6	254	2	32	103	2 016	17	596	81	1 341	5	79	2 302	0,3
Gynäkologie und Geburtshilfe	5	911	79	3 130	1 401	50 964	35	2 817	1 346	47 624	20	523	55 005	8,1
Entbindungsheime	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	—	25	0,0
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten ..	4	408	14	297	838	14 882	25	1 817	784	12 644	29	421	15 587	2,3
Augenkrankheiten	5	572	14	555	366	6 522	22	1 714	339	4 789	5	19	7 649	1,1
Haut- u. Geschlechtskrankheiten ..	4	414	5	694	96	4 289	20	1 592	74	2 627	2	70	5 397	0,8
Röntgen- und Strahlenheilkunde ..	4	168	3	176	176	3 768	25	756	148	2 877	3	135	4 112	0,6
Sonstige Fachrichtungen	—	—	17	1 890	160	2 139	6	139	148	1 900	6	100	4 029	0,6
Sonderkrankenhäuser bzw. entsprechende Fachabteilungen ..	8	1 130	1 250	188 985	514	38 935	56	3 996	319	22 782	139	12 157	229 050	33,7
Tuberkulose	—	—	29	2 972	46	2 267	4	186	27	1 095	15	986	5 239	0,8
Psychiatrie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten)	5	897	214	82 470	151	17 239	26	2 303	84	8 802	41	6 134	100 606	14,8
Neurologie	3	233	21	2 180	206	10 944	22	1 429	136	6 638	48	2 877	13 357	2,0
Chronisch-Kranke sowie geriatrische Kliniken	—	—	72	9 772	66	5 210	1	—	56	4 649	9	561	14 982	2,2
Sonstige Fachrichtungen	—	—	914	91 591	45	3 275	3	78	16	1 598	26	1 599	94 866	14,0
Insgesamt	61	8 571	1 702⁴⁾	223 151	7 438	438 978	379	32 043	6 649	378 031	410	28 904	678 708⁵⁾	100

1) Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen — 2) Einschl. Fachabteilungen in Universitätsfachkrankenhäusern — 3) Ohne Fachabteilungen in Universitätskrankenhäusern. — 4) Einschl. drei Fachkrankenhäuser in Bayern, die über keine planmäßigen Betten verfügten — 5) Einschl. 8 008 (= 1,2 %) Betten außerhalb abgegrenzter Fachabteilungen.

Kranke, Pflegetage, Verweildauer und Bettenausnutzung in den Krankenhäusern 1984 nach Zweckbestimmungen, Trägern und Ländern¹⁾

Zweckbestimmung ----- Träger ----- Land	Kranken- bestand am 1.1.1984 0 Uhr	Kranken- zugang	Stationär behandelte Kranke	Krankenabgang		Kranken- bestand am 31.12.1984 24 Uhr	Pflegetage der im Berichts- jahr stationär behandelten Kranken	Durch- schnitt- liche Verweil- dauer ²⁾	Durch- schnitt- liche Betten- aus- nutzung ³⁾
				insgesamt	darunter durch Tod				
				im Berichtsjahr					
							Tage	%	

Krankenhäuser insgesamt

Insgesamt	411 962	11 448 250	11 860 212	11 448 456	372 385	411 756	210 738 471	18,4	84,8
Öffentliche Krankenhäuser	219 754	6 164 058	6 383 812	6 169 689	212 199	214 123	108 191 365	17,5	85,1
Freie gemeinnützige Krankenhäuser ..	152 537	4 286 444	4 438 981	4 290 619	153 335	148 362	75 803 466	17,7	86,2
Private Krankenhäuser	39 671	997 748	1 037 419	988 148	6 851	49 271	26 743 640	26,9	80,2
Schleswig-Holstein	16 785	399 356	416 141	399 559	13 448	16 582	8 345 882	20,9	85,4
Hamburg	10 526	331 324	341 850	331 502	12 592	10 348	5 292 821	16,0	87,4
Niedersachsen	40 460	1 216 990	1 257 450	1 217 303	40 506	40 147	21 252 724	17,6	84,2
Bremen	4 966	145 616	150 585	145 835	5 356	4 750	2 469 170	16,9	81,1
Nordrhein-Westfalen	115 362	3 037 748	3 153 110	3 038 615	106 371	114 495	56 551 328	18,6	85,0
Hessen	38 087	1 077 113	1 113 200	1 074 891	29 822	38 309	20 336 464	18,9	84,7
Rheinland-Pfalz	24 148	695 435	719 583	694 757	21 156	24 826	13 209 584	19,0	85,5
Baden-Württemberg	58 731	1 879 761	1 938 492	1 880 043	45 889	58 449	31 423 006	16,7	84,1
Bayern	70 384	2 070 555	2 140 939	2 072 267	66 656	68 672	36 705 088	17,7	83,0
Saarland	7 559	220 209	227 768	219 724	6 667	8 044	3 965 576	18,0	89,0
Berlin (West)	26 951	374 143	401 094	373 960	23 922	27 134	11 186 848	29,9	90,8

Krankenhäuser für Akut-Kranke

Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen	3 385	134 901	138 286	135 257	4 111	3 029	1 886 763	14,0	79,4
Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabteilungen	244 533	9 001 968	9 246 501	9 010 513	338 711	235 988	128 676 380	14,1	84,8
Krankenhäuser für innere Krankheiten ..	7 619	188 537	196 156	188 492	9 449	7 664	3 979 073	21,1	84,5
Säuglings- und Kinderkrankenhäuser ..	3 583	164 758	168 341	164 782	1 092	3 559	1 792 773	10,9	73,6
Krankenhäuser für Chirurgie, Urologie, Neurochirurgie sowie Zahn- und Kieferkrankheiten	4 063	202 134	206 197	202 735	3 214	3 462	2 476 594	12,2	81,9
Unfallkrankenhäuser	1 791	44 640	46 431	44 694	298	1 737	918 819	20,6	98,4
Orthopädische Krankenhäuser	4 431	110 256	114 687	110 709	324	3 978	2 591 967	23,5	90,5
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser ⁴⁾	1 638	158 391	160 029	158 716	278	1 313	1 250 002	7,9	79,2
Entbindungsheime	11	539	550	544	-	6	4 354	8,0	47,6
Krankenhäuser für HNO-Krankheiten ..	175	28 047	28 222	28 059	51	163	211 981	7,6	80,8
Krankenhäuser für Augenkrankheiten ..	357	34 663	35 020	34 706	5	314	346 203	10,0	83,9
Krankenhäuser für Haut- und Geschlechtskrankheiten	415	20 042	20 457	20 146	28	311	338 902	16,9	83,6
Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde	166	6 448	6 614	6 440	332	174	110 642	17,2	87,9
Sonstige Fachkrankenhäuser	865	27 356	28 221	27 365	498	856	596 779	21,8	79,6
Zusammen	273 032	10 122 680	10 395 712	10 133 158	358 391	262 554	143 181 232	14,1	84,4

Sonderkrankenhäuser

Tuberkulose-Krankenhäuser	2 988	27 478	30 466	27 870	1 085	2 596	1 331 896	48,1	80,6
dar.: vorwiegend für Kinder	113	1 597	1 710	1 589	32	121	66 851	42,0	73,1
Krankenhäuser für Psychiatrie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten) ..	43 975	124 573	168 548	125 138	3 905	43 410	16 196 808	129,7	90,5
Krankenhäuser für Neurologie	2 050	25 171	27 221	25 246	246	1 973	906 843	36,0	93,4
Krankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie	37 719	125 437	163 156	125 278	3 401	37 878	14 114 307	112,6	91,4
Krankenhäuser für Suchtkranke	6 205	22 756	28 961	22 240	21	6 721	2 434 444	108,2	93,0
Rheuma-Krankenhäuser	2 872	61 467	64 339	61 262	27	3 077	1 754 711	28,6	94,1
Rehabilitationskrankenhäuser	10 574	183 103	193 677	180 928	624	12 749	6 163 999	33,9	92,1
Krankenhäuser für Chronisch-Kranke sowie geriatrische Kliniken	8 873	14 620	23 493	14 324	3 752	9 169	3 328 748	230,0	93,7
Kur-Krankenhäuser	20 540	665 788	686 328	657 837	484	28 491	19 455 699	29,4	75,8
Krankenhäuser bzw. Krankenabtei- lungen in den Justizvollzugsanstalten ..	1 040	15 017	16 057	15 043	12	1 014	391 831	26,1	60,0
Sonstige Fachkrankenhäuser	2 094	60 160	62 254	60 130	437	2 124	1 477 953	24,6	83,0
Zusammen	138 930	1 325 570	1 464 500	1 315 298	13 994	149 202	67 557 239	51,2	85,7

1) Ohne ein nicht ganzjährig geöffnetes Kurkrankenhaus in Hessen - 2) $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$ - 3) $\frac{\text{Pflegetage} \times 100}{\text{Planmäßige Betten} \times 366}$ - 4) In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern werden in den gynäkologisch-geburtshilflichen Krankenhäusern auch männliche Patienten stationär aufgenommen.

Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1984 nach Berufen und Trägern

Beruf Funktionelle Stellung Gebietsbezeichnung	Ins- gesamt	Und zwar		Davon in			Und zwar (Sp. 1) in		
		weiblich	Aus- länder	öffent- lichen	freien gemein- nutzigen	privaten	Akut-	Sonder-	Uni- versitäts-

Ärzte

Ärzte insgesamt | 80 627 18 039 6 235 48 702 26 429 5 496 71 098 9 529 10 958

nach der funktionellen Stellung

Hauptamtliche Ärzte	73 160	15 433	.	46 039	23 301	3 820	.	.	.
Leitende Ärzte	9 936	560	.	5 166	3 710	1 060	.	.	.
Nachgeordnete Ärzte	63 224	14 873	.	40 873	19 591	2 760	.	.	.
dar.: Oberärzte	12 741	1 863	.	7 827	4 288	626	.	.	.
Belegärzte	5 680	371	.	1 757	2 657	1 266	.	.	.
Sonstige Ärzte	1 787	495	.	906	471	410	.	.	.

nach der Gebietsbezeichnung

Anerkannt und tätig als Arzt für									
Allgemeinmedizin	1 326	373	47	620	263	443	699	627	23
Anästhesiologie	4 465	1 751	720	2 426	1 809	230	4 392	73	338
Arbeitsmedizin	93	32	1	49	37	7	74	19	8
Augenheilkunde	1 000	140	27	586	359	55	963	37	145
Chirurgie	6 287	374	667	3 458	2 425	404	6 165	122	508
dar.: Kinderchirurgie	103	17	11	71	32	—	103	—	24
Unfallchirurgie	640	8	40	433	185	22	633	7	72
Dermatologie und Venerologie	435	87	13	345	67	23	393	42	143
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	4 007	389	297	1 695	1 659	653	3 902	105	241
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	1 883	117	56	885	812	186	1 818	65	164
Innere Medizin	7 880	1 114	360	4 228	2 725	927	6 391	1 489	749
dar.: Gastroenterologie	318	23	5	209	87	22	289	29	56
Kardiologie	392	27	16	228	113	51	298	94	58
Lungen- und Bronchialheilkunde	103	14	5	68	23	12	55	48	18
Kinderheilkunde	1 665	463	74	1 107	512	46	1 536	129	330
Kinder- und Jugendpsychiatrie	179	60	3	130	44	5	72	107	35
Laboratoriumsmedizin	348	55	8	288	56	4	327	21	80
Lungen- und Bronchialheilkunde	253	49	26	170	52	31	132	121	4
Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie	60	11	—	59	1	—	59	1	40
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	316	16	18	216	83	17	305	11	70
Nervenheilkunde	1 585	381	69	984	323	278	418	1 167	169
Neurochirurgie	324	17	43	248	59	17	307	17	99
Neurologie	576	99	31	332	189	55	409	167	84
Nuklearmedizin	205	33	6	138	52	15	199	6	56
Öffentliches Gesundheitswesen	2	1	—	1	1	—	1	1	—
Orthopädie	1 094	46	76	418	463	213	890	204	106
Pathologie	503	63	26	431	70	2	483	20	139
Pharmakologie	110	13	1	109	1	—	108	2	58
Psychiatrie	671	165	35	438	173	60	253	418	83
Radiologie	1 675	258	72	1 074	559	42	1 607	68	226
Rechtsmedizin	42	10	1	42	—	—	40	2	37
Urologie	1 146	18	103	575	455	116	1 094	52	98
Zusammen	38 130	6 135	2 780	21 052	13 249	3 829	33 037	5 093	4 033
Übrige Ärzte (z.B. solche in der Weiterbildung) ..	42 497	11 904	3 455	27 650	13 180	1 667	38 061	4 436	6 925

Zahnärzte

Insgesamt | 985 300 64 970 12 3 978 7 723

Personal in den Krankenhäusern am 31. Dezember 1984 nach Berufen und Trägern

Beruf Funktionelle Stellung Gebietsbezeichnung	Ins- gesamt	Und zwar		Davon in			Und zwar (Sp. 1) in		
		weiblich	Aus- lander	öffent- lichen	freien gemein- nützigen	privaten	Akut-	Sonder-	Uni- versitäts-

Pflegepersonen und Hebammen

Krankenpflegepersonal (ohne Schuler)	300 081	251 236	13 168	174 689	111 387	14 005	251 590	48 491	31 421
Krankenschwestern bzw. -pfleger	212 306	175 851	8 420	128 955	74 937	8 414	182 438	29 868	23 317
dar.: in der Psychiatrie tätig	18 835	10 804	418	15 464	2 854	517	2 671	16 164	1 142
Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger	24 592	24 502	211	15 209	9 041	342	23 861	731	4 162
Krankenpflegehelfer	36 618	29 867	3 069	19 494	14 390	2 734	26 481	10 137	1 977
dar.: in der Psychiatrie tätig	5 805	3 962	277	3 870	1 552	383	506	5 299	160
Säuglings- und Kinderpfleger/-innen	1 161	1 159	12	288	826	47	895	266	29
Sonstige Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung	25 404	19 857	1 456	10 743	12 193	2 468	17 915	7 489	1 936
dar.: in der Psychiatrie tätig	3 433	2 280	157	1 673	1 482	278	296	3 137	98
Krankenpflegepersonal in Ausbildung (Schüler)	70 868	61 037	952	40 702	29 967	199	63 873	6 995	5 799
Krankenschwestern bzw. -pfleger	57 926	48 851	718	33 772	24 079	75	51 825	6 101	3 987
Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger	8 305	8 198	59	4 979	3 323	3	8 179	126	1 550
Krankenpflegehelfer	2 997	2 467	144	1 391	1 550	56	2 349	648	260
Krankenpflegevorschüler	1 640	1 521	31	560	1 015	65	1 520	120	2
Hebammen/Entbindungspfleger	5 412	5 411	277	2 811	2 362	239	5 412	—	364
dar.: festangestellte	4 015	4 014	196	2 058	1 838	119	4 015	—	324
Hebammenschülerinnen	995	995	14	826	169	—	995	—	433
Wochenpflegerinnen	376	376	14	166	201	9	376	—	27
Wochenpflegeschülerinnen	22	22	1	—	22	—	22	—	—

Sonstiges Personal

Apothekenpersonal	4 779	3 673	.	2 900	1 767	112	4 339	440	557
Apotheker	1 168	513	.	746	409	13	1 090	78	140
Sonstiges pharmazeutisches Personal	1 103	974	.	669	418	16	1 025	78	119
dar.: Apothekerassistenten	29	21	.	13	14	2	20	9	4
Pharmazeutische Assistenten	579	543	.	351	219	9	538	41	79
Nichtpharmazeutisches Personal (Apothekenhelfer, Laboranten)	2 508	2 186	.	1 485	940	83	2 224	284	298
Medizinisch-technisches Personal	44 178	41 308	.	27 791	14 369	2 018	40 356	3 822	9 655
Medizinisch-technische Assistenten	11 485	10 943	218	8 787	2 055	643	10 119	1 366	3 671
Zytologieassistenten	159	146	.	134	25	—	157	2	53
Radiologieassistenten	6 357	5 907	.	3 626	2 606	125	6 118	239	935
Laboratoriumsassistenten	10 128	9 732	.	6 087	3 787	254	9 581	547	2 159
Medizinisch-technische Gehilfen	4 489	4 194	.	1 990	2 310	189	4 120	369	557
Ungeprüftes Personal im medizinisch-technischen Dienst	11 560	10 386	.	7 167	3 586	807	10 261	1 299	2 280
Krankengymnasten, Masseure und medizinische Bademeister	16 462	11 242	.	7 219	5 652	3 591	10 408	6 054	1 208
Krankengymnasten	8 066	7 369	.	4 082	2 674	1 310	5 748	2 318	964
Masseure	985	497	.	364	284	337	524	481	55
Masseure und medizinische Bademeister	6 963	3 080	.	2 665	2 521	1 777	3 979	2 984	185
Medizinische Bademeister (soweit nicht vorherige Position)	448	296	.	108	173	167	157	291	4
Diätassistenten	2 243	2 189	.	1 210	655	378	1 693	550	177
Diätküchenleiter	516	298	.	212	112	192	281	235	13
Beschäftigungstherapeuten/Arbeitstherapeuten	3 669	2 465	.	1 632	1 476	561	1 031	2 638	207
Audiometristen	120	110	.	97	22	1	116	4	65
Logopäden	395	349	.	195	135	65	239	156	91
Orthoptisten	177	176	.	144	28	5	177	—	91
Desinfektoren	1 102	122	.	693	385	24	967	135	126
Rettungssanitäter	21	—	.	12	8	1	21	—	—
Sonstiges medizinisches Hilfspersonal	12 115	9 377	.	7 413	3 699	1 003	10 001	2 114	3 195
Sozialarbeiter	2 776	1 760	.	1 401	1 082	293	1 133	1 643	198
Schüler für Sozialarbeiter	312	231	.	202	97	13	109	203	19
Erziehungs- und Lehrpersonal	5 644	4 380	.	2 701	2 770	173	3 194	2 450	564
Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal	236 138	175 285	.	134 447	78 745	22 946	182 303	53 835	26 858
Verwaltungspersonal	61 418	44 070	.	35 324	20 814	5 280	49 491	11 927	9 324
Wirtschaftspersonal (Handwerker, Heizer, Pförtner, Küchen-, Reinigungs-, Wäschereipersonal usw.)	174 720	131 215	.	99 123	57 931	17 666	132 812	41 908	17 534

Sozialleistungen

Zum Aufsatz: „Rehabilitationsmaßnahmen“ Rehabilitanden 1984 nach Geschlecht, Trägern und Art der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahmen	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich	Medizinische			Berufsfördernde			Maßnahmen zur sozialen Eingliederung					
				Rehabilitationsmaßnahmen						ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
				ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich						
Gesetzliche Krankenversicherung															
Ortskrankenkassen	429 853	175 857	253 996	429 854	175 858	253 996	-	-	-	-	-	-			
Betriebskrankenkassen	119 444	58 547	60 897	119 444	58 547	60 897	-	-	-	-	-	-			
Innungskrankenkassen	31 032	17 000	14 032	31 032	17 000	14 032	-	-	-	-	-	-			
Landwirtschaftliche Kranken- kassen	31 713	13 728	17 985	31 713	13 728	17 985	-	-	-	-	-	-			
See-Krankenkasse	1 870	1 083	787	1 870	1 083	787	-	-	-	-	-	-			
Bundesknappschaft	45 969	19 730	26 239	45 969	19 730	26 239	-	-	-	-	-	-			
Ersatzkassen für Arbeiter	5 434	2 994	2 440	5 434	2 994	2 440	-	-	-	-	-	-			
Ersatzkassen für Angestellte ..	139 675	53 449	86 226	139 675	53 449	86 226	-	-	-	-	-	-			
Zusammen	804 990	342 388	462 602	804 991	342 389	462 602	-	-	-	-	-	-			
Gesetzliche Unfallversicherung															
Gewerbliche Berufsgenossen- schaften	56 711	47 523	9 188	49 384	41 037	8 347	10 852	9 650	1 202	1 656	1 547	109			
Landwirtschaftliche Berufs- genossenschaften	9 175	5 885	3 290	9 027	5 757	3 270	122	109	13	32	25	7			
Gemeinde-Unfallversicherungs- verbände	10 976	6 456	4 520	9 202	5 537	3 665	126	87	39	2 649	1 392	1 257			
Feuerwehrunfallkassen	39	38	1	39	38	1	-	-	-	-	-	-			
Ausführungsbehörden für Unfall- versicherung des Bundes	1 409	1 093	316	1 250	941	309	92	86	6	80	79	1			
Ausführungsbehörden für Unfall- versicherung der Länder	1 876	1 112	764	1 788	1 077	711	23	13	10	127	52	75			
Ausführungsbehörden für Unfall- versicherung der Gemeinden ..	634	369	265	587	348	239	4	2	2	80	39	41			
Zusammen	80 820	62 478	18 344	71 277	54 735	16 542	11 219	9 947	1 272	4 624	3 134	1 490			
Gesetzliche Rentenversicherung															
Rentenversicherung der Arbeiter ..	352 643	239 207	113 436	336 753	224 852	111 901	16 341	14 786	1 555	-	-	-			
Rentenversicherung der Ange- stellten	285 136	130 487	154 649	280 926	127 534	153 392	4 216	2 959	1 257	-	-	-			
Bundesknappschaft	15 203	13 505	1 698	14 187	12 494	1 693	1 023	1 018	5	-	-	-			
Altershilfe für Landwirte	16 176	7 998	8 178	16 176	7 998	8 178	-	-	-	-	-	-			
Zusammen	669 158	391 197	277 961	648 042	372 878	275 164	21 580	18 763	2 817	-	-	-			
Kriegsopferversorgung u. Kriegs- opferfürsorge															
Kriegsopferversorgung	39 520	37 199	2 321	39 520	37 199	2 321	-	-	-	-	-	-			
Kriegsopferfürsorge	25 207	20 688	4 519	-	-	-	1 887	1 813	74	23 901	19 445	4 456			
Zusammen	64 727	57 887	6 840	39 520	37 199	2 321	1 887	1 813	74	23 901	19 445	4 456			
Arbeitsförderung zusammen	163 187	113 499	49 688	-	-	-	163 187	113 499	49 688	-	-	-			
Sozialhilfe zusammen	16 303	9 914	6 389	3 707	2 403	1 304	845	495	350	12 023	7 190	4 833			
Insgesamt	1 799 185	977 361	821 824	1 567 537	809 604	757 933	198 718	144 517	54 201	40 548	29 769	10 779			

Rehabilitanden 1984 nach Geschlecht, Art der Behinderung und Art der Maßnahme

Art der Behinderung	Männlich	Weiblich	Insgesamt 1)	Medi-	Berufs-	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	Männlich	Weiblich	Insgesamt 1)	Medi-	Berufs-	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
				zische	fördernde					zische	fördernde	
				Rehabilitationsmaßnahmen	Rehabilitationsmaßnahmen					Rehabilitationsmaßnahmen	Rehabilitationsmaßnahmen	
Anzahl						%						
Tuberkulose	15 122	5 466	20 588	17 520	1 466	1 676	1,5	0,7	1,1	1,1	0,7	4,1
Poliomyelitis und sonstige nicht durch Arbo-Viren hervorgerufene Viruskrankheiten des Zentralnervensystems	463	334	797	349	311	138	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3
Sonstige infektiöse und parasitäre Krankheiten	3 839	2 581	6 420	5 780	330	313	0,4	0,3	0,4	0,4	0,2	0,8
Neubildungen	52 419	89 047	141 466	141 058	398	17	5,4	10,8	7,9	9,0	0,2	0,0
Diabetes mellitus	19 479	32 494	51 973	49 953	1 841	186	2,0	4,0	2,9	3,2	0,9	0,5
Sonstige Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Störungen im Immunitätssystem, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	13 642	12 982	26 624	24 847	1 686	104	1,4	1,6	1,5	1,6	0,8	0,3
Psychosen	21 850	31 027	52 877	48 728	3 333	852	2,2	3,8	2,9	3,1	1,7	2,1
Alkoholabhängigkeit	26 697	6 842	33 539	32 730	361	543	2,7	0,8	1,9	2,1	0,2	1,3
Medikamenten- und Drogenabhängigkeit	2 729	1 502	4 231	3 863	29	375	0,3	0,2	0,2	0,2	0,0	0,9
Umschriebene Entwicklungsrückstände (insbesondere Lese- und Rechtschreibschwäche, Rechenschwäche, Rückstand in der Sprech- und Sprachentwicklung)	24 480	14 157	38 637	1 417	34 838	2 389	2,5	1,7	2,1	0,1	17,5	5,9
Sonstige Neurosen, Persönlichkeitsstörungen (Psychopathien) u. a. nicht-psychotische psychische Störungen: (einschl. Anpassungsstörungen und Störungen des Sozialverhaltens)	40 964	57 828	98 792	89 340	8 120	1 367	4,2	7,0	5,5	5,7	4,1	3,4
Oligophrenien (Schwachsinn)	6 694	4 770	11 464	965	7 408	3 180	0,7	0,6	0,6	0,1	3,7	7,8
Enzephalomyelitis disseminata (Multiple Sklerose)	1 831	2 620	4 451	3 988	310	155	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	0,4
Zerebrale Kinderlähmung	861	554	1 415	543	842	233	0,1	0,1	0,1	0,0	0,3	0,6
Epilepsie	5 407	3 741	9 148	6 529	2 383	239	0,6	0,5	0,5	0,4	1,2	0,6
Blindheit und geringes Sehvermögen	4 621	992	5 613	1 709	2 374	1 613	0,5	0,1	0,3	0,1	1,2	4,0
Sonstige Affektionen des Auges und seiner Anhangsgebilde (insbesondere Sehstörungen, Krankheiten und Anomalien des Auges)	4 179	3 840	8 019	5 098	2 793	129	0,4	0,5	0,4	0,3	1,4	0,3
Taubheit (einschl. geringes Hörvermögen)	1 125	847	1 972	508	1 207	266	0,1	0,1	0,1	0,0	0,6	0,7
Sonstige Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2 041	942	2 983	950	1 851	188	0,2	0,1	0,2	0,1	0,9	0,5
Sonstige Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	15 534	13 156	28 690	24 647	2 974	1 090	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	2,7
Hypertonie und Hochdruckkrankheiten	24 455	22 250	46 705	44 754	1 579	378	2,5	2,7	2,6	2,9	0,8	0,9
Herzkrankheiten	123 852	84 181	208 033	200 472	6 618	976	12,7	10,2	11,6	12,8	3,3	2,4
Sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	52 506	49 788	102 294	98 061	3 859	383	5,4	6,1	5,7	6,3	1,9	0,9
Krankheiten der Atmungsorgane (ohne Tbk)	49 970	28 637	78 607	72 930	5 169	562	5,1	3,5	4,4	4,7	2,6	1,4
Krankheiten der Verdauungsorgane	41 868	22 751	64 619	59 733	4 769	140	4,3	2,8	3,6	3,8	2,4	0,3
Krankheiten der Nieren und der ableitenden Harnwege	8 891	9 893	18 784	17 132	1 552	104	0,9	1,2	1,0	1,1	0,8	0,3
Krankheiten der männlichen und weiblichen Geschlechtsorgane, Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	1 184	4 143	5 327	4 613	690	26	0,1	0,5	0,3	0,3	0,3	0,1
Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	10 849	11 703	22 552	14 853	7 673	43	1,1	1,4	1,3	0,9	3,9	0,1
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	237 691	202 918	440 609	375 127	62 760	2 990	24,3	24,7	24,5	23,9	31,6	7,4
Kongenitale Anomalien (angeborene Mißbildungen, einschl. Congerangeschädigte)	3 620	4 526	8 146	6 645	1 327	180	0,4	0,6	0,5	0,4	0,7	0,4
Fraktur der Wirbelsäule mit Rückenmarksschädigung (Querschnittlähmung)	2 196	702	2 898	1 402	954	784	0,2	0,1	0,2	0,1	0,5	1,9
Schädelfraktur, sonstige Frakturen der Wirbelsäule (oh. Querschnittlähmung)	70 920	64 103	135 023	122 384	12 459	4 158	7,3	7,8	7,5	7,8	6,3	10,3
Fraktur des Rumpfskeletts, der Extremitäten; intrakranielle Verletzungen	15 584	775	16 359	6 799	3 475	6 854	1,6	0,1	0,9	0,4	1,7	16,9
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen	60 155	20 372	80 527	67 820	7 038	7 331	6,2	2,5	4,5	4,3	3,5	18,1
Sonstige Verletzungen und Schädigungen (einschl. Luxationen, Verstauchungen, Zerrungen, Prellungen, Quetschungen, Verbrennungen)	957	465	1 422	240	1 139	45	0,1	0,1	0,1	0,0	0,6	0,1
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschl. postoperative Zustände)	1 230	1 090	2 320	1 959	309	57	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Vergiftungen durch Drogen, Medikamente, Seren und Impfstoffe; toxische Wirkungen durch medizinisch nicht-gebräuchliche Substanzen	7 456	7 805	15 261	12 091	2 693	484	0,8	0,9	0,8	0,8	1,4	1,2
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	977 381	821 824	1 799 185	1 567 537	198 718	40 548	100	100	100	100	100	100

1) Ohne Mehrfachzählung.

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	Industrie (ohne Bauindustrie)	Elektrizitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktions- güter- industrie	Investitions- güter- industrie	Verbrauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)
Männer									
Bezahlte Wochenstunden									
1983 D ³⁾	40,8	40,9	41,1	39,4	41,0	40,4	41,4	43,9	40,2
1984 D	41,2	41,3	41,1	39,4	41,7	41,1	41,6	43,6	40,0
1985 D	40,9	41,1	41,0	39,5	41,3	40,8	41,3	43,6	40,2
1985 April	40,7	41,0	41,0	38,8	41,3	40,7	41,3	43,4	39,3
Juli	41,0	41,0	41,1	40,1	41,3	40,6	41,2	43,5	41,3
Okt.	41,1	41,0	40,9	40,1	41,2	40,7	41,2	44,0	41,3
1986 Jan.	40,4	40,6	40,9	40,4	40,6	40,3	41,0	43,2	38,2
April	41,0	41,1	41,0	40,4	41,3	40,8	41,4	43,4	40,4
Bruttostundenverdienst in DM									
1983 D ³⁾	16,23	16,23	18,22	17,45	16,35	16,39	15,15	15,23	16,11
1984 D	16,59	16,61	18,55	17,96	16,78	16,72	15,50	15,56	16,54
1985 D	17,23	17,34	19,15	18,54	17,53	17,58	15,99	15,92	16,64
1985 April	17,23	17,33	18,97	18,24	17,51	17,64	15,94	15,88	16,55
Juli	17,31	17,43	19,24	18,68	17,58	17,71	16,04	15,96	16,59
Okt.	17,38	17,48	19,24	18,79	17,66	17,72	16,14	16,04	16,81
1986 Jan.	17,49	17,57	19,39	18,76	17,81	17,77	16,26	16,16	16,71
April	17,58	17,64	19,73	18,69	17,77	17,88	16,32	16,25	17,20
Frauen									
Bezahlte Wochenstunden									
1983 D ³⁾	39,1	39,2	40,2	/	39,6	39,0	39,0	40,2	/
1984 D	39,7	39,7	40,2	/	39,9	39,8	39,4	40,3	/
1985 D	39,5	39,5	40,1	/	39,9	39,2	39,5	40,4	/
1985 April	39,4	39,4	40,0	/	39,9	39,2	39,3	40,3	/
Juli	39,4	39,4	40,1	/	39,8	38,9	39,6	40,5	/
Okt.	39,3	39,3	40,0	/	39,8	38,9	39,5	40,5	/
1986 Jan.	39,2	39,2	40,0	/	39,6	38,7	39,5	40,3	/
April	39,3	39,3	40,1	/	39,8	38,9	39,4	40,2	/
Bruttostundenverdienst in DM									
1983 D ³⁾	11,71	11,71	13,38	/	12,65	12,39	10,94	10,68	/
1984 D	12,00	12,00	13,76	/	12,95	12,64	11,25	10,93	/
1985 D	12,54	12,54	14,30	/	13,45	13,32	11,63	11,22	/
1985 April	12,51	12,51	14,20	/	13,29	13,37	11,52	11,21	/
Juli	12,62	12,62	14,40	/	13,46	13,41	11,70	11,30	/
Okt.	12,66	12,66	14,44	/	13,62	13,44	11,74	11,26	/
1986 Jan.	12,74	12,74	14,45	/	13,71	13,51	11,81	11,38	/
April	12,82	12,82	14,81	/	13,71	13,57	11,89	11,57	/

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

DM

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie ²⁾ , Handel, Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Hand- werk)	Industrie (ohne Bau- industrie)	Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grund- stoff- und Produktions- güter- industrie	Investi- tions- güter- industrie	Ver- brauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteil- bau im Hochbau)	Handel, Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
Männer											
1983 D ³⁾	3 863	4 185	4 181	4 034	4 568	4 233	4 275	3 817	3 850	4 279	3 340
1984 D	3 996	4 340	4 337	4 165	4 757	4 396	4 436	3 958	3 973	4 421	3 434
1985 D	4 158	4 520	4 525	4 317	4 989	4 583	4 636	4 102	4 105	4 503	3 559
1985 April	4 142	4 501	4 508	4 265	4 906	4 538	4 639	4 077	4 071	4 439	3 551
Juli	4 175	4 544	4 547	4 355	5 043	4 601	4 663	4 113	4 102	4 517	3 567
Okt.	4 189	4 559	4 558	4 344	5 015	4 631	4 662	4 138	4 162	4 604	3 579
1986 Jan.	4 221	4 575	4 582	4 364	5 076	4 684	4 673	4 163	4 177	4 469	3 624
April	4 265	4 616	4 614	4 442	5 092	4 713	4 704	4 185	4 208	4 660	3 675
Frauen											
1983 D ³⁾	2 453	2 785	2 793	2 883	2 952	2 987	2 808	2 528	2 679	2 647	2 270
1984 D	2 544	2 886	2 894	2 976	3 069	3 098	2 912	2 617	2 765	2 724	2 353
1985 D	2 648	2 994	3 007	3 087	3 192	3 220	3 027	2 709	2 853	2 759	2 451
1985 April	2 637	2 981	2 994	3 055	3 150	3 188	3 030	2 688	2 829	2 741	2 441
Juli	2 658	3 002	3 015	3 107	3 202	3 219	3 037	2 718	2 858	2 743	2 460
Okt.	2 669	3 020	3 031	3 106	3 225	3 259	3 041	2 736	2 881	2 794	2 467
1986 Jan.	2 702	3 037	3 050	3 117	3 260	3 286	3 056	2 756	2 906	2 775	2 505
April	2 736	3 053	3 063	3 174	3 257	3 299	3 064	2 765	2 933	2 840	2 546

1) D = Durchschnitt aus 4 Erhebungsmonaten. - 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk. - 3) Neuer Berichterstattungskreis

Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1980 = 100

Jahr 1) Monat	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Produzierendes Gewerbe 2)		Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- ver- sorgung	Berg- bau	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produ- zierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe	Bau- gewerbe (ohne Spezial- bau, Stukka- teur- gewerbe, Gipserei, Ver- putzerei)	Handel, 2) Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Friseur- gewerbe	Gebiets- körper- schaften
		ein- schl. Hoch- und Tiefbau, Handel, Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe	ein- schl. Hoch- und Tiefbau											

Arbeiter 3)

Tarifliche Stundenlöhne

1983 D	113,9	—	114,1	112,5	115,7	114,3	113,4	114,5	115,0	115,0	114,6	113,3	118,5	111,2
1984 D	116,9	—	117,3	114,5	119,2	117,7	116,1	117,9	118,7	118,5	118,4	115,4	121,4	112,4
1985 D	121,7	—	122,5	118,5	123,0	123,2	123,0	122,8	122,4	120,4	122,0	119,1	123,7	116,1
1982 Jan.	107,5	—	107,5	106,5	109,9	107,9	106,4	108,6	108,9	108,1	107,6	107,4	114,1	105,7
April	110,0	—	110,4	106,5	110,0	110,0	110,7	110,0	110,5	111,5	110,6	108,9	114,1	105,7
Juli	111,4	—	111,4	110,5	113,5	112,0	110,8	111,8	111,5	111,9	112,0	111,2	114,6	109,4
Okt.	111,6	—	111,7	110,5	113,7	112,2	110,8	112,1	112,9	112,5	112,2	111,2	117,2	109,4
1983 Jan.	111,7	—	111,8	110,6	114,3	112,2	110,8	112,7	113,4	112,6	112,2	111,2	117,8	109,4
April	114,1	—	114,3	112,0	114,3	113,8	114,3	114,1	114,7	115,6	114,3	113,5	117,8	111,5
Juli	114,9	—	115,0	113,6	117,0	115,3	114,3	115,4	115,7	115,8	115,9	114,1	118,4	112,0
Okt.	115,0	—	115,2	113,6	117,2	115,8	114,3	115,6	116,3	115,8	115,9	114,3	119,9	112,0
1984 Jan.	115,1	—	115,3	113,6	117,6	115,8	114,3	116,2	117,1	115,9	115,9	114,3	120,7	112,0
April	116,1	—	116,1	113,9	117,7	116,2	114,3	116,8	118,0	119,2	118,4	115,5	120,7	112,5
Juli	118,1	—	118,6	115,3	120,7	118,6	117,9	119,1	119,3	119,5	119,6	115,9	121,4	112,5
Okt.	118,4	—	119,0	115,3	120,9	120,1	117,9	119,6	120,3	119,5	119,8	115,9	122,9	112,5
1985 Jan.	119,2	—	119,4	117,6	121,4	120,5	118,3	120,0	120,8	119,6	119,8	118,2	123,6	116,1
April	121,8	—	122,7	117,6	121,4	122,8	124,6	122,4	121,9	119,7	121,9	119,0	123,6	116,1
Juli	122,5	—	123,5	119,3	124,4	124,3	124,6	123,9	123,1	119,9	122,8	119,6	123,6	116,1
Okt.	123,1	—	124,2	119,3	124,7	125,2	124,6	124,8	123,6	122,4	123,3	119,7	124,1	116,1
1986 Jan.	124,2	—	124,6	122,1	125,1	125,2	124,9	125,5	124,7	122,4	125,7	122,5	124,8	120,8
April	125,2	—	125,5	122,1	125,1	125,5	124,9	127,2	126,0	125,6	127,1	124,0	125,0	120,8

Angestellte 3)

Tarifliche Monatsgehälter

1983 D	113,2	113,9	114,0	112,4	117,7	114,1	113,5	114,7	114,8	114,5	113,8	112,6	—	111,3
1984 D	115,9	117,1	117,0	114,5	121,4	117,6	116,3	118,2	118,4	118,0	117,3	115,3	—	112,5
1985 D	119,5	120,8	120,6	118,4	125,3	121,7	119,8	122,0	121,9	119,9	121,1	118,8	—	116,1
1982 Jan.	106,8	107,2	107,3	106,5	111,6	107,8	106,5	108,4	108,7	107,7	107,0	106,9	—	105,7
April	109,0	110,2	110,2	106,6	111,6	109,3	110,9	110,1	110,2	111,1	110,1	109,0	—	105,7
Juli	110,8	111,4	111,4	110,5	115,1	112,0	110,9	112,1	111,3	111,4	111,3	110,5	—	109,4
Okt.	111,0	111,5	111,8	110,5	115,7	112,2	110,9	112,3	112,5	112,0	111,4	110,6	—	109,4
1983 Jan.	111,0	111,6	111,7	110,5	116,2	112,2	110,9	112,8	113,2	112,1	111,5	110,6	—	109,4
April	113,4	114,1	114,2	112,0	116,3	113,3	114,4	114,3	114,6	115,1	114,0	112,8	—	111,5
Juli	114,1	114,9	114,9	113,5	118,8	115,3	114,4	115,8	115,4	115,3	114,9	113,4	—	112,1
Okt.	114,2	115,0	115,1	113,5	119,3	115,7	114,4	116,0	115,9	115,3	114,9	113,6	—	112,1
1984 Jan.	114,3	115,1	115,2	113,5	119,7	115,8	114,4	116,4	116,8	115,4	114,9	113,6	—	112,1
April	115,3	116,3	115,6	113,9	119,7	116,0	114,4	116,9	117,7	118,7	117,6	115,0	—	112,6
Juli	116,8	118,4	118,5	115,3	122,7	118,7	118,1	119,6	118,9	119,0	118,3	116,3	—	112,6
Okt.	117,0	118,7	118,8	115,3	123,3	119,7	118,1	119,9	120,0	119,0	118,4	116,3	—	112,6
1985 Jan.	118,2	119,0	119,0	117,5	123,7	120,0	118,1	120,3	120,5	119,1	118,9	117,5	—	116,1
April	119,4	120,8	120,4	117,5	123,7	120,6	120,3	121,4	121,6	119,2	121,4	118,5	—	116,1
Juli	120,0	121,5	121,3	119,2	126,6	122,6	120,3	123,0	122,6	119,3	121,9	119,6	—	116,1
Okt.	120,3	121,8	121,7	119,2	127,2	123,5	120,3	123,3	123,0	121,8	122,1	119,7	—	116,1
1986 Jan.	121,6	122,3	122,1	121,8	127,6	123,6	120,4	123,9	124,4	121,9	122,6	121,0	—	120,1
April	122,6	123,5	122,7	121,8	127,6	123,8	120,4	125,6	125,7	125,2	125,1	123,3	—	120,1

1) Durchschnitt aus 4 Monatswerten, Stand jeweils Monatsende. — 2) Handel (ohne Handelsvermittlung), Arbeiter ohne Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — 3) Männliche und weibliche Arbeiter bzw. Angestellte

Zum Aufsatz: „Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe“
Arbeitskosten je Arbeiter/Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftszweigen 1984

DM

Wirtschaftszweig	In Unternehmen mit . . . Arbeitnehmern						
	10 und mehr	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1 000 und mehr
Arbeiter							
Produzierendes Gewerbe	46 280	41 372	41 573	42 198	43 598	44 992	51 683
Mineralölverarbeitung	74 215	46 323	48 420	57 492	62 043	74 059	78 474
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	65 661	48 020	53 599	61 043	59 049	58 245	68 542
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	52 571	44 842	46 154	44 742	48 082	49 065	53 896
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	44 636	43 303	45 044	44 061	44 443	45 281	45 387
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	53 577	36 374	38 440	40 747	44 625	47 451	57 590
Herstellung von Metallserzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	44 721	41 255	42 699	44 094	44 940	47 514	47 926
Maschinenbau	48 808	44 568	45 954	46 528	48 976	49 531	51 102
Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	45 666	37 848	36 421	36 161	40 830	43 105	48 115
Elektrotechnik	43 010	38 427	38 305	38 526	38 992	40 582	45 133
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	52 318	40 507	39 518	40 448	42 587	44 623	53 402
Schiffbau	50 228	44 306	46 039	47 315	47 792	48 208	52 270
Luftfahrzeugbau und -reparatur	52 335	40 382	42 089	48 627	46 074	.	.
Feinmechanik und Optik	41 474	41 458	39 007	38 157	40 080	41 491	44 764
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	41 551	38 373	39 185	39 665	42 300	42 153	46 037
Textilgewerbe	35 208	31 673	33 524	33 260	35 979	37 381	36 394
Schuhgewerbe	31 130	28 240	29 198	30 077	31 660	30 563	33 505
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	28 890	26 437	27 141	29 520	30 842	29 467	32 648
Be- und Verarbeitung von Holz	42 480	39 958	41 782	42 123	44 495	46 593	44 878
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung	43 848	33 792	37 194	40 708	44 039	47 861	48 756
Druckerei- und Verlagsgewerbe	48 297	44 989	44 757	46 692	48 105	49 352	58 286
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	40 939	34 927	38 406	37 495	40 352	43 250	45 381
Baugewerbe	45 506	43 704	44 864	46 763	47 175	49 730	53 349
Angestellte							
Produzierendes Gewerbe	71 397	52 169	59 154	61 609	64 505	67 842	81 641
Mineralölverarbeitung	105 261	66 707	63 910	74 538	74 866	106 993	111 933
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	82 029	59 098	63 830	69 821	72 497	73 144	86 293
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	77 431	59 527	65 862	66 806	69 283	73 051	79 564
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	65 684	56 807	61 365	62 264	67 511	66 385	72 674
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	83 490	58 285	63 476	68 589	70 381	74 715	89 755
Herstellung von Metallserzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	65 867	55 320	61 100	62 827	65 067	69 858	74 256
Maschinenbau	67 925	58 740	61 463	61 826	66 240	67 780	73 266
Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	96 075	61 178	63 791	59 510	65 269	69 582	101 979
Elektrotechnik	74 392	56 868	60 198	64 426	65 133	65 706	78 423
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	84 896	52 704	58 757	66 027	64 216	64 134	87 061
Schiffbau	72 224	52 281	62 578	70 786	66 727	66 187	75 113
Luftfahrzeugbau und -reparatur	78 889	59 191	60 260	63 487	65 254	.	.
Feinmechanik und Optik	61 147	50 742	57 989	62 927	60 354	64 059	67 384
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	59 984	40 292	52 844	58 374	61 346	65 538	72 312
Textilgewerbe	56 348	49 271	52 677	54 396	57 200	58 299	59 967
Schuhgewerbe	51 010	41 619	44 999	47 643	49 120	50 848	59 589
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	51 311	43 591	46 961	52 082	53 592	52 740	60 035
Be- und Verarbeitung von Holz	56 610	49 540	55 893	59 276	59 723	60 381	60 275
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung	66 809	53 262	59 727	62 122	64 389	70 368	73 355
Druckerei- und Verlagsgewerbe	64 235	57 775	61 978	61 235	62 791	70 553	74 521
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	64 398	54 568	59 339	59 839	62 308	67 246	70 570
Baugewerbe	60 200	50 037	59 519	63 868	66 902	67 024	79 951

Zusammensetzung der Arbeitskosten je Angestellten nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes 1984

Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr

Wirtschaftszweig Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Arbeitskosten insgesamt	Entgelt für die geleistete Arbeit	Personalnebenkosten							Arbeitsgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	Betriebliche Altersversorgung
			insgesamt	Sonderzahlungen		Vergütung arbeitsfreier Tage					
				insgesamt	darunter	insgesamt	darunter				
							insgesamt	Gratifikationen	Urlaubsvergütung		
Angestellte											
DM											
Produzierendes Gewerbe	71 397	40 444	30 953	6 576	4 280	8 913	5 560	1 278	8 441	4 687	
10 - 49	52 169	33 038	19 132	3 893	2 255	6 571	4 199	758	6 940	589	
50 - 99	59 154	38 689	22 464	4 937	2 897	7 522	4 789	925	7 734	997	
100 - 199	61 609	37 866	23 742	5 283	3 142	7 979	5 047	1 036	8 025	1 030	
200 - 499	64 505	38 453	26 052	5 713	3 446	8 336	5 223	1 170	8 167	2 182	
500 - 999	67 842	39 414	28 428	6 023	3 656	8 721	5 420	1 300	8 373	3 245	
1 000 und mehr	81 641	43 810	37 831	7 968	5 466	9 989	6 180	1 511	9 038	7 693	
Mineralölverarbeitung	105 261	53 290	51 971	8 989	6 530	11 917	7 487	1 649	9 242	17 944	
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	82 029	39 437	42 592	8 153	6 625	9 286	5 486	1 770	8 879	12 235	
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	77 431	41 491	35 940	6 234	4 418	9 392	6 025	1 312	8 723	7 536	
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	65 684	38 478	27 206	5 474	4 184	8 052	5 081	1 098	8 417	3 567	
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	83 490	44 268	39 222	8 588	7 147	10 100	6 316	1 512	8 757	8 782	
Herstellung von Metallzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	65 867	39 167	26 700	5 807	2 955	8 383	5 334	1 158	8 389	2 024	
Maschinenbau	67 925	40 180	27 745	6 309	3 268	8 881	5 619	1 230	8 396	2 051	
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	96 075	50 366	45 709	9 963	5 965	11 950	7 514	1 922	9 247	9 831	
Elektrotechnik	74 392	41 358	33 034	7 385	4 531	9 309	5 753	1 266	8 566	5 490	
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	84 896	46 439	38 457	9 157	5 522	10 727	6 519	1 640	9 023	7 176	
Schiffbau	72 224	42 382	29 842	6 058	3 036	8 891	5 808	1 304	8 748	3 706	
Luftfahrzeugbau und -reparatur	78 889	44 576	34 313	7 732	4 075	10 775	6 462	1 692	8 824	3 716	
Feinmechanik und Optik	61 147	36 532	24 615	5 404	2 865	7 918	4 960	1 099	7 590	2 129	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	59 984	35 398	24 586	4 629	3 550	7 222	4 421	1 088	7 482	3 145	
Textilgewerbe	56 348	34 406	21 942	3 834	2 726	7 578	4 823	1 014	7 422	1 943	
Schuhgewerbe	51 010	31 634	19 376	3 984	2 411	6 125	3 909	676	6 883	1 372	
Bekleidungs-gewerbe (ohne Pelzwaren)	51 311	32 400	18 911	3 265	2 276	6 990	4 470	858	6 844	762	
Be- und Verarbeitung von Holz	56 610	34 813	21 797	4 830	2 435	7 335	4 665	890	7 687	710	
Papier- und Pappeherzeugung und -verarbeitung	66 809	39 591	27 219	5 915	3 934	8 448	5 281	1 252	8 167	3 049	
Druckerei- und Verlagsgewerbe	64 235	37 983	26 253	6 528	3 872	8 428	5 273	1 271	7 771	2 154	
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	64 398	38 803	25 594	5 579	3 895	8 347	5 255	1 173	8 285	2 022	
Baugewerbe	60 200	37 267	22 932	4 397	2 934	7 185	4 482	837	7 782	1 794	

Veränderung 1984 gegenüber 1981

	%									
Produzierendes Gewerbe	+ 16,7	+ 13,6	+ 21,2	+ 16,4	+ 18,7	+ 11,8	+ 16,5	- 1,4	+ 22,0	+ 44,3
10 - 49	+ 16,9	+ 14,8	+ 20,3	+ 17,2	+ 19,1	+ 19,7	+ 20,7	+ 25,1	+ 22,6	+ 26,1
50 - 99	+ 11,7	+ 9,7	+ 15,3	+ 12,0	+ 11,5	+ 11,9	+ 14,4	+ 4,8	+ 17,9	+ 26,0
100 - 199	+ 14,5	+ 13,6	+ 15,8	+ 13,2	+ 14,8	+ 14,9	+ 18,6	+ 1,6	+ 21,8	- 14,5
200 - 499	+ 15,9	+ 13,5	+ 19,6	+ 18,0	+ 20,5	+ 13,8	+ 17,4	+ 2,3	+ 22,1	+ 30,0
500 - 999	+ 16,3	+ 13,4	+ 20,5	+ 14,5	+ 15,4	+ 12,3	+ 16,6	- 0,6	+ 23,1	+ 39,0
1 000 und mehr	+ 18,1	+ 14,0	+ 23,2	+ 17,5	+ 20,3	+ 10,2	+ 15,9	- 4,8	+ 22,4	+ 49,9
Mineralölverarbeitung	+ 9,2	+ 7,7	+ 10,8	+ 12,8	+ 14,4	+ 2,5	+ 5,4	- 16,8	+ 20,8	+ 9,7
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	+ 15,6	+ 14,0	+ 17,1	+ 19,2	+ 16,5	+ 10,5	+ 15,8	+ 2,6	+ 23,4	+ 12,2
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	+ 17,1	+ 12,3	+ 23,3	+ 6,5	+ 7,4	+ 5,1	+ 12,3	- 18,6	+ 19,1	+ 58,4
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	+ 15,4	+ 11,9	+ 20,9	+ 14,5	+ 15,5	+ 13,7	+ 20,2	- 2,7	+ 20,7	+ 48,5
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	+ 19,2	+ 13,2	+ 26,8	+ 20,3	+ 21,7	+ 14,6	+ 19,9	+ 0,1	+ 23,9	+ 59,1
Herstellung von Metallzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	+ 15,2	+ 12,5	+ 19,3	+ 11,7	+ 13,0	+ 11,7	+ 14,9	+ 2,9	+ 22,4	+ 37,8
Maschinenbau	+ 16,0	+ 14,3	+ 18,6	+ 16,0	+ 20,4	+ 12,0	+ 16,6	- 4,9	+ 23,5	+ 10,4
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	+ 6,8	+ 8,2	+ 5,3	+ 18,0	+ 25,3	+ 2,2	+ 6,5	- 9,7	- 3,8	+ 4,0
Elektrotechnik	+ 17,6	+ 14,1	+ 22,4	+ 16,2	+ 21,9	+ 7,8	+ 15,3	- 6,8	+ 26,5	+ 74,2
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	+ 16,8	+ 14,8	+ 19,2	+ 16,2	+ 19,6	+ 9,9	+ 12,1	- 2,7	+ 20,8	+ 33,9
Schiffbau	+ 14,8	+ 13,3	+ 17,1	+ 6,3	+ 5,6	+ 9,9	+ 19,1	- 10,1	+ 17,8	+ 31,9
Luftfahrzeugbau und -reparatur	+ 14,1	+ 14,1	+ 14,1	+ 10,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 9,2	- 8,4	+ 20,5	+ 6,5
Feinmechanik und Optik	+ 14,0	+ 13,1	+ 15,5	+ 12,0	+ 14,2	+ 10,8	+ 14,3	+ 0,6	+ 20,6	+ 8,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 15,7	+ 13,1	+ 19,7	+ 15,4	+ 17,2	+ 13,8	+ 17,0	+ 6,5	+ 20,8	+ 25,3
Textilgewerbe	+ 14,6	+ 11,9	+ 19,1	+ 14,0	+ 16,0	+ 13,1	+ 16,1	+ 6,2	+ 20,9	+ 59,9
Schuhgewerbe	+ 10,1	+ 9,2	+ 11,7	+ 10,1	+ 14,4	+ 12,0	+ 13,4	+ 6,5	+ 17,3	- 8,2
Bekleidungs-gewerbe (ohne Pelzwaren)	+ 12,3	+ 12,0	+ 12,8	+ 0,7	+ 2,3	+ 13,1	+ 16,5	- 0,9	+ 18,2	+ 50,0
Be- und Verarbeitung von Holz	+ 13,5	+ 11,4	+ 16,9	+ 15,6	+ 21,0	+ 13,9	+ 17,0	+ 2,5	+ 19,4	+ 57,1
Papier- und Pappeherzeugung und -verarbeitung	+ 11,0	+ 8,0	+ 15,6	+ 14,1	+ 12,0	+ 10,6	+ 14,8	+ 4,0	+ 20,7	+ 11,9
Druckerei- und Verlagsgewerbe	+ 13,9	+ 12,6	+ 15,8	+ 9,0	+ 5,2	+ 13,1	+ 17,2	+ 3,8	+ 21,7	+ 29,9
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	+ 13,9	+ 11,8	+ 17,2	+ 14,7	+ 18,3	+ 12,4	+ 16,6	+ 0,3	+ 20,5	+ 28,2
Baugewerbe	+ 17,4	+ 14,8	+ 22,0	+ 10,7	+ 8,1	+ 17,6	+ 19,6	+ 12,2	+ 22,5	+ 64,1

Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeiter nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes 1984

Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr

Wirtschaftszweig Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Arbeits- kosten ins- gesamt	Entgelt für die ge- leistete Arbeit	Personalnebenkosten							Arbeits- geber- pflicht- beiträge zur Sozial- versiche- rung	Betrieb- liche Alters- ver- sorgung
			ins- gesamt	Sonderzahlungen		Vergütung arbeitsfreier Tage			Arbeits- geber- pflicht- beiträge zur Sozial- versiche- rung		
				ins- gesamt	Grati- fika- tionen	ins- gesamt	darunter				
							ins- gesamt	Grati- fika- tionen			

Arbeiter DM

Produzierendes Gewerbe	46 280	25 565	20 715	3 787	1 995	6 509	3 639	1 501	6 794	1 326
10 - 49	41 372	24 735	16 837	2 520	1 171	5 443	3 119	1 044	6 439	260
50 - 99	41 573	24 665	16 908	2 873	1 328	5 645	3 224	1 154	6 427	347
100 - 199	42 198	24 648	17 550	3 133	1 475	5 872	3 311	1 287	6 481	492
200 - 499	43 598	24 989	18 609	3 464	1 659	6 203	3 494	1 429	6 561	774
500 - 999	44 992	25 350	19 642	3 684	1 788	6 443	3 620	1 540	6 587	1 123
1 000 und mehr	51 683	26 596	25 087	4 851	2 795	7 454	4 100	1 854	7 230	2 452
Mineralölverarbeitung	74 215	37 455	36 760	6 629	4 199	8 800	5 286	1 485	8 440	9 821
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	65 661	31 322	34 339	6 255	4 900	7 868	4 496	1 820	7 974	8 311
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	52 571	27 270	25 301	4 128	2 493	7 413	4 210	1 794	7 396	2 726
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	44 636	25 902	18 734	3 054	1 879	6 320	3 543	1 509	7 084	1 170
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	53 577	27 759	25 818	5 249	3 740	7 412	4 228	1 864	6 861	3 382
Herstellung von Metallzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	44 721	25 628	19 093	3 689	1 481	6 478	3 655	1 564	6 816	120
Maschinenbau	48 808	27 167	21 642	4 316	1 834	6 876	3 972	1 507	7 036	1 049
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	45 666	24 059	21 607	4 398	1 996	6 027	3 478	1 326	5 921	2 862
Elektrotechnik	43 010	23 134	19 876	3 965	1 739	6 130	3 441	1 437	5 856	1 761
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	52 318	27 061	25 257	5 925	3 192	8 121	4 341	2 020	7 095	2 188
Schiffbau	50 228	26 458	23 770	4 030	1 533	7 752	4 343	2 114	8 210	553
Luftfahrzeugbau und -reparatur	52 335	26 964	25 371	5 401	2 698	7 215	4 023	1 634	6 846	2 037
Feinmechanik und Optik	41 474	23 980	17 513	3 384	1 582	5 649	3 284	1 107	5 753	1 083
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	41 551	24 696	16 855	2 662	1 747	5 681	3 117	1 351	6 005	1 319
Textilgewerbe	35 208	21 343	13 865	2 216	1 187	5 338	3 045	1 213	5 223	457
Schuhgewerbe	31 130	19 083	12 048	2 026	866	4 393	2 437	1 018	4 698	491
Bekleidungsgerber (ohne Pelzwaren)	28 890	17 668	11 222	1 667	803	4 333	2 507	898	4 258	168
Be- und Verarbeitung von Holz	42 480	25 005	17 475	3 386	1 431	5 898	3 406	1 206	6 719	324
Papier- und Papperzeugung und -verarbeitung	43 848	25 584	18 263	3 528	1 907	6 217	3 544	1 459	6 301	1 224
Druckerei- und Verlagsgewerbe	48 297	28 396	19 901	4 501	2 314	6 917	4 090	1 360	6 586	728
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	40 939	23 929	17 010	3 203	1 760	6 132	3 411	1 529	6 117	691
Baugewerbe	45 506	25 944	19 562	2 610	1 295	5 780	3 156	1 166	7 255	627

Veränderung 1984 gegenüber 1981

	%									
Produzierendes Gewerbe	+ 13,4	+ 11,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 20,0	+ 8,0	+ 13,4	- 1,6	+ 16,6	+ 41,5
10 - 49	+ 13,4	+ 12,0	+ 15,4	+ 19,8	+ 27,0	+ 13,6	+ 17,1	+ 9,7	+ 16,9	+ 2,0
50 - 99	+ 12,6	+ 11,7	+ 14,0	+ 18,5	+ 24,8	+ 10,0	+ 14,7	+ 1,4	+ 16,1	- 4,9
100 - 199	+ 13,2	+ 11,7	+ 15,4	+ 17,3	+ 26,4	+ 9,1	+ 13,6	-	+ 17,7	+ 20,9
200 - 499	+ 14,5	+ 12,6	+ 17,3	+ 20,0	+ 25,7	+ 11,4	+ 15,4	+ 3,8	+ 18,3	+ 30,3
500 - 999	+ 13,6	+ 12,1	+ 15,5	+ 12,8	+ 17,1	+ 8,9	+ 13,1	+ 0,3	+ 17,4	+ 38,3
1 000 und mehr	+ 13,2	+ 10,5	+ 16,2	+ 13,7	+ 16,9	+ 4,7	+ 11,7	- 6,1	+ 15,7	+ 49,7
Mineralölverarbeitung	+ 16,4	+ 14,5	+ 18,5	+ 8,6	+ 4,9	+ 10,6	+ 18,2	- 21,6	+ 15,6	+ 38,5
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	+ 17,4	+ 14,3	+ 20,5	+ 20,2	+ 18,3	+ 11,4	+ 15,4	+ 4,2	+ 20,1	+ 27,0
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	+ 17,7	+ 13,3	+ 22,8	+ 7,1	+ 7,3	+ 5,4	+ 10,6	- 10,1	+ 15,1	+ 95,1
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	+ 13,1	+ 10,0	+ 17,7	+ 19,9	+ 23,5	+ 10,9	+ 15,4	- 0,8	+ 17,6	+ 57,7
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	+ 18,9	+ 13,5	+ 25,3	+ 18,8	+ 19,6	+ 11,1	+ 18,3	+ 0,1	+ 20,2	+128,5
Herstellung von Metallzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	+ 10,4	+ 10,2	+ 10,7	+ 10,5	+ 14,5	+ 7,1	+ 10,2	- 2,1	+ 15,0	- 76,1
Maschinenbau	+ 13,4	+ 12,1	+ 15,0	+ 12,3	+ 17,9	+ 7,4	+ 11,8	- 4,5	+ 17,7	+ 17,2
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	+ 1,4	+ 10,4	- 7,0	+ 22,1	+ 32,2	+ 5,4	+ 6,7	- 2,6	+ 20,2	- 54,2
Elektrotechnik	+ 12,4	+ 10,2	+ 15,2	+ 11,1	+ 17,5	+ 4,8	+ 11,0	- 4,2	+ 14,1	+144,2
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	+ 10,6	+ 10,8	+ 10,4	+ 14,2	+ 19,7	- 2,8	+ 9,2	- 12,6	+ 17,3	+ 24,7
Schiffbau	+ 3,8	- 0,7	+ 9,3	+ 0,5	- 7,0	- 0,2	+ 12,3	- 15,7	+ 9,2	+ 49,1
Luftfahrzeugbau und -reparatur	+ 13,6	+ 4,9	+ 24,5	+ 11,0	+ 13,9	+ 13,0	+ 12,5	+ 8,9	+ 24,4	+ 8,1
Feinmechanik und Optik	+ 10,4	+ 9,2	+ 12,1	+ 12,0	+ 18,7	+ 4,5	+ 10,1	- 10,4	+ 14,0	+ 56,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 12,6	+ 10,6	+ 15,7	+ 18,4	+ 21,9	+ 13,2	+ 17,6	+ 4,2	+ 13,9	+ 24,9
Textilgewerbe	+ 17,0	+ 16,1	+ 18,3	+ 13,6	+ 17,6	+ 15,4	+ 17,7	+ 11,0	+ 19,8	+ 48,4
Schuhgewerbe	+ 16,4	+ 13,8	+ 20,6	+ 4,9	+ 12,8	+ 10,9	+ 12,9	+ 5,6	+ 18,3	.
Bekleidungsgerber (ohne Pelzwaren)	+ 9,9	+ 9,6	+ 10,3	+ 10,6	+ 13,9	+ 8,4	+ 9,8	+ 3,0	+ 13,6	+ 80,6
Be- und Verarbeitung von Holz	+ 11,6	+ 10,2	+ 13,8	+ 15,2	+ 25,6	+ 10,1	+ 13,6	+ 0,9	+ 16,6	+ 50,7
Papier- und Papperzeugung und -verarbeitung	+ 14,2	+ 12,5	+ 16,8	+ 16,6	+ 14,5	+ 11,9	+ 17,2	+ 1,5	+ 17,4	+ 21,2
Druckerei- und Verlagsgewerbe	+ 14,2	+ 13,2	+ 15,7	+ 13,0	+ 14,4	+ 14,3	+ 18,0	+ 5,3	+ 17,7	+ 21,9
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	+ 13,2	+ 11,9	+ 15,2	+ 12,3	+ 13,8	+ 12,6	+ 15,6	+ 7,0	+ 17,3	+ 28,2
Baugewerbe	+ 13,7	+ 12,5	+ 15,4	+ 23,7	+ 31,2	+ 10,3	+ 14,8	+ 11,3	+ 17,5	+ 7,0

Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes 1984

Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr

Wirtschaftszweig Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern	Arbeits- kosten ins- gesamt	Entgelt für die ge- leistete Arbeit	Personalnebenkosten							Betrieb- liche Alters- ver- sorgung
			ins- gesamt	Sonderzahlungen		Vergütung arbeitsfreier Tage			Arbeit- geber- pflicht- beiträge zur Sozial- versiche- rung	
				ins- gesamt	Grati- fika- tionen	ins- gesamt	darunter			
							Urlaubs- ver- gütung	Ver- gütung von Krank- heits- tagen		

Arbeitnehmer insgesamt DM

Produzierendes Gewerbe	53 987	30 131	23 857	4 643	2 696	7 247	4 229	1 433	7 299	2 357
10 - 49	43 687	26 515	17 172	2 814	1 404	5 685	3 350	983	6 546	330
50 - 99	46 002	27 695	18 308	3 393	1 723	6 118	3 618	1 097	6 756	511
100 - 199	47 677	28 379	19 298	3 740	1 945	6 467	3 801	1 216	6 917	644
200 - 499	49 978	29 098	20 881	4 150	2 205	6 854	4 022	1 350	7 051	1 204
500 - 999	52 645	30 080	22 585	4 467	2 414	7 206	4 223	1 459	7 185	1 833
1 000 und mehr	62 246	32 666	29 581	5 950	3 737	8 348	4 833	1 733	7 867	4 300
Mineralölverarbeitung	89 842	45 426	44 416	7 817	5 372	10 369	6 394	1 567	8 843	13 909
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	73 369	35 143	38 225	7 149	5 713	8 536	4 962	1 796	8 400	10 159
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	58 718	30 787	27 932	4 649	2 969	7 902	4 659	1 675	7 724	3 915
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	49 871	29 030	20 841	3 656	2 452	6 751	3 926	1 407	7 416	1 766
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	68 237	35 850	32 387	6 885	5 410	8 729	5 251	1 692	7 790	6 029
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	50 193	29 131	21 061	4 237	1 862	6 971	4 090	1 458	7 223	613
Maschinenbau	56 055	32 099	23 955	5 072	2 378	7 636	4 596	1 402	7 551	1 429
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	80 399	42 185	38 214	8 233	4 731	10 108	6 259	1 737	8 212	7 664
Elektrotechnik	55 522	30 400	25 122	5 328	2 852	7 398	4 363	1 368	6 936	3 248
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	60 129	31 707	28 422	6 700	3 751	8 746	4 863	1 929	7 557	3 384
Schiffbau	55 487	30 265	25 222	4 515	1 892	8 024	4 693	1 920	8 339	1 307
Luftfahrzeugbau und -reparatur	67 664	37 131	30 533	6 747	3 493	9 270	5 431	1 667	7 988	3 006
Feinmechanik und Optik	48 087	28 186	19 901	4 063	2 014	6 412	3 847	1 104	6 371	1 435
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	47 699	28 265	19 433	3 318	2 348	6 195	3 552	1 264	6 498	1 928
Textilgewerbe	40 244	24 455	15 789	2 602	1 553	5 871	3 469	1 166	5 746	811
Schuhgewerbe	34 517	21 221	13 296	2 359	1 129	4 688	2 688	959	5 071	641
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	33 300	20 565	12 735	1 981	1 093	4 856	2 893	890	4 766	285
Be- und Verarbeitung von Holz	45 474	27 083	18 391	3 692	1 644	6 203	3 673	1 139	6 924	405
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung	49 688	29 147	20 541	4 135	2 423	6 785	3 986	1 406	6 776	1 688
Druckerei- und Verlagsgewerbe	55 612	32 795	22 816	5 431	3 029	7 610	4 633	1 320	7 130	1 382
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	47 187	27 891	19 296	3 836	2 329	6 722	3 902	1 434	6 695	1 045
Baugewerbe	47 915	27 801	20 114	2 903	1 563	6 011	3 373	1 113	7 341	818

Veränderung 1984 gegenüber 1981

	%									
Produzierendes Gewerbe	+ 15,5	+ 13,1	+ 18,7	+ 17,1	+ 21,1	+ 9,9	+ 15,5	- 1,8	+ 18,8	+ 48,5
10 - 49	+ 14,5	+ 13,2	+ 16,7	+ 19,8	+ 25,7	+ 15,3	+ 18,5	+ 11,5	+ 18,2	+ 10,7
50 - 99	+ 13,3	+ 12,1	+ 15,1	+ 17,9	+ 21,7	+ 11,3	+ 15,7	+ 1,7	+ 17,1	+ 10,4
100 - 199	+ 14,2	+ 13,1	+ 16,0	+ 16,5	+ 22,3	+ 11,4	+ 16,0	+ 0,1	+ 19,3	+ 3,5
200 - 499	+ 16,0	+ 14,0	+ 19,0	+ 20,5	+ 25,4	+ 12,9	+ 17,2	+ 3,1	+ 20,0	+ 33,2
500 - 999	+ 15,8	+ 13,9	+ 18,5	+ 14,9	+ 18,4	+ 10,9	+ 15,6	- 0,3	+ 20,1	+ 42,4
1 000 und mehr	+ 16,2	+ 13,0	+ 19,9	+ 16,3	+ 19,9	+ 7,4	+ 14,2	- 6,0	+ 18,6	+ 52,6
Mineralölverarbeitung	+ 11,1	+ 9,5	+ 12,9	+ 10,3	+ 9,7	+ 4,9	+ 9,3	- 19,3	+ 18,1	+ 16,5
Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	+ 17,1	+ 14,7	+ 19,3	+ 20,4	+ 18,2	+ 11,4	+ 16,1	+ 3,4	+ 22,0	+ 19,5
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	+ 17,9	+ 13,4	+ 23,3	+ 7,3	+ 7,9	+ 5,6	+ 11,5	- 12,0	+ 16,3	+ 78,0
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	+ 14,4	+ 11,2	+ 19,3	+ 19,0	+ 21,6	+ 12,1	+ 17,5	- 1,5	+ 18,7	+ 55,9
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	+ 20,5	+ 14,8	+ 27,6	+ 21,3	+ 23,0	+ 13,9	+ 20,5	- 0,4	+ 22,9	+ 79,9
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	+ 12,7	+ 11,8	+ 13,9	+ 11,8	+ 15,4	+ 8,9	+ 12,7	- 1,7	+ 17,4	- 16,8
Maschinenbau	+ 15,2	+ 13,9	+ 17,0	+ 14,8	+ 20,4	+ 9,8	+ 14,6	- 4,9	+ 20,3	+ 15,0
Herstellung von Büromaschinen sowie Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	+ 7,3	+ 10,2	+ 4,2	+ 20,7	+ 28,7	+ 4,3	+ 8,1	- 7,2	+ 2,0	- 8,5
Elektrotechnik	+ 16,3	+ 13,5	+ 19,8	+ 15,1	+ 22,4	+ 7,1	+ 14,2	- 5,5	+ 20,5	+ 97,4
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	+ 13,0	+ 12,6	+ 13,4	+ 15,2	+ 20,2	+ 0,7	+ 10,3	- 10,9	+ 18,4	+ 30,4
Schiffbau	+ 7,0	+ 3,6	+ 11,4	+ 2,4	- 2,4	+ 2,3	+ 14,3	- 15,0	+ 11,3	+ 37,7
Luftfahrzeugbau und -reparatur	+ 15,0	+ 12,2	+ 18,6	+ 11,8	+ 11,7	+ 9,1	+ 11,5	- 1,5	+ 22,7	+ 8,4
Feinmechanik und Optik	+ 12,8	+ 11,8	+ 14,3	+ 13,1	+ 18,2	+ 7,7	+ 12,8	- 7,2	+ 17,1	+ 31,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 13,6	+ 11,4	+ 17,1	+ 16,5	+ 18,8	+ 13,3	+ 17,1	+ 5,1	+ 16,4	+ 24,4
Textilgewerbe	+ 17,1	+ 15,6	+ 19,4	+ 14,8	+ 18,6	+ 15,3	+ 18,0	+ 9,8	+ 20,7	+ 58,7
Schuhgewerbe	+ 16,0	+ 13,8	+ 19,6	+ 7,6	+ 15,9	+ 11,8	+ 14,0	+ 5,0	+ 19,0	+ 901,6
Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren)	+ 11,1	+ 10,9	+ 11,5	+ 8,0	+ 10,2	+ 10,2	+ 12,3	+ 2,2	+ 15,3	+ 66,7
Be- und Verarbeitung von Holz	+ 11,9	+ 10,3	+ 14,4	+ 15,1	+ 23,8	+ 10,9	+ 14,4	+ 1,3	+ 17,2	+ 52,3
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung	+ 13,9	+ 11,7	+ 17,1	+ 16,6	+ 14,8	+ 12,0	+ 17,1	+ 1,7	+ 18,8	+ 18,6
Druckerei- und Verlagsgewerbe	+ 15,3	+ 14,1	+ 17,0	+ 12,5	+ 11,3	+ 14,5	+ 18,8	+ 4,4	+ 20,3	+ 32,2
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	+ 13,1	+ 11,5	+ 15,5	+ 12,8	+ 15,1	+ 12,3	+ 15,6	+ 5,6	+ 18,1	+ 27,0
Baugewerbe	+ 14,8	+ 13,4	+ 16,7	+ 21,2	+ 24,8	+ 11,9	+ 16,2	+ 11,2	+ 18,4	+ 23,2

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1983 D	115,8	113,2	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7	136,5
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1985 D	121,8	118,7	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5	146,1
1985 Juni	122,0	119,0	118,6	121,3	118,6	117,6	114,3	120,2	118,7	145,1
1985 Juli	122,1	118,9	118,5	120,6	118,8	117,8	114,2	120,5	118,2	147,4
1985 Aug.	121,9	118,6	118,2	120,0	118,8	117,8	113,9	120,5	117,9	147,5
1985 Sept.	122,1	118,8	118,5	120,5	118,9	117,9	114,2	120,6	118,4	147,5
1985 Okt.	121,9	118,6	118,2	119,7	119,0	118,0	113,9	120,9	118,5	147,9
1985 Nov.	121,9	118,5	118,2	119,6	119,0	117,9	113,7	120,9	118,9	148,0
1985 Dez.	121,5	118,1	117,7	117,8	119,2	117,8	113,8	121,2	117,3	147,9
1986 Jan.	121,2	117,7	117,4	115,8	119,8	118,1	113,9	121,8	115,7	148,0
1986 Febr.	120,6	117,1	116,7	113,2	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9	147,8
1986 März	120,1	116,5	116,1	110,9	120,2	118,4	114,0	122,3	112,1	148,0
1986 April	119,4	116,1	115,6	108,9	120,7	118,5	113,9	122,8	111,6	145,1
1986 Mai	118,6	115,3	115,0	106,5	120,9	118,6	114,0	123,0	110,4	144,6
1986 Juni	118,5	115,1	114,8	105,6	121,1	118,7	114,2	123,4	110,2	144,7
1986 Juli	117,7	114,3	114,0	102,8	121,4	118,7	113,8	123,7	108,2	144,0

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralölzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1983 D	125,8	127,3	123,8	119,3	120,2	115,7	110,8	110,2	103,5	113,5
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1985 D	132,8	133,9	129,4	127,8	133,7	119,9	119,9	118,9	110,9	122,3
1985 Juni	130,8	134,9	129,6	126,8	125,0	120,1	120,2	119,3	114,5	123,3
1985 Juli	134,6	135,0	129,6	124,1	121,0	120,3	120,0	119,2	112,3	123,0
1985 Aug.	134,8	133,6	129,6	122,7	122,1	119,9	120,1	119,3	108,8	123,0
1985 Sept.	134,8	133,8	129,6	124,9	131,1	119,9	120,2	119,3	107,9	122,7
1985 Okt.	134,9	132,6	129,8	123,7	125,2	120,4	120,1	118,8	103,8	122,8
1985 Nov.	134,9	132,6	129,8	125,2	128,8	120,4	119,9	118,4	101,8	122,6
1985 Dez.	134,9	132,7	129,8	118,8	116,0	120,4	120,8	119,4	99,1	122,7
1986 Jan.	135,4	132,8	130,6	111,5	105,0	120,6	120,4	118,9	98,9	122,8
1986 Febr.	135,4	132,8	130,6	102,2	93,8	120,7	119,9	118,4	98,0	124,1
1986 März	135,7	132,8	130,6	94,4	89,2	121,1	119,3	117,7	95,4	124,6
1986 April	135,7	132,8	130,6	88,4	83,1	121,4	118,9	117,4	95,1	125,2
1986 Mai	135,7	127,0	130,6	81,0	65,6	121,6	118,4	116,8	94,4	125,5
1986 Juni	136,7	127,0	130,6	78,9	58,6	121,6	116,4	114,5	94,6	126,0
1986 Juli	138,3	125,2	130,6	70,1	44,8	121,7	114,2	112,8	91,8	125,7

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			Land- maschinen
							gewerbl. Arbeitsmaschinen	Kraft- maschinen	Land- maschinen	
1983 D	114,9	111,2	109,9	117,9	118,3	115,0	115,2	114,1	116,9	117,2
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,5	118,5	118,9	117,8	119,9
1985 D	123,6	117,9	119,1	121,0	120,9	122,0	123,0	120,1	120,0	123,2
1985 Juni	124,2	118,3	120,4	121,0	120,7	122,2	123,2	120,2	119,8	122,8
1985 Juli	124,2	118,6	120,4	121,3	121,2	122,5	123,4	120,3	119,8	122,9
1985 Aug.	124,4	118,4	120,3	121,4	121,3	122,6	123,6	120,4	119,8	123,0
1985 Sept.	124,4	118,7	120,3	121,5	121,4	122,8	123,8	120,4	121,3	123,6
1985 Okt.	124,7	118,9	120,4	122,0	122,1	123,1	124,1	120,7	121,3	124,5
1985 Nov.	124,7	119,1	120,3	122,2	122,3	123,2	124,3	121,1	121,3	124,6
1985 Dez.	125,0	119,0	120,4	122,1	122,2	123,3	124,4	121,2	121,4	124,8
1986 Jan.	125,5	119,3	120,4	122,5	122,5	124,3	125,5	121,6	121,8	125,2
1986 Febr.	127,0	119,1	120,0	122,7	122,6	124,5	125,8	121,9	122,3	125,4
1986 März	128,1	119,0	119,5	123,0	122,8	124,8	126,1	122,3	122,3	125,7
1986 April	128,9	119,0	119,1	123,6	123,5	125,6	127,0	122,7	124,1	126,1
1986 Mai	129,3	119,2	119,0	123,9	123,7	126,0	127,5	123,3	124,1	126,2
1986 Juni	129,9	119,1	118,7	124,5	124,6	126,3	127,9	123,8	124,8	126,6
1986 Juli	129,8	119,4	118,7	124,9	125,0	126,7	128,2	123,9	124,8	126,8

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Full- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- rader ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1983 D	113,8	112,8	115,9	114,9	110,1	110,5	111,9	113,8	111,1	113,9	103,5
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1985 D	121,4	121,8	120,5	126,4	113,0	114,9	118,6	119,2	115,6	121,6	103,2
1985 Juni	121,7	122,2	120,7	126,5	113,2	114,9	118,9	119,5	115,8	122,3	103,7
1985 Juli	122,0	122,6	120,7	126,5	113,3	115,0	118,6	119,6	115,7	122,7	103,5
1985 Aug.	122,0	122,6	120,8	126,5	113,1	115,2	118,9	119,7	115,8	122,8	103,1
1985 Sept.	122,1	122,6	120,9	126,5	113,1	115,2	118,9	119,6	115,8	122,6	103,0
1985 Okt.	122,1	122,7	121,0	126,5	113,1	115,6	119,3	119,8	115,8	121,8	102,6
1985 Nov.	122,1	122,7	121,0	126,7	113,0	115,5	119,1	119,8	115,7	121,0	102,0
1985 Dez.	122,9	123,9	121,1	126,7	113,0	115,8	119,1	120,0	115,2	120,5	102,4
1986 Jan.	123,6	124,5	122,1	127,7	113,3	116,5	120,3	120,1	115,9	120,0	101,5
1986 Febr.	124,0	124,6	122,9	127,8	113,4	116,8	121,0	120,2	116,3	119,3	101,1
1986 März	124,3	124,9	123,3	127,8	113,6	116,8	121,0	120,3	116,5	118,5	100,8
1986 April	124,7	125,3	123,6	127,8	114,0	117,1	121,5	120,8	116,3	118,4	100,7
1986 Mai	124,7	125,3	123,7	127,8	114,1	117,3	122,0	120,9	116,3	114,7	100,2
1986 Juni	124,9	125,5	123,7	127,8	114,2	117,4	122,2	121,1	116,5	114,0	100,4
1986 Juli	125,1	125,9	123,6	127,8	114,4	117,7	122,5	121,4	116,3	113,2	100,4

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, 6) Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1983 D	113,6	108,7	96,0	114,5	106,9	111,3	109,5	106,3	116,6	108,3
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1985 D	120,2	110,3	94,0	120,4	121,0	120,5	117,6	110,8	123,2	128,4
1985 Juni	120,4	110,3	94,0	120,4	121,9	120,9	118,1	111,2	122,6	129,0
1985 Juli	121,2	110,3	94,0	120,7	121,4	120,8	118,2	111,6	123,5	128,9
1985 Aug.	121,2	110,0	93,9	121,0	120,9	120,5	118,2	111,6	124,1	129,2
1985 Sept.	121,1	110,0	94,1	121,1	120,4	120,2	118,3	111,8	124,8	128,4
1985 Okt.	121,2	110,3	94,1	121,3	119,7	120,4	118,4	111,7	124,5	128,8
1985 Nov.	121,2	110,5	93,9	121,4	118,9	120,3	118,4	111,3	124,7	128,6
1985 Dez.	121,2	110,5	94,1	121,4	118,0	120,2	118,2	111,0	124,9	128,7
1986 Jan.	121,5	110,4	94,3	122,3	117,6	119,8	118,5	111,7	124,5	128,3
1986 Febr.	122,0	110,1	94,5	122,8	117,6	120,2	118,9	111,5	124,8	127,7
1986 März	122,1	109,9	94,4	123,1	117,5	120,4	119,0	111,4	124,7	127,7
1986 April	122,5	110,0	94,8	123,5	117,8	120,2	119,1	111,0	124,8	127,5
1986 Mai	122,9	110,2	94,9	123,8	117,2	120,1	119,7	110,8	124,8	127,3
1986 Juni	123,3	110,1	95,0	124,0	117,0	120,1	120,4	110,9	124,8	127,1
1986 Juli	123,6	110,0	95,1	124,2	116,7	120,2	120,4	110,6	124,7	127,0

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmlü- nerzeugnisse	Milch, Butter und Käse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1983 D	110,5	110,4	112,0	112,4	111,5	109,9	111,7	112,1	131,2	113,5
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1985 D	117,5	117,6	118,9	118,5	112,7	99,5	107,1	110,5	130,0	119,9
1985 Juni	117,6	117,6	119,2	118,3	113,0	100,6	107,2	110,4	128,6	119,9
1985 Juli	117,6	117,6	119,4	118,5	112,9	99,7	107,4	110,8	128,6	120,3
1985 Aug.	117,6	117,6	119,3	118,8	112,5	98,3	107,1	110,8	128,5	120,3
1985 Sept.	117,6	117,7	119,3	118,9	112,5	97,2	107,4	110,8	132,9	120,4
1985 Okt.	118,1	118,4	119,2	119,2	112,1	97,3	107,5	110,5	132,9	120,4
1985 Nov.	118,4	118,8	119,1	119,3	111,9	97,1	107,4	110,2	133,0	120,4
1985 Dez.	118,4	118,7	118,8	119,4	112,0	97,6	107,4	110,4	132,9	120,5
1986 Jan.	118,6	118,7	118,9	119,7	112,1	98,5	107,4	109,9	132,9	120,8
1986 Febr.	118,7	118,8	118,9	119,9	112,2	98,4	107,2	109,5	132,9	120,9
1986 März	118,8	118,9	118,8	120,2	112,2	98,0	107,0	109,2	132,9	121,1
1986 April	119,5	119,8	118,8	120,4	112,1	97,8	106,8	108,7	132,9	121,3
1986 Mai	119,7	120,0	118,8	120,6	112,1	97,9	106,8	108,8	134,0	122,2
1986 Juni	119,7	119,9	118,6	120,7	112,3	97,8	106,5	109,1	134,2	122,4
1986 Juli	120,2	120,6	118,3	121,0	111,9	96,2	106,3	109,3	134,2	122,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter - 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Krafträder. - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistun- gen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

Alle privaten Haushalte¹⁾

1983 D	115,6	115,7	114,3	113,0	118,3	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985 D	121,0	121,0	116,9	118,4	126,8	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1985 Juni	121,3	121,1	117,8	118,1	126,0	123,8	131,0	117,7	119,7	124,7	116,1	126,2
Juli	121,1	121,1	117,2	118,1	126,3	124,1	131,5	117,8	119,8	124,1	115,9	126,3
Aug.	120,7	121,1	116,0	118,3	126,6	124,3	131,8	118,0	119,8	123,2	115,6	126,3
Sept.	120,9	121,4	116,2	118,8	127,5	124,5	134,3	118,1	120,1	122,4	115,7	126,3
Okt.	121,1	121,6	115,9	119,1	127,3	124,7	133,4	118,2	120,2	123,5	115,8	126,4
Nov.	121,3	121,8	116,1	119,7	127,8	124,8	134,5	118,5	120,3	123,6	116,3	126,4
Dez.	121,4	121,7	116,4	119,7	127,2	125,0	132,3	118,4	120,4	123,6	116,8	127,0
1986 Jan.	121,6	121,7	117,1	119,8	126,5	125,3	129,2	118,5	120,9	122,5	117,9	129,3
Febr.	121,3	121,3	117,7	120,1	125,6	125,6	125,7	118,8	121,1	120,2	118,1	129,5
März	121,0	121,0	117,7	120,2	125,4	125,8	124,4	118,9	121,2	118,1	118,1	129,7
April	120,9	120,8	118,2	120,3	124,9	126,0	122,3	119,0	121,3	117,3	118,1	129,7
Mai	120,9	120,7	118,5	120,5	123,9	126,1	118,6	118,9	121,3	117,5	118,1	129,9
Juni	121,1	120,9	118,9	120,5	123,2	126,3	116,0	119,0	121,4	118,9	117,9	130,6
Juli	120,5	120,5	118,4	120,6	122,1	126,6	112,0	119,1	121,5	117,9	117,3	130,6

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1983 D	116,0	116,1	114,0	113,2	117,8	115,2	125,5	114,1	114,4	117,5	113,0	121,4
1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1985 D	121,5	121,6	116,6	118,7	126,2	123,2	134,8	118,4	118,7	123,3	117,7	129,0
1985 Juni	121,9	121,7	117,6	118,5	125,5	123,1	132,5	118,4	118,7	124,9	117,7	129,5
Juli	121,7	121,7	117,0	118,5	125,8	123,3	132,8	118,5	118,8	124,4	117,6	129,6
Aug.	121,4	121,7	115,7	118,7	126,0	123,5	133,0	118,7	118,8	123,3	117,3	129,6
Sept.	121,5	121,9	115,7	119,2	126,9	123,8	135,8	118,8	119,0	122,3	117,4	129,6
Okt.	121,6	122,1	115,5	119,5	126,7	123,9	134,7	118,9	119,2	123,5	117,5	129,7
Nov.	121,9	122,3	115,7	120,0	127,1	124,1	135,9	119,1	119,3	123,5	117,9	129,7
Dez.	122,0	122,2	116,0	120,1	126,6	124,2	133,5	119,0	119,4	123,5	118,4	130,3
1986 Jan.	122,3	122,3	116,9	120,2	125,9	124,5	130,1	119,2	120,0	122,3	119,2	132,7
Febr.	122,1	122,0	117,6	120,5	125,2	124,8	126,3	119,5	120,2	119,8	119,5	132,9
März	121,7	121,7	117,6	120,6	124,9	125,0	124,6	119,6	120,3	117,4	119,5	133,0
April	121,6	121,5	118,1	120,7	124,4	125,1	122,3	119,7	120,4	116,7	119,6	133,0
Mai	121,6	121,5	118,3	120,9	123,5	125,3	118,2	119,6	120,4	116,9	119,7	133,2
Juni	121,8	121,7	118,5	120,9	122,8	125,5	115,0	119,7	120,5	118,5	119,5	134,0
Juli	121,4	121,4	118,1	120,9	121,8	125,7	110,5	119,8	120,5	117,5	119,1	134,0

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1983 D	115,6	115,8	114,0	113,4	118,7	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985 D	120,9	121,0	116,6	119,1	127,3	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1985 Juni	121,3	121,1	117,5	118,9	126,7	124,1	133,1	117,7	123,2	123,9	117,7	125,8
Juli	121,1	121,1	116,8	118,9	127,0	124,4	133,5	117,8	123,4	123,3	117,6	125,9
Aug.	120,7	121,1	115,7	119,1	127,2	124,6	133,8	117,9	123,4	122,2	117,3	125,9
Sept.	120,9	121,3	115,9	119,6	128,0	124,8	135,9	118,0	123,6	121,3	117,4	125,9
Okt.	121,0	121,5	115,6	119,9	127,9	125,0	135,2	118,2	123,7	122,5	117,4	125,9
Nov.	121,3	121,7	115,8	120,5	128,3	125,1	136,1	118,4	123,8	122,5	117,9	126,0
Dez.	121,4	121,7	116,1	120,5	127,9	125,3	134,4	118,3	123,9	122,4	118,3	126,9
1986 Jan.	121,6	121,7	116,9	120,6	127,3	125,6	131,8	118,4	124,1	121,2	119,1	129,3
Febr.	121,4	121,3	117,5	120,9	126,7	125,9	128,8	118,7	124,3	118,7	119,5	129,5
März	121,0	121,0	117,4	121,0	126,5	126,1	127,5	118,8	124,4	116,0	119,5	129,8
April	121,0	120,8	117,9	121,2	126,0	126,2	125,5	118,9	124,6	115,1	119,5	129,7
Mai	120,9	120,8	118,1	121,4	125,2	126,4	122,2	118,9	124,6	115,4	119,6	129,8
Juni	121,2	121,0	118,4	121,4	124,7	126,6	119,8	119,0	124,7	117,0	119,4	130,8
Juli	120,7	120,6	117,9	121,4	123,8	126,8	116,2	119,1	124,8	115,9	119,0	130,8

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1983 D	115,8	116,0	113,3	112,8	119,1	116,2	126,5	113,5	124,6	116,2	113,0	114,8
1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1985 D	121,1	121,2	116,1	118,3	127,7	125,0	134,7	177,5	128,4	119,0	119,7	120,0
1985 Juni	121,6	121,1	117,7	118,1	127,3	124,9	133,5	117,4	128,4	119,9	119,5	120,5
Juli	121,3	121,2	116,7	118,1	127,6	125,1	134,0	117,6	128,5	119,6	119,2	120,6
Aug.	120,7	121,3	114,7	118,4	127,9	125,3	134,3	117,8	128,5	118,9	118,7	120,6
Sept.	120,8	121,6	114,6	118,8	128,4	125,6	135,6	117,9	128,8	118,4	118,7	120,7
Okt.	120,7	121,7	114,1	119,2	128,5	125,8	135,4	118,1	128,8	119,0	118,8	120,7
Nov.	121,0	121,9	114,4	119,5	128,8	126,0	136,0	118,4	128,9	119,0	119,7	120,7
Dez.	121,3	121,9	114,9	119,5	128,7	126,1	135,2	118,3	129,0	118,9	120,7	121,4
1986 Jan.	121,7	121,9	116,0	119,6	128,6	126,4	134,2	118,5	129,3	118,4	122,5	122,6
Febr.	121,9	121,9	116,8	119,9	128,4	126,7	132,6	118,7	129,5	117,1	122,7	122,8
März	121,8	121,9	116,7	120,0	128,4	127,0	131,9	118,8	129,6	115,7	122,4	123,1
April	121,9	121,8	117,4	120,2	128,0	127,1	130,2	118,9	129,7	115,2	122,4	123,1
Mai	122,0	121,7	117,8	120,3	127,6	127,3	128,2	119,0	129,8	115,5	122,7	123,3
Juni	122,2	121,8	118,3	120,3	127,3	127,5	126,9	119,2	129,9	116,3	122,3	124,5
Juli	121,7	121,6	117,6	120,3	126,9	127,7	124,7	119,2	129,9	115,4	121,3	124,5

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1983 D	114,1	.	112,4	113,4	117,7	116,5	121,2	113,5	114,0	127,0	117,0	113,3
1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1985 D	118,5	.	114,7	119,0	126,5	125,3	129,9	117,8	118,2	130,0	121,8	119,3
1985 Juni	119,6	.	117,5	118,8	125,6	125,3	126,5	117,8	117,9	130,8	121,9	119,4
Juli	118,8	.	115,5	118,9	125,8	125,5	126,8	117,9	118,2	130,8	122,0	119,4
Aug.	117,6	.	112,8	119,1	126,1	125,7	127,2	118,0	118,4	130,3	122,2	119,5
Sept.	117,7	.	112,4	119,4	127,2	126,0	130,7	118,1	118,7	130,4	122,4	119,7
Okt.	117,4	.	111,6	119,8	127,0	126,2	129,6	118,2	118,9	129,7	122,5	120,0
Nov.	117,9	.	112,2	120,4	127,6	126,3	131,2	118,4	119,0	129,7	122,7	120,5
Dez.	118,1	.	112,8	120,5	126,9	126,5	128,2	118,3	119,2	129,7	122,5	120,9
1986 Jan.	118,7	.	114,2	120,6	126,1	126,8	124,0	118,5	119,4	131,2	122,7	121,2
Febr.	119,1	.	115,0	120,9	125,3	127,1	119,7	118,7	119,6	132,0	123,2	121,4
März	119,0	.	114,7	121,1	125,1	127,4	118,2	118,9	119,8	132,6	123,5	121,5
April	119,5	.	115,8	121,2	124,7	127,6	116,0	119,0	119,9	132,7	123,7	121,8
Mai	119,8	.	116,8	121,3	123,6	127,8	111,4	119,1	120,0	132,9	123,9	121,9
Juni	120,2	.	117,8	121,4	122,9	127,9	108,0	119,2	120,1	132,9	124,0	122,0
Juli	119,3	.	116,1	121,4	121,9	128,2	103,3	119,3	120,3	132,5	124,1	122,1

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980 — 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch, und Blumen — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)

1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien - Gebäude	Mehrfamilien - Gebäude	Gemischt- genutzte - Gebäude			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
1983 D	111,2	110,7	111,4	111,5	112,6	111,1	112,9	112,1	113,7
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1985 D	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	114,3	116,5	115,9	117,2
1983 Mai	110,7	110,2	111,0	111,0	112,0	110,6	112,3	111,5	113,2
1983 Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
1983 Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Febr.	113,0	112,4	113,3	113,4	114,9	112,9	114,9	114,1	115,6
1984 Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
1984 Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
1984 Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
1985 Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
1985 Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6
1985 Nov.	114,9	114,1	115,3	115,5	117,3	114,7	117,2	116,4	118,0
1986 Febr.	115,2	114,4	115,6	115,8	117,8	114,9	117,6	116,9	118,4
1986 Mai	116,1	115,2	116,4	116,6	118,6	115,7	118,5	117,7	119,4

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken und Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude ohne Schönheitsreparaturen		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
1983 D	99,5	99,5	99,4	106,9	100,9	99,8	115,6	115,1	115,3	114,6
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1985 D	102,6	102,5	102,8	108,7	102,9	101,5	121,5	120,9	121,1	119,9
1983 Mai	99,1	99,2	99,0	106,5	100,4	99,5	114,9	114,5	114,6	114,1
1983 Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1
1983 Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9
1984 Febr.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,8	100,4	117,6	117,0	117,4	116,0
1984 Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1
1984 Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
1984 Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
1985 Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
1985 Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7
1985 Nov.	103,5	103,3	103,7	109,2	103,5	102,2	122,2	121,6	121,8	120,8
1986 Febr.	104,2	103,9	104,4	109,6	104,3	102,7	122,9	122,2	122,4	121,4
1986 Mai	104,8	104,7	105,0	110,6	105,4	103,7	123,7	123,0	123,1	122,5

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.
 1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1982	78 765	79 858	82,99	58 643	49 982	111,51	9 636	16 512	42,85	10 486	13 363	25,93
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1985 1. Vj	13 397	6 407	76,49	10 490	8 708	115,17	1 272	3 146	38,64	1 635	4 553	28,66
1985 2. Vj	14 644	16 987	78,85	11 533	9 316	112,27	1 319	2 582	44,21	1 792	5 088	35,24
1985 3. Vj	13 603	16 521	72,48	10 572	8 932	108,06	1 341	2 816	38,23	1 690	4 773	28,12
1985 4. Vj	15 052	17 615	81,26	11 599	9 760	120,65	1 504	2 753	40,19	1 949	5 102	28,07
1986 1. Vj	12 694	14 307	84,40	9 986	8 252	121,37	1 186	2 211	49,56	1 522	3 843	25,08

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5.
 1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen. — 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.